Die Instabilität politischer Einstellungen Jugendlicher: Ein Problem politischer Sozialisation und Sozialisationsforschung. Eine empirische Studie.

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultäten
der Albert-Ludwigs-Universität
zu Freiburg i. Br.

vorgelegt
von

Karl-Josef Does
aus Dormagen-Nievenheim

St. Augustin 1978

Die Instabilität politischer Einstellungen Jugendlicher: Ein Problem politischer Sozialisation und Sozialisationsforschung. Eine empirische Studie.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

der Philosophischen Fakultäten

der Albert-Ludwigs-Universität

zu Freiburg i.Br.

vorgelegt

von

Karl-Josef Does

aus Dormagen-Nievenheim

St. Augustin 1978

Diese Studie wurde vom Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung finanziert.

UNIV.
LEIDEN
BIBL.

Referent: Prof. Dr. D. Oberndörfer
Korreferent: Doz. Dr. H. Köser
Sprecher: Prof. Dr. W. Mauser
Tag der Promotion: 17. Februar 1978

Inhalt

Die Instabilität politischer Einstellungen Jugendlicher: Ein Problem politischer Sozialisation und Sozialisationsforschung. Eine empirische Studie.

		Seite
1.	Problemstellung	1
1.1	Die abhängige Variable und der derzeitige Forschungsstand	2
1.2	Schwerpunkte, Vorgehensweise und Gliederung der Untersuchung	10
	Teil I Die Instabilität politischer Einstellungen als theoretisches Problem	
2.	Das Konzept "politische Einstellung"	18
2.1	Das Einstellungskonzept	18
2.1.1	Einstellung und manifestes Verhalten	22
2.1.2	Zur Strukturiertheit eines Einstellungssystems	30
2.1.3	Diskussion: Konsistenzprobleme bei politischen Einstellungen	36
2.1.4	Zusammenfassung	40
2.2	Erklärungskonzepte zur Instabilität von Einstellungen	43
2.2.1	Konsistenztheorien	43
2.2.2	Lerntheorien	49
2.2.3	Funktionale Theorien	51
2.2.4	Wahrnehmungstheorien	53
2.2.5	Zentrale Einflußfaktoren für Einstellungsänderungen	56

2.3 Zur Übertragbarkeit der Erklärungskonzepte auf politische Sozialisationsprozesse 58

3. Politische Einstellungen und politische Sozialisation 62

3.1 Zur Begriffsbestimmung politischer Sozialisation 62

3.2 Der Prozeß politischer Sozialisation 72

3.2.1 Die Persönlichkeitsentwicklung im Sozialisationsprozeß 73

3.2.2 Das soziale Umfeld als Sozialisationsfaktor 79

3.2.3 Der zeitgeschichtliche Kontext als Sozialisationsfaktor 81

3.3 Zusammenfassung 85

Teil II

Die Instabilität politischer Einstellungen als methodisches Problem

4. Instabilität von Einstellungen als Meßproblem 87

4.1 Probleme des Untersuchungsdesigns 88

4.1.1 Stichprobeneffekte 88

4.1.2 Reliabilität und Validität in der Zeitdimension 90

4.1.3 Testungseffekte 92

4.1.4 Vergleichbarkeit von Veränderungen 93

4.2 Korrekturverfahren zur Ermittlung "wahrer" Veränderungswerte 94

4.2.1 Daten auf nominalem Meßniveau 95

4.2.2 Daten auf ordinalem Meßniveau 96

4.2.3 Strukturstabilität 100

4.3 Reliabilitätsschätzung und Korrektur der Änderungswerte 102

4.3.1 Schätzung der Reliabilitäten 105

4.3.2 Reliabilitätswerte nach politischem Interesse 109

4.3.3 Vergleiche zwischen Veränderungsmaßen 113

4.3.4 Zusammenfassung 127

4.4 Faktorenanalyse der Skalen 128

4.5 Zusammenfassung 134

Teil III

Die Instabilität politischer Einstellungen Jugendlicher als empirisches Phänomen

5. Stabilitätsanalyse der politischen Einstellungen 147

5.1 Stabilitätsanalyse der Parteipräferenzen 147

5.2 Stabilitätsanalyse des politischen Interesses 159

5.3 Beziehungen zwischen den Stabilitäten von politischem Interesse und Parteipräferenz 163

5.4 Zusammenfassung 167

5.5 Stabilitätsanalyse von politischer Kompetenz, Demokratiebewußtsein, Konservatismus und ideologischer Orientierung 170

5.6 Die gegenseitige Stabilisierung der Einstellungsbereiche 174

5.7 Die Stabilität der Einstellungen und politisches Interesse 179

5.8 Beziehungen zwischen Parteipräferenzen und anderen Einstellungsbereichen 186

5.9 Die Parallelität von Veränderungen 189

5.10 Zusammenfassung der Systemanalyse des Einstellungssystems 207

6. Die Variabilität von politischen Einstellungen und der Lebenszyklus 212

6.1 Lebenszyklus-, Generationen-, Periodeneffekte 213

6.1.1 Geschlechtsspezifische Unterschiede 218

6.1.2 Der Einfluß des Bildungsniveaus 222

6.1.3 Einflüsse der sozialen Plazierung 231

6.1.4 Differenzierung nach sozialer Mobilität 235

6.2 Zeitliche Variabilität auf individueller Ebene 238

6.2.1 Differenzierung nach Geschlecht 244

6.2.2 Differenzierung nach sozialer Schicht 249

6.2.3 Zusammenfassung 251

6.3 Zusammenhänge zwischen Bildungsniveau, geschlechtsspezifischen und schichtspezifischen Differenzierungen 257

6.3.1 Geschlecht und Bildungsniveau 257

6.3.2	Geschlecht und soziale Schicht	261
6.4	Zur Variabilität der systematischen Verknüpfungen zwischen Einstellungsbereichen	277
7.	Der Einfluß von Trägern politischer Sozialisation auf Stabilität und Instabilität von politischen Einstellungen	295
7.1	Die Familie als Träger politischer Sozialisation	295
7.1.1	Politisches Interesse und Engagement im Elternhaus	302
7.1.2	Kommunikativer Stil und politisches Klima	303
7.1.3	Schichtspezifische Besonderheiten der Effekte des politischen Klimas im Elternhaus	304
7.1.3.1	Das politische Interesse und Engagement der Eltern	304
7.1.3.2	Der kommunikative Stil im Elternhaus	319
7.1.3.3	Das politische Klima im Elternhaus	320
7.1.3.4	Zusammenfassung	322
7.1.4	Der Einfluß des politischen Klimas auf lebenszyklische Verläufe und geschlechtsspezifische politische Sozialisation	324
7.1.4.1	Lebenszyklische Variabilität von politischer Kompetenz und politischem Interesse	324
7.1.4.2	Geschlechtsspezifische Variabilität von politischer Kompetenz und politischem Interesse	325
7.1.4.3	Lebenszyklische und geschlechtsspezifische Variabilität nach sozialer Schicht	330

7.1.5 Familiale politische Sozialisation am Beispiel der Übereinstimmung von Parteipräferenzen 331

7.1.6 Zusammenfassung 337

7.2 Zum Einfluß der Schule als politischer Sozialisationsfaktor 344

7.2.1 Einflüsse des politischen Klimas 346

7.2.2 Unterschiede zwischen Schultypen 352

7.2.3 Zum Verhältnis zwischen Elternhaus und Schule 357

7.2.4 Zusammenfassung 361

7.3 Zum Einfluß des politischen Klimas am Arbeitsplatz auf politische Orientierungen von Jugendlichen 364

8. Zusammenfassung, Diskussion: Grenzen politischer Sozialisation und Sozialisationsforschung 372

8.1 Zur Bedeutung der Erklärungsvariablen, Relativierung der empirischen Befunde 372

8.2 Diskussion 386

Literaturverzeichnis 391

Anhang 425

Dokumentation und Randauszählung der Jugendstudie des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung A1 - A96

Lebenslauf

1. Problemstellung

In einem Zeitraum von zwei Jahren wechselten bei vier Wiederholungsbefragungen ungefähr 70 % der befragten Jugendlichen ihre Parteienpräferenz.[1] Dieser Befund wirkte zunächst überraschend, denn man konnte den Parteipräferenzen aufgrund impliziter, "vorwissenschaftlicher" Erwartungen höhere Stabilität zumuten, selbst wenn Bezugsgrößen und Relationen kaum exakt angebbar waren. Die Stabilitätserwartungen beruhten auf zwei Überlegungen: zum einen sind Parteien ein vergleichsweise konkretes Objekt politischer Wahrnehmungen und Einstellungen; zum zweiten konnte von einer eindeutigen politischen Präferenzrichtung unter Jungwählern zugunsten von SPD und FDP ausgegangen werden. Die offensichtliche Labilität der Parteipräferenzen war der Anlaß, den Schwerpunkt in der Analyse des empirischen Datenmaterials zu verlagern, gleichzeitig aber auch auszuweiten. Die Jugendstudie, auf deren Datenmaterial die vorliegende Untersuchung beruht, war zunächst daraufhin angelegt worden, die relativen Einflüsse verschiedener Träger politischer Sozialisation auf eine vermutete lebenszyklische Variabilität von politischen Einstellungen Jugendlicher zu untersuchen. Es erschien nun notwendig, sich vorab zunächst einmal gründlicher mit dem Phänomen der Instabilität politischer Einstellungen zu befassen, bevor Zusammenhänge zwischen verschiedenen Sozialisationsbedingungen und den Inhalten politischer Einstellungen untersucht wurden, denen zumindest implizit eine gewisse Dauerhaftigkeit unterstellt wird. Denn die augenfällige Instabilität von politischen Einstellungen

---

[1] Es handelt sich um eine Studie des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung (SFK). Die Feldarbeit der Repräsentativbefragung lag beim IJF-Institut für Jugendforschung, München. Einzelheiten zur Studie sind der Studiendokumentation im Anhang zu entnehmen. Herr Peter Gluchowski war an der Konzeption und Durchführung der Studie maßgeblich beteiligt. Ihm und auch den Herren Kurt Benz und Dr. Detlef Riemer vom IJF-Institut für Jugendforschung gebührt mein herzlicher Dank. Ganz besonderer Dank gilt Frau Marianne Drüen, die das Manuskript der Untersuchung mit großer Geduld geschrieben hat.

konnte nicht ohne Bedeutung für die Interpretationsschemata politischer "Sozialisationsforschung" sein. Dahin zielt denn auch die folgende empirische Untersuchung: Ausgehend von der grundsätzlichen Labilität politischer Einstellungen sollen Zusammenhänge zwischen Sozialisationsbedingungen und politischen Einstellungen relativiert und Konsequenzen hinsichtlich wesentlicher Theoreme der politischen Sozialisationsforschung erörtert werden.

1.1 Die abhängige Variable und der derzeitige Forschungsstand

Die Stabilität von Einstellungen im Sinne relativer zeitlicher Dauerhaftigkeit ist eine universale Implikation und Prämisse von Erklärungsansätzen politischen Verhaltens. Es handelt sich dabei jedoch keinesfalls um ein Spezifikum "politischer" Sozialisation im Vergleich zu anderen Bereichen sozialer Beeinflussung, wohl aber um einen Problembereich mit spezifischen Aspekten. In systemtheoretisch-funktionalistischen Theorieansätzen, die politische Sozialisation mit Blick auf die Funktionsfähigkeit politischer und gesellschaftlicher Gesamtsysteme problematisieren, zielt institutionalisierte soziale Beeinflussung gerade darauf ab, individuelles Verhalten zu stabilisieren, und damit kalkulierbar zu machen. Dies schlägt sich im Rollenkonzept nieder, wo eine Harmonisierung von gesellschaftlich notwendiger Verhaltensnormierung einerseits mit individuellen Handlungsantrieben zur Befriedigung personaler Bedürfnisse andererseits impliziert (bzw. angestrebt) wird. Die Stabilitätsprämisse ist des weiteren Bestandteil von Konzepten, die die Sozialpsychologie entwickelt hat: indem "Einstellung" als "Verhaltensdisposition" definiert wird, ist zeitliche Kontinuität von Zuständen sowie ihre strukturelle Konsistenz unterstellt. Stabilitätsimplikationen finden sich darüber hinaus auch in Vorstellungen über Sozialisationsverläufe: so etwa in der These, daß die Weichen für politisches Verhalten im Erwachsenenalter bereits in der Kindheit - bzw. Jugend gestellt würden; oder etwa im

Generationenkonzept, das eine dauerhafte Prägung zeitgleich lebender Personen durch dominierende zeitgeschichtliche Ereignisse postuliert, die die differenzierenden Einflüsse anderer Faktoren zumindest zum Teil aufheben. Die empirischen Befunde der vorliegenden Untersuchung relativieren und differenzieren diese Stabilitätsprämissen, insbesondere diejenige bezüglich des Sozialisationsverlaufes.

Zur Beurteilung der eingangs exemplarisch erwähnten Instabilität von Parteipräferenzen Jugendlicher werden wir von zwei Konzepten ausgehen, dem der "Einstellung" und spezifisch auch der "politischen Einstellung" sowie der "Sozialisation", genauer auch der "politischen Sozialisation".

Dadurch schränken wir natürlich die untersuchten Bedingungen schon wesentlich ein, die für Stabilität und Veränderung von Einstellungen und Verhalten ursächlich sein können. Deshalb kann die Frage nicht beantwortet werden, die sich am Ende der Untersuchung stellen wird, ob nämlich Stabilität und Veränderung von politischen Einstellungen überhaupt Phänomene sind, die sozialisationstheoretisch adäquat interpretiert werden können, oder ob vielleicht umgekehrt die vielbenutzte Methode des standardisierten Interviews ungeeignet ist, politische Sozialisationsprozesse sichtbar zu machen. Als weitere Einschränkung kommt hinzu, daß wir uns nur mit dem Bereich "politische Einstellung" befassen können und auch hier nur mit einigen für zentral erachteten Aspekten: Die ihrerseits wiederum problematische und für die Sozialisationsforschung zentrale Beziehung zwischen politischer Einstellung und manifestem politischem Verhalten kann wegen des begrenzten Untersuchungsdesigns nicht berücksichtigt werden.

Es muß auch entschieden werden, auf welchem strukturellen Niveau Stabilität und Veränderung untersucht werden kann und soll. Wir beschäftigen uns im wesentlichen mit differierenden Realisationen der konventionellen Staatsbürgerrolle einer

demokratisch-pluralistisch organisierten Gesellschaftsordnung bzw. mit den damit assoziierbaren Einstellungen. Diese Rolle sieht als konventionellen Aktionsspielraum periodische Wahlbeteiligung auf verschiedenen politischen Ebenen, Konsumtion von Informationen und Meinungen durch Medien sowie Weitergabe von Meinungen und Informationen in sozialen Kommunikationsnetzen vor. Man kann nun unterscheiden zwischen der Stabilität und Kalkulierbarkeit von Verhaltens- bzw. Bedürfnisbefriedigungsstrategien innerhalb dieser Standardrolle sowie der Kalkulierbarkeit der Tatsache, daß diese Rolle selbst verlassen werden kann, etwa in die Richtung weitergehenden konventionellen oder unkonventionellen politischen Engagements.[1)]

Die Beschränkung auf die konventionelle Staatsbürgerrolle bzw. darauf bezogene politische Einstellungen scheint eine gesonderte Rechtfertigung zu fordern; denn es könnte eingewendet werden, daß ja gerade die Veränderung von Rolleninterpretationen selbst etwa vom integrierten konventionellen Staatsbürger hin zum politischen Außenseiter den zentralen Problembereich politischer Sozialisation kennzeichnet. Hinter dem Einwand steht die Frage nach der Systemrelevanz und Politikrelevanz politischer Sozialisations-bzw. Einstellungsforschung. Diese Relevanz ist nun auch dann gegeben, wenn wir Stabilität von Einstellungen innerhalb eines engen konventionellen Rahmens untersuchen: Zum einen sind Politiker gegenüber Aggregatverteilungen von Meinungen in der Wählerschaft sensibler geworden. Dies gilt seit der Studentenbewegung vor allem hinsichtlich der Jungwähler und vor allem

---

1) In der demokratietheoretischen Literatur finden sich eine Reihe von Handlungstypen, die als Rollen unterschiedlichen strukturellen Niveaus aufgefaßt werden könnten. Vgl. dazu Habermas 1961, Inkeles 1963, Muller 1970, Silvert und Reismann 1976, Torney, Buergenthal 1977.

hinsichtlich der akademischen Jugend.[1] Zum anderen sind die Übergänge unscharf, Bestimmungsgründe konventionellen politischen Engagements bestimmen die Wahrscheinlichkeiten von unkonventionellen Methoden politischer Interessenartikulation mit.

Die Beschränkungen von Fragestellung und Methode sind letztlich auch die Tugend der Not eines beschränkten empirischen Untersuchungsdesigns, nämlich einer Repräsentativbefragung von Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland anhand von standardisierten Interviews. Es ist vornehmlich auch eine Frage von adäquaten Untersuchungsdesigns, wenn in der bisherigen politischen Einstellungsforschung das Problem der Stabilität von Einstellungen eher am Rande behandelt wurde, sieht man von Untersuchungen über das Wahlverhalten sogenannter "Wechselwähler" einmal ab.[2] Politische Einstellungen werden in der Regel als Querschnittsbefragung, als einmalige Befragung einer repräsentativen Stichprobe erhoben. Ein Paneldesign, wie es zur Analyse individueller Veränderungen und Entwicklungsverläufe notwendig ist, ist demgegenüber sehr zeit- und kostenaufwendig, so auch entsprechend seltener. Das Datenmaterial der vorliegenden Untersuchung basiert auf einer viermaligen Wiederholungsbefragung eines repräsentativen Querschnitts von Jugendlichen der Bundesrepublik Deutschland (inklusive West-Berlin), und bietet somit eine adäquate Datenbasis für die Analyse von Stabilität

---

[1] Die Erfahrungen des Verfassers als Mitarbeiter des SFK, dessen Forschungstätigkeit einen vergleichsweise unvermittelten Bezug zur Politik aufweist, zeigen deutlich, daß die Sensibilität sehr starken kurzfristigen Schwankungen unterliegt und ihren Höhepunkt in der Regel in der Wahlkampfzeit findet. Zur Politikrelevanz von politischen Einstellungen Jugendlicher vergleiche auch die Untersuchung von Schulze 1976.

[2] Die Untersuchung von Kaase über Wahlverhalten von "Wechselwählern" knüpft als Teil der umfassenden Kölner Wählerstudie von 1961 an die US-amerikanische Wählerforschung an. Vgl. Kaase 1965, Scheuch und Wildenmann 1965.

und Veränderung politischer Einstellungen. Aufgrund der Seltenheit des Materials liegt ein Schwerpunkt der Untersuchung in der extensiven Präsentation von empirischen Daten zum Phänomen der Instabilität politischer Einstellungen Jugendlicher. Die technischen Details der Studie sind im Anhang aufgeführt. Dort finden sich auch Frageformulierungen und Randverteilungen aus den Variablenbereichen, die aufgrund des exemplarischen Charakters der empirischen Analyse nicht berücksichtigt worden sind.

Die Untersuchung von Einstellungsveränderungen besitzt in der Sozialpsychologie eine lange Forschungstradition, die auch schon relativ früh die soziologische Wählerforschung beeinflußte (Lazarsfeld et al. 1948, Campbell et al. 1960).[1] Die vorliegende Untersuchung ist in einer Phase der empirischen Sozialforschung in der Bundesrepublik Deutschland erarbeitet, in der seit Beginn der 70er Jahre die dynamischen Aspekte der Forschungssujets immer stärker in den Vordergrund rücken, so auch die Bedingungen, unter denen sich Einstellungs- und Verhaltensmuster des Menschen entwickeln und verändern. Die wachsende Bedeutung der empirischen Sozialisationsforschung ist nicht (nur) einer Eigendynamik wissenschaftlichen Fortschritts zu verdanken, sondern auch und vornehmlich der Veränderung von gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen des Forschungsprozesses.

Als wichtige grundlegende Rahmenbedingung ist hier vor allem der schnelle technologische und soziale Wandel westlicher Industriegesellschaften in der Nachkriegszeit anzuführen. Es erscheint da nur konsequent, wenn das Interesse der empirischen Sozialforschung über die Beschreibung und Analyse

---

[1] Ein Themenschwerpunkt der ersten empirischen Wahlstudie überhaupt, der Wähleruntersuchung von Lazarsfeld et al. (1948), lag bezeichnenderweise darauf, die Bedingungen zu untersuchen, unter denen sich Präferenzen für Präsidentschaftskandidaten im Verlauf des Wahlkampfes ändern.

sozialer Zustände hinausgeht und sich zunehmend auf die Analyse sozialer Prozesse richtet. Zum zweiten ist das weltweite Phänomen einer rebellierenden akademischen Jugend Ende der 60er Jahre hervorzuheben. Beide Phänomene, die durchaus assoziiert sind, verbindet als gemeinsames Problem die Frage nach den Ursachen und Konsequenzen von Integration und Desintegration des Menschen in seine soziale und materiale Umwelt, in der und mit der er sich verhält und handelt. Die politische Dimension dieser Entwicklungen wirkt durch die Nachfrage nach wissenschaftlichen Analysen seitens der politischen Entscheidungsträger auf die Formulierung wissenschaftlicher Fragestellungen zurück. Dies zeigt sich besonders deutlich in der publicityträchtigen Wahlforschung, wo Ergebnisse zunehmend als politische Entscheidungshilfe, aber auch als politisch taktisches Instrument herangezogen werden.[1)]

Auch aus der Praxis von politischer Bildung und Erziehung gehen seit Beginn der 70er Jahre Anstöße zur empirischer Forschung aus, nachdem die Integration der Jugend in die Gesellschaft manifest problematisch wurde und konformes politisches und soziales Engagement nicht mehr selbstverständlich war (Behrmann 1972).[2)] Nicht nur die unmittelbare politische Relevanz studentischen Engagements, auch seine ideologische-politische Richtung und seine theoretische Verankerung taten ein übriges, um die Sensibilität für Problem-

---

1) Vgl. hierzu Oberndörfer 1978.

2) Das Interesse an Jugendproblemen war insofern nichts Neues, als auch in den 50er und frühen 60er Jahren Jugenduntersuchungen durchgeführt wurden (Schelsky 1957, Habermas 1961, Blücher 1966, Jaide 1965). Dennoch galt das primäre Forschungsinteresse Fragen der "Erwachsenensozialisation", nämlich der Integration einer zur Zeit des Nationalsozialismus sozialisierten Generation in eine demokratische Gesellschaft.

aspekte gesellschaftlichen Wandels und seiner Konsequenzen für den einzelnen Menschen zu erhöhen. Dies schlägt sich in einer "Mengenkonjunktur" entsprechender Begrifflichkeiten wie auch in einer "Dynamisierung" schon entwickelter Konzepte nieder.[1] Dies ist auch bei der "Sozialisation" der Fall. Sozialisation war zunächst begrifflich als Reproduktion der Erwachsenengesellschaft durch Integration neuer Mitglieder in das vorhandene Gesellschaftssystem gefaßt worden, wobei der Beeinflussungsprozeß einseitig von Sozialisationsinstanzen zum Sozialisanden als dem zu integrierenden Gesellschaftsmitglied verläuft. Heute besteht allenthalben Konsens darin, den Sozialisationsbegriff weiter zu fassen: Sozialisation als lebenslanger Prozeß der interaktiven Anpassung und Beeinflussung, funktional z.B. nicht (nur) für die Reproduktion einer Gesellschaft, sondern für die Reproduktion einer sich wandelnden Gesellschaft in einer sich wandelnden Umwelt.

In der Dynamisierung der Perspektive von soziologischer Einstellungsforschung und Sozialisationsforschung allgemein und speziell in der politischen Variante wiederholt sich ein Prozeß, der in der sozialpsychologischen Attitüdenforschung vorweggenommen war. Nachdem man sich hier in den 30er und 40er Jahren vornehmlich mit Problemen der Einstellungsmessung befaßt hatte, rückten in den 50er Jahren Fragen des Erwerbs und des Wandels von Einstellungen in den Mittelpunkt. Es liegen mittlerweile komplexe Theorieansätze vor, wie z.B. Lerntheorien verschiedenster Provenienz, Dissonanztheorien etc. Was die explizit politische Einstellungs- und Sozialisationsforschung anbetrifft, wurde erst Ende der 50er Jahre "political socialization" zum Etikett eines sich ausdifferenzierenden Problembereichs, als Hyman (1959) eine

---

[1] Vgl. hierzu die Aufzählung bei Harder 1973:9.

Fülle von empirischen Forschungsaktivitäten und -ergebnissen in den USA hierunter zusammenfaßte. Die politische Sozialisationsforschung erlebte nachfolgend in den USA einen großen Aufschwung, der zu einer kaum mehr übersehbaren Fülle von Forschungsergebnissen führte.[1)]

In der Bundesrepublik hat sich erst in jüngerer Zeit eine Forschungstätigkeit entwickelt, die auch vom Forschungsdesign her dem Forschungsgegenstand angemessen ist (Zängle 1977).[2)] So ist Publikationen zur politischen Didaktik zu entnehmen, daß die (vor)schnell übernommenen Konzepte und Ergebnisse der US-amerikanischen Forschung einer Relativierung und Differenzierung bedürfen, und man sich eines Defizits an empirischer Forschung stärker bewußt wird (Zängle 1977, Claußen 1977:6).

Die Dynamisierung und Differenzierung der Forschungsperspektive wird durch eine sich ständig verbessernde Datenlage begünstigt. Mittlerweile liegt eine ausreichende Anzahl von Datenpunkten aus Querschnittsstudien vor, um Veränderungen empirisch illustrieren zu können. Außerdem lassen sich daraus Trendaussagen zumindest insofern ableiten, als deren Beliebigkeit eingeschränkt wird (Allerbeck 1976). Kohortenanalysen wie etwa Alterskohortenvergleiche erlauben es zudem, nicht nur Randverteilungen, sondern auch Veränderungen von Abhängigkeiten zwischen Variablen in einer Zeitreihe zu untersuchen. Wie bei der folgenden Analyse liegen außerdem immer häufiger Längsschnittdesigns vor, die eine quasi-experimentelle Analyse von Einstellungsveränderungen im großen Stil zulassen, wobei dann speziell soziologische Erklärungsvariable mit einbezogen werden können.

---

1) Für eine Übersicht über diese Ergebnisse siehe Schmitt 1975.

2) Das Defizit empirischer Sozialisationsforschung in der Bundesrepublik kommt bezeichnenderweise darin zum Ausdruck, daß im Kapitel des "Handbuch der Psychologie", das eigens dem Thema politische Sozialisation gewidmet ist, fast ausschließlich auf Ergebnisse empirischer Forschung in den USA verwiesen wird. Vgl. Baeyer-Katte 1975.

1.2 Schwerpunkte, Vorgehensweise und Gliederung der Untersuchung

In unserem wissenschaftlichen Bemühen geht es darum, "Varianz" des empirisch beobachtbaren Phänomens der Instabilität politischer Einstellungen zu erklären. Daß es sich dabei nicht um ein Randphänomen handelt, könnte kaum plastischer belegt werden als durch die Tatsache, daß im Befragungszeitraum von zwei Jahren und bei viermaliger Befragung nahezu 70 % der befragten Jugendlichen ihre Parteipräferenz gewechselt haben.

Welche politischen Einstellungen wir in die Analyse mit einbezogen haben, ist das Ergebnis von Erwägungen, die theoretische, methodische und pragmatische Gesichtspunkte in einem Kompromiß berücksichtigt haben: Pragmatische Erwägungen gebieten es, aus der Fülle von möglichen abhängigen Variablen (siehe die Studiendokumentation im Anhang) wenige auszuwählen und die Analyse auf das Exemplarische zu beschränken. Methodische und rechentechnische Erwägungen lassen es angebracht erscheinen, Variablen mit zumindest ordinalem Meßniveau bevorzugt einzubeziehen. Theoretische Erwägungen, die später noch zu spezifizieren sind, verweisen auf folgende, zentrale Dimensionen der konventionellen Staatsbürgerrolle: Wahlverhalten (Parteienpräferenz), politisches Reflexionsniveau (politisches Interesse), politische Kompetenz (politische Entfremdung, politisches Selbstbewußtsein), politische Flexibilität (Konservatismus bzw. Traditionalismus, Reformbereitschaft), Akzeptanz demokratischer Spielregeln (politische Toleranz, Rigorismus), ideologische Orientierung (Rechts-Links-Spektrum). Diese Auswahl muß selektiv sein. Dieses Spektrum wird sich jedoch als breit genug erweisen, um einige bereichsspezifische Differenzierungen von Stabilität und Instabilität zu erfassen.

Es wird zu diskutieren sein, in welcher Beziehung Stabilität und Instabilität einer Einstellung zueinanderstehen.

Ausgehend von einem probabilistischen Einstellungskonzept, das eine solche Gegenüberstellung "qualitativer Zustände" als zu grobe Kategorisierung herausstellt und aufhebt, wird auch empirisch zu belegen sein, daß - selbst unbeschadet dieser groben Kategorisierung - Instabilität einer Einstellung offensichtlich eher der Normalfall und Stabilität die Ausnahme ist. Es wird zu diskutieren sein, inwieweit hierfür der spezifische Objektbereich der Untersuchung, nämlich "politische"Einstellungen maßgebend ist.

Definitionsprobleme von Stabilität und Instabilität sind eng verknüpft mit Meßproblemen. Diese besitzen wegen des Paneldesigns der Untersuchung und der Tatsache, daß die abhängige Variable eine relationale Größe ist, ein besonderes Gewicht. Die hier entstehenden Probleme sind ungelöste Probleme und können auch in der vorliegenden Untersuchung nicht gelöst werden. Ein Beitrag zur Problemlösung wird allenfalls insofern geleistet, als problemmindernde Korrekturverfahren zur Bestimmung von "richtigen" Veränderungswerten auch in der weiteren Analyse getestet werden. Wenn die Probleme dennoch behandelt werden, geschieht dies vornehmlich deshalb, weil sie methodische Grenzen für die Gültigkeit der vorgestellten Befunde aufzeigen. Zum andern betreffen sie aus formaler Perspektive schon den Bereich unabhängiger Variablen, in dem sie "ursächlich" für einen Teil der Varianz des zu erklärenden Phänomens sind.

Wenn die aus dem empirischen Material ersichtliche Instabilität der politischen Einstellungen nicht nur zufällig oder meßtechnisch bedingt sein soll, sind die Erklärungsvariablen auszuwählen. Aus der Sozialpsychologie und Soziologie wird ein beträchtlicher Fundus von Erklärungskonzepten angeboten. Einerseits als sozialpsychologische Mikrotheorien des Einstellungswandels, andererseits als soziologische Theorien sozialer Beeinflussung auf höherem Aggregatniveau, in denen Einflüsse der sozialen Umwelt - repräsentiert durch per-

sonale oder institutionale Sozialisationsinstanzen - auf Inhalte und Verlauf des Sozialisationsprozesses problematisiert sind. Auch hier ist eine Auswahl zu treffen.

Bei der Explikation des Einstellungskonzeptes werden wir sozialpsychologische Erklärungsansätze des Einstellungswandels unter dem Gesichtspunkt diskutieren, inwieweit ihnen Relevanz für den Bereich politischer Einstellungen zugemutet werden kann. Es kommt uns dabei nicht darauf an, Hypothesen zu prüfen und Präferenzen für ein Konzept zu entwickeln, sondern Anhaltspunkte für eine theorierelevante Kommentierung der empirischen Befunde vorzustellen. Dies gilt besonders für das Konzept der "Zentralität" und "Toleranzbreite" eines Einstellungsbereiches, das in derartigen Erklärungsansätzen und auch für die Bewertung der empirischen Befunde dieser Untersuchung eine wichtige Rolle spielt.

Die eher soziologischen Varianten von Erklärungsansätzen des Einstellungswandels haben einen direkteren Bezug zu den Erklärungsvariablen unserer empirischen Analyse. Wir untersuchen die Einflüsse sozialisatorischer Voraussetzungen in Familie, Schule und Betrieb auf die politische Orientierung von Jugendlichen bzw. auf deren Dauerhaftigkeit. Die empirischen Befunde sind von einiger Bedeutung für Thesen, die in der bisherigen politischen Sozialisationsforschung - in jüngerer Zeit häufiger kritisiert - frequentiert werden:
(1) Die Transmissionsthese, die besagt, daß Sozialisanden politische Orientierungen von Bezugspersonen übernehmen, wobei sich der Sozialisationserfolg in "Transmissionsraten" niederschlägt, etwa in übereinstimmenden Parteipräferenzen von Eltern und Kindern oder in übereinstimmendem politischem Rigorismus (Jennings and Niemi 1974, Jennings 1977). Als mikrotheoretische Bezugspunkte werden in der Regel psychische Mechanismen sozialen Lernens wie Imitation und Identifikation herangezogen (Bandura 1969, 1977). Unsere empirischen Befunde werden die neuerdings geübte Kritik an diesen

Vorstellungen bestätigen und spezifizieren (Torney 1977, Zängle 1977, Bandura 1977).
(2) Das Primärprinzip besagt, daß frühzeitig im Lebenszyklus erworbene Einstellungen besonders dauerhaft seien. Daraus ergäbe sich eine besondere Bedeutung politischer und politisch-bedeutsamer Erziehung in früher Kindheits- und Jugendphase. Das Generationenkonzept ist eine Variante dieser These. Es wird eine prägungssensible Lebensphase angenommen, in der markante zeitgeschichtliche Ereignisse eine Generation (Alterskohorte) zeitgleich lebender Personen vergleichsweise stark und dauerhaft beeinflußt (Mannheim 1928, Jennings and Niemi 1973, Weissberg 1974, Zängle 1977, Allerbeck 1977, Sahner 1977).[1)]
(3) Das Strukturierungsprinzip bzw. die Kristallisationsthese besagt, daß frühzeitig erworbene Einstellungen spätere Informationen vorstrukturieren und so die Entwicklung eines politischen Orientierungssystems in seiner langfristigen Konsistenz beeinflussen (Searing et al. 1973).

Wir sind uns darüber im klaren, daß das Ergebnis unserer Untersuchung durch den kritisierbaren Eklektizismus der Erklärungsvariablen und die Fragwürdigkeit mancher Erklärungskonzepte mitbedingt ist.[2)] Die Befunde berechtigen dennoch zu einer Annahme, daß die Entwicklung politischer Einstellungen von Jugendlichen "chaotischer" verläuft als bisher angenommen. Dies weist darauf hin, daß manche Streitpunkte der Sozialisationsforschung von falschen Fragestellungen ausgehen, so etwa die Kontroverse, ob Elternhaus, Schule oder Freundeskreis jeweils wichtiger für die politische Erziehung und die politische Orientierung von Jugend-

---

1) Vgl. zu diesem Thema die diversen Beiträge in: European Journal of Political Research 5/77. Special Issue: Political Generations in Europe.

2) Dies gilt insbesondere für die schichtspezifische politische Sozialisation. Vgl. hierzu die Kritik von Bertram 1977.

lichen sind. Zunächst einmal sind sie offensichtlich ähnlich unwichtig. Wie auch sonst sollte ein Phänomen wie das vergleichsweise kurzfristige Aufkommen und Vergehen der Studentenbewegung oder die Flexibilität verständlich sein, mit der eine Gesellschaft den Übergang von einer totalitär organisierten hin zu einer demokratisch-pluralistisch organisierten politischen Ordnung bewältigt? Politisches Verhalten und politische Einstellungen scheinen wesentlich mehr eine Konsequenz systemstruktureller Voraussetzungen, politischen Zeitgeschehens und von Persönlichkeitsfaktoren zu sein als eine Folge der explizit "politischen" Sozialisation im Sinne personaler und institutionaler Beeinflussung.[1] Dies gilt zumindest für die Bandbreite politischer Einstellungen und assoziierbaren Verhaltens, wie sie hier behandelt werden. Unterschiedliche Konstellationen von Sozialisationsfaktoren sind Bedingungen von Möglichkeiten politischer Einstellungen und Einstellungsveränderungen.

Diese Möglichkeiten können wiederum zeitlich relativiert werden. Wenn die Sozialisationsinstanzen auch ähnlich unwichtig sind, so sind sie doch unterschiedlich bedeutsam, dies allerdings nicht nur in einer lebenszyklus-abhängigen Veränderung, sondern auch in Abhängigkeit von zeitgeschichtlichen Rahmenbedingungen. Diese weisen den um Einfluß konkurrierenden Bezugsquellen politischer Information im Zeitablauf wechselnde Bedeutung zu. Das Ergebnis der Untersuchung - wenig Varianz des zu erklärenden Phänomens erklärt zu haben - mag insofern nicht nur im methodischen Vorgehen, sondern auch in zeitgeschichtlichen Bedingungen Mitte der 70er Jahre begründet sein. Diese Vorwegnahme des Resümees der Untersuchung skizziert den Rahmen, auf den hin die folgenden Differenzierungen und Details der theoretischen Diskussion wie der empirischen Analyse zu relativieren sind.

---

[1] Hier schaltet sich denn auch das Problem der Abgrenzung von allgemeiner kultureller und explizit politischer Sozialisation ein.

Die Untersuchung ist in drei Abschnitte untergliedert, die ihren Schwerpunkt je in der theoretischen, methodischen und empirischen Behandlung des Sujets besitzen. Zum Schluß sind die Bezüge zwischen diesen Untersuchungsteilen noch einmal kurz mit Blick auf topische Schwerpunkte der politischen Sozialisationsforschung herausgestellt.

Im theoretischen Teil, den Kapiteln zwei und drei, erörtern wir die beiden Basiskonzepte, auf die sich Stabilität und Variablität von politischen Einstellungen beziehen lassen, und die am ehesten geeignet erscheinen, die unendliche Fülle möglicher Ursachen von Stabilität und Veränderung politischer Einstellungen zu systematisieren: das Konzept "politische Einstellung" (Kapitel 2) und das Konzept "politische Sozialisation" (Kapitel 3). Diese theoretischen Erörterungen zielen in erster Linie darauf ab, detaillierte Anhaltspunkte für eine Systematisierung des in den folgenden Kapiteln präsentierten empirischen Materials aufzuzeigen.

Die Diskussion des Einstellungskonzeptes stellt die Instabilität als konzeptimmanent heraus. Einstellungen sind für den Menschen einerseits Orientierungsgrößen, die komplexe Handlungszusammenhänge strukturieren und Handlungsschemata zeitlich stabilisieren; zum anderen ist ein gewisses Maß an Flexibilität unabdingbar, um sich den wechselnden Verhaltensbedingungen anpassen zu können. Einstellungskonzept und Erklärungsansätze des Einstellungswandels werden speziell unter dem Gesichtspunkt diskutiert, ob sie Anhaltspunkte für die Systematisierung der Instabilität gerade von politischen Einstellungen geben.

Danach wird das Konzept "politische Sozialisation" diskutiert und die wechselseitige Verknüpfung mit dem Einstellungskonzept erörtert. Die Instabilität politischer Einstellungen sind eine notwendige Voraussetzung für die Flexibilität politischer Handlungssysteme. Damit konfligiert die

Anforderung nach Stabilität und Kalkulierbarkeit politischen Verhaltens. Aus der Erörterung der Prozeßdynamik politischer Sozialisation werden die Variablen bestimmbar, denen in der lebenszyklusbedingten Variabilität politischer Orientierungen eine wesentliche Rolle zugemutet werden kann. Dies betrifft auch die moderierenden Effekte des sozialen Umfeldes des Jugendlichen, wie es durch Kontakte mit spezifischen Sozialisationsträgern und durch soziale Plazierungen bestimmt ist. Bei der Abgrenzungsproblematik zwischen politischer und nichtpolitischer Sozialisation stellt sich die Frage, ob es für beide Arten jeweils charakteristische Verlaufsformen gibt.

Im zweiten Abschnitt (Kapitel 4) wird die Instabilität politischer Einstellungen Jugendlicher als methodisches Problem am Beispiel von Indikatoren auf ordinalem Meßniveau behandelt. Dabei soll die Vorgehensweise in der dann folgenden empirischen Stabilitätsanalyse gerechtfertigt werden, insbesondere die Verwendung von Stabilitäts- und Veränderungsmaßen.

Im dritten Abschnitt (Kapitel 5 bis 7) wird der Versuch unternommen, die Instabilität empirisch zu systematisieren.

In Kapitel 5 wird zunächst - mit Bezug auf die theoretische Diskussion des Einstellungskonzeptes - eine Stabilitätsanalyse der "abhängigen" Variablenbereiche durchgeführt. Es wird untersucht, wie stabil die jeweiligen Einstellungen sind und welche Zusammenhänge zwischen den Einstellungen sowie zwischen ihrer Stabilität bestehen.

Im Kapitel 6 steht die lebenszyklische Variabilität politischer Einstellungen im Mittelpunkt. Es wird untersucht, inwieweit sie durch verschiedene Aspekte der sozialen Plazierung des Jugendlichen mitbestimmt ist. Geschlechtsrolle,

sozialer Status (Beruf und Ausbildung) und soziale Herkunft werden in ihrer vielfältigen Verknüpfung untereinander mit einbezogen.

In Kapitel 7 werden die Regelhaftigkeiten der zeitlichen Variabilität von Einstellungen weiter differenziert, indem ein Zusammenhang mit spezifischen Voraussetzungen auf seiten der Sozialisationsträger hergestellt wird. Die zentralen Komponenten des komplexen sozialen Einflußfeldes sind Elternhaus, Betrieb und Schule.

Eine zusammenfassende Übersicht enthält Kapitel 8. Die wesentlichen Ergebnisse der empirischen Stabilitätsanalyse werden mit Bezug auf zentrale Aspekte politischer Sozialisationsforschung diskutiert, wie sie im ersten Abschnitt dargelegt wurden.

Teil I
Die Instabilität politischer Einstellungen als theoretisches Problem

2. Das Konzept "politische Einstellung"

Als ersten generellen Ansatzpunkt zum Verständnis von Instabilität der Einstellungen werden wir im folgenden das Einstellungskonzept selbst diskutieren. Es ist dabei vor allem die Beziehung zwischen Einstellungen und Verhalten sowie die Beziehungen zwischen den Einstellungen, die Strukturiertheit des Einstellungssystems zu erörtern. Außerdem sind dann Erklärungsansätze des Einstellungswandels skizziert und daraufhin überprüft, inwieweit sie zur Erklärung der Instabilität politischer Einstellungen beitragen können. Danach wird diskutiert, welche Konsequenzen sich aus dem politischen Referenzbereich ergeben. An die Diskussion des Einstellungskonzeptes schließt sich dann als zweiter Ansatzpunkt eine Erörterung des Sozialisationskonzeptes an.

2.1 Das Einstellungskonzept

"The concept of attitude is probably the most distinctive and indispensable concept in contemporary American social psychology". Diese Feststellung Gordon W. Allports (1935:798) kann nach wie vor Geltung beanspruchen. Der Begriff der Einstellung ist darüber hinaus im Verlauf der expansiven Entwicklung der Umfrageforschung zu einem zentralen interdisziplinären Konzept der Sozialforschung überhaupt geworden.

Die Auseinandersetzung zwischen Behavioristen und Interaktionisten, die die Geschichte der Sozialpsychologie bestimmt, findet auch ihren Niederschlag in wechselnden Definitionen und Konzepten der Attitüde. Im strengen Sinn behavioristische Ansätze geben dem Konzept der Attitüde keinen Raum. Einstellungen

sind hier allenfalls eine gesonderte Klasse von Verhaltensweisen, die - wie im Interview als verbale Reaktionen - im Prinzip einem S-R-Schema unterliegen, keinesfalls jedoch eine intervenierende Variable im Handlungszusammenhang zwischen Person und Situation (Skinner 1957, Bem 1967). Jedoch weist F. Allport's Definition von Einstellung als "erworbene neuromusukäre Disposition oder Bereitschaft zu einer bestimmten Reaktion auf eine bestimmte Gruppe von Stimuli" darauf hin, daß Abgrenzungen zwischen den Positionen meistenfalls nicht so unbedingt und klar waren, wie es eine historisch-etikettierende Perspektive glauben macht. Für Thomas und Znaniecki (1918) waren Einstellungen ein "state of mind towards a value" (Anger 1965:646). Es wird also der soziale Bezug einer Verhaltensdisposition herausgestellt, da Werte ja sozial determiniert sind. Mit diesem Begriff von "Attitudes" verdrängten sie McDougall's vorgängiges Konzept von "Sentiment". Der Durchbruch des Konzeptes kam, als mit und nach Thurstone (1929) Methoden der Einstellungsmessung entwickelt und verfeinert wurden. Die ersten Untersuchungen beschäftigten sich inhaltlich in erster Linie mit Beziehungen zwischen Radikalismus und Konservatismus (Murphy et al. 1937) und zeichneten sich noch durch Unschärfen in der Verwendung von Einstellungskonzepten aus.[1] Nachdem sich in den 40er Jahren das Schwergewicht sozialpsychologischer Forschung auf gruppendynamische Prozesse verlegt hatte, angeregt durch die Forschungen von Kurt Lewin, erlebte die Attitüdenforschung dann in den 50er und 60er Jahren ihren vorläufigen Höhepunkt,[2] als sich sozialpsychologische Untersuchungen in der Hauptsache mit Problemen des Einstellungswandels befaßten.

---

1) So ist Konservatismus nicht eine "Einstellung", sondern insofern ein Charakterzug, als eine konsistente Beziehung zwischen einer Reihe von Einstellungen zu verschiedenen sozialen Objekten bezeichnet wird (Smith 1973 :61).

2) Dies kam z.B. darin zum Ausdruck, daß dem Begriff auch in einschlägigen deutschen Publikationen wissenschaftliche Referenz erwiesen wurde, nachdem er lange Zeit vernachlässigt worden war. So führt das Konzept in Hofstätters Lehrbuch der Sozialpsychologie ein Schattendasein, und auch im Handbuch der Psychologie wird Einstellung eher am Rande behandelt. Ein bezeichnendes Kontrastprogramm dazu bieten McGuire's 43 Seiten Bibliographie zum Thema "Attitude" im "Handbook of social psychology" (McGuire 1969, Hofstätter 1963).

Diese Entwicklung wurde dadurch begünstigt, daß das Attitüdenkonzept in die Soziologie eingeführt wurde, insbesondere in die Wahlforschung, der auch ein breites öffentliches Interesse gewiß war. Indem es Eingang in repräsentative Meinungsumfragen sowie in Panelbefragungen fand (Lazarsfeld, Berelson, Gaudet 1948), verließ das Attitüdenkonzept den engen Bereich sozialpsychologischer Forschung. Parallel mit der Übernahme des Begriffs durch Soziologen, ging eine Übernahme des Objektbereichs Politik durch Psychologen (Campbell et al. 1954), wodurch der Vormarsch des Attitüdenkonzeptes noch gefördert wurde (Smith 1973 :61).

Historische und gesellschaftliche Entwicklungen der Kriegs- und Nachkriegszeit spiegeln sich in den richtungsweisenden Untersuchungen zur "autoritären Persönlichkeit" wider, die das Attitüdenkonzept von einer psychoanalytisch beeinflußten Perspektive aus benutzten. (Adorno et al. 1950). Die primäre Absicht, Antisemitismus und Ethnozentrismus auf Persönlichkeitsfaktoren zurückzuführen, wurde auf antidemokratische und "faschistische" Orientierungssysteme allgemein erweitert (Roghmann 1966 , Sanford 1973). Die im Rahmen dieser Untersuchungen entwickelte "F-Skala" bildete einen methodischen und inhaltlichen Ansatzpunkt für eine Vielzahl sich anschließender Untersuchungen.

Mit ihren Forschungen zum Einstellungswandel, die an frühere Arbeiten anknüpften (Murphy, Murphy, Newcomb 1937), beschäftigten sich Hovland, Lumsdaine und Sheffield (1949) mit den Möglichkeiten zur Meinungsbeeinflussung und -manipulation zunächst bei amerikanischen Soldaten. Sie leiteten damit eine sehr fruchtbare Phase sozialpsychologischer Theoriebildung ein,

die in Festingers Theorie "kognitiver Dissonanzen" einen markanten Höhepunkt besitzt (Festinger 1957). Gleichzeitig mit einer extensiven Theoriebildung wurden die experimentellen Methoden und Techniken verfeinert. Dies führte letztlich nicht nur zu einer disparaten Entwicklung von sozialpsychologischer Attitüdenforschung einerseits und der soziologischen Erforschung politischer Attitüden andererseits, die sich der Umfrageforschung bediente, sondern auch zur Ernüchterung und Skepsis gegenüber experimentellen Techniken, wenn es um den Bezug von Ergebnissen zu Problemen des täglichen Lebens und die Anwendung im politischen Bereich ging. Ideologische Einwendungen einer neuen Studentengeneration zu Ende der 60er Jahre taten ihr übriges, um das Schwergewicht auf "Feldexperimente" zu verlagern, eine Phase, die heute noch anhält.

Eine Rezeption der Entwicklung in den USA fand in der Bundesrepublik zunächst zur zögernd statt. Anger (1970) führt dies in erster Linie darauf zurück, daß sich zum einen die deutsche Psychologie in der Vorkriegszeit vom amerikanischen Behaviorismus abwandte, und zum anderen wegen der politischen Situation in der Nazizeit die Entwicklung der Umfrageforschung an der Forschungstätigkeit in Deutschland vorbeilief. In dem Zuge, wie hier Terrain aufgeholt wurde, waren es dann auch soziologische und politologische Umfrageforschung, und nicht so sehr psychologische und sozialpsychologische Forschung, die in größerem Ausmaß Attitüdenforschung betrieben. Aus der Vielzahl von Untersuchungen, die seit Anfang der 60er Jahre durchgeführt wurden, sind für unsere Fragestellung insbesondere die Wahlstudien zur Bundestagswahl von 1961 wichtig, die richtungsweisend für die folgende expandierende Wählerforschung in der Bundesrepublik war und auf deren operationale Konzepte ein Teil der in der vorliegenden Untersuchung verwendeten Frageformulierungen zurückgeht (Scheuch, Wildenmann 1965). Ein zen-

trales Sujet politischer Einstellungsforschung waren neben Parteipräferenzen vor allem die Einstellungen gegenüber der demokratischen Ordnung in der Bundesrepublik. Diese Fragestellung bezog sich mit einiger Berechtigung besonders auf die erste Generation einer Nachkriegselite sowie auf eine Erwachsenenbevölkerung, die ihre politische Sozialisation zur Zeit des Nationalsozialismus erfahren hatte. Die Frage nach der Akzeptanz der politischen Ordnung in der Bundesrepublik stand aber auch im Zentrum einer Reihe von Jugendstudien, die in immer kürzeren Abständen realisiert wurden (Schelsky 1957, Habermas 1961, Jaide 1965 , Blücher 1966). Spätestens seit der Studentenbewegung sind dies wohl die Studien mit dem Generalthema Einstellungen, denen auch in der nichtwissenschaftlichen Öffentlichkeit die meiste Aufmerksamkeit geschenkt wird.

.1.1 Einstellung und manifestes Verhalten

Die Studentenbewegung war es denn auch, die sehr plastisch auf ein Problem der Einstellungsforschung hinwies, nämlich die Beziehung zwischen Einstellung und Verhalten. Aus der Erforschung einschlägiger Einstellungen, selbst in kurz zuvor durchgeführten Befragungen jedenfalls, war die politische Protestbewegung nicht zu prognostizieren gewesen (Scheuch 1975). Zwar wurde nachmals reklamiert, man habe das aktivierte Protestpotential schon lange vorher ausgemacht (Blücher 1975, 1966), jedoch ist dies eher auf die Bandbreite impressionistisch-interpretativer Ausgestaltung zurückzuführen, die die Umfrageergebnisse in der Regel der illustrativen Forscherphantasie belassen, als auf im intersubjektiven Diskurs abstützbare Analysen sozialer Phänomene. Es betrifft auch dann

nur einen von vielen Aspekten des Problems, wenn man darauf verweist, daß das unkonventionelle nichtprognostizierte Verhalten nur auf eine aktivierte Minderheit beschränkt blieb und keinesfalls typisch für die Jugendgeneration der 60er Jahre gewesen sei, im übrigen auch Züge einer episodenhaften Modeerscheinung aufgewiesen habe (Scheuch 1975). Es ergibt sich auch aus Umfragen unter Studenten auf dem Höhepunkt der Studentenbewegung, daß Einstellungen zur Demokratie selbst in dieser Population sehr instabil waren.[1] Dies läßt vermuten, daß für die Nichtprognostizierbarkeit der Studentenbewegung gerade Probleme spezifischer Art maßgebend waren, wie sie dann immer häufiger für die Beziehung zwischen Einstellung und Verhalten hervorgehoben wurden (Wicker 1969, Benninghaus 1973, 1975, Deutscher 1973).

Deutscher (1973:6) kommt zu dem Schluß, daß Menschen offensichtlich nicht so handeln wie sie es sagen.[2] Schon die Untersuchungen von Kutner et al. (1952) wiesen darauf hin, "daß die jeweiligen Situationen, in der die Interaktionen stattfinden, bessere Prädiktoren dafür sind, ob Vorurteile zum Ausdruck kommen" (Bierbrauer 1976:7). Die Inkonsistenzen zwischen Einstellungen und Verhalten haben eine Reihe von Autoren veranlaßt, den situativen Bedingungen in einem Handlungskontext primäre Bedeutung für den Handlungsablauf zuzuschreiben (van der Dennen 1970, Tarter 1970, Wicker 1969). Auch Verfechter

---

1) Kaase konstatiert diese Instabilität demokratischer Einstellungen unter Studenten, läßt sie aber auf sich beruhen (Kaase 1971).

2) Wicker (1969) resümiert in diesem Zusammenhang: "Taken as a whole, these studies suggest that it is considerable more likely that attitudes will be unrelated or only slightly related to overt behavior than that attitudes will be closely related to actions. Product-moment correlation coefficients relating the two kinds of response are rarely above. .30, and often are near zero. Only rarely can as much as 10 % of the variance in overt behavioral measures be accounted for by attitudinal data."

des Attitüdenkonzeptes sehen sich gezwungen, ihre Vorstellungen über Einstellungen zu relativieren und - entsprechend den empirischen Befunden - zu dynamisieren.

"... Nor does it seem fruitful to argue whether or not attitudes exist; the question is whether they can be conceptualized in ways that yield useful analyses and insightful conclusions about social behavior ... Attitude, in my view, ... is not an index of action, but a determinant, component, and consequent of it. Furthermore, it is not an entity that can be separated - functionally or temporally - from the flow of action, but is an integral part of action. Attitude and action are linked in continuing reciprocal processes, each generating the other in an endless chain." (Kelman 1974:316).

Diese Definition stellt gerade das in Frage, was bisher als durchweg konsensuale Charakteristika von Einstellungen hervorgehoben worden war. Denn Six (1975:271) kommt da zu dem Ergebnis: "Fast sämtlichen Definitionen gemeinsam ist die Kennzeichnung der Einstellung als eines evaluativen Prozesses sozialer Sachverhalte. Häufig auftretende Merkmale sind: relativ überdauernd, gegenstandsbezogen, erlernt, verhaltenswirksam, strukturiert."

Diese Merkmale erscheinen in einer dynamischen Konzeption von Einstellung im Sinne Kelman's nicht mehr als typisierendes Kennzeichen, sondern allenfalls als mögliche Zustandswerte. Nicht "relativ überdauernd" ist der "Normalzustand", sondern die dynamische Veränderung, die Gegenstandsbezogenheit wird zur Situationsbezogenheit, das "Erlernte" wird zum Gegenstand eines Lernprozesses, Verhaltenswirksamkeit wird zur Verhaltensbestimmtheit, Strukturiertheit wird zum Prozeß des Übergangs von strukturalen Zuständen des Einstellungssystems.

Eine dynamische Perspektive kommt auch in wahrnehmungstheoretisch bestimmten Definitionen von Einstellungen zum Ausdruck, wenn sie als "eine Hypothese bzw. ein System von Hypothesen bezüglich sozial bedeutsamer Reizkonstellationen" definiert wird (Oerter 1970:127). Dagegen steht z.B. die behavioristisch beeinflußte Konzeption von Einstellung als "erlernte Antworttendenz, auf sozial bedeutsame Reize oder Reizmuster in gleicher oder ähnlicher Weise zu reagieren" (Oerter 1970:127). Stabilität impliziert gleichfalls eine Auffassung von Einstellung als Überzeugung, "die zu sozialen Gegebenheiten eine wertende, ich-beteiligte Stellungnahme" bezieht (Oerter 1970:127). Die Reihe von Definitionen und Konzepten ließe sich fortsetzen, aus ihrer Vielfalt haben sich eine große Reihe von Versuchen ergeben, die Konzepte wiederum zu klassifizieren (McGuire 1969: 144-146, Six 1975:273). Von grundlegender Bedeutung für die Umfrageforschung ist dabei eine Unterscheidung in Wahrscheinlichkeitskonzepte und in Konzepte von Einstellung als "latente Prozesse" (DeFleur und Westie 1963).

Im Rahmen von Wahrscheinlichkeitskonzepten erscheint das Problem der Inkonsistenz zwischen Einstellung und Verhalten als Scheinproblem, "wenn Einstellungen als Auftretenswahrscheinlichkeiten bestimmter beobachtbarer Ereignisse, wie z.B. der Reaktion auf das Item eines Fragebogens, definiert werden" (Six 1975:273).[1] Das im Interview erfaßte verbale Verhalten

---

1) "The attitude, than, is an inferred property of the responses, namely their consistency. Stated another way, attitude is equated with the probability of recurrence of behavior forms of a given type and direction" (Gross und Niman 1975:360).

steht in einer mehr oder weniger festen Verbindung zu anderen Verhaltensklassen, die durch semantischen Konnex, z.B. Simulation einer Entscheidungssituation, mit verbalem Verhalten verbunden sind. Eine hohe Reaktionskonsistenz z.B. bei einer simulierten Wahlentscheidung läßt darauf schließen, daß mit hoher Wahrscheinlichkeit die simulierte Parteipräferenz auch in der Wahlsituation realisiert wird. Einer solchen Konzeption hält Herrmann (1969:61ff.) entgegen, daß es sich dann nur um ein deskriptives, nicht aber ein explikatives Konstrukt handele. Einstellungen sind dann abhängige Variablen, nicht jedoch Variablen, die Verhalten erklären können (Weissberg 1965, Alexander 1976).

Ein explikatives Konzept zu sein, nimmt die Konzipierung von Einstellung als "latenter Prozeß" in Anspruch. Hierbei ist Einstellung ein hypothetisch konstruierter Mechanismus, der zwischen Reiz und Reaktion vermittelt. Er ist aus beobachtbarem Verhalten erschließbar, "wobei die latente Einstellung oder auch 'wahre' Einstellung nicht nur für konsistente Reaktionsmuster innerhalb einer Reaktionsklasse sorgt, sondern auch zwischen verbalem und nichtverbalem Verhalten" (Six 1975: 273, Lazarsfeld, Henry 1968).

Beiden Konzeptklassen ist ein verwandter, allerdings jeweils entgegengesetzter Mangel zuzusprechen, wenn man nämlich von der Systematisierbarkeit menschlichen Verhaltens ausgeht. Dem Wahrscheinlichkeitskonzept ist vorzuhalten, daß die Frage nicht beantwortet wird, worauf denn verzerrte Wahrscheinlichkeiten beruhen, warum menschliches Verhalten nicht stochastisch mit Situationen verknüpft, sondern systematisierbar ist. Dem Konzept "latenter Prozesse" ist vorzuhalten, daß menschliches

Verhalten offensichtlich nicht so systematisch ist, daß es sich erschöpfend aus Einstellungen als hypothetische Mechanismen erklären ließe. Möglicherweise hat hier ein deterministisch-mechanisches Menschenbild ein Konzept entstehen lassen, das - wenn auch ungleich komplexer - sich nichtsdestoweniger nicht von der Tradition eines simplen S-R-Schemas lösen kann.

Zur Auflösung dieses Dilemmas plädiert Bierbrauer (1976:5) für einen komplexeren Attitüdenbegriff, "der in eine kognitive Interaktionstheorie eingebettet werden sollte, in der Attitüden einen integralen Bestandteil von Handlungen darstellen". Die Inkonsistenz zwischen sagen und tun beruhe darauf, daß man unberechtigterweise eine funktionale Äquivalenz zwischen verschiedenen Verhaltenskategorien wie verbalem Verhalten, offenem Verhalten oder physiologischen Reaktionen postulierte. Möglicherweise beruhe die Konsistenzprämisse hinsichtlich Einstellung und Verhalten darauf, daß man einen systemfunktional-moralischen Imperativ von "Ehrlichkeit" zu einem wissenschaftlichen Konzept stilisiert habe. Die verhaltensdifferenzierenden und modifizierenden Effekte komplexer sozialer Situationen, wie sie z.B. in konfligierenden Normen und Rollenkonstellationen zum Ausdruck kommen können, gelten jedoch nicht nur hinsichtlich der Inkonsistenz zwischen Verhaltensklassen, sondern gleichfalls für Inkonsistenzen innerhalb einer Verhaltensklasse im Zeitablauf, betrifft somit auch die zeitliche Stabilität einer verbal geäußerten oder konkret realisierten Einstellung. Eine solche Perspektive rückt gleichzeitig den Menschen als Agens in den Vordergrund, der seine Umweltbewältigung nicht nur im Reagieren mit Hilfe von Dispositionen vollzieht, die im Verlaufe eines reaktiven Sozialisationsprozesses - als hypothetisch

konstruierter "deus ex machina"-erworben wurden und sein Verhalten bestimmen. Als Agens steht er vielmehr in Interaktion mit einer sozialen und materialen Umwelt, die in immer wechselnden situativen Zusammenhängen ein andauerndes Justieren kognitiver und evaluativer Strukturen abverlangt. Dies ist zumal in einer entwicklungssensiblen Lebensphase wie in der Jugend bedeutsam.
In einem Handlungsablauf konstituieren kognitive und evaluative Strukturen wie soziale Objekte und Ereignisse einen komplexen Bedeutungszusammenhang. Die Interpretationsschemata der Bedeutungszusammenhänge sind dabei allerdings nicht nur aufgrund individueller Erfahrung "erarbeitet", sondern wesentlich sozial vermittelt. Sie sind durch kulturelle Sozialisation zumindest auch dort verfremdet, wo sie im Ansatz genetisch fixiert sind. Die soziale Vermittlung der Interpretationsschemata bedeutet einmal, daß Verhaltenserwartungen in Form von Normen und Rollen selbst Komponenten des Bedeutungszusammenhangs sind und als solche in den interagierenden Lernprozeß einfließen. Zum andern bedient sie sich darüber hinaus eines Hilfsmittels, das es den Forschern überhaupt erst erlaubt, ein Attitüdenkonzept in der bisher bevorzugten Weise empirisch zu überprüfen: nämlich der Sprache. Sie macht es möglich, anhand hypothetischer Situationen zu lernen und soziale und kognitive Interpretationsmuster zu generalisieren. Der Sozialisationsprozeß integriert in eine "Sprachgemeinschaft" und vermittelt so auch die Begriffe und Etiketten für "innere Zustände", die der verbalen Einstellungsmessung zugrunde liegen und eine Verständigungsmöglichkeit zwischen Forscher und Probanden ermöglichen (Bem 1972).

Diese Begriffe sind nun semantisch nicht eindeutig fixierbar, die Konvention richtet sich vielmehr auf die Bestimmung von Bandbreiten tolerierter Unschärfen und eröffnet von daher eine weitere Quelle von Inkonsistenzen: die semantische Unschärfe einzelner Elemente in einem Bedeutungszusammenhang. Ein in anderen Bereichen veränderter Bedeutungszusammenhang kann so implizieren, daß andere Bereiche interpretativer Ausgestaltung eines Bedeutungselementes angesprochen werden. Insofern ist Bem's Postulat zu relativieren:

"Individuals come to 'know' their own attitudes, emotions, and other internal states partially by inferring them from observations of their own overt behavior and/or the circumstances in which this behavior occurs" (Bem 1972:21).

Einstellungen und das Wissen um die Einstellung ist nicht (nur) das Resultat einer realen Interaktion mit der Umwelt, sondern Zwischenstufe im andauernden Prozeß einer sozialen Identitätsfindung innerhalb sozial vorgegebener Identifizierungsmuster. Dies verläuft also keinesfalls so, als müßte sich das handelnde und interagierende Individuum seine Einstellung oder Kognition in Erfahrung mit dem sozialen oder materialen Objekt, sein systematisches Einstellungssystem als "Weltbild" in Erfahrung mit einer strukturierten sozialen und materialen Umwelt selbst einzeln erarbeiten. Vielmehr bietet die soziale Umwelt komplexe Deutungsmuster sowohl für interne Zustände als auch für realisierte Verhaltenssequenzen an. Durch Sprache leistet hier die sozialisierende Gesellschaft einen Beitrag zur "Reduktion von Komplexität" in einem Handlungszusammenhang, der dem handelnden Menschen in einer vielfältigen Entscheidungssituation das Handeln ermöglicht (Luhmann 1968). Ein interaktionistisches Einstellungskonzept macht - indem es den Begriff dynamisiert - die Verhaltensinkonsistenz konzeptimmanent. Dadurch wird zwar zunächst noch immer nichts erklärt, jedoch wird den überraschenden empirischen Befunden Rechnung getragen. Aus diesen heraus lassen sich dann auch folgende Elemente eines interaktionistischen Einstellungsbegriffs postulieren: relative Instabilität in der Zeitdimension, relative Ambiguität in der semantischen Dimension, d.h. der Interpretation eigener Standorte, relative Inkonsistenz im Zusammenhang einzelner Bedeutungselemente des Handlungszusammenhangs, da die Veränderung einzelner Elemente einen anderen (neuen) Bedeutungszusammenhang konstituiert. In einem solchen Konzept gerät dann auch die Frage nach der Kausalität, welches Element welches andere beeinflußt, zum bekannten "Henne-Ei-Dilemma".

Erst in einer solchen Konzeptualisierung von Einstellung scheint es überhaupt möglich, die empirischen Befunde dieser Studie zu interpretieren, da ansonsten die Instabilität der Einstellungen im Befragungszeitraum Anlaß sein könnte, jede Interpretation abzulehnen. Es wird später zu diskutieren sein, inwieweit ein auf semantischer Ebene konzipiertes interaktionistisches Einstellungskonzept gerade für den politischen Bereich adäquat ist, und manche Enttäuschung von Untersuchern politischer Sozialisation über die Unergiebigkeit der empirischen Befunde gerade auf eine zu unreflektierte Verwendung des Einstellungskonzeptes in diesen Studien zurückzuführen ist.

2.1.2 Zur Strukturiertheit eines Einstellungssystems

Eine weitere prominente Konsistenzprämisse der Attitüdenforschung betrifft die logische Verknüpfung von Einstellungen untereinander wie auch mit anderweitig bezeichneten Zuständen neuro-psychischer Art, wie z.B. Werthaltungen oder Meinungen. Zwei prominente Strukturierungsvorschläge sind die Unterteilung einer affektiven, kognitiven und konativen Komponente bei der Einstellung einerseits und Differenzierung zwischen Values, Attitudes und Beliefs andererseits.

Wenngleich die erstere Trichotomie analytisch plausibel und seit den ersten diesbezüglichen Arbeiten von Rosenberg (1956), (Rosenberg und Hovland 1960, Katz und Stotland 1959) immer wieder zitiert wird, ist es bisher nicht gelungen, diese Komponenten empirisch nachzuweisen. Die Versuche sind ent-

weder methodisch fragwürdig oder ihre Ergebnisse mager.[1] Das gleiche gilt jedoch ebenfalls für Befunde, die auf mehr als drei Komponenten hinweisen. Wenn sich Konsistenzen ergeben, sind dies Konsistenzen bzw. Invarianzen inhaltlicher Art, die sich jedoch keinesfalls auf einer formal-strukturellen Ebene definieren lassen, die der Drei-Komponentenstruktur entspräche. Inhaltliche Konsistenzen sind in der Regel mit bekannten Dichotomien wie Radikalismus-Konservatismus (Hartman und Wakenhut 1972) oder "humanitarianism-religionism" (Eysenck 1971) etikettierbar. Eine dualistische Struktur von Einstellungen in bezug auf ihre Inhalte findet auch Kerlinger (1967:118, Six 1975:276) in den Dimensionen Progressismus-Traditionalismus oder Liberalismus und Konservatismus.

Eine umfassende Konsistenzprämisse, die sowohl die innere Struktur von Einstellungssystemen wie auch inhaltliche Aspekte und die Beziehung zum Verhalten tangiert, gibt Rokeach mit seiner Dogmatismustheorie sowie mit der später erfolgten Unterteilung in Values, Attitudes und Beliefs (Rokeach 1960, Rokeach 1970). Die Konsistenz des umfassenden "Belief-Systems" wird dabei in bezug auf mehrere Aspekte definiert. Ein struktureller Aspekt besteht darin, daß zwischen einem grundsätzlich offenen und einem grundsätzlich geschlossenen System unterschieden wird. Ein geschlossenes, dogmatisches System zeichnet sich dadurch aus, daß die Umwelt als bedrohlich empfunden und eine grundsätzlich defensive Haltung gegenüber der Umwelt eingenommen wird. Um kognitive Konflikte zwischen einzelnen Elementen des Belief-Systems zu vermeiden, bleiben die Elemente selbst relativ isoliert voneinander. Demgegenüber entwickelt der undogmatische Mensch ein höheres Selbstwertgefühl, sein Belief-System besitzt explorative Funktion gegenüber seiner Umwelt. Die Konflikttoleranz ermöglicht differenzierte Beziehungen zwischen den Elementen des Systems. Welche "Grundeinstellung" ein Mensch entwickelt, wird, ähnlich wie bei der "autoritären

---

1) Zwar identifizierten Woodmansee und Cook (1967) zehn Dimensionen ethnischer Vorurteile, jedoch sind diese Dimensionen nur inhaltlicher und nicht analytischer Art.

Persönlichkeit" (Adorno 1950), auf frühkindliche Sozialisationseinflüsse zurückgeführt.

Eine zweite Konsistenzdimension erstreckt sich auf die innere "Hierarchie" des Belief-Systems. Es gibt zentrale Beliefs, die Grundeinstellungen bzw. Grundwerte bezeichnen, die - wenn überhaupt - nur mit der Folge einer Identitätskrise oder eines Identitätswandels in Frage gestellt werden. Diese zentralen Beliefs bestimmen unter anderem die Beziehung zur Autorität. Beim dogmatischen Menschen ist die Autorität Angel- und Bezugspunkt für die Beurteilung von Einzelinformationen, somit maßgebend für singuläre ("periphere") Beliefs. Davon hebt sich der undogmatische Mensch ab, der sich "selbst seine Meinung bildet" (Kießler-Hauschildt und Scholl 1972:23ff.).

Die dritte Konsistenzdimension des Belief-Systems bezieht sich auf eine weitere Quelle der Unsicherheit, nämlich der Zeitperspektive. Während der dogmatische Mensch zur Vermeidung von Inkonsistenzen und Konflikten nur in engen zeitlichen Horizonten denkt, z.B. nur in der Vergangenheit oder nur in der Zukunft, denkt der undogmatische Mensch in breiteren Zeiträumen.

Später präzisiert Rokeach seine Vorstellungen über die Strukturiertheit des Belief-Systems. Er unterscheidet drei Strukturkomponenten: Values, Attitudes und Beliefs. Eine Einstellung ist hier ein Bündel von Beliefs gegenüber einem beliebigen Objekt oder einer Situation, wobei diese Beliefs sowohl kognitive wie evaluative Aspekte beinhalten können. Demgegenüber sind Werte grundlegender.

"While an attitude represents several beliefs focused on a specific object or situation, a value is a single belief that transcendentally guides actions and judgments across specific objects and situations, and beyond immediate goals to more ultimate end-states of existence. Moreover, a value, unlike an attitude, is an imperative to action, not only a belief about the preferable but also a preference for the preferable (Lovejoy, 1950). Finally, a value, unlike an attitude, is a standard or yardstick to guide actions, attitudes, comparisons, evaluations, and justifications of self and others " (Rokeach 1970:160).

Eine weitere Unterscheidung ist die zwischen finalen ("terminal") und instrumentellen Werten (Rokeach 1970:160). Die Werte sind ihrerseits wieder in einem Wertesystem einander zugeordnet. Im Wertesystem sind die Regeln festgelegt, nach denen Entscheidungen ablaufen, insbesondere für den Fall von Wertkonflikten. So gestaltet sich das Belief-System in einer nach Abstraktheit hierarchisierten Ordnung, die die zahllosen "Attitudes", sich zu "wenigen Dutzend instrumenteller Werte" bündeln läßt, die wiederum jeweils funktional und kognitiv mit einigen wenigen Wertedimensionen verknüpft sind. Auf den einzelnen Ebenen wie auch zwischen den Ebenen wird dabei Konsistenz postuliert sowie den Zustandswerten eine verhaltensdispositive Funktion zugewiesen.

"... beliefs, attitudes, and values are all organized together to form a functionaly integrated cognitive system, so that a change in any part of the system will affect other parts, and will culminate in behavioral change" (Rokeach 1970:IX).

Sieht man von der Kritik ab, die sich in erster Linie auf die eher fragwürdigen Versuche richtet, Rokeach's Wertetheorie empirisch zu verifizieren, lassen sich wesentliche Hinweise aus Rokeach's Strukturtheorie entnehmen. So ist zu unterscheiden zwischen inhaltlicher und struktureller Konsistenz, zwischen inhaltlichem und strukturellem Wandel von Einstellungen und des Einstellungssystems. Daraus ergibt sich eine neue Be-

trachtungsweise für die Interpretation von Inkonsistenzen in den verschiedenen funktionalen und strukturellen Aspekten der Einstellung, dem inhaltlichen, dem zeitlichen und dem Verhaltensaspekt. Es ist möglich, daß Einstellungen oder Verhaltensweisen aus der Perspektive der gleichen Strukturebene als instabil oder inkonsistent erscheinen können, daß sie jedoch von einer anderen Strukturebene als stabil erscheinen, die in diesem Fall die erklärende Ebene, den gemeinsamen Nenner inkonsistenter Elemente darstellt. Es ist dann gerade die Sache empirischer Forschung, diese strukturelle Ebene zu identifizieren. Dies läßt sich am Beispiel von Parteiidentifikationen verdeutlichen. Nehmen wir an, daß zwei Wähler mit identischer ökonomischer Interessenlage in kurzer Zeitspanne zweimal zur Wahlurne gehen. Der eine wechselt seine Parteipräferenz, der andere nicht. In der gleichen Zeitspanne hat sich die Interessenidentität zwischen Wählern und Parteien in der Perzeption beider Wähler geändert. In diesem Fall handelt der Wähler auf der inhaltlichen Ebene stabil, der in beiden Zeitpunkten die gleiche Partei wählt, der andere handelt auf der strukturellen Ebene stabil, der Verursachungsebene, weil er die Partei jeweils wählt, die seine ökonomischen Interessen vertritt, der Begründungszusammenhang seines Handelns ist stabil geblieben. Diese Stabilität zeigt sich auf der inhaltlichen, oberflächlichen Ebene in instabilen Parteipräferenzen. Andererseits ist der Fall denkbar, daß die Stabilität des Verhaltens beim anderen Wähler auf die Stabilität in einem anderen Bereich der Erklärungsebene zurückgeht, mit der sein Wahlverhalten logisch verknüpft ist. Auch kann äußerlich gleiches Verhalten durchaus mit Inkonsistenzen auf anderen Ebenen zusammengehen, wenn z.B. simultan mit der Strategie der Parteien die Beurteilungskriterien der Wähler verändert werden.

Was Gross und Niman (1975:358-368) über die bisherige Diskussion um die Diskrepanz zwischen Einstellungen und Verhalten resümieren, nämlich die Unterscheidung zwischen personellen, situativen und methodologischen Faktoren, läßt sich analog auf strukturelle und zeitliche Inkonsistenzen von Einstellungssystemen übertragen. Beide Inkonsistenzen sind sogar miteinander verknüpft, wenn manifestes Verhalten mit inkonsistenten Segmenten des Einstellungssystems assoziiert wird.

Als personelle Faktoren kommen allgemeine verbale, intellektuelle und soziale Fähigkeiten in Betracht, die das Bewußtsein über Einstellungen und deren Artikulation, z.B. in der Untersuchungssituation, begünstigen. Hierunter fällt auch das Selbstbewußtsein des Befragten, einstellungskonsistentes Verhalten unter sozial-widrigen Umständen durchzusetzen. Dollard (1949) hebt die Bedeutung des allgemeinen Aktivitätsniveaus für die Stabilisierung von Verhaltensmustern hervor. Die vielfältigen Verknüfungen zwischen Einstellungssystem, Motivsystem und situativen Handlungsanforderungen lassen große Reaktionstoleranzen für alternative Reaktionsmuster zu, da die Verknüpfungen keinesfalls deterministisch sind. Die geringe Prognosekraft von individuellen Einstellungen für das Verhalten weist situativen Faktoren auch eine große Bedeutung für die Konsistenz des Einstellungssystems zu.

Der Einfluß von Gruppenprozessen und in diesem Sinn die Bedeutung gruppenspezifischer Verhaltensnormen kann von Situation zu Situation verschieden sein. Damit hängt zusammen, inwieweit der Handelnde erwartete oder aktuelle Konsequenzen von Handlungsalternativen in Betracht zieht. Insofern kann eine Situation spezifische, dominierende Reaktionsimpulse enthalten, die mit der Einstellung nicht übereinstimmt, wenn diese eher auf allgemeine Objektklassen ausgerichtet ist. Eine Art solch spezifischer Impulse kann zum Beispiel in einer Ausnahmesituation gegeben sein, in der Verhaltensmuster kaum aus den Einstellungen ableitbar sind, die mit Bezug auf Reaktionen in normalen Situationen erhoben sind (Lewin 1951).

Unter methodologischen Faktoren, die für beobachtete Inkonsistenzen zwischen Einstellung und Verhalten sowie im System selbst verantwortlich sein können, rechnen Gross und Niman (1975:366) folgende Punkte:

(1) Inhaltliche Zweideutigkeiten können die Reliabilität (Meßwiederholungsgenauigkeit) negativ beeinflussen und damit auch die Validität des Meßinstrumentes.

(2) Die Validierung eines Meßinstrumentes, indem man besonders geeignete Gruppen herausgreift ("known-groups-Methode"), ist problematisch, da es sich meistens um idealtypische Extremgruppen handelt, die dann keine Hinweise auf valide Beziehungen in "mittleren" Einstellungskategorien erlauben.

(3) Die Kategorienbreite bei verbalem Verhalten und bei offenem Verhalten kann unterschiedlich sein, so daß auch Veränderungen von unterschiedlichem Gewicht sind.

(4) Es sind oftmals die impliziten und falschen Konsistensprämissen des Forschers, dessen vorwissenschaftliches Alltagsverständnis durch tatsächliche Zusammenhänge falsifiziert werden.

(5) Die Konsistenz zwischen vieldimensionalen Meßinstrumenten, z.B. eines Einstellungssyndroms und vieldimensionalen Meßinstrumenten offenen Verhaltens ist wesentlich größer, als wenn eine der beiden oder beide Komponenten durch singuläre Items erhoben werden.

Es sind also für die in den empirischen Untersuchungen beobachteten Inkonsistenzen zwischen Verhalten und Einstellungen sowie zwischen den Einstellungen selbst viele Ursachen namhaft zu machen. Der Kerpunkt der Kritik an der bisherigen Attitüdenforschung läuft darauf hinaus, daß wohl ein zu naiver Konsistenzbegriff verwendet worden ist, der dann natürlich auch die Vorstellungen über die Vermittlung von Einstellungen in Sozialisationsprozessen beeinflußt hat. Dies war wohl auch eine Folge des statischen Attitüdenbegriffs, wie er vorwiegend nicht nur definiert, sondern vor allem auch in der Interpretation empirischer Ergebnisse realisiert wurde.

Wir kommen jetzt zu der Frage, was diese grundsätzlichen Erörterungen zum Attitüdenkonzept speziell für die Analyse politischer Einstellungen bedeuten.

2.1.3 Diskussion: Konsistenzprobleme bei politischen Einstellungen

Sieht man davon ab, daß jeder Bürger von Politik irgendwie betroffen ist, kann er sich dem politischen Bereich in der Regel kognitiv, affektiv und konativ entziehen, er kann sich aus "der Politik heraushalten". Dies ist bei anderen sozialen Verhaltens-

kategorien kaum so umfassend möglich, allenfalls in einer extremen Außenseiterrolle wie z.B. dem Einsiedlerdasein. Da politisches Handeln freiwillig ist und privatistische politische Apathie eine akzeptierte Verhaltensform darstellt, fällt dem politischen Reflexionsniveau bzw. dem politischen Interesse eine wichtige Rolle für die die Konsistenz und Stabilität bestimmende Interaktion zwischen manifestem Verhalten und Einstellung zu.

Neben der Freiwilligkeit ist von Bedeutung, daß der Handlungsablauf in der Regel langfristig angelegt ist. Bei der Wahlentscheidung besteht z.B. kein zeitlich unmittelbarer Zusammehang zwischen dem Tun und materialen Konsequenzen des Tuns. Kurzfristige Zusammenhänge bestehen allenfalls hinsichtlich der Befriedigung gerade der psychischen Bedürnisse, die sich in etwa in der Freude darin äußert, daß die Partei eigener Wahl gewonnen hat. (Die Gestaltung von Fernsehwahlnächten, die zunehmend an eine sportliche Veranstaltung erinnert, in der Parteien und Personen gegeeneinander antreten, kommt diesem Bedürfnis entgegen.) Diese Langfristigkeit der Handlungsabläufe verhindert einen exakten Vergleich von Intentionen des Handelns und bewerten Konsecuenzen. Es ist insofern der Prozeß des Vergessens, der den psychisch-symbolischen Aspekt wiederum des Verhaltens strukturell stabilisiert. In Kosten-Nutzen-Terminologie könnte man sagen, daß sich die frequentierten Formen politischen Handelns auf einem sehr niedrigen Kosten-Nutzen-Niveau befinden. Das Prinzip des rationalen Handlungskalküls selbst scheint für politisches Verhalten irrelevant, da niedrigen Kosten (für Information, Gang zur Wahlurne) zeitlich und inhaltlich ein diffuser Nutzen entgegensteht. Ein Grund dafür, daß die Wahlnorm symbolisch abgestützt werden muß, etwa durch Emotionalisierung und Identifikation, durch Suggestion personlicher Betroffenheit, dürfte darin liegen, daß so erst eine Mobilisierung der Wählerpotentiale und eine hinreichende Wahlbeteiligung erreicht werden kann.

Politisches "Handeln" beschränkt sich für den "Normalbürger" auf politisches Denken bzw. Informationsverarbeitung. Was in der Regel als "politische Einstellung" erhoben wird, hat einen abstrakten, nur hypothetischen Bezug zu politischem Handeln. Dies gilt vor allem für Jugendliche, die noch keine politisch aktive Rolle spielen dürfen, allenfalls in Ersatzbereichen. Aus Partizipationsstudien ist hinlänglich bekannt, daß nur ein vergleichsweise geringer Teil der Bevölkerung sich aktiv am politischen Leben beteiligt, auch wenn in den letzten Jahren zunehmend unkonventionelle Formen politischer Beteiligung ins Blickfeld öffentlichen Interesses rücken. Politisches "Verhalten" besteht so eher im Reagieren und Reflektieren als im Agieren. Der Gang zur Wahlurne ist hier der konventionelle Ausnahmefall, aber auch hier ist der Realitätsbezug des Handelns eher hypothetisch, ist Vollzug eines politischen Rituals.

Am Beispiel des Wahlverhaltens wird ebenfalls erkennbar, daß die Belohnungen ("rewards") politischen Handelns in der Regel sehr diffus sind. Es gibt keine direkte Rückkopplung zwischen dem Handelnden und der Situation in der Art, daß der Handelnde eine Bestätigung für sein Handeln in spezifischen Belohnungen und Sanktionen erfahren könnte. Selbst wenn eine klar umrissene und spezifische Interessenlage des Individuums ausschlaggebend für z. B. die Wahlentscheidung ist, wird eine Realisation von partikularen Interessen am Ende eines pluralistischen politischen Prozesses allenfalls in arg verfremdetem Zustand als Reaktion und Bestätigung einer Wahlentscheidung interpretierbar sein.

Die inhaltliche Diffusheit der Beziehung zwischen Handelndem und Reaktion der politischen Umwelt, die etwa mit dem Rationalitätskalkül eines monistischen Demokratieverständnisses kaum vereinbar ist, hat eine qualitative Verlagerung der Handlungsmotivation zur Folge: Denn warum sollte man zur Wahlurne gehen, "wenn man nichts davon hat", wenn die eigene Wahlentscheidung den politischen Prozeß nicht beeinflussen kann. Wenn diese Meinung weit verbreitet ist und dennoch hohe Wahlbeteiligungsquoten zu beobachten sind, läßt dies darauf schließen, daß sich die Wahlnorm von ihrer primären Funktion der Interessenartikulation (Habermas 1973) verselbständigt hat. Die Internalisierung der Wahlnorm als "Wert an sich" korrespondiert dabei mit einem komplexen Prozeß der Entwicklung und Auflösung von Identitäten und Loyalitäten. Von diesem Prozeß der politischen Meinungsbildung ist die Artikulation der Parteipräferenz in der Wahlentscheidung nur ein zeitlich punktueller und inhaltlich oberflächlicher Ausschnitt.

Die Massenmedien verleihen den politischen Standardaktivitäten und den assoziierten Belohnungen eine besondere Dimension. Die dargebotene politische Welt ist in ihrer Komplexität für den einzelnen differenzierter erkennbar und dadurch prinzipiell transparenter, da - in Grenzen - ein heterogenes Informations- und Meinungsspektrum angeboten wird. Nichtsdestoweniger bleibt das Bedürfnis nach Ordnungsprinzipien, die die Vielfalt von Informationen strukturierend vereinfachen. Dies eröffnet den politischen Akteuren, Institutionen wie Personen, die Möglichkeit, Identifikationen und Loyalitäten als psychische Belohnungen in einer mehr oder minder subtilen Symbolik zu kultivieren und zu perpetuieren. Ein System von

Volksparteien, in dem eine einzelne Partei ein heterogenes Interessenspektrum repräsentiert, ist nur insofern funktionsfähig, als die Wahlnorm von der materialen, interessenorientierten Bedürfnisbefriedigung abgelöst wird, und materiale Konflikte durch psychisch verankerte Loyalitäten überspielt werden können. Dies schließt natürlich nicht aus, daß die psychische Bindung an eine Partei oder Person nicht letztlich durch materiale bzw. interessengebundene Belohnungen bestätigt werden muß. Oberhalb einer individuell verschiedenen Frustrationsschwelle wird ein Reflexionsprozeß einsetzen, der zu einer Lösung bisheriger Loyalitäten und Identifikationen führt und möglicherweise zur Etablierung von neuen Bindungen. Oder auch nicht: Denn politisches Handeln ist freiwillig.

2.1.4 Zusammenfassung

Wir haben somit folgende Charakteristika politischen Handelns herausgestellt, die es von anderen Verhaltenskategorien zumindest graduell in bedeutsamer Weise unterscheidet: Verhalten selbst ist freiwillig, der Realitätsbezug ist hypothetisch, die Belohnungen und Bestätigungen des Handelns sind inhaltlich und zeitlich diffus, Handlungsmotivation ist nicht primär interessenbedingt, Verhalten ist stark im Symbolischen verankert.

Es ist deshalb anzunehmen, daß die Konsistenz zwischen politischer Einstellung und politischem Verhalten vergleichsweise gering ist. Die Objekte politischer Einstellungen besitzen hypothetischen Charakter und ein Justieren und Fixieren von Verhaltensmustern als Erfahrungsprozeß ist weder hinsichtlich des politischen Objektes noch hinsichtlich der politischen Intention möglich. Politische Einstellungen besitzen insofern

den Charakter unverbindlicher Aussagen, bei denen der Vorbehalt situativer realer Verhaltensbedingungen sehr herausgestellt ist. Da sich keine politischen Handlungstrategien herausbilden und politische Entscheidungskriterien sich nicht etablieren können, werden primär nicht-politische Kriterien für politisches Verhalten bestimmend, wie z.B. äußere Erscheinung eines Kandidaten, politisches Charisma etc. Im Interaktionsprozeß zwischen politischer Einstellung und politischem Handeln bzw. politischer Information entwickelt und verändert sich eine politische Einstellung nicht primär durch Verhaltenserfahrung, sondern durch hypothetische Bestätigungen, durch hypothetische Entscheidungen in einem symbolisierenden Informations- und Kommunikationsprozeß, wie er durch Massenmedien ermöglicht wird.

Das Verhältnis von situativen zu dispositiven Bestimmungsfaktoren politischen Verhaltens wäre somit zugunsten der situativen Faktoren verschoben. Die Subtilisierung der Ebenen, auf der politisches Handeln "konsistent" ist, bleibt natürlich variabel, so daß man umgekehrt fragen kann, was denn politisches Verhalten und politische Einstellungen auf weniger subtilen Strukturebenen relativ konsistent macht. Als kritische Variable kommt hier wiederum das politische Reflexionsniveau in Betracht, das bestimmt, wie explizit Zweck-Mittel-Kalküle eine politische Handlungsstrategie bestimmen. Jedoch ist ja das Reflexionsniveau selbst ein mehr oder weniger konsistenter Zusammenhang zwischen politischer Einstellung und politischem Verhalten, nicht a priori eine langfristig vorgegebene Disposition. Die Frage nach Konsistenzbedingungen ist somit eine Frage der Chronologie des Interaktionsprozesses zwischen politischer Einstellung und politischem Handeln, mit anderen Worten der

individuellen politischen Erfahrung, die unter bestimmten Bedingungen im Prozeß der politischen Sozialisation wirksam wird. In diesem Sozialisationsprozeß sind die Konsistenzbedingungen einer im Prinzip inkonsistenten Handlungskonstellation gegeben.

Das Defizit an Realitätsbezug der politischen Einstellungen macht es auch erklärlich, wenn empirische Befunde immer wieder belegen, daß politische Einstellungen wenig systematisch aufeinander bezogen sind. (Converse 1964). Nicht eine abstrakte Logik von Werten und Einstellungen, die vertikal hierarchisiert und horizontal assoziiert, sondern die Situationslogik ist als Kriterium systembestimmend. Die Beziehung zur Stabilität von Einstellungen und zur Stabilität von Einstellungsstrukturen ist offensichtlich. Die Sozio-Logik von Einstellungen und Handlungszusammenhängen bestimmt auch die Verursachung von Einstellungswandel, mit dem wir uns im folgenden beschäftigen werden. Wir können dabei also davon ausgehen, daß der Einfluß derjenigen Faktoren, die die Konsistenz der Einstellungen in den einzelnen dargestellten Dimensionen gemeinhin vermindern, bei politischen Einstellungen besonders hoch zu veranschlagen ist.

2.2 Erklärungskonzepte zur Instabilität von Einstellungen

McGuire (1969) unterscheidet vier Konzeptualisierungen zur Erklärung von Einstellungswandel, die zwar nicht den Anspruch erheben können, jeweils das gesamte Problemspektrum abzudecken, jedoch jeweils einen vergleichsweise umfassenden und über at hoc-theoretische Erklärungen hinausgehenden Ansatz repräsentieren: Konsistenztheorien, Lerntheorien, funktionale Theorien und Wahrnehmungstheorien. Es handelt sich dabei um Mikrotheorien menschlichen Verhaltens, die zunächst geeignet erscheinen, auch Prozesse sozialer, interaktiver Beeinflussung im politischen Sozialisationsprozeß aufzuhellen. Bei der folgenden kurzen Skizze der einzelnen Theorien folgen wir dieser gebräuchlichen Unterteilung (Suedfeld 1971, Schmidt et al. 1975) und werden die Bedeutung einzelner Ansätze mit Bezug auf politische Sozialisationsprozesse diskutieren.

2.2.1 Konsistenztheorien

Prominente Vertreter dieser Theoriegattung sind Festingers Theorie kognitiver Dissonanzen, Heiders Balancetheorien, Newcombs Symmetrietheorie sowie die Theorie kognitiver Kongruenz von Osgood und Tannenbaum. Gemeinsam ist diesen Theorien die Vorstellung, daß Attitüden geordnet sind. Diese Ordnung ergibt sich aus der Funktion der Attitüde im Handlungszusammenhang, die Beziehung zwischen subjekt- und handlungsrelevanten Objekten (Umwelt) zu strukturieren und als Orientierungshilfe zu dienen. Konsistenz ist nicht vorstellbar als universales logisches Prinzip, sonder individuell variabel. Konsistenz ist eine subjektive, empirische, psychologische Kategorie.[1)]

Heider unterstellt in seiner Balancetheorie (1958) ein Bedürfnis, Wahrnehmung von Objekten (Kognitionen) oder Personen mit den Bewertungen (Sentiments) von Objekten oder Personen, wie auch die Beziehung zwischen Objekten und Personen in eine Harmonie zu bringen.

---

1) Die Subjektivierung des Begriffs ist im Grunde eine Immunisierungsstrategie der Konsistenztheorien, da die zu erklärenden Phänomene, nämlich die Herstellung von Konsistenzen, im Begriff selbst schon vorweggenommen sind. Hier setzt auch die grundsätzliche Kritik an Konsistenztheorien an (Schmidt 1975:155).

"Das Konzept des balancierten (ausgewogenen) Zustandes meint eine Situation, in der wahrgenommene Einheiten bzw. Units (d.s. Gegebenheiten, die der idividuellen Erfahrung nach zusammengehören) und aus der Erfahrung gebildete Sentiments (Einstellungen im eher allgemeinen Sprachgebrauch) ohne Spannung zusammen bestehen; es besteht daher kein Druck in Richtung auf Veränderungen, weder in der kognitiven Organisation noch Sentiment" (1958:176).

In einer "Dreierbeziehung" zwischen zwei Personen und einem Einstellungsobjekt besteht zum Beispiel eine Balance, wenn alle drei möglichen Beziehungen (kognitive wie evaluative) gleichgerichtet sind. Ein Ungleichgewicht besteht dann, wenn mindestens zwei der Beziehungen negativ sind.[1] Bei Ungleichgewichten zwischen Kognitionen oder Evaluationen besteht ein Bedürfnis, dieses Ungleichgewicht durch Änderung zumindest einer Evaluation oder Kognition aufzulösen. In Heiders Theorie, die eine große Anzahl von empirischen Untersuchungen initiiert und befruchtet hat, ist Einstellungsänderung das Resultat psychointerner Prozesse zum Ausgleichen inkonsistenter Zustände des Bewertungs- und Kognitionssystems als Reaktion auf wahrgenommene Stimuli der Umwelt.

In seinem ähnlichen Balancemodell betont Newcomb (A-B-X-Modell) (1953) die Bedeutung der Kommunikationsprozesse, die zwischen den beteiligten Personen ablaufen, und die - je nach Vorzeichenkonstellation - darauf hinauslaufen, Übereinstimmung zwischen den Personen herzustellen.[2] Als wichtige differenzierende Variable führte Newcomb die Wichtigkeit des Gegenstandes ein, und zwar bezogen auf den kathektischen Aspekt der Orientierung, der emotionalen Zuwendung, die als Ausmaß positiver oder negativer Bewertungen operationalisierbar ist. Durch diese Differenzierung ist es möglich, spezifische Hypothesen über die Zusammenhänge zwischen "Symmetriedruck" und Kommunikationswahrscheinlichkeiten abzuleiten. Zum Beispiel ist das Bestreben, durch Kommunikation die Ungleichgewichte zu beseitigen um so größer, je positiver die gegenseitige Wertschätzung bei gleichzeitig divergierenden Einstellungen gegenüber einem Objekt ist. Dieser Druck verstärkt sich noch mit wachsender Bedeutung des betreffenden Objektes.

---

1) Cartwright und Harari (1965) erweiterten Heiders Modell der Dreierbeziehung zu einem komplexen Modell, das als mathematisches Modell linearer Graphen konzipziert ist.

2) Anstelle von Einstellungen spricht Newcomb von "Orientierung" und unterscheidet dabei einen kathektischen Aspekt (Emotionen) und einen kognitiven, den eigentlich strukturierenden Aspekt. Der Begriff "Einstellung" beinhaltet Orientierungen gegenüber nichtpersonalen Objekten.

Newcombs Kongruenztheorie enthält für die Analyse von Anpassungsprozessen politischer Einstellungen zwei wesentliche Anhaltspunkte.

Zum einen kann ein enger Zusammenhang zwischen Reflexionsniveau und "Gegenstandszentralität" von Politik angenommen werden, so daß die Wahrnehmung des Konfliktniveaus in und mit dem sozialen Umfeld und der daraus resultierende Anpassungsdruck durch das politische Interesse vermittelt wird. Es kann dort kaum ein Bestreben nach Konsistenzen zwischen Kognitionen und Evaluationen vermutet werden, wo kein emotionales Engagement mit politischen Themen vorhanden ist.[1)]

Ein zweiter Aspekt liegt im Begriff der Kommunikation. Einstellungsänderungen sind nicht (nur) Ergebnis von Informationsrezeptionen und folgenden psycho-internen reaktiven Prozessen, sondern eines interaktiven Kommunikationsprozesses, dessen Ablauf und Ergebnisse mit den kritischen Variablen korrespondieren, die in kommunikationstheoretischen Konzepten sich als wesentlich herausgestellt haben. Newcombs Modell darf insofern eine größere Realitätsnähe zu den tat-

---

1) Der Aspekt der Zentralität steht auch bei Rosenberg (1956, 1960) im Vordergrund. Die affektive (im Gegensatz zur kognitiven) Komponente einer Einstellung wird auf andere grundlegende Wertvorstellungen des Menschen bezogen. Die Affekte gegenüber einem Objekt richten sich danach, ob sie für die Verwirklichung dieser Wertvorstellungen hinderlich oder förderlich sind. Es ist insofern nicht nur von "objektiven" Kognitionen und Informationen über Objekte abhängig, ob sich Einstellungen ändern, sondern auch vom Wertbezug der Kognitionen. Umgekehrt läßt sich die Hypothese aufstellen, daß die Inkonsistenztoleranz, mit anderen Worten die zeitliche Flexibilität und Instabilität der Einstellungen, um so größer, je geringer das Interesse am Referenzobjekt ist.

sächlichen ablaufenden komplexen Prozessen politischer Sozialisation und Meinungsänderung zugemutet werden.[1)]

Die wohl prominenteste Vertreterin der Spezies Konsistenztheorie ist Festingers Theorie der kognitiven Dissonanz (1957). Festinger spezifiziert Möglichkeiten und Bedingungen, dissonante Beziehungen zwischen kognitiven Elementen zu reduzieren. "Zwei Elemente (Wissen und Objekt, Personen, Verhaltensweisen etc., d.Verf.) stehen in einer dissonanten Beziehung, wenn, betrachtet man diese beiden, das Gegenteil des einen aus dem anderen folgen würde" (1957:13). Das Individuum kann, um die Dissonanz, die als psychischer Spannungszustand verstanden wird, zu reduzieren, entweder sein Verhalten ändern und damit auch seine Kognition über dasselbe, oder es kann die Situation kognitiv umdeuten. Welcher Ausweg gewählt wird, hängt von spezifischen Randbedingungen ab. Bekannt sind Festingers Untersuchungen über das Verhalten von Mitgliedern religiöser Sekten, nachdem ein prophezeiter Weltuntergang nicht eingetroffen war. Wenn eine starke Gruppenbindung vorhanden war, man sich öffentlich festgelegt hatte und die Überzeugung fest im Glaubenssystem verwurzelt war, führte selbst der eklatanteste Fehlschlag in der Regel nicht zu einer Einstellungsänderung gegenüber der Gruppe oder gegenüber dem Wahrheitsgehalt der Prophezeiung, sondern die gesamte Situation wurde zum Positiven hin umgedeutet (etwa als Wunder aus Gnade gegenüber den Auserwählten, also der Gruppe selbst).

Handelt es sich um eine Entscheidungssituation, so hat das Individuum - unter der Voraussetzung, daß die Alternativenkonfrontation überhaupt wichtig genug ist - bei dissonanten neuen Informationen (Elementen) in ähnlicher Weise zwei Möglichkeiten: es kann entweder die Entscheidung rückgängig machen, oder die gewählte Alternative attraktiver machen, indem es neue kognitive Elemente hinzuzieht und die Situation neu positiv uminterpretiert (es kann natürlich auch umgekehrt die nicht gewählte Alternative schlechter machen). Eine Schwäche allerdings der durch ihre Einfachheit bestechenden Theorie besteht in der unklaren Abgrenzung dessen, was unter einem kognitiven Element zu verstehen ist. Schwerwiegender

---

1) Vgl. hierzu auch das Kongruenzmodell von Osgood und Tannenbaum (1955), in dem Hypothesen über Ausmaß und Richtung von Einstellungsänderungen abgeleitet sind. Für den politischen Sozialisationsprozeß ist Glaubwürdigkeit von Informationen und Informanten eine wesentliche Hintergrundvariable. Sie dürfte um so wichtiger sein, je komplexer das soziale Bezugsfeld und damit das Kommunikationsnetz für den Jugendlichen wird.

noch sind die Einwände, daß das Zutreffen der Theorie selbst von bestimmten Randbedingungen abhängt. Festingers Untersuchungen waren in der Regel so angelegt, daß Personen zu einstellungskonträren Handlungen angehalten wurden in der Erwartung, daß sich die Einstellungen im nachhinein anpassen würden. Als kritische Variable erwies sich durchweg der ausgeübte Druck. War dieser sehr stark (z.B. in Form von Belohnungen oder Bestrafungen), wurde die erwünschte Handlung durchgeführt, ohne daß sich im nachhinein Einstellungsänderungen ergaben. Es blieb bei einer äußeren Anpassung der Verhaltensweisen. Das Verhalten wurde mit Verweis auf den ausgeübten Druck gerechtfertigt. Unterhalb der Schwelle folgte dem Verhalten in der Regel eine Einstellungsänderung. Die Rechtfertigung einstellungskonträren Handelns wurde dann insofern durch Dissonanzreduktion vollzogen, als kognitives Elemente umgedeutet wurden (z.B. schmecken dann in einer "forced compliance-Situation" verzehrte Heuschrecken gar nicht mehr "so schlecht").

Für den Prozeß politischer Sozialisation enthält Festingers Theorie einige Hinweise auf Stabilisierungs- und Selektionsprozesse, wenn man davon ausgeht, daß politisches Handeln neben sporadischem Wählen in der Regel aus Rezeption und Weitergabe von Informationen und Meinungen besteht. Die subjektive Umdeutung kognitiver Elemente reduziert in einem heterogenen Informationsangebot permanent mögliche Dissonanzen. Im Verhältnis von Einstellungen und Verhalten ist das Schwellenwertphänomen offensichtlich von einiger Bedeutung für die Veränderung politischer Einstellungen. Sieht man von polit-pathologischen Ausnahmefällen ab, wird die Resistenz gegenüber dissonanten Informationen (z.B. über Unfähigkeit des Kandidaten oder Problemlösungsinkompetenz der bevorzugten Partei) nur begrenzt sein. Wenn sich der Wahrheitsgehalt der dissonanten Information nicht mehr verbergen läßt, kann oberhalb einer individuell variablen Schwelle die Neuinterpretation der kognitiven Konstellation in einer Kettenreaktion andere kognitive Bereiche miterfassen, so daß sich eine komplexe Änderung des Einstellungssystems ergibt. Festingers Theorie hat im Zuge der unzähligen nachfolgenden empirischen Untersuchungen zahlreiche Modifikationen erfahren. Eine grundlegende Kritik findet sich bei Chapanis

und Chapanis (1964), die den Ansatz ganz verwerfen. Auf diese Kritik einzugehen würde hier zu weit führen (vgl. dazu Schmidt 1975:175f). Eine Neuformulierung der Theorie von Irle (1975) enthält jedoch einige wesentliche Anhaltspunkte für die Analyse des politischen Sozialisationsprozesses. Irle geht davon aus, daß sich Beziehungen zwischen Kognitionen zu einem System von Kognitionen zweiter Ordnung konstituieren, als Hypothesen des Individuums über Beziehungen zwischen Kognitionen. Dissonanz entsteht dann, wenn zwei widersprechende Kognitionen eine existierende Hypothese betreffen: Eine Beziehung zwischen Kognitionen wird in diesem Sinne dann erst eine relevante Beziehung. Eine Hypothese konstituiert sich im Kognitionssystem aufgrund ihrer Wahrheitswahrscheinlichkeit. Von daher wird auch die Stärke der Dissonanz neu definiert: "Die Stärke kognitiver Dissonanz ist eine Funktion der subjektiven Wahrscheinlichkeit einer Hypothese des Selbst der betroffenen Person P., daß diese Hypothese wahr ist" (Irle 1975:314, zit. n. Schmidt 1975:178). Während bei Festinger die persönliche Wichtigkeit einer Kognition den Dissonanzreduktionsdruck global beeinflußt, ist bei Irle "die persönliche Bedeutung oder Wichtigkeit überhaupt Voraussetzung dafür, daß Dissonanz entstehen kann" (Schmidt 1975:178).

Ohne auf Details der kurz skizzierten Konsistenztheorien eingehen zu wollen und zu können, sind unseres Erachtens zwei Aspekte für unsere Fragestellung von Bedeutung: Zum einen ist Struktur des Einstellungssystems ein zentraler Begriff. Eine Einstellungsänderung ist von der strukturellen Verankerung der Einstellung im System zu beurteilen. Eine wesentliche Voraussetzung und damit zentrale Untersuchungsvariable ist zum andern die Wichtigkeit des Bereiches, auf dem sich die wahrgenommenen Informationen beziehen. Dies bezieht sich im politischen Bereich nicht nur auf die Wichtigkeit von Detailinformationen, sondern auch auf die Bedeutung der Politik allgemein im Interessenspektrum des Menschen. Politisches Interesse ist deshalb eine wesentliche Variable des Sozialisationsprozesses. Indem es mit Dissonanztoleranz,

Unschärfebereichen in den verschiedenen Konsistenzdimensionen (semantisch, zeitlich, konativ) verknüpft ist, bezeichnet es Bedingungskonstellationen, die Ablauf und Inhalt von Beeinflussungsprozessen bestimmen.

2.2.2 Lerntheorien

Lerntheorien greifen im Ansatz weiter als die beschriebenen Konsistenztheorien, da sie nicht nur die Veränderung von Einstellungen thematisieren, sondern auch ihre Entstehung; insofern sind Lerntheorien Sozialisationstheorien.

Hovland, Janis und Kelley (1953) verstehen Einstellungsänderungen als Resultat eines Beeinflussungsprozesses, in dem der lerntheoretische Begriff der "Verstärkung" eine zentrale Rolle spielt. Eine Einstellung wird dann geändert, wenn der Betroffene sich einen Nutzen von der Einstellungsänderung verspricht. Hovland et al. unterscheiden Meinungen als spezifische, objektbezogene Erwartungen und Interpretation von Realität von Einstellungen als implizite Reaktionsmuster, die auf einer affektiven Beziehung zum Objekt beruhen. Meinung und Einstellung treten in einen wechselseitigen Beeinflussungsprozeß zueinander, wenn neue Informationen anfallen: Neue Informationen bewirken eine Meinungsänderung und möglicherweise eine affektive Umorientierung gegenüber einer Person oder einem Objekt, wenn positive Erfahrungen mit der Einstellungsänderung zu erwarten sind (Verstärkung). Neue Informationen werden dabei um so eher akzeptiert, je eher dem Informanten ein "Expertenstatus" zuerkannt werden kann. In diesen instrumentellen Lernprozeß spielen darüber hinaus noch die Aufmerksamkeit gegenüber den Informationen und das Verständnis gegenüber den Informationen eine wesentliche Rolle für den Lernerfolg. Die Stabilisierung einer Meinungsänderung hängt vor allem von weiteren "Verstärkungen" ab. In diesem Beeinflussungsprozeß lassen sich eine Reihe von Bedingungen differenzieren (auf seiten der Kommunikatoren, der Informationen sowie auf seiten des Beeinflußten), die auf die drei Postulate eines Lernerfolges, Aufmerksamkeit, Verstehen, Akzeptieren, einwirken.

Die Schwachstelle der Lerntheorie liegt, wenn sie auf komplexe Beeinflussungskonstellationen angewendet wird, im wenig präzisen Begriff der Verstärkung. Schmidt et al. fassen die hier ansetzende Kritik zusammen:

"Unabhängig von der spezifischen theorieabhängigen Definition von Verstärker, ob durch Triebreduktion oder rein formal als Beeinflussung der Verhaltenswahrscheinlichkeit definiert, liefert das Verstärkungskonzept keine Erklärung eines Verhaltens- oder Einstellungsänderungsprozesses. Im Grunde bleibt es beim Aufzählen einer Liste von recht heterogenen Ereignissen, die jeweils als Verstärker gewirkt haben könnten. Die Bedingungen, die einem Ereignis aber nun tatsächlich die Funktion eines Verstärkers verleihen, sind in der Theorie nicht berücksichtigt." (1975:186).

Trotz dieser Kritik, die die Brauchbarkeit des Konzeptes für die Analyse politischer Sozialisation natürlich gleichfalls betrifft, entspricht gerade die beeinflussungstheoretische Konzeptionierung des Lernprozesses einigen Erfordernissen in besonderer Weise. Einstellungsänderung wird nicht mehr als nur personeninterner Prozeß, sondern als Folge sozialer Interaktion gesehen, deren Komplexität zudem nicht künstlich reduziert wird. Wenngleich die Suche nach den wichtigen Parametern des Prozesses weniger theoretisch-systematisch als im "trial and error"-Verfahren (so die Kritik von Irle 1975:284) vor sich geht, so bieten die spezifizierten Randbedingungen von erfolgreichen Kommunikationsprozessen Hinweise, die komplexe Vielfalt von Einflüssen im politischen Meinungsbildungsprozeß zu strukturieren. Die Vielzahl von Sozialisationsträgern, die den Heranwachsenden politische Informationen vermitteln, sind ja unterscheidbar hinsichtlich ihres Expertenstatus wie der von ihnen zu erwartenden Sanktionen für konformes oder nonkonformes Verhalten oder entsprechende Einstellungen. Die Orientierung an solcher Art definierter Bezugsgruppen weist auf die soziologische Bedingtheit von Einstellungsänderungen hin. Diesem Vorteil steht dann der Nachteil weniger schwerwiegend gegenüber, daß für die Erklärung[1)] von Anpassungsvorgängen Hilfskonstruktionen wie motivationale Konstrukte herangezogen werden müssen. Diese Konstrukte sind in funktionalen Theorien von Einstellungsänderungen expliziert.

[1)] Wenn man konstatiert, daß das Konzept der "Verstärkung" keine Erklärung für Anpassungsprozesses liefern kann, müßte man natürlich gleichfalls spezifizieren, auf welcher Ebene des Phänomens man bereit ist, Faktoren als "erklärende" Faktoren im Sinne von Kausalfaktoren anzuerkennen. Vgl. zu diesem erkenntnistheoretischen Problem Stegmüller 1975:147ff .

2.2.3 Funktionale Theorien

Funktionale Theorien schematisieren Einstellungsänderungen mit Blick auf Funktion und den instrumentellen Wert, den eine Einstellungsänderung im Handlungszusammenhang einnimmt.

Smith, Bruner und White (1956) unterscheiden drei unterschiedliche Funktionen, die eine Einstellung im Handlungszusammenhang für ein Individuum einnehmen können: Die "Bewertung des Gegenstandes" könnte man als eine instrumentelle Funktion bezeichnen, da sie auf die strukturierende, die komplexe Realität vereinfachende Bedeutung der Einstellung hinweist. Eine sozial-integrative Funktion besteht in "sozialer Anpassung". Indem man Einstellungen übernimmt und artikuliert, etabliert man sich im sozialen Kontext, z.B. als Mitglied einer Bezugsgruppe. Eine personale Funktion etikettiert sich im Begriff der "Externalisation".[1] Damit sind psychoanalytische Konzepte von Identitätsfindung, Verarbeitung von Konflikterlebnissen durch Externalisierung von Ängsten usw. verknüpfbar, wie sie z.B. im Konzept der "autoritären Persönlichkeit" und analog in Dogmatismustheorien skizziert wurden.

Je nachdem welche dieser Funktionen durch eine die Einstellung zum Objekt betreffende Information tangiert wird, gestaltet sich die Wirkung der Information auf das vorhandene Einstellungssystem. So wird z.B. eine Information über Qualifikationsmängel eines politischen Kandidaten kaum zu einer Änderung der Haltung ihm gegenüber führen, wenn die Kandidatenpräferenz die Funktion besitzt, sich in eine bestimmte politische (soziale) Gruppe zu integrieren. Insofern sind Vorurteile (z.B. gegen Gastarbeiter) auch nicht durch "objektive" Informationen allein aufzuheben oder zu vermindern, da eine Änderung von Vorurteilen anderswo begründeten Interessen widersprechen würde.

Keiman (1961) beschäftigt sich eingehend mit den Antecedenz-Bedingungen und der psychischen Intensität von Einstellungsänderungen. Unter "Compliance" wird ein äußerliches Nachgeben als Resultat von Beeinflussungsprozessen verstanden, um eine Belohnung zu erhalten (z.B. soziale Integration in die Gruppe), ohne jedoch etwa von der geäußerten Einstellung überzeugt zu

---

[1] Katz (1960) unterscheidet in ähnlicher Weise instrumentelle Funktion, Ich-Verteidigungsfunktion, wert-expressive Funktion und die Wissensfunktion. Letztere beruht auf der gleichen Annahme wie die Konsistenztheorie, da ein Bedürfnis nach Organisation der sozialen und materialen Umwelt unterstellt wird.

sein. Einstellungsänderung durch "Identifikation" besagt, daß aufgrund eines Identifizierungsbedürfnisses mit bestimmten Personen deren Einstellungen übernommen werden, ohne daß Impulse etwa von den einstellungsrelevanten Objekten ausgehen. Die "Internalisierung" von Einstellungen geschieht mit Blick auf die gesamte Wertstruktur. Sie wird dadurch zum "Wert an sich" und unabhängig von instrumentellen und sozialen Funktionen.

Je nachdem wie "tief" der Anpassungsprozeß reicht, sind dafür verschiedene Motive maßgebend. Ein rationales Zweck-Mittel-Kalkül kann so für eine äußere Anpassung entscheidend sein, ein subtiles Harmoniebedürfnis für die Abstimmung von Einstellungen mit dem etablierten grundlegenden Wertsystem. Auch die Einflußmöglichkeiten des Beeinflussenden sind je nach Ebene von unterschiedlichem Gewicht. Im ersten Fall z.B. kann Verfügungsgewalt über Sanktionen maßgebend sein, im letzteren Glaubwürdigkeit oder andere persönliche Eingenschaften des Beeinflussenden. In der Compliance-Situation dominieren die Besonderheiten einer bestimmten Situation, bei der Identifikation kommen stabilisierende Rollenmuster und Erwartungen zum Tragen. Die Internalisierung betrifft eine "Reorganisation der individuellen Konfigurationen über die Beziehung zwischen Wertsystem und den spezifischen Einstellungen" (Schmidt u.a. 1975:196).

Ein gegenüber anderen Ansätzen weiterführender Aspekt funktionaler Theorieansätze liegt darin, daß motivationale Konstrukte thematisiert bzw. zumindest kategorisiert werden. Veränderungen von Einstellungen haben unterschiedlichen Tiefgang, sind von unterschiedlichen Wandlungen in der Tiefenstruktur des Einstellungssystems begleitet. Die Differenzierung der Antecedenzbedingungen korrespondiert zum Teil mit Phasen politischer "Identitätsfindung" im Sozialisationsprozeß, wie sie etwa für die Entwicklung der moralischen Urteilsfähigkeit noch skizziert werden. Ein Schwerpunkt funktionaler Theorieansätze liegt darin, daß "unbewußte", eher automatische Steuerungsprozesse in den Vordergrund rücken, bewußte, kognitive Prozesse der Informationsverarbeitung und der Entscheidung in ihrer Bedeutung für Einstellungsänderungen jedoch vernachlässigt werden.

2.2.4 Wahrnehmungstheorien

In ihrer Assimilations-Kontrast-Theorie gehen Sherif und Hovland (1961) von methodischen Problemen bei der Einstellungsmessung aus und postulieren sogenannte "Ankerpunkte", von denen aus das Individuum seine eigene Position im inhaltlich bestimmten Einstellungsspektrum her fixiert. Als inhaltiche Extrempunkte negativer oder positiver Bewertung dienen sie gleichfalls als Ausgangspunkt zur Segmentierung einer Bezugsskala, auf der andere Einstellungen in bezug auf die Extrempunkte fixierbar werden. Die Unverbindlichkeit der Relationen hat dabei methodische und inhaltliche Effekte. Zum einen können Einstellungen innerhalb bestimmter Grenzen ohne Auswirkungen auf das Einstellungssystem schwanken, es handelt sich hier wohl nicht so sehr um Einstellungsänderungen, sondern um mangelhafte Reliabilität. Zum anderen gewinnen mangels "objektiver" Anhaltspunkte soziale Einflüsse eine tragende Rolle bei der Fixierung von Ankerpunkten. Die Sprache besitzt eine zentrale Funktion, da sie gemeinsame Erfahrungen, Vorstellungswelt und abgeleitete Verhaltensnormen überhaupt erst intersubjektiv übertragbar macht. Nicht zuletzt in den Unschärfen sprachlicher Konventionen, der ja auch der Forscher unterliegt, ist das Reliabilitätsproblem und auch das Problem der Messung von Einstellungsänderungen begründet.Sherif und Hovland unterscheiden interne und externe Ankerpunkte. Interne Ankerpunkte bezeichnen Positionen des Individuums, die wiederum als Ausgangspunkt für die Beurteilung anderer Positionen dienen. Externe Ankerpunkte sind in den Informationsinhalten über Objekte oder Personen gegeben, mit denen das Individuum konfrontiert wird. In einem Prozeß von Kontrastierung und Assimilierung werden eigene Positionen justiert. Je genauer die eigene Position fixiert ist, desto geringer ist die Anzahl der externen Ankerpunkte, die in die eigene Position integriert werden können. Hier wird dann für die Änderung von Einstellungen die Akzeptanz- bzw. Ablehnungsbreite von Einstellungen entscheidend. Da eine Position nicht eindeutig fixiert ist, gibt es einen Kranz von "auch noch" oder "bedingt" vertretbaren Positionen, im Gegensatz etwa zu eindeutig verworfenen Positionen. Die Meinungstoleranz und damit der unverbindliche Spielraum von Meinungsänderungen ist variabel mit bestimmten Randbedingungen wie z.B. der Wichtigkeit des sozialen Objekts oder dem Desinteresse an einem bestimmten Einstellungsbereich. Ob und wie eine Information einstellungsverändernd wirkt, hängt davon ab, ob sie innerhalb des Toleranzbereiches liegt. Andernfalls trägt sie eher zur Festigung der etablierten Einstellung bei, da sie kontrastierend wirkt.

Demnach ist es ein maßgebendes Unterscheidungskriterium zwischen Einstellungsänderungen, ob in einen vorher nicht tolerierten Einstellungsbereich hineingewechselt wird. Unter welchen Antecedenz-Bedingungen dies geschehen kann, ist aus funktionalen Theorien ableitbar. Im Konzept der Toleranzbereiche ist Stabilität und Veränderung einer Einstellung mit Bezug auf das Subjekt und auf den Einstellungsbereich selbst relativiert. Was politische Einstellungen anbetrifft, ist zu fragen, ob nicht gerade die breiten Toleranzbereiche die individuelle Einstellungsvariabilität im Zeitablauf bewirkt und sich hierin politische Einstellungen von anderen Einstellungsbereichen maßgebend unterscheiden.

In ihrer "Perspektive-Theorie" greifen Ostrom und Upshaw (1968) gleichfalls die Frage nach Einstellungsveränderungen von der subjektiven Skalierung her auf. Zentrale Kategorie ist die "Perspektive", die als subjektive Interpretation der Eigenposition in Abhängigkeit von gleichfalls subjektivierten Endpunkten einer Einstellungsskala verstanden wird. Schmidt u.a. (1975:205) zitieren als Beispiel den Streit von Politikern um die "politische Mitte". Nicht nur die jeweiligen Endpunkte sind als Ankerpunkte intersubjektiv variabel, sondern auch die Struktur von Einstellungsalternativen in dem betreffenden Einstellungsbereich. Die Differenziertheit der Alternativen hängt davon ab, in welchem Ausschnitt des Bereiches man sich befindet.[1] Bei der Verarbeitung neuer Informationen kann sich die Einstellung ändern, ohne daß sich dies in veränderten sprachlichen Identifikationen niederschlägt. Mit dieser Perspektivtheorie gerät die Diskussion über Bedingungen von Einstellungsänderungen jedoch zusehens zur Analyse sprachlicher Konventionen, da wegen des Subjektiv-Objektiv-Dilemmas keine Messung von Einstellungsänderungen mehr möglich wird. Dieses Problem steht im Mittelpunkt der Selbstwahrnehmungstheorie von Bem (1965, 1967), in der Einstellungen als Ergebnis sozial vermittelter sprachlicher Konventionen betrachtet werden. Soziale Einstellungen sind in diesem Sinne Ex-post-Urteile und Reflexionen über das eigene Verhalten, wobei dann die verwendeten Kategorienschemata im Wege der Integration in eine Sprachgemeinschaft sozial vermittelt werden. Einstellungsänderungen sind somit konsequenterweise eine Folge von Verhaltensänderungen.

---

1) So werden von rechten Politikern alle Parteien z.B. links von der "linken Mitte" als "Kommunisten" in einen Topf geworfen, während sich die nämlichen Parteien um die Zuweisung dieses Etiketts streiten. Zur Abhängigkeit der Wahrnehmung von Parteiimages von der eigenen politischen Position und Perspektive vgl. Does 1977b.

Auf das politische Verhalten ist der Ansatz Bems nur zum Teil anwendbar. Einerseits scheint sprachliche Etikettierung von Einstellungen, d.h. von Bewertungen und Kognitionen, für die Entwicklung politischer Identifikation besonders bedeutsam zu sein. Andererseits dürfte dies kaum eine Konsequenz von ad-hoc-Beurteilungen vollzogener Handlungen sein, sondern - da politische "Aktivität" in der Regel die Ausnahme ist - eine Konsequenz politischer Passivität bzw. der kommunikativen Handlungsstrategien. Hier ist Bems Wirkungskette umgedreht, wenn sprachlich vermittelte Identifikationen handlungsrelevant werden und nicht umgekehrt Handlungsvollzüge relevant sind für die Identifizierung mit sprachlichen Etiketten. Wenn Jugendliche z.B. eine bestimmte Partei aufgrund der von Eltern sozialisierten Parteiidentifikationen wählen, dann ist die Identifikation schwerlich als ex-post-interpretierte Konsequenz von Handlungsvollzügen interpretierbar.

.2.5 Zentrale Einflußfaktoren für Einstellungsänderungen

Obgleich der komplexe Prozeß politischer Sozialisation sich wesentlich von den künstlichen Situationen experimenteller Sozialpsychologie unterscheidet (Hovland 1959), finden sich in den empirischen Befunden Hinweise auf Variablenbereiche, von denen wir einige zur Systematisierung unseres empirischen Datenmaterials heranziehen werden. Man kann 5 Variablenbereiche unterscheiden, die für Einstellungsänderungen maßgebend sein können (McGuire 1968; Smith 1973): (1) die Seite des Beeinflussenden, (2) die Seite des"Publikums", (3) die Art der Präsentation von Informationen, (4) Einflüsse des sozialen Kontextes und (5) die Fristigkeit der Einstellungsänderung.

Eine wichtige Voraussetzung für einen erfolgreichen Einfluß ist die Glaubwürdigkeit des Beeinflussenden, dies bezieht sich sowohl auf Vertrauen in sein "Expertentum" als auch auf Vertrauen in seine persönliche Integrität hinsichtlich des Wahrheitswertes seiner Informationen. Insofern spielen Eigenschaften des Kommunikators eine Rolle, die mit der "Botschaft" selbst nichts zu tun haben.

Je größer die Unterschiede zwischen den Positionen von Beeinflussendem und Beeinflußtem sind, desto größer ist letztlich auch der resultierende Einstellungswandel, jedoch spielt hier die Glaubwürdigkeit des Beeinflussenden eine wesentliche mediatisierende Rolle: je niedriger sie ist, desto geringer ist dann auch der resultierende Einstellungswandel. Die Glaubwürdigkeit des Beeinflussenden spielt eher eine Rolle für Einstellungswandel, der sich sofort vollzieht, als für Einstellungsveränderungen, die erst längerfristig wirksam werden (Sleeper-Effekt; Cohen 1964). Die verändernde Wirkung eines Beeinflussenden ist gleichfalls um so größer, wenn - für den Beeinflußten erkennbar gemacht - Übereinstimmungen in anderen Wert- und Einstellungsbereichen existieren. Was die Beeinflußten von der Botschaft des Beeinflussenden halten, kann dann umgekehrt auch auf die Beurteilung des Beeinflussenden als Person abfärben bzw. übertragen werden.

Auf der Seite des Beeinflußten gibt es eine Reihe von Persönlichkeitsfaktoren, die verschiedenen Konstellationen und Abhängigkeiten seine Beeinflußbarkeit bestimmen. Besonders wichtig sind Intelligenzniveau, Selbstbewußtsein und die persönliche Betroffenheit durch die Information (Wertrelevanz,

Ego-Involvement). Darüber hinaus kann der Zwang zum Handeln, experimentell simulierbar in einem Rollenspiel, vorher nicht akzeptable Positionen annehmbar machen. Persönlichkeitsfaktoren spielen eine wichtige Rolle für die Stabilität der geänderten Einstellungen: Menschen mit z.B. geringem Selbstbewußtsein und niedrigem persönlichem Engagement in der fraglichen Informationssituation sind natürlich auch wieder für Gegeneinflüsse offen.

Was die Art der Präsentation von Informationen anbetrifft, scheint uns unter der Vielzahl von modifizierenden Bedingungen besonders wichtig, ob eine Information in Informationskonkurrenz angeboten wird, oder ob ein Informationsmonopol vorhanden ist.

Je stärker die Identifikation mit einer Gruppe ist, zu der man gehört oder gehören will, desto größer ist auch die Resistenz gegenüber Informationen und Meinungen, die mit den entsprechenden Gruppennormen konfligieren, um so stabiler sind andererseits die gruppenkonformen Einstellungen des Gruppenmitgliedes. Eine mit den Gruppennormen konfligierende Meinung wird dann jedoch eher beibehalten oder kann sich etablieren, wenn man Unterstützung seitens einer Gruppenminderheit erhält.

Für die Dauer des Einstellungswandels ist es maßgebend, ob die Anpassung auf äußeren Zwang zurückgeht oder mit einer Internalisierung als Gruppennorm korrespondiert. Eine "Bekehrung" ist andauernder als opportunistisches Nachgeben gegenüber Gruppendruck. Die Langfristigkeit des Meinungswandels wird dabei auch durch Häufigkeit und Dauer bestimmt, mit der man Informationen und Gruppendruck ausgesetzt ist. Allerdings gibt es zur Frage der Langfristigkeit von Meinungsänderungen seitens der experimentellen Sozialpsychologie wenig verläßliche Befunde, da die Experimentalsituation nur kurzfristig beibehalten werden kann und nicht beliebig of wiederholbar ist.

Eine in der experimentellen Sozialpsychologie wiederholt bestätigte Beziehung besteht zwischen dem Geschlecht und der Anpassungsbereitschaft von Einstellungen und Verhalten. Versuchspersonen weiblichen Geschlechts sind grundsätzlich eher geneigt als Männer, ihre Meinung zu ändern. Außerdem spielen Persönlichkeitsfaktoren bei Männern eine größere Rolle als bei Frauen für die Bereitschaft zur Meinungsanpassung (Janis und Field 1959:58; King 1959:214). Die größere Anpassungsbereitschaft bei Frauen wird auf geschlechtsrollenspezifische Sozialisation zurückgeführt. So läuft die geschlechtsrollenspezifische Erziehung bei Frauen darauf hinaus, sich später an den Mann anzupassen, während es beim Mann positiv

bewertet wird, festgefügte Überzeugungen zu vertreten (Freedman et al. 1970:332; Hovland und Janis 1959:238). Abelson und Lesser (1959) nehmen aufgrund entsprechender Untersuchungen an, daß sich diese geschlechtsrollenspezifischen Dispositionen bereits im Alter von 6 Jahren herauszubilden beginnen.[1)]

3 Zur Übertragbarkeit der Erklärungskonzepte auf politische Sozialisationsprozesse

Es ist vor allem die Experimentalsituation, die nach Weick (1967) die Übertragbarkeit der Konzepte und Befunde auf Verhalten unter realen Bedingungen stark einschränkt. Sie bewirkt beim einzelnen eine besondere Willfährigkeit und Anpassungsbereitschaft, die teils schon in der Bereitschaft zur Kooperation mit dem Versuchsleiter begründet ist. Zum zweiten werden Entscheidungen forciert, während normalerweise im täglichen Leben eine Möglichkeit besteht, Entscheidungen auszuweichen oder sie aufzuschieben. Zum dritten bewirkt die "Rationalität des Labors" einen künstlichen Konsistenzdruck, wenn Versuchspersonen, vorzugsweise Studenten, besonders reflektiert und nicht spontan reagieren. Ein vierter wesentlicher Einwand besteht darin, daß die Versuchspersonen weitgehend von den Gruppenprozessen isoliert sind, die im täglichen Leben verhaltensprägend sind und Orientierungspunkte für Entscheidungen geben. Es wird dadurch eine künstliche Situation geschaffen,

---

[1)] Diese Ergebnisse, die fast ausschließlich auf Laborexperimente zurückgehen, nimmt Heckmann (1975:173) zum Anlaß, um die Grenzen der Generalisierbarkeit derartiger Befunde zu demonstrieren, wenn es um Verhalten unter realistischen Bedingungen geht. Heckmann kommt zu dem Schluß, daß "die in der Literatur berichteten Ergebnisse über die größere Beeinflußbarkeit von Frauen zunächst nur die größere Beinflußbarkeit von Frauen gegenüber den vielen Zwängen im Labor beweisen und nicht mehr. Daß Männer fast immer Versuchsleiter sind, dürfte dabei nicht den geringsten Einfluß haben." (Heckmann (1975:180). Diese Beurteilung wird durch Hypnoseversuche von Weitzenhoffer und Weitzenhoffer (1959) bestätigt. Die größere Hypnosefähigkeit der Frauen war dann nicht mehr vorhanden, wenn anstelle eines Mannes eine Frau die Hypnose vornahm.

die gerade die Variable ausschließt, die möglicherweise den am stärksten modifizierenden und auch stabilisierenden Einfluß ausübt. Zum fünften werden, wie schon weiter oben angemerkt, nur kurzfristige Effekte untersucht, langfristig wirkende Faktoren der Meinungsänderung und Meinungsbildung, wie sie z.B. als kumulierende Effekte von Einzelfaktoren denkbar sind, werden nicht problematisiert. Sherif und Sherif stellen die Zentralität des Einstellungsbereiches (Ego-Involvement) für das Individuum als wesentliche kritische Variable der Einstellungsänderung heraus.[1)]

Die Einschränkungen müssen vor allem für den Bereich politischer Einstellungen gelten, deren Besonderheiten wir mehrfach hervorgehoben haben. Dies betrifft vor allem die in der Regel sehr geringe Zentralität des Einstellungsbereiches, aber auch die Informationskonkurrenz über Politik in den Massenmedien.

In Anbetracht dieser Einschränkungen bietet sich aus den Konsistenztheorien folgende Problemperspektive für unsere Fragestellung an: Einstellungen sind geordnet, bilden ein System mit horizontalen und vertikalen Verknüpfungen. Diese Ordnung ist jedoch nicht statisch, sondern dynamisch. Dynamisches Prinzip ist das Bestreben nach einem Ausgleich inkonsistenter Beziehungen zwischen Einstellungen. Sieht man vom Extremfall einer rigiden Persönlichkeit ab, die zudem in einer quasi statischen Umwelt lebt, ist Einstellungswandel zumindest an der Oberfläche eher der Normalfall als die Konstanz von Einstellungen. Es ist zu unterscheiden

---

1) "It is one thing to try to change a person's guess or an opinion given off the top of his head. It is quite another thing to change his commitment to a stand on an issue related to his sex role, his family, his religion or his politics, as the case may be." (Sherif und Sherif, 1969: 465; zitiert nach Heckmann 1975: 176).

allerdings zwischen zeitlicher Konstanz von Einstellungen, inhaltlicher, struktureller und verhaltensmäßiger Konsistenz. Was man als Einstellungswandel mißt und definiert, wird somit abhängig von der Konsistenzebene, wobei die Konsistenz wiederum untergliedert werden kann in horizontale und vertikale Konsistenz. Das Verhältnis zwischen inhaltlicher und struktureller Konsistenz ist das zwischen phänotypischer und genotypischer Konsistenz und Stabilität (Lewin 1935).[1)]

Aus der strukturellen und funktionalen Differenzierung des Einstellungssystems läßt sich Einstellungswandel typologisieren. Die geschilderten Theorieansätze bieten Hinweise darauf, welche Konstellation von Antecedenz-Bedingungen einen Einstellungswandel bestimmter Art induzieren kann. Sie reichen von verhaltensinduzierter Dissonanzreduktion Festingers bis hin zum Identifikationslernen von Kelman. Es dürfte vermessen sein, einem spezifischen Ansatz etwa eine alleinige oder auch nur dominierende Bedeutung für den politischen Sozialisationsprozeß zuweisen zu wollen. Realistischerweise ist eine wechselseitige Verschränkung der Ansätze zu postulieren, wie etwa die Prinzipien der "Verstärkung" und des Konditionierens auch in das "Modellernen" durch "Antizipierung von Verstärkung" integrierbar sind (Bandura 1971:45). Außerdem hängt es von Persönlichkeitsfaktoren ab, welches Modell des Einstellungswandels über-

---

1) Eine Analogie zur Linguistik verdeutlicht dies: Was hier die Grammatik der Sprache, ist dort die Struktur des Einstellungssystems. Grammatik und Struktur sind relativ stabil fixiert. Was hier die Rede, ist dort die horizontale Verknüpfung spezifischer inhaltlicher Einstellungen. Beides ist gegenüber der Grammatik variabel. Wie Grammatik und Rede durch eine Tiefenstruktur verbunden sind, gibt es eine Tiefenstruktur des Einstellungssystems. Diese Tiefenstruktur verbindet grundlegende Werte mit spezifischen Situations- und Objektbewertungen. Es bleibt die Frage nach dem "Sinn", analog dem semantischen Gehalt von Sprache. Die Semantik eines Einstellungssystems wäre mit Bezug auf die realisierten Handlungsstrategien zu definieren, also auf der Ebene der Verhaltenskonsistenz. Aus der Struktur selbst, aus den Verknüpfungsregeln also, ist kein Sinn ableitbar.

haupt in Frage kommt. Je nach Reflexionsniveau ist eine unterschiedliche Bedeutung kognitiver Aspekte des Wahrnehmungsprozesses vermutbar. Auch werden je nach Entwicklungsphase im Sozialisationsprozeß andere Anpassungsschemata dominieren. So mag die Parteipräferenz eines 16jährigen Gymnasiasten typischerweise eine Folge seiner Orientierung an Einstellungen des Vaters sein, während bei einem 22jährigen Studenten stärker kognitive Faktoren in der Auseinandersetzung mit politischen Informationen zum Tragen kommen.

Die skizzierten Theorien betreffen mikrosoziale Prozesse des Einstellungswandels und erhellen so die "black Box" der Zusammenhänge zwischen Einstellungsveränderungen und Bedingungskonstellationen politischer Sozialisation, wie sie in soziologischen Erklärungsvariablen faßbar sind. Wir werden im folgenden Abschnitt erörtern, warum und inwieweit das Konzept "politische Sozialisation" geeignet erscheint, Instabilität von politischen Einstellungen Jugendlicher zu systematisieren.

3. Politische Einstellungen und politische Sozialisation

3.1 Zur Begriffsbestimmung politischer Sozialisation

Von den zahlreichen Problemaspekten politischer Sozialisation[1] sind vor allem zwei zu erörtern: Das Problem der Abgrenzung politischer von nicht-politischer Sozialisation sowie - da wir eine dynamische abhängige Variable haben - die Frage nach den Verlaufsformen des Prozesses und den sie bestimmenden Faktoren.

Aus systemtheoretischer Perspektive bestimmt sich politische Sozialisation aus ihrer Funktion für das politische System. Easton sieht das wesentliche Ziel politischer Sozialisation darin, "diffuse support" zu produzieren (Easton 1965:274). Damit ist eine positive Grundhaltung des Individuums gegenüber politischen Institutionen und Personen gemeint, die politischer Autorität eine Basislegitimität verleiht. Das Basisvertrauen des Gesellschaftsmitgliedes bewirkt, daß "regardless of what happens the members will continue to be bound to it by strong ties of loyalty and effection. This is a type of support that continues independently of the specific rewards which the member may feel he obtains from belonging to the system." (Easton 1965:124, 125; Dennis 1973:5).[2]

---

[1] Vgl. Dazu Dennis 1973:5ff.

[2] Merelman und Foster stellen die Brauchbarkeit des Konzeptes allgemein und vor allem für international vergleichbare Forschung in Frage, da es operational nicht faßbar ist (Merelman and Forster 1977:3ff). Es soll hier dahingestellt sein, inwieweit Konzept und Vokabular auch ideologiekritischen Erwägungen zu unterziehen wäre. Immerhin zeigt eine Reihe von Untersuchungen über die Basisloyalität der Bürger in westlichen Demokratien, daß ein breites Spektrum von Einstellungen vorhanden ist, das eher auf politische Entfremdung und ein "Urmißtrauen" in der Bevölkerung schließen läßt, denn auf ein "Urvertrauen". Es wäre also zu überlegen, ob nicht der Begriff des "diffuse support" eine Haltung positiv etikettiert, die im Negativen adäquater als Fehlen systemrelevanter Artikulation des Basismißtrauens bezeichnet werden müßte. Es bleibt letzthin allerdings unentscheidbar, ob Systemrelevanz politischer Sozialisation darin besteht, konformes, systemstabilisierendes Verhalten zu vermittelt, oder nonkonformes, abweichendes, d.h. über Toleranzgrenzen hinausgehendes systemveränderndes Verhalten zu verhindern.

Almond und Coleman (1960:17) beschreiben die Funktionalität politischer Sozialisation als primäre Inputfunktion des politischen bzw. sozialen Systems. Dem System wird ein Streben nach Stabilisierung und Perpetuierung von Kultur und Struktur unterstellt. Die zugrunde liegende Vorstellung über Sozialisationsprozesse, die für viele andere Beispielhaft ist, stellt einseitige auf einen Anpassungsprozeß des zu integrierenden Individuums ab.

> Political socialization is the process of induction into the political culture. Its end product is a set of attitudes - cognitions, value standards and feelings - toward the political system, its various roles and role incumbents. It also includes knowledges of, values affecting, and feelings toward the inputs of demands and claims into the system, and its authoritative outputs. (Almond and Coleman 1960:27, 28).

Den Sozialisationsträgern der Gesellschaft wird eine dominierende, wenn nicht sogar allein bestimmende Position im Beeinflussungsprozeß zugewiesen, Veränderungen im Inhalt der Sozialisation, Veränderungen der politischen Kultur erscheinen auf diese Weise als "Abfallprodukt" mißglückter Sozialisationsprozesse in einem auf Perpetuierung ausgerichteten Gesellschaftssystem.[1] Toleranzspannen der vermittelten Inhalte sowie symptomatisierende, "mißglückte" Sozialisierungen, wie in anomischem Verhalten, Generationenkonflikten, Legitimitätskonflikten oder sozioökonomischen Gruppenkonflikten zugrunde liegen, sind allerdings nicht nur dysfunktional, sondern auch system-funktional interpretierbar als "built-in flexibility" des politischen und sozialen Systems, die eine

---

[1] Der Begriff der politischen Kultur ist selbst diffus, operational problematisch (Merelman und Foster 1977) und die Konotationen interkulturell durchaus verschieden (Dias 1971). Die Unschärfe des Begriffs der politischen Sozialisation wird also nur durch die Unschärfe eines anderen Begriffs abgelöst. Eine Übersicht über die Vielfalt der Definitionen von politischer Sozialisation findet sich bei Frey 1974:144.

Perpetuierung von Strukturen bei gleichzeitig möglichst friktionsloser Anpassung an veränderte Umweltbedingungen erlaubt.

In Sozialisationsprozessen geht es darum, den grundsätzlichen Konflikt zwischen personalem und sozialem System (Parsons 1951) auszutarieren, der zwischen sozialer Verhaltensnormierung einerseits und personalen Handlungsantrieben zur individuellen Bedürfnisbefriedigung andererseits besteht. Soll ein interaktives Gleichgewicht hergestellt werden können, so ist einseitige Beeinflussung allenfalls als Einführung in Toleranzspielräume in der Interpretation der sozialen Rollen zu betrachten, die zwischen sozialem und personalem Handlungssystem intermittieren. (Spiro 1961)[1]. Toleranzspielräume gestatten jedoch eine wechselseitige Beeinflussung zwischen Individuum, Gesellschaft (repräsentiert durch personale und institutionelle Sozialisationsträger oder Träger sozialer Kontrolle), sowie der handlungsrelevanten Umwelt. Unschärfen in der Rollendefinition und Interpretationsfreiheiten sind ähnlich funktional für die Konfliktreduzierung wie Mechanismen der Internalisierung sozialer Rollen oder Ritualisierung. Auf Systemebene resultieren interindividuelle Differenzierungen in Reaktionsflexibilität auf veränderte Umweltanforderungen. Der idealtypische Normalfall eines einseitigen Sozialisationskonzeptes, das auf die identische Übernahme etablierter Rollen, die Perpetuierung politischer Kultur abstellt, gerät hier idealtypisch zum Ausgangspunkt einer Skala, die kontinuierlich nach dem Grad der Nichtübereinstimmung mit sozialisierten Rollendefinitionen differenziert. Die Systemrelevanz eines dynamischen Sozialisationsprozesses in diesem Sinne liegt nicht etwa in der Perpetuierung der politischen Kultur, vielmehr steht die notwendige Anpassung der politischen Kultur an sich verändernde

---

[1] Für eine detaillierte Gegenüberstellung und Kritik der Konzepte von Parsons und Spiro vgl. die Untersuchung von Frey 1974.

Umweltbedingungen im Zentrum der Funktionalität. Es geht nicht mehr nur um Sozialisationserfolge in Form einer Vermittlung von kognitiven, evaluativen und affektiven Dispositionen, sondern auf einer strukturell-abstrakteren Ebene "partieller Reflexivität" um die Stabilität dieser Dispositionen, sowie um die Flexibilität des Individuums in der Anpassung seiner Dispositionen an veränderte Problemlösungsbedingungen in seiner sozialen und politischen Umwelt.

Die Funktionalität von Toleranzspannen und der Unschärfe von Einstellungsbereichen läßt sich am Beispiel instabiler Parteipräferenzen beispielhaft darstellen. Die politischen Parteien pluralistischer westlicher Gesellschaften besitzen in der Regel ein in sich differenziertes und heterogenes Wählerpotential, das sich zudem im Zeitablauf ändert. Die Veränderung von Wählerpotentialen kann nun einmal darauf zurückgehen, daß bestimmte soziale Gruppen mit a priori festgelegter Parteipräferenz anteilmäßig an der gesamten Wählerschaft abnehmen. So wäre eine Veränderung des Wählerpotentials einer sozialistischen Partei zu erwarten, wenn - ceteris paribus - der Anteil von Arbeitern an der wahlberechtigten erwerbstätigen Bevölkerung zurückgeht. Die Veränderung in den Wählerpotentialen beruht dann auf einer "nicht-gelungenen" Vermittlung von Verhaltsdispositionen, da die Folgegeneration - aus welchen Gründen auch immer - nicht die Disposition der etablierten Generation, der Eltern übernimmt bzw. beibehält. Würde eine solche Bandbreite in der Ablehnung etablierter Dispositionen der Elterngeneration nicht toleriert, wäre eine bestimmte Dispositionsstruktur, d.h. hier in der Konsequenz auch Parteienstruktur, sehr langfristig festgeschrieben, allenfalls durch biologische oder soziale Katastrophen veränderbar, die auf die Gruppe jeweilig gleicher Disposition unterschiedlich wirken müßten. Wechselnde Regierungsverantwortung zwischen den Parteien und alternierende politische Problemlösungsstrategien wären ausgeschlossen. Sie wären unter der Voraussetzung möglich, daß ein System mit mehr als zwei Parteien vorhanden ist und so wechselnde Mehrheiten

durch Koalitionswechsel hergestellt werden könnten. Regierungswechsel wären in dem Fall die Folge von Entscheidungsprozessen innerhalb des politisch-administrativen Systems, jedoch nicht auf die Legitimation durch die Wählerschaft zurückzuführen, da diese de facto keinen Einfluß besitzen. "Nicht-gelungene" Sozialisationsprozesse sind dann in diesem Sinne der Garant einer flexiblen Parteienstruktur. Wenn Dispositionen nicht für ein ganzes "politisches" Leben sozialisiert und internalisiert werden, sondern in Toleranzgrenzen instabil, veränderbar sind, bedeutet dies für die Wählerpotentiale der Parteien, daß Veränderungen auf Abwanderungen traditioneller Wählergruppen zurückgehen, nicht wie oben aus Mangel an in der Tradition stehendem "Nachwuchs". Einer der Gründe für die Änderung etablierter Verhaltensdispositionen bei denen, die im Prozeß der Sozialisation Kraft Position und Funktion in der Regel den Part des Sozialisationsagenten ausüben, ist gerade die genannte Wechselseitigkeit des Beieinflussungsprozesses zwischen den am Sozialisationsprozeß Beteiligten: im Extremfall hieße dies, daß Eltern von ihren Kindern lernen, bzw. in unserem Beispiel Eltern sich von den politischen Präferenzen der Kinder überzeugen lassen. Ungenauigkeit in der Vermittlung der Inhalte, wie zum anderen die Instabilität der vermittelten Parteipräferenzen selbst sind somit eine Voraussetzung für eine dynamische Parteienstruktur. Dieser Systemaspekt hat natürlich eine funktionale Kehrseite. Die Instabilität muß sich in zweierlei Hinsicht innerhalb bestimmter Toleranzschwellen bewegen, soll sie ihren positiv-funktionalen Beitrag für die dynamische Systemperpetuierung behalten. Inhaltlich müssen die alternativen Dispositionen mit der Systemperpetuierung kompatibel sein, oder die Häufigkeit dysfunktionaler Präferenzen darf zumindest nicht ins Gewicht fallen. In unserem Beispiel heißt dies, daß sich Verschiebungen der Präferenzen und Wählerpotentiale nur innerhalb systemkonformer Parteienalternativen bewegen dürften. Zum zweiten muß das Verhältnis zwischen stabilen und instabilen Dispositionen in

einem gewissen Rahmen bleiben, dies gilt sowohl für die generationsinterne Flexibilität wie bezüglich der Vermittlungsquoten zwischen den Generationen. Bei totaler Fluktuation von Wählerpräferenzen, wenn jede vorstrukturierende Resistenz gegenüber Einflüssen aktueller politischer Ereignisse, Interessen und Bedürfnissen fehlt, wird Politik als Wahrnehmung überindividueller, sozialer Interessen unmöglich. Politik würde zu einem entscheidungstheoretisch zu simulierenden Modell der Stimmenmaximierung, in dem man atomisierte Einzelinteressen optimal befriedigt.

Aus der Interdependenz von politischem und gesamtgesellschaftlichem System entsteht die Schwierigkeit, politische Sozialisation von nicht-politischer Sozialisation zu unterscheiden. Für die Ansprüche an die Genauigkeit einer Abgrenzung ist letztlich das spezifische Erkenntnis- und Analyseinteresse des Forschers maßgebend. Das sprachlich-konventionelle Verständnis wird dann problematisch, wenn empirische Befunde nicht mehr mit den etablierten Vorstellungen kompatibel sind. Für die Analyse der Instabilität politischer Orientierungen Jugendlicher nun erscheint es angebracht, das Attribut des "Politischen" in einigen Aspekten näher zu diskutieren.

Hyman (1959) schlägt eine konkrete, kasuistische und wenig theoriegeleitete Differenzierung der Inhalte vor: politische Partizipation, das Maß politischen Engagements des Bürgers ist der eine wesentliche Aspekt politischer Sozialisation, die politischen Ziele, die ideologische Richtung des politischen Engagements der zweite. Easton's Unterscheidung zwischen "Government", "regime" und "political community" als "subject matter or objekt of political socialization" stützt sich auf Objektklassifizierung. (Easton und Hess 1962:391 ; Dennis 1973: 10). "Government" meint dabei politische Institutionen oder Personen, die politische Macht ausüben und politische Entscheidungen treffen, mithin politische Autorität; unter "regime" sind die formalen und informellen Spielregeln ver-

standen, nach denen sich das Verhältnis zwischen Entscheidungsträgern und den von diesen Entscheidungen betroffenen Bürgern gestaltet; "political community" bezieht sich auf Identifikationen des Individuums mit politischen Gruppen. Eine abstraktere theoriegeleitete Differenzierung, die jedoch in der operationalen Umsetzung sehr problematisch sein dürfte, ist die Rückführung auf politische Systemfunktionen wie sie Almond in der Unterscheidung zwischen "capabilities, conversion system-maintainante und adaption-functions" vornimmt (Almond 1965:189-191; Dennis 1973:10).

Behrmanns Definition politischer Sozialisation schließt eine differenzierte Beschreibung der Inhalte mit ein. Es handelt sich um Prozesse, "innerhalb derer die Kenntnisse, Glaubensüberzeugungen, Gefühlshaltungen, Werte, Normen und Symbole, die das politische Handeln orientieren, regeln oder deuten, von Sozialisationsagenten an Sozialisationssubjekte vermittelt, von diesen erlernt und zum Teil verinnerlicht werden." (Behrmann 1972:329). Da jedwedes Handeln politische Konsequenzen haben kann, wird zwischen politischem und politisch relevantem Handeln unterschieden. Dem entspricht in etwa die Unterscheidung zwischen manifester und latenter politischer Sozialisation bei Greenstein (1969) oder der zwischen direkter und indirekter politischer Sozialisation bei Dawson und Prewitt (1969) oder Wahl (1970:594)[1] Wir werden die empirischen Ergebnisse unter dem Gesichtspunkt zu diskutieren haben, ob

---

[1] Wie unklar die Vorstellungen über und die Begriffe von politischer Sozialisation sind und wie verschwommen die Grenzen zwischen "Relevanz" und "Substanz", geht beispielhaft in diesem Zusammenhang aus der Aussage Fromans hervor: "The primary question in political socialization is 'how do children learn politically relevant attitudes and behaviors?'" (Froman 1962 : 305). Da selbstverständlich sämtliche Attitüden politisch "relevant" werden können, verschwindet bei einer solchen Formulierung natürlich auch der Unterschied zwischen politischer und kultureller Sozialisation.

nicht "politisch relevante", "latente" oder "indirekte" politische Sozialisation mehr zur Erklärung politischer Einstellung und Verhalten beitragen könnte als die nach allgemeinem Konsens explizit politische Sozialisation.

Bestimmungskriterium politischen Handelns ist unseres Erachtens zunächst das subjektive Bewußtsein über den politischen Charakter des Handlungszusammenhangs. Das politische Reflexionsniveau und in Abhängigkeit davon die Frequentierung bestimmter politischer Verhaltensstrategien sind kulturell variabel, werden durch politische Sozialisationsprozesse perpetuiert. Sie sind in demokratisch-pluralistisch organisierten Gesellschaften, in denen partizipative Strategien möglich sind, anders als in diktatorisch-autokratisch organisierten Gesellschaften. Politische Reflexion, politisches Bewußtsein betrifft dabei allgemein die "Steuerungskompetenz", betrifft die Macht als das Regulativ, das in sozialen Prozessen politische Funktionen besitzt. (Baeyer-Katte 1975:1044). Von Strategien sozialen Verhaltens, die "stets auf Kategorien des Reichtums oder der Macht" (Habermas 1967:59) gerichtet sind, unterscheidet sich politisches Verhalten darin, daß nicht Besitz oder materielle Verfügungsgewalt über Sachen, sondern Steuerungskompetenzen erstrebt werden. (Baeyer-Katte 1975: 1043). Betrachtet man Macht als sozialen Problemlösungsmechanismus schlechthin, z.B. neben Geld oder Sprache, besteht das Politische an solchen Steuerungsprozessen darin, daß es das System als solches betrifft. [1] Das Politische an sozialen Prozessen wäre dann - in Parsons'schen Kategorien -

---

[1] Diese Position bezieht explizit Baeyer-Katte: "Das Politische an der Steuerung der Problemlösungsprozesse besteht meines Erachtens in der Generalisierung ihrer Funktion, also in der Beziehung auf das soziale Geschehen im ganzen, dem die politische Vorentscheidung für oder gegen das gesamtgesellschaftliche System logisch und faktisch vorausgeht." (Baeyer-Katte 1975:1046).

ihr Bezug zu den Systemzielen "goal attainment, adaption, integration und pattern-maintainance". Wir haben in diesem Sinne also drei Bestimmungskriterien politischen Handelns: das Bewußtsein als subjektivierte vom System vorgegebene Verhaltensstrategien, Macht als typischer Problemlösungsmechanismus und Systembezug als relevanten Objektbereich.

Um ein Handeln als "politisch" zu qualifizieren, müssen alle drei Kriterien erfüllt sein. Ein Handeln kann ohne politische Intention des Handelnden zwar politisch relevant sein, wenn es in politische Handlungsstrategien anderer integriert ist, es ist jedoch kein politisches Handeln. In bezug auf den politischen Sozialisationsprozeß stellt sich hier die Frage nach der Vermittlung derjenigen Variablen, die das politische Reflexionsniveau bestimmen. Ein Handeln, dem eine politische Intention des Handelnden zugrundeliegt, ist dann kein politisches Handeln, wenn es nicht den Machtaspekt sozialen Handelns tangiert, also den eigenen Handlungsspielraum wie die Handlungsspielräume anderer beeinflußt. Diese Beeinflussung kann sowohl physischer wie auch psychischer Natur sein. Für den politischen Sozialisationsprozeß stellt sich hier die Frage nach den Variablen, die das Verhältnis des Individuums zur Macht, zu den Mechanismen von Konfliktregelungen institutioneller wie auch informeller Art betreffen. Die greifbarsten Regelungen politischen Handelns und Verhaltens vollziehen sich in und durch politische Institutionen und etablierten politischen Rollen. "Die sogenannten politischen bzw. die gouvernementalen Organisationen und 'der Staat' sind die bevorzugten Orte politischen Verhaltens, aber nicht die notwendigen Bedingungen für dessen Realisation" (Bacyer-Katte 1975:1046). Ein politisches Handeln, das politisch intendiert ist, Handlungsspielräume beeinflußt, aber keinen Systembezug besitzt, ist kein politisches Handeln im bezeichneten Sinne. Dabei bleibt es eine offene Frage, auch welcher Aggregatebene man das System definiert. Der Systembezug politischen Handelns

liegt im funktionalen Bezug auf die Systemziele, wobei es letztendlich um die Zustimmung oder um seine Ablehnung geht, also um die Alternative zwischen systemkonformen und systemrevolutionären Handeln.

Um einen politischen Sozialisationsprozeß handelt es sich dann, wenn die Entwicklung (nicht nur Vermittlung!) von Verhaltensdispositionen in diesem Sinne betroffen ist. Der analytischen Differenzierung entsprechend unterscheiden wir exemplarisch drei Variablen-bzw. Indikatorengruppen: (1) Das politische Reflexionsniveau bezeichnet das Bewußtsein über den politischen Charakter von Handlungszusammenhängen, wobei die Bandbreite von politischer Apathie bis zum professionellen Engagement reicht. Der Aspekt wird operational als politischer Aktivismus bzw. politisches Interesse im allgemeinen Sinne umgesetzt. (2) Es geht hier um die Kanalisierung der politischen Aktivität in die etablierten Verhaltensschemata. Als Operationalisierungen bieten sich hierfür Einstellungen zu demokratischen Spielregeln der Konfliktregulierung bzw. zur Akzeptanz von politischer Autorität an. (3) Hier ist nach der Richtung gefragt, in die sich ein "kanalisierter Aktivismus" beweg. Dafür stehen Konzepte des ideologischen Kontinuums konservativ vs. progressiv.

Wir plädieren also dafür, den Begriff der politischen Sozialisation inhaltlich eng zu fassen, um ihn von politisch relevanter Sozialisation überhaupt abgrenzen zu können. Die Erziehung auf Achtung vor elterlicher Autorität hin z.B. ist dann keine politische Sozialisation, wie wohl sie politische relevant ist, da Chancen für die Entwicklung eines politischen Selbstbewußtseins vorherbestimmt werden. Diese Klarstellung ist nötig, da wir aufgrund der empirischen Befunde zu dem Schluß kommen werden, daß politische Einstellungen sich offensichtlich zum geringsten Teil im Rahmen eines in diesem Sinne politischen Sozialisationsprozesses entwickeln.

3.2 Der Prozeß der politischen Sozialisation

Wir unterscheiden drei analytische Problemdimensionen des Prozesses politischer Sozialisation, nämlich die Verlaufsform des Prozesses, die Verlaufsdimensionen sowie die personeninternen und -externen Steuerungsparameter des Prozesses.

Hinsichtlich der Verlaufsform des Prozesses stellen sich Fragen nach dem Beginn politischer Sozialisation oder nach typischen Phasen des Prozesses im Lebenszyklus des Individuums, die von unterschiedlich präjudizierender Bedeutung für die vermittelten Inhalte als auch für spätere Sozialisationsprozesse sind. Eine in der Sozialisationsforschung gängige Unterteilung ist die in kindliche Sozialisation, Jugendsozialisation und Erwachsenensozialisation.

Das Primärprinzip besagt in diesem Zusammenhang, daß frühzeitig erworbene politische Orientierungen besonders dauerhaft seien. Das Strukturierungsprinzip besagt, daß frühzeitig erworbene Vorstellungen nachfolgende Informationen vorstrukturieren und damit die weitere Entwicklung präjudizieren, politische Einstellungen sich mit zunehmendem Alter verfestigen und unempfindlicher gegenüber änderungsstimulierenden Einfüssen werden.

Für die kindliche Sozialisation hat man festgestellt, daß zunächst eine positive emotionale Bindung, eine Art politischen Urvertrauens durch positive Identifikationen mit politischen Personen (der Präsident ist "gut") oder Institutionen (die Regierung ist "gut") vermittelt wird. Dies trifft auch auf Personen und Institutionen zu, die im sozialen Kontext politische Autorität verkörpern, wie z.B. die Polizei (Greenstein, 1960:940, 1965; Hess und Torney 1967). Die positive emotionale Bindung an politische Autorität wird dadurch begünstigt, daß durch die Personalisierung des Politischen Assoziationen zur elterlichen Autorität, insbesondere

zur Vaterfigur hergestellt sind.[1] Das Lebenszyklusmodell ist eine Variante des Primärprinzips. Es stellt einen Entwicklungsverlauf vor, in dem zunächst eine emotionale positive Bindung des Kindes an Institutionen des politischen Systems entwickelt wird, die dann in der mehr oder weniger krisenhaften Phase politischer Identitätsfindung während der Adoleszenz in der Regel überdauern und zur Konsolidierung und Etablierung von systemstabilisierenden politischen Denk- und Verhaltensmustern im Erwachsenenalter beitragen.[2] In dieser Unterteilung ist implizit ein Zusammenhang von politischer Sozialisation mit dem allgemeinen kulturellen und persönlichen Entwicklungsprozeß des Individuums hergestellt. Die Krisenhaftigkeit von Identitätsfindungsprozessen der "Personalisation" und "Enkulturation" (Wurzbacher 1974) wird auf den Bereich politischer Sozialisation übertragen.

3.2.1 Die Persönlichkeitsentwicklung im Sozialisationsprozeß

Nunner-Winkler (1975) benennt eine Anzahl von Faktoren, auf die - mediatisiert durch Randbedingungen sozioökonomischer und personeller Art - ein krisenhafter Verlauf politischer Identitätsfindung zurückgeführt werden kann und für die eine Anzahl empirischer Befunde illustrativ sind, nicht zuletzt Jugendprotest und Studentenbewegung am Ende der 60er Jahre.

---

[1] Vgl. hierzu Easton und Dennis 1965:55: The child "lerns to like the government, bevore he really knows, what it is". Zur Abhängigkeit zwischen der Entwicklung abstrakten, formal-operationalen Denkvermögens einerseits und Tendenz zur Personalisierung und Konkretisierung von Institutionen und Prozessen vgl. Adelson 1971. Zur Entwicklung kognitiver Fähigkeiten des Kindes siehe den Überblick in Piaget und Inhelder 1972, Nunner-Winkler 1975.

[2] Vgl. hierzu Cohen and Orum 1973:64. Zur Systemrelevanz einer krisenhaften Entwicklung in der Adoleszenzphase siehe Nunner-Winkler 1975.

Da Krisenhaftigkeit de facto die Destabilisierung der bisherigen Orientierungsmuster bedeutet, also des bis dahin vorhandenen "Urvertrauens", ergeben sich hieraus Ansatzpunkte für unsere empirische Analyse der Instabilität politischer Einstellungen.

(1) Die Entwicklung kognitiver Fähigkeiten in der formal-operationalen Phase ermöglicht abstraktes Denken, somit Analyse komplexer Zusammenhänge. [1] Aus kausalem Denken wiederum ergibt sich die Fähigkeit, Verantwortungen in einen abstrakten Kontext zu stellen und Verantwortlichkeiten abzuleiten (Merelman 1971). Die Erweiterung der Zeitperspektive bringt weitere Komplexität von Perzeptionsrastern. Das zeitlich Aktuelle wird relativierbar auf Geschichte und auf das Denkmögliche.

(2) Die Fähigkeit zur Übernahme sozialer Rollen, d.h. die Einbeziehung von Erwartungen der sozialen Umwelt in personale Bedürfnisbefriedigungsstrategien ist abhängig von der kognitiven Entwicklung (Selman 1971), beeinflußt seinerseits jedoch die moralische Urteilsfähigkeit und die Neuorientierung des eigenen Verhaltens. Da aktive politische Rollen erst vergleichsweise spät in der Jugendphase übernommen werden, können destabilisierende Effekte dann vermutet werden, wenn abstrakt trainierte Rollenübernahme durch konkrete politische Erfahrung relativiert werden. Es bleibt eine empirisch zu untersuchende Frage, unter welchen Bedingungen das Bewußtsein über die eigene politische und soziale Interessenlage und die Übernahme politischer Rollen, insbesondere partizipativer Rolleninterpretationen, zur Stabilisierung bisheriger systemfunktionaler Orientierungen beiträgt, und wann der Entwicklungsverlauf eine systemdysfunktionale Richtung annimmt.

---

[1] Vgl. hierzu Merelman 1971. Nach Piaget lassen sich vier Stufen in der kognitiven Entwicklung des Kindes unterscheiden, die sensomotorische Phase (0 bis 18 Monate), die präoperationale Phase (18 Monate bis 7 Jahre), die konkret-operationale Phase (7 bis 12 Jahre) und die formal-operationale Phase (12 Jahre und älter). Für einen Überblick über charakteristische Verhaltenselemente in diesen Phasen vgl. Nunner-Winkler 1975:4

(3) Die Entwicklung des moralischen Bewußtseins ist - in Abhängigkeit von kognitiven Fähigkeiten und Rollenübernahme - ein weiterer potentiell destabilisierender Faktor in der politischen Identitätsfindung. Je nachdem, welche Orientierungskriterien für das eigene soziale und politische Handeln herangezogen werden, läßt sich auch eine entsprechend gestaltete Beurteilung der gesetzten Rahmenbedingungen sozialen und politischen Handelns vermuten. Als stabilisierungsrelevante Stufen in der Entwicklung des moralischen Bewußtseins werden in der Regel die prä-konventionelle Stufe (Orientierung des Handelns an äußeren Konsequenzen), die konventionelle Stufe (Orientierung an Bezugsgruppen) und die post-konventionelle Stufe (Orientierung an universalistischen Prinzipien) unterschieden. (Nunner-Winkler 1975:11).

Der Prozeß politischer Sozialisation wäre demnach in folgenden Dimensionen faßbar: (1) zunehmende Abstraktionsfähigkeit durch Entwicklung entsprechender kognitiver Niveaus, (2) zunehmende Integration durch Übernahme komplexer Rollensysteme, (3) zunehmende Idealisierung der moralischen Handlungskriterien, (4) zunehmende Autonomisierung in der Entwicklung von Handlungskompetenz (Emanzipation). Was in diesem Prozeß vorgelagerten Phasen der individuellen Entwicklung vermittelt wurde, nämlich explizit politische wie politisch-relevante Basisloyalität, wird im Zuge dieses Prozesses - zumal wenn er krisenhaft verläuft - in Frage gestellt, neu definiert, destabilisiert. Ohne daß wir im Detail überprüfen können und wollen, ob diese Kennzeichnung des Sozialisationsprozesses wirklich typische Verläufe der politischen Identitätsfindung erfaßt, ergeben sich Hinweise auf Erklärungsvariablen für die Instabilität politischer Einstellungen.

Das biologische Alter ist ein Korrelat des Prozesses in allen Dimensionen und ist deshalb als diese Prozesse indizierende Erklärungsvariable heranzuziehen. Das Bildungsniveau korres-

pondiert mit kognitiven Fähigkeiten, wobei man nicht zwischen lebenszyklusabhängiger und persönlichkeitsabhängiger kognitiver Entwicklung zu unterscheiden braucht. Das Bildungsniveau, das bei Jugendlichen meistenfalls mit unterschiedlichem Berufsstatus zusammengeht, tangiert auch die Rollenübernahmen.Die relative Freizügigkeit eines ledigen Studenten kontrastiert mit der Situation eines gleichaltrigen verheirateten Angestellten; Die Situation eines von den Eltern (unter anderem finanziell) abhängigen Schülers mit der eines geldverdienenden Angestellten oder Arbeiters. Die Berufstätigkeit vor allem steht für die Erweiterung des sozialen Erwartungsfeldes, in dem der Jugendliche seine (politische) Identität finden muß. Neben der Berufsrolle ist die geschlechtsrollenspezifische Sozialisation ein besonderer Aspekt in der Erweiterung und Spezifizierung des von Jugendlichen übernommenen Rollenspektrums. Die politische Relevanz dieser Differenzierung zeigt sich bekanntermaßen in vielen Aspekten des politischen Lebens, vom vergleichsweise geringen politischen Interesse der Frauen bis hin zur minimalen Repräsentanz der Frauen in der politischen Elite.

Operationale Konzepte bzw. Indikatoren für den Grad der Autonomisierung und Idealisierung als mögliche destabilisierende Faktoren von Basisloyalität stehen uns nicht zur Verfügung, so daß wir hier keine Prüfung der Zusammenhänge vornehmen können. Mit Bezug auf die beiden ersteren Dimensionen des Sozialisationsprozesses, nämlich die Entwicklung des kognitiven Niveaus und die Rollenperformanz läßt sich als Arbeitshypothese ableiten, daß Alter, Bildungsniveau, Berufsrolle und Geschlechtsrolle die Stabilität politischer Einstellungen, insbesondere die Stabilität von Basisloyalität beeinflussen.

In Ergänzung zu diesen Verlaufsdimensionen, deren Relevanz für die politische Sozialisation nicht bestritten werden soll, sind unseres Erachtens noch die folgenden beiden Aspekte besonders

wichtig und entscheidend für den Verlauf politischer Sozialisation, nämlich die Abstraktheit des Referenzbereichs und das Kommunikationsprinzip.

Nach den Ergebnissen der Sozialisationsforschung scheint es so, daß in der Regel zunächst das vermittelt wird, was sich auf die Akzeptierung von Machtverhältnissen, von politischer Autorität richtet. Konkrete Handlungsstrategien im Sinne individueller Steuerungskompetenz werden erst relativ spät vermittelt, und noch später im Vollzug überhaupt erlaubt, wenn eine Internalisierung der Spielregeln aufgrund vorangegangener Sozialisationsprozesse und politischen Trainings vorausgesetzt werden kann.[1] Insofern vollzieht sich hier ein Prozeß vom abstrakt-affektiven, nämlich dem Urvertrauen in personifizierte Symbole, hin zum Konkreten, dem Handeln und Entscheiden in bestimmten Situationen. Der Sozialisand erfährt also zunächst einmal theoretisch, wie er sich politisch verhalten soll, bevor er sich überhaupt verhalten darf. Sozialisation ist theoretisch, eine teilweise Einübung von Verhaltensstrategien an (sozialen) Ersatzobjekten (Einübung von Macht, Unterordnung, Valenzen), das Verhalten selbst ist nicht Ausgangspunkt und Bezugspunkt der Sozialisation. Daraus wiederum ergibt sich, daß nicht Handlungskonsequenzen, sondern Bezugsgruppen, universalistische Prinzipien und Kommunikation die maßgebenden Bezugsgrößen politischer Sozialisation des Jugendlichen sind.

Die Veränderung des Kommunikationsprinzips ist unseres Erachtens die wachsende Wechselseitigkeit der Beinflussung. Während kindliche Sozialisation Resultat vergleichsweise einseitiger Beeinflussung der Erzieher ist, die Interaktion

---

[1] So etwa in Selbstverwaltungsorganisationen der Schüler als Trainingsmöglichkeit demokratischer Spielregeln.

auf soziale (jedoch nichtsdestoweniger für später politisch-bedeutsame) Prozesse beschränkt ist, erwirbt der Jugendliche und besitzt der Erwachsene politische Handlungskompetenzen, die einen Lernprozeß ermöglichen, der sich im Zuge wechselseitiger Beeinflussung zwischen Sozialisand und sozialer wie materialer Umwelt vollzieht. Idealtypisch wäre dieses Verlaufsprinzip als Bewegung von der Indoktrination hin zur Kommunikation charakterisierbar.

Der politische Sozialisationsprozeß verläuft so hinsichtlich dreier untereinander korrespondierender Dimensionen, die in ihren Polen folgendermaßen bezeichnet werden könnten:

(1) von affektiv (Vermittlung von Identifikationen) nach kognitiv (Vermittlung von Wissen über Zusammenhänge)
(2) von theoretisch (Vermittlung von Rollenkompetenzen) nach handlungsbezogenen (Rollenperformanz)
(3) von passiv (Aktivität der Sozialisationsinstanzen) zu Interaktion (wechselseitige Beeinflussung).

Der Unterscheidung in Kindheit, Jugend und Erwachsenenalter entsprechen dabei folgende strukturelle Niveaus:

Kindheit: affektiv, theoretisch, passiv
Jugend: jeweilige Übergangspositionen
Erwachsenenalter: kognitiv, handlungsbezogen, interaktiv.

Im Sozialisationsprozeß sind Faktoren personeninterner und personenexterner Art wirksam, die eine Veränderung dieser strukturellen Niveaus der Rollenperformanz herbeiführen können. Es ist natürlich die Frage, ob dieser Erweiterungsprozeß überhaupt stattfindet und ob er mit Eintritt in das Erwachsenenalter abgeschlossen ist, sich die Sozialisation der Erwachsenen also auf dem einmal erreichten strukturellen Niveau abspielt, oder ob es lebenslange Sozialisationsprozesse gibt, die nicht nur Lerninhalte vermitteln, sondern durchgehend Lernkapazi-

täten in Bezug auf Wahrnehmungsfähigkeit, Handlungsfähigkeit und Beeinflussungsfähigkeit verändern. [1)]

Bisher haben wir uns in erster Linie mit personeninternen Steuerungsparametern des Sozialisationsprozesses beschäftigt, wie der kognitiven Kapazität, der Rollenperformanz, der moralischen Urteilsfähigkeit und der Ich-Entwicklung. In der Abstraktheit des Referenzbereiches und der Wechselseitigkeit des Kommunikationsprinzips und der Beeinflussungsprozesse kommen personenexterne Steuerungsparameter des Sozialisationsprozesses zur Geltung.

3.2.2 Das soziale Umfeld als Sozialisationsfaktor

Hier geht es vornehmlich um die Instanzen, Personen und die sozialen Bezugsfelder auf höheren Aggregatebenen, die für das Individuum "Gesellschaft" repräsentieren und in jeweils spezifischer Art im Kommunikations- und Beeinflussungsprozeß wie auch im konkreten Handlungszusammenhang bedeutsam sind. Die wichtigsten dieser Sozialisationsträger sind die Familie, Schule, Freundeskreise, Massenmedien sowie normengenerierende und -tradierende gesellschaftliche Institutionen wie religiöse oder wirtschaftliche Organisationen, z.B. Kirche und Gewerkschaften.[2)] Für die Wahrscheinlichkeit von Stabilität und Instabilität politischer Einstellungen ist maßgebend, daß diese Sozialisationsträger in einer "offenen Gesellschaft" innerhalb der gesellschaftlich definierten Toleranzgrenzen

---

[1)] Um den Begriff der Sozialisation nicht zu verwässern, wäre es vielleicht angebracht, nur dann von Sozialisation insbesondere von Erwachsenensozialisation zu sprechen, wenn es sich um Entwicklung und Veränderung von strukturellen Niveaus handelt. Daraus ergäbe sich, daß der Sozialisationsprozeß für viele Individuen frühzeitig abgeschlossen ist, wenn infantile politische Rollenperformanz nie überschritten wird. Meinungsänderungen in diesem Rahmen sind natürlich möglich, wären jedoch wohl zutreffender als soziales oder politisches Lernen charakterisierbar. Andererseits ist es natürlich die Frage, inwieweit Rollenperformanz in eine Definition des "Erwachsenseins" gerade mit einfließt.

[2)] Vgl. hierzu Behrmann 1972.

ein Geflecht von sich einander verstärkenden und sich widersprechenden Einflüssen bilden, somit ein inhaltlich heterogenes Spektrum von sozialen und politischen Orientierungsalternativen bieten. Welche der in diesem Beeinflussungsprozeß, der im Bereich der Politik wesentlich ein Kommunikationsprozeß ist, angebotenen Orientierungen erfolgreich vermittelt werden, korrespondiert mit einer Reihe von Sekundärbedingungen mikrosozialer Prozesse wie z.B. Interaktionshäufigkeit, Bedeutsamkeit der Institution, Prestige, affektive Zentralität von Instanzen oder Personen, wie es weiter oben dargelegt wurde. Die Bedeutung dieser Instanzen oder Personen variiert wiederum je nach Position des Individuums im Lebenszyklus, wenn wechselnde Bezugsgruppen wichtig werden. So etwa, wenn das Erziehungsmonopol der Familie durch Eintritt des Kindes in die Schule oder des Jugendlichen ins Erwerbsleben abgelöst wird und sich das soziale und politische Bezugsfeld heterogenisiert.

Es herrscht weitgehende Einigkeit darüber, daß die Familie eine einflußreiche Instanz auch für die politische Sozialisation ist (Hyman 1959), vornehmlich deshalb, weil im Zuge politisch relevanter kultureller familialer Sozialisation die Basis späteren politischen Verhaltenspotentials gelegt wird. Neuere Untersuchungen sprechen allerdings dafür, daß der Einfluß der Familie durchaus differenziert betrachtet werden muß und mit Bezug auf Drittvariablen zu relativieren ist. So stellen Jennings und Niemi fest, daß zwar hohe Übereinstimmungen zwischen Eltern und Kindern in der Parteiidentifikation, jedoch geringe in anderen Einstellungsbereichen zu finden. Sie kommen zu dem Schluß, "it is never the less clear, that any model of socialization which rests on assumptions of perversive currents of parent-to child value transmissions of the typs examined here is in serious need of modification". (Jennings und Niemi 1968:183).

Die Untersuchungen zum Einfluß einzelner Sozialisationsträger im politischen Sozialisationsprozeß sind mittlerweile zahlreich geworden, zumal über subkulturelle und schichtspezifische Besonderheiten der Einflüsse.[1] Wir werden unsere empirischen Befunde unter anderem nach einer Schichtvariablen differenzieren. Dahinter steht die Vorstellung, daß die Einflüsse von Konstellationen des komplexen, sich zudem verändernden sozialen Bezugsfeldes des Jugendlichen (Sodeur 1977) in Abhängigkeit von "objektiven" sozioökonomischen Plazierungen gesehen werden müssen. Dies betrifft insbesondere die durch die sozioökonomische Plazierung mediatisierten Einflüsse des politischen Klimas in Elternhaus, Schule oder Betrieb auf die Entwicklung des politischen Reflexionsniveaus.

3.2.3 Der zeitgeschichtliche Kontext als Sozialisationsfaktor

Die Wirkung zeitgeschichtlicher Ereignisse und Entwicklungen als externe Bedingungen des Sozialisationsprozesses werden vornehmlich in Zusammenhang mit dem Generationenkonzept politischen und sozialen Wandels erörtert. Aus dem politischen Bezugsfeld der Befragtenpopulation Mitte der 70er Jahre scheinen uns einige politische Randbedingungen erwähnenswert, da sie den Interpretationsrahmen der empirischen Befunde spezifizieren.

---

[1] Eine besondere Rolle spielt hier im Zusammenhang mit der bildungspolitischen Diskussion der letzten Jahre die Kontroverse, die unter dem Stichwort "kompensatorische Erziehung" firmiert. Nachdem empirisch schichtspezifische "Sozialisationsdefizite" insbesondere der sprachlichen Sozialisation festgestellt worden waren (Bernstein 1954, 1959), leitete sich aus dem politischen Ziel der Chancengleichheit die bildungspolitische Forderung ab, Defizite familialer Sozialisation durch sekundäre Bildungsinstitutionen zu kompensieren. Die Kritik an dieser Konzeption geht unter anderem davon aus, daß schichtspezifische Differenzierungen im Sprachverhalten von einem Mittelschichtstandard aus unberechtigterweise als "Defizit" qualifiziert worden seien. Vgl. hierzu Bernstein 1971, Gloy 1973.

Bezugspunkt für die "Jugendgeneration" Mitte der 70er Jahre ist die "Generation" des Jugendprotestes Ende der 60er Jahre. Denn selbst wenn die Bewegung nur Episode blieb und man einen Generationenkonflikt generell in Abrede stellt (Scheuch 1975), bleibt doch die Tatsache, daß sich nicht nur sozialer Protest längerfristig in einer Jugendsubkultur manifestierte, sondern auch das politische Profil der Bewegung längerfristige Auswirkungen auf politische Orientierungen insbesondere der akademischen Jugend zeitigte (Does 1977).

Das Generationenkonzept basiert letztlich auf dem Primärprinzip politischer Sozialisation. Es scheint einsichtig, daß eine Veränderung von Orientierungen, eine Anpassung an sich wandelnde externe Erfordernisse sich bei denjenigen Mitgliedern der Gesellschaft am ehesten durchsetzen kann, die noch nicht voll in die Gesellschaft integriert sind und noch keine etablierten Orientierungsmuster und Rollenverständnisse entwickelt haben. Die Sozialisationsprozesse sind in dynamischen Gesellschaften zwar mit Eintritt ins Erwachsenenalter längst nicht abgeschlossen, lebenslanges Lernen und Anpassen von Einstellungen und Orientierungen nicht nur im politischen, sondern auch im privaten Bereich wie z.B. in der beruflichen Mobilität, sind vielmehr eine "Überlebensvoraussetzung" in dynamischen Industriegesellschaften. Dennoch kann man eine mit dem Alter wachsende Abhängigkeit von sozialen Zwängen unterstellen; so daß von daher Resistenz gegenüber Veränderungen und entsprechend konservative Grundeinstellungen der jeweils älteren Generation erklärlich wäre. Das vergleichsweise klare Profil einer entstehenden Generation verblaßt in dem Maße, wie folgende Generationen und Veränderungen der Umweltbedingungen Lernprozesse notwendig machen und zum Umdenken zwingen. Ein häufig zitiertes Beispiel hierfür ist die Generation der Weltwirtschaftskrise und des "New Deal" in den USA.[1] Diese "Depressionsgeneration" zeichnet sich z.B. durch langfristig festgelegte

---

[1] Vgl. Abramson 1974.

Parteipräferenzen aus, wie auch durch spezifische Einstellungen in anderen Politikbereichen. Die klaren Konturen nivellierten sich erst im letzten Jahrzehnt (Crittenden 1962:657, Jennings, Niemi 1973). Einen tiefgreifenden Wandel in den Wertorientierungen glaubt gleichfalls Inglehart für die Nachkriegsgeneration der europäischen Jugend feststellen zu können. Er postuliert eine Verschiebung im Bedürfnis- und Wertespektrum zur stärkeren Betonung immaterieller Werte und Zielvorstellungen hin, da materielle Bedürfnisse größtenteils gesättigt seien und deshalb immaterielle Komponenten der Bedürfnisstruktur stärker in den Vordergrund rückten. Ergebnisse aus international vergleichenden Untersuchungen lassen vermuten, daß dies eine den westlichen Industriestaaten langfristig gemeinsame Entwicklung sein könnte (Inglehart 1973).[1] In der Situation der Bundesrepublik Mitte der 70er Jahre spricht nun allerdings wenig dafür, daß sich sozioökonomische Voraussetzungen und postmoderne Werthaltungen in diese Richtung weiterentwickeln. Mitte der 70er Jahre erfuhr nämlich gerade die "Tendenzwende" eine inflationäre Popularität in den Feuilletons.

Im Zuge der "linken" Studentenbewegung hatte eine vergleichsweise starke Politisierung von Jungwählern, insbesondere von Oberschülern und Studenten stattgefunden. Nicht zuletzt daraus resultierten Verschiebungen im Stimmenanteil der einzelnen Parteien, wodurch eine Regierungsübernahme durch die von den Jungwählern favorisierten Parteien SPD und FDP nach der

---

[1] Es bleibt zentraler Bereich zukünftiger Sozialisationsforschung, sich intensiver mit den Beziehungen zwischen Generationeneffekten, Lebenszykluseffekten und Periodeneffekten einerseits und sozialem Wandel andererseits zu befassen. Dies wird in zunehmendem Maße möglich sein wie entsprechend konzipierte Longitudinalstudien oder aufeinanderfolgende vergleichbare Querschnittsstudien vorliegen. Die im subkulturellen und interkulturellen Vergleich durchzuführenden Panelanalysen oder Kohortenanalysen eröffnen einen methodisch-empirischen Zugang zu diesen Problemen. Vgl. hierzu Zängle 1977a.

Bundestagswahl 1969 möglich wurde. Die Identifizierung mit den Koalitionsparteien sowie die charismatischen Positionen der Parteiführer Brandt und Scheel erreichten in der Bundestagswahl 1972 einen Höhepunkt, begannen danach jedoch zusehens abzubröckeln.[1] Energiekrise, Wirtschaftskrise, Finanzkrise und Bildungskrise sind Stichworte für eine Entwicklung, die politischen Experimenten und unbefangenem politischen Engagement dann aber enge Grenzen zu setzen begannen. Auch in der Innenpolitik begann ein schärferer Wind zu wehen, der "Radikalenerlaß" ist hier ein charakteristisches Symtom. Leistungsstreß an Schulen und Universitäten, Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel begannen eine Atmosphäre zu schaffen, die politischem, zumal unkonventionellem politischem Engagement sowohl die objektive Attraktivität wie auch die subjektive Opportunität entzog. Rückzug in den Privatismus, zunehmende Verlagerung vom praktizierten hin zum theoretischen politischen Interesse wurde begleitet und verstärkt von zunehmender Skepsis gegenüber intendierten Reformbestrebungen, eine Skepsis, die sich zu einer Diffamierung der politischen Utopie als solcher auswuchs.[2] Dies sind - zugegebenermaßen in ihrer Grobheit verzerrte - Entwicklungslinien der politisch-kulturellen Landschaft, die als externe Einflüsse auf die politischen Einstellungen Jugendlicher im Untersuchungszeitraum wirksam waren. Diese Wirkungen stehen insofern für Periodeneffekte, als die sogenannte Tendenzwende der Ernüchterung und des Pragmatismus nicht nur die Jugendlichen bzw. Jungwähler betraf, sondern im Orientierungsspektrum der gesamten

---

[1] Vgl. hierzu die Forschungsberichte zu den einzelnen Befragungswellen der Jugendstudie, deren Grundauswertung im Anhang dokumentiert ist: Does 1974, 1975a-d, 1976a,b, 1977a.

[2] Vgl. hierzu die Beiträge in Fetcher, Richter 1976, sowie die bildungspolitische Diskussion in einer Beitragsserie in "Die ZEIT", insbesondere Becker 1976.

Wählerschaft zum Ausdruck kam. Generationeneffekte zeichneten sich jedoch insogern ab, als die nachwachsende Jungwählergeneration nicht dieses politische Interesse entwickelte, das die vorangegangene Generation trotz aller Widrigkeiten immer noch behielt. Auch auf diese Zusammenhänge und Entwicklungstendenzen hin werden die empirischen Befunde der vorliegenden Untersuchung im Detail zu beziehen sein.

3.3 Zusammenfassung

Der bisherige Gedankengang über den Zusammenhang zwischen Instabilität von politischen Einstellungen und politischer Sozialisation beruht im wesentlichen auf folgenden Überlegungen:

Unschärfen und Interpretationstoleranzen von sozialen wie auch politischen Rollen sind notwendig für die Reduzierung von Konflikten zwischen sozialem (politischem) und personalem Handlungssystem. Dies gilt nicht nur hinsichtlich interindividueller, sondern auch hinsichtlich intertemporärer (diachronischer) Variabilität. Wie im Beispiel der Parteipräferenzen gezeigt wurde, bestimmt die Flexibilität der Einstellungen auf individueller Ebene die Flexibilität des politischen Systems. Wesentliche Voraussetzung für die interindividuelle und diachronische Variabilität ist die Einflußkonkurrenz von normengenerierenden und-vermittelnden sozialen Bezugsfeldern.

Differenzierte Instabilitätswahrscheinlichkeiten und -ursachen ergeben sich aus den Inhalten der politischen Sozialisation, den Verlaufsformen sowie den personeninternen und -externen Steuerungsparametern des Sozialisationsprozesses.

Wir unterscheiden folgende Dimensionen des politischen Handelns als zentral: Reflexionsniveau, Beziehung zu politischer Autorität (Macht), Konformismus. Je nach Handlungstyp und politischer Rolle können andere Veränderungsursachen maßgebend

sein: affektive (Bezugsgruppen), konative (Erfahrungen) oder kognitive (Informationen) Ursachenbereiche. Besonders wichtig erscheint uns die Möglichkeit zu politischer Erfahrung im konkreten Handeln etwa in Kontrast zur passiven Rezeption von Informationen und zur Orientierung an Bezugspersonen.

Der Sozialisationsprozeß vollzieht sich in bezug auf folgende Verlaufsdimensionen: zunehmende Abstraktionsfähigkeit, zunehmende Integration, zunehmende Idealisierung, zunehmende Autonomisierung, zunehmende Konkretisierung des Handlungszusammenhangs, zunehmende Wechselseitigkeit von Beeinflussungsprozessen. Aus Veränderungen in diesen Bereichen ergeben sich potentielle Destabilisierungen der in frühkindlicher Sozialisation übernommenen Basisloyalität und rudimentären politischen Vorstellungen.

Das soziale Umfeld ist nicht in Einzelsegmente unterteilbar, sondern beeinflußt als Faktorenkonstellation die Entwicklung von politischen Einstellungen. Deshalb sind Einzelkomponenten des sozialen Bezugsfeldes wie Elternhaus, Schule oder Betrieb nur im Zusammenhang analysierbar.

Der zeitgeschichtliche Kontext ist in seinen Veränderungseffekten nicht detailliert greifbar, manifestiert sich jedoch in Perioden- und Generationeneffekten. Charakteristisch für den Befragungszeitraum ist eine Abkehr von der Reformeuphorie, dem politischen Interesse und Engagement, wie es zu Anfang der 70er Jahre zu beobachten war. Wir haben bisher eine Anzahl von Problemen des Zusammenhangs zwischen Dauerhaftigkeit von politischen Einstellungen einerseits und dem Einstellungskonzept als solchem wie auch dem Konzept "politische Sozialisation" andererseits erörtert. Wir werden im späteren Versuch, die Instabilität politischer Einstellungen zu systematisieren, auf diese Erörterungen zurückgreifen. Zuvor ist jedoch der meßmethodische Aspekt unserer Problemstellung zu behandeln, da ein Teil der feststellbaren Einstellungsschwankungen vermutlich auf Meßfehler zurückzuführen ist.

Teil II
Die Instabilität von politischen Einstellungen als methodisches Problem

4. Instabilität von Einstellungen als Meßproblem

Theorien des Attitüdenwandels zeigen einen zum Teil bereits sehr explizierten Stand. Dies gilt keinesfalls für die Methodik der empirischen Analyse, wenn man von einem Anspruch an Problemlösungen ausgeht, die nicht nur verbindliche, sondern auch praktikable Analysestrategien anbieten. Die ungelösten Probleme bei der Messung von Einstellungsänderungen haben bei einer Reihe von Untersuchern zu einer resignierenden und fatalistischen Einschätzung der Analysemöglichkeiten überhaupt geführt. So berechtigt diese Skepsis sein mag, so überzogen scheint uns jedoch die Konsequenz, die Analyse von Einstellungsänderungen selbst aufzugeben, da man doch keine Änderungen hinreichend genau messen könne. Wie bei sozialwissenschaftlichen Analysen allgemein, so kann auch insbesondere bei der Messung von Einstellungsänderungen nicht das Maximalziel einer physikalisch-exakten Messung der Maßstab sein. Um nämlich überhaupt Aussagen machen zu können, braucht es in jedem Fall einer pragmatischen Handhabung methodischer Probleme, wobei dann die Fragwürdigkeit der Methodik zu der entsprechenden Vorsicht in der Interpretation der Ergebnisse, nicht jedoch zu einer Ablehnung jeglicher Analyse selbst führen sollte. Es hat sich außerdem gezeigt, daß komplizierte Verfahren, auch wenn sie testtheoretischen Erfordernissen besser entsprechen, die vergleichsweise simpleren und fragwürdigeren Verfahren an inhaltlicher Aussagekraft nur geringfügig übertreffen. (Helmreich 1977). Der folgende Überblick über methodische Probleme bei der Messung von Einstellungsänderungen verfolgt drei Ziele: (1) Die bisher diskutierte Stabilitätsproblematik von Einstellungen soll in ihrer verfahrenstechnischen Komponente erörtert und empirisch illustriert werden. (2) Die Vorgehensweise bei der späteren Analyse des empirischen Datenmaterials ist zu rechtfertigen und deren methodische Beschränkungen aufzuzeigen. (3) In der Meßproblematik ist ein Ursachenbereich

expliziert, der die Varianz unserer abhängigen Variablen systematisiert. Es sind Anhaltspunkte dafür zu suchen, wie der Anteil meßtechnisch bedingter, inhaltlich nicht interpretierbarer Varianz etwa im Vergleich zu inhaltlicher substantieller Varianz von Einstellungsänderungen einzuschätzen ist.

Das zentrale Problem bei der Messung von Einstellungsänderungen besteht darin, daß aus der Differenz zwischen zwei Messungen der gleichen Variablen zu verschiedenen Zeitpunkten nicht unbedingt gefolgert werden kann, daß sich die Ausprägung der Variablen, sei es als Durchschnittsdifferenz zwischen Gruppen oder sei es als individueller Differenzwert, tatsächlich geändert hat. Aus übereinstimmenden Messungen kann man in gleicher Weise nicht folgern, daß die Merkmalsausprägung stabil geblieben ist. Gleiches gilt, wenn man Stabilität und Veränderung der Struktur eines Einstellungssystems messen will. Ob es notwendig ist, den "wahren" Differenzwert zu ermittelt, richtet sich nach dem Analyseziel und nach den Auswertungsstrategien. Welche Korrekturverfahren man bei der Ermittlung des wahren Veränderungswertes anwendet, hängt von den Daten, den Fehlern und nicht zuletzt von dem eigenen Anspruch an die Exaktheit der empirischen Analyse ab. Grundsätzlich ist die Reliabilitätsproblematik und die Validitätsproblematik bei der Messung von Einstellungsänderungen komplizierter als bei der Messung der Einstellungen selbst.

Probleme des Untersuchungsdesigns

.1 Stichprobeneffekte

Ein Ursachenkomplex für Meßfehler liegt im Paneldesign. Fehlermöglichkeiten hängen hier zunächst einmal mit der Stichprobe zusammen, wenn sich Verzerrungen durch eine inadäquate Eingangsstichprobe oder durch systematische Ausfälle im Verlauf der Befragungsreihen ergeben. Während das erstere

Problem in der vorliegenden Studie keine Rolle spielden dürfte, da die Repräsentativität der Ausgangsstichprobe nach gängigen Standards gewährleistet ist (ADM-Master-Sample), sind systematische Fehler der zweiten Art nicht auszuschließen, zumal nicht bei Jugendlichen, da sich hier eine oftmalige Befragung schon wegen der vergleichsweise großen Mobilität von Jugendlichen schwierig gestaltet. Die Kontrolle systematischer Ausfälle wäre methodisch sauber gewährleistet, indem zu jeder Wiederholungsbefragung oder zumindest zur letzten Befragungswelle eine Parallelstichprobe befragt worden wäre, so daß auch für einzelne Meßinstrumente Paralleltests hätten durchgeführt werden können. Aus Kostengründen war dies jedoch nicht möglich.[1)]

Eine wenn auch natürlich nur beschränkt gültige untersuchungsinterne Überprüfung auf Repräsentativität ergab, daß die Befragten der 4. Befragungswelle eine repräsentative Stichprobe der 1. Befragungswelle bilden. Die Abweichungen hinsichtlich der demographischen wie auch einiger zentraler inhaltlicher Variablen sind nicht signifikant. Stichprobenfehler spielen somit als Urheber von Meßfehlern bei der Analyse von Einstellungsänderungen im vorliegenden Fall wenn überhaupt eine untergeordnete Rolle.[2)]

[1)] Auch die Panelmortalität von jeweils ca. 30 % ist unter Kosten- und Zeitgesichtspunkten zu beurteilen. Natürlich kann man mit McAllister et al. (1973) einiggehen, und nur die Befragten für nicht erreichbar halten, die entweder gestorben sind oder absichtlich ihre Spuren verwischen. Jedoch kann man,wie im vorliegenden Fall, auch andere Kriterien anlegen, die eine höhere Panelmortalität in Kauf nehmen, um z.B. die zeitliche Vergleichbarkeit innerhalb einer Stichprobe zu gewährleisten.

[2)] Zum Problem der Stichprobenausfälle bei Längsschnittuntersuchungen vgl. McAllister, Joe und Butler (1973) sowie Crider und Willits (1973). Einen kurzen Überblick über die Probleme gibt auch Helmreich (1977: 15 ff).

Problematischer verhält es sich dagegen mit der Länge der jeweiligen Befragungszeiträume. Die vier Befragungswellen wurden im halbjährlichen Rhythmus gestartet, wobei die erste Befragung in einer Feldzeit von 4 Wochen, die übrigen Befragungen in einer Zeit von 8 - 10 Wochen durchgeführt wurden. Die interindividuelle Varianz der Zwischenräume schwankt also jeweils von Welle zu Welle ca. zwischen 3,5 und 8,5 Monaten. Die Messung von Stabilität und Veränderung von Einstellungen ist insofern also fehlerhaft, als sie sich auf variierende Zeiträume bezieht. Wir gehen jedoch davon aus, daß sich diese Fehler randomisieren.

1.2 Reliabilität und Validität in der Zeitdimension

Eine weitere Fehlerquelle, die mit der Langfristigkeit des Untersuchungsdesigns verbunden ist, besteht darin, daß sich die Bedeutsamkeit der Fragestellungen in der Untersuchung ändert. Dies gilt zumal für Untersuchungen über politische Themen, wo Personal und Themen schnell wechseln. Veränderungen in korrespondierenden Randbedingungen beeinträchtigen so die Validität, die inhaltliche Stimmigkeit eines Meßinstrumentes.

Wenn wir zum Beispiel von einer weitgehenden Interdependenz in der Beurteilung von Politikern, der zugehörigen Partei und der vertretenen politischen Ziele ausgehen, dann kann die Veränderung in einer Komponente eine Konstellation herbeiführen, die eine Neuinterpretation der anderen Komponenten notwendig macht. Ist zum Beispiel eine Parteiidentifikation während der Ära Brandt oder während der Diskussion um die Ostpolitik gleichzubehandeln mit einer Parteiidentifikation in der Ära Schmidt bzw. in der Zeit politischer "Themenlosigkeit"? Es liegt auf der Hand, daß die "innere Relevanz" der Meßinstrumente (Holzkamp 1972) selbst Gegenstand empirischen Forschens zu sein hätte. Das Problem der Reliabilität eines Meßinstrumentes ist so ein Problem der Validität von Stabilität und Veränderung der gemessenen Inhalte. Eine formale und reliable Stabilität von Parteipräferenzen zum Beispiel braucht nicht auszuschließen, daß jeweils anderes damit gemeint ist, daß sich der Begründungszusammenhang geändert hat.

Die Frage nach der Validität von Veränderungen berührt den Aspekt der Tiefenstruktur des Einstellungssystems wie auch - faßt man den Begriff der Validität sehr weit - den der Kausalität von Einstellung. Ist eine als stabil gemessene Einstellung stabil, wenn sie in einem anderen Konsistenzbezug verankert ist, ihre strukturelle Verankerung im Einstellungssystem sich mithin verändert hat und umgekehrt? Ist eine Einstellung stabil, wenn sie das Ergebnis jeweils verschiedener Einflußprozesse ist? Hier wird deutlich, daß die Beurteilung von Stabilität und Veränderungen der Einstellungen jeweils von der theoretischen Perspektive abhängt, in der die Erklärungsebenen explizit gemacht werden (müssen). Eine Validierung von Veränderungen und Stabilitäten ist insofern kein methodisches Problem, sondern ein theoretisches, und das ist um so eher lösbar, je mehr eine theoretische Perspektive ausgearbeitet ist. Wir sind uns im klaren, daß zwischen Oberflächenstabilität und Tiefenstrukturstabilität unterschieden werden muß. Wir werden uns im wesentlichen allerdings auf die Analyse der Oberflächenstabilität beschränken müssen, jedoch soweit wie möglich tiefenstrukturelle Aspekte diskutieren.

.1.3 Testungseffekte

Eine andere Fehlerquelle besteht in den Testungseffekten von wiederholten Befragungen. Befragte "lernen" im Verlauf der Befragung, mit bestimmten Instrumenten umzugehen, so daß sich mit der Zeit eine künstliche Konsistenz ergibt, da von Forschern intendierte subtile Zusammenhänge vom Untersuchten erkannt und Antworten aufeinander abgestimmt werden. Gleiches gilt für die zeitliche Stabilität, wenn sich Befragte erinnern, was sie bei den vorangegangenen Befragungen geantwortet haben und diese Antwort zum Ausgangspunkt der neuen Reaktion machen. Letztlich kann die Befragung selbst einstellungsändernd oder stabilisierend wirken, wenn bisher nicht reflektierte Probleme bewußt gemacht werden und Konsequenzen für das Verhalten gezogen werden. Dies betrifft auch den Fall, wenn durch die Befragung künstliche Probleme und Einstellungen erfaßt werden, die bisher und weiterhin für den Befragten weder bekannt noch für sie relevant sind. Diese untersuchungsintern verursachten Veränderungen und Stabilitäten führen dazu, daß die Stichprobe bei der zweiten und kumulierend bei weiteren Befragungen sich von der Gesamtpopulation unterscheidet. Dieser Aspekt mag insbesondere im vorliegenden Fall eine Rolle spielen, da bei vielen Jugendlichen, die sich kaum für Politik interessieren, vielleicht eine persönliche Beschäftigung mit politischen Fragen induziert wurde, die sich dann auf spätere Antworten auswirkte. Daß ein solcher Effekt wirksam ist, könnte daraus entnommen werden, daß z.B. Restkategorien in späteren Befragungen weniger häufig besetzt sind, desgleichen auch die mittleren Positionen auf einer Rechts/Links-Skala zur Einschätzung der eigenen politischen Position. Außerdem gibt es simultane Verschiebungen von Skalenwerten im Befragungszeitraum, die unabhängig von den abhängigen Variablenkomplexen sind, zwar

als Trendeffekte interpretiert werden können, jedoch auf untersuchungsbedingte Lerneffekte hinweisen. Auch sind die Stabilitätswerte zwischen 3. und 4. Welle höher als zwischen den vorangegangenen Befragungen. Wir müssen also einen solchen Effekt in Rechnung stellen, werden ihn jedoch nicht quantifizieren können. Immerhin kann man daraus schließen, daß die Dauerhaftigkeit politischer Einstellungen realiter noch geringer sein mag als die Daten sie wiedergeben.

4.1.4 Vergleichbarkeit von Veränderungen

Über diese für Langzeituntersuchungen typischen Effekte hinaus vervielfältigen sich die Fehlermöglichkeiten, die auch bei Querschnittsbefragungen auftreten können, wie z.B. Einflüsse der Untersuchungssituation oder spezifische Einflüsse von Meßinstrumenten. Bei letzterem ist insbesondere der "ceiling-effect" in Rechnung zu stellen: Indem bestimmte Bandbreiten von Reaktionsmöglichkeiten in Skalen vorgegeben werden, sind Veränderungen nicht erfaßbar, die über diesen Rahmen hinausgegangen wären.

Die Gültigkeit bei der Interpretation der Ergebnisse wird zudem noch durch das "Physikalismus-Subjektivismus-Dilemma" relativiert (Bereiter 1967). Sind "objektiv" d.h. quantitativ gleiche Differenzen von Einstellungen "intersubjektiv" d.h. qualitativ vergleichbar und damit psychologisch bzw. soziologisch überhaupt interpretierbar? Diese Frage taucht u.a. in dem Zusammenhang auf, daß die Veränderungen von Werten stark von den jeweiligen Eingangswerten bestimmt sind: Bei extremen Eingangswerten resultieren durchschnittlich stärkere Veränderungen (zur Mitte hin) als bei mittleren Eingangswerten. Sind dann die großen Verschiebungen in Extrembereichen vergleichbar mit geringfügigeren Verschiebungen in mittleren Wertebereichen? Vor allem diese Restriktionen für die Reliabilität und Validität der Messung von Einstellungen bewirken, daß beobachtete Meßwerte nicht mit hypothetisch postulierbaren "wahren"

Meßwerten identisch sind. Diese Verzerrungen können dann vernachlässigt werden, wenn Veränderungen als Durchschnittswerte von Gruppen erfaßt werden. Dann können wir davon ausgehen, daß sich diese Effekte der zahlreichen Fehlerquellen randomisieren, sich gegenseitig aufheben, so daß zur Beurteilung und Qualifizierung der Veränderungswerte der Signifikanztest (t-Test) genügt. Dies ist auch der wesentliche pragmatische Grund dafür, daß wir in der Analyse in erster Linie auf Gruppenwerte zurückgreifen, um den Effekt von Drittvariablen zu überprüfen. Wegen der zum Teil geringen Fallzahlen ist dieses Vorgehen dennoch manchmal problematisch. Darauf wird jeweils hinzuweisen sein.

4.2 Korrekturverfahren zur Ermittlung "wahrer" Veränderungswerte

Will man Veränderungswerte individuell zuweisen, ist es für eine methodisch saubere Vorgehensweise notwendig, aus den beobachteten meßfehlerbehafteten Werten die "wahren" Merkmalswerte zu schätzen. Für welche Auswertungsverfahren und für welche Veränderungsmaße man sich entscheidet, hängt vom Meßniveau der Meßinstrumente ab. So sind bei Nominalskalen andere Auswertungsstrategien anzuwenden als bei Skalen mit zumindest ordinalem Meßniveau. Da sich bisher noch kein Verfahren durchsetzen konnte und die methodische Diskussion anhält, werden wir aus pragmatischen Gründen soweit als möglich einfache Auswertungsstrategien anwenden, die leichter nachvollziehbar sind.[1)]

[1)] Eine Übersicht über Auswertungsstrategien bei Nominalskalen findet sich bei Harder (1973). Helmreich (1977) sowie Knopf und Petermann (1976) behandeln und kritisieren Verfahren zur Analyse von Skalen auf zumindest ordinalem Meßniveau.

.1 Daten auf nominalem Meßniveau

Unter unseren abhängigen Variablenbereichen ist die Parteipräferenz auf nominalem Meßniveau erhoben. Die Bestimmung von Stabilitäts- bzw. Veränderungsmaßen ist hier vergleichsweise unproblematisch. Als Definition von Stabilität einer Einstellung kann hier die identische Klassifikation in den vorgegebenen Merkmalsausprägungen zu jeweiligen Erfassungszeitpunkten dienen. Auf Aggregatebene lassen sich Stabilitäten und Veränderungen dann als Übergangswahrscheinlichkeiten zwischen Zeitpunkten erfassen. Die Stabilitäts- und Veränderungsquoten enthalten jedoch einen fehlerabhängigen Anteil von "unechten" Fällen. Solange nicht das Untersuchungsziel darin besteht, die "wahren" Quoten zu ermitteln, um z.B. einen Trend exakt zu beschreiben, ist die Behandlung der Fehlerquoten weniger wichtig. Auch bei der "Erklärung" von Stabilitäten und Veränderungen aus Drittbariablen, können wir postulieren, daß sich die Fehler randomisieren, und die tatsächlich bestehenden Zusammenhänge auch in den nichtbereinigten Daten zum Vorschein kommen. Die bisher entwickelten Modelle, wie sie von Wiggins (1973) und Harder (1973) in einer Übersicht vorgestellt werden, sind zwar praktikabel, gehen jedoch von restriktiven Anforderungen an das Datenmaterial aus. Es scheint uns genauso legitim, Fehlerquoten zu vernachlässigen wie mit unrealistischen Prämissen zu arbeiten, um die Fehlerquoten explizit machen zu können.

Die individuelle Zuweisung von Stabilität und Veränderung als Merkmal des einzelnen Befragten ist mit zweifacher Unsicherheit behaftet, die zu einer fehlerhaften Klassifizierung führen kann: Zum einen besteht auch hier unvermittelt das Problem unreliabler Klassifizierung; zum andern ist eine theoretisch begründete Typenbildung unumgänglich, um die Vielzahl von Übergangskombinationen zu systematisieren, die sich als Merkmalsausprägungen der Unstabilität ergeben. Denn die Wahrscheinlichkeit der Unstabilität ist um so größer, je mehr Ausprägungen eine Variable besitzt und je mehr Messungen durch-

geführt werden. Will man z.B. eine Variable "Stabilität der Parteipräferenz" bilden, ergeben sich bei drei Parteien und vier Befragungszeitpunkten nur drei stabile Konstellationen, nämlich wenn man in allen Befragungswellen die gleiche Partei vorzieht, jedoch ergeben sich 51 Übergangskonstellationen. Durch die Kategorisierung dieser Merkmalsausprägung entsteht natürlich ein Informationsverlust und eine weitere Unsicherheit und Unschärfe über die klasseninterne Vergleichbarkeit der Individuen. Wir nehmen diese Unschärfen jedoch in Kauf.

4.2.2 Daten auf ordinalem Meßniveau

Die meisten unserer abhängigen Variablenbereiche liegen in Form von ordinalen Skalen vor.[1] Will man nicht den beobachteten Differenzwert als einfachste Meßgröße der Veränderung zwischen zwei Zeitpunkten benutzen, stehen einige Verfahren zur Auswahl, wie man Meßfehler korrigieren kann. Grundsätzlich ist zwischen der Variabilität und dem Wandel zu unterscheiden. Um Variabilität handelt es sich dann, wenn die Merkmalsfluktuationen ohne Einfluß auf die Veränderung von Mittelwerten der Population bleiben. Gibt es Verschiebungen in den Gruppenmittelwerten, gleichen sich die Fluktuationen mithin nicht aus, handelt es sich um Wandel. Will man sich bei der Analyse auf den Mittelwertvergleich beschränken, sind Korrekturverfahren überflüssig und es genügt der Signifikanztest. Bei der Analyse der Variabilität als individuelle Veränderung spielen die Meßfehler und die entsprechenden Korrekturverfahren hingegen eine wesentliche Rolle, denn es geht darum, dem einzelnen Befragten einen reliablen ("wahren") Veränderungs- bzw. Stabilitätswert zuzuweisen.

---

[1] Qualitativen und quantitativen Daten liegt jeweils ein unterschiedliches Fehlerkonzept zugrunde. Bei quantitativen Daten ist auch der Fehler eine quantitative, meßbare Größe. Bei qualitativen Daten resultiert der Fehler in einer falchen Klassifizierung, ist also prinzipiell, nicht graduell. Quantitative Fehler sind somit nach der Reliabilitätstheorie der Testtheorie zu behandeln. Dem qualitativen Modell liegt demgegenüber ein Einstellungskonzept "latenter Strukturen" zugrunde. Vgl. dazu Lazarsfeld und Henry 1968, Coleman 1964, Wiggins 1973.

Das Problem bei der Reliabilitätsbestimmung von Veränderungsmeßwerten ist darin begründet, daß eine Veränderung kein unmittelbar beobachtbarer Wert ist, sondern eine abgeleitete Größe darstellt, wie z.B. in der Physik die Geschwindigkeit. Insofern ist auch die Reliabilität (Meßgenauigkeit) von Veränderungswerten nur mittelbar über die Reliabilitäten der Bezugsgrößen zu erfassen. Zur Bestimmung der Meßreliabilität kann man auf das Paralleltestverfahren (gleichzeitige Anwendung des Meßinstrumentes bei verschiedenen Stichproben) oder auf das Retestverfahren zurückgreifen (Meßwiederholung) bei gleicher Stichprobe zu verschiedenen Zeitpunkten). Will man nun reliable Veränderungswerte erhalten, braucht man ein Meßinstrument, dessen Paralleltestreliabilität hoch ist, Retestreliabilität jedoch niedrig ist, damit man überhaupt Veränderungen feststellen kann. Hierbei ergibt sich nun das Dilemma, daß die Reliabilität der Veränderungsmeßwerte niedrig ist, wenn die Retestreliabilität der Meßwerte hoch ist. Dann nämlich gehen die Differenzwerte zwischen den Tests auf zufällige Fehler zurück und sind notwendigerweise unreliabel. Deshalb ist die Bestimmung von Reliabilitäten durch Paralleltests vorzuziehen, jedoch wird das Korrelations-Reliabilitäts-Dilemma dadurch nicht berührt, es bleibt ein "kaum zu bewältigendes Dilemma" (Bereiter 1967).

Bei Helmreich (1977) findet sich eine Beschreibung eines Verfahrens von Lord (1956) und McNemar (1958), das die Reliabilität von Meßwertveränderungen bei der Bestimmung individueller Differenzwerte mit einbezieht. Da dieses Verfahren unseres Wissens im sozialwissenschaftlichen Bereich bisher noch nicht angewendet wurde, exaktere Reliabilitätswerte für unsere Daten nicht vorliegen und außerdem nach einem empirischen Test von Helmreich die Veränderungsscores einzelner Verfahren hoch miteinander korrelieren, soll auf eine eingehende Darstellung und Prüfung dieses aufwendigen Verfahrens verzichtet werden. Wir benutzen ein Korrekturverfahren nach Lacey und Lacey (1962), das wie das Verfahren von O'Connor (1972) die Reliabilitätsproblematik nicht berücksichtigt, Meßfehler jedoch mit Bezug auf skalenbedingte statistische Artefakte korrigiert.

Das Verfahren von O'Connor beruht darauf, daß die Veränderung des individuellen Meßwertes danach beurteilt wird, ob und in welche Richtung sie vom durchschnittlichen Wert der Individuen abweichen, die die gleichen Eingangswerte aufweisen. Ein Problem bei diesem Verfahren besteht darin, daß die extremen Kategorien meist nur geringe Fallzahlen aufweisen und somit die Stichprobenfehler entsprechend hoch zu veranschlagen sind. Faßt man extreme Kategorien aus diesem Grunde zusammen, stellt sich sogleich wiederum - wenn auch weniger problematisch - das Problem der Vergleichbarkeit der Eingangswerte. Regressionsstatisch gesehen beinhaltet ein derartiger Veränderungskoeffizient den Unterschied zwischen erwarteten und tatsächlich eingetroffenen Werten.

Im Unterschied zu O'Connor besteht bei Lacey und Lacey der Bezugspunkt zur Bestimmung individueller Veränderungswerte im mittleren Veränderungswert der Personen mit gleichem Endwert. Fahrenberg und Myrtek (1967) geben folgende Ableitung: Bei

standardisierten Eingangs- und Endwerten bestimmt sich die Abweichung als Differenz zwischen beobachtetem (Yz) und erwartetem (RXY* Xz) Endwert. Diese Abweichung ist wiederum standardisiert durch die Division durch den Standardschätzfehler ($1 - (RXY)^2$). Bei einem Mittelwert von 100 und einer Streuung von 10 ergibt sich folgende Berechnung des Veränderungsquotienten:

$$D = 100 + 10 \frac{Yz - RXY \quad Xz}{1 - (RXY)^2}$$

Der Nachteil dieses Quotienten besteht darin, daß das tatsächliche Ausmaß der Veränderung nicht nachvollziehbar ist, sondern eine Differenzierung nur nach Veränderungsstärke erfolgt.

Wir werden jedoch auch Reliabilitätswerte schätzen, um Anhaltspunkte über die Qualität der Daten zu gewinnen. Orientierungspunkte sind für uns die Ergebnisse, wie sie Helmreich (1977:49ff) über korrelative Zusammenhänge zwischen Meßvariablenwerten und Veränderungswerten berichtet. Er gewinnt unter realistischen Prämissen Reliabilitätskoffizienten von .42 und .48. Obwohl die benutzten Variabeln als änderungssensitiv bezeichnet werden können, ergeben sich Koeffizienten, die lediglich eine vorsichtige Interpretation der Meßwertveränderungen zulassen.

Ausgangspunkt unserer Reliabilitätsschätzungen der Veränderungswerte ist die Formel

$$RDD = \frac{RXX - RXY}{1 - RXY}$$ [1)]

wobei: RDD = Reliabilität der Differenzwerte
RXX = Reliabilität der Eingangswerte
RXY = Korrelation zwischen Eingangs- u. Ausgangswerten.

Bei einer Trendanalyse als Analyse von Mittelwertverschiebungen in der Stichprobe zu zwei verschiedenen Zeitpunkten oder auf Subgruppenebene genügt die Prüfung der Signifikanz der Mittelwertunterschiede. Voraussetzung zur Anwendung des t-Tests auf die Veränderungswerte ist deren Normalverteilung. Die Differenzwerte geben "wahre" Veränderungswerte wieder, da - entsprechend dem Axiom der klassischen Testtheorie - sich die

---

1) Diese vereinfachte Formel geht von den vertretbaren Prämissen aus, daß sowohl die Varianzen als auch die Reliabilitäten der Messungen zu den verschiedenen Zeitpunkten gleich sind. Zur Ableitung dieser Formel siehe Helmreich 1973:49.

individuellen Fehler gegenseitig aufheben, auf Aggregatniveau ist die Fehlersumme somit = 0. Die für die Messung individueller Veränderungen wichtigen Gesichtspunkte von Korrelationen und Reliabilitäten spielen hier also keine Rolle. Allerdings wirkt sich die Reliabilität auf Signifikanzwerte aus. Eine hohe Korrelation zwischen Eingangs- und Endwerten bewirkt eine geringe Reliabilität der Veränderungswerte. Die Resultate der t-Statistik steigen jedoch ebenfalls mit wachsenden Korrelationskoeffizienten. Um signifikante Mittelwertsunterschiede zu erreichen, sind also paradoxerweise unreliable Veränderungswerte am ehesten geeignet. Der Signifikanztest berechnet sich aus der Formel:

$$t = \frac{D}{\text{VAR DN}}$$

Helmreich kommt zu dem Schluß, daß die einfache Berechnung von Änderungswerten als Differenzwert dann ausreichend ist, wenn das Interesse nicht darin liegt, einen Einzelfall exakt mit einem anderen Einzelfall zu vergleichen. Dieses Interesse ist in der Regel immer dann nicht gegeben, wenn die individuelle Zuweisung von Veränderungswerten eine Zwischenstufe für weitere Analysen darstellt, z.B. wenn man den Einfluß von Drittvariablen untersuchen will. Hier besteht allerdings ein weiteres zentrales Problem. Drittvariablen, die als "Verursachungsfaktoren" von Veränderungen theoretisch in Frage kommen, korrelieren in der Regel sowohl mit den Eingangswerten wie auch mit den Endwerten, wobei letztere selbst untereinander korreliert sind. Es sollen aber ja nicht Werte, die sich ohnehin aus Eingangswerten ableiten lassen, "erklärt" werden, sondern die Veränderung als solche. Dies heißt, daß eine Korrelation mit Veränderung auf eine Korrelation mit "residualisierten Veränderungen" (Helmreich 1977:69) hinausläuft, somit die Korrelation mit den Eingangswerten herauspartialisiert wird. Dies läßt sich sowohl auf dem Weg partieller Korrelation wie auch dadurch bewerkstelligen, daß man Drittvariablen mit den Veränderungswerten korreliert, da dann ja die Eingangswerte konstant gehalten sind. Durch diese Vorgehensweise wird allerdings das Problem von Meßfehlern nicht gelöst, die gerade bei partiellen Korrelationen starke Verzerrungen hervorrufen können (Lord 1974:441). Lord (1958, 1967), Bereiter (1967) und O'Connor (1972) stellen Möglichkeiten zur Korrektur der

Korrelationskoeffizienten geschätzt werden. Helmreich (1977) resümiert, "daß sich die Einführung der minderungskorrigierten Koeffizienten in der Formel zur Berechnung der partiellen Korrelation im Ergebnis praktisch nicht auswirkt, wenn, ..., von halbwegs reliablen individuellen Veränderungen ausgegangen wird. ... bei den unreliablen Veränderungswerten ... kann es auch kaum zu Fehlinterpretationen kommen, denn hier liegen die Korrelationskoeffizienten um 0 ... . "(1977:77). Auch in unserem Falle scheint die Anwendung einfacher Analyseverfahren, also die Korrelation von Drittvariablen mit Differenzwerten, durchaus vertretbar, da die Schätzungen der Reliabilitätswerte unserer Daten meistenfalls durchaus dem erforderlich Niveau entsprechen.

.2.3 Strukturstabilität

Die Messung struktureller Stabilität wirft gleichfalls große Probleme auf. Wir haben das Problem struktureller Stabilität schon im Zusammenhang mit dem Problem der Validität von Meßinstrumenten angesprochen. Ermittelt man z.B. mit Hilfe der Faktorenanalyse die Struktur einer Fragenbatterie, so läßt sich durch eine Wiederholung dieses Verfahrens in den nachfolgenden Befragungszeitpunkten die Konstruktvalidität der Fragenbatterie untersuchen. So kann man annehmen, daß das Meßinstrument valide ist, wenn in den einzelnen Befragungszeitpunkten jeweils die gleiche Struktur zum Vorschein kommt. Ist letzteres nicht der Fall, ist dann näher zu untersuchen, ob diese Strukturveränderungen theorierelevant beschrieben bzw. erklärt werden können.

Hier besteht das prinzipielle Dilemma, daß Strukturveränderung einerseits als Mangel an Validität des Meßinstrumentes und Unreliabilität von Einzelkomponenten interpretiert werden kann, andererseits als substantielle Veränderung

des Einstellungssystems. Da dieses Problem durch rechnerische Manipulationen nicht gelöst werden kann, bleibt uns der Weg einer theoriegeleiteten Einschätzung der Strukturveränderungen. Wir werden deshalb im Rahmen der Strukturanalyse untersuchen, ob Unreliabilitäten selbst systematisch verursache sind. Wir werden z.B. untersuchen, ob Strukturen bei Manipulation gewisser Randbedingungen deutlicher hervortreten. Wir greifen auf sensitive Drittvariablen zurück, deren Einfluß auf Strukturveränderungen in anderen Bereichen realistischer abgeschätzt werden kann. Vom politischen Interesse oder auch Bildungsniveau könnte man vermuten, daß sie derart sensitive Drittvariablen darstellen. Wir vermuten mit einiger Berechtigung, daß eine Veränderung dann als Strukturveränderung inhaltlich interpretierbar ist, wenn sie in gleicher Weise für die gesamte Stichprobe wir für eine auf diese Weise definierte "Befragtenelite" feststellbar ist.

Bei der Strukturanalyse stellen sich um ein Vielfaches mehr Probleme als bei der Analyse der Veränderung von Inhalten.[1] Wir müssen uns also bei der Analyse von strukturellen Veränderungen auf das Exemplarische beschränken und können Interpretationen nur mit aller Vorsicht vertreten. Andererseits sind Interpretationen inhalticher Veränderungen kaum ohne Re-

---

[1] Struktur bezeichnet hier die Zugeordnetheit einer Anzahl von Elementen, so daß sie ein System bilden. Elemente eines Einstellungssystems, wie wir es weiter oben eingehender diskutiert haben, sind Einstellungen der verschiedensten Abstraktions- und Differenzierungsstufen. So ist eine Parteipräferenz ähnlich ein Element wie das komplexe Einstellungssyndrom des Dogmatismus. Beide Elemente bilden ihrerseits wieder ein strukturiertes System, das in Einzelelemente untergliederbar ist. Die Struktur des Einstellungssystems läßt sich nach einer Reihe von Gesichtspunkten beschreiben: zunächst einmel ist zu fragen, welche Elemente bzw. Inhalte ein System konstituieren. Bei der inhaltlichen Bestimmung wie auch der Abgrenzung des Systems geht es um die Benennung der Elemente. Differenziert man nach Abstraktionsebenen, dann können Elemente auf gleicher Ebene einander zugeordnet sein (Parallelität), in hierarchischer Ebene (Bedingtheit, Abhängigkeit), sowie in beiden Aspekten. Darüber hinaus kann die Zuordnung der Elemente zueinander nach der Richtung (gleich - verschieden), nach der Intensität (stark - schwach) und nach Komplexität (viel - wenig) unterschiedlich sein.

kurs auf strukturelle Aspekte möglich, da die Validität inhaltlicher Veränderungen letztlich auf Struktur rekurriert. Die Komplexität des Materials und der Fragestellung zwingt also zur Selektion und zum Exemplarischen.

.3 Reliabilitätsschätzung und Korrektur der Änderungswerte

Im folgenden werden wir die methodischen Aspekte der Stabilitätsanalyse am Beispiel derjenigen abhängigen Variablenbereiche demonstrieren, die als Skalen auf ordinalem Meßniveau operationalisiert sind. Es handelt sich dabei um folgende Konzepte:

1. Aussagen zur "Political Efficacy" (Politische Kompetenz)[1)]

   A. Manchmal ist die ganze Politik so kompliziert, daß jemand wie ich gar nicht versteht, was vorgeht.
   B. Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluß darauf, was eine Regierung tut.
   C. Außer den Wahlen gibt es keinen anderen Weg, um Einfluß darauf zu nehmen, was eine Regierung tut.
   D. Ich glaube, daß sich die Abgeordneten und Politiker nicht darum kümmern, was der kleine Mann sagt und denkt.
   E. Alles, was wir in der Politik brauchen, sind im Grunde ein paar gute Politiker an der Spitze, auf die Parteien kommt es dabei weniger an.
   F. Was immer wir uns auch einreden mögen, die Macht im Staate geht eigentlich nicht von uns aus, sondern kommt immer von oben.
   G. Es wird immer so sein müssen, daß einige wenige Leute bestimmen, was gemacht wird, was die breite Masse denkt.
   H. Es wählen so viele Leute bei Wahlen, daß es nichts ausmacht, ob ich zur Wahl gehen würde oder nicht.
   I. In der Bundesrepublik können Jugendliche die Politik nicht beeinflussen.

Stilistische Gründe sprechen dafür, die Benennung der Skalenpole zu variieren. Der eine Pol wird synonym mit "politischer Kompetenz", "Selbstbewußtsein", "Integriertheit" benannt, der andere mit "politischer Entfremdung", "politische Skepsis", "Fatalismus". Die Skala wird als E-Skala bezeichnet.

---

1) Die Items wurden einzeln auf Kärtchen vorgelegt. Der Befragte konnte seine Zustimmung jeweils von +3 Zustimmung über 0 (Indifferenz) bis -3 Ablehnung differenzieren.

2. Aussagen zum Verständnis demokratischer Spielregeln (D-Skala)

B. Die Methoden der Politiker kümmern mich wenig, wenn sie sich nur für die richtigen Dinge einsetzen.
C. Man muß selbst schon etwas Besonderes geleistet haben, wenn man andere kritisieren will.
D. Wenn man die Welt zum Nutzen der Menschheit verändern will, spielt es keine Rolle, wenn Menschen dafür leiden müssen.
F. Leute, die von nichts eine Ahnung haben, sollten auch nicht wählen dürfen.
H. Es ist besser, sich sein Recht selber zu verschaffen, als darauf zu vertrauen, daß der Staat einem zu seinem Recht verhilft.
K. Wenn man in der Mehrheit ist, hat man ein Recht dazu, die Wünsche der Minderheit zu vernachlässigen.
L. Man sollte sich nicht groß darüber aufregen, wenn ein Politiker sich einmal etwas zu Schulden kommen läßt: Es gibt ja ohnehin kaum einen Politiker, der eine weiße Weste hat.
N. Man sollte zwar die Gesetze einhalten, aber man kann eigentlich auch nichts dagegen haben, wenn es Leute nicht so ganz genau damit nehmen.

Die Pole der D-Skala werden synonym mit "demokratisches Bewußtsein", "Toleranz" u.ä. bezeichnet, bzw. mit "undemokratisch", "politisch rigoros", "intolerant" u.ä.

3. Aussagen zum Konservatismus, zur politischen Reformbereitschaft

A. Bevor ich mich auf etwas einlasse, möchte ich auch sicher sein, daß es klappt.
E. Es werden heute so viele Neuerungen versucht, man sollte sich lieber danach richten, wie es früher war.
G. Man sollte Achtung vor dem haben, was unsere Vorfahren geschaffen haben, und nicht glauben, daß wir alles besser wissen.
I. Hierzulande können alle in Frieden leben, ohne daß man nur das Geringste zu ändern braucht.
M. Wenn man sich allzusehr darum bemüht, etwas zu ändern, dann kommt am Ende nur noch etwas Schlechteres heraus.

Die K-Skala ist durch folgende Pole bezeichnet: "progressiv", "mobil", "reformbereit" bzw. "konservativ", "traditionalistisch". Es ist zu betonen, daß "konservativ" hier keine inhaltlichen politischen Positionen bezeichnet, sondern auf die Beurteilung von Veränderung als solcher, auf politische Offenheit und politische Mobilität abstellt.

4. Selbsteinschätzung auf einem Rechts/Links-Kontinuum

"Man spricht in der Politik immer wieder von "Rechts" und "Links". Hier ist eine Skala, die von Links über Mitte nach Rechts verläuft. Bitte ordnen Sie sich selbst auf dieser Skala bei dem Skalenwert ein, bei dem Sie meinen, daß sie auf Sie zutrifft. Je weiter Sie auf der Skala nach rechts gehen, desto mehr rechts sind Sie ausgerichtet. Je weiter Sie auf der Skala nach links gehen, desto mehr links sind Sie ausgerichtet. Der Skalenwert Null bedeutet, daß Sie sich weder nach links noch nach rechts einordnen."

Die Items sind aus umfangreicheren Itembatterien ausgewählt und entsprechend dem Verständnis von Jugendlichen in der Formulierung leicht modifiziert worden. Die E-Skala ist ein Konzept, das in den letzten Jahren sehr häufig repliziert worden ist. Es bleibt dahingestellt, und wäre einer wissenssoziologischen Analyse zur Klärung überlassen, inwieweit die zunehmende Beliebtheit der Skala darauf zurückzuführen ist, ob sie eine gelungene Operationalisierung einer begrifflichen Kategorie darstellt, ob das operationalisierte Phänomen in der Realität heutiger westlicher Industriegesellschaften zunehmend häufiger zu beobachten ist, oder ob hier eine forschungsorganisatorische und "kommunikative" Eigendynamik maßgebend ist. Campbell et al. (1954) hatten "efficacy" definiert als "feeling, that individual political action does have or can have an impact upon the political process, - that is, that it is worthwhile to perform ones civic duties". (Campbell et al. 1954:187). Dieses Konzept hat in der nachfolgenden Zeit eine Reihe von Modifikationen erfahren (Renshon 1974), außerdem rückte das Gegenteil der "efficacy", nämlich "political alienation"[1] in den Mittelpunkt des Forschungsinteresses. Die inhaltliche und theoretische Diskussion des Konzeptes wurde in den letzten Jahren intensiviert und führt zur Zeit dahin, das ursprünglich eindimensional konzipierte Konstrukt in verschiedenen Dimensionen der efficacy bzw. alienation zu differenzieren. So unterscheidet Nachmias (1973) vier Arten von politischer Entfremdung, die sich jeweils in ihren Konsequenzen für das politische Verhalten unterscheiden: powerlessness (Machtlosigkeit), distrust (Mißtrauen), meaninglessness (Minderwertigkeit), isolation (Isolation/Außenseitertum). So geht Machtlosigkeit vorzugsweise zusammen mit politischer Apathie, Mißtrauen mit nichtlegitimen Partizipationsformen, Minderwertigkeit mit legitimen Partizipationsformen, Isolation mit sozial unkonventionellem Verhalten. Es scheinen also die Voraussetzungen gegeben, das Konzept der political efficacy auch als Operationalisierung gerade eines Orientierungsmusters zu benutzen, das in sich strukturiert ist und so für Stabilitätsanalyse und Strukturen geeignet.

---

[1] Zur Verwendung des Konzeptes in der Sozialisationsforschung vgl. Easton und Dennis 1967, Hess 1971.

4.3.1 Schätzung der Reliabilitäten

Wir gehen davon aus, daß Veränderungswerte mit einem Reliabilitätskoeffizienten von .40 inhaltlich interpretierbar sind. (Helmreich 1977: 50). Von da aus berechnen wir die erforderlichen Reliabilitätswerte für die Eingangswerte und vergleichen diese erforderlichen Werte mit den geschätzten "tatsächlichen" Reliabilitätskoeffizienten. Zur Reliabilitätsschätzung wenden wir die Split-Half-Methode an.[1] Aus der Formel

$$RDD = \frac{RXX - RXY}{1 - RXY}$$

berechnen wir die Reliabilitätswerte der Eingangswerte RXX = RDD (1 - RXY) + RXY. Für die Items der E-Skala ergeben sich die folgenden erforderlichen Reliabilitätswerte für die Eingangswerte:

Item der E-Skala	t1 - t3		t3 - t4		t1 - t4	
	RXX	r	RXX	r	RXX	r
A	.54	.23	.63	.38	.57	.28
B	.52	.20	.64	.40	.52	.20
C	.57	.29	.66	.43	.56	.27
D	.54	.23	.63	.38	.53	.21
E	.59	.31	.64	.40	.56	.27
F	.54	.24	.57	.28	.53	.22
G	.56	.27	.59	.32	.59	.31
H	.51	.18	.60	.33	.49	.19
I	.50	.17	.60	.33	.48	.13
Gesamtskala	.65	.41	.74	.57	.63	.38

---

[1] Die Skala wird geteilt und die beiden Skalenhälften miteinander korreliert.

Die erforderlichen Reliabilitätswerte liegen zwischen .48 und .66. Die "tatsächliche" Split-Half-Reliabilität für die Gesamtskala liegt mit .60 in etwa auf dem Niveau der erforderlichen Werte. Für die Zeitspanne t3 - t4 sind die erforderlichen Reliabilitäten vergleichsweise höher, d.h. die Wahrscheinlichkeit ist größer, daß Veränderungen meßfehlerbedingt sind, also nicht inhaltlich interpretierbar sind. Dies geht auf das bezeichnete Reliabilitäts-Korrelations-Dilemma zurück, denn die Korrelationen zwischen t3 und t4 sind vergleichsweise sehr hoch. Daß insgesamt gesehen vergleichsweise geringe Koeffizienten für die Eingangsmessung erforderlich sind, um reliable Änderungswerte zu erreichen, liegt an den niedrigen Korrelationen zwischen den Zeitpunkten. Wir müssen dabei allerdings unterstellen, daß diese niedrigen Korrelationen keine Anzeichen für geringe Reliabilität der Eingangswerte im Sinne der Retestreliabilität sind. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf das oben beschriebene Dilemma zwischen Retestreliabilität und Veränderungsreliabilität. (Breiter 1967).

Die einzelnen Items variieren sehr stark hinsichtlich Reliabilitätsniveau. Da die Werte zum Teil unterhalb des erforderlichen Niveaus liegen und die Gesamtskala insgesamt zuverlässiger ist, beschränken wir uns im folgenden auf die Analyse der E-Skala als Gesamtskala.

telle 3.1 Split-half-Reliabilitäten

	t1	t2	t3	t4
fficacy-Skala				
Befr. insgesamt	.60	-	.74	.73
pol. Interesse				
stark	.43	-	.77	.71
schwach	.60	--	.69	.69
Konservatismus-Skala				
Befr. insgesamt	-	.35	-	.34
pol. Interesse				
stark	-	.40	-	.37
schwach	-	.24	-	.23

	t1	t2	t3	t4
Demokratie-Skala				
Befr. insgesamt	-	.44	-	.47
pol. Interesse				
stark	-	.44	-	.45
schwach	-	.38	-	.38

Von Interesse sind allerdings die beiden Items B und D. Ein Blick in die Differenzentabelle (Tab.3.6) zeigt, daß sich für B die höchsten Veränderungswerte ergeben, für D immerhin noch durchschnittliche. Dies könnte so verstanden werden, daß die hohen Korrelationskoeffizienten zwischen t3 und t4 ein Hinweis auf hohe Retestreliabilität sind, während die allgemein hohen Differenzwerte sowie auch die niedrigen Reliabilitätsanforderungen für die Zeitspannen t1 und t3 sowie für t3 und t4 auf eine große Veränderungssensibilität des Items schließen lassen. Ein weiteres Argument hierfür liefern die Zusammenhänge zwischen Veränderungshöhe und Extremität von Eingangswerten. Für die besagten Items besteht der Standardzusammenhang nicht, zumindest nicht so ausgeprägt wie für die meisten anderen Items. Wir können mithin vermuten, daß insbesondere das Item B sehr änderungssensitiv ist und gleichzeitig eine hohe Reliabilität der Veränderungswerte aufweist. Eine weitere Besonderheit ergibt sich für die Items B, C und F. Sie weisen zu allen drei Meßzeitpunkten die höchsten Korrelationskoeffizienten mit der Gesamtskala auf (Tabelle 7.3). Dies deutet darauf hin, daß gerade diese Items wesentlich und zeitlich stabil für die Konstitution der Gesamtskala beitragen. Inhaltlich stellen alle drei Items bezeichnenderweise auf die Machtlosigkeit des Individuums ab. Deshalb scheint uns die Konnotation der Skala mit "politisches Selbstbewußtsein" gerechtfertigt.

Bei der D-Skala und der K-Skala ergeben sich unter gleichen Voraussetzungen die folgenden erforderlichen Reliabilitäten der Eingangswerte:

Item der D-Skala	t2 - t4 RXX	r	Item der K-Skala	t2 - t4 RXX	r
B	.59	.31	A	.54	.24
C	.59	.31	E	.47	.12
D	.54	.23	G	.56	.27
F	.47	.12	I	.54	.24
H	.49	.15	M	.51	.19
K	.54	.23			
L	.50	.17			
N	.53	.21			
Gesamtskala	.60	.34	Gesamtskala	.63	.38

Die Split-Half-Reliabilitäten der Skalen liegen unterhalb des erforderlichen Niveaus, sind ihrerseits jedoch wegen der geringen Itemzahl sehr problematisch. Akzeptiert man dieses Niveau und faßt die niedrigen Korrelationskoeffizienten zwischen den Zeitpunkten nicht als geringe Retestreliabilität des Meßinstrumentes auf, bleibt zumindest die Feststellung, daß es sich bei den Einzelaussagen und den Gesamtskalen keinesfalls um mittelfristig-stabile Einstellungen handelt, sondern um sehr "änderungssensitive" Aussagen.

Die höchste Änderungsreliabilität ergibt sich für die Aussagen F, H und L sowie für E und M. Diese Aussagen weisen auch jeweils vergleichsweise hohe durchschnittliche Veränderungswerte auf. Wir können mithin schließen, daß es sich hierbei um änderungssensitive Aussagen handelt. Hohe Korrelationen und hohe Veränderungswerte weisen gleichfalls auf Veränderungssensitivität hin, dies gilt für die Aussagen B, C und G. Niedrige Korrelationen zusammen mit niedrigen Veränderungswerten lassen hohe Meßfehleranteile und unreliable Aussagen vermuten. Dies trifft auf die Items A, D und K zu. Die Items der D-Skala unterscheiden sich nicht wesentlich hinsichtlich ihrer Korrelation mit der Gesamtskala, und zwar zu beiden Befragungszeitpunkten. Das Item B korreliert zu beiden Zeitpunkten am höchsten (.58; .66), das Item F am niedrigsten (.42; .47). Für die K-Skala zeigen sich gleichfalls nur geringe Differenzen. Item A korreliert zu beiden Zeitpunkten am niedrigsten (.44; .54).

Die E-Skala und auch deren Einzelaussagen sind inhaltlich eher interpretierbar als diejenigen der D-Skala und K-Skala. Dort ist auch die Validität problematisch, da die geringen Zwischenzeitkorrelationen wie auch die hohen Differenzwerte der vermuteten langfristigen Stabilität dieses Einstellungsbereichs widersprechen. Zumindest ist hier die Verwendung der Einzelaussagen für die weitere Analyse wenig sinnvoll.[1)]

[1)] Von daher sind natürlich Aussagen äußerst fragwürdig, die auf der Analyse von Einzelitem beruhen, wie etwa bei Searing et al. 1973, 1976. Bei solchen Querschnittsanalysen finden sich meist sehr geringe Korrelationskoeffizienten. Die Instabilität solcher Items in der Zeitdimension weist darauf hin, daß dies zunächst wahrscheinlich auf mangelnde Reliabilität der Meßinstrumente zurückzuführen ist, nicht auf mangelnde Relevanz der Erklärungsvariablen.

Die Reliabilitäten der Änderungswerte auf dem Rechts-Links-Kontinuum ergeben sich wie folgt:

	t1 - t2		t2 - t3		t3 - t4		t1 - t3		t2 - t4		t1 - t4	
	RXX	r	RXX	r	RXX	r	RXX	r	RXX	r	RXX	r
Befr. insgesamt	.67	.45	.71	.51	.74	.56	.60	.43	.68	.47	.66	.43
(mit starkem pol. Interesse)		(.57)		(.65)		(.67)		(.44)		(.56)		(.51)

Hier müssen wir schon hohe Zuverlässigkeit der Eingangsmessungen annehmen, um den Veränderungen inhaltliche Qualität zuzuschreiben. Dies gilt insbesondere für die Wiederholungen in späteren Zeitpunkten. Wir können für die Rechts-Links-Skala unterstellen, daß sie auch für den längeren Zeitraum von t1 nach t4 eine vergleichsweise stabile Wiedergabe politischer Standpunkte repräsentiert, bzw. sich kein Trend abzeichnet.

4.3.2 Reliabilitätswerte nach politischem Interesse

Wir hatten mehrfach postuliert, daß das politische Interesse eine wichtige Rolle für die Differenziertheit politischer Einstellungen spielt.[1] Handlungstheoretische Begründungen reichen von Motivationstheorien (ego-involvement) bis hin zu Vorstellungen von Handeln als Interessenhandeln (Handlungsstrategien auf der Basis von Zweck-Mitten-Kalkülen). Von daher können wir unmittelbare Auswirkungen auch auf die Abrufbarkeit entsprechender latenter Dispositionen auf verbaler Ebene postulieren, wie sie eine Befragung voraussetzt. Dies legt die Hypothese nahe, daß diejenigen Meßfehler systematisch mit dem politischen Interesse variieren, die auf semantischen Unschärfen von Fragen und verbalen Stimuli wie auch auf der Erfassung von "non-attitudes" beruhen. Es wäre also zu erwarten, daß die

---

[1] Vgl. hierzu besonders Converse 1964.

Reliabilität der Veränderungen bei Befragten mit hohem politischem Reflexionsniveau höher angesetzt werden können als bei anderen Jugendlichen.

Dies trifft jedoch nicht zu. Politisches Interesse differenziert nicht eindeutig die Zwischenzeitkorrelationen und die Reliabilitätswerte. In der politisch stark interessierten Befragtengruppe sind z.B. die Zwischenzeitkorrelationen der E-Skala in der kurzen Zeitspanne t3-t4 gleich hoch wie für die Gesamtstichprobe, für die beiden übrigen Zeitpunkte liegen sie um einiges niedriger. Dies könnte im Sinne unserer These interpretiert werden, daß die hohen Korrelationen zwischen t3-t4 als Stabilität im Sinne von Retestreliabilität betrachtet werden könnte, die niedrigen Korrelationen in größeren Zeitabständen als Änderungssensibilität.

Das Item H bestätigt seine hohe Änderungssensitivität, jedoch scheint die Reliabilität sehr niedrig zu sein. Im Gegensatz dazu läßt das Item B eine große Änderungssensitivität und gleichfalls hohe Veränderungswertreliabilität vermuten. Ähnliches gilt - in abgeschwächtem Maße - für A, C und D. Für Item E kann man eine hohe Reliabilität und geringe Änderungssensitivität vermuten. Die übrigen Aussagen sind einer solchen Gruppierung nicht klar zuzuordnen.

Da wir für die Demokratie- und die Konservatismusskala nur zwei Datenpunkte haben (t2 und t4), sind die Reliabilitäten der Skala wie auch der Einzelitems nicht so differenziert abschätzbar. Es scheint bemerkenswert, daß die Zwischenzeitkorrelationen in der politisch interessierten Befragtengruppe meistenteils niedriger sind als für die Gesamtstichprobe. Nur für die Items A, K und N korrespondiert hohes politisches Interesse mit vergleichsweise hohen Zwischenzeitkorrelationen. Die niedrigen Korrelationen deuten somit auf hohe Änderungssensitivität hin, allerdings besteht einiger Anlaß, hier gleichfalls geringe Retestreliabilität zu vermuten. Die Korrelationen sind insgesamt so niedrig, daß man für die meisten Aussagen nahezu Unabhängigkeit der Messungen zu beiden Zeitpunkten voneinander postulieren kann. Relative Stabilität für beide Befragtengruppierungen zeigen allenfalls die Items A und C.

Tabelle 3.2 Reliabilitäten der Efficacy-Skala für die Befragtengruppe mit hohem politischem Interesse*)

Item	t1 - t3 R	t1 - t3 r	t3 - t4 R	t3 - t4 r	t1 - t 4 R	t1 - t 4 r
A	.49	.15	.64	.40	.51	.18
B	.49	.14	.68	.44	.36	-.06
C	.57	.29	.63	.39	.47	.12
D	.56	.26	.66	.43	.57	.29
E	.64	.40	.64	.40	.56	.26
F	.54	.24	.59	.31	.50	.17
G	.57	.28	.59	.32	.58	.30
H	.48	.13	.52	.20	.41	.03
I	.49	.14	.60	.34	.40	-.00
Gesamtskala	.61	.35	.74	.56	.54	.24
(Befragte mit geringem politischem Interssse)	(.53)	(.21)	(.68)	(.47)	(.59)	(.32)

Reliabilitäten der Demokratie-Konservatismus-Skala für die Befragtengruppen mit hohem politischen Interesse*)

Aussage zur Demokratie (t2-t4)	R	r	Aussage zum Konservatismus (t2-t4)	R	r
B	.51	.19	A	.57	.29
C	.59	.32	E	.44	.07
D	.53	.21	G	.48	.13
F	.45	.08	I	.51	.18
H	.49	.15	M	.49	.15
K	.57	.29			
L	.51	.19			
N	.58	.30			
Gesamtskala	.60	.34	Gesamtskala	.63	.38

*) Die Werte geben die erforderlichen Reliabilitäten der Eingangswerte an, wenn man die Veränderungswerte bei einer Reliabilität von .40 interpretieren will.

Tabelle 3.3 Korrelation der Einzelitems mit den Gesamtskalen

	Befragte insgesamt			Befragte mit hohem politischem Interesse		
	t1	t3	t4	t1	t3	t4
E-Skala						
A	.47	.52	.53	.35	.46	.58
B	.62	.73	.74	.58	.57	.70
C	.62	.70	.70	.69	.73	.64
D	.54	.63	.62	.46	.68	.55
E	.56	.63	.64	.52	.64	.59
F	.60	.67	.69	.53	.61	.63
G	.59	.63	.62	.61	.62	.62
H	.53	.58	.59	.46	.48	.47
I	.59	.64	.59	.58	.64	.61
D-Skala	t2	t4		t2	t4	
B	.58	.66		.59	.70	
C	.47	.48		.47	.45	
D	.48	.53		.51	.47	
F	.42	.47		.54	.61	
H	.47	.58		.43	.56	
K	.51	.47		.48	.46	
L	.53	.56		.61	.44	
N	.54	.56		.56	.54	
K-Skala	t2	t4		t2	t4	
A	.44	.54		.48	.54	
E	.61	.64		.68	.63	
G	.58	.55		.56	.51	
I	.66	.63		.67	.65	
M	.64	.65		.65	.63	

4.3.3 Vergleiche zwischen Veränderungsmaßen

Wir vergleichen im folgenden einfache Differenzwerte exemplarisch mit den korrigierten Differenzwerten nach Lacey und Lacey. Dieses Korrekturverfahren berücksichtigt allerdings nicht die Reliabilitätsproblematik, sondern korrigiert ein statistisches Artefakt, nämlich die Abhängigkeit der Veränderung von Eingangs- bzw. Endwerten. Die Reliabilitätsproblematik können wir ja dann vernachlässigen, wenn die Einführung von "erklärenden" Drittvariablen als Schichtung der Stichprobe verstanden ist (Harder 1973: 67), da sich dann Meßfehler randomisieren. Die Tabellen 3.4 und 3.5 zeigen, daß artefaktische Zusammenhänge zwischen Meßwerten und Veränderungswerten offensichtlich in Rechnung gestellt werden müssen. Die Verteilung der durchschnittlichen Veränderungswerte über der Bewertungsskala ist bei der E-Skala in der Regel eine "U"-Verteilung. Dem entspricht eine Verteilung der Eingangs- bzw. Endwerte als Normalverteilung bzw. als eine rechts schiefe Verteilung. Je extremer die Endwerte im positiven oder negativen Bewertungsbereich, desto höher sind also die durchschnittlichen Veränderungswerte.

Dieser Zusammenhang zwischen Extremwerten und hohen Veränderungswerten (der als statistisches Artefakt auch bei exakten physikalischen Messungen auftritt) gilt für die Skalenitems G und insbesondere H und I nur mit einer Modifizierung: Eine rechts schiefe Eingangswertverteilung korrespondiert mit einer links schiefen Veränderungswertverteilung. Bei Aussagen, die extrem konsensual in einer Bewertungsrichtung sind, wirkt sich die artefaktische Vergrößerung der Veränderungswerte nur hinsichtlich des nicht majorisierten Bewertungsbereichs aus. Offensichtlich sind hier die verbalen Stimuli so eindeutig in Inhalt und Bewertung, daß die Meßfehler im majorisierten Bewertungsbereich gering bleiben. Zudem wirkt hier wahrscheinlich der "ceiling-effect" nivellierend auf die Veränderungswahrscheinlichkeit.

Tabelle 3.4 Zusammenhang zwischen Verteilung der Eingangswerte und Verteilung der Veränderungswerte der E-Skala (interner Skalentest)

		typisierte Verteilung der Eingangswerte					Veränderungswerte (in Relation zu tn - 1)				
		∩	∪	/	\	M	∪	∩	\	/	M
A	1-3				X		XX				
	3-4	XX*)					X				
	1-4	XX					XXX				
B	1-3	XXX							XX		
	3-4			XX			XX				
	1-4		XXX				XXX				
C	1-3		XX				XXX				
	3-4			XX			X				
	1-4		XX				XXX				
D	1-3	XX					XX				
	3-4			XX			X				
	1-4			X			XXX				
E	1-3		XX						XX		
	3-4			XX							XX
	1-4		XX						XX		
F	1-3					XX			XX		
	3-4			XX		X	XX				
	1-4						XX				
G	1-3			XX			XX				
	3-4			XX			X				
	1-4			X					XXX		
H	1-3			XX					XX		
	3-4			XX					XX		
	1-4			XXX					XXX		
I	1-3			XX					XX		
	3-4			XX					XX		
	1-4			XXX					XXX		

*) Deutlichkeit der Verteilung

X keine großen Differenzen zwischen Mittelwerten
XX kommt dem Verlauf der idealtypischen Verteilung nahe
XXX kommt dem Verlauf sehr nahe

Tabelle 3.5 Zusammenhang zwischen Verteilung der Eingangswerte und Verteilung der Veränderungswerte der D-Skala und der K-Skala

	typisierte Verteilung der Eingangswerte					Veränderungswerte (in Relation zu tn - 1)				
Aussagen zur Demokratie	∩	∪	⁄	⧵	∩∩	∪	∩	⧵	⁄	∩∩
B			XX*)					X		
C					X					X
D			XXX					XXX		
F					X	XX				
H					XX			XX		
K			XXX					XXX		
L			X							XX
N			XX					XX		
Aussagen zum Konservatismus										
A				XXX					XXX	
E			XXX					XXX		
G	XX					X				
I			XX					XXX		
M			XX					XXX		

*) Deutlichkeit der Verteilung

X keine großen Differenzen zwischen Mittelwerten
XX kommt dem Verlauf der idealtypischen Verteilung nahe
XXX kommt dem Verlauf sehr nahe

Letzteres trifft in stärkerem Maße auf die Aussagen zur Demokratie und zum Konservatismus zu. Hier haben wir es in der Regel mit konsensualen (rechts schiefen) Meßwertverteilungen zu tun, die dann sehr deutlich mit links schiefen Mittelwertverteilungen korrespondieren. Die Aussagen A, C und G weisen andere Meßwertverteilungsmuster auf und - in Bestätigung der prinzipiellen Zusammenhänge - auch die entsprechend anders korrespondierenden Veränderungswertverteilungen. A besitzt eine links schiefe Meßwertverteilung, aber eine rechts schiefe Veränderungswertverteilung. Bei G finden wir eine Normalverteilung bei den Meßwerten, eine "U"-Verteilung bei den Veränderungswerten. Keine eindeutigen Beziehungen zwischen der Meßwertverteilung und den Veränderungswertverteilungen bestehen bei den Aussagen F und H, die bei den Meßwerten mehrgipflig sind.

Wir können drei Standardbeziehungen resümieren: (1) Eine "U"-Verteilung der Veränderungswerte bei der Normalverteilung der Eingangswerte und bei (2) schiefen Verteilungen als Resultat von extremwert-abhängigen statistischen Artefakten. (3) Jeweils gegensätzlich schiefe Verteilungen von Meßwerten und Veränderungswerten. Hier wirkt sich der "ceiling-effect" bei konsensualen Aussagen so aus, daß statistische Artefakte nur für den nicht majorisierten Extremwertbereich wirksam werden.

Diese Ergebnisse lassen es angebracht erscheinen, die Beziehungen zwischen einfachen und korrigierten Differenzwerten näher zu untersuchen, und zu diskutieren, ob die einfachen Differenzwerte nicht besser durch korrigierte Differenzwerte zu ersetzen seien. Wir können immerhin festhalten, daß eine einfache Korrektur in Abhängigkeit von Eingangswerten nicht adäquat ist, da die Verteilung dann nicht berücksichtigt ist. Dies ist im Verfahren von Lacey und Lacey berücksichtigt, da dort die Werte standardisiert werden.

Schaubild 3.1 zeigt einen Vergleich der korrigierten und unkorrigierten Differenzwerte. Der Vergleich kann aus mehreren Perspektiven vorgenommen werden. Zunächst kann man fragen, ob die Unterschiede zwischen den Items nach der Korrektur erhalben bleiben. Dies ist für die Zeitspanne von t1 nach

t3 der Fall. Auch nach der Korrektur bleiben die Items B und I die besonders änderungssensitiven Aussagen, das Item H weist die geringste mittlere Veränderung auf. Die Unterschiede zwischen den übrigen Aussagen werden durch die Korrektur etwas nivelliert. Jedoch sind insgesamt die Korrekturen ohne größeren Effekt, im Gegensatz zum Zeitvergleich von t3 nach t4. Durch die Korrektur werden die Unterschiede zwischen den Items hervorgehoben. Dadurch wird unterstrichen, daß für t3-t4 die Aussagen F und G die höchsten und die Aussagen C und I die geringsten Veränderungen aufweisen. Es sei hier darauf verwiesen, daß zur Erklärung auch variierende Retestreliabilität herangezogen werden könnte. Immerhin ist ersichtlich, daß - zumindest für den kürzeren Zeitabschnitt - durch die Korrektur der Differenzwerte Unterschiede in der Änderungssensibilität der Items stärker hervorgehoben werden.

Ein weiterer Vergleichsaspekt besteht darin, ob sich Drittvariablen, hier das politische Interesse, in ähnlicher Weise auf korrigierte und unkorrigierte Werte auswirkt. Mit Ausnahme der Aussage A kann man für die unkorrigierten Werte sagen, daß die Veränderung in der politisch stark interessierten Population bei allen Aussagen und zu beiden Zeitspannen unterdurchschnittlich sind. Dies trifft im Prinzip auch auf die korrigierten Werte zu, jedoch ist die Konstellation hier differenzierter und der Einfluß des politischen Interesses geringer. Abgesehen von Item A korrespondiert politisches Interesse zu beiden Zeitpunkten auch beim Item F mit vergleichsweise überdurchschnittlichen Differenzwerten, für die Zeitspanne t3 t4 gilt das zudem für Item C. Für die Items B, C, E und G bestehen jeweils nur geringe Differenzierungen nach politischem Interesse.

Die Korrektureffekte wie auch die differenzierdende Wirkung des politischen Interesses sind zwar also itemspezifisch und zeitspezifisch, jedoch gilt im Prinzip die Regel, daß Veränderungswerte bei geringem politischem Interesse stärker durch Meßfehler und Artefakte verzerrt, und zwar zu hoch angegeben sind. Dieser technische Befund hat auch einen inhaltlichen Hintergrund. Meßfehler bei politisch Desinteressierten basieren wahrscheinlich darauf, daß keine konkreten und differenzierten Vorstellungen über den betreffenden Variablenbereich vorhanden sind; Stabilität und Veränderung in diesem Sinne ist dann ein Indikator dafür, wie reflektiert politische Standpunkte überhaupt vorhanden sind.

Schaubild 3.1

Korrigierte und unkorrigierte Differenzwerte der Efficacy-Items nach politischem Interesse

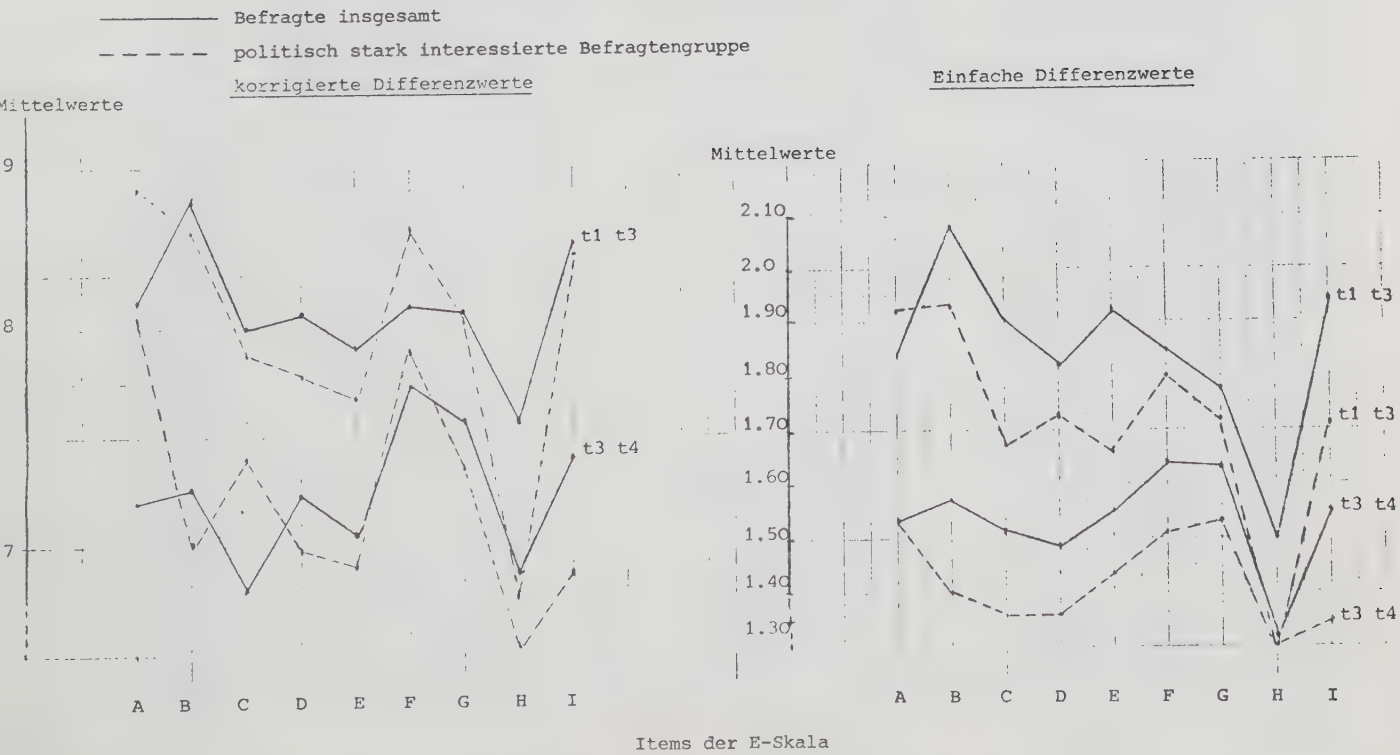


Tabelle 3.6 (zu Schaubild 3.1) Mittelwertvergleich zwischen einfachen und korrigierten Veränderungsmaßnahmen der Efficacy-Skala

Items	Befragte insgesamt				politisches Interesse							
					stark				schwach			
	D		D La		D		D La		D		D La	
	t1 - t3	t3 - t4	t1 - t3	t3 - t4	t1 - t3	t3 - t4	t1 - t3	t3 - t4	t1 - t3	t3 - t4	t1 - t3	t3 - t4
A	1.82	1.54	8.11	7.20	1.92	1.53	8.65	8.02	1.75	1.44	8.06	6.80
B	2.10	1.59	8.60	7.26	1.93	1.40	8.44	7.00	2.23	1.67	8.75	7.81
C	1.91	1.48	8.00	6.79	1.67	1.51	7.88	7.40	2.12	1.57	8.07	6.98
D	1.83	1.49	8.06	7.22	1.73	1.31	7.76	6.98	2.05	1.60	8.72	7.65
E	1.82	1.54	7.91	7.05	1.66	1.43	7.68	6.90	1.88	1.56	8.13	7.25
F	1.89	1.63	8.10	7.72	1.80	1.51	8.47	7.91	2.02	1.68	8.35	7.61
G	1.86	1.62	8.07	7.58	1.72	1.53	8.02	7.36	2.16	1.66	8.72	7.70
H	1.49	1.24	7.58	6.88	1.13	.99	6.60	6.21	2.00	1.51	8.81	8.13
I	1.93	1.54	8.40	7.41	1.71	1.30	8.34	6.86	2.17	1.70	8.46	8.21

Daß Korrekturen itemspezifisch und zeitspezifisch sind, wird durch die Korrelationen zwischen korrigierten und unkorrigierten Differenzen deutlich (Tabelle 3.7). Die Korrelationen sind für die Zeitspanne t3 t4 alle höher als für t1 t3, d.h., daß die Korrekturen für t3 t4 weniger schwerwiegend sind und man für die Einzelitems gegebenenfalls auf eine Korrektur verzichten könnte. Für die Zeitspanne t1 t3 liegen die Koeffizienten zwischen .50 (B) und .66 (E), sind also so niedrig, daß man kaum von einer wechselseitigen Austauschbarkeit ausgehen kann. Besonders gravierend sind offenbar die Korrektureffekte bei den Items A, B und I. Wir kommen somit bezüglich der Einzelitems für die längere Zeitspanne zu einem anderen Ergebnis als Helmreich, der aus seinen Ergebnissen eine Austauschbarkeit der Differenzmaße begründet und von Korrelationen um .90 berichtet. Für die Gesamtskala bestätigen sich allerdings die Schlußfolgerungen Helmreichs: Für t3 t4 ergibt sich eine Korrelation zwischen korrigierten und unkorrigierten Veränderungswerten von .90, für die Zeitspanne von t1 t3 von .82, in beiden Fällen sind die Veränderungsmaße also austauschbar. Es bleibt für die E-Skala zu konstatieren, daß das Korrekturverfahren gegenüber Drittvariablen, Fristigkeit und inhaltlichem Bereich sensibel ist.

Tabelle 3.7 Korrelationen zwischen einfachen und korrigierten Differenzwerten der Efficacy-Skala

	Befragte insgesamt		politisches Interesse			
			stark		schwach	
Item	t1 - t3	t3 - t4	t1 - t3	t3 - t4	t1 - t3	t3 - t4
A	.53	.69	.40	.61	.56	.71
B	.50	.71	.40	.63	.53	.71
C	.62	.73	.54	.78	.66	.64
D	.57	.67	.45	.67	.61	.63
E	.66	.72	.62	.76	.66	.71
F	.59	.61	.49	.63	.65	.60
G	.60	.65	.53	.71	.64	.61
H	.64	.73	.66	.80	.53	.68
I	.53	.63	.46	.65	.44	.58
Gesamtskala	.82	.90	.83	.91	.87	.93

Wie aus Schaubild 3.2 hervorgeht, variieren die Einzelaussagen der Demokratieskala wie auch der Konservatismusskala sehr stark hinsichtlich ihrer mittleren Veränderungswerte.

Übereinstimmend bei korrigierten wie bei unkorrigierten Differenzen weisen die Items F, H und L bei der Demokratieskala die höchsten Differenzwerte auf, in der Konservatismusskala ist es das Item G. Die niedrigsten Veränderungssensibilitäten finden sich bei den Items D und K bzw. bei A und I. Differenziert man nach politischem Interesse, so scheint der Korrektureffekt bei Item G der Konservatismusskala merkenswert: Während bei den unkorrigierten Differenzwerten die politisch stark interessierte Befragtengruppe in der Regel unterdurchschnittlich veränderungssensitiv ist, gilt dies bei den korrigierten Differenzwerten für das Item G nicht. Die Korrektureffekte sind für das Item G spezifisch, ansonsten jedoch eher vernachlässigbar. Dies gilt zumal für die Demokratieskala, wo die Korrektureffekte auch durch die Differenzierung nach politischem Interesse nicht tangiert werden. Die Korrektureffekte bestehen im wesentlichen darin, daß die Schwankungsbreite der mittleren Differenzwerte verringert wird, an der Rangfolge der Änderungssensitivität einzelner Items ändert sich nichts Maßgebendes.

Die Korrelationen zwischen korrigierten und unkorrigierten Differenzwerten zeigen ein ähnliches Bild wie bei der Efficacy-Skala: Für die Gesamtskalen liegen die Werte hier bei .80 bzw. .81, die Werte sind also austauschbar. Für die Einzelitems liegen die Koeffizienten wesentlich niedriger, so daß hier nicht auszuschließen ist, daß man bei Verwendung der unterschiedlichen Veränderungsmaße auch zu unterschiedlichen inhaltlichen Ergebnissen kommt. Die geringste Korrekturempfindlichkeit zeigen die Items B, C, D sowie K in der Demokratieskala, G und I in der Konservatismusskala. Differenziert man nach politischem Interesse, sind die Unterschiede nicht durchgängig, sondern jeweils itemspezifisch. Für die Gesamtskala gilt wiederum, daß die Korrektureffekte für politisch wenig interessierte Befragte größer sind als für Befragte mit durchgehend hohem politischem Interesse. Dies entspricht dem Befund für die E-Skala.

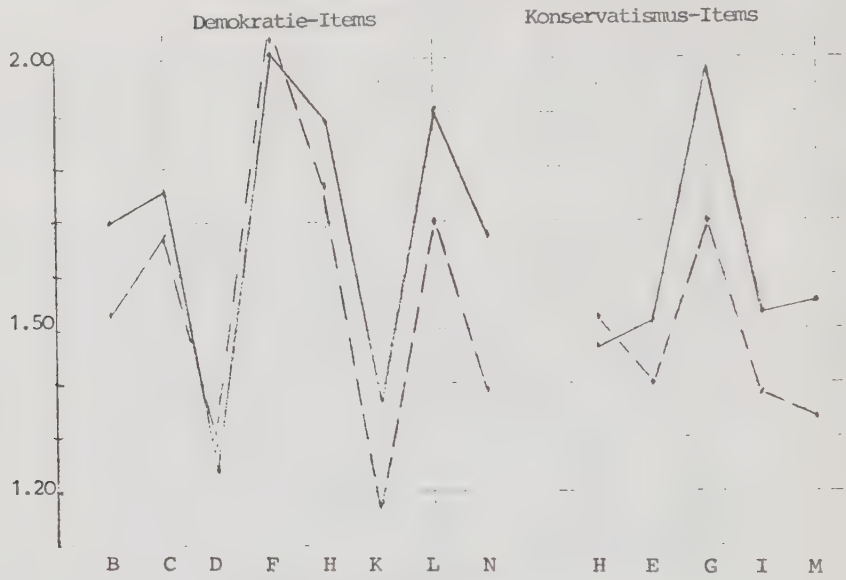
Auch für die Rechts-Links-Skala ist prinzipiell der Zusammenhang zwischen Extremität der Meßwerte und Höhe der darauffolgenden Veränderungen erkennbar. Dieser Effekt wird durch die Korrektur der Differenzwerte nivelliert, jedoch zeigen die Korrelationskoeffizienten zwischen korrigierten und unkorrigierten Differenzwerten, die zwischen .78 und .83 liegen, daß beide Maße weitgehend austauschbar sind. Differenziert man

Schaubild 3.2

Unkorrigierte Differenzwerte

——— Befragte insgesamt

- - - politisch stark interessierte Befragtengruppe



Korrigierte Differenzwerte

——— Befragte insgesamt

- - - politisch stark interessierte Befragtengruppe

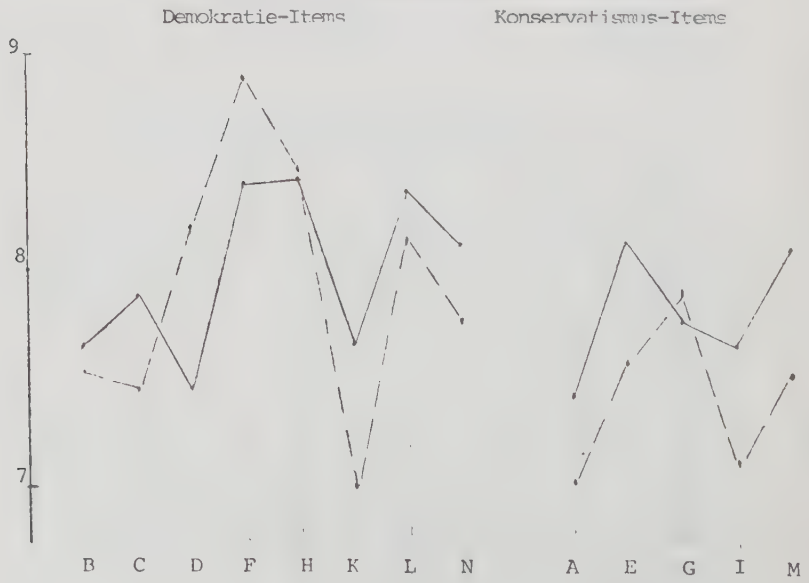


Tabelle 3.8 (zu Schaubild 3.2)

Korrigierte Differenzwerte nach politischem Interesse

	Befr.	politisches Interesse		
	insgesamt	stark	mäßig	schwach
Items der Demokratie-Skala				
B	7.66	7.51	7.68	7.76
C	7.77	7.45	7.95	7.87
D	7.43	8.20	6.72	7.45
F	8.39	8.87	8.00	8.36
H	8.41	8.43	7.43	9.31
K	7.66	7.00	7.74	8.13
C	8.35	8.12	8.18	8.68
N	8.10	7.76	7.99	8.48
Items der Konservatismus-Skala				
A	7.40	7.00	7.71	7.44
E	8.09	7.54	7.97	8.65
G	7.73	7.88	7.22	8.07
I	7.62	7.09	8.07	7.63
M	8.05	7.49	8.19	8.39

wiederum nach politischem Interesse, ergibt sich als Besonderheit, daß die Korrektureffekte in der politisch uninteressierten Befragtengruppe für längerfristige Zeitspannen größer sind als in der stark interessierten Befragtengruppe. Für die kurzen Zeitspannen ist es aber genau umgekehrt.

Dies mag darauf zurückzuführen sein, daß politisch wenig interessierte Befragte sich vergleichsweise häufig in der Mitte der Rechts-Links-Skala einordnen, während politisch stark interessierte Befragte wesentlich mehr extremere Positionen besetzen. Damit erhöht sich für diese Befragtengruppe in kurzfristigen Zeitspannen die Wahrscheinlichkeit, daß extremwertabhängige Veränderungen auftreten, wie sie durch das benutzte Korrekturverfahren ausgeschaltet werden sollen. Prinzipiell sind die Fluktuationen ab der Position "rechts 3" sehr groß. Auf der Gegenseite fällt die Befragtengruppe auf der Position "links 5" aus dem Rahmen. Die Stabilität wächst mit der Befragungshäufigkeit. Da der im Prinzip vorhandene Skalenbias jedoch auch als empirisches Faktum interpretiert werden kann, sind unter Vorbehalt dieser Differenzierungen die Differenzmaße austauschbar.

Tabelle 3.9 Korrelationen zwischen korrigierten und unkorrigierten Differenzwerten

Items der Demokratie-Skala	Befragte insgesamt	pol. Interesse stark	pol. Interesse schwach
B	.61	.65	.55
C	.63	.61	.65
D	.61	.70	.57
F	.46	.53	.45
H	.51	.51	.59
K	.67	.63	.69
L	.47	.43	.45
N	.55	.40	.59
Gesamtskala	.80	.84	.82
Items der Konservatismus-Skala			
A	.47	.37	.58
E	.57	.55	.53
G	.58	.67	.57
I	.60	.59	.59
M	.55	.52	.54
Gesamtskala	.81	.86	.80

Tabelle 3.10 Korrelationen zwischen korrigierten und unkorrigierten Differenzwerten der Rechts-Links-Skala nach politischem Interesse

	Befragte insgesamt						politisches Interesse: stark						politisches Interesse: schwach					
	t12	t23	t34	t13	t14	t24	t12	t23	t34	t13	t14	t24	t12	t23	t34	t13	t14	t24
t12	.78	.21	.11	.48	.48	.22	.73	.22	.22	.59	.45	.28	.78	.28	.07	.32	.35	.17
t23	.38	.82	.21	.26	.13	.47	.23	.78	.20	.35	.29	.48	.46	.84	.22	.28	.09	.42
t34	.15	.29	.83	.35	.19	.29	.32	.09	.79	.28	.13	.50	.09	.42	.85	.50	.23	.19
t13	.47	.21	.19	.77	.53	.14	.44	.33	.22	.82	.56	.30	.37	.31	.22	.73	.38	.03
t14	.45	.14	.18	.52	.80	.25	.39	.34	.14	.64	.79	.30	.40	.13	.22	.37	.73	.26
t24	.36	.42	.28	.16	.24	.82	.33	.42	.44	.38	.27	.82	.46	.41	.23	.08	.32	.82

Tabelle 3.11

Veränderungen in der Selbsteinschätzung auf der Rechts-Links-Skala
(Mittelwerte der einfachen Differenzwerte)

		t1 - t2 *)	t2 - t3	t3 - t4	t1 - t3	t1 - t4	t2 - t4
Positionen auf der Rechts-Links-Skala (in tn - 1)							
Links	5	2.58*)	2.67	4.00	3.92	3.84	4.33
	4	1.44	1.72	1.19	1.75	1.96	1.68
	3	1.32	1.47	1.15	1.16	1.37	1.60
	2	1.25	1.29	1.14	1.57	1.39	1.39
	1	1.15	.99	1.08	1.31	1.38	1.07
Mitte	0	.96	.89	.81	1.10	.95	.83
	1	1.39	1.27	1.43	1.45	1.31	1.34
	2	1.60	1.53	1.48	1.63	1.75	1.73
	3	2.95	2.05	1.69	2.83	2.50	2.11
	4	3.08	2.50	1.67	3.54	3.15	2.33
Rechts	5	3.00	2.29	3.50	4.14	2.57	3.00
insgesamt		1.40	1.30	1.21	1.54	1.46	1.39
polit. Interesse							
stark		1.40	1.24	1.06	1.59	1.50	1.43
schwach		1.10	1.30	1.28	1.38	1.31	1.30
r =		.45	.52	.56	.43	.43	.47
polit. Interesse							
stark		.57	.65	.67	.44	.51	.56
schwach		.42	.38	.41	.35	.35	.33

*) jeweilige Wellenpopulation. -Werte beziehen sich auf Tabellen der Rechts-Links-Skala von tn/tn + 1.

Tabelle 3.11a

Korrelationsmatrix korrigierter Differenzen der Rechts-Links-Skala

	t23	t34	t13	t14	t24
t12	.29	.16	.78	.77	.28
t23		.22	.30	.24	.70
t34			.20	.20	.32
t13				.81	.22
t14					.30
t24					
pol. Interesse stark					
t12	.24	.25	.79	.73	.27
t23		.14	.39	.36	.70
t34			.15	.13	.50
t13				.84	.35
t14					.33
t24					
pol. Interesse schwach					
t12	.40	.13	.73	.73	.32
t23		.24	.38	.23	.66
t34			.27	.24	.21
t13				.75	.17
t14					.35
t24					

4.3.4 Zusammenfassung

Unter den Gesichtspunkten von Reliabilität, Veränderungssensibilität und Korrektureffekten der Skalen ist folgendes festzuhalten:

Für die E-Skala sind die Korrektureffekte minimal, so daß Veränderungsmaße austauschbar sind. Zumindest für die Zeitspanne t1 t3 kann den Veränderungswerten Reliabilität zugemutet werden. Um Veränderungswerte auf dem Reliabilitätsniveau von .40 interpretieren zu können, ist eine Meßwertreliabilität in t1 von .65 erforderlich. Dieser Wert scheint realistisch gegeben zu sein, wenn man von der Split-Half-Reliabilität ausgeht, zumal da die Zwischenzeitpunktkorrelation t3 t4 von .57 auf eine hohe Retestreliabilität der Meßwerte schließen läßt. Wir können somit dem Einstellungssyndrom der "Political Efficacy" prinzipiell inhaltliche Änderungssensitivität im Prozeß politischer Sozialisation zumuten.

Bei den Einzelitems sind 3 Gruppen unterscheidbar: die Items A und I sind tendenziell unreliabel. Die Items B und E lassen reliable Änderungssensitivität, die Items C und D reliable Stabilität vermuten.

Trotz der Ähnlichkeit der Differenzwerte ist festzuhalten, daß politisches Interesse und die Zeitspanne hinsichtlich der Korrektureffekte differenziert. Aufgrund der itemspezifischen Besonderheiten und der geringen Reliabilitätswerte beschränken wir uns im folgenden jedoch auf die Verwendung der Gesamtskala. Dies gilt auch für die D- und K-Skala, wo die itemspezifischen Differenzen noch größer und die Reliabilitäten geringer einzuschätzen sind. Die Rechts-Links-Skala erweist sich als vergleichsweise stabiles und zuverlässiges Meßinstrument der politischen Orientierung, dies gilt zumal für die Befragtengruppe mit starkem politischem Interesse. Da die Korrekturen die Varianz der Veränderungswerte betreffen, werden wir später bei

varianzanalytischen Verfahren wieder eine Gegenüberstellung von korrigierten und unkorrigierten Veränderungswerten vornehmen und inhaltliche Auswirkungen der Korrekturen testen. Grundsätzlich wir die Änderungssensitivität durch die Korrektur erhöht. Die Korrektureffekte sind bei den Befragten, die politisch desinteressiert sind besonders deutlich, dies trifft zumal für die Einzelitems zu. Eine inhaltliche Interpretation von Variabilität und Wandel hinsichtlich der Einzelitems scheint uns unzulässig, da hier die Meßfehlereffekte sehr hoch zu veranschlagen sind. Insgesamt gesehen erscheint uns die Änderungsempfindlichkeit der Skalen, die ja mittelfristig dauerhafte Orientierungen wiedergeben sollen, sehr hoch zu sein.

4 Faktorenanalysen der Skalen

Die folgenden Faktorenanalysen der Skalen verfolgen zwei Ziele. Zum einen sollen die Skalen auf Eindimensionalität geprüft werden. Die Eindimensionalität ist ein Kriterium dafür, ob die Indikatoren formalen Ansprüchen an Gültigkeit genügen können. (Holm 1970:696). Zum zweiten ist unter dem Aspekt struktureller Stabilität zu prüfen, wie sensibel "syndrominterne" Strukturiertheit gegenüber der Drittvariablen "Zeit" ist.

In jüngeren Untersuchungen wurde das Konzept der "political efficacy" als multidimensional herausgestellt. (Nachmias 1974). Wir werden faktorenanalytisch überprüfen, ob die E-Skala in sich strukturiert ist, und ob gegebenenfalls die Struktur mit derjenigen vergleichbar ist, die von Nachmias identifiziert wurde.

Nachmias findet vier Dimensionen: Machtlosigkeit (Powerlessness), Mißtrauen (Distrust), Verständnislosigkeit

(Meaninglessnes) und Isolation (Isolation).[1] Er stellte fest, daß diese Formen von politischer Entfremdung jeweils unterschiedliche Konsequenzen für das politische Engagement besitzen.

(1) Je stärker das Gefühl politischer Machtlosigkeit, um so größer ist die Wahrscheinlichkeit des Rückzugs von der Politik (politische Apathie).
(2) Je größer die politische Verständnislosigkeit, um so stärker ist die Tendenz zu legitimer politischer Partizipation.
(3) Je größer das politische Mißtrauen, um so stärker die Tendenz zu nicht legitimen politischen Aktivitäten.
(4) Je stärker das Gefühl politischer Isolation, um so stärker ist die Tendenz zu politischer Apathie, die kompensiert wird durch Engagement in Subkulturen.

In unserer verkürzten E-Skala heben die meisten der Items inhaltlich auf die Dimension der Machtlosigkeit ab (V, F, G, I), das Statement A kann als Indikator für die Dimension Verständnislosigkeit betrachtet werden, das Item D steht inhaltlich in der Nähe von Mißtrauen, während die Items C, E und H auf die Effizienz legitimer politischer Partizipa-

---

1) Machtlosigkeit bezieht sich darauf, daß der einzelne Bürger das Gefühl hat, sich gegenüber übermächtigen Interessengruppen nicht durchsetzen zu können. Die Verhaltenskonsequenz besteht darin, daß man sich von politischer Partizipation zurückzieht.
Mißtrauen bezieht sich darauf, daß sich die Inhaber politischer Positionen nicht an die Spielregeln halten und nicht kontrollierbar sind.
Verständnislosigkeit besagt, daß das politische Geschehen dem Bürger als undurchschaubare und komplizierte Materie gegenübersteht. Das Bedürfnis, Politik zu verstehen, wirkt sich in der Verhaltenskonsequenz so aus, daß man sich auf die politisch akzeptierten, allerdings sehr beschränkten Partizipationsformen konzentriert. Insofern besteht hier ein Kontrast zu den beiden erstgenannten Formen politischer Entfremdung, wo die Wahrscheinlichkeit systemunkonformen politischen Verhaltens hoch ist.
Die Isolation ist eine Form politischen Außenseitertums: Die von der Mehrheit der Bevölkerung wie der Politiker geteilten Werte und Normen stimmen nicht mit der eigenen Wertstruktur überein. Die Verhaltenskonsequenz besteht hier im Rückzug in und Identifikation mit einer politischen Subkultur. Nachmias sieht im sozialen Protest ein typisches Merkmal dieser Art von politischer Entfremdung.

tion abstellen. Für die Dimension Isolation findet sich keine Entsprechung. Diese Struktur ist jedoch zu keinem der Zeitpunkte im vorliegenden Datenmaterial faktorenanalytisch reproduzierbar.

Der erste Faktor umfaßt die Aussagen A, B, C, wobei die Aussage B die höchste Ladung aufweist. Der zweite Faktor umfaßt die Aussagen D, F, G, wobei wiederum zu beiden Zeitpunkten die Aussage F dominiert. Der dritte Faktor schließlich besteht aus den Items E, H, I, wobei dann im Zeitpunkt t1 das Item H, zum Zeitpunkt t4 das Item E dominiert.

Der erste Faktor erscheint gleichfalls in t3, dem mittleren Befragungszeitpunkt, wenn auch an zweiter Stelle. Die ersten drei Items bilden also eine strukturell sehr stabile Komponente der E-Skala, wobei die Aussage B immer das dominierende Element bleibt. Im mittleren Befragungszeitpunkt sind die Faktoren II und III gemischt. Die Vergleichbarkeit gegenüber den anderen Zeitpunkten besteht darin, daß das Item I eine dominierende Komponente (im ersten Faktor) bildet und zusammen mit H auftritt. Außerdem entspricht der dritte Faktor in t3 im wesentlichen dem zweiten Faktor der übrigen Befragungszeitpunkte.

In der E-Skala lassen sich somit folgende strukturellen Elemente feststellen: Die Items B und C dominieren klar einen Faktor. Dieser wäre in einer inhaltlichen Richtung als Entfremdung zu interpretieren, die auf der anonymen, entpersonalisierten Beziehung zwischen Politik und persönlicher Einflußmöglichkeit beruht. In der anderen Richtung bedeutet er die Annahme vorhandener politischer Einflußmöglichkeiten.

Die Aussagen F und G dominieren einen Faktor, der - negativ formuliert - inhaltlich eine resignierende Haltung gegenüber politischer Autorität zum Ausdruck bringt. Der dritte Faktor schließlich, mit den Aussagen H und I nimmt konkret Bezug auf die politischen Einflußmöglichkeiten von Jugendlichen.

Die interne Differenzierung der Skalenstruktur ist nicht sehr präzise. Abgesehen vom ersten Befragungszeitpunkt ist jeweils nur ein signifikanter Faktor interpretierbar. Sowohl in t3 als auch in t4 werden durch diesen Faktor dann nur 41 % der gemein-

Tabelle 3.12 Faktorenstruktur der Efficacy-Skala

(3-Faktorenlösung, Faktorenwerte 〉 .30, paarweise Eliminierung fehlender Werte)

	t1 Faktoren			t3 Faktoren			t4 Faktoren		
	1	2	3	1	2*	3*	1	2*	3*
A. Manchmal ist die ganze Politik so kompliziert, ...	.31				.44		.43		
B. Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluß darauf, ...	.78			.33	.69		.77	(.28)	
C. Außer den Wahlen gibt es keinen anderen Weg, ...	.44	(.28)		.30	.54		.55	.31	
D. Ich glaube, daß sich die Abgeordneten und Politiker ...		.50		.41	.33			.48	
F. Was immer wir uns auch einreden mögen, ...		.58		.45		.40		.63	
G. Es wird immer so sein müssen, daß einige wenige Leute ...		.43	.39			.61		.55	
E. Alles, was wir in der Politik brauchen, ...			.41			.49		.55	.32
H. Es wählen so viele Leute bei Wahlen, ...			.54	.45				.30	.35
I. In der Bundesrepublik können Jugendliche die Politik ...			.43	.72					.76
% der Varianz	32	11	11	41	10	9	41	11	10

*) Eigenvalue 〈 1

samen Varianz abgedeckt. Wir können mit Berechtigung annehmen, daß die verkürzte E-Skala ein eindimensionales Konzept ist und so formalen Gültigkeitskriterien genügt. Dieser Befund wird dadurch unterstrichen, daß bei einer Faktorenanalyse der E-Skalen über alle drei Befragungszeitpunkte die Faktorenstruktur durch die Zeitpunkte determiniert wird (Tabelle 3.13). Der Zusammenhang innerhalb einer Skala zu einem gegebenen Zeitpunkt ist also größer als etwa die Zusammenhänge zwischen Einzelfaktoren der jeweiligen Befragungszeitpunkte.

Führt man diese Faktorenanalysen getrennt für Befragtengruppen mit hohem politischem Interesse und für die Gruppe mit niedrigem politischem Interesse durch, werden diese Befunde im Prinzip bestätigt. Für beide Befragtengruppen lassen die Faktorenanalysen in allen Zeitpunkten auf Eindimensionalität der Skala schließen, wobei sich zum anderen jeweils die herausragende Position der Einzelitems B und C bestätigt, also die politische Machtlosigkeit des einzelnen. Geht man davon aus, daß Faktorenstrukturen in der Regel sehr stark mit Drittvariablen variieren, kann diese Stabilität der strukturellen Gliederung der Skala als Hinweis auf die Zuverlässigkeit der Befunde gewertet werden.

Darüber hinaus können wir es als Hinweis darauf verstehen, daß wir mit der verwendeten E-Skala ein valides Instrument zur Messung des inhaltlichen Konzeptes von politischer Entfremdung bzw. politischer Kompetenz zur Verfügung haben. Selbst wenn die Ergebnisse Nachmias's nicht replizierbar sind, belegen sie die Bedeutung dieses Einstellungsbereichs in einem komplexen Orientierungssystem: Die politische Kompetenz ist entscheidend dafür, ob sich politisches Engagement überhaupt entwickelt und in welche Richtung dieses politische Engagement geht. Sie ist so auch ein zentrales Element in Tradierungsprozessen "politischer Kultur". Dies betrifft dann die Frage, ob und unter welchen Bedingungen sich politische Kompetenz bei Jugendlichen während des politischen Sozialisationsprozesses entwickelt und verändert. Hier gibt es die empirisch belegte These, daß an-

fängliche, im Zuge der politischen "Primärsozialisation" erworbene positive Vertrauenshaltungen im Verlaufe zunehmender politischer Identitätsfindung des Jugendlichen in Frage gestellt werden und sich unter gewissen Bedingungen in ihr Gegenteil, nämlich in ein Basismißtrauen stabilisieren. (Searing et al. 1976:83ff.). Dies betrifft aber auch die Frage, ob und wie derartige Veränderungsprozesse mit Veränderungen in anderen Einstellungsbereichen korrespondieren, ob Veränderungen strukturell untereinander verknüpft sind. Wir werden diese These später relativieren, wenn wir Lebenszykluseffekte politischer Einstellungen untersuchen.

Die Verwendung der Demokratieskala und der Konservatismusskala scheint problematischer zu sein. Vermutlich geringe Reliabilität der Einzelitems wie auch der Gesamtskalen lassen eine Verwendung der Gesamtskalen nur mit der entsprechenden Vorsicht in der Interpretation vertretbar erscheinen. Die geringe Korrektursensibilität der Gesamtskalen läßt sich immerhin als Argument dafür betrachten, daß die Gesamtskalen interpretierbar sind. Darauf deuten auch die Ergebnisse der Faktorenanalysen hin.

Eine Faktorenanalyse über beide Skalen ergibt im Prinzip einen Faktor, der inhaltlich aus den Demokratieitems besteht, sowie einen anderen Faktor, der durch die Konservatismusitems gebildet wird (Tabelle 3.17). Daraus ist des weiteren zu schließen, daß es sich jeweils um eindimensionale Skalen handelt. Diese Strukturierung ist jedoch nicht so stabil wie diejenige bei der Efficacy-Skala sowohl was die Differenzierung nach politischem Interesse als auch nach Befragungszeitpunkten anbetrifft. Eindimensionalität der Skalen kann man am ehesten in der Befragtengruppe mit niedrigem politischem Interesse vermuten, und zwar für beide Befragungszeitpunkte. In der Befragtengruppe mit durchgehend hohem politischem Interesse ist die Strukturierung weniger stringent, d.h. die Items sind untereinander weniger systematisch verknüpft. Dennoch läßt sich die weitere Verwendung der Skala daraus rechtfertigen, daß sie in dieser Befragtengruppe leidliche Reliabilitätswerte erreichte.

Wir haben somit zwei - wenngleich weniger reliable - weitere Elemente des politischen Einstellungssystems: eine Skala der politischen Mobilität als Indikator für die Aufgeschlossenheit und Offenheit gegenüber politischer Veränderung, eine Skala des "Machiavellismus" und politischen Rigorismus bzw. demokratischer Toleranz und der Akzeptanz demokratischer Spielregeln.

4.5 Zusammenfassung

Wir waren von methodischen Problemen der Messung von Einstellungsänderung und Einstellungsstabilität ausgegangen, die im Gegensatz zum weitgediehenen Stand von Einstellungsänderungstheorien nur sporadisch diskutiert wurden. Eines dieser Probleme resultiert daraus, daß Veränderung eine abgeleitete Größe ist, und deswegen die Unreliabilitäten der Bezugsgrößen gleichzeitig auf die Reliabilität der abgeleiteten Größe einwirken. Eine zweite Fehlerquelle besteht in systematischen statistischen Artefakten, die auf der Konstruktion von Skalen beruhen. Wir haben Reliabilitätsschätzungen vorgenommen und unkorrigierte Veränderungswerte mit korrigierten Veränderungswerten verglichen. Wir kamen zu dem Schluß, daß die Veränderungswerte der Skalen innerhalb akzeptabler Grenzen reliabel sind, und daß die unkorrigierten Differenzwerte sehr stark mit den korrigierten Differenzwerten korrelieren, also in etwa austauschbar sind. Dies trifft vor allem zu, wenn wir von Einzelitems der Skalen abstrahieren und von der Gesamtskala als Feld eines assoziativen Einstellungsgefüges ausgehen. Hier sind Reliabilitäten vergleichsweise hoch einzuschätzen und die Korrektureffekte durch das benutzte Verfahren minimal. Die skaleninterne Strukturanalyse zeigte keine sehr markanten, zeitlich invarianten Strukturen. Die Einzelitems sind also relativ unabhängige Einzelkomponenten des durch die Skalen abgedeckten Einstellungsfeldes.

Eine Interpretation der Einzelitems - wie sie sich in der Sozialisationsforschung findet - scheint uns unzulässig. Den Einstellungsbereichen wurde bisher immer längerfristige Stabilität unterstellt. In Anbetracht der kurzen Zwischenräume zwischen den Befragungen erscheinen sie uns jedoch sehr änderungssensitiv zu sein. Dies legt dann die Frage nahe, ob die Änderungssensitivität mit Bedingungen des Sozialisationsprozesses korrespondiert.

Tabelle 3.13 Faktorenstruktur der Efficacy-Skala über 3 Befragungswellen
(Faktorenladungen > .30, paarweise Eliminierung von fehlenden Werten)

	Faktoren					
	1	2	3	4	5	6
A1 Manchmal ist die ganze Politik so kompliziert, ...	.33				.35	
B1 Leute wie i h haben so oder so keinen Einfluß darauf, ...	.53					
C1 Außer den Wahlen gibt es keinen anderen Weg, ...	.45					
D1 Ich glaube, daß sich die Abgeordneten und Politiker ...	.40					.33
E1 Alles, was wir in der Politik brauchen, ...	.38		(.27)			
F1 Was immer wir uns auch einreden mögen, ...	.50					.35
G1 Es wird immer so sein müssen, daß einige wenige Leute ...	.52		(.27)			
H1 Es wählen so viele Leute bei Wahlen, ...	.41					
I1 In der Bundesrepublik können Jugendliche die Politik ...	.52					
A2 "		.33			.47	
B2 "		.61			.32	
C2 "		.51			.31	
D2 "		.57				
E2 "		.49	.46			
F2 "		.61				
G2 "		.46	(.29)			
H2 "		.41		.37		
I2 "		.56		.37		
A3 "					.53	
B3 "			.32	.42	.41	
C3 "			.34	.38	.39	
D3 "			(.27)	.37		.39
E3 "			.58			
F3 "			.40	.41		.33
G3 "			.53			
H3 "				.56		
I3 "				.62		
% der Varianz	25	8	6	5	5	4

Tabelle 3.14a Faktorenstruktur der Efficacy-Skala nach politischem Interesse (3 Faktorenlösung, Faktorenwerte > .30 paarweise Eliminierung fehlender Werte)

Skalenitems	Population mit starkem politischem Interesse								
	t1			t3			t4		
	Faktoren			Faktoren			Faktoren		
	1	2	3	1	2	3	1	2	3
A						.39	.42		
B		.43		.41		.67	.33	.54	
C		.80		.30	.39	.45		.76	
D			.46	.33		.51			.71
F			.80	.51		.30	.35		.55
G	.46				.36		.44	.30	
E	.30	.30			.96			.43	
H	.53			.47			.64		
I	.71			.87			.42	.34	
% Varianz	29	14	12	40	12	10	37	12	12
Eigenvalue	2.64	1.26	1.08	3.61	1.11	.91	3.28	1.10	.93
(4. Faktor	100)								

Tabelle 3.14b Faktorenstruktur der Efficacy-Skala nach politischem Interesse (3 Faktorenlösung, Faktorenwerte > .30, paarweise Eliminierung fehlender Werte)

Skalenitems	Population mit niedrigem politischem Interesse								
	t1			t3			t4		
	Faktoren			Faktoren			Faktoren		
	1	2	3	1	2	3	1	2	3
A					.52			.54	
B		.98		.46	.64			.79	
C		.39		.59			.37	.52	
D	.51			.44		.32	.40		
E	.40			.70			.72		
F	.55			.42	.47		.55		.40
G	.73			.36			.64		
H			.67	.32		.33	.32		.33
I	.33					.86			.88
%Varianz	27	14	12	39	12	11	38	14	11
Eigenvalue	1.94	.83	.50	3.52	1.04	.95	3.44	1.24	1.00

Tabelle 3.15 Faktorenstruktur der Efficacy-Skala über 3 Befragungswellen*)
in der Befragtengruppe mit durchgehend hohem politischem Interesse

Items	Faktoren 1	2	3	4	5	6
A1						
B1					.56	
C1					.50	
D1	.36				.35	
E1				.62		
F1	.31					
G1				.43		.38
H1						.51
I1						.57
A2			.58			
B2	.68					
C2	.52			.33		
D2	.66					
E2	.41					
F2	.61					
G2	.35				.43	
H2	.42					
I2	.59	.33				
A3		.43	.65			
B3	.42	.42				
C3		.36		.40		
D3	.66					
E3		.32		.41		
F3	.41	.32				
G3		.45				
H3		.61				
I3		.59				
% Varianz	23	9	7	5	5	5
Eigenvalue	6.09	2.51	1.92	1.46	1.34	1.20

*) Listenweise Eliminierung fehlender Werte

Tabelle 3.16 Faktorenstruktur der Efficacy-Skala über 3 Befragungswellen in der Befragtengruppe mit durchgehend niedrigem politischem Interesse*)

Items	Faktoren 1	2	3	4	5	6	(7)	(8)
A1								
B1						.82		
C1						.41		
D1			.50					
E1			.36					
F1			.56					
G1			.74					
H1								
I1			.34					
A2	.36			.34				
B2	.71							
C2	.50	.37						
D2	.53							
E2	.45	.48						
F2	.71							
G2	.43							
H2	.45				.35			
I2	.47				.40			
A3				.58				
B3		.36		.52				
C3		.51		.37				
D3		.49			.31			
E3		.68						
F3		.54						
G3		.62						
H3		.31			.53			
I3					.57			
% Varianz								
Eigenvalue								

*) Listenweise Eliminierung fehlender Werte

Tabelle 3.17 Faktorenstruktur der Demokratie/Konservatismus-Skala (Faktorenladungen > .30)*)

	in t2 Faktoren 1	2	3	4	in t4 Faktoren 1	2	3	4
B. Die Methoden der Politiker kümmern mich wenig, ...	.51				.34	.47		
D. Wenn man die Welt zum Nutzen der Menschheit verändern will, ...	.32	-.41			.35		.31	
E. Es werden heute so viele Neuerungen versucht; ...	.32						.32	.55
I. Hierzulande können alle in Frieden leben, ...	.50						.62	
K. Wenn man in der Mehrheit ist, hat man ein Recht dazu, ...	.42						.47	
M. Wenn man sich allzusehr darum bemüht, ...	.55				.40		.38	
A. Bevor ich mich auf etwas einlasse, ...		.47				.66		
C. Man muß selbst schon etwas Besonderes geleistet haben, ...		.45				.53		
G. Man sollte Achtung vor dem haben, ...		.38						.50
H. Es ist besser, sich sein Recht selber zu verschaffen ...			.60		.38			
N. Man sollte zwar die Gesetze einhalten, ...			.33	.38	.67			
L. Man sollte sich nicht groß darüber aufregen, ...				.39	.35			
F. Leute die von nichts eine Ahnung haben, ...			(.25)		(.27)			
% der Varianz (n = 466)	20	12	9	8	26	11	8	8

*) listenweise Eliminierung fehlender Werte

Tabelle 3.18 Faktorenstruktur der Demokratie/Konservatismus-Skala in der Befragtengruppe mit durchgehend hohem politischem Interesse*)

Items	in t2 Faktoren 1	2	3	4	in t4 Faktoren 1	2	3	4
B	.39				.32	.41	.35	
D			.52	.34		.41		
E		.64			.68			
I		.73			.45			
K	.30		.42			.31		
M	.49	.45			.56			
A				-.40			.43	.49
C	.51							.59
G			-.47					
H				.44		.40		
N	.39					.46		
L	.58						.52	
F	.41					.58		[illegible]
% Varianz	20	14	9	9	23	11	10	9
Eigenvalue	2.05	1.86	1.13	1.10	2.04	1.44	1.30	1.14

*) Listenweise Eliminierung fehlender Werte

Tabelle 3.19 Faktorenstruktur der Demokratie/Konservatismus-Skala in der Befragtengruppe mit durchgehend niedrigem politischem Interesse*)

	in t2					in t4			
	Faktoren					Faktoren			
Items	1	2	3	4	(5)	1	2	3	(4)
B	.56					(.29)			.72
D				-.47		.45			
E	.31					(.29)		.40	
I	.45					.56			
K	.41					.59			
M	.34					.56			
A				.49			.49		
C	.43	.33					.78		
G		.59						.78	
H		.51	.38			.32			
N			.51			.62			
L						.30			
F			.38					.34	
% Varianz	19	11	9	9	(8)	25	12	10	(8)
Eigenvalue	2.51	1.43	1.23	1.18	(1.04)	3.18	1.58	1.29	.99

*) Listenweise Eliminierung fehlender Werte

Tabelle 3.20 Faktorenstruktur der Demokratie/Konservatismus-Skala über beide Befragungswellen (Faktorenladung $\geq$.30, paarweise Eliminierung fehlender Worte)

	Faktoren						
	1	2	3	4	5	6	7
D4 Wenn man die Welt zum Nutzen der ...	.45						
E4 Es werden heute so viele Neuerungen ...	.41						
H4 Es ist besser, sich sein Recht ...	.35						
I4 Hierzulande können alle in Frieden ...	.56						
K4 Wenn man in der Mehrheit ist, ...	.54						
M4 Wenn man sich allzusehr darum ...	.48						
N4 Man sollte zwar die Gesetze ...	.38						
B2 Die Methoden der Politiker kümmern ...		.50					
C2 Man muß selbst schon etwas Besonderes ...		.40			(.27)		
E2 Es werden heute so viele Neuerungen ...		.30		(.29)			
I2 Hierzulande können alle in Frieden ...		.46					
K2 Wenn man in der Mehrheit ist, ...		.46					(.29)
L2 Man sollte sich nicht groß darüber ...		.36					
M2 Wenn man sich allzusehr darum ...		.48					
G2 Man sollte Achtung vor dem haben, ...			.50				
E4 Es werden heute so viele Neuerungen ...			.43				
G4 Man sollte Achtung vor dem haben, ...			.54				
F2 Leute die von nichts eine Ahnung ...				.32			
H2 Es ist besser, sich sein Recht ...				.41			
N2 Man sollte zwar die Gesetze ...				.40			
N4 Man sollte zwar die Gesetze ...				(.29)		.37	
A2 Bevor ich mich auf etwas einlasse, ...					(.27)		-.33
A4 Bevor ich mich auf etwas einlasse, ...					.50		
B4 Die Methoden der Politiker kümmern ...					.50	.40	.30
C4 Man muß selbst schon etwas Besonderes ...					.60		
L4 Man sollte sich nicht groß darüber ...						.46	
D2 Wenn man die Welt zum Nutzen der ...							.50
% der Varianz (49)	17	7	7	5	5	4	4

Tabelle 3.21

Faktorenstruktur der Demokratie/Konservatismus-Skala+)
über 3 Befragungswellen in der Befragtengruppe mit
durchgehend hohem politischem Interesse

	Faktoren								
	1	2	3	4	5	6	7	(8)	(9)
D4			.39						
E4									
H4					.41				
I4	.50								
K4	.39						.40		
M4	.64								
N4									
B2		.37				.31			
C2		.50				.33			
E2						.64			
I2						.64			
K2							.60		
L2		.46							
M2		.43				.49			
G2							-.36		
E4	.63								
G4									
F2		.45							
H2			.40						
N2		.45							
N4		.31			.41				
A2			-.39						
A4				.53					
B4			.40	.57					
C4						.34			
L4				.44					
D2			.49				.33		
F4					.64				
% Varianz	15	9	9	6	5	5	5	(4)	(4)
Eigenvalue	3.89	2.39	2.24	1.44	1.39	1.28	1.18	(1.09)	(1.02)

+) Listenweise Eliminierung fehlender Werte

Tabelle 3.22

Faktorenstruktur der Demokratie/Konservatismus-Skala *)
Über 3 Befragungswellen in der Befragtengruppe mit
durchgehend niedrigem politischen Interssse

	Faktoren								
	1	2	3	4	5	6	7	(8)	(9)
D4	.41			.31					
E4									
H4	.32				.32				
I4	.49								
K4	.50								
M4	.61								
N4	.69								
B2				.37					
C2			.42						
E2						.47			
I2									
K2				.50		.31			
L2					.43	.35			
M2									
G2			.47				.53		
E4			.54						
G4			.48						
F2									
H2							.56		
N2						.42			
N4									
A2					.44				
A4		.55							
B4	.33	.42		.57					
C4		.72							
L4	.39								
D2				.35	-.31				
F4					-.31				
% Varianz	16	8	7	6	5	5	5	( )	(4)
Eigenvalue	4,07	1,94	1,77	1,58	1,35	1,27	1,21	(1,1[illegible])	(1.03)

*) Listenweise Eliminierung fehlender Werte

Tabelle 3.23 Faktorenanalysen der Differenzwerte
(Befragte Insgesamt)

	einfache Differenzwerte				
	t1 - t3			t3 - t4	
	Faktoren			Faktoren	
Items	1	2	3	1	2
A					
B			.45	.68	
C			.34		
D					
E				.31	.32
F	.69				.62
G	.34				.36
H		.65		.34	
I					.35
% Varianz	22	12	11	25	11
Eigenvalue	2.01	1.05	1.00	2.27	1.03

	korrigierte Differenzwerte			
	t1 - t3		t3 - t4	
	Faktoren		Faktoren	
Items	1	2	1	2
A	.33			.43
B		.72	.32	.35
C			.32	
D	.52		.36	
E	.33			.35
F	.47			.38
G	.38			.42
H	.31		.53	
I	.40		.47	
% Varianz	26	11	27	12
Eigenvalue	2.34	1.03	2.43	1.08

Tabelle 3.24 Faktorenstruktur der Differenzwerte bei der Befragtengruppe mit durchgehend hohem politischem Interesse

	einfache Differenzwerte					
	t1 - t3 Faktoren			t3 - t4 Faktoren		
Items	1	2	3	1	2	3
A	.32					.47
B	.33					.30
C			.59			
D	.44					.49
E		(.21)	(-.20)	.41	.35	
F	.56				.70	.30
G	.37			.34	.34	
H		.72		.49		
I	.30			.36		
% Varianz	21	15	11	25	13	11
Eigenvalue	1.90	1.30	1.01	2.29	1.18	1.02

	korrigierte Differenzwerte						
	t1 - t3 Faktoren				t3 - t4 Faktoren		
Items	1	2	3	4	1	2	3
A			.47				.46
B		.79			.51		.34
C		.38		.47	.50		
D	.77				.33		
E	.39					.64	
F	.48			.31		.44	.30
G			.70			.36	
H				.39	.47		-.34
I	.44				.40	.30	
% Varianz	28	14	12	11	27	13	12
Eigenvalue	2.53	1.21	1.09	1.02	2.46	1.19	1.05

Teil III
Die Instabilität politischer Einstellungen Jugendlicher als empirisches Phänomen

5. Stabilitätsanalyse der politischen Einstellungen

Bei der Analyse von Stabilität sind drei Aspekte zu unterscheiden: (1) Existenz von Stabilität, (2) Richtung der Veränderung und (3) die Intensität der Veränderung. Die Unterscheidung dieser Aspekte assoziiert im Vorverständnis drei Prämissen, die - so plausibel sie sind - für die weitere Analyse relativiert werden müssen: (1) Stabilität ist ein von Veränderung diskret unterscheidbarer qualitativer Zustand; (2) es gibt einen quasi objektiven Bezugspunkt bzw. "Richtungsdimensionen", auf die man Veränderung beziehen kann; (3) es gibt ein Mehr oder Weniger von Veränderung, Veränderung ist also nicht ein dichotomer Pol von Stabilität, sondern dimensional. In der folgenden Analyse soll exemplarisch gezeigt werden, wie die phänotypische "Oberflächenstabilität" bzw. -veränderung mit genotypischer "Tiefenstruktur" verknüpft ist. Dies dient gleichzeitig einer Präzisierung des Einstellungskonzeptes und ist somit Voraussetzung für ein Verständnis von Veränderungseffekten seitens externer Drittfaktoren, deren Einfluß wir dann allerdings in erster Linie mit Bezug auf phänotypische Stabilität analysieren.

5.1 Stabilitätsanalyse der Parteipräferenzen

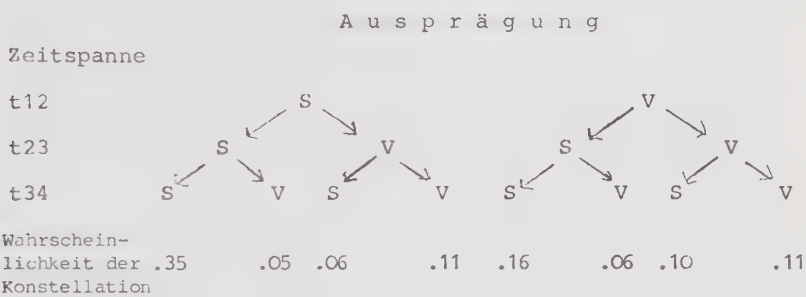
Während Intensität vom Begriff her Kontinuierlichkeit, Dimensioniertheit konnotiert, assoziieren "Stabilität" und "Richtung" qualitative Kategorien. Die Stabilitätsanalyse der Parteipräferenzen zeigt, daß dieses qualitative Konzept von Einstellung nicht haltbar ist. Stabilität, Richtung und

Intensität erscheinen vielmehr als probabilistisch bestimmbare Parameter eines vieldimensionalen "Einstellungsfeldes". Dieses Einstellungsfeld ist diachron (Zeitdimension) strukturiert durch Stabilitätswahrscheinlichkeiten (Wiederholungswahrscheinlichkeiten) bestimmter Zustände. In diesem Einstellungsfeld gibt es neben den diachronischen auch synchronische Beziehungen zwischen den Zuständen, die gleichfalls mehr oder weniger wahrscheinlich sind. Synchronische Beziehungen von Zuständen im Einstellungsfeld besitzen dabei nur Übergangsstatus diachronischer Beziehungen zwischen den Zuständen. Stabilität gibt es also im statischen Sinne nicht, nur als theoretisch denkbarer Ausnahmefall. Wenn wir im folgenden von Stabilitäten sprechen, ist immer "relative Stabilität" gemeint, als vergleichsweise geringe Wahrscheinlichkeit von Veränderungen. Hinter einer semantischen Kategorie einer Einstellung oder eines Verhaltens verbergen sich somit unterschiedliche Wahrscheinlichkeiten der Wiederholung der Einstellung bzw. des Verhaltens.

Für die drei Zeitspannen der Untersuchung steigt die Stabilitätsquote der Parteipräferenzen von .57 in der Zeitspanne t12 über .62 in der Zeitspanne t23 bis .67 in der Zeitspanne t34. Wir haben also im Befragungszeitraum einen Trend zu stabileren Parteipräferenzen.

Da von jedem Befragungszeitpunkt Übergangswahrscheinlichkeiten vorliegen, lassen sich die Stabilitätswahrscheinlichkeiten über den gesamten Zeitraum bestimmen. In den Übergangskonstellationen zeichnen sich die synchronen (zeitgleichen) Beziehungen zwischen den Zuständen ab und geben über die Häufig-

keit ihres Vorkommens Hinweise auf die synchrone Struktur des Einstellungsfeldes. Bei den vier Befragungszeitpunkten ergeben sich drei Zeitspannen mit folgenden Übergangskonstellationen für die Stabilität der Parteipräferenzen:



S = stabil

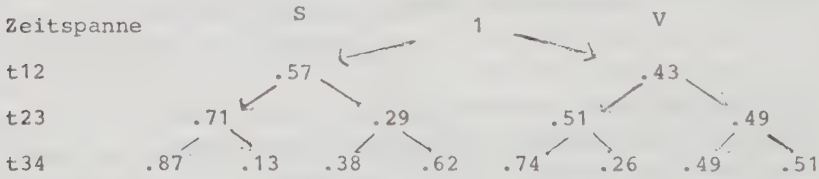
V = Veränderung

Aus der Häufigkeit der Konstellationen geht hervor, daß Parteipräferenzen zur Stabilität hin tendieren. Konstellationen mit durchgehender Stabilität sowie zweimaliger Stabilität nach anfänglicher Instabilität machen fast 50 % der Konstellationshäufigkeit aus. Geht man jedoch andererseits von der gängigen Vorstellung aus, daß Parteipräferenzen der Bürger, insbesondere Parteipräferenzen von Jugendlichen in Verbindung mit linksgerichteter politischer Orientierung stabile Orientierungen sind, dann muß überraschen, daß in einem Zweijahreszeitraum nur höchstens 35 % der befragten Jugendlichen konstant die gleiche Parteipräferenz angeben. Daraus können wir schließen, daß Parteipräferenzen durchaus eine sehr änderungssensitive politische Orientierung darstellen, anhand derer sich Effekte des politischen Sozialisationsprozesses beobachten lassen.

Aus den Übergangswahrscheinlichkeiten lassen sich auch bedingte Wahrscheinlichkeiten berechnen, d.h. es wird die Stabilitätswahrscheinlichkeit danach angegeben, ob in der vorigen Zeitspanne die Einstellung stabil war oder sich verändert hatte. Diese Vorgehensweise ist eine Disaggregierung der Ausgangsstichprobe, indem eine Homogenisierung von Subgruppen nach dem Kriterium vorgenommen wird, ob im vorangegangenen Zeitraum stabile oder instabile Parteipräferenzen geäußert wurden (Harder 1973: 67). Diese Vorgehensweise basiert auf der Überlegung, daß die diachrone Struktur des Einstellungsfeldes nicht zufällig, sondern strukturiert, also systematisch ist. Es liegt nahe anzunehmen, daß bei stabilen Äußerungen in der einen Zeitspanne mit relativ größerer Wahrscheinlichkeit in der folgenden Zeitspanne gleichfalls stabile Äußerungen auftreten, als wenn in der ersten Zeitspanne instabile Präferenzen vorhanden sind. Gleiches gilt umgekehrt für die Wahrscheinlichkeit instabiler Äußerungen bei vorausgegangener Instabilität bzw. Stabilität.

Nach dem obigen Konstellationsmuster ergeben sich die folgenden bedingten Wahrscheinlichkeiten:

Pyramide bedingter Wahrscheinlichkeiten von Stabilität und Veränderung von Parteipräferenzen



S = stabil

V = Veränderung

Aus den bedingten Wahrscheinlichkeiten ist ersichtlich, daß sich die Wahrscheinlichkeit von Stabilität bei vorangegangener Stabilität erhöht, das gleiche gilt, wenn auch in wesentlich geringerem Maße für die Instabilität: Bei vorangegangener Instabilität erhöht sich, je länger der Zeitraum der Instabilität ist, die Wahrscheinlichkeit weiterer Instabilität.

Die Disaggregierung der Stichprobe und Bildung homogener Subgruppen auf der Basis "interner" Kriterien ist natürlich nur eine Möglichkeit, und zwar eine der ersten Abstraktionsstufe. Darüber hinaus läßt sich die Frage fortführen, ob die feldinterne Stabilität, also die Strukturiertheit des Einstellungsfeldes selbst von derartigen Drittfaktoren beeinflußt wird. Hier ist unsere zentrale Fragestellung plaziert, inwieweit Stabilitätswahrscheinlichkeiten und die Strukturiertheit des Einstellungsfeldes ein Ergebnis von politischer Sozialisation ist, bzw. mit Parametern derselben korrespondiert.

Es liegt nahe, einen Zusammenhang zwischen der Stabilitätswahrscheinlichkeit der durch eine Wahlsimulation erfaßten Parteipräferenz einerseits und der Parteiidentifikation, die eine affektive Beziehung zu den Parteien erfaßt, andererseits zu postulieren. Die affektive Komponente kennzeichnet - indem sie Intensitäten von Beziehungen differenziert - eine synchrone Strukturdimension des Einstellungsfeldes, die die diachrone Stabilität des Einstellungsfeldes, seine Kohärenz mitbestimmt. Wir können annehmen, daß die Parteipräferenzen im Zeitablauf um so stabiler sind, je intensiver psychische Bindungen an die Partei sind, so diffus diese auch definiert sein mögen.

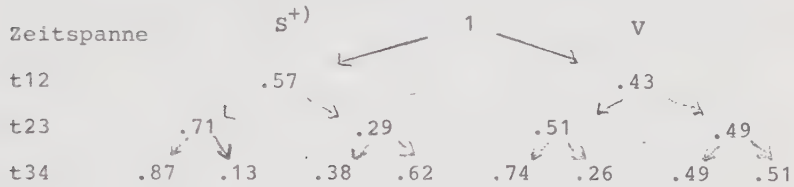
Dieser Zusammenhang zeichnet sich dann auch sehr deutlich in den Daten ab. Wir differenzieren die Stichprobe in zwei Gruppen, je nachdem ob eine Parteineigung angegeben wurde oder nicht. Aus Tabelle 4.1 ist ersichtlich, daß die Stabili-

tätswahrscheinlichkeiten der Wahlsimulation in der Gruppe mit Parteiidentifikation für jede Bedingtheitsstufe höher liegen als in der anderen Gruppe. Entsprechend sind dann auch in der Gruppe ohne Parteiidentifikation die bedingten Wahrscheinlichkeiten von Instabilität in der Regel höher.

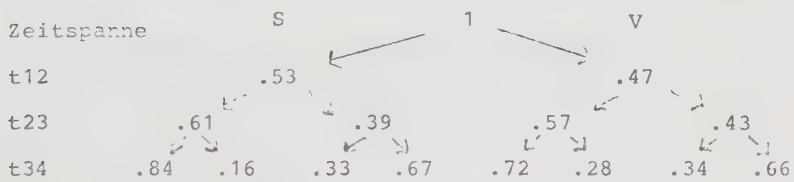
Man könnte also sagen, daß der synchronen Intensität der affektiven Beziehung eine diachrone Stabilität der konativen Einstellungskomponente entspricht, wenn man Wahlsimulation und Parteiidentifikation je als die konative und affektive Komponente der Parteipräferenz bezeichnet. Harder (1973) geht so weit, eine operationale Identität zwischen synchroner Intensität und diachroner Stabilität zu postulieren. Das Konzept des Dogmatismus z.B., das in Querschnittsanalysen als Intensität von Reaktionen auf einer abgestuften Skala erfaßt wird, wäre in diesem Sinne dann adäquater dadurch operationalisiert, daß über einen längeren Zeitablauf das Festhalten an traditionalen Werten bzw. rigide Verhaltensmuster selbst festgestellt werden. Für die Beziehung zwischen Wahlpräferenz einer Partei einerseits und der Parteiidentifikation andererseits würde entsprechendes gelten: Die entsprechende Operationalisierung von Parteiidentifikation wäre die Stabilität der Wahlpräferenz in längerem Zeitablauf. Wir sind jedoch nicht der Ansicht, daß beide Aspekte unbedingt gleichzusetzen sind. In unserer Vorstellung der Strukturiertheit des Einstellungsfeldes im Zeitablauf ist die Intensität einer Beziehung zum Einstellungsobjekt eine eigenständige Dimension, die selbst diachron strukturiert ist, sich

Tabelle 4.1 Stabilitätswahrscheinlichkeit der Wahlsimulation, nach Parteiidentifikation in t1

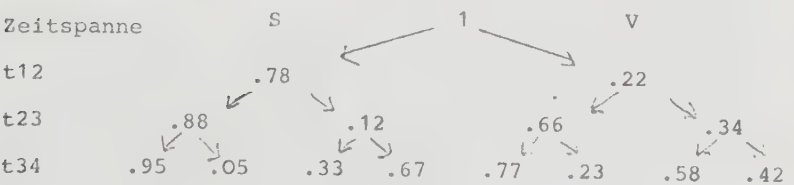
a) Parteiidentifikation in t1 vorhanden



b) Parteiidentifikation in t1 nicht vorhanden



c) Stabilitätswahrscheinlichkeiten der Wahlsimulation bei durchgehend stabiler Parteiidentifikation



+) Die linke Zahl eines Zahlenpaares gibt den Anteil stabiler Parteipräferenzen, die rechte den der instabilen Parteipräferenzen an.

ändern kann. Für das Beispiel des Dogmatismus hieße dies, daß Stabilität des Dogmatismus selbst nicht durch diachrone Operationalisierung erfaßt werden kann. Wir sehen hier wiederum das Problem, Veränderung und die Inhalte selbst auf bestimmten strukturellen Ebenen definieren zu müssen. Man könnte sagen, das Einstellungsfeld besitzt "Tertiärstruktur". Die Intensität der Beziehung bestimmt die Wahrscheinlichkeit, mit der sich eine Beziehung im Zeitablauf ändert. Die Beziehung zwischen synchroner Intensität und diachroner Stabilität wird dadurch kompliziert, daß erstere natürlich gleichfalls eine diachrone Dimension enthält, auch Intensität kann stabil oder instabil sein. Stabile Intensität korrespondiert dabei natürlich sehr stark mit diachroner Stabilität des Einstellungsfeldes.(Tab.4.1.c) Die Wahlsimulation ist so instabiler als die Parteiidentifikation, die Veränderungen sind aber auch kurzfristiger, selbst wenn auch hier das "Trägheitsgesetz" gilt, daß Stabilität die Stabilität und Instabilität die Instabilität wahrscheinlich macht.

Bisher haben wir Stabilitäts- bzw. Veränderungswahrscheinlichkeiten in Abhängigkeit von deren feldinternen Bedingungsfaktoren behandelt. Veränderungen haben jedoch auch eine Richtung und eine Intensität, ein "wohin" und ein "wie weit". Wir postulieren, daß die Art von Veränderungen gleichfalls probabilistisch bestimmt sind und von den nämlichen feldinternen Stabilisierungskräften beeinflußt werden. Die Wahlalternativen der Parteipräferenzen sind durch die drei Parteien SPD, CDU/CSU und FDP relativ eng abgegrenzt, da DKP und NPD im Befragungszeitraum faktisch keine Rolle spielten. Es gibt somit Veränderungen in drei Richtungen, nämlich jeweils zwei Parteien und Unentschiedenheit. Dabei müssen wir allerdings die Prämisse setzen, daß die Parteien nicht auf einer einzigen Dimension angeordnet sind (z.B. der Rechts-Links-Dimension). In diesem Fall hätten lediglich FDP-Wähler mehr als zwei Richtungen. Für die übrigen Wähler lägen die alternativen Parteien jeweils in einer Richtung, nur unterschiedlich weit entfernt.

Da es um exemplarische Darstellung von Zusammenhängen geht, scheint es gerechtfertigt, die Übergänge zwischen den Parteien zu vereinfachen: Wir schließen deshalb Unentschiedenheit als Wahlmöglichkeit aus und beschränken uns auf die drei Parteien SPD, CDU/CSU und FDP. Tabelle 4.3 gibt die bedingten Wiederholungswahrscheinlichkeiten der Parteipräferenzen wieder, ausgehend von den Präferenzwahrscheinlichkeiten in t1. Die Wiederholungswahrscheinlichkeit für die CDU/CSU-Präferenz ist etwas

Tabelle 4.2 Übergangswahrscheinlichkeiten zwischen SPD, CDU/CSU und FDP (2. Stimme Wahlsimulation)

	t1 nach t2			t2 nach t3			t3 nach t4		
	CDU/CSU	SPD	FDP	CDU/CSU	SPD	FDP	CDU/CSU	SPD	FDP
CDU/CSU	.70	.20	.10	.67	.24	.09	.74	.19	.07
SPD	.17	.68	.15	.11	.73	.16	.13	.73	.14
FDP	.14	.48	.39	.20	.39	.41	.14	.36	.50

Tabelle 4.3 Bedingte Wahrscheinlichkeiten von Parteipräferenzen

	CDU/CSU			SPD			FDP			SPD/FDP zusammen	
P in t1		.31			.41			.28			.69
P in t2	.70	.20	.10	.17	.68	.15	.14	.48	.39	.22	.78
P in t3	.71	.21	.08	.08	.82	.10	.10	.39	.51	.09	.91
P in t4	.89	.08	.03	.04	.90	.06	.04	.16	.80	.04	.96

höher als die der SPD-Präferenz. Die vergleichsweise niedrige Wiederholungswahrscheinlichkeit für FDP-Präferenzen beruht auf einem großen Austauschpotential mit der SPD. Die Veränderungswahrscheinlichkeiten bei der SPD gehen stärker in Richtung CDU/CSU als in Richtung FDP. Auch für die CDU/CSU sind Wechsel zur SPD jeweils wahrscheinlicher als zur FDP. Es ist also keinesfalls so, daß die FDP eine Übergangsstation für Wechsel zwischen den beiden großen Parteien darstellt, vielmehr gibt es einerseits einen Austausch zwischen SPD und FDP, andererseits einen direkten Austausch zwischen CDU/CSU und SPD. Wir unterscheiden dementsprechend zwei zentrale Veränderungsdimensionen: Fluktuationen zwischen den beiden großen Parteien, sowie andererseits Fluktuationen innerhalb der Regierungskoalition. Stabilität und Veränderung zeigt sich hier als eine Funktion der Alternativen, und zwar der polarisierten Alternativen. Insgesamt gesehen ist die bedingte Wiederholungswahrscheinlichkeit für Parteipräferenzen der beiden großen Parteien sehr hoch, sie liegt bei ca. 70 % in der ersten Wiederholung, und bei ca. 90 % in der dritten Wiederholung. Fassen wir SPD und FDP zusammen, ergibt sich schon für t3 eine Wiederholungswahrscheinlichkeit von 91 %. SPD und FDP dominieren für den Befragungszeitraum also nicht nur hinsichtlich des Anteils von Präferenzen, sondern sie besitzen außerdem das stabilere Anhängerpotential. Unterstellt man normalerweise einen kurvilinearen Verlauf der Stabilitätsfunktion einer Präferenz, dann ergibt sich im Falle der CDU/CSU insofern eine Besonderheit, als die bedingte Wiederholungswahrscheinlichkeit von t3 auf t2 gleich hoch ist wie die bedingte Wiederholungswahrscheinlichkeit von t2 auf t1. "Normalerweise" hätte nach Interpolierung für t3 ein Wert von .78 erwartet

werden können. Hier hat offensichtlich ein "externes" Ereignis eine unverhältnismäßig hohe Fluktuation hin zu den Koalitionsparteien bewirkt. Obwohl der kurvilineare Verlauf der Stabilitätsfunktion von Parteipräferenzen als Prinzip universal ist, gibt es also durchaus parteispezifische wie auch zeitabhängige Modifikationen des Kurvenverlaufs.

Um die Veränderungswahrscheinlichkeit in Abhängigkeit von der Intensität der Beziehung zum politischen Objekt zu untersuchen, benutzen wir wiederum die Variable Parteiidentifikation. Wir leiten daraus eine Intensitätsskala ab, die von starker SPD-Neigung über parteipolitische Indifferenz bis hin zu starker CDU/CSU-Neigung differenziert. Aus Tabelle 4.4 geht hervor, daß Veränderungen um so größer sind, je extremer die Skalenposition ist. Dies ist ein Zusammenhang, der uns schon im Zusammenhang mit der Skalenanalyse als statistisches Artefakt beschäftigt hat. Hier ist dieser Zusammenhang inhaltlich insofern bedeutsam, als starke Identifikationen offensichtlich eher in die Richtung von politischer Indifferenz zu verändern sind, als umgekehrt politische Indifferenz in die Richtung starker Identifikationen. Politische Indifferenz ist also stabiler, veränderungsresistenter als politisches Engagement. Dieser empirische Befund spricht zunächst einmal für sich selbst, da man durchaus hätte erwarten können, daß gerade einmal vorhandene starke Parteiidentifikationen zeitlich stabil sind. Daraus ist zu schließen, daß nicht nur die konative Komponente der Parteipräferenz (d.h. Wahlsimulation) im Zeitablauf stark variiert, sondern gleichfalls die Intensität der Parteineigung sehr änderungssensitiv ist, und zwar um so mehr, je stärker die Neigung ist. Dieses Ergebnis relativiert auch die gängigen Vorstellungen über Parteiidentifikation als eine zeitlich besonders stabile Variable. Die Tertiärstruktur des Einstellungsfeldes ist also hinsichtlich der Stabilität dimensioniert und gleichfalls intern systematisch "verursacht".

Tabelle 4.4 Stärke der Parteiidentifikationen und durchschnittliche Veränderungen der Identifikationen

Stärke der Parteiidentifikation		(Skala)	ID in t1 Veränderung von t1 nach t2	n=	ID in t2 Veränderung von t2 nach t3	n=	ID in t3 Veränderung von t3 nach t4	n=
CDU/CSU	stark	(1)	1.30	37	1.54	37	1.18	28
	mittel	(2)	1.36	75	1.16	74	.93	76
	schwach	(3)	1.15	13	.89	27	1.31	16
Keine ID		(4)	1.10	178	.95	134	1.01	152
	schwach	(5)	.53	47	.78	63	.81	63
	mittel	(6)	1.11	109	.90	141	.79	153
SPD	stark	(7)	2.00	17	1.24	25	1.81	21

5.2 Stabilitätsanalyse des politischen Interesses

Das politische Interesse ist für uns ein Indikator des politischen Reflexionsniveaus und aus dargelegten Gründen eine wesentliche strukturelle Komponente des politischen Einstellungssystems. Deshalb interessiert uns die Frage, inwieweit das politische Interesse überhaupt eine änderungssensitive Variable und damit äußeren Einflüssen zugänglich ist.

Orientiert man sich an den Randverteilungen zu den jeweiligen Befragungszeitpunkten, dann hat sich an politischer Interessiertheit in der Befragtenstichprobe im Befragungszeitraum wenig geändert, es hat zwar "Variabilität", aber keinen "Wandel" gegeben. Dies ist dann allerdings insofern bemerkenswert, als man nach früheren Untersuchungen hätte erwarten können, daß das politische Interesse der befragten Jahrgänge lebenszyklusbedingt zunimmt. (Weiler 1972, Does 1976d). Die Festschreibung der Verteilung ist also faktisch als Rückgang des politischen Interesses in der betreffenden Jugendpopulation zu interpretieren. Darauf werden wir jedoch näher eingehen, wenn wir nach Altersgruppen differenzieren und uns mit Lebenszyklus- und Generationseffekten beschäftigen.

Hinter gleichen Verteilungen stehen dennoch unterschiedliche Stabilitäten, und zwar wachsen die Stabilitätswahrscheinlichkeiten von .52 in der ersten Zeitspanne über .54 in der zweiten Zeitspanne bis .58 in der dritten Zeitspanne. Die wachsenden diachronen Abhängigkeiten kommen auch in den Korrelationskoeffizienten zum Ausdruck (.68, .65, .78). Die Aufschlüsselung nach bedingten Stabilitätswahrscheinlichkeiten macht deutlich, daß

die zunehmende Stabilität auf die Stabilisierung "vormaliger Instabilitäten" zurückzuführen ist, nicht jedoch auf eine besonders hohe Übertragungsquote stabilen Interesses. 48 % änderten im ersten Zeitabschnitt ihr Interesse, von diesen wiederum 57 % im zweiten Abschnitt, von diesen jedoch nur 47 % im dritten Abschnitt, so daß hier 53 % mit stabilem politischem Interesse verbleiben. Die unterschiedlichen Stabilitätswahrscheinlichkeiten zu den verschiedenen Abschnitten korrespondieren mit einer Abnahme der Veränderungsintensität. Im dritten Abschnitt sinkt die durchschnittliche Veränderung von .58 in den ersten beiden Abschnitten auf .49 (Skala von 1 bis 5). Die Veränderungswahrscheinlichkeiten variieren jedoch nicht nur im Zeitablauf, sondern auch je nach Intensität des politischen Interesses: Die mittlere Kategorie "etwas" besitzt im Vergleich zu den extremen Skalenpositionen höhere Stabilitätswahrscheinlichkeit. Der Zusammenhang zwischen Stabilitätswahrscheinlichkeit und Skalenposition ist hier jedoch nicht so durchgängig wie im Falle der Parteiidentifikation. Wir können somit annehmen, daß die Variable politisches Interesse in sich selbst eine sehr spezifische Änderungssensitivität aufweist. Der erwähnte statistische Skaleneffekt wirkt sich wie bei der Parteiidentifikation auf die Stärke der Veränderungen aus: Die Veränderungen gehen in der Regel vergleichsweise weiter, wenn die Eingangswerte extreme Positionen sind. Dabei ergibt sich dann als besondere Asymmetrie, die möglicherweise auf die Verbalisierung der Skalenpunkte zurückzuführen ist, daß überhaupt kein politisches Interesse eher in die Richtung eines mäßigen politischen Interesses zu verändern ist, als umgekehrt sehr starkes politisches Interesse in entgegengesetzte Richtung. Wollte man dies inhaltlich interpretieren, dann wäre der "positive" Pol stabiler als der "negative".

Wir können als Resultat der Stabilitätsanalyse des politischen Interesses festhalten, daß bei konstanten Verteilungen des politischen Interesses die Stabilitätswahrscheinlichkeiten

in den einzelnen Zeitabschnitten stark variieren. Außerdem findet sich - wie bei den Parteipräferenzen - eine Abhängigkeit der Stabilitätswahrscheinlichkeit und des Ausmaßes der Veränderung von den jeweiligen Ausgangswerten. Ähnlich wie Parteipräferenzen ist das Interesse für Politik als Einstellungsbereich intern strukturiert sowohl in synchroner als auch in diachroner Perspektive. Auch hier handelt es sich in diesem Sinne um eine änderungssensitive Variable.

Tabelle 4.5 Bedingte Stabilitätswahrscheinlichkeiten des politischen Interesses

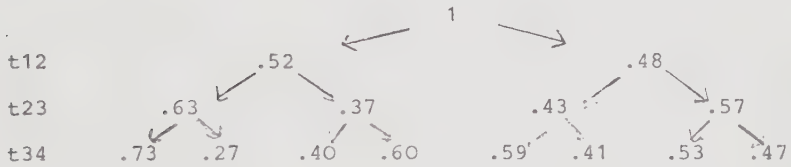


Tabelle 4.6 Veränderungen des politischen Interesses nach Stärke des politischen Interesses (Mittelwerte der Skalenabstufung von 1 bis 5)

politisches Interesse (jeweiliger Ausgangszeitpunkt)	Differenzen t12	n=	t23	n=	t34	n=
sehr stark	.72	50	.89	45	.43	30
stark	.53	120	.68	148	.51	32
etwas	.42	293	.42	285	.34	294
kaum	.76	108	.58	106	.61	102
überhaupt nicht	1.17	41	1.07	28	1.10	48
insgesamt	.58	612	.58	612	.49	606

Tabelle 4.7 Stabilitätswahrscheinlichkeiten des politischen Interesses

politisches Interesse	t12	t23	t34
sehr stark	.51	.63	.51
stark	.40	.50	.54
etwas	.63	.62	.67
kaum	.40	.46	.46
überhaupt nicht	.43	.23	.46
Φ	.52	.54	.58
γ	.68	.65	.78

Tabelle 4.8 Politisches Interesse im Zeitablauf (in %)

politisches Interesse	t1	t2	t3	t4
sehr stark	7	6	5	6
stark	22	24	22	20
etwas	46	48	49	49
kaum	18	17	17	16
überhaupt nicht	7	4	7	6
n=	1875	1240	920	617

5.3 Beziehungen zwischen den Stabilitäten von politischem Interesse und Parteipräferenzen

Wir erwarten, daß politisch interessierte Jugendliche sich selbst eher darüber im klaren sind, welche politischen Positionen sie einnehmen. Dadurch werden nicht nur Meßfehler weniger wahrscheinlich, die auf der Erhebung von "non attitudes" beruhen, sondern man könnte auch eine größere Resistenz der politischen Orientierungen gegenüber kurzfristigen Veränderungen erwarten. Diese Erwartung ergibt sich nicht zuletzt daraus, daß politisch interessierte Wähler und auch Jungwähler eher dazu neigen, enge Bindungen an Parteien zu entwickeln als

politisch nicht interessierte Wähler. Nun haben wir jedoch festgestellt, daß das politische Interesse mit einer Stabilitätswahrscheinlichkeit von .50 hohe Variabilität aufweist. Zur Überprüfung des Zusammenhangs zwischen politischem Interesse und Präferenzstabilität müssen wir diesen gleichfalls in dynamischer Perspektive sehen: korrespondiert Stabilität mit Stabilität und Instabilität mit Instabilität?

5.3 Beziehungen zwischen den Stabilitäten von politischem Interesse und Parteipräferenz

Tabelle 4.9 zeigt, daß die Korrespondenzen zwischen Stabilitäten unterschiedlich sind, je nachdem wie stark das politische Interesse ist. Jedoch spielt offensichtlich auch der betreffende Zeitabschnitt eine Rolle, so daß die Beziehung zwischen politischem Interesse und Parteipräferenz zeitspezifischen Einflüssen offenbleibt. Ein stabil starkes politisches Interesse geht zu allen Zeitpunkten überdurchschnittlich oft auch mit stabilen Parteipräferenzen zusammen. Am flexibelsten hinsichtlich der Parteipräferenzen sich offensichtlich die Jugendlichen, die im Befragungszeitraum ein unverändert mäßiges politisches Interesse zeigen. In der dritten Zeitspanne sind die Parteipräferenzen von Jugendlichen mit stabil schwachem politischen Interesse ähnlich stabil (.73) wie bei den Jugendlichen mit stabil starkem politischen Interesse (.74).

Nun erscheint es uns eine bemerkenswerte Tatsache, daß entgegengesetzte stabile Niveaus politischen Interesses in ähnlicher Weise mit stabilen Parteipräferenzen gekoppelt sind, woraus zu schließen wäre, daß sich stabile Parteipräferenzen bei unterschiedlichen Niveaus des politischen Reflexionsniveaus entwickeln bzw. halten können. Dies ließe sich funktional damit erklären, daß Parteipräferenzen bei den verschiedenen Gruppen unterschiedliche Bedeutung im individuellen politischen Informations- und Entscheidungsprozeß besitzen. Bei Befragten, die politisch interessiert sind, kann man nicht nur ein hohes kognitives Niveau voraussetzen, mit dem politische Ereignisse aufgenommen und verarbeitet werden, sondern gleichfalls ein starkes emotionales Engagement für Politik, sowie ein ver-

Tabelle 4.9 Stabilität der Parteipräferenzen nach Stabilität und Stärke des politischen Interesses

politisches Interesse von t1 bis t4	Stabilität der Parteipräferenzen von t1 nach t2 S+)	V	von t2 nach t3 S	V	von t3 nach t4 S	V
S stark	61	39	70	30	74	26
S mäßig	50	50	60	40	61	39
S schwach	56	44	57	43	73	27
(insgesamt)	(.57)	(.43)	(.62)	(.38)	(.67)	(.33)
t1 u. t2 stark t3 u. t4 nicht stark	55	45	59	41	64	36
t1 u. t2 nicht stark t3 u. t4 stark	61	39	70	30	75	25

+) "S" = Stabilität
"V" = Veränderung

abelle 4.10 Stabilitäten der Parteipräferenzen nach Stabilitäten des politischen Interesses

tabilitäten der arteipräferenzen t12	t23	t34	Befragte insgesamt	politisches Interesse stabil stark	stabil mäßig	stabil schwach	t1 u. t2 stark t3 u. t4 nicht stark	t1 u. t2 nicht stark t3 u. t4 stark
S	S	S	35	44	27	36	31	44
S	S	V	5	5	6	4	6	5
S	V	S	6	6	5	9	7	6
S	V	V	11	6	12	11	12	6
V	S	S	16	15	18	15	17	15
V	S	V	6	6	8	4	6	6
V	V	S	10	9	11	13	10	10
V	V	V	11	9	13	9	12	9

'S" = Stabilität
'V" = Veränderung

gleichsweise unvermittelter Bezug zwischen politischem Denken und Handeln. Da politische Parteien zentrale Institutionen politischer Meinungs- und Willensbildung sind, sind sie für diese Gruppen von Jugendlichen wichtige Orientierungspunkte sowohl für politisches Handeln als auch für politisches Bewerten und Erkennen. Eine Veränderung der Parteipräferenz zöge in diesem Fall eine Veränderung von Orientierungspunkten und Wertmaßstäben politischen Handelns nach sich. Dies wiederum stößt auf die aus sozialpsychologischen und psychologischen Untersuchungen hinlänglich bekannten und schon oben skizzierten Hemmnisse des Einstellungswandels. Die Stabilität von Präferenzen in der Gruppe mit stabil starkem Interesse resultiert in diesem Sinne aus Notwendigkeiten politischer Informationsverarbeitung und politischen Engagements, sowie psychischer Resistenz gegenüber Veränderungen von Einstellungsmustern.

Bei den Jugendlichen, die im Befragungszeitraum konstant ein schwaches politisches Interesse behalten, wäre ein anderer Zusammenhang denkbar: stabile Präferenzen wären denkbar als Konsequenzen einer politischen Entscheidungsträgheit. Bei einem geringen Informiertheitsgrad ist es zudem unwahrscheinlich, daß vorhandene Positionen überhaupt kognitiv in Frage gestellt werden. Auch kann die soziale Umgebung stabilisierend wirken, selbst wenn sie der Entwicklung des politischen Interesses nicht förderlich ist. In Unterschichten ist z.B. politisches Interesse nicht so verbreitet wie in höheren Bereichen des sozialen Stratums, andererseits gibt es hier traditionellerweise SPD-Präferenzen und stabile politische Indifferenz.[1)]

Die Befragtengruppe mit stabil mäßigem politischen Interesse ist offensichtlich parteipolitisch die flexibelste. Hier kann einerseits ein bestimmtes kognitives Niveau politischer Informationsverarbeitung vorausgesetzt werden, das für die Aufnahme aktueller politischer Einflüsse und für ihre Bewertung mit Blick auf bisherige politische Positionen sensibel macht. Andererseits ist das politische Engagement gering genug, daß

---

1) Zur Bedeutung sozialer Cleavages für das Wahlverhalten siehe Rapp, 1973, 1976

psychische Stabilisierungsmechanismen wie zum Beispiel Parteiidentifikationen nicht zu stark zum Tragen kommen, da die Toleranzspanne sehr weit ist. Die Interpretation dieser Zusammenhänge bleibt spekulativ. Immerhin können wir festhalten, daß politisches Interesse eine sehr spezifische Wirkung auf die Stabilisierung von Parteipräferenzen besitzt, spezifisch nicht nur in Abhängigkeit von bestimmten Zeitspannen, sondern auch in Abhängigkeit von der Intensität des politischen Interesses.

Um die Korrespondenzen zwischen Veränderungen zu untersuchen, stellen wir zwei Gruppen gegenüber: diejenigen, die in den ersten Befragungszeitpunkten ein stabil starkes politisches Interesse angaben, und in den beiden letzten Zeitpunkten beide Male geringeres politisches Interesse angaben; die Veränderungen der anderen Gruppe verlaufen spiegelbildlich: konstant geringes politisches Interesse in den beiden ersten Zeitpunkten und konstant starkes politisches Interesse in den beiden letzten Zeitpunkten. Von beiden Befragtengruppen kann eher angenommen werden, daß die Veränderung des politischen Interesses keine kurzfristige Fluktuation, sondern Indikator einer mittelfristigen Entwicklung ist.

Aus Tabelle 4.10 geht hervor, daß die zweite Befragtengruppe zu allen Befragungszeitpunkten die stabileren Parteipräferenzen äußert. Die Veränderungsrichtung des politischen Interesses ist also offensichtlich für die Stabilität der Parteipräferenzen nicht ohne Belang. Eine Veränderung hin zum Desinteresse korrespondiert tendenziell mit instabilen, die Veränderung hin zu starkem politischen Interesse mit stabilen Parteipräferenzen. Es scheint hier wichtig, darauf hinzuweisen, daß man hier keine einseitige Ursache-Wirkung-Beziehung ableiten kann, und deshalb

bewußt eine neutrale Formulierung gewählt wird. Wenn Stabilität von Parteipräferenzen besonders häufig bei den Jugendlichen vorkommt, bei denen sich politisches Interesse im Befragungszeitraum stark entwickelt, so entspricht dies den obigen Interpretationen. Inwieweit stabile Parteipräferenzen anfängliches Desinteresse stimulieren und das Interesse selbst wieder Parteipräferenzen stabilisiert, wäre ein möglicher dynamischer Zusammenhang zwischen beiden Variablen. Daß bei abnehmendem politischem Interesse auch die Stabilität der Parteipräferenzen betroffen ist, entspricht gleichfalls den obigen Ausführungen. Politisches Interesse korrespondiert also auch in seiner diachronen Dimension mit der diachronen Dimension der Parteipräferenz.

Tabelle 4.10 gibt auch einen Überblick über den Einfluß des politischen Interesses auf die Stabilität der Parteipräferenzen, und zwar differenziert nach der Präferenzstabilität in den jeweiligen Zeitspannen. Stabile Parteipräferenzen über alle drei Zeitspannen kommen dann besonders häufig vor, wenn in allen Zeitpunkten konstant starkes politisches Interesse vorhanden ist, oder wenn sich das politische Interesse von anfänglichem Desinteresse hin zu späterem starken Interesse entwickelt. Während die übrigen Konstellationen von Stabilität und Veränderung der Parteipräferenzen keine Differenzierung je nach Konstellation des politischen Interesses aufweisen, ergibt sich für die Konstellation, die auf besondere Instabilität der Parteipräferenzen schließen läßt (nämlich S V V), daß Befragte mit stabil starkem politischen Interesse oder der genannten Veränderungsrichtung hier vergleichsweise selten vertreten sind.

5.4 Zusammenfassung

Die Einstellungsfelder Parteipräferenz und politisches Interesse, die auf nominalem bzw. ordinalem Meßniveau gemessen wurden, sind beide in sich strukturiert. Die synchronen Strukturkomponenten Intensität und Richtung korrespondieren mit der diachronen Komponente Stabilität. Dies heißt, daß die Stabilität eines Zustandes von seiner Position im Einstellungsfeld und in der Zeitachse abhängt. Stabilität ist insofern relativiert durch den Bezug auf alternative Zustände in der synchronen und diachronen Dimension. Die nach diesen Kriterien beschreibbaren Zustände von Einstellungen korrespondieren mit Zuständen in jeweils anderen Bereichen, und

zwar,wie wir bei der Beziehung zwischen Stabilität der Parteipräferenz und Stabilität des politischen Interesses gesehen haben, in sehr spezifischer Weise.

Diese im Ergebnis eigentlich banale Analyse legt nichtsdestoweniger einige Konsequenzen für das Einstellungskonzept und damit auch für ein Konzept politischer Sozialisation nahe, die gleichfalls die bisher so oft geäußerte Kritik an bisherigen Konzepten politischer Sozialisation dahingehend untermauern und erweitern, daß in diesen Konzepten offensichtlich von einem zu naiven Einstellungskonzept ausgegangen wurde. Konzepte von politischer Sozialisation als Tradierung oder auch wechselseitiger Adaption von qualitativ exakt beschreibbaren und abgrenzbaren Inhalten, z.B. etwa eine Transmission oder "Vererbung" von Parteipräferenzen der Eltern auf die Kinder, greifen vom Einstellungskonzept her zu kurz. Politik ist für den "Normalbürger",zumal für den Heranwachsenden, ein vergleichsweise undifferenzierter Realitätsbereich. Sieht man vom Wahlverhalten ab, ist kennzeichnendes Merkmal der Beziehung zwischen Heranwachsenden und Politik eben die Nichtaktivität, so daß sich politische Sozialisation zumindest in der Adoleszensphase auf die Konstituierung von Einstellungen beschränkt, ohne daß eine Erprobung von Handlungsstrategien in konkreten Handlungskontexten und -abläufen erfolgen würde. Schon deshalb scheint es wichtig, auf einen Aspekt des Einstellungskonzeptes besonders hinzuweisen, der schon von Allport herausgestellt wurde, daß nämlich eine Einstellung eine "Disposition" ist, eine probabilistisches Konstrukt. Wenn aber konkrete Handlungserfahrungen weitgehend fehlen, bzw. Erfahrungen sich abstrakt in der Aufnahme und Verarbeitung von politischen Informationen seitens der Massenmedien vollzieht, dann ist Instabilität oder besser gesagt Unschärfe der Beziehungen zu politischen Realitätsbereichen nicht verwunderlich. Unschärfen sind in diesem Sinne nicht als Resultat mißglückter oder nur zum Teil gelungener Sozialisation zu verstehen, sondern auch eine notwendige Voraussetzung für Entwicklung, für den Prozeß überhaupt.

Inhaltlich sind folgende Ergebnisse festzuhalten:
Die Parteipräferenzen sind ein änderungssensitiver Einstellungsbereich.
Im Befragungszeitraum gibt eine Tendenz zur Stabilisierung der Parteipräferenzen.
Das Einstellungsfeld ist synchron und diachron strukturiert, wobei ein direkter Austausch zwischen den alternativen Polen SPD und CDU dominiert.
Aus dem Verlauf der Stabilitätsfunktion von CDU-Präferenzen lassen sich Effekte von externen Ereignissen ablesen.
Starke Identifikationen sind eher in die Richtung von politischer Indifferenz zu verändern als umgekehrt politische Indifferenz in die Richtung starker Identifikationen.

Auch beim politischen Interesse gibt es einen Zusammenhang zwischen Intensität und Veränderungssensibilität. Die mittlere Position ist die stabilste, der positive Extrempol wiederum ist stabiler als der negative.

Politisches Interesse korrespondiert mit der Stabilität der Parteipräferenzen, wobei die Präferenzen der Befragtengruppe mit "mäßigem" politischem Interesse am instabilsten sind.

Es gibt insofern simultane Veränderungen in beiden Einstellungsbereichen, als die Stabilisierung des politischen Interesses mit einer Stabilisierung der Parteipräferenzen korrespondiert, eine mittelfristig stabile Verminderung des politischer Interesses korrespondiert mit einer Destabilisierung der Parteipräferenzen.

Die Stabilitätsanalyse belegt, daß "Einstellungen" nicht nur hinsichtlich der Beziehung Einstellung/Verhalten "latent" strukturiert sind. Auch auf der Ebene der Einstellung selbst sind latente Strukturen vorhanden, die in der zeitlichen Dimension sichtbar werden. Sie sind probabilistisch geordnet und Konsequenz wie Voraussetzung eines interaktiven Prozesses mit der einstellungsrelevanten Umwelt.

.5 Stabilitätsanalyse von politischer Kompetenz, Demokratiebewußtsein, Konservatismus und ideologischer Orientierung

Nach ähnlichem Schema wie bei der Stabilitätsanalyse der Parteipräferenzen prüfen wir im folgenden die durch Skalen operationalisierten Einstellungsbereiche. Um die Befunde auch inhaltlich interpretierbar und nachvollziehbar zu machen, analysieren wir nicht auf der Basis von Differenzwerten, sondern von prozentualen Übergängen zwischen den Bereichen der hier trichotomisierten Skalen. Dies hat den Vorteil, daß die Zusammenhänge tabellarisch dargestellt werden können. Der Vorteil der Anschaulichkeit wird natürlich durch einen Informationsverlust erkauft, da die interne Klassenbreite der Skalen künstlich reduziert ist. Bei der Anwendung multivariater Verfahren greifen wir später auf die Differenzwerte zurück. Die Skalen sind nach Besetzungshäufigkeit zum jeweils ersten Befragungszeitpunkt trichotomisiert. Die Randverteilungen der trichotomisierten Skalen (Tabelle 4.11) indizieren Verschiebungen während des Befragungszeitraums bei der E-Skala, D-Skala und K-Skala zugunsten jeweils der Skalenpole "integriert", "demokratisch" und "progressiv". Bei der Rechts-Links-Skala hingegen gibt es keine Nettoveränderung: In den mittleren Zeitpunkten t2 und t3 ist allenfalls eine vorübergehende Polarisierung, also eine Bewegung von der Mitte weg festzustellen. In diesen Nettofluktuationen deutet sich schon an, daß Veränderungen hier im Sinne von "Wandel" in Einstellungsbereichen autonom voneinander erfolgen können.

Hinter den Nettofluktuationen stehen unterschiedliche Übergangsquoten je nach Skalenbereich und Zeitspanne. Während von den "politisch-integrierten" Jugendlichen jeweils zwischen 65 % und 68 % im Skalenbereich bleiben, sind es von den "Skeptikern" nur jeweils zwischen 46 und 52 %.
Die Übergänge zwischen den Extrembereichen laufen dabei hauptsächlich über den mittleren Skalenbereich. Die Asymmetrie der Stabilitätswahrscheinlichkeit kommt noch verstärkt darin zum Ausdruck, daß nur zwischen 9 % und 13 % der befragten Jugendlichen vom Skalenpol "integriert" direkt zum Pol "entfremdet"

Tabelle 4.11 Randverteilungen der trichotomischen[1] Skalen

Efficacy-Skala		t1	t3	t4
entfremdet	x	31	29	28
↓	x	29	28	28
integriert	x	39	35	44
n=		1139	835	583

Demokratie-Skala		t2	t4
machiavellistisch	x	36	29
↓	x	35	37
demokratisch	x	29	37
n=		1190	595

Konservatismusskala		t2	t4
konservativ	x	33	27
↓	x	33	29
progressiv	x	34	44
n=		1214	608

Rechts-Links-Skala		t1	t2	t3	t4
Links	x	39	43	40	42
Mitte	x	35	28	25	31
Rechts	x	25	28	25	27
n=		1226	1226	897	612

[1] Drittelung nach Besetzungshäufigkeit im jeweils ersten Befragungszeitpunkt

Tabelle 4.12a Übergangsraten der Efficacy-Skala

		t1 nach t3				t3 nach t4				t1 nach t4			
Skalenbereich[*]		1	2	3	n=	1	2	3	n=	1	2	3	n=
entfremdet	1	46	29	25	253	52	33	14	147	46	27	27	178
	2	27	33	40	243	28	46	36	193	28	34	38	173
integriert	3	13	21	66	2[illegible]	12	21	67	[illegible]	9	26	65	182

[*] Messung in t1 bzw. t3

wechseln, in die andere Richtung jedoch in den längerfristigen Zeitspannen zwischen 25 und 27 %, in der kurzen Zeitspanne von t3 nach t4 14 %. Diese Verschiebungen entsprechen keinesfalls der verschiedentlich vertretenen These, daß die Jugendphase durch zunehmende politische Entfremdung des Jugendlichen gekennzeichnet sei. Wir werden diese These später unter anderem unter dem Gesichtspunkt prüfen und diskutieren, inwieweit "Periodeneffekte" für diesen Trend verantwortlich sind, also Einflüsse des aktuellen politischen Geschehens (Tabelle 4.12).

Tabelle 4.12b Übergangsquoten bei Demokratie- und Konservatismusskala

		Demokratieskala						Konservatismusskala			
		t4						t4			
t2		1	2	3	n=	t2		1	2	3	n=
machiavellistisch	1	45	30	24	201	konservativ	1	44	26	30	178
↓	2	24	42	34	196	↓	2	28	38	34	210
demokratisch	3	13	30	57	179	progressiv	3	10	23	67	206

Tabelle 4.12 c Übergangsquoten der Rechts-Links-Skala

	t1 nach t2				t2 nach t3				t3 nach t4			
	t2				t3				t4			
	Links	Mitte	Rechts	n=	Links	Mitte	Rechts	n=	Links	Mitte	Rechts	n=
t1												
Links	72	15	13	477	70	18	12	385	71	19	10	270
Mitte	27	48	25	430	26	54	20	259	22	56	22	156
Rechts	24	22	54	305	24	16	59	246	17	26	58	176
n=	533	344	335	1212	397	251	242	690	255	185	162	602

	t1 nach t3				t2 nach t4				t1 nach t4			
	t3				t4				t4			
	Links	Mitte	Rechts	n=	Links	Mitte	Rechts	n=	Links	Mitte	Rechts	n=
t1												
Links	69	16	15	342	66	22	11	268	68	18	14	232
Mitte	30	45	25	319	24	55	22	162	28	51	21	212
Rechts	29	22	55	230	23	21	55	175	25	22	53	162
n=	397	249	245	891	257	186	162	605	258	185	163	606

Die Asymmetrie der Stabilitätswahrscheinlichkeit geht bei der Demokratieskala und der Konservatismusskala zugunsten der Skalenpole "demokratisch" und "progressiv", wobei letzterer offensichtlich besonders stabil ist.

Für die Rechts-Links-Skala gibt es eine Asymmetrie zugunsten des Skalenpols "links". Jedoch ist diese Asymmetrie nicht so deutlich wie bei den übrigen Skalen: Zwischen 70 und 72 % der Jugendlichen bleiben auf linken Positionen jeweils in kurzen Zeitspannen, nur geringfügig weniger (zwischen 66 und 69 %) in den längeren Zeitspannen. Die Stabilitätsquote auf dem rechten Pol der Skala liegt zwischen 54 und 58 %. Dabei kommen dann auch häufiger Bewegungen von rechts direkt nach links vor (zwischen 17 und 24 % bei kurzen Zeitspannen, zwischen 23 und 29 % in den längeren Zeitspannen) als von links direkt nach rechts (in den kurzen Zeitspannen zwischen 10 und 13 %, in den längeren Zeitspannen zwischen 11 und 15 %).

Nicht nur die Skalen selbst, auch die Skalenbereiche unterscheiden sich also hinsichtlich der Stabilitätswahrscheinlichkeit. Die Bereiche "integriert", "demokratisch", "progressiv" sowie "links" sind jeweils stabiler. Diese Skalenpole grenzen ein politisches Orientierungssystem ein, wie es von Kaase (1971) als reflektiertes Demokratieverständnis bezeichnet wurde, das für das Profil der studentischen Jugend sowie der Schüler zu Anfang der 70er Jahre charakteristisch war. Die Stabilität gerade der positiven Skalenpole wäre dann insofern verständlich, als es sich hierbei um für Jugendliche positiv-konsensuale Einstellungssegmente handelt, für die eine größere Chance positiver Sanktionen aus der sozialen Umwelt besteht. Sieht man von der Rechts-Links-Skala ab, und berücksichtigt die vergleichsweise große Stabilität "mäßigen" politischen Interesses, so handelt es sich bei diesen Asymmetrien um die Einstellungen, die unter der Systemperspektive positiv funktional sind. Integriertes politisches Selbstbewußtsein, demokratische Toleranz und gemäßigte politische Risikobereitschaft als besonders stabile Pole des politischen Orientierungssystems könnten in etwa einem Zielkatalog politischer Bildung entsprechen, der für weite Teile von verantwortlichen Sozialisationsträgern innerhalb und außerhalb von staatlichen Institutionen konsensfähig wäre. Stellt sich diese Konstellation als der "Normalfall" geglückter und längerfristig

wirksamer Sozialisation dar, entsteht die Frage, unter welchen Voraussetzungen Jugendliche denn stabile Minderheitspositionen beziehen, etwa längerfristig entfremdet, politisch rigoros, konservativ, jeweils bei schwachem oder starkem politischem Interesse sind. Bevor wir dieser Frage nachgehen, wenden wir uns der Verknüpfung zwischen verschiedenen Einstellungsbereichen zu, ihrer gegenseitigen Stabilisierung und Destabilisierung.

6 Die gegenseitige Stabilisierung der Einstellungsbereiche

Aus Tabelle 4.13 geht hervor, daß für die E-Skala wie für die Rechts-Links-Skala eine ähnliche exponentielle Funktion bedingter Stabilität charakteristisch ist wie für die Parteipräferenzen und das politische Interesse. Stabilität ist also in diachroner Perspektive nicht zufällig, sondern bedingt durch Stabilität in vorangegangenen Zeitspannen. Positionen auf der Rechts-Links-Skala sind dabei stabiler als diejenigen auf der E-Skala. Positionen im "linken" Bereich des Spektrums und im E-Skalenbereich politische "Kompetenz" sind jeweils die stabileren Skalenbereiche.

Wenn man nach der Reformbereitschaft der Befragten differenziert, verstärkt sich die Asymmetrie in der Stabilität der Skalenbereiche auf der E-Skala. Die Stabilitätswahrscheinlichkeit von politischer Entfremdung ist bei konservativer Grundhaltung vergleichsweise hoch (.58), bei progressiver Haltung jedoch vergleichsweise sehr gering (.38). Andererseits steigt die Stabilitätswahrscheinlichkeit politischer Kompetenz von .63 bei konservativer auf .72 bei progressiver Haltung (Tab. 4.14).

Noch stärker sind die Verschiebungen, wenn wir Gruppen unterschiedlichen Demokratieverständnisses gegenüberstellen: In der Gruppe mit rigoroser Auffassung ist die Asymmetrie umgekehrt: politische Entfremdung ist hier stabiler (.67) als politische Kompetenz (.54). In der "demokratischen" Gruppe ist demgegenüber politische Kompetenz sehr stabil (.80), während politische Entfremdung wesentlich weniger stabil bleibt (.46). "Linke" und "rechte" Positionen differenzieren demgegenüber nicht die Stabilitätswahrscheinlichkeit auf der E-Skala, in beiden entgegengesetzten politischen Lagern ist politische Kompetenz stabiler als politische Entfremdung; wobei im rechten Spektrum politische Entfremdung etwas stabiler bleibt als im linken Spektrum. Die politische "Mitte" zeichnet sich durch vergleichsweise stabile politische Skepsis aus.

Tabelle 4.13a Bedingte Stabilitätswahrscheinlichkeiten bei der E-Skala (Dichotomisierung: Stabilität/Veränderung)

t1		1		
t3	.42		.38	
t4	.62	.38	.38	.62

Ausgangspunkt in t1:

	"entfremdet"				"Mitte"				"integriert"			
	1				1				1			
t13	.42		.58		.28		.72		.64		.36	
t34	.61	.39	.30	.70	.37	.63	.48	.52	.76	.24	.31	.69

Politische Kompetenz, politisches Selbstvertrauen bezeichnet eine politische Grundhaltung, die auf Vertrauen in die Funktionsfähigkeit politischer Institutionen als Interessenvertretung des einzelnen Bürgers, die Durchsetzungsfähigkeit von Einzelinteressen in der Politik und die Kontrolle von Macht abstellt. Kennzeichen politischer Entfremdung in diesem Sinne sind fatalistische Autoritätsergebenheit und Skepsis gegenüber der Durchsetzungsfähigkeit individueller Interessen und Bedürfnisse. Politisches Selbstbewußtsein ist dann besonders stabil, wenn es durch eine politisch offene (progressive) Grundhaltung abgestützt und vor allem von einem reflektierten Demokratieverständnis begleitet wird. Politische Entfremdung ist umgekehrt dann besonders stabil, wenn demokratische Prinzipien abgelehnt werden und eine traditionalistische Grundhaltung vorliegt. Die Stabilisierungs- bzw. Destabilisierungseffekte sind seitens beider Skalen sehr stark. Offensichtlich spielt aber auch politisch-ideologische Indifferenz eine Rolle für die Stabilisierung politischer Kompetenz: denn

Tabelle 4.13b Stabilitätswahrscheinlichkeiten bei der R-L-Skala
(Dichotomisierung: Stabilität/Veränderung)

				1				
t12			.60				.40	
t23		.70		.30		.54		.46
t34	.82	.18	.34	.66	.59	.41	.57	.43

Ausgangspunkt in t1: "links"

				1				
t12			.73				.27	
t23		.79		.21		.49		.51
t34	.87	.13	.29	.71	.63	.37	.65	.35

Ausgangspunkt in t1: "rechts"

				1				
t12			.61				.39	
t23		.71		.29		.61		.39
t34	.79	.21	.44	.56	.64	.36	.59	.41

es sind nicht so sehr prononcierte Positionen im Rechts-Links-Spektrum, sondern die politische Mitte, wo politische Entfremdung besonders resistent gegenüber verändernden Einflüssen bleibt. Wir können also für die politische Entfremdung drei stabilisierende Komponenten des umfassenden Einstellungssystems festhalten: politischen Traditionalismus, politischen Rigorismus und politische Indifferenz, wobei sich politischer Rigorismus besonders stark auswirkt.

Tabelle 4.14a Übergangsquoten zwischen den Skalen

Demokratie t2		Konservatismus t4 konservativ		progressiv	n=
		x	x	x	n=
machiavellistisch	x	40	26	34	199
↓	x	23	33	43	205
demokratisch	x	16	29	55	181
(n=)		(156)	(172)	(257)	585

Konservatismus t2		Demokratie t4 machiavellistisch		demokratisch	n=
		x	x	x	n=
konservativ	x	36	37	27	177
↓	x	32	33	35	205
progressiv	x	19	31	50	201
(n=)		(167)	(197)	(219)	583

Efficacy t3		Konservatismus t4 konservativ		progressiv	n=
		x	x	x	n=
entfremdet	x	47	33	20	152
↓	x	34	36	29	154
integriert	x	15	34	52	252
(n=)		(162)	(191)	(205)	558

		Demokratie t4 machiavellistisch		demokratisch	n=
		x	x	x	n=
		43	32	26	152
↓		26	34	41	158
		18	23	59	259
		(153)	(161)	(265)	579

Auch die übrigen Einstellungsbereiche zeigen solche Verknüpfungen von Stabilität und Instabilität. Besonders deutlich ist die Beziehung zwischen Toleranz (D-Skala) und politischem Selbstbewußtsein (E-Skala). Politische Mobilität korrespondiert hier nicht eindeutig mit Positionen im Rechts-Links-Spektrum. Bei Jugendlichen, die ihre Position im rechten Teil des politischen Spektrums sehen, ist politische Toleranz stabiler und politischer Rigorismus instabiler als bei denjenigen im linken Bereich. Dies ist insofern bemerkenswert, als bisher gern hervorgehoben wird, daß politische Toleranz, ein reflektiertes Demokratieverständnis vorzugsweise mit linken ideologischen Positionen zusammengeht (Kaase 1972). Offensichtlich sind im linken politischen Spektrum auch gegenteilige Positionen, nämlich politischer Rigorismus, der Einzelinteressen den Gemeininteressen radikal unterordnet, sehr veränderungsresistent.

E-Skala (t34)

		K-Skala in t2			D-Skala in t2			R-L-Skala in t3		
t34	Befr. ges.	konser.	x	progr.	machiavel.	x	demokr.	Links	Mitte	Rechts
entfremdet	.52	.58	.54	.38	.67	.36	.46	.40	.64	.50
	.36	.42	.34	.33	.37	.31	.37	.28	.41	.41
integriert	.68	.63	.65	.72	.54	.64	.80	.66	.72	.68

K-Skala (t24)

		D-Skala in t2			E-Skala in t1			R-L-Skala in t2		
t24	Befr. ges.	machiavel.	x	demokr.	entfr.	x	integr.	Links	Mitte	Rechts
konservativ	.44	.49	.40	.29	.53	.60	.18	.47	.48	.38
	.38	.30	.46	.34	.37	.45	.30	.37	.44	.34
progressiv	.67	.48	.72	.66	.46	.64	.76	.76	.55	.57

D-Skala (t24)

		K-Skala in t2			E-Skala in t1			R-L-Skala in t2		
t24	Befr. ges.	konser.	x	progr.	entfr.	x	integr.	Links	Mitte	Rechts
machiavellistisch	.45	.47	.44	.46	.48	.50	.33	.45	.52	.39
	.42	.47	.43	.39	.37	.45	.46	.50	.42	.30
demokratisch	.57	.50	.53	.61	.31	.61	.62	.55	.57	.63

R-L-Skala (t12, t23, t34)

		E-Skala in t1					D-Skala in t2			K-Skala in t2		
t12	Befr. ges.	entfr.	x	integr.	t23	Befr. ges.	machiavel.	x	demokr.	konser.	x	progr.
Links	.72	.52	.67	.83	Links	.70	.58	.79	.76	.60	.65	.84
Mitte	.48	.51	.47	.48	Mitte	.54	.52	.60	.52	.51	.62	.48
Rechts	.54	.56	.59	.56	Rechts	.69	.68	.60	.57	.66	.59	.54

E-Skala in t3

t34	Befr. ges.	entfr.	x	integr.
Links	.71	.68	.68	.74
Mitte	.56	.62	.63	.45
Rechts	.58	.46	.62	.61

5.7 Die Stabilität der Einstellungen und politisches Interesse

Die stabilisierenden Effekte des politischen Interesses entsprechen den synchronen Korrespondenzen zwischen politischem Interesse und politischen Einstellungen: Je stärker das politische Interesse, um so stabiler sind die Skalenpole "integriert", "demokratisch", "progressiv"; je schwächer das politische Interesse, desto stabiler sind die entgegengesetzten Einstellungsbereiche. Besonders stark ist die Korrespondenz zwischen politischem Interesse einerseits und politischer Kompetenz wie politischer Immobilität andererseits. So beträgt die längerfristige Stabilitätswahrscheinlichkeit (t14) politischer Entfremdung in der Befragtengruppe mit starkem politischem Interesse nur .18, in der Befragtengruppe mit schwachem politischem Interesse jedoch .57. Umgekehrt beträgt hier die Stabilitätswahrscheinlichkeit politischen Selbstbewußtseins in der Befragtengruppe mit starkem politischem Interesse .78, bei schwachem politischem Interesse .31 (Tabelle 4.15). In ähnlicher Weise ist politischer Traditionalismus in der Befragtengruppe mit starkem politischem Interesse sehr instabil (.19), politische Mobilität sehr stabil (.77). In der Befragtengruppe mit schwachem politischem Interesse steigt die Stabilitätswahrscheinlichkeit einer traditionalistischen Grundhaltung auf .47.

Bei der Rechts-Links-Skala korrespondiert schwaches politisches Interesse mit einer vergleichsweise sehr stabilen Position in der politischen Mitte, für beide Pole wirkt starkes politisches Interesse stabilisierend, insbesondere für Positionen im linken Teil des Spektrums.

Das politische Interesse beeinflußt auch die gegenseitigen Stabilisierungen zwischen den Skalen, es verstärkt oder hemmt in der Regel die systematische diachronische verknüpfung (Tabelle 4.16).

Tabelle 4.15 Stabilität von Skalenpositionen nach politischem Interesse (p)

E-Skala

	Stabilitäten in t13 politisches Interesse			Stabilitäten in t34 politisches Interesse			Stabilitäten in t14 politisches Interesse		
	stark	mäßig	schwach	stark	mäßig	schwach	stark	mäßig	schwach
entfremdet	.30	.41	.52	.32	.43	.63	.18	.40	.57
	.26	.31	.30	.25	.36	.39	.31	.42	.25
integriert	.82	.67	.29	.79	.67	.46	.78	.71	.31

	D-Skala t24 politisches Interesse				K-Skala t24 politisches Interesse		
	stark	mäßig	schwach		stark	mäßig	schwach
machiavellistisch	.35	.47	.49	konservativ	.19	.44	.47
	.31	.46	.46		.41	.29	.58
demokratisch	.61	.63	.44	progressiv	.77	.68	.57

R-L-Skala

	t12			t23			t34		
	stark	mäßig	schwach	stark	mäßig	schwach	stark	mäßig	schwach
Links	.79	.75	.58	.83	.72	.58	.85	.70	.52
	.39	.36	.60	.46	.44	.63	.41	.54	.63
Rechts	.64	.49	.63	.64	.65	.56	.71	.55	.51

Tabelle 4.16 Stabilität von Positionen auf der E-Skala (t34) nach politischem Interesse und Positionen auf anderen Skalen (p)

	Politisches Interesse, D-Skala t2								
	stark			mäßig			schwach		
t34	machiavel.	x	demokr.	machiavel.	x	demokr.	machiavel.	x	demokr.
entfremdet	.60*	.10*	.43*	.44	.47	.29	.75	.44	.52
	.24	.13	.40*	.32	.44	.33	.53	.26	.39
integriert	.93	.77	.79	.63	.60	.77	.17	.46	1.00*
	K-Skala t2								
	stark			mäßig			schwach		
t34	konser.	x	progr.	konser.	x	progr.	konser.	x	progr.
entfremdet	.43	.25	.30	.39	.60	.33	.72	.56	.46
	.13	.25	.36	.53	.29	.29	.50	.38	.31
integriert	.75	.74	.86	.75	.70	.60	.22	.38	.65
	R-L-Skala t3								
	stark			mäßig			schwach		
t34	Links	Mitte	Rechts	Links	Mitte	Rechts	Links	Mitte	Rechts
entfremdet	.11*	1.00*	.46*	.40	.50*	.36*	.56	.71	.55
	.24	.14*	.50*	.29	.29*	.50	.28	.52	.28
integriert	.77	.79	.87	.62	.85*	.65	.43	.54	.40*
t12	R-L-Skala t1								
entfremdet	.50*	.20*	.22*	.25	.55	.41	.45	.59	.43
	.33	.33*	.08*	.20	.25	.36	.38*	.41	.06*
integriert	.80	.88	.82	.73	.71	.53	.46*	.29*	.10*

*) $n < 15$

Die wechselseitigen Stabilisierungseffekte von politischen Positionen treten um so stärker hervor, je schwächer das politische Interesse ist (K-Skala/E-Skala; D-Skala/E-Skala), d.h. wenn kein politisches Interesse vorhanden ist, sind Einstellungen durchgängig stabil in mehreren Bereichen, oder sie sind überall instabil. Im ersteren Fall dürfte es sich dann um ein ganz bewußtes politisches Desinteresse handeln, nicht um eine auf Informationsmangel beruhende politische Gleichgültigkeit.

Im Gegensatz zu desinteressierten Jugendlichen gibt es bei politisch stark interessierten auch ein Junktim zwischen "linken" Positionen und Reformbereitschaft, desgleichen ein Junktim "rechter" Positionen mit stabiler politischer Toleranz.

Politisches Interesse modifiziert also die gegenseitigen Stabilisierungseffekte der Skalen. Es wirkt prinzipiell stabilisierend auf Skalenbereiche "selbstbewußt, demokratisch tolerant und antitraditionalistisch". Bei schwachem politischem Interesse sind die entgegengesetzten Einstellungsbereiche besonders stabil. Ein erklärenswerter Befund bleibt es, daß die Stabilisierungseffekte bei schwachem politischem Interesse zum Teil besonders deutlich hervortreten, und zwar sind es Beziehungen zwischen den Skalenbereichen, die nicht gerade typische Einstellungen von politisch desinteressierten Jugendlichen wiedergeben; so zwischen politischem Selbstbewußtsein und politischer Toleranz. Eine eher spekulative Erklärung bestünde darin, daß bei Jugendlichen, die wann auch immer trotz Desinteresse eine demokratische Haltung, politisches Selbstbewußtsein oder andere charakteristischerweise korrespondierende Einstellungen aufweisen, diese Haltungen erst dann stabil sind, wenn sie durch Einstellungen in anderen Bereichen abgestützt sind. Eine Verknüpfung eines Einstellungsbereiches mit anderen Bereichen verhindert hier eine Destabilisierung, die "normalerweise" durch Depolitisierung hervorgerufen wird. Dies wäre dann ein Hinweis auf die Interdependenz, aber auch auf die relative Autonomie von Einstellungsänderungen gegenüber politischem Interesse.

Tabelle 4.17 Stabilität von Positionen auf der K-Skala (t24) nach politischem Interesse und Positionen auf anderen Skalen (p)

	Politisches Interesse, D-Skala t2								
	stark			mäßig			schwach		
t24	machiav.	x	demokr.	machiav.	x	demokr.	machiav.	x	demokr.
konservativ	.20	.09	.30	.38	.48	.50*	.65	.47	.14*
	.36	.53	.33	.26	.32	.27	.32	.58	.44
progressiv	.56*	1.0	.71	.60*	.64	.74	.38	.57	.48

	E-Skala t1								
	stark			mäßig			schwach		
t24	entfr.	x	integr.	entfr.	x	integr.	entfr.	x	integr.
konservativ	.29*	.44*	.06	.40	.57	.36	.68	.71	.20
	.44*	.64*	.28	.28	.32	.28	.42	.56	.36
progressiv	.50*	.81	.78	.69	.52	.81	.28	.61	.64

	R-L-Skala t2								
	stark			mäßig			schwach		
t24	Links	Mitte	Rechts	Links	Mitte	Rechts	Links	Mitte	Rechts
konservativ	.17*	.10*	.29*	.42	.58	.39	.64	.57	.44
	.43	.22*	.47	.36	.31	.14	.30	.59	.43
progressiv	.81	.60*	.75	.73	.64	.56	.67	.48	.39*

*) $n < 15$

Tabelle 4.18a Stabilität von Positionen auf der D-Skala (t24) nach politischem Interesse und Positionen auf anderen Skalen (p)

	Politisches Interesse, K-Skala t2								
	stark			mäßig			schwach		
	konser.	x	progr.	konser.	x	progr.	konser.	x	progr.
machiavellistisch	.20	.50	.38+	.49	.39	.50	.54	.46	.50
	.46+	.29	.26	.50	.44	.44	.46	.47	.45
demokratisch	.44+	.75	.59	.67	.46	.81	.38	.38	.50
	E-Skala t1								
	stark			mäßig			schwach		
	entfr.	x	integr.	entfr.	x	integr.	entfr.	x	integr.
machiavellistisch	.30	.46	.25	.52	.48	.42	.50	.54	.36
	.22	.36	.30	.30	.59	.50	.46	.35	.60
demokratisch	.33	.69	.64	.44	.59	.67	.24	.56	.50
	R-L-Skala t2								
	stark			mäßig			schwach		
	Links	Mitte	Rechts	Links	Mitte	Rechts	Links	Mitte	Rechts
machiavellistisch	.53	.29+	.17+	.42	.56	.48	.46	.53	.43
	.38	.50+	.14	.55	.27+	.38	.50	.48	.38
demokratisch	.55	.63	.79	.59	.71+	.67	.50	.41	.40

+) n < 15

Tabelle 4.18b Stabilität von Positionen auf der R-L-Skala nach politischem Interesse und Positionen auf anderen Skalen (p)

	Politisches Interesse, E-Skala t1								
	stark			mäßig			schwach		
R-LSkala	entfremdet	x	integriert	entfremdet	x	integriert	entfremdet	x	integriert
t12									
Links	.83+	.64	.81	.48	.79	.88	.48	.50+	.79+
Mitte	.00	.33+	.50	.39	.24	.41	.63	.64	.50+
Rechts	.55+	.71	.65	.45	.54	.47	.65	.65	.50+
	E-Skala t2								
t34									
Links	.89+	.88	.83	.67	.67	.73	.59	.47	.55
Mitte	.00+	.43+	.45	.50+	.86+	.50+	.68	.64	.40
Rechts	.64+	.67+	.74	.58+	.52	.50	.34	.72	.60+
	D-Skala t2								
	machiav.	x	demokr.	machiav.	x	demokr.	machiav.	x	demokr.
t23									
Links	.83	.79	.90	.58	.86	.67	.42	.72	.63
Mitte	.14+	1.0+	.47	.31	.36+	.75*	.68	.65	.50
Rechts	.67+	.71+	.55	.71	.63	.63	.64	.53	.53
	K-Skala t2								
	konser.	x	progr.	konser.	x	progr.	konser.	x	progr.
t23									
Links	.83+	.72	.90	.48	.69	.90	.68	.50	.56
Mitte	.30+	.67+	.40	.50+	.46+	.27+	.60	.66	.62
Rechts	.79	.59	.56	.57	.81	.53	.70	.45	.50

+) $n < 15$

5.8 Beziehungen zwischen Parteipräferenzen und anderen Einstellungsbereichen

Im Verlauf des Befragungszeitraumes sind die Parteipräferenzen insgesamt stabiler geworden, dies betrifft in erster Linie die SPD-Präferenzen. Dies geht nicht darauf zurück, daß die Fluktuationen zwischen CDU und SPD geringer geworden sind, vielmehr haben der Austausch zwischen SPD und FDP sowie andere Wechselkombinationen abgenommen. Bei desinteressierten Jugendlichen sind CDU/CSU-Präferenzen häufiger stabil, bei Jugendlichen mit "mäßigem" politischem Interesse sind es SPD-Präferenzen, bei stark interessierten die FDP-Präferenzen. Direkte Fluktuationen zwischen CDU und SPD sind in der Befragtengruppe mit schwachem politischem Interesse besonders groß. In dieser Befragtengruppe finden sich auch besonders häufig Wechselkombinationen, die mittelfristig mehrere Parteien betreffen. Der Austausch zwischen SPD und FDP findet sich besonders oft in der Gruppe mit "mäßigem" politischem Interesse. Dieser Effekt des politischen Interesses besteht invariant in allen Befragungszeitspannen, auch hinsichtlich Stabilität und Wechselkombinationen über den gesamten Zeitraum (Tabelle 4.19). Das politische Interesse beeinflußt somit die Stabilität der Präferenzen parteispezifisch, aber auch Veränderungsrichtungen und die Intensität der Veränderungen.

Politische Kompetenz korrespondiert vergleichsweise häufig mit stabilen SPD- und FDP-Präferenzen, politische Entfremdung etwas häufiger mit stabilen CDU/CSU-Präferenzen wie auch mit Präferenzwechseln zwischen CDU und SPD. Diese Asymmetrien sind invariant gegenüber den verschiedenen Zeitspannen, für die die Zusammenhänge analysierbar sind.

Die Differenzierung nach der D-Skala bringt weniger parteispezifische Besonderheiten, sieht man davon ab, daß Befragte mit FDP-stabilen Präferenzen vergleichsweise häufiger auch politische Toleranz vertreten. Vielmehr differenziert die D-Skala zwischen allgemeiner Stabilität einerseits und Präferenzwechsel andererseits: Toleranz korrespondiert allgemein mit stabilen Parteipräferenzen (besonders FDP), politischer Rigorismus mit Instabilität von Präferenzen (Tabelle 4.19).

Der Zusammenhang zwischen K-Skal. und der Stabilität von Parteipräferenzen entspricht dem Parteienspektrum, ist aber nur sehr schwach: politischer Traditionalismus steht in keinem Zusammenhang mit der Stabilität von Parteienpräferenzen.

Das Rechts-Links-Spektrum differenziert erwartungsgemäß sehr deutlich zwischen den Parteien. Zwei Aspekte dieses Zusammenhangs sind maßgebend: worin unterscheiden sich CDU/CSU einerseits und SPD und FDP andererseits in ihrer Fixierung, und ändert sich diese Fixierung im Befragungszeitraum? Für den "Querschnitt" ergibt sich, daß bei "linken" ideologischen Positionen eine stabile CDU/CSU-Präferenz sehr selten ist (4 %). Andererseits kommen SPD-stabile Präferenzen bei "rechter" ideologischer Position wesentlich häufiger vor (in t1 15 %). Befragte mit stabilen FDP-Präferenzen stufen sich vorzugsweise auf linken Positionen oder in der politischen Mitte ein. Die entsprechenden Asymmetrien finden sich gleichfalls in Befragtengruppen mit den spezifischen Präferenzenwechseln. Fluktuationen zwischen CDU und SPD vollziehen sich vorzugsweise auf der Basis "rechter" ideologischer Positionen, Fluktuationen zwischen SPD und FDP basieren auf linken Positionen, andere Wechselkonstellationen korrespondieren mit Positionen in der politischen Mitte. Im Verlauf der Befragung tritt insofern eine Polarisierung ein, als die Parteipräferenzen zur CDU/CSU sowie zur SPD stabiler werden, und zwar auf der Basis von "rechten" Positionen bei CDU/CSU-Präferenten und von "linken" Positionen bei SPD-Präferenten. Dieser Zuwachs an stabilen Parteipräferenzen geht darauf zurück, daß die Fluktuationen zwischen CDU und SPD in der Befragtengruppe mit "rechter" ideologischer Orientierung zurückgegangen sind. In der Befragtengruppe mit "linker" Position ist die Fluktuation zwischen SPD und FDP zugunsten einer stabilen SPD-Präferenz zurückgegangen. Die Beziehungen zwischen Rechts-Links-Skala und Parteipräferenzen sind also zum einen parteienspezifisch, d.h. das Rechts-Links-Schema entspricht nicht genau dem Parteienschema, zum anderen sind die Beziehungen bei aller struktureller Konstanz doch zeitlich variabel. [1)]

[1)] Die Asymmetrie der Rechts-Links-Dimension findet sich auch in der Struktur des Parteiensystems, wie es von der Erwachsenenbevölkerung in der Bundesrepublik perzipiert wird. Vgl. dazu Does 1977b.

5.9 Die Parallelität von Veränderungen

Die Fluktuationen der Parteipräferenzen zwischen CDU und SPD korrespondieren mit folgenden Skalenpositionen:

Eine Veränderungsrichtung von einer anfangs toleranten Haltung hin zu politischem Rigorismus korrespondiert mit einem Austausch zwischen den beiden großen Parteien sowohl von der CDU zur SPD als auch umgekehrt. Wir erinnern uns, daß Fluktuationen zwischen den beiden großen Parteien nicht (nur) als Ausdruck von reflektierter politischer Meinungsveränderung zu sehen ist, sondern bei einem Teil der Befragten auch auf politische Indifferenz und Gleichgültigkeit zurückgeht. Hier besteht ein gemeinsamer Nenner, auf den auch politische Intoleranz und politischer Rigorismus bezogen werden kann. Es ist noch hervorzuheben, daß eine stabil tolerante Haltung besonders häufig unter stabilen FDP-Wählern zu finden ist (Tabelle 4.20).

Wechsel zwischen CDU-Präferenzen und SPD-Präferenzen korrespondieren mit Fluktuationen auf der K-Skala. Dabei ist politische Reformbereitschaft stärker an SPD-Präferenzen gebunden als umgekehrt eine traditionalistische Haltung an CDU-Präferenzen.

Parteien und Rechts-Links-Spektrum sind so stark aufeinander bezogen, daß Stabilitäten und Veränderungen sehr deutlich miteinander korrespondieren und beide Variablen nahezu synonym verwendet werden können.

Je nach dem politischen Interesse der Befragten treten folgende Verknüpfungen deutlicher hervor.

Verknüpfungen zwischen Stabilitäten und Fluktuationen betreffen in erster Linie die Parteipräferenzen und die Position im Rechts-Links-Spektrum, demokratische Toleranz stabilisiert und verändert sich unabhängig von den Parteipräferenzen. Allerdings differenziert hier das politische Interesse. Grundsätzlich korrespondiert politische Toleranz bei starkem politischem Interesse sehr deutlich mit CDU-Präferenzen. Außerdem sind die Beziehungen zwischen Rechts-Links-Spektrum und Parteipräferenzen bei starkem politischem Interesse deutlicher zu erkennen. Es ist ein Hinweis darauf, daß bei starkem politischem Interesse die Verflechtung zwischen Einstellungsbereichen wie auch

die Parallelität von Veränderungen der Einstellungen deutlicher zum Vorschein kommen.

Ansonsten sieht die Stabilitätskette zwischen den Skalen folgendermaßen aus: integriert, demokratisch, antitraditionalistisch, interessiert. Andererseits sind die Gegenpole der Skalen gleichfalls in ihrer Stabilität miteinander verknüpft. Politisches Selbstbewußtsein (E-Skala) korrespondiert dabei vorzugsweise mit stabilen Linkspositionen, stabile Rechtspositionen sind unabhängig von stabilen Positionen auf der E-Skala (Tabellen 4.23, 4.24, 4.25).

Ähnlich verhält es sich mit parallelen Fluktuationen. Die Entwicklung politischer Toleranz korrespondiert mit der Entwicklung politischen Selbstbewußtseins sowie politischer Mobilität bzw. Antitraditionalismus und umgekehrt. Besonders deutlich ist hier der Zusammenhang zwischen Toleranz und Antitraditionalismus. Antitraditionalismus, verstanden als Offenheit gegenüber politischer Veränderung, ist bei Jugendlichen unabhängig von politischen Positionen im Rechts-Links-Spektrum.

Bei starkem politischem Interesse treten Korrespondenzen in der Regel stärker hervor. Hier ist vor allem die Parallelität zwischen Fluktuationen nach rechts und Entwicklung von politischer Frustration (E-Skala) sowie von Fluktuationen nach links und der Entwicklung politischen Selbstbewußtseins hervorzuheben.

Es bleibt noch der Zusammenhang zwischen simultanen Veränderungen des politischen Interesses und Veränderungen in den Einstellungsbereichen festzustellen. Koppelungen von Veränderungen und Stabilitäten des politischen Interesses mit Veränderungen des politischen Selbstbewußtseins sind für die Zeitspanne t1 - t3 sehr deutlich. Wachsendes politisches Interesse korrespondiert vorzugsweise mit wachsendem poli-

tischem Selbstbewußtsein, schwindendes Interesse geht mit wachsender Entfremdung zusammen. Die Koppelungen zwischen den Stabilitäten sind entsprechend. Stabil starkes politisches Interesse korrespondiert mit stabilem politischem Selbstbewußtsein, stabil schwaches bzw. mäßiges politisches Interesse mit stabiler politischer Entfremdung. Für die Zeitspanne t3 - t4 bestehen nur noch die Verknüpfungen bezüglich der Stabilitäten. Die Verbindung zwischen Veränderungen in verschiedenen Variablenbereichen ist also selbst zeitlich variabel (Tabelle 4.30).

Sinkendes politisches Interesse ist darüber hinaus mit wachsendem politischem Rigorismus und politischem Traditionalismus wie auch mit politischer Indifferenz bzw. Fluktuationen nach rechts verbunden (Tabelle 4.31).

Die Beziehungen zwischen Veränderungen des politischen Interesses und anderen Einstellungsänderungen sind teils zeitlich stabil, teils vorübergehender Natur; sie sind teils umfassend und beziehen sich auf Stabilitäten wie auf Veränderungen, zum Teil sind sie spezifisch, beziehen sich entweder nur auf Stabilitäten oder auf bestimmte Änderungsrichtungen. Wesentlich erscheint uns vor allem die Beziehung zwischen Parteipräferenzen bzw. politischer Indifferenz (R-L-Spektrum), politischer Kompetenz und politischem Interesse. Möglicherweise ist es der Zusammenhang mit der derzeitigen Rollenverteilung zwischen den Parteien in der Bundesrepublik, weswegen eine "Rechts"-veränderung mit politischer Skepsis, eine "Links"-veränderung mit politischer Integriertheit korrespondiert. Dieser Zusammenhang ist bei politisch interessierten Jugendlichen besonders deutlich zu erkennen.

Tabelle 4.19a Stabilität und Wechsel von Parteipräferenzen (%)

	Befragte insgesamt					nach politischem Interesse											
	t12	t23	t34	t123	t1234	stark	mäßig t12	schw.	stark	mäßig t23	schw.	stark	mäßig t34	schw.	stark	mäßig t34	schw.
stabil:																	
CDU/CSU	18	19	20	12		18	13	23	20	15	21	20	17	22	16	8	13
SPD	23	29	33	18		21	27	20	28	34	24	34	34	33	19	22	13
FDP	9	7	8	4		14	8	6	11	6	3	9	8	5	8	4	2
Wechsel zw.																	
CDU u. SPD	11	11	11	12		7	11	14	8	10	15	8	10	13	8	10	17
SPD u. FDP	16	12	12	18		15	19	15	11	17	10	11	16	9	17	22	15
andere	21	22	17	36		20	21	22	19	19	28	16	16	19	32	34	40

	nach Positionen auf der E-Skala								
	... in t1			... in t3			... in t2		
Stabilität der Präferenz:	entfr.	in t12	integr.	integr.	in t34	entfr.	entfr.	in t123	integr.
CDU/CSU	18	23	15	21	19	18	12	16	11
SPD	22	20	25	31	29	38	14	17	21
FDP	8	6	13	4	9	8	4	2	7
Wechsel zw.									
CDU u. SPD	13	14	8	15	11	8	16	11	10
SPD u. FDP	16	16	17	12	11	13	16	15	22
andere	24	20	18	17	22	15	39	38	29

Tabelle 4.19b Stabilität und Wechsel von Parteipräferenzen (%)

	nach D-Skala (in t2)						nach K-Skala (in t2)					
	machiav.	t23	demokr.	machiav.	t123	demokr.	konser.	t23	progr.	konser.	t123	progr.
stabil:												
CDU/CSU	19	17	22	14	10	15	21	20	16	14	14	11
SPD	27	31	30	17	19	28	29	27	31	18	16	21
FDP	3	7	10	2	5	6	6	5	9	3	4	6
Wechsel zw.												
CDU u. SPD	12	10	8	10	12	11	9	16	8	10	17	8
SPD u. FDP	13	14	10	16	19	19	14	12	12	19	16	19
andere	25	21	20	41	35	31	22	19	24	36	34	36

	nach R-L-Skala											
	t1			t2			t3			t1		
	Links	Mitte t12	Rechts	Links	Mitte t23	Rechts	Links	Mitte t34	Rechts	Links	Mitte t123	Rechts
stabil:												
CDU/CSU	4	21	36	3	15	46	3	18	48	3	14	25
SPD	32	20	15	44	23	11	50	28	13	26	14	12
FDP	11	9	6	8	9	3	8	9	6	6	5	2
Wechsel zw.												
CDU u. SPD	5	11	19	6	12	18	7	15	13	6	13	20
SPD u. FDP	24	14	7	17	10	8	17	12	5	26	15	10
andere	18	24	18	21	31	15	14	18	17	35	39	32

Tabelle 4.20 Parallelität von Parteipräferenzwechsel und Wechsel von Skalenpositionen (%)

	Stabilität und Wechsel der Parteipräferenzen					
	CDU	SPD	FDP	CDU-SPD	SPD-CDU	KOAL
D-Skala t24						
12, 23, 13*)	28	29	27	25	29	33
32, 21, 31	18	22	21	32	29	19
11	18	17	9	14	21	14
22	11	15	16	21	8	14
33	24	17	27	7	13	19
n=	115	167	44	28	24	72
K-Skala t24						
12, 23, 13	26	28	39	33	15	37
32, 21, 31	23	15	28	27	39	21
11	17	14	2	17	19	11
22	16	14	7	17	12	12
33	18	28	24	7	15	19
n=	116	173	46	30	26	73
R-L-Skala t13						
12, 23, 13	28	14	23	6	48	14
32, 21, 31	14	29	15	58	2	26
11	0	39	40	10	5	39
22	14	13	17	14	17	16
33	42	3	6	14	29	7
n=	99	150	53	52	42	93
R-L-Skala t24						
12, 23, 13	13	10	19	12	54	29
32, 21, 31	17	15	27	52	12	20
11	1	53	27	9	4	33
22	15	14	23	12	19	13
33	53	2	4	12	12	5
n=	121	177	48	33	26	76

+) Die Zeitspanne für die Parteipräferenzwechsel entsprechen jeweils denjenigen für die Skalen

*) + = Veränderung in Richtung folgender Skalenpole: integriert, tolerant, progressiv, rechts, politisch interessiert
- = dito ...: entfremdet, rigoros, konservativ, links, desinteressiert
11 = Stabilität der Skalenpole wie unter "-"
22 = Stabilität des mittleren Skalenbereichs
33 = Stabilität der Skalenpole wie unter "+"

Tabelle 4.21 Parallele Stabilität und Wechsel von Parteipräferenzen und Skalenpositionen nach politischem Interesse (%)

	politisches Interesse																	
	stark						mäßig						schwach					
	CDU	SPD	FDP	CDU SPD	SPD CDU	KOAL	CDU	SPD	FDP	CDU SPD	SPD CDU	KOAL	CDU	SPD	FDP	CDU SPD	SPD CDU	KOAL
D-Skala t24																		
12, 23, 13 *)	35	32	20	40	50	19	19	29	39	14	33	39	26	26	20	27	18	39
32, 21, 31	9	18	10	40	25	33	22	24	15	0	22	12	23	24	50	40	36	17
11	9	9	5	0	0	5	25	13	8	29	11	15	21	31	20	13	36	22
22	6	14	20	0	0	10	13	19	23	43	11	19	15	10	0	20	9	9
33	41	27	45	20	25	33	22	15	15	14	22	15	15	10	10	0	0	13
n=	34	44	20	5	4	21	32	68	13	7	9	26	47	51	10	15	11	23
K-Skala t24																		
12, 23, 13	34	28	35	20	50	24	26	25	44	57	20	44	17	31	33	29	0	44
32, 21, 31	17	6	25	20	25	33	36	16	25	14	40	19	21	22	44	35	42	9
11	9	6	0	0	0	0	19	12	0	14	20	15	23	24	11	24	25	13
22	14	12	10	40	0	19	7	16	6	14	0	4	23	14	0	12	25	17
33	26	48	30	20	25	24	13	29	25	0	20	19	17	10	11	0	8	17
n=	35	50	20	5	4	21	31	68	16	7	10	27	48	51	9	17	12	23

*) Vgl. Tabelle 4.20

Tabelle 4.22 Parallele Stabilität und Wechsel von Parteipräferenzen und Skalenpositionen nach politischem Interesse (%)

	CDU	SPD	FDP	CDU SPD	SPD CDU	KOAL	CDU	SPD	FDP	CDU SPD	SPD CDU	KOAL	CDU	SPD	FDP	CDU SPD	SPD CDU	KOAL
R-L-Skala t13																		
12, 23, 13*)	17	13	14	13	63	21	35	14	32	0	39	7	34	16	25	8	45	17
32, 21, 31	17	22	14	38	0	25	15	36	9	75	0	36	6	25	25	58	5	19
11	0	58	52	38	13	54	0	35	41	0	8	42	0	25	13	8	0	25
22	17	2	14	13	0	0	4	7	18	0	23	7	20	32	25	15	20	33
33	49	0	5	0	25	0	46	7	0	25	31	10	37	2	13	12	30	6
n=	35	58	21	8	8	24	26	58	22	16	13	31	35	44	8	26	20	36
R-L-Skala t24																		
12, 23, 13	9	8	24	6	50	24	12	17	19	0	80	19	16	23	10	21	33	40
32, 21, 31	17	17	14	100	0	14	12	12	31	63	0	30	20	17	40	37	25	16
11	0	71	43	0	0	57	0	55	19	25	10	41	2	31	10	0	0	8
22	6	4	19	0	25	0	12	13	19	0	10	11	24	23	40	21	25	28
33	69	0	0	0	25	5	64	1	13	13	0	0	36	6	0	16	17	8
n=	35	52	21	5	4	21	33	69	16	8	10	27	50	52	10	19	12	25
E-Skala t13																		
12, 23, 13	29	30	32	25	29	21	46	35	32	47	27	38	38	19	0	27	39	35
32, 21, 31	13	8	11	13	29	11	19	35	16	13	36	10	31	31	20	41	11	28
11	7	8	5	0	0	0	8	18	16	13	27	7	21	22	40	27	33	28
22	3	5	5	0	14	5	8	10	11	20	0	14	10	11	20	0	17	3
33	48	49	47	63	29	63	19	20	26	7	9	31	0	17	20	5	0	7
n=	31	37	19	8	7	19	26	51	19	15	11	29	29	36	5	22	18	29

*) Vgl. Tabelle 4.20

Tabelle 4.23 Parallele Stabilität und Wechsel von Skalenpositionen (%)

	E-Skala t13					
	12, 23 13	32, 21 31	11	22	33	n=
R-L-Skala t13						
12, 23, 13*)	25	25	27	16	11	112
32, 21, 31	31	24	18	18	20	125
11	16	19	9	28	48	128
22	11	14	32	22	9	81
33	16	17	13	14	12	76
D-Skala t24						
12, 23, 13	36	25	29	29	26	149
32, 21, 31	23	22	29	17	21	113
11	13	22	29	25	3	80
22	16	19	11	19	10	73
33	13	12	3	10	39	85
K-Skala t24						
12, 23, 13	23	27	31	28	33	144
32, 21, 31	27	27	17	34	20	116
11	10	19	36	9	2	70
22	17	18	12	6	5	65
33	22	18	4	23	40	118
n=	167	107	79	51	125	529

*) Vgl. Tabelle 4.20

Tabelle 4.24 Parallele Stabilität und Wechsel von Skalenpositionen (%)

	E-Skala t34					
	12, 23 13	32, 21 31	11	22	33	n=
R-L-Skala t34						
12, 23, 13*)	19	25	16	19	11	94
32, 21, 31	24	21	20	13	16	105
11	31	31	14	23	45	174
22	11	12	29	17	10	76
33	14	12	20	26	16	88
D-Skala t24						
12, 23, 13	36	27	20	37	32	156
32, 21, 31	23	27	33	18	16	116
11	11	20	41	20	4	82
22	18	17	4	14	13	71
33	13	9	3	10	36	89
K-Skala t24						
12, 23, 13	33	20	21	46	31	153
32, 21, 31	15	35	23	27	17	117
11	15	10	39	4	4	67
22	17	16	12	10	9	68
33	20	17	5	14	40	120
n=	125	122	77	53	165	542

*) Vgl. Tabelle 4.20

Tabelle 4.25 Parallele Stabilität und Wechsel von Skalenpositionen (%)

	D-Skala					
	12, 23 13	32, 21 31	11	22	33	n=
K-Skala t24						
12, 23, 13*)	46	17	22	24	28	166
32, 21, 31	11	41	27	19	15	124
11	11	11	35	8	3	72
22	12	14	9	25	8	75
33	21	18	6	23	46	127
n=	171	123	88	83	100	565
R-L-Skala t24						
12, 23, 13	22	22	29	19	13	120
32, 21, 31	22	21	19	11	16	107
11	24	26	18	45	36	165
22	10	17	21	16	14	84
33	20	14	12	10	22	93
n=	176	124	90	83	102	575

*) Vgl. Tabelle 4.20

Tabelle 4.26 Parallelität von Veränderungen der Skalenpositionen nach politischem Interesse (%)

	politisches Interesse E-Skala t13														
	stark					mäßig					schwach				
	12, 23 13	32, 21 31	11	22	33	12, 23 13	32, 21 31	11	22	33	12, 23 13	32, 21 31	11	22	33
R-L-Skala t13															
12, 23, 13*)	18	32	50	10	9	24	24	13	10	17	31	25	30	29	0
32, 21, 31	34	14	17	10	16	33	24	29	38	22	24	29	13	0	40
11	29	27	17	60	54	18	27	13	29	39	7	6	6	12	50
22	5	5	0	10	11	6	6	33	0	6	20	25	34	47	10
33	13	18	17	10	11	17	18	13	24	17	17	16	13	6	0
D-Skala t24															
12, 23, 13	46	38	33	44	21	38	10	36	24	41	25	31	29	31	13
32, 21, 31	11	29	50	0	23	21	19	35	14	15	32	22	24	25	25
11	9	14	17	33	3	14	29	22	24	3	14	22	36	19	13
22	14	10	0	11	7	14	26	13	33	15	20	13	9	6	25
33	20	10	0	11	47	13	16	4	5	27	9	11	2	19	25
K-Skala t24															
12, 23, 13	18	14	67	44	35	28	19	42	40	33	20	38	20	6	20
32, 21, 31	13	36	0	22	20	23	19	21	35	14	39	6	18	38	40
11	8	5	17	0	1	8	32	29	10	3	14	19	42	6	0
22	24	14	17	0	5	14	10	8	0	6	18	25	13	19	0
33	37	32	0	33	38	26	19	0	15	44	9	13	7	31	40
n=	38	22	6	10	76	66	33	24	21	36	59	49	47	17	10

*) vgl. Tabelle 4.20

Tabelle 4.27 Parallelität von Veränderungen der Skalenpositionen nach politischem Interesse (%)

	politisches Interesse D-Skala t24														
	stark					mäßig					schwach				
	12, 23 13	32, 21 31	11	22	33	12, 23 13	32, 21 31	11	22	33	12, 23 13	32, 21 31	11	22	33
R-L-Skala t24															
12, 23, 13*)	12	28	31	7	10	23	19	31	14	16	29	20	27	28	14
32, 21, 31	21	17	8	0	20	27	14	19	14	10	19	31	22	14	14
11	39	39	46	73	41	25	31	19	54	39	12	10	9	17	24
22	8	8	0	7	6	5	17	16	6	13	17	22	31	35	29
33	21	8	15	13	22	17	19	13	11	23	20	14	11	7	19
K-Skala t24															
12, 23, 13	41	12	31	33	20	52	19	23	24	37	42	17	18	17	30
32, 21, 31	10	36	39	0	20	10	36	30	20	13	11	48	21	28	5
11	4	3	8	7	2	7	17	30	11	7	22	10	48	3	0
22	14	8	15	27	8	10	14	7	17	3	15	19	9	35	15
33	31	36	8	33	49	22	14	7	26	40	11	6	5	17	50
E-Skala t34															
12, 23, 13	35	24	8	20	2	20	18	31	33	23	31	28	8	30	44
32, 21, 31	8	24	23	27	13	24	29	28	23	15	21	22	28	35	0
11	2	9	23	0	0	4	24	21	3	0	21	30	56	9	11
22	2	3	23	7	2	14	12	10	10	8	19	9	8	9	11
33	52	39	23	47	82	39	18	10	30	54	8	11	0	17	33
n=	48	33	13	15	45	51	34	29	30	26	52	46	39	23	18

*) Vgl. Tabelle 4.20

Tabelle 4.28 Parallelität von Veränderungen auf Skalenpositionen nach politischem Interesse (%)

	politisches Interesse K-Skala t24														
	stark					mäßig					schwach				
	12, 23 13	32, 21 31	11	22	33	12, 23 13	32, 21 31	11	22	33	12, 23 13	32, 21 31	11	22	33
R-L-Skala t24															
12, 23, 13 *)	17	29	14	13	10	18	20	33	25	15	32	18	30	23	19
32, 21, 31	15	27	43	22	11	23	23	19	5	13	21	25	19	20	26
11	28	29	29	44	64	27	25	19	45	52	13	12	16	6	26
22	15	15	0	0	3	8	18	11	10	9	17	22	26	31	22
33	26	26	14	22	13	21	15	19	15	9	17	18	9	20	4
E-Skala t34															
12, 23, 13	28	7	0	25	17	18	18	50	38	18	34	21	14	29	32
32, 21, 31	15	20	17	40	12	9	46	21	19	24	21	34	14	26	14
11	2	10	33	0	2	13	13	17	6	0	15	21	66	26	14
22	0	17	17	0	3	21	10	0	0	8	26	9	3	13	9
33	54	47	33	35	66	39	13	13	38	50	4	16	3	7	32
n=	46	30	6	20	59	56	39	24	16	38	47	44	35	31	22

*) Vgl. Tabelle 4.20

Tabelle 4.29 Stabilität und Wechsel der Skalenpositionen nach politischem Interesse (%)

politisches Interesse: Stabilität u. Wechsel	R-L-Skala t12 stark	R-L-Skala t12 schw.	R-L-Skala t23 stark	R-L-Skala t23 schw.	R-L-Skala t34 stark	R-L-Skala t34 schw.	E-Skala t13 stark	E-Skala t13 schw.	E-Skala t34 stark	E-Skala t34 schw.
12, 23, 13 *)	17	21	13	21	13	23	25	32	19	26
32, 21, 31	15	19	16	19	15	21	15	27	19	23
11	43	13	44	16	48	16	4	26	4	28
22	7	31	7	25	7	23	7	9	5	13
33	16	15	17	16	17	16	50	6	53	11
n=	178	218	178	218	178	218	152	182	164	188

	D-Skala t24 stark	D-Skala t24 schw.	K-Skala t24 stark	K-Skala t24 schw.
12, 23, 13	32	29	28	26
32, 21, 31	22	24	28	24
11	8	22	4	21
22	9	14	13	17
33	30	10	36	13
n=	165	203	174	207

*) Vgl. Tabelle 4.20

Tabelle 4.30 Zusammenhänge zwischen Veränderungen des politischen Interesses und Veränderungen auf Skalenpositionen (%)

	politisches Interesse					
	Veränderung		Stabilität			
	Abnahme	Zunahme	stark	mäßig	schwach	n=
Befr. ges. t12	22	26	14	30	9	617
t23	27	19	15	30	10	617
t34	20	21	16	33	10	617
t14	25	25	12	31	8	617
E-Skala t13						
12, 23, 13*)	18+)	29	10	34	10	167
32, 21, 31	46	17	4	28	6	107
11	19	23	4	33	21	78
22	24	20	8	38	10	50
33	23	22	29	24	2	125
E-Skala t34						
12, 23, 13	22	23	11	34	11	124
32, 21, 31	23	22	12	32	13	120
11	21	22	3	33	21	76
22	17	25	4	42	13	53
33	17	17	32	32	3	163
D-Skala t24						
12, 23, 13	20	27	11	31	11	172
32, 21, 31	33	21	11	30	7	122
11	30	19	4	33	13	90
22	23	13	13	47	9	79
33	29	13	24	26	9	101
K-Skala t24						
12, 23, 13	22	22	12	37	8	167
32, 21, 31	35	17	10	27	11	123
11	26	17	6	36	15	78
22	28	26	13	24	9	78
33	25	20	21	29	4	136

+) Die Zeitspannen für die festgestellten Veränderungen des politischen Interesses entsprechen jeweils den Zeitspannen, die für die Skalen angegeben sind.

*) Vgl. Tabelle 4.20

Tabelle 4.31 Zusammenhänge zwischen Veränderungen des politischen Interesses und Veränderungen auf der R-L-Skala (%)

	politisches Interesse					
	Veränderung		Stabilität			
	Abnahme	Zunahme	stark	mäßig	schwach	n=
R-L-Skala t12						
12, 23, 13 *)	28 +)	26	12	24	11	121
32, 21, 31	13	39	7	35	7	121
11	26	22	22	29	1	126
22	22	21	7	27	23	104
33	20	22	16	35	8	92
t23						
12, 23, 13	41	13	7	30	8	109
32, 21, 31	27	22	13	29	9	109
11	23	19	20	35	3	188
22	28	22	9	20	21	86
33	16	23	16	33	12	106
t34						
12, 23, 13	28	23	7	31	11	114
32, 21, 31	15	31	8	34	12	111
11	18	14	24	40	4	191
22	20	28	7	24	21	85
33	23	18	18	32	8	99

+) Die Zeitspannen für die festgestellten Veränderungen des politischen Interesses entsprechen jeweils den Zeitspannen, die für die Skalen angegeben sind.

*) Vgl. Tabelle 4.20

Koeffizienten der Zwischenzeitkorrelationen

		Cramer's V	Kontingenz
E-Skala	t12	.21	.39
	t34	.18	.33
D-Skala	t24	.13	.25
K-Skala	t24	.12	.23
R-L-Skala	t12	.19	.35
	t23	.17	.31
	t34	.18	.34

Tabelle 4.32 Parallele Veränderungen auf Skalen, Koeffizienten: Cramers V, (Kontingenz)

	Befragte gesamt				stark				mäßig				schwach			
	E-Skala		D-Skala	K-Skala	E-Skala		D-Skala	K-Skala	E-Skala		D-Skala	K-Skala	E-Skala		D-Skala	K-Skala
	t13	t24	t24	t24	t13	t34	t24	t24	t13	t34	t24	t24	t13	t34	t14	t24
D-Skala t24	.20(.38)	.24(.43)			.26(.46)	.30(.51)			.21(.38)	.22(.40)			.16(.30)	.26(.46)		
K-Skala t24	.22(.40)	.24(.44)	.26(.47)		.22(.41)	.27(.47)	.21(.39)		.24(.44)	.28(.49)	.25(.46)		.27(.48)	.28(.49)	.33(.55)	
R-L-Skala t13	.21(.38)				.23(.41)				.21(.39)				.24(.44)			
t24			.14(.28)				.17(.32)	.22(.41)			.19(.35)	.18(.37)			.17(.32)	.18(.3[illegible]
t34		.19(.32)				.17(.32)				.21(.39)				.21(.38)		

Tabelle 4.33 Korrelationen zwischen trichotomischen Skalen

		Efficacy			Demokratie		Konservatismus		Rechts-Links		
		t1	t3	t4	t2	t4	t2	t4	t1	t2	t3
Efficacy	t1										
	t3	.37									
	t4	.37	.47								
Demokratie	t2	.27	.21	.25							
	t4	.28	.34	.47	.32						
Konservatismus	t2	.25	.28	.24	.38	.20					
	t4	.26	.29	.37	.21	.48	.33				
Rechts-Links	t1	-.14	-.12	-.08	-.04	-.02	-.14	-.13			
	t2	-.17	-.10	-.06	-.08	.00	-.22	-.11	.38		
	t3	-.08	-.15	-.11	-.01	-.09	-.09	-.19	.20	.27	
	t4	-.06	-.07	-.15	.01	-.06	-.05	-.16	.15	.18	.54

5.10 Zusammenfassung der Systemanalyse des Einstellungssystems

Die Befunde der Stabilitätsanalyse sprechen für ein probabilistisches, interaktionistisches Einstellungskonzept. Das Wahrscheinlichkeitskonzept bezieht sich auf folgende Ebenen: die Konsistenzebene Einstellung versus manifestes Verhalten, auf die inhaltliche und strukturelle Ebene der internen Stimmigkeit eines Einstellungssystems, außerdem auf die zeitliche Stabilität von Einstellungen wie auf die semantischen Unschärfen, die die Verständigungsmöglichkeit zwischen gestellten Fragen und den individuellen Interpretationsrastern und Konnotationen der Befragten bestimmen; desgleichen auf die verbalen Verständigungsprobleme zwischen Befragten und Forschern. Stabilität von Einstellungen im Sinne wiederholter Identität ist grundsätzlich eine Fiktion.[1] Stabilität und Veränderung sind nicht qualitativ, sondern graduell voneinander verschieden. Stabilität ist als relativ hohe Wahrscheinlichkeit zu definieren, mit der ein Variablenzustand in relativ ähnlicher Form wiederholt vorkommt, Veränderung gäbe die Wahrscheinlichkeit für eine bestimmte Unähnlichkeit in der Wiederholung an. Die Trennung von qualitativem und quantitativem Meßniveau ist künstlich. Eine auf der phänotypischen Ebene nominal erfaßbare Parteipräferenz ist in sich ursächlich bzw. probabilistisch differenziert hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit, zu anderen Zeitpunkten nicht mehr SPD, sondern z.B. CDU zu wählen. Darin unterscheidet sich diese Variable nicht von einer Skala z.B. der politischen Toleranz, in der ein bestimmter quantitativ erfaßter Toleranzwert gleichfalls in sich hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit alternativer Zustände zu späteren Zeitpunkten differenziert ist. Der Unterschied besteht vielleicht darin, daß das nominale Etikett

---

[1] Zur Illustration sei hier das asiatische Sprichwort zitiert, daß man an der selben Stelle eines Flusses das gleiche Wasser nicht zweimal durchqueren kann.

SPD-Präferenz eine breitere Spanne von alternativen Zuständen umfaßt als ein bestimmter quantitativ bezeichneter Skalenwert. Indem wir die Skalen trichotomisiert haben, haben wir sie in diesem Sinne nominalisiert, natürlich mit einem gewissen Informationsverlust über feldinterne detaillierte Stabilitätsfunktionen. Es ist klar, daß sich Stabilitäten von Einstellungen streng genommen nicht vergleichen lassen, solange die Stabilitätsfunktionen nicht standardisiert sind.

Von diesem Stabilitätskonzept aus kann die Systematik zwischen den Einstellungsbereichen in ihren vielfältigen Einzelergebnissen gewürdigt werden. Wir haben festgestellt, daß Stabilitäten und Veränderungen der verschiedenen Variablenbereiche teilweise miteinander verknüpft sind, teilweise unabhängig voneinander sind, teilweise beides nur unter bestimmten Bedingungen, z.B. Vorhandenseins von politischem Interesse. Einstellungen unterscheiden sich in ihrer jeweiligen Stabilitätsfunktion voneinander. Vorangegangene relative Stabilität erhöht die Wahrscheinlichkeit weiterer relativer Stabilität, aber nicht bei allen Variablen in gleicher Weise. Des weiteren unterscheiden sich die Skalenpole untereinander hinsichtlich ihrer Stabilität. Außerdem ändert sich die relative Stabilität eines Einstellungsbereiches je nach Ausgangswerten in anderen Einstellungsbereichen. Nicht zuletzt gibt es parallele Veränderungen, generell oder wiederum unter spezifischen Antezedenzbedingungen. Bei all diesen Zusammenhängen gibt es immer eine große Minderheit, bei der die allgemeine Ausnahme die spezielle Regel bleibt. Diesen Minderheiten etwa ein inkonsistentes Einstellungssystem zu unterstellen, erübrigt sich in einem probabilistischen Einstellungskonzept. "Inkonsistenz" als Abweichung von der allgemeinen Regel ist eine notwendige Folge daraus, daß das Einstellungssystem als assoziatives Gefüge unscharf in seinen Verknüpfungen bleibt. Es gibt allenfalls Verknüpfungen, die auf Strukturen des komplexen Einstellungssystems hindeuten.

Die Unschärfen beruhen kumulativ auf der Diffusheit des Objektbereiches Politik und der Unschärfe der Sprache, in der der Objektbereich gefaßt ist.

Dies müßte von einiger Tragweite für das Verständnis des politischen Sozialisationsprozesses sein. Wenn wir im folgenden versuchen, Stabilitäten, Veränderungen, Entwicklungsprozesse auf Faktoren des Sozialisationsprozesses zurückzuführen, können wir uns nur darauf beschränken, dem komplexen Wechselspiel von Einstellungsänderungen einige Regelhaftigkeit abzugewinnen, nicht aber sie umfassend ursächlich zu erklären.

Von den vielfältigen Zusammenhängen gegenseitiger Stabilisierungen und Destabilisierungen erscheint uns inhaltlich besonders wichtig zu sein, daß politisches Interesse die Stabilität politischer Kompetenz, Toleranz, politischer Offenheit und politischer Positionen überhaupt begünstigt, Desinteresse die entgegengesetzten, negativen Einstellungsbereiche. Politisches Interesse begünstigt auch die Parallelität von Veränderungen, somit die vermutbare Tiefe eines Einstellungswandels; so etwa, wenn Parteipräferenzwechsel mit politischer Skepsis oder politischem Desinteresse korrespondieren.

Die bisherigen Befunde scheinen uns für das Verständnis von Sozialisationsprozessen in folgenden Aspekten bedeutsam:

1. Es scheint aufgrund der Instabilität der Einstellungen zweifelhaft, daß das Primärprinzip universale Bedeutung besitzen kann. Aus gleichen Gründen rechtfertigt sich auch die Skepsis gegenüber der Transmissionsthese. Dem könnte entgegengehalten werden, daß wir spezifische Einstellungsbereiche untersucht haben, die keinen konkreten Bezug auf Handlungskontexte in der konventionellen Staatsbürgerrolle aufweisen. Immerhin trifft jedoch die Instabilität der Einstellungen auch auf die Parteipräferenzen

zu, die ein wichtiger Bezugspunkt für die politische Orientierung der Bürger im politischen Geschehen sind.

2. Zweifel an der Universalität des Strukturierungsprinzips werden dadurch unterstrichen, daß Veränderungen von Einstellungen in relativer Autonomie von anderen Einstellungen vor sich gehen. Das Strukturierungsprinzip ist selbst insofern eine abhängige Variable des Sozialisationsprozesses, als die gegenseitige Verknüpfung von Einstellungsbereichen und die Systematik von korrespondierenden Veränderungen mit dem politischen Interesse verknüpft ist. Den Konzepten der "Toleranzbreite" und der "Zentralität" aus sozialpsychologischen Theorien des Einstellungswandels käme in diesem Sinne wesentliche Bedeutung für den Verlauf des Sozialisationsprozesses selbst zu, da sie Autonomiespielräume des Einstellungswandels indizieren. Veränderungen einer Einstellung sind dann nicht relevant für die Strukturierung, solange sie Toleranzgrenzen nicht tangieren. Diese sind im politischen Bereich aber offensichtlich sehr breit gesetzt.

3. Primärprinzip und Strukturierungsprinzip könnten, wenn nicht auf der bisher analysierten phänotypischen Ebene, so doch auf der genotypischen Ebene eine Rolle spielen. Dies beträfe dann letztlich aber die Verankerung politischen Denkens und Handelns im allgemeinen sozialen Bezugsfeld, etwa wenn es um die Akzeptanz von Autorität im Prinzip geht oder um soziale Kompetenz, Machtstreben usw. Wir verlagern dann die Fragestellung auf den Bereich der "politisch-relevanten" Sozialisation, um explizit "politisches" Verhalten bzw. die Entwicklung und Veränderung "politischer" Einstellungen zu erklären. Die politisch relevante Sozialisation legt die Fundamente für die rudimentäre Akzeptanz der konventionellen politischen Handlungsstrategien, ohne daß die politische Sozialisation exakte Positionen innerhalb der internen Bandbreite des Rollenverständnisses bestimmen kann. Rollenverständnisse

und die assoziierten politischen Einstellungen sind diffus und damit zeitlich immens flexibel. Die Instabilität der Einstellungen und die relative Autonomie der Veränderungen weist darauf hin, daß die Frage nach der Universalität von Wirkungsfaktoren und Sozialisationsverläufen relativiert werden muß. Es kommt nämlich auf Randbedingungen an, ob politische Sozialisationsprozesse nach Primärprinzip, Transmissionsprinzip oder Strukturierungsprinzip verlaufen, wenn diese Konzepte überhaupt eine Rolle spielen.

6. Die Variabilität von politischen Einstellungen und der Lebenszyklus

Im folgenden untersuchen wir, ob und wie die Einstellungen inhaltlich, in ihrer Stabilität und in der Änderungsrichtung mit dem Lebensalter des Jugendlichen korrespondieren. Geschlecht, persönlicher sozialer Status des Jugendlichen, seine anhand soziostruktureller Variablen erfaßbare soziale Herkunft sowie die zeitgeschichtliche politische Situation werden als die Bedingungen herangezogen, die den biologischen Reifungsprozeß und den damit verknüpften sozialen und politischen Reifungsprozeß interindividuell differenzieren.[1] Wir gehen von der Voraussetzung aus, daß sich typische Verlaufsformen des Sozialisationsprozesses in Altersunterschieden und in Veränderungstrends während des Befragungszeitraums ausdrücken müßten.

Wir hatten eingangs herausgestellt, daß die Wechselseitigkeit von Beeinflussungsprozessen im Lebenszyklus des Jugendlichen zunimmt. Es ist deshalb zu betonen, daß die Beziehungen zwischen unseren Variablen keine kausalen Richtungen, sondern Variablenkorrespondenzen bezeichnen. Den Interaktionsprozeß selbst untersuchen wir nicht.

Die gängige These politischer Sozialisationsforschung besagt, daß dem Kind zunächst ein Basisvertrauen in politische Personen und Institutionen, in politische Autorität allgemein vermittelt wird, das sich dann im Zuge der Entwicklung kognitiver, affektiver und moralischer Fähigkeiten des Heranwachsenden weiter differenziert. Ob diese Entwicklung typischerweise krisenhaft verläuft, bleibt eine offene Frage, obwohl einige empirische Ergebnisse darauf hinweisen, daß

---

[1] Zur Relevanz soziostruktureller Variablen vgl. Neidhardt 1968, Bernstein 1970, Hurrelmann 1973. Eine kritische Würdigung der diesbezüglichen empirischen Forschungspraxis findet sich bei Bertram 1977.

das ursprüngliche Basisvertrauen phasenweise in Frage gestellt ist, bevor es sich dann wieder in späteren Jahren reetabliert. Wir werden dies am Beispiel des politischen Selbstbewußtseins bzw. politischer Entfremdung untersuchen.

Sollte die Jugendphase entsprechend einer weiteren gängigen These eine Phase der politischen Umorientierung des Jugendlichen sein, etwa indem er die Orientierung am Elternhaus aufgibt zugunsten einer Orientierung an Freundeskreisen oder anderen formalen Sozialisationsinstitutionen, dann wäre zu erwarten, daß wir Phasen einer besonderen Destabilisierung von Einstellungen identifizieren könnten.

Man könnte außerdem erwarten, daß sich politisches Interesse auf die Einstellungsstabilität und Einstellungsänderungen auswirkt, etwa indem Einstellungsänderungen systematischer, in einem formalen Sinne konsistenter sind.

Dies sind einige von vielen Thesen, die gemeinsam dem politischen Sozialisationsprozeß einen systematisierbaren Verlauf unterstellen. Das empirische Material unserer Untersuchung läßt Stellungnahmen zu diesen Thesen zu.

6.1 Lebenszyklus-, Generationen-, Periodeneffekte

Da das Paneldesign einen Altersgruppenvergleich zu mehreren Zeitpunkten gestattet, ergeben sich immer drei Analyseperspektiven. Zum einen ist der synchronische Vergleich zwischen Altersgruppen mehrfach möglich. Damit kann man feststellen, ob Altersdifferenzierungen zeitlich invariant sind. Diese Vorgehensweise kann gleichzeitig die Funktion eines Validitätstests besitzen. Wir bezeichnen diese Vorgehensweise bzw. die entsprechenden Zusammenhänge als Lebenszyklusperspektive bzw. Alterseffekte. Zum zweiten kann man untersuchen, ob Veränderungen oder Stabilität zwischen den Zeitpunkten simultan für alle Altersgruppen gelten, oder ob es altersspezifische Veränderungen gibt. Hier geht es um Trend-

bzw. Periodeneffekte und deren Beziehung zu Lebenszykluseffekten. Zum dritten lassen sich, da der Befragungszeitraum eine Zweijahresspanne umfaßt, Kohortenvergleiche durchführen, also z.B. feststellen, ob die 18jährigen der letzten Befragungswelle den 18jährigen der ersten Befragungswelle ähneln, bzw. worin und wie sehr sie sich voneinander unterscheiden. Das ist damit gemeint, wenn im folgenden von Generationeneffekten die Rede ist.[1)]

Betrachten wir zunächst die Lebenszykluseffekte bei den einzelnen Variablenbereichen: (Tabelle 5.1). Ältere Jugendliche sind in der Regel politisch selbstbewußter als jüngere, toleranter, reformbereiter, stärker nach links hin orientiert und vor allem stärker an Politik interessiert. Entsprechend finden sich bei jüngeren häufiger politische Entfremdung, Rigorismus, Ablehnung von Veränderung, Desinteresse sowie politisch-ideologische Indifferenz. Die Unterschiede variieren etwas zwischen den verschiedenen Befragungszeitpunkten, besonders bei politischer Toleranz und politischem Traditionalismus ist die Altersdifferenzierung nicht sehr stabil. Die Befunde sind insgesamt jedoch ein Beleg für die Erklärungsrelevanz der Altersdifferenzierung und die Entwicklungsempfindlichkeit der Einstellungsbereiche.

Mit Ausnahme des politischen Interesses sind bei den anderen Einstellungen auch Periodeneffekte zu sehen. Es gibt einen Trend zu stärkerem Selbstbewußtsein, mehr Toleranz, mehr Reformbereitschaft und weniger politischer Indifferenz. Der Trend trifft im Prinzip für alle Altersgruppen zu, jedoch sind hier auch Lebenszykluseffekte zu sehen: Politisches Selbstbewußtsein und Toleranz nimmt in jüngeren Jahrgängen deutlicher zu als in den älteren, eine Abnahme politischer Immobilität ist demgegenüber in älteren Jahrgängen deutlicher als in den jüngeren.

---

1) Vgl. hierzu Abramson 1976, Allerbeck 1976, Zängle 1977a.

Die Veränderungen des politischen Interesses und der politischen Positionen im Rechts-Links-Spektrum weisen keine systematisierbaren Lebenszyklus- und Periodeneffekte auf. Die konstante Altersdifferenzierung verdeutlicht bei politischem Interesse jedoch einen Generationeneffekt: Es wächst eine politisch weniger interessierte Jugendgeneration nach, da die lebenszyklische Dynamik nur im Querschnitt (synchronisch), aber nicht im Längsschnitt (diachronisch) festzustellen ist. Das politische Interesse bleibt auf einem bestimmten, niedrigeren Niveau festgeschrieben.

Tabelle 5.1 Politische Einstellungen nach Alter und Geschlecht

		E-Skala						D-Skala				K-Skala			
		% entfr.			% integr.			% machiav.		% demokr.		% konserv.		% progr.	
	n=	t1	t3	t4	t1	t3	t4	t2	t4	t2	t4	t2	t4	t2	t4
Jahrgang															
1959	100	48	34	37	20	33	38	46	39	20	28	44	42	28	28
1958	103	30	30	29	31	43	42	43	30	25	38	27	30	30	37
1957	94	42	24	25	29	43	45	32	27	37	37	30	29	32	47
1956	66	26	21	27	46	53	39	29	22	36	46	31	25	28	48
1955	57	32	28	29	32	44	39	28	27	35	31	15	16	50	48
1954	32	25	18	19	41	63	49	21	18	32	42	26	16	40	55
1953	33	24	30	18	49	46	55	21	21	33	47	33	21	36	59
1952	49	20	26	16	51	53	63	34	25	40	41	28	18	48	70
1951	30	27	25	39	53	50	43	17	37	35	40	27	20	37	30
Geschlecht															
männlich	331	31	24	24	35	48	50	35	32	31	36	31	31	32	41
weiblich	233	36	32	32	35	42	36	32	24	31	39	39	22	39	48
gesamt	564	33	27	28	35	45	44	34	29	31	37	30	27	35	44

Die beim politischen Interesse besonders deutlichen Generationeneffekte kommen bei einem Kohortenvergleich zum Vorschein (Tabelle 5.2). Die Stufen stellen die Vergleichslinie dar und zeigen sowohl einen Periodeneffekt auf gleicher Ebene und Generationeneffekte als Vergleich zwischen zwei Ebenen jeder Stufe an. Der kurzfristige Periodeneffekt besteht darin, daß von t1 auf t2 das politische Interesse zunimmt, um dann wieder in t3 und t4 auf das Ausgangsniveau von t1 zurückzugehen. Vom Lebenszykluseffekt her wäre zu erwarten, daß politisches Interesse bei jüngeren Jugendlichen im Befragungszeitraum zunimmt. Dies ist nicht der Fall. Durchweg bleiben jüngere Altersgruppen zu einem späteren Befragungszeitraum weniger politisch interessiert als die ältere Kohorte im vormals gleichen Alter.

Die kurzfristige periodische Zunahme politischen Interesses zwischen t1 und t2 - vielleicht auf den damaligen spektakulären Rücktritt von Willy Brandt zurückzuführen - könnte jedoch auch als vorübergehender Lebenszykluseffekt verstanden werden, denn eine Zunahme des politischen Interesses von t1 nach t2 gab es fast nur für jüngere Altersgruppen, bei älteren blieb der Anteil politisch Interessierter gleich oder nahm schon ab. Außerdem beschränkte sich die Zunahme auf männliche Jugendliche, bei Mädchen bleibt politisches Interesse konstant (niedriger).

Auch die Trends in den übrigen Einstellungsbereichen belassen letztlich Unterschiede zwischen Generationen. Dies gilt besonders für politisches Selbstbewußtsein, aber auch für die Reformbereitschaft (K-Skala). Bei politischer Reformbereitschaft kann man Ansätze eines Generationenwechsels erkennen: Bei Jugendlichen bis 20 Jahre (in t1) geht die Tendenz eher zu mehr Traditionalismus, bei den älteren Jahrgängen rücken jeweils (noch) weniger traditionalistisch eingestellte Altersgruppen nach. Auch bei den Positionen im Rechts-Links-Spektrum überlagern sich Lebenszyklus-, Perioden- und Generationeneffekte in den Unterschieden zwischen Altersgruppen. Der Linksschwenk von t1 nach t2 und der nachmalige Rückschwung betrifft fast alle Altersgruppen parallel, die Altersdifferenzierung "je älter desto linker" bleibt jedoch festgeschrieben, so daß - wie beim politischen Interesse - als Generationeneffekt eine "rechtere" Generation nachrückt.

Tabelle 5.2 Politische Einstellungen nach Alter und Geschlecht

	R-L-Skala												politisches Interesse							
	% Links				% Mitte				% Rechts				% stark				% schwach			
	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4
Jahrgang																				
1959	22	32	33	29	50	33	32	41	26	33	34	29	7	15	15	18	43	36	42	41
1958	32	38	43	34	37	33	30	35	31	29	25	28	17	22	21	18	28	32	29	28
1957	42	37	43	44	31	24	24	29	27	38	32	27	27	30	15	23	21	24	20	20
1956	31	47	41	44	34	19	20	24	34	34	27	31	24	28	29	33	21	10	17	14
1955	44	48	41	56	37	27	27	25	19	22	30	27	37	38	31	37	22	19	23	21
1954	59	69	51	54	21	13	21	31	15	18	26	15	46	55	44	33	15	13	23	18
1953	50	50	35	59	29	32	27	21	21	15	35	21	41	36	47	39	18	12	15	12
1952	52	62	62	50	24	20	22	32	22	18	16	18	56	58	44	45	10	6	16	12
1951	42	45	52	52	26	26	16	16	32	26	29	29	48	48	45	21	13	10	13	10
Geschlecht																				
männlich	41	44	46	46	29	22	23	25	29	32	30	28	35	42	34	35	18	15	17	14
weiblich	33	43	41	36	44	32	30	38	22	24	27	24	18	18	17	16	34	32	35	35
gesamt	38	44	44	42	35	26	26	31	26	29	29	26	28	32	27	27	25	22	25	23

Biologisches Alter korreliert also mit politischem Alter. Selbst wenn sie nicht klar abgrenzbar und quantifizierbar sind, lassen sich Lebenszyklus-, Generationen- und Perioden-effekte identifizieren. Die Instabilität der politischen Einstellungen Jugendlicher Mitte der 70er Jahre kann demnach auf zwei komplexe Ursachenbereiche zurückgeführt werden, die sich überlagern: Zum einen ist die Jugendphase offensichtlich eine wenig stabile Orientierungsphase im Lebenszyklus, zum anderen weisen Perioden- und Generationen-effekte im Detail darauf hin, daß die Studie in einer Zeit des Umbruchs, eines "Generationenwechsels" durchgeführt wurde: Der Prozeß der Depolitisierung der Jugend oder genauer der Verhinderung einer Politisierung ist mit Blick auf die schon beschriebenen politischen Rahmenbedingungen Mitte der 70er Jahre erklärbar. Dabei ist zu betonen, daß politische Generationen auf weniger langfristige Zyklen und auch inhaltlich weniger breit ausgerichtet sind als der Begriff im Vorverständnis und auch in der Verwendung in der Sozialisationsforschung annehmen macht. Die politischen Einstellungen von Jugendlichen unterliegen starken kurzfristigen Schwankungen, sind deutlich von politisch aktuellen Ereignissen mitbestimmt. Dies führt denn auch dazu, daß sich sehr schnell Trends und Generationen fast im Sinne einer politischen Mode bilden und vergehen können.

Diese allgemeine Aussage ist im folgenden noch zu differenzieren, denn die politische Orientierung wie auch ihre Änderungsempfindlichkeit ist mit einer Reihe von Konstanten und Variablen der politischen Sozialisation systematisch verknüpfbar.

6.1.1 Geschlechtsspezifische Unterschiede

Auch in der befragten Jugendlichenstichprobe sind die charakteristischen geschlechtsspezifischen Orientierungsunterschiede reproduziert. Mädchen interessieren sich weniger für Politik als junge Männer, sie sehen ihre politische

Position öfter in der indifferenten Mitte und sind politisch skeptischer (E-Skala). Andererseits sind sie aber toleranter und reformfreudiger. Die allgemeine Verknüpfung zwischen politischem Desinteresse, Indifferenz, Entfremdung, Rigorismus und Immobilität trifft auf Mädchen nicht unbedingt zu. Die Verknüpfung zwischen den Variablenbereichen variiert also in Abhängigkeit von bestimmten Antezedenzbedingungen, hier dem Geschlecht. Politisches Desinteresse hat bei jungen Männern umfassendere Konsequenzen im Einstellungssystem, scheint häufiger bewußtes Desinteresse zu sein, wogegen bei Mädchen politisches Interesse häufiger konsequenzlos, beiläufig, individuell begründet, nicht in politischer, sondern politisch relevanter Sozialisation verankert ist.

Auch Einstellungsänderungen - seien sie lebenszyklus- oder "Zeitgeist"-bedingt - verlaufen bei Mädchen und jungen Männern unterschiedlich. Bei letzteren nimmt politisches Selbstbewußtsein stärker zu, bei ersteren die politische Toleranz. Der Anteil junger Männer, die politischen Rigorismus vertreten, bleibt im Befragungszeitraum konstant, derjenige bei Mädchen nimmt stark ab. Die politischen Positionen im Rechts-Links-Spektrum fluktuieren bei Mädchen stärker (Tabelle 5.3).

Altersunterschiede im politischen Selbstbewußtsein sind bei jungen Männern eher lebenszyklusbedingt, es rückt sogar eine weniger entfremdete Generation nach. Auch Mädchen werden zwar mit dem Alter selbstbewußter, integrierter, jedoch rückt eine tendenziell skeptischere Generation nach. Während es hinsichtlich der politischen Toleranz keine unterschiedlichen Entwicklungen gibt, zeigen sich in der Reformfreude wiederum Unterschiede: Während bei jungen Männern eine traditionalistischere Generation nachrückt und diesen allgemeinen Trend verstärkt, sind Altersunterschiede bei Mädchen lebenszyklusbedingt, nivellieren sich im Befragungszeitraum.

Von Positionen im Rechts-Links-Spektrum aus gesehen wächst eine stärker nach rechts orientierte Generation junger Männer nach, wobei jedoch das Übergewicht auf linken Positionen und auch die lebenszyklische Zunahme dieser Positionen erhalten bleibt. Bei den Mädchen rückt eine wesentlich indifferentere Generation nach, so daß die Unterschiede zwischen jungen Männern und Mädchen im Befragungszeitraum größer werden.

Was das politische Interesse anbetrifft, resultieren bei Jungen wie bei den Mädchen Generationeneffekte. Die Depolitisierung ist bei Mädchen jedoch wesentlich stärker. Denn im Gegensatz zu jungen Männern gibt es hier keine lebenszyklusbedingte Steigerung politischen Interesses mehr, wobei das Interesse bei älteren Mädchen zusätzlich noch sehr zurückgeht. Auch hier reetablieren sich also die traditionellen geschlechtsspezifischen Differenzen.

Man ist geneigt festzustellen, daß eine Angleichung zwischen den Geschlechtern nur kurzfristiger periodischer Art war und nach Wegfall von Zeitgeisteffekten die zugrunde liegende politisch relevante Geschlechtsrollensozialisation wieder stärker in ihrem umfassenden Einfluß hervortreten kann. Neben der Depolitisierung deuten sich bei jungen Männern auch grundsätzliche Umorientierungen etwa in einem stärker verbreiteten Traditionalismus an.

Tabelle 5.3 Politische Einstellungen nach Alter und Geschlecht

	E-Skala						D-Skala				K-Skala				R-L-Skala											
	entfr.			Integr.			machiav.		demokr.		konser.		progr.		Links				Mitte				Rechts			
	t1	t3	t4	t1	t3	t4	t2	t4	t2	t4	t2	t4	t2	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4
Männer																										
Jahrgang																										
59/58	34	26	26	25	39	50	41	38	21	32	35	41	28	29	30	38	41	36	34	24	26	32	36	38	34	32
57/56	39	20	22	32	53	49	39	29	36	35	33	34	22	40	38	38	45	46	26	19	23	21	37	44	33	34
55/54	26	24	26	35	49	42	27	30	34	39	20	20	45	52	53	55	52	56	30	24	20	22	17	21	29	22
53-51	21	26	23	53	51	60	30	27	37	42	32	20	39	52	54	55	53	54	24	24	24	24	22	21	23	22
Frauen																										
59/58	44	38	39	26	37	31	48	31	24	34	36	30	31	36	24	32	36	28	54	43	38	45	22	25	26	27
57/56	29	27	32	42	38	35	20	20	38	47	27	17	41	56	38	46	50	42	41	26	23	36	21	28	27	22
55/54	36	24	23	36	58	43	24	12	32	27	18	9	49	50	47	62	35	36	32	18	35	39	21	21	29	24
53-51	27	29	22	46	49	47	18	25	37	44	24	19	47	65	40	55	50	53	32	29	18	26	29	16	32	21

	politisches Interesse								
	stark				schwach				
	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	n=
Männer									
59/58	17	28	24	26	27	23	26	23	103
57/56	30	38	25	30	18	14	11	9	95
55/54	49	50	40	40	12	10	18	13	58
53-51	55	59	55	50	10	8	13	8	75
Frauen									
59/58	7	9	12	9	44	45	45	46	108
57/56	21	17	15	23	25	25	29	29	75
55/54	24	33	27	27	35	30	32	32	34
53-51	40	29	26	11	18	11	18	19	37

6.1.2 Der Einfluß des Bildungsniveaus

Gleiches Lebensalter von Jugendlichen kann für sehr unterschiedliche Voraussetzungen und Phasen politischer Sozialisation stehen. Jugendliche können sich in einer Berufsausbildung befinden, zur Schule gehen oder Studieren, berufstätig sein oder verheiratet sein. Dies sind Indikatoren dafür, wie weit Jugendliche bzw. junge Erwachsene in Verantwortlichkeiten und Zwänge, aber auch in Freiheiten und Handlungsautonomien von Erwachsenenrollen eingebunden sind. Wenn Jugendliche ab 18 Jahren wahlberechtigt werden, dann erhalten sie zwar gemeinsam den politischen "Erwachsenenstatus", besitzen aber nicht alle die gleiche "politische" Altersstufe. Denn soziale Kontexte, Bezugsgruppen und Personen, soziale Abhängigkeiten wie auch die eigene, soziale und politische Interessenlage können stark kontrastieren, je nachdem ob es sich z.B. um verheiratete Berufstätige oder um ledige Studenten handelt. Wir gehen im folgenden der Frage nach, wie sich die unterschiedlichen Voraussetzungen des sozialen Status auf die politische Orientierung sowie auf die beschriebene Entwicklungsdynamik von Orientierungsänderungen auswirken.

Berufstätige Jugendliche mit Hauptschulabschluß bzw. Berufsschule zeigen ein bedeutend höheres Maß an politischer Entfremdung und entsprechendem Mangel an politischem Selbstvertrauen und Optimismus als umgekehrt berufstätige Jugendliche mit Abitur oder Studenten. Die berufstätigen Jugendlichen mit niedrigem Bildungsabschluß unterscheiden sich dabei nicht von den Jugendlichen, die zur Zeit noch die Berufsschule besuchen. Gymnasiasten und Realschüler liegen zwischen diesen beiden Gruppen, zeigen jedoch im Befragungszeitraum eine wesentlich stärkere Dynamik, so daß sie im vierten Befragungszeitpunkt nahezu das Niveau berufstätiger Jugendlicher mit Abitur oder der Studenten erreichen. Der Trend im Befragungszeitraum zu mehr politischem Selbstvertrauen, der für alle Status- und Bildungsgruppen im Prinzip erkennbar ist, geht also im wesentlichen auf Veränderungen in der Gruppe der Gymnasiasten und Realschüler zurück. Bei Berufsschülern, berustätigen Jugendlichen mit niedrigem Bildungsabschluß und Studenten ist der Standard politischer Entfremdung bzw. des politischen Selbstvertrauens und Selbstbewußtseins offensichtlich festgeschrieben bzw. soweit ent-

Tabelle 5.4 Politische Einstellungen nach Schulbildung

	E-Skala						D-Skala				K-Skala				R-L-Skala											
	entfr.			integr.			machiav.		demokr.		konser.		progr.		Links				Mitte				Rechts			
	t1	t3	t4	t1	t3	t4	t2	t4	t2	t4	t2	t4	t2	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4
Bildungsniveau																										
Schüler																										
Berufsschule	45	32	35	29	39	36	39	31	26	31	33	36	27	37	30	35	33	39	40	29	31	35	30	36	36	26
Gymnasium/ Realschule	28	21	23	35	48	49	34	28	33	40	24	23	40	45	38	44	48	40	33	25	23	31	28	31	29	29
Nicht-Schüler																										
Hauptschule/ Berufsschule	43	43	38	29	39	33	28	38	27	25	44	36	21	38	39	43	50	45	42	34	32	33	20	23	18	22
Realschule/ Abitur	14	21	15	50	59	56	29	15	38	55	24	12	49	65	49	54	57	55	29	27	18	22	22	19	25	23

	politisches Interesse								
	stark				schwach				
	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	n=
Bildungsniveau									
Schüler									
Berufsschule	23	22	19	20	29	25	26	28	146
Gymnasium/ Realschule	25	32	26	28	25	21	23	21	204
Nicht-Schüler									
Hauptschule/ Berufsschule	23	21	23	21	30	25	29	25	77
Realschule/ Abitur	39	43	36	31	12	8	15	14	64

wickelt, daß er durch eine lebenszyklische Dynamik kaum mehr modifiziert werden kann. Insofern wäre zu erwarten, daß für diese Befragtengruppe vornehmlich Periodeneffekte, d.h. aktuelle politische Ereignisse, und Generationeneffekte Veränderungen bewirken, während sich bei Gymnasiasten alle Effekte in der Entwicklungsdynamik niederschlagen können. Gymnasiasten und Realschüler wären somit die kritische Gruppe, die besonders sensibel auf einstellungsändernde Faktoren reagiert, und an der sich Entwicklungsprozesse besonders gut verfolgen lassen.

Gymnasiasten und Studenten äußern seltener politischen Rigorismus und häufiger demokratische Toleranz als Schüler berufsbildender Schulen bzw. berufstätige Jugendliche mit niedrigem Bildungsabschluß. Auf diesen Niveaus spielen sich unterschiedlich intensive Veränderungen im Befragungszeitraum ab. Besonders stark ist die Veränderung hin zu demokratischeren Einstellungen bei Studenten bzw. berufstätigen Jugendlichen mit entsprechendem Bildungsabschluß, auch für Schüler berufsbildender Schulen und für Gymnasiasten bzw. Realschüler gibt es eine Verringerung des politischen Rigorismus zugunsten einer Stärkung demokratischer Standpunkte. Von dieser Veränderungsrichtung hebt sich die Gruppe berufstätiger Jugendlicher mit niedrigem Schulabschluß ab: Hier finden wir im Befragungszeitraum eine deutliche Zunahme von politischem Rigorismus.

Studenten sind vor Gymnasiasten besonders reformfreudig, berufstätige Jugendliche sind vor den Schülern berufsbildender Schulen besonders traditionalistisch. Die Entwicklung im Befragungszeitraum gestaltet sich dann insofern differenziert, als die Zunahme progressiver Einstellungen bei Schülern der berufsbildenden Schulen und Gymnasiasten deutlich geringer bleibt als die Zunahme progressiver Standpunkte bei den schon stärker etablierten Jugendlichen, sowohl den berufstätigen als auch den Studenten, unter Beibehaltung allerdings der unterschiedlichen Niveaus. Die unterschiedlichen Entwicklungen werden dadurch unterstrichen, daß in der letzteren Gruppe konservative Standpunkte seltener werden, bei Gymnasiasten jedoch keine Veränderung in der Häufigkeit konservativer Standpunkte eintritt, bei Schülern berufsbildender Schulen konservative Standpunkte jedoch zunehmen. Wir haben also auch hier eine sehr differenzierte Situation sowohl im Querschnitt als auch hinsichtlich der zeitlichen Dynamik.

Dies trifft auch auf die Orientierung im Rechts-Links-Spektrum zu. Hier muß außerdem noch die Polarisiertheit des politischen Spektrums mit einbezogen werden, d.h. in welcher Beziehung Positionen z.B. im linken Bereich des Spektrums zu den übrigen Alternativen, nämlich der politischen Mitte und dem rechten Teil, stehen. Die Konstellationen könnte man

folgendermaßen typisieren: Das Meinungsspektrum ist bei Studenten ähnlich wenig zur Mitte hin zentriert wie bei Gymnasiasten, geht jedoch eindeutig zugunsten linker Positionen, während bei Gymnasiasten zwar noch linke Positionen vorherrschen, jedoch weniger asymmetrisch. Bei Schülern berufsbildender Schulen und berufstätigen Jugendlichen ist das Meinungsbild hin zur politischen Mitte zentriert, jedoch sind berufstätige Jugendliche stärker nach links als nach rechts orientiert, während bei den Schülern das Meinungsspektrum eher symmetrisch organisiert ist. Diese unterschiedlichen Konstellationen erfahren noch einige Nuancen in der zeitlichen Perspektive. Für den Befragungszeitraum ist insgesamt eine Polarisierung, d.h. eine Entwicklung von der politischen Mitte weg zu beobachten, wobei die unterschiedlichen Niveaus erhalten bleiben. Bei Schülern berufsbildender Schulen ist im Befragungszeitraum eine stärkere Orientierung nach links hin zu verzeichnen und eine entsprechende Verminderung von Positionen im rechten Teil des Spektrums, mit anderen Worten eine Angleichung an das Niveau der berufstätigen Jugendlichen. Für Gymnasiasten gibt es keine klare Veränderung im Befragungszeitraum, mit anderen Worten keine Angleichung an das Niveau von Studenten bzw. früheren Gymnasiasten. Beurteilt man dies unter dem Generationenaspekt, so könnte man hier als Ausgangshypothese festhalten, daß die Fronten in der politischen Ausrichtung innerhalb einer Generation nicht zwischen Berufstätigen mit niedrigem Bildungsstandard und den diesem Standard entsprechenden Schülern verlaufen, sondern zwischen Gymnasiasten einerseits und den früheren Gymnasiasten, den derzeitigen Studenten und berufstätigen Jugendlichen andererseits.

Studenten sind stärker an Politik interessiert als Gymnasiasten, diese wiederum stärker als Schüler berufsbildender Schulen und berufstätige Jugendliche. Die Entwicklung im Befragungszeitraum verläuft je nach Befragtengruppe unterschiedlich: Bei Schülern berufsbildender Schulen und berufstätigen Jugendlichen ist das politische Interesse auf niedrigem Niveau festgeschrieben, nimmt eher noch ab. Dagegen nimmt es unter Gymnasiasten etwas zu, in der Studentengruppe nimmt es jedoch ebenfalls deutlich ab.

Da für Gymnasiasten von den Lebenszykluseffekten her eine Zunahme des politischen Interesses zu erwarten wäre, ist die Festschreibung des Niveaus bzw. die nur geringfügige Zunahme ähnlich zu bewerten wie ein Rückgang des politischen Interesses bei den Studenten. Offensichtlich werden hier die Periodeneffekte, die bei Jugendlichen mit etablierterem Status und hohem Interesseniveau sehr stark zur Geltung kommen, durch Lebenszykluseffekte abgeschwächt bzw. umgekehrt werden vormals beobachtete Lebenszykluseffekte (Weiler 1972) durch Periodeneffekte Mitte der 70er Jahre konterkariert. Diese

Konstellation beim politischen Interesse unterstreicht, was schon für die Einschätzung im Rechts-Links-Spektrum gesagt wurde: Ein Generationenbruch vollzieht sich zwischen Schülern und Studenten, weniger zwischen Schülern niedrigerer Bildungsstufe und den berufstätigen Jugendlichen dieser Bildungsstufe.

Fassen wir die wesentlichen differenzierenden Effekte des Bildungsniveaus auf die politischen Einstellungen und deren Veränderungen im Befragungszeitraum zusammen:

- Berufstätige Jugendliche mit Hauptschulabschluß bzw. Berufsschüler zeigen ein bedeutend höheres Maß an politischer Frustration und entsprechend ein größeres Defizit an politischer Kompetenz und Integriertheit als berufstätige Jugendliche mit hohem Bildungsniveau oder Studenten. Der im Befragungszeitraum erkennbare Trend zu mehr politischem Selbstbewußtsein beruht im wesentlichen auf Veränderungen unter Gymnasiasten und Realschülern.
- Unter berufstätigen Jugendlichen mit niedrigem Bildungsniveau breitet sich im Befragungszeitraum politischer Rigorismus aus, während bei den übrigen Jugendlichen, insbesondere bei Studenten und Berufstätigen mit entsprechendem Bildungsabschluß tolerante Einstellungen häufiger werden.
- Hinsichtlich der Reformbereitschaft sind Veränderungstrends sehr spezifisch. Zwar werden Berufsschüler traditionalistischer, jedoch ist die Differenzierung im Prinzip im Zeitablauf stabil, d.h. antitraditionalistische Einstellungen werden um so eher vertreten, je höher das Bildungsniveau ist.
- Das Meinungsspektrum und die Veränderungen im Befragungszeitraum in der Rechts-Links-Dimension sind sowohl hinsichtlich der Präferenzrichtung als auch hinsichtlich der Polarisiertheit innerhalb der Befragtengruppen sehr differenziert. Symmetrisch polarisiert ist das Meinungsspektrum bei den Gymnasiasten, eine Präferenz der politischen Mitte, auch verstehbar als politische Indifferenz, findet sich vor

allem bei Schülern berufsbildender Schulen und berufstätigen Jugendlichen. Bei Studenten dominieren linke Positionen. Will man die Veränderungen im Zeitablauf als Generationenwechsel in der politischen Orientierung interpretieren, dann vollzieht sich dieser Wechsel vor allem in der Population mit höherem Bildungsniveau, also bei Gymnasiasten, den späteren Studenten.

- Was das politische Interesse anbetrifft, so wird offensichtlich die lebenszyklusbedingte Zunahme des politischen Interesses bei Gymnasiasten durch Perioden- und Generationeneffekte konterkariert, so daß eine unpolitischere Schülergeneration nachwächst.

Insgesamt ist festzuhalten, daß das Bildungsniveau sowohl synchron deutlich zwischen politischen Einstellungen differenziert, aber auch für unterschiedliche Entwicklungen der politischen Orientierung im Befragungszeitraum steht. Die Schüler bzw. die Gymnasiasten sind offensichtlich eine besonders änderungssensible Gruppe: Effekte aller Kategorien sind hier identifizierbar. Von daher erscheint es verständlich, daß sich der Umbruch im politischen Profil der "Jugendgeneration" Mitte der 70er Jahre vor allem in der Schüler- bzw. Gymnasiastenpopulation bemerkbar macht.

Einflüsse des "Zeitgeistes" wirken nicht universell auf eine Alterskohorte, sondern werden durch den sozialen Status des Jugendlichen, durch unterschiedliche soziale Kontexte so mediatisiert, daß gleiche Voraussetzungen zu gegensätzlichen Konsequenzen führen können. Der Differenziertheit der Jugend, wie sie von Scheuch (1975) bezüglich ihrer sozialen und politischen Vorstellungswelt herausgestellt wurde, entspricht also auch eine Differenziertheit der Jugend hinsichtlich der Flexibilität ihrer politischen Orientierungen und der Einflußmöglichkeiten von äußeren Bedingungen politischer Sozialisation.

Wir vermuten vor allen Dingen vom Ausbildungsstatus bzw. von der Berufstätigkeit des Jugendlichen, daß wesentliche Einflüsse auf Entwicklungsverläufe seiner politischen Orientierung ausgehen. Wir vergleichen deshalb im folgenden Berufsschüler mit Gymnasiasten und andererseits berufstätige Jugendliche mit Studenten um festzustellen, ob die Trends im Befragungszeitraum je nach Altersstufe in den verschiedenen sozialen Lagen unterschiedlich verlaufen (Tabelle 5.5, 5.6).

Zum politischen Selbstbewußtsein, als Beispiel

Wir finden bei den älteren Jahrgängen sowohl der Schüler berufsbildender Schulen als auch der Gymnasien ein größeres politisches Selbstbewußtsein als bei jüngeren Schülern. Da bei den Schülern beider Schultypen politisches Selbstbewußtsein im Befragungszeitraum insgesamt zunimmt, rechnen wir diese Veränderung zum Lebenszykluseffekt. Dabei sind in der Regel Gymnasiasten politisch integrierter als Schüler berufsbildender Schulen. Bei berufstätigen Jugendlichen und den Studenten, beides lebenszyklische Folgegruppen der ersteren, gibt es keine Veränderung des politischen Selbstbewußtseins.

Der Ausbildungsstatus differenziert die lebenszyklische Dynamik auch anderer politischer Orientierungen. Neben der lebenszyklischen Zunahme an politischer Kompetenz findet sich vor allem bei Gymnasiasten und Realschülern eine Zunahme an Toleranz, also bei den Befragten, die in den staatlich-institutionellen Sozialisationsprozeß eingegliedert sind. Bei berufstätigen Jugendlichen nimmt dagegen der politische Rigorismus lebenszyklisch zu. In der politisch-ideologischen Ausrichtung gibt es bei Gymnasiasten eine lebenszyklisch zunehmende politische Polarisierung. Diese Polarisierung, die wahrscheinlich auf den Einfluß schulischer politischer Sozialisation zurückzuführen ist, kompensiert bei Gymnasiasten im Befragungszeitraum den bei anderen Befragtengruppen feststellbaren Trend zur politischen Indifferenz.

Tabelle 5.5 Politische Einstellungen nach Alter und Schulbildung

		E-Skala						D-Skala				K-Skala			
		entfr.			integr.			machiav.		demokr.		konser.		progr.	
	n=	t1	t3	t4	t1	t3	t4	t2	t4	t2	t4	t2	t4	t2	t4
Berufsschüler Jahrgang															
59/58	51	49	44	42	24	31	38	48	39	18	23	38	44	20	25
57/56	72	44	30	31	31	44	34	36	30	31	38	32	32	25	39
55/54	14	43	13	29	43	47	36	33	21	27	21	27	20	40	67
53-51	9	22	22	33	22	44	33	22	11	33	33	22	33	56	56
Gymnasiasten/ Realschüler															
59/58	112	33	27	27	27	41	43	41	30	26	39	29	30	35	38
57/56	67	24	11	16	46	54	60	31	21	41	47	24	15	51	58
55/54	24	21	13	25	38	61	50	9	38	39	29	4	16	61	40
53-51	1	-	-	-	1	1	1	-	-	-	1	-	-	-	1
Berufstätige, Hauptschule, Berufsschule															
59/58	5	2	3	2	1	2	1	2	2	-	1	2	2	-	1
57/56	13	54	54	57	8	31	7	15	29	39	7	71	77	-	8
55/54	22	41	40	38	27	44	29	25	28	21	36	24	20	32	44
53-51	37	41	38	31	38	38	47	32	49	30	24	47	32	24	46
Berufstätige mit Abitur, Studenten															
59-54		7	21	10	34	69	55	34	10	45	62	24	10	55	76
53-51		20	24	20	63	56	63	29	20	37	54	26	14	49	64

Tabelle 5.6 Politische Einstellungen nach Alter und Schulbildung

	R-L-Skala												politisches Interesse							
	Links				Mitte				Rechts				stark				schwach			
	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4
Berufsschüler Jahrgang																				
59/58	30	29	25	26	39	33	39	45	30	38	37	29	12	14	15	16	40	37	43	38
57/56	24	30	32	38	45	28	26	36	32	42	42	26	23	19	16	17	27	23	22	25
55/54	47	60	53	73	33	33	27	13	20	7	20	13	29	30	32	20	24	16	10	7
53-51	56	78	67	67	22	0	22	11	22	22	11	22	52	60	47	67	8	8	7	22
Gymnasiasten/ Realschüler																				
59/58	26	37	44	36	46	33	29	39	28	30	27	26	14	21	18	20	35	27	32	31
57/56	53	51	60	47	17	15	17	21	31	33	23	32	32	40	28	40	14	16	13	8
55/54	56	52	36	36	24	17	12	28	20	30	52	36	47	51	49	36	13	13	11	16
53-51	1	1	1	1	-	-	-	-	-	-	-	-	1	1	1	-	-	-	-	-
Berufstätige, Hauptschule, Berufsschule																				
59/58	-	-	1	2	4	3	2	1	1	2	2	2	1	-	-	-	2	2	2	1
57/56	14	29	57	43	57	36	29	21	29	36	14	36	9	9	18	14	36	35	32	21
55/54	52	60	52	44	40	24	40	36	8	16	8	20	29	23	27	32	34	34	38	36
53-51	45	42	50	47	32	37	26	37	24	21	24	16	26	27	25	19	25	16	21	16
Berufstätige mit Abitur, Studenten																				
59-54	62	66	69	66	31	28	21	24	21	24	21	24	38	15	41	33	23	22	13	17
53-51	44	53	53	53	31	31	17	22	25	17	31	25	42	44	44	25	9	5	10	6

6.1.3 Einflüsse der sozialen Plazierung

Wir wenden uns im folgenden der Frage zu, inwieweit Lebenszykluseffekte sowie die beschriebenen Zusammenhänge zwischen Geschlecht, Schulbildung und lebenszyklischer Dynamik durch unterschiedliche soziale Startbedingungen von Jugendlichen mitbestimmt sind, wie sie etwa durch die soziale Herkunft erfaßbar sind.

Bevor wir uns in der späteren Analyse auf die "objektive" soziale Plazierung der Jugendlichen beschränken, wenden wir zunächst drei Indikatoren zur sozialen Plazierung an: (1) eine "objektive" Plazierung auf der Basis von Berufstätigkeit und Pro-Kopf-Einkommen des Haushaltes, (2) eine subjektive Einschätzung der Schicht der Eltern seitens des Jugendlichen und (3) ein kombinierter Schichtindex, der die subjektive und die objektive Komponente enthält. Bei der Indexbildung kam es uns nicht so sehr darauf an, inhaltlich exakt abgegrenzte Kategorien sozialer Schichtung zu bilden, sondern festzustellen, ob Schichtdifferenzierung prinzipiell die Zusammenhänge differenziert. Zur Vereinfachung sind deshalb die Schichtindizes trichotomisiert. Zur Einschätzung der Schicht der Eltern war folgende Frage mit folgenden Antwortkategorien vorgegeben: "Es wird heute viel über die verschiedenen Bevölkerungsschichten gesprochen. Welcher Schicht rechnen Sie Ihre Eltern zu: der Arbeiterschicht (32 %), der Mittelschicht (65 %) oder der Oberschicht (3 %)?" Falls Arbeiterschicht oder Mittelschicht genannt, folgte die weitere Frage: "Rechnen Sie Ihre Eltern eher zum Durchschnitt (71 %) oder zum oberen Teil (25 %) der Arbeiterschicht bzw. Mittelschicht?"

Wir untersuchen die Zusammenhänge zwischen Ausgangsplazierung des Jugendlichen und der Entwicklung seiner politischen Orientierung wieder unter zwei Gesichtspunkten, nämlich der Korrespondenz zwischen Inhalten und dem Aspekt der Entwicklungsdynamik.

In allen Schichtindizes weisen die jeweils mittleren Schichtkategorien konstant das "positivste" Einstellungsprofil auf, wenn man bildungspolitische Ideale als Bewertungskriterium heranzieht. Der subjektive Schichtindez differenziert vergleichsweise weniger deutlich als die anderen. Jugendliche aus der Mittelschicht sind vergleichsweise öfter an Politik

interessiert, sind selbstbewußter, reformfreudiger und beziehen politische Positionen außerhalb der indifferenten Mitte im Rechts-Links-Spektrum. Im Kontrast dazu finden sich unter Unterschichtjugendlichen ("unterdurchschnittliche Arbeiterschicht") und auch unter Oberschichtjugendlichen häufiger Intoleranz und Traditionalismus. Bei Unterschichtjugendlichen kommt politische Entfremdung und Desinteresse hinzu, während bei Oberschichtjugendlichen doch politisches Selbstbewußtsein vorherrscht (Tabelle 5.7).

Die Veränderungstrends im politischen Interesse - Zunahme von t1 nach t2 und nachfolgende Abnahme - sind nicht schichtspezifisch. Dagegen kristallisiert sich die schichtspezifische Parteipräferenz im Befragungszeitraum stärker heraus (Tabelle 5.8). Dabei zeigen sich die bekannten Fronten: SPD-Präferenzen dominieren in der Unterschicht, CDU-Präferenzen und auch FDP-Präferenzen in der Oberschicht. Bei den DKP-Präferenzen sind wegen geringer Fallzahlen keine Differenzierungen interpretierbar.

Bei den Jugendlichen ist also das aus der Erwachsenenbevölkerung bekannte soziale Cleavage politischer Präferenzen erkennbar. Die mehrmalige Befragung belegt, daß es sich um invariante Zusammenhänge handelt. Die soziale Ausgangsplazierung indiziert eine politische Sozialisation, in der mittelbar oder unmittelbar das soziale Cleavage politischer Orientierung reproduziert wird. Dies gilt zumal für die Beziehung zwischen sozialer Schicht und politischer Entfremdung, politischem Rigorismus und Traditionalismus.[1] Für Unter-

---

[1] Unterschichtkonservatismus und -rigorismus begründet Neidhardt (1968:182) in spezifischen Arten des Konformitätsdrucks in Erziehungsstilen. Während in der Mittelschicht Konformität durch Selbstbestimmung angestrebt wird, wird in der Unterschicht Konformität durch Befehl erreicht, ist Gehorsam das Leitbild.

Tabelle 5.7 Politische Einstellungen nach sozialer Schicht

		E-Skala						D-Skala				K-Skala				R-L-Skala												
		entfr.			integr.			machiav.		demokr.		konser.		progr.		Links				Mitte				Rechts				
		t1	t3	t4	t1	t3	t4	t2	t4	t2	t4	t2	t4	t2	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	n=
Schicht 1	1	44	39	39	28	32	36	45	42	23	27	43	37	25	37	39	41	41	42	40	34	36	36	21	25	22	22	
subj.	2	31	26	24	34	47	48	32	22	30	28	28	23	41	43	47	56	56	54	29	20	26	26	24	24	18	20	
	3	30	26	24	39	48	49	33	24	34	43	29	25	39	46	40	46	47	44	36	28	26	29	24	26	28	27	
	4	31	21	28	35	49	41	36	26	28	39	28	21	32	50	35	38	40	34	32	27	25	29	33	35	36	36	
	5	28	13	23	41	57	39	40	46	20	15	39	39	26	31	41	19	32	25	28	29	23	50	31	52	46	25	
Schicht 2	1	40	35	34	30	36	40	41	36	24	27	39	33	29	39	42	45	46	45	37	30	33	33	22	25	21	21	
subj.	2	30	26	24	39	48	49	33	24	33	43	29	25	39	46	40	46	47	44	36	28	26	29	24	26	28	27	
	3	31	20	28	36	50	40	36	29	27	37	29	23	31	48	36	35	39	33	31	27	24	32	33	38	37	35	
Schicht 3	1	40	35	31	26	40	34	37	37	28	27	36	37	30	33	37	43	42	40	40	35	36	35	22	22	22	26	
obj.	2	35	27	27	35	44	46	37	24	32	42	36	25	30	45	36	40	48	45	39	30	25	30	26	30	27	25	
	3	31	24	27	39	49	50	36	29	28	39	28	25	37	48	41	44	43	42	31	23	26	29	28	33	31	29	
Schicht 4	1	41	39	36	27	33	36	39	41	24	27	40	40	25	30	39	42	46	41	39	34	37	34	22	24	12	26	
subj.	2	36	27	27	33	46	43	39	26	32	35	35	27	33	44	36	42	45	43	39	32	28	34	25	26	27	24	
obj.	3	29	22	26	40	51	49	33	26	29	43	26	24	38	48	40	43	44	43	31	23	23	27	29	35	23	31	

Schichtindezes: Schicht 1 subjektiv: 1 = untere Arbeiterschicht, 2 = Arbeiterschicht, 3 = Mittelschicht, 4 = obere Mittelschicht, 5 = Oberschicht
Schicht 2 subjektiv: Zusammenfassung aus Schicht 1: Arbeiter, Mittelschicht, obere Mittel/Oberschicht
Schicht 3 objektiv: 1 = Unterschicht, 2 = Mittelschicht, 3 = Oberschicht
Schicht 4: trichotomisierter Index aus Schicht 2 und Schicht 3, Unterschicht, Mittelschicht, Oberschicht

Tabelle 5.8 Politische Einstellungen nach sozialer Schicht

		stark				schwach				CDU/CSU				SPD				FDP				DKP			
		t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4
Schicht 1	1+)	20	21	20	20	35	24	30	32	28	28	25	23	42	51	53	58	21	15	17	18	5	6	5	2
subj.	2	38	39	41	40	22	21	20	10	23	24	23	21	50	54	56	56	16	18	17	21	5	4	5	2
	3	29	31	27	26	22	19	22	21	30	32	30	29	34	46	49	50	25	17	18	18	5	5	3	2
	4	29	33	33	31	25	22	24	26	31	39	41	39	34	40	37	39	29	26	21	19	2	4	2	3
	5	31	50	21	33	19	16	17	17	50	63	59	67	31	13	27	3	9	20	14	25	9	3	0	0
Schicht 2	1	25	26	26	26	31	23	27	25	27	27	24	22	44	52	54	57	20	16	17	19	5	5	5	2
subj.	2	29	31	27	26	22	19	22	21	30	32	30	29	34	46	49	50	25	17	18	18	5	5	3	2
	3	29	35	31	31	24	21	23	25	34	42	44	42	34	28	35	36	26	25	20	19	3	4	1	3
Schicht 3	1	18	24	20	18	32	27	30	30	25	25	26	27	42	52	52	51	28	19	20	22	3	4	2	1
obj.	2	25	26	24	27	26	23	22	24	33	33	28	28	38	46	52	51	20	17	17	18	3	5	3	3
	3	33	39	32	35	21	15	20	17	36	39	38	38	32	38	43	42	24	19	17	18	5	4	2	2
Schicht 4	1	13	22	18	17	32	27	29	28	26	28	24	27	45	52	54	55	24	16	18	18	4	5	3	0
subj.	2	25	27	23	28	26	20	25	24	32	28	27	26	37	50	52	51	23	18	18	22	3	4	2	2
obj.	3	32	39	33	32	21	17	19	19	34	41	41	40	31	34	40	39	26	20	18	18	5	5	2	3

+) Vgl. Tabelle 5.7

schichtjugendliche besteht der Ausgangspunkt für die Beschäftigung mit der Politik eher in Skepsis und Entfremdung als in positiver emotionaler Bindung und Basisloyalität.[1] Entwicklungsverläufe einer krisenhaften "Identitätsgenese", während derer die Basisloyalität vorübergehend in Frage gestellt ist, treffen offensichtlich am ehesten auf Mittelschichtjugendliche zu.

6.1.4 Differenzierung nach sozialer Mobilität

Ein für die politische Orientierung wichtiger Aspekt der sozialen Plazierung des Jugendlichen ist seine soziale Mobilität, da vom Wechsel sozialer Bezugsgruppen Auswirkungen auf das Selbstverständnis des Jugendlichen, auf die Stabilität und die Inhalte seiner politischen Orientierungen erwartet werden können.[2] Vor dem Hintergrund der Bildungsexpansion der 70er Jahre kann besonderes Interesse den aufwärtsmobilen Jugendlichen gelten; es sind vor allem die Arbeiterkinder an weiterführenden Schulen und Universitäten.[3]

Aufwärtsmobile Arbeiterkinder orientieren sich im Befragungszeitraum zunehmend nach links. Sie sind ähnlich wie "unterschichtkonstante" Jugendliche politisch weniger tolerant als "oberschichtkonstante" Jugendliche. Bei oberschichtabwärtsmobilen und unterschichtkonstanten Jugendlichen wird politischer Rigorismus besonders oft vertreten. Aufwärtsmobile Jugendliche unterscheiden sich von unterschichtkonstanten Jugendlichen vor allem durch ihr starkes politisches Interesse, und zwar invariant über den gesamten Befragungszeitraum.

---

[1] Dies entspricht auch den Ergebnissen, die für die schichtspezifische und besonders rassenspezifische politische Sozialisation in den USA festgestellt wurden. Vgl. hierzu Cohen, Orum 1973, Greenberg 1970.

[2] Vgl. hierzu Rosenmayr, Kreutz 1968, 1976.

[3] "Aufwärtsmobilität" ist dann gegeben, wenn der Befragte eine höhere Schule besucht, die Eltern der Unterschicht angehören; "Abwärtsmobilität", wenn der Befragte bei Hauptschulbildung berufstätig ist und die Eltern der Oberschicht zugerechnet sind. "Schichtkonstant" sind Befragte mit der Elternschicht entsprechender Berufstätigkeit bzw. Bildungsniveau.

Tabelle 5.9 Soziale Mobilität und politische Einstellungen von Jugendlichen (%)

		E-Skala						D-Skala				K-Skala				R-L-Skala											
		entfr.			integr.			machiav.		demokr.		konser.		progr.		Links				Mitte				Rechts			
	n=	t1	t3	t4	t1	t3	t4	t2	t4	t2	t4	t2	t4	t2	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4
soziale Mobilität Kind/Eltern																											
UU*)	175	36	28	31	29	50	41	37	38	33	29	36	34	29	30	39	40	40	40	37	33	31	33	23	27	29	27
OU	215	36	37	31	32	39	36	36	30	27	29	38	31	29	44	39	46	47	48	40	33	36	30	21	21	17	22
UO	171	36	23	31	32	47	43	39	33	24	36	28	30	34	46	36	36	39	33	34	26	26	34	30	39	35	33
OO	151	32	24	17	44	48	52	35	21	33	49	32	19	38	51	37	41	37	38	31	26	26	30	32	34	37	32

	politisches Interesse								Parteipräferenzen											
	stark				schwach				CDU/CSU				SPD				FDP			
	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4
UU	17	22	20	15	32	30	29	32	22	29	26	26	47	48	53	54	28	17	18	20
OU	25	28	29	26	26	20	26	26	27	26	26	26	45	49	32	54	24	20	21	18
UO	23	31	23	27	24	22	23	17	39	46	39	42	33	35	39	33	22	15	20	22
OO	42	42	32	36	20	18	21	19	43	43	44	39	26	34	39	40	27	21	15	16

*) Konstellationen aus dichotomisiertem Schichtindex
U = Unterschicht; O = Oberschicht

Tabelle 5.10 Veränderungen politischer Einstellungen nach sozialer Mobilität (%)

soziale Mobilität Kind/Eltern *)	E-Skala										D-Skala					K-Skala					R-L-Skala				
			t13					t34					t24					t24					t12		
	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33
UU	35	14	18	10	23	22	22	20	8	28	23	30	18	12	17	26	32	16	12	14	22	20	27	20	12
OU	27	25	20	6	23	25	20	16	11	27	25	21	20	21	13	30	18	17	14	22	19	24	28	19	10
UO	36	21	12	11	21	19	25	17	11	29	31	18	21	19	12	29	26	12	11	20	24	14	25	16	22
OO	22	22	14	11	31	30	26	5	10	30	36	21	10	10	24	31	22	5	14	29	23	21	24	13	18

	Fortsetzung R-L-Skala															politisches Interesse									
			t23					t34					t12					t23					t34		
	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33
UU	20	16	26	20	18	18	21	26	19	17	27	20	11	30	12	22	24	9	32	12	18	20	9	38	16
OU	23	20	31	20	7	21	21	36	15	8	25	18	12	36	9	21	27	14	30	8	20	21	11	32	16
UO	16	21	27	13	23	20	20	27	12	22	26	23	12	32	8	18	30	14	30	8	24	16	14	39	7
OO	21	16	25	13	25	21	21	21	18	18	28	28	18	20	6	19	33	19	23	6	30	25	18	21	6

	Parteipräferenzen																	
			t12						t23						t34			
	CDU	SPD	FDP	CS	SC	K	CDU	SPD	FDP	CS	SC	K	CDU	SPD	FDP	CS	SC	K
UU	14	27	9	6	12	20	19	36	6	5	4	18	12	30	5	3	3	12
OU	17	30	9	6	5	18	17	35	8	4	4	16	11	22	4	4	4	17
UO	32	19	9	5	8	12	30	23	9	7	4	12	22	16	8	3	7	8
OO	25	14	11	12	6	12	30	19	7	9	4	11	17	16	5	5	4	4

*) Konstellationen aus dichotomisiertem Schichtindex
U = Unterschicht; O = Oberschicht

Besonders hoch ist das politische Interesse bei oberschichtkonstanten Jugendlichen.

Bei den Parteipräferenzen bleiben die sozialen Ausgangsplazierungen entscheidend. Unterschichtkonstante und unterschichtaufwärtsmobile Jugendliche bevorzugen mit weitem Abstand SPD und FDP vor CDU/CSU, bei Oberschichtjugendlichen und oberschichtabwärtsmobilen Jugendlichen dominiert die CDU/CSU vor der SPD. Allerdings nehmen die SPD-Stimmen bei Oberschichtjugendlichen im Befragungszeitraum stark zu, und zwar in erster Linie auf Kosten der FDP.

Der verwendete Indikator sozialer Mobilität ist insgesamt gesehen zu wenig präzise, um spezifische Effekte des sozialen Umfeldes feststellen zu können. Durch Aufwärtsmobilität oder Abwärtsmobilität des Jugendlichen werden der Einfluß der sozialen Plazierung durch die Eltern keinesfalls umfassend modifiziert. Im Zusammenhang mit der familialen politischen Sozialisation werden wir uns später mit spezifischen Bedingungen des sozialen Umfeldes befassen. Hier ist als Detail festzuhalten, daß aufwärtsmobile Jugendliche vergleichsweise stark politisch interessiert sind und sich nach links orientieren. Vom Rigorismus der Unterschichtjugendlichen heben sie sich durch mehr politische Toleranz ab, z.T. sicherlich eine Konsequenz schulischer Sozialisation, wie an späterer Stelle zu zeigen sein wird. Rigorismus ist gleichfalls ein Charakteristikum für abwärtsmobile Jugendliche.

6.2 Zeitliche Variabilität auf individueller Ebene

Bisher haben wir die Veränderung der politischen Einstellungen unter dem Aspekt von Trend-, Generationen- und Lebenszykluseffekten untersucht und sind dabei von "Nettoveränderungen" ausgegangen. Diesen Nettoveränderungen, wie sie sich in Differenzen zwischen Prozentanteilen ausdrücken, können unterschiedlich starke Fluktuationen zugrunde liegen.
Diese Variabilität ist die Veränderung der Einstellungen auf

Tabelle 5.11 Stabilität der politischen Einstellungen nach Alter und Geschlecht

	E-Skala t13					E-Skala t34					E-Skala t14					D-Skala t24					K-Skala t24				
	+	-	11	22	33 *)	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33
Jahrgang																									
59/58	33	18	22	12	15	23	24	20	10	24	33	25	18	10	14	37	20	20	12	12	29	28	19	12	13
57/56	35	23	13	8	22	23	21	12	13	31	31	15	16	15	23	27	20	16	14	24	33	19	14	12	23
55/54	30	18	9	10	33	20	28	10	9	33	33	21	15	12	21	26	25	11	22	17	26	21	4	16	32
53-51	19	26	12	12	33	24	17	12	8	40	23	22	11	7	37	28	25	14	14	20	20	13	11	15	36
Geschlecht																									
männlich	31	19	13	11	26	26	20	11	9	34	34	19	13	10	25	28	22	18	13	19	29	23	14	13	21
weiblich	28	24	18	9	21	19	26	20	11	25	25	25	19	12	19	34	20	13	17	16	29	20	12	14	25
insgesamt	30	21	15	10	24	23	22	14	10	30	30	21	15	11	22	31	22	16	14	18	29	22	13	13	23
n=	234	163	117	80	180	125	122	77	55	165	162	112	82	58	119	176	124	91	83	102	171	128	79	79	137

*) + = Veränderung in Richtung folgender Skalenpole: integriert, tolerant, progressiv, rechts, politisch interessiert
- = dito ...: entfremdet, rigoris, konservativ, links, desinteressiert
11 = Stabilität der Skalenpole wie unter "-"
22 = Stabilität des mittleren Skalenbereichs
33 = Stabilität der Skalenpole wie unter "+"

Tabelle 5.12 Stabilität der politischen Einstellungen nach Alter und Geschlecht

	R-L-Skala																			
	t12					t23					t34					t14				
	+	-	11	22	33+)	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33
Jahrgang																				
59/58	22	24	17	23	15	18	22	23	21	16	23	19	23	18	17	23	28	15	21	14
57/56	21	22	25	16	17	19	22	27	12	21	19	19	32	12	19	17	23	25	18	18
55/54	23	18	35	13	11	20	14	38	14	15	16	18	37	14	16	22	16	37	17	9
53-51	16	19	41	13	11	20	14	39	16	12	14	17	43	12	14	16	20	39	12	13
Geschlecht																				
männlich	21	20	30	13	16	14	20	31	13	18	19	19	34	11	18	20	25	28	12	15
weiblich	19	23	26	21	11	19	18	30	19	14	19	18	28	19	15	19	20	23	25	13
insgesamt	20	21	28	17	14	19	19	30	16	16	19	18	32	14	17	20	23	26	18	14
n=	246	259	343	206	166	170	167	270	141	146	116	112	192	88	102	120	140	158	108	85

+ = nach rechts
- = nach links
11 = stabil links
22 = stabil Mitte
33 = stabil rechts

Tabelle 5.13 Stabilität der politischen Einstellungen nach Alter und Geschlecht

	politisches Interesse																			
	t12					t23					t34					t14				
	+	-	11	22	33+)	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33
Jahrgang																				
59/58	29	21	5	32	14	21	28	8	29	14	24	22	9	29	16	29	21	5	31	14
57/56	24	25	11	33	7	17	26	11	39	6	22	17	13	43	6	22	26	13	36	3
55/54	30	23	19	21	7	24	33	22	16	6	19	19	23	30	10	23	29	19	26	4
53-51	24	19	21	32	5	15	24	26	32	4	19	23	20	31	7	22	27	17	29	5
Geschlecht																				
männlich	27	22	18	22	6	21	26	22	28	4	22	18	19	35	6	24	21	16	34	5
weiblich	27	22	6	34	11	17	30	6	33	14	21	24	8	32	16	26	30	6	27	11
insgesamt	27	22	13	30	8	19	28	15	30	8	22	20	14	34	10	25	25	12	31	8
n=	326	271	156	370	103	173	248	136	272	73	130	123	87	203	63	150	150	70	189	47

+) + = Zunahme
- = Abnahme
11 = stabil schwach
22 = stabil mittel
33 = stabil stark

Tabelle 5.14 Stabilität der Parteipräferenzen nach Alter und nach Geschlecht

	n= (t4)	t12 CDU	SPD	FDP	CS	SC	K*)	t23 CDU	SPD	FDP	CS	SC	K	t34 CDU	SPD	FDP	CS	SC	K	t24 CDU	SPD	FDP	CS	SC	K
Jahrgang																									
59/58	215	21+)	25	9	8	9	15	24	28	8	7	4	14	15	24	8	3	5	8	19	27	11	7	8	15
57/56	178	21	22	9	11	5	17	20	33	6	8	6	16	15	23	4	5	6	10	22	21	6	6	4	19
55/54	97	18	23	8	5	5	18	20	31	6	6	4	11	12	21	4	4	2	8	18	27	8	5	3	23
53-51	110	17	26	10	5	7	15	20	31	9	7	2	9	10	21	3	2	1	6	16	27	7	6	4	22
=		.06						.03						.15						.06					
Geschlecht																									
männlich	348	18	23	9	9	8	16	20	31	7	8	5	13	14	23	6	4	4	10	18	27	9	6	6	17
weiblich	252	22	26	9	5	5	17	22	30	8	6	4	13	13	21	4	3	3	6	20	23	8	6	4	22
=		-.05						-.04						.10						.03					
insgesamt		20	24	9	8	7	16	21	31	7	7	4	13	13	22	5	3	4	8	19	25	8	6	5	19

+) Die auf 100 % fehlenden Beträge entfallen auf andere Kombinationen bzw. auf K.A.

*) CS = Wechsel von CDU/CSU zu SPD
SC = Wechsel von SPD zu CDU/CSU
K = Wechsel zwischen Koalitionsparteien SPD und FDP

Individualebene. Tabelle 5.11 gibt diese differenziert nach Altersgruppen und Geschlecht wieder. Am Beispiel der E-Skala lassen sich die Effekte des Lebenszyklus auf die Stabilisierung von politischen Einstellungen sehr gut verdeutlichen. So herrscht in der ältesten Kohorte stabiles politisches Selbstbewußtsein vor, Veränderungen gehen dominant in die Richtung politischer Entfremdung. In der jüngeren Altersgruppe ist es genau umgekehrt. Hier haben wir einen sehr geringen Prozentsatz mit stabilem politischem Selbstbewußtsein, Veränderungen gehen vorwiegend zugunsten von politischer Kompetenz hin zu dem Niveau, das die älteren Kohorten schon erreicht haben. Dies gilt für die Zeitspanne von t1 nach t3. Die Daten für die Zeitspanne von t3 nach t4 machen deutlich, daß es sich hierbei nicht um ein längerfristig gültiges Prinzip handelt, sondern daß diese Zusammenhänge auch kurzfristigen Einflüssen unterliegen. Denn für die Zeitspanne t3 - t4 ergibt sich zwar auch wiederum für die ältere Kohorte eine vergleichsweise große Stabilität der politischen Orientierung, jedoch ist die Instabilität der jüngeren Kohorten nicht mehr auf eine einseitige Veränderung zurückzuführen, sondern die Veränderungen hin zu politischer Entfremdung und zum politischen Selbstbewußtsein halten sich, wie in den anderen Kohorten auch, in etwa die Waage. Politische Entfremdung bzw. politisches Selbstbewußtsein enthält also immer eine kurzfristige Einflußkomponente.

Bei älteren Jugendlichen ist demokratische Toleranz (D-Skala) vergleichsweise stabil, in jüngeren Jahrgängen verbreitet sich demokratische Toleranz im Befragungszeitraum zusehens. Immerhin ist es bemerkenswert, daß bei jüngeren Jugendlichen politischer Rigorismus ähnlich stabil ist wie in älteren Kohorten die demokratische Toleranz.

Unter älteren Jugendlichen ist eine offene Haltung gegenüber politischen Reformen (K-Skala) wesentlich stabiler und wird im Befragungszeitraum immer mehr akzeptiert als unter jüngeren, wo politischer Traditionalismus vergleichsweise stabiler ist.
Diese Variabilität zeigt, daß ältere Jugendliche in ihrer politischen Orientierung nicht prinzipiell stabiler bzw. verfestigter sind als jüngere Jugendliche, vielmehr hängt es durchaus vom Einstellungsbereich ab.

Dies belegen auch die Fluktuationen im Rechts-Links-Spektrum. Während die Veränderungsquoten jeweils etwa gleich sind, mit einer leichten Tendenz zugunsten linker Positionen, unterscheiden sich die Stabilitätsquoten je nach Alterskohorte: In älteren Kohorten sind linke Positionen besonders stabil, in jüngeren Kohorten sind es Positionen in der politischen Mitte, auch als politische Indifferenz interpretierbar.

Was die Stabilität der Parteipräferenzen anbetrifft, zeigen sich keine markanten Variabilitätsmuster. Stabile CDU-Präferenzen und auch Wechsel von der SPD zur CDU hin sind in jüngeren Kohorten etwas häufiger. Dies trifft vor allem für die längere Zeitspanne t2 - t4 zu.

2.1 Differenzierung nach Geschlecht

Differenzieren wir die Zeiteffekte nach dem Geschlecht der Befragten, ergeben sich im wesentlichen folgende Zusammenhänge: (Tab. 5.15 bis 5.18) Die lebenszyklische Entwicklung politischer Kompetenz betrifft vor allem junge Männer, junge Frauen weniger. Bei den älteren männlichen Jugendlichen ist die Veränderung in Richtung politische Entfremdung besonders stark. Die Altersdifferenzierung hinsichtlich des Konservatismus, d.h. vergleichsweise hohe Instabilität bei hoher Konservatismusquote in jüngeren Gruppen, betrifft wieder vor allem die Männer. Bei der Rechts-Links-Skala gibt es keine typischen Verlaufsmuster, allerdings ist die besonders stabile politische Indifferenz bei jungen Mädchen hervorzuheben. Unterschiede in der Entwicklung des politischen Interesses bestehen nicht, wohl jedoch sind Unterschiede in der Stabilität festzustellen: Bei Männern ist stabil starkes Interesses vergleichsweise häufiger, bei Frauen stabil schwaches politisches Interesse. Unterschiede in der Veränderung und Stabilität parteipolitischer Präferenzen lassen sich nicht feststellen.

Tabelle 5.15 Stabilität der politischen Einstellungen nach Alter, nach Geschlecht

	E-Skala t13					E-Skala t34					D-Skala t24					K-Skala t24				
	+	-	11	22	33+)	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33
Männer																				
Jahrgang																				
59/58	38	14	17	15	16	30	18	13	10	29	31	21	20	13	14	28	32	19	10	11
57/56	37	18	12	7	25	23	21	10	11	36	26	21	19	12	23	37	24	16	9	14
55/54	30	23	8	10	29	23	28	8	8	33	25	25	15	17	18	23	19	6	17	34
53-51	18	22	12	11	38	27	14	10	7	41	30	24	15	11	20	24	12	12	17	35
Frauen																				
Jahrgang																				
59/58	29	22	27	9	14	17	29	26	9	19	43	18	19	11	9	30	24	18	14	14
57/56	32	30	14	8	17	24	23	15	16	23	28	19	11	17	25	27	14	11	15	34
55/54	29	10	12	10	39	14	28	14	10	35	27	24	3	30	15	30	17	0	15	27
53-51	21	32	11	13	24	18	21	15	9	36	25	25	11	19	19	30	14	8	11	38

+) Vgl. Tabelle 5.11

Tabelle 5.16 Stabilität der politischen Einstellungen nach Alter, nach Geschlecht

	R-L-Skala t12					R-L-Skala t23					R-L-Skala t34					R-L-Skala t14				
	+	-	11	22	33+)	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33
Männer																				
Jahrgang																				
59/58	21	22	23	16	17	19	22	26	14	20	22	20	16	13	19	23	32	16	14	15
57/56	22	23	22	11	23	19	25	22	10	24	18	18	32	11	22	18	26	23	12	22
55/54	24	17	32	15	10	20	13	41	13	14	16	19	41	7	16	18	16	43	15	9
53-51	17	15	43	11	12	19	16	38	15	12	17	17	42	12	17	21	20	40	9	11
Frauen																				
Jahrgang																				
59/58	21	25	11	28	12	18	22	20	27	17	24	19	19	23	15	23	23	13	29	12
57/56	20	21	27	22	10	19	19	34	13	16	21	20	32	13	15	16	18	29	25	12
55/54	19	19	39	10	12	21	15	33	19	16	15	15	27	27	15	30	15	24	21	9
53-51	14	25	36	16	9	21	10	40	17	13	8	16	45	13	18	5	21	37	18	18

+) Vgl. Tabelle 5.12

Tabelle 5.17 Stabilität der politischen Einstellungen nach Alter, nach Geschlecht

	politisches Interesse														
			t12					t23					t34		
	+	-	11	22	33*)	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33
Männer															
Jahrgang															
59/58	29	17	8	35	11	23	27	13	30	8	24	18	14	35	9
57/56	27	27	16	26	4	19	26	16	36	3	21	14	14	48	3
55/54	30	24	21	19	6	24	31	27	16	2	18	18	27	30	8
53-51	21	21	28	27	3	17	20	37	25	2	24	23	26	22	5
Frauen															
Jahrgang															
59/58	29	24	1	30	16	20	29	3	29	20	23	26	5	23	23
57/56	21	24	6	40	10	14	27	5	43	11	23	21	11	36	9
55/54	30	22	15	25	9	24	37	12	15	12	21	21	15	29	15
53-51	29	17	9	38	7	11	31	9	42	7	8	24	8	49	11

*) Vgl. Tabelle 5.13

Tabelle 5.18 Stabilität der Parteipräferenzen nach Alter, nach Geschlecht

		Parteipräferenzen																							
	n= (t4)	CDU	SPD	t12 FDP	CS	SC	K*)	CDU	SPD	t23 FDP	CS	SC	K	CDU	SPD	t34 FDP	CS	SC	K	CDU	SPD	t24 FDP	CS	SC	K
Männer Jahrgang																									
59/58	147	19	21	10	13	11	14	20	29	9	8	5	14	16	22	10	3	5	10	21	24	13	8	10	13
57/56	124	22	22	7	13	6	17	23	31	4	8	7	16	16	25	4	6	7	13	21	25	6	5	5	18
55/54	98	16	25	9	5	7	16	17	31	4	6	5	10	11	24	4	5	2	9	14	31	8	6	3	20
53-51	133	17	25	10	6	7	16	19	31	9	9	1	10	10	23	4	1	2	8	16	31	8	5	3	17
Frauen Jahrgang																									
59/58	153	24	29	7	3	6	17	27	27	7	6	4	14	14	26	7	3	5	6	18	31	8	6	6	18
57/56	113	23	22	12	9	4	17	15	34	8	7	5	15	13	20	4	4	5	7	23	16	7	8	3	21
55/54	61	23	20	8	6	1	21	25	32	11	5	2	12	13	16	3	3	2	7	25	19	9	3	3	28
53-51	84	16	28	12	4	7	14	23	31	9	4	4	9	10	19	1	4	0	2	17	20	6	6	6	31

*) Vgl. Tabelle 5.14

6.2.2 Differenzierung nach sozialer Schicht

Die Tabellen 5.17 bis 5.20 enthalten die schichtspezifische Variabilität der Einstellungsbereiche.

Stabilitäten der E-Skala, D-Skala und K-Skala spiegeln das oben beschriebene Präferenzmuster wider: Politische Entfremdung, politischer Rigorismus und Konservatismus sind in oberen Schichtkategorien vergleichsweise selten stabil, im Gegensatz zu unteren Schichtkategorien, wo diese Skalenpole jeweils stabiler sind als die entgegengesetzten Pole. Der eingangs zitierte Befund, daß die "positiven" Pole der Skalen jeweils stabiler sind als die negativen, ist also mit Bezug auf die soziale Herkunft der Jugendlichen zu differenzieren:
Bei Jugendlichen aus dem unteren Bereich des sozialen Stratums sind die "negativen" Pole stabiler als die positiven. Unbeschadet dieser zeitlich invarianten Verteilungen von Stabilitäten sind Ausmaß und Richtung von Veränderungen je nach Zeitspanne unterschiedlich. Während z.B. in der Zeitspanne t1 t3 in allen Schichtkategorien eine Zunahme politischer Kompetenz zu beobachten ist, geht die Veränderung in der Zeitspanne t34 bei Jugendlichen aus der Oberschicht zu politischer Entfremdung hin. Bei Jugendlichen aus der Unterschicht nimmt hier politische Kompetenz weiter zu. Es ist nicht entscheidbar, inwieweit Lebenszykluseffekte für diese Unterschiede maßgeblich sind. Immerhin ist zu konstatieren, daß nicht nur Stabilitäten, sondern auch Variabilitäten und Entwicklung von politischer Kompetenz schichtspezifisch differenziert sind. Die Bedeutung sozialer Plazierungen für die Herausbildung politischer Einstellungen wird dadurch unterstrichen, daß diese Zusammenhänge unabhängig von der Konstruktion des Schichtindex gelten. Außerdem ist hervorzuheben, daß politische Kompetenz keine mittelfristig stabile mit sozialer Schicht korrespondierende Haltung ist, sondern daß Lebenszyklus- und Periodeneffekte die Zusammenhänge modifizieren, ihrerseits wiederum in ihrer Wirkung durch die soziale Schicht vermittelt sind.

Die Stabilität von politischer Toleranz, Stabilität einer positiven Haltung gegenüber politischer Veränderung, sowie auch Entwicklung in die Richtung dieser Einstellungsbereiche sind in erster Linie charakteristisch für Jugendliche aus der Mittelschicht und der Oberschicht. Auch bei Unterschichtjugendlichen geht die Entwicklung vom politischen Rigorismus und Traditionalismus weg, jedoch nicht so deutlich wie bei Mittel- oder Oberschichtjugendlichen.

Hinsichtlich des politischen Interesses diskriminiert der "objektive" Schichtindex sehr klar: Politisches Interesse ist bei Jugendlichen der Unterschicht seltener stabil als bei Jugendlichen aus der Oberschicht, andererseits ist politisches Desinteresse bei Jugendlichen aus der Unterschicht stabiler als in der anderen Gruppe. Die Variabilität des politischen Interesses während des Befragungszeitraums ist unabhängig von der sozialen Plazierung.

Linke Positionen sind bei Jugendlichen aus der oberen Arbeiterschicht und der unteren Mittelschicht besonders häufig stabil, rechte Positionen sind zwar prinzipiell weniger stabil als linke, erreichen jedoch bei Jugendlichen aus der Oberschicht gleiche Anteile. Bei Jugendlichen aus der Unterschicht dominiert die Stabilität von politisch-ideologischer Indifferenz. Die Variabilität im Befragungszeitraum zeigt keine verläßlich interpretierbare schichtspezifische Differenzierung, so daß es sich hier wahrscheinlich um Zufallsvariabilität handelt.

Die Stabilität der Parteipräferenzen zielt in die gleiche Richtung wie die Stabilität der Positionen auf der Rechts-Links-Skala: Stabile SPD-Präferenzen finden sich besonders häufig bei Jugendlichen aus der oberen Arbeiter- und unteren Mittelschicht, und zwar in allen drei Befragungszeitspannen. CDU-Präferenzen und SPD-Präferenzen sind entsprechend in diesen Befragtengruppen weniger of stabil; bei den Oberschichtjugendlichen sind die CDU-Präferenzen ihrerseits stabiler als die SPD-Präferenzen. Die Veränderungen der Parteipräferenzen weisen keine auf die soziale Plazierung rückführbaren Regelhaftigkeiten auf.

Die Schichtindizes differenzieren Stabilität und Variabilität von politischem Selbstbewußtsein, Toleranz und Traditionalismus; beim politischen Interesse, der politisch-ideologischen Ausrichtung und der Parteipräferenzen ist nur die Stabilität der Orientierung betroffen, nicht ihre Variabilität. Offensichtlich handelt es sich bei letzteren nicht um schichttypische, d.h. zeitlich relativ invariante Strukturmuster des politischen Einstellungsfeldes, dessen "Kranz" von Unschärfe und zeitlicher Variabilität nicht auf mit der sozialen Plazierung assoziierte Ursachenbereiche rückführbar ist. Unter dem Gesichtspunkt krisenhafter Sozialisationsverläufe ist es bemerkenswert, daß politische Toleranz und Offenheit bei Jugendlichen aus Mittelschicht nicht nur besonders stabil sind, sondern sich im Befragungszeitraum noch ausweiten.

5.2.3 Zusammenfassung

Die beschriebenen Lebenszyklus- und Generationeneffekte, die als Unterschiede in den Prozentverteilungen sichtbar waren, finden also in der Variabilität auf individueller Datenebene weitgehend eine Entsprechung. Auch hier läßt sich kein Stabilisierungs- bzw. Destabilisierungsmuster aufzeigen, das auf klar unterscheidbare Lebenszyklusphasen hindeuten könnte. In der befragten Jugendpopulation von 15 - 23 Jahren ist keine Altersphase zu identifizieren, die besonders instabil wäre. Lebenszykluseffekte bestätigen sich insofern, als die politische Kompetenz mit dem Lebensalter korreliert, jedoch ist die Langfristigkeit dieses Effektes fraglich. Die alterspezifischen Unterschiede in den übrigen Variablenbereichen, politischem Rigorismus bzw. Toleranz, Konservatismus bzw. Risikobereitschaft, Indifferenz bzw. Linksorientierung, Desinteresse oder Interessiertheit, bleiben im Befragungszeitraum durchweg erhalten. Dies deutet darauf hin, daß es sich bei den Altersunterschieden vornehmlich um Generationeneffekte handelt. Diese Datenlage weist erneut darauf hin, daß der politische Sozialisationsprozeß nicht so verstanden werden kann, daß konkrete und klar abgrenzbare Inhalte tradiert oder erworben werden, vielmehr geht es um die Vermittlung von Aktionspotentialen. Eine Konkretisierung der Verhaltensdispositionen hängt dann wohl wesentlich von den situativen und den politisch-institutionellen Rahmenbedingungen ab. Aufgrund der Richtungsambivalenz und zeitlichen Flexibilität der politischen Einstellungen versteht es sich, daß die Generationeneffekte selbst von kurzer Dauer sein können. Dies bedeutet aber auch, daß das politische Zeitgeschehen große Umschwünge in der Orientierung, man könnte auch sagen politische Moden bewirken kann.

Die Entwicklung und Stabilisierung von politischen Orientierungen, die von demokratisch-pluralistischen Bildungszielen her positiv zu bewerten sind, stellen vornehmlich einen typischen Verlauf für Jugendliche aus der Mittelschicht dar.

Dies zeigt die Stabilität und Variabilität der politischen Kompetenz, Toleranz und Reformfreudigkeit.
Auch die Stabilität linker politischer Positionen scheint vornehmlich charakteristisch für Mittelschichtjugendliche zu sein, während Unterschichtjugendliche eher zur Indifferenz, Oberschichtjugendliche zu rechten Positionen neigen. Es wird später zu untersuchen sein, inwieweit die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen, die sich für Jugendliche offensichtlich aus der Verschiedenheit ihrer sozialen Plazierung ergeben, durch Voraussetzungen beim Sozialisationsträger modifiziert werden können.

Wir wenden uns zunächst der Frage zu, wie die bisher untersuchten Einflußfaktoren Geschlecht, Bildungsniveau und soziale Plazierung untereinander korrespondieren und im Mit- und Gegeneinander Inhalte und Entwicklungsdynamik der politischen Sozialisation bestimmen.

Tabelle 5.19 Veränderungen und Stabilitäten der politischen Einstellungen nach sozialer Schicht

		n=+)	E-Skala t13				*)	E-Skala t34					D-Skala t24					K-Skala t24				
			+	-	11	22	33	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33
Schicht 1	1*)	265	25	20	27	10	18	23	17	29	9	23	28	22	24	15	12	29	24	20	10	17
subj.	2	115	32	22	14	8	25	25	13	10	10	42	27	25	13	21	15	30	16	14	14	26
	3	600	30	22	12	10	26	24	24	10	10	33	31	20	13	13	23	29	21	12	12	26
	4	188	37	19	10	11	23	21	30	11	11	28	32	26	14	16	13	28	17	10	20	24
	5	31	35	22	4	13	26	17	25	0	25	33	36	9	36	18	0	25	58	0	8	8
Schicht 2	1		27	21	23	9	20	23	16	23	9	28	28	23	21	17	12	29	22	18	11	19
subj.	2		30	22	12	10	26	24	24	10	10	33	31	20	13	13	23	29	21	12	12	26
	3		36	20	9	11	24	20	29	10	13	28	33	24	16	16	11	28	22	9	19	23
Schicht 3	1		33	20	21	7	19	25	23	21	10	22	22	27	20	16	14	27	27	19	11	17
obj.	2		31	23	13	11	22	25	23	11	12	29	32	17	15	13	24	30	22	12	15	21
	3		28	19	14	11	29	22	22	14	7	36	31	21	16	16	17	28	20	12	14	26
Schicht 4	1		27	24	23	8	18	25	16	27	10	22	25	26	22	15	12	26	29	19	12	13
subj.	2		34	20	15	10	22	23	25	11	12	29	26	20	16	15	22	31	20	15	13	22
obj.	3		31	20	11	10	29	22	24	12	7	35	34	21	14	14	18	26	21	11	15	26

+) in t2

*) Vgl. Tabellen 5.7, 5.11

Tabelle 5.20 Veränderungen und Stabilitäten der politischen Einstellungen nach sozialer Schicht

		politisches Interesse														
		t12					t23					t34				
		+	-	11	22	33*)	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33
Schicht 1	1*)	33	19	8	31	10	18	26	11	37	9	20	20	11	33	16
subj.	2	26	27	17	22	8	21	24	25	21	10	21	15	23	33	8
	3	24	22	14	32	8	19	27	15	31	8	23	19	13	35	10
	4	24	22	15	30	9	22	27	17	27	7	17	27	20	29	7
	5	34	25	13	22	6	17	50	8	21	4	42	17	8	33	0
Schicht 2	1	31	22	10	28	9	19	26	15	32	9	21	19	14	33	13
subj.	2	24	22	14	32	8	19	27	15	31	8	23	19	13	35	10
	3	26	22	14	29	9	22	30	16	26	7	20	26	19	30	6
Schicht 3	1	29	20	9	31	12	22	29	10	29	11	21	20	8	36	16
obj.	2	23	21	13	33	9	20	24	13	35	8	18	22	14	35	12
	3	30	22	15	29	5	18	31	19	28	5	27	20	19	29	5
Schicht 4	1	29	19	9	32	12	22	27	9	33	11	17	19	8	40	16
subj.	2	26	21	11	33	9	18	26	13	34	9	25	19	13	32	11
obj.	3	28	22	16	29	5	21	31	18	25	5	23	23	18	31	6

*) Vgl. Tabellen 5.7, 5.13

Tabelle 5.21 Veränderungen und Stabilitäten auf der R-L-Skala nach sozialer Schicht

		R-L-Skala														
		t12					t23					t34				
		+	-	11	22	33*)	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33
Schicht 1	1*)	21	23	27	20	9	21	19	26	23	11	20	20	28	20	12
subj.	2	19	22	37	10	11	14	20	41	13	12	17	13	43	15	13
	3	19	21	29	17	13	19	18	33	13	17	19	18	34	13	17
	4	21	22	23	15	19	19	20	25	13	24	21	17	25	14	25
	5	36	7	13	13	32	18	23	14	18	27	17	42	17	8	17
Schicht 2	1	21	23	30	17	10	19	19	30	20	11	19	18	32	18	12
subj.	2	19	21	29	17	13	19	18	33	13	17	19	18	34	13	17
	3	23	20	22	15	21	19	20	23	14	24	20	19	24	13	24
Schicht 3	1	20	25	25	21	19	21	20	26	21	12	20	22	26	19	13
obj.	2	19	19	25	20	16	17	23	29	15	15	22	16	37	11	15
	3	22	19	29	13	17	17	19	30	12	22	16	19	31	13	20
Schicht 4	1	18	22	29	21	10	18	22	28	22	9	22	17	29	20	11
subj.	2	21	23	24	20	13	20	20	29	16	16	21	20	33	13	14
obj.	3	22	19	28	13	18	18	21	29	10	23	17	18	31	12	22

*) Vgl. Tabellen 5.7, 5.12

Tabelle 5.22 Veränderungen und Stabilitäten nach Parteipräferenzen

		Parteipräferenzen																		
		t12						t23						t34						
		CDU	SPD	FDP	CS	SC	K*)	CDU	SPD	FDP	CS	SC	K	CDU	SPD	FDP	CS	SC	K	n=
Schicht 1	1*)	16	27	8	10	9	15	17	37	7	5	5	14	9	26	5	3	3	9	132
subj.	2	14	37	7	6	7	13	15	37	4	12	3	15	9	28	5	2	5	9	56
	3	20	23	8	8	5	19	20	32	7	6	5	13	14	22	4	4	3	8	300
	4	21	18	15	5	9	14	29	17	11	9	4	11	17	19	8	4	6	4	96
	5	47	7	7	0	13	10	38	4	4	13	4	13	27	0	5	5	9	9	12
Schicht 2	1	16	30	8	9	8	14	17	37	6	7	4	14	9	27	5	3	4	9	188
subj.	2	20	23	8	8	5	19	20	32	7	6	5	13	14	22	4	4	3	8	300
	3	25	16	14	5	10	13	31	15	10	10	4	12	19	16	7	4	6	5	108
Schicht 3	1	12	28	11	8	9	17	16	36	8	4	6	17	12	24	6	6	5	11	152
obj.	2	22	24	6	9	7	18	18	33	7	10	4	11	12	25	5	1	3	9	155
	3	27	21	11	7	4	13	28	25	7	8	4	13	19	20	7	4	5	5	187
Schicht 4	1	13	29	10	10	11	15	16	37	7	6	5	15	12	27	5	4	5	12	110
subj.	2	20	27	7	8	5	19	17	36	7	7	5	16	11	24	6	3	4	10	208
obj.	3	26	18	12	6	6	13	29	21	8	8	4	10	21	19	7	4	5	4	173

*) Vgl. Tabellen 5.7, 5.14

6.3 Zusammenhänge zwischen Bildungsniveau, geschlechtsspezifischen und schichtspezifischen Differenzierungen

6.3.1 Geschlecht und Bildungsniveau

Unterschiedliches politisches Interesse von Jungen und Mädchen könnte z.B. auf unterschiedlichem Bildungsniveau beruhen. Andererseits ist denkbar, daß geschlechtsspezifische Unterschiede durch die Schulbildung nivelliert werden. Ähnliches gilt auch für "kompensatorische" Beziehungen zwischen sozialer Schicht und Schulbildung.[1)]

Die objektiven Ausgangsbedingungen - der Besuch bestimmter Schultypen - sind für Jungen und Mädchen der Untersuchung ähnlich. Eine auf Chancengleichheit ausgerichtete Bildungspolitik hat ebenfalls die vormaligen, von der sozialen Herkunft mitbestimmten geschlechtsspezifischen Unterschiede im Schulbesuch nivelliert. Früher war es in Unterschichtfamilien die Regel, daß - wenn überhaupt - vorzugsweise der Sohn die Chance einer höheren Schulbildung erhielt.[2)] Dies trifft nun für die Mitte der 70er Jahre nur noch in sehr begrenztem Ausmaß zu: Unter den Gymnasiasten der Unterschicht und der Mittelschicht sind die Schüler gegenüber den Schülerinnen leicht überrepräsentiert, ausgeglichen ist das Verhältnis in der Oberschicht (gemischter Schichtindex). Geschlechtsspezifische Unterschiede in den politischen Präferenzen wären insofern nicht auf Drittfaktoren wie Schulbildung oder soziale Herkunft zurückzuführen.

Was das politische Selbstbewußtsein anbetrifft, so liegen die Unterschiede zwischen jungen Männern und Mädchen nicht so sehr im Niveau von politischer Kompetenz und politischer Ent-

---

1) Vgl. hierzu Dahrendorf 1965, Bolte et al. 1966, Bernstein 1970a, Hurrelmann 1973, Bertram 1977.

2) Vgl. Dahrendorf 1965.

Tabelle 5.23 Schulbesuch nach sozialer Schicht

	Befragte gesamt	subjektive soziale Plazierung					objektive Plazierung			kombinierter Index		
		1	2	3	4	5	1	2	3	1	2	3	1	2	3
Schulbesuch															
Schüler															
Berufsschule	30	12	24	33	44	50	16	33	45	26	31	40	16	32	43
Gymnasium/Realschule	45	52	52	42	40	41	52	42	40	38	41	42	47	38	40
Nicht-Schüler															
Hauptschule	59	83	67	48	43	-	79	48	39	69	67	41	82	60	33
Gymnasium	41	18	33	52	57	(3)	21	52	61	31	33	59	18	40	67

Tabelle 5.24 Schulbesuch nach Geschlecht und nach sozialer Schicht

	Insgesamt			subjektive soziale Plazierung										objektive Plazierung					
				1*)		2		3		4		5		unten		Mitte		oben	
	männl.	weibl.	n=	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
Berufsschüler	50	50	366	44	56	57	43	50	50	52	48	50	50	51	49	52	48	49	51
Gymnasiasten	55	45	558	60	40	73	27	51	49	53	47	23	77	62	38	63	37	60	40
Berufstätige	59	41	186	59	41	63	75	53	41	30	70	-	-	62	38	54	46	64	36
Studenten	51	49	127	53	47	78	22	49	51	35	65	(2)	(1)	55	45	52	48	54	46
insgesamt	54	46	1240	58	42	69	31	52	48	49	51	41	59	58	42	56	44	55	45

	gemischter Schichtindex					
	1		2		3	
	m.	w.	m.	w.	m.	w.
Berufsschüler	56	44	50	50	50	50
Gymnasiasten	68	32	65	35	53	47
Berufstätige	60	40	58	42	58	42
Studenten	50	50	33	47	53	47
insgesamt	62	38	57	43	52	48

*) vgl. Tabelle 5.15

entfremdung, wie es in den Durchschnittswerten der einzelnen Gruppen erfaßbar ist, sondern sie liegen in der Stabilität der jeweiligen Einstellung. Politisches Selbstbewußtsein ist bei jungen Männern grundsätzlich stabiler als bei Mädchen, bei diesen ist vielmehr politische Entfremdung vergleichsweise stabiler. Ähnlich verfestigte politische Entfremdung ist bei jungen Männern nur dann feststellbar, wenn es sich um Jugendliche mit niedrigem Bildungsabschluß bzw. um berufstätige Jugendliche handelt. Die zusätzliche Differenzierung nach Schulbesuch macht deutlich, daß höheres Bildungsniveau bzw. der Besuch einer weiterführenden Schule die Differenzen zwischen Jungen und Mädchen im politischen Selbstbewußtsein , die bei niedrigem Bildungsstandard sehr klar sind, nivelliert.

Hinsichtlich politischer Toleranz und Reformbereitschaft finden sich unbesehen des Bildungsniveaus keine deutlichen geschlechtsspezifischen Unterschiede.

Im politischen Interesse sind die Differenzen zwischen Jungen und Mädchen demgegenüber besonders stark. Diese Unterschiede werden durch die Schulbildung nicht nivelliert. Zwar ist auch politisches Interesse bei Mädchen dann stärker verbreitet, wenn das Bildungsniveau höher ist, und politisches Desinteresse kommt besonders häufig bei berufstätigen Mädchen mit niedrigem Bildungsabschluß vor, jedoch bleiben die sehr klaren Niveauunterschiede zwischen Jungen und Mädchen erhalten. Diese Niveauunterschiede korrespondieren dann auch mit den Stabilitäten von Interesse bzw. Desinteresse.

Im Gegensatz zu den geschlechtsspezifischen Unterschieden im politischen Selbstbewußtsein bestehen die Unterschiede im politischen Interesse unabhängig vom Bildungsstandard weiter. Daraus wäre zu schließen, daß diese Unterschiede nicht auf differierende politische Sozialisation zurückgehen, bzw. durch sie kompensierbar sind, sondern in der politischen Relevanz kultureller Sozialisation, hier etwa der mehr oder minder subtilen

geschlechtsrollenspezifischen Sozialisation begründet sind, wo Politik immer wieder Männersache bleibt und der Entwicklung politischen Engagements und Interesses bei Mädchen keine Chancengleichheit geboten wird.

6.3.2 Geschlechtsspezifische Unterschiede und soziale Schicht

Die geschlechtsspezifischen Differenzen im politischen Interesse sind auch weitgehend unabhängig von der sozialen Schicht bzw. beide Faktoren kumulieren in ihren Effekten. Mädchen der Unterschicht sind am häufigsten politisch desinteressiert, Jungen der Oberschicht sind am häufigsten sehr stark politisch interessiert. Die schichtspezifischen Differenzen hinsichtlich des politischen Interesses sind allerdings bei weitem nicht so deutlich und durchgängig wie die geschlechtsspezifischen. Geschlechtsspezifische politische Sozialisation manifestiert sich also besonders stark im politischen Interesse.

Im einzelnen zeigen sich folgende Besonderheiten im Zusammenhang zwischen Lebenszyklus, sozialer Schicht und geschlechtsspezifischer Präferenzstruktur:

Unter Unterschichtjugendlichen gibt es eine starke Gruppe, für die politische Entfremdung lebenszyklisch nicht variabel ist. Hier ist die Stabilität des politischen Selbstbewußtseins auch weitaus geringer als bei Jugendlichen anderer sozialer Herkunft. Die lebenszyklisch bedingte Abnahme politischer Entfremdung bzw. Zunahme politischen Selbstbewußtseins ist in erster Linie für Jugendliche aus der Mittelschicht bzw. der Oberschicht charakteristisch (Tab. 5.28, 5.29). Diese Entwicklung läuft dann auch für Mädchen und Jungen parallel. Bei Unterschichtjugendlichen finden wir demgegenüber sehr deutliche geschlechtsspezifische Differenzen: Mädchen sind wesentlich häufiger politisch entfremdet als Jungen. Außerdem gibt es bei Mädchen im Befragungszeitraum keine feststellbare Veränderung, bei Jungen aus der Unterschicht dagegen einen Entwicklungsansatz zu größerem politischem Selbstbewußtsein.

Auch lebenszyklusbedingte Veränderungen des politischen Interesses treffen vor allem auf Jugendliche der Mittelschicht und der Oberschicht zu. Die Relationen in den einzelnen Altersgruppen bleiben im Befragungszeitraum stabil, daß man

Tabelle 5.25 Der Zusammenhang zwischen Schulbildung und politischem Selbstbewußtsein, nach Geschlecht (%)

	entfremdet			integriert			Veränderung									
									t13					t34		
	t1	t3	t4	t1	t3	t4	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33
Männer																
Berufsschüler	26	16	18	34	51	57	40	17	5	14	24	27	16	6	12	39
Gymnasiasten	29	26	25	41	46	51	22	21	15	10	32	27	20	11	7	36
Berufstätige	50	37	39	20	38	27	36	18	26	9	12	24	27	24	9	17
Studenten	28	9	13	43	60	67	33	13	4	11	38	23	23	0	10	43
insgesamt	32	23	24	36	47	50	31	19	13	11	26	26	20	11	9	34
Frauen																
Berufsschüler	33	29	29	37	46	39	31	24	14	9	22	18	29	18	10	25
Gymnasiasten	36	36	30	33	38	38	24	22	22	13	20	16	21	19	13	31
Berufstätige	51	50	47	23	32	21	32	21	20	4	13	19	25	38	9	9
Studenten	29	21	36	50	46	36	30	33	5	8	25	30	30	4	13	32
insgesamt	36	34	33	35	41	36	28	24	18	9	21	19	26	20	11	25

Tabelle 5.26 Der Zusammenhang zwischen Schulbildung und politischem Interesse, nach Geschlecht (%)

	politisches Interesse								Veränderungen															
	stark				schwach						t12					t23					t34			
	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	+	-	11	22	33+)	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33
Männer																								
Berufsschüler	34	43	33	35	18	12	15	11	29	18	19	28	5	18	28	20	29	5	24	17	19	37	3
Gymnasiasten	41	43	43	39	18	13	19	14	26	23	20	26	5	20	28	27	23	2	24	18	20	29	9
Berufstätige	19	24	16	18	30	30	22	21	26	22	11	29	12	26	24	9	35	6	18	15	10	50	8
Studenten	46	39	45	48	15	14	8	10	22	28	20	26	5	24	12	31	31	2	16	26	32	23	3
insgesamt	36	40	35	35	20	16	17	14	27	22	18	27	6	21	26	22	28	4	22	18	19	35	6
Frauen																								
Berufsschüler	15	20	18	21	32	31	31	33	24	24	5	34	13	22	27	7	32	12	23	21	10	31	15
Gymnasiasten	21	23	21	15	29	25	28	33	27	21	9	33	11	16	33	7	32	13	19	24	8	31	19
Berufstätige	7	9	4	3	42	34	47	49	32	22	3	33	11	15	27	4	36	18	11	29	3	37	20
Studenten	25	18	15	15	28	18	31	37	28	22	7	35	8	11	30	6	38	15	30	26	7	30	7
insgesamt	17	20	17	16	32	27	32	35	27	22	6	34	11	17	30	6	33	14	21	24	8	32	16

+) Vgl. Tabelle 5.13

Tabelle 5.27 Der Zusammenhang zwischen Schulbildung und politischem Rigorismus und Konservatismus nach Geschlecht (%)

	D-Skala				K-Skala				Veränderungen (t2-t4)									
	machiav.		demokr.		konser.		progr.				D-Skala					K-Skala		
	t2	t4	t2	t4	t2	t4	t2	t4	+	-	11	22	33+)	+	-	11	22	33
Männer																		
Berufsschüler	33	33	35	34	26	31	38	39	25	24	18	13	20	27	32	10	11	20
Gymnasiasten	37	30	30	42	36	24	33	48	30	25	16	10	19	31	14	15	14	26
Berufstätige	46	38	22	25	43	47	20	26	29	16	24	19	11	25	28	27	12	8
Studenten	32	20	38	43	22	23	38	55	31	17	10	10	31	13	20	3	13	30
Insgesamt	37	32	31	36	33	31	33	41	28	22	18	13	19	29	23	14	13	21
Frauen																		
Berufsschüler	37	22	26	47	30	15	40	51	37	17	13	16	18	30	15	11	16	29
Gymnasiasten	35	24	28	35	33	25	35	49	25	20	13	23	19	29	22	11	12	27
Berufstätige	47	44	23	18	38	43	23	23	36	36	18	6	3	24	32	27	15	3
Studenten	25	12	32	42	28	12	51	69	42	15	12	15	15	34	15	4	12	35
Insgesamt	36	24	27	39	32	22	37	48	34	20	13	17	16	29	20	12	14	25

+) Vgl. Tabelle 5.11

sowohl für Mittelschicht- als auch für Oberschichtjugendliche Generationeneffekte vermuten kann. Dies gilt insofern auch für Jugendliche aus der Unterschicht, als hier in den beiden mittleren Alterskohorten das politische Interesse abnimmt. Politisches Interesse ist bei diesen Jugendlichen auch vergleichsweise labiler als bei Jugendlichen der Mittelschicht oder der Oberschicht. Die eingangs beschriebenen Generationeneffekte der Depolitisierung, also zwar keine schichtspezifische Erscheinung, treten jedoch bei Jugendlichen der Unterschicht besonders stark hervor.

Die für Jugendliche der Mittel- und Oberschicht beobachtbare Zunahme politischer Toleranz geht in erster Linie auf Veränderungen bei Mädchen zurück. Unter Unterschichtjugendlichen findet sich unbesehen des Alters oder des Geschlechts ein Trend hin zu verstärktem Rigorismus (Tab. 5.31).

Bei Mittelschichtjugendlichen zeigt sich im Befragungszeitraum unbesehen des Alters und des Geschlechts, besonders allerdings für die Mädchen, eine vermehrte Bejahung von politischen Reformen. Bei jungen Männern der Unterschicht und der Oberschicht gibt es eher einen Trend zum politischen Traditionalismus. In allen Schichten sind Mädchen weniger traditionalistisch eingestellt und reformfreudiger als die Männer, jedoch bleiben die Unterschiede gering. Eine positive Haltung gegenüber politischen Reformen ist bei Jugendlichen der Mittel- und Oberschicht stabiler als bei Unterschichtjugendlichen, bei diesen ist politischer Traditionalismus vergleichsweise stabil (Tab. 5.31).

Unter Unterschichtjugendlichen bestehen hinsichtlich der Parteipräferenzen keine großen alters- und geschlechtsspezifischen Unterschiede. Die Fluktuationen sind aufgrund der teilweise geringen Fallzahlen nicht sehr zuverlässig interpretierbar. Der Anteil der CDU/CSU liegt etwa zwischen 25 und 30 %, derjenigen der SPD um 50 % und derjenigen der FDP zwischen 20 und 25 %. Unterschiede zeigen sich allerdings in der Stabilität der Präferenzen. CDU-Präferenzen sind zunächst bei jüngeren Jugendlichen stabiler als bei älteren, bei den SPD-Präferenzen ist es umgekehrt. CDU-Präferenzen sind bei weiblichen Jugendlichen der Unterschicht stabiler als bei männlichen Jugendlichen, hier sind FDP- und SPD-Präferenzen stabiler. In der Zeitphase t1 bis t4 beginnen sich offensichtlich bisherige Parteiloyalitäten weitgehend aufzulösen, denn die Stabilitäten sind insgesamt gesehen sehr gering. Hinter weitgehend konstanten Anteilen der Parteien im Befragungszeitraum stehen zunehmende Stimmenfluktuationen zwischen den Parteien. Diese Instabilität dürfte in dieser Schichtgruppe kaum lebenszyklusbedingt sein, da die Abnahme der Stabilitäten in gleicher Weise auf alle Altersgruppen zutrifft, jüngere Jugendliche scheinen fast stabiler in ihren Parteipräferenzen als ältere Jugendliche. Das widerspricht für Unterschichtjugendliche der Vorstellung, daß sich Orientierungen im Lebenszyklus zunächst destabilisieren, bevor sie sich in späteren

Lebensjahren wieder verfestigen.

Bei Jugendlichen der Mittelschicht sind die Entwicklungsverläufe etwas differenzierter. Insgesamt gesehen liegen die Anteile der CDU/CSU etwa um 5 % höher, diejenigen der SPD zunächst um 10 % niedriger, der Anteil der FDP liegt in etwa auf dem Niveau wie bei den Jugendlichen aus der Unterschicht. Im Verlauf der Befragung verliert die CDU/CSU jedoch erheblich an Stimmenanteilen, und zwar in allen Altersgruppen; die SPD gewinnt entsprechend, so daß sich letztlich hier ein größeres Übergewicht zugunsten der SPD ergibt als bei den Jugendlichen der Unterschicht. Diese Veränderungen wiederum treffen für die Mädchen stärker zu als für die Jungen. Dieser Entwicklung entsprechend sind die SPD-Präferenzen in späteren Befragungszeitspannen weitaus stabiler als CDU-Präferenzen. CDU-Präferenzen sind bei den Männern stabiler als bei den Frauen. Geht man davon aus, daß bei Mittelschichteltern CDU-Präferenzen dominieren, dann finden sich in diesen Ergebnissen am ehesten Ansätze für eine von einer Destabilisierung begleitete politische Umorientierung des Jugendlichen.

Bei Oberschichtjugendlichen gestaltet sich der Trend in ähnliche Richtung, jedoch altersdifferenziert. Es wächst eine CDU/CSU-Generation nach, während die älteren im Befragungszeitraum zur SPD abwandern. Wie bei der politischen Kompetenz sind es wieder Mittelschicht- bzw. Oberschichtjugendliche, die eine besondere Dynamik im Befragungszeitraum aufweisen, hier der Wechsel der schichtspezifischen Parteipräferenz der Eltern (Tab. 5.32, 5.33).

Die Orientierung im Rechts-Links-Spektrum untermauert die Entwicklungstrends bei den Parteipräferenzen.
Die für die Gesamtpopulation der Befragten beschriebene Differenzierung der Altersgruppen - weniger politische Indifferenz bei älteren Jugendlichen - trifft für alle Schichtkategorien zu. Unterschiede in der Präferenzverteilung im politischen Spektrum bestehen insofern, als Jugendliche der Oberschicht, allerdings nur die jüngeren Alterskohorten, stärker rechte Positionen bevorzugen als andere Jugendliche. Ansonsten geht abnehmende politische Indifferenz in erster Linie zugunsten einer stärkeren Präferenz linker politischer Positionen, das gilt sowohl im Querschnitt für die Altersdifferenzierung als auch im Längsschnitt für Veränderungen im Befragungszeitraum. Auch die geschlechtsspezifischen Differenzen laufen weitgehend parallel in allen Schichtkategorien: Mädchen sind durchweg häufiger politisch indifferent als Jungen, sie präferieren auch, abgesehen von Mädchen der Oberschicht, weniger häufig rechte politische Positionen. Während die Unterschiede zwischen Männern und Mädchen in der Mittelschicht sehr gering sind, bestehen in den beiden anderen Schichtkategorien in der Präferenz linker politischer Positionen doch erkennbare Unterschiede: Mädchen bevorzugen vergleichsweise weniger häufig linke Positionen, was bei Mädchen der Unterschicht auf verbreitete politische Indifferenz zurückgeht, während bei Mädchen der Oberschicht eher ein

polarisiertes Präferenzprofil vorhanden ist. Die Stabilität der politischen Orientierung weist darauf hin, daß verbreitete, stabile politische Indifferenz ein gemeinsames Merkmal von Mädchen der Unterschicht wie der Oberschicht ist. Ein weiteres gemeinsames Merkmal von Unterschicht- und Oberschichtjugendlichen besteht darin, daß linke politische Positionen bei Männern stabiler sind als bei den Mädchen.

Die Ergebnisse vermitteln den Eindruck, daß sich geschlechtsspezifische Differenzen in der politischen Sozialisation vornehmlich bei Jugendlichen der Unterschicht und der Oberschicht reproduzieren, während sich bei Jugendlichen der Mittelschicht ein Nivellierungstrend abzeichnet. Außerdem scheint es so, als würden Entwicklungstrends wie Stärkung von politischem Selbstbewußtsein, Verringerung des politischen Rigorismus bzw. Stärkung politischer Toleranz vornehmlich für Jugendliche aus der Mittelschicht zutreffen. Jugendliche aus der Unterschicht zeichnen sich dagegen durch einen vermehrten Trend zu politischem Rigorismus aus, der vor allem auf Veränderungen in der weiblichen Population beruht. Auch bei den Parteipräferenzen zeichnen sich Mittelschichtjugendliche durch besondere Instabilität schichtspezifischer (CDU-)Präferenzen aus. Lebenszyklische Dynamik ist grundsätzlich eher ein Merkmal politischer Sozialisation für Mittelschichtjugendliche, bei Unterschichtjugendlichen sind Orientierungsmuster eher a priori festgeschrieben.

abelle 5.28 Politisches Selbstbewußtsein nach Alter, Geschlecht und sozialer Schicht

		E-Skala								E-Skala-Veränderungen							
		entfr.			integr.					t13					t34		
	n=	t1	t3	t4	t1	t3	t4	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33
nterschicht*)																	
ahrgang																	
9/58	114	46	38	35	21	37	31	33	15	27	7	18	20	24	27	10	20
7/56	84	37	26	30	29	38	30	38	21	15	10	16	30	30	9	14	16
5/54	40	25	30	16	40	33	42	35	24	10	7	24	26	16	11	11	37
3-51	31	45	59	36	19	35	50	18	29	29	0	24	31	0	39	0	31
ännlich	159	37	28	21	31	43	50	36	16	17	8	24	34	16	11	9	30
eiblich	110	45	45	47	19	(34)	11	30	26	26	7	12	11	33	35	12	9
ittelschicht																	
ahrgang																	
9/58	94	46	33	35	22	39	39	36	21	16	13	15	24	35	15	7	20
7/56	98	32	22	22	40	46	51	32	22	10	12	25	20	17	9	15	39
5/54	50	34	26	25	30	40	46	31	23	14	14	17	35	22	9	9	26
3-51	46	22	26	19	54	54	52	22	28	13	3	34	26	11	11	21	32
ännlich	165	31	24	28	34	44	47	28	21	14	14	24	21	20	12	15	32
eiblich	124	40	31	25	36	45	44	36	25	12	7	20	30	28	9	8	29
berschicht																	
ahrgang																	
9/58	108	44	29	32	27	37	51	33	18	20	15	15	26	19	17	7	31
7/56	87	32	26	24	37	49	48	34	24	13	5	24	23	15	15	12	35
5/54	74	16	13	30	53	65	38	20	18	6	9	47	14	36	11	6	33
3-51	84	24	24	22	44	52	61	21	14	14	14	39	20	20	9	3	49
ännlich	195	28	21	27	43	52	54	29	19	10	9	32	23	23	12	4	38
eiblich	158	34	27	28	34	46	42	27	18	18	13	24	19	19	18	12	31

*) objektiver Schichtindex

Tabelle 5.29 Politisches Selbstbewußtsein nach sozialer Schicht, Geschlecht und Alter

								E-Skala									
		entfr.			integr.					t13					t34		
	n=	t1	t3	t4	t1	t3	t4	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33
Unterschicht																	
Männer																	
Jahrgang																	
59/58	60	42	28	22	25	39	49	38	11	19	11	21	33	15	13	10	30
57/56	49	35	23	21	31	44	43	34	19	14	8	22	37	22	7	11	22
55/54	28	25	30	15	46	50	46	32	26	11	5	26	31	15	8	8	39
53-51	22	41	42	22	27	50	78	25	8	33	0	33	33	0	22	0	44
Frauen																	
Jahrgang																	
59/58	54	50	51	52	17	34	9	26	21	37	3	13	3	36	45	10	7
57/56	55	40	30	44	26	30	11	38	25	17	13	8	19	44	13	19	6
55/54	12	25	30	17	25	60	33	40	20	10	10	20	17	17	17	17	33
53-51	9	56	90	60	0	0	0	0	80	20	0	0	25	0	75	0	0
Mittelschicht																	
Männer																	
Jahrgang																	
59/58	49	43	30	41	16	41	44	31	17	17	20	14	17	29	21	8	25
57/56	46	33	18	20	35	54	52	34	14	11	11	29	13	13	9	17	48
55/54	32	28	21	28	31	29	39	32	27	9	18	14	35	29	6	12	18
53-51	38	16	28	21	58	48	53	12	31	15	4	39	24	6	12	24	35
Frauen																	
Jahrgang																	
59/58	45	49	38	30	29	38	33	41	26	15	4	15	32	41	9	5	14
57/56	52	31	27	23	44	38	50	29	29	9	12	21	26	22	9	13	30
55/54	18	44	36	17	28	57	67	31	15	23	8	23	33	0	17	0	50
53-51	8	50	17	0	38	83	50	67	12	0	0	17	50	50	0	0	0
Oberschicht																	
Männer																	
Jahrgang																	
59/58	45	40	20	25	31	43	59	44	12	15	12	18	32	18	11	7	32
57/56	48	31	25	21	38	50	56	33	24	12	5	26	24	21	12	6	38
55/54	48	21	17	32	54	61	39	17	25	6	8	44	19	33	11	4	33
53-51	54	22	21	33	46	55	63	21	15	9	12	42	17	21	13	0	50
Frauen																	
Jahrgang																	
59/58	63	48	36	39	24	32	42	25	23	23	17	13	20	20	23	7	30
57/56	39	33	28	30	36	48	35	36	24	16	4	20	22	6	22	22	28
55/54	26	8	5	22	50	71	33	26	5	5	11	53	0	44	11	11	33
53-51	30	27	29	0	40	48	58	21	11	21	16	32	27	18	0	9	46

Tabelle 5.30 Politisches Interesse nach Alter, Geschl[illegible]

	stark				schwach				politisches Interesse														
	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33
Unterschicht																							
Jahrgang																							
59/58	8	16	13	16	41	38	38	36	32	19	4	30	15	22	25	8	29	16	25	21	8	33	14
57/56	23	24	20	15	29	21	28	23	29	26	8	28	9	19	29	9	34	10	15	17	6	48	15
55/54	30	40	28	16	21	16	22	32	26	19	16	28	12	25	44	9	16	6	21	21	5	26	26
53-51	25	34	47	36	22	9	11	21	19	6	19	47	9	26	21	26	26	0	21	21	14	29	14
männlich	25	33	31	24	28	20	22	8	30	19	13	29	10	25	28	16	24	7	21	25	12	34	8
weiblich	8	11	5	22	38	36	42	42	26	22	3	34	16	17	29	2	34	17	21	11	2	39	27
Mittelschicht																							
Jahrgang																							
59/58	14	17	18	15	40	34	38	38	26	21	7	30	16	26	28	9	24	13	19	23	9	26	23
57/56	23	24	18	33	16	18	13	13	18	22	13	42	5	17	22	10	48	4	24	18	15	42	2
55/54	30	32	28	26	32	21	23	26	30	15	17	28	11	21	23	18	28	10	8	31	15	39	8
53-51	42	39	42	41	15	10	11	18	22	24	22	29	4	16	22	22	38	3	14	23	18	32	14
männlich	31	34	29	30	16	19	17	15	23	20	19	31	7	20	23	18	35	4	18	17	13	41	11
weiblich	22	15	17	23	31	28	29	36	23	21	7	37	12	20	25	6	36	13	18	30	14	26	13
Oberschicht																							
Jahrgang																							
59/58	14	24	17	25	28	18	28	25	30	15	5	42	8	16	33	9	36	7	28	22	11	32	8
57/56	33	33	23	24	25	21	18	16	26	29	14	27	4	15	30	17	34	4	32	18	14	36	0
55/54	50	62	56	53	12	12	13	11	34	28	24	12	1	25	33	34	6	2	26	16	34	18	5
53-51	42	42	40	37	17	7	16	7	31	31	18	28	5	18	27	18	31	6	17	26	26	26	6
männlich	43	49	40	45	13	10	12	7	29	23	20	25	2	20	29	25	26	1	28	15	25	31	1
weiblich	21	27	21	20	32	20	29	32	31	21	8	33	8	15	35	11	31	9	25	28	9	27	11

Tabelle 5.31 Politisches Interesse nach sozialer Schicht, Geschlecht und Alter

	politisches Interesse							
	stark				schwach			
	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4
Unterschicht								
Männer								
Jahrgang								
59/58	14	27	23	27	34	28	26	27
57/56	29	31	29	17	29	20	24	14
55/54	37	43	38	15	17	10	19	31
53-51	30	44	62	44	22	9	0	11
Frauen								
Jahrgang								
59/58	2	5	2	3	48	49	51	47
57/56	15	13	7	11	28	24	33	37
55/54	15	31	9	17	31	31	27	33
53-51	11	11	17	20	22	11	33	40
Mittelschicht								
Männer								
Jahrgang								
59/58	22	22	25	19	35	29	33	26
57/56	28	39	21	35	16	16	10	0
55/54	34	34	32	28	26	17	16	17
53-51	45	42	41	40	10	10	9	20
Frauen								
Jahrgang								
59/58	6	12	11	12	44	39	44	50
57/56	19	10	15	31	16	21	17	24
55/54	21	28	20	22	42	28	33	44
53-51	30	30	50	50	40	10	17	0
Oberschicht								
Männer								
Jahrgang								
59/58	21	34	23	34	15	11	13	9
57/56	42	37	28	40	14	16	9	9
55/54	59	70	58	55	11	11	14	7
53-51	48	52	52	52	11	4	15	0
Frauen								
Jahrgang								
59/58	9	17	12	15	37	23	39	39
57/56	21	29	16	24	38	26	32	29
55/54	35	48	52	44	14	14	10	22
53-51	31	25	23	8	28	13	18	25

Tabelle 5.32 Veränderung des politischen Interesses nach sozialer Schicht, Geschlecht und Alter

	politisches Interesse														
	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33
Unterschicht															
Männer															
Jahrgang															
59/58	14	33	8	31	14	25	25	13	28	9	24	24	15	32	5
57/56	29	35	10	20	6	32	22	12	27	7	21	14	10	48	7
55/54	20	27	20	27	7	43	29	14	10	5	31	15	8	23	23
53-51	4	17	26	44	9	8	31	39	23	0	33	33	11	22	0
Frauen															
Jahrgang															
59/58	25	30	0	28	17	26	19	2	30	23	16	25	0	34	25
57/56	21	21	5	40	13	24	14	3	45	14	11	16	0	47	26
55/54	15	23	8	31	23	46	18	0	27	9	0	33	0	33	33
53-51	11	22	0	56	11	50	17	0	33	0	0	0	20	40	40
Mittelschicht															
Männer															
Jahrgang															
59/58	24	22	12	28	14	28	35	13	18	8	15	19	11	33	22
57/56	18	26	22	33	2	24	14	17	45	0	12	27	12	50	0
55/54	14	29	17	29	11	20	16	24	36	4	18	6	18	53	6
53-51	24	17	24	32	2	19	13	23	42	3	25	15	15	30	15
Frauen															
Jahrgang															
59/58	18	30	2	32	18	28	17	6	31	19	31	19	8	19	23
57/56	26	12	5	50	7	20	20	2	51	7	24	21	17	35	3
55/54	17	33	17	22	11	29	29	7	14	21	56	11	11	11	11
53-51	20	40	10	20	10	33	33	17	17	0	0	0	50	50	0
Oberschicht															
Männer															
Jahrgang															
59/58	13	28	9	47	4	28	13	15	41	3	16	28	16	41	0
57/56	35	18	18	27	2	22	22	20	35	2	11	29	17	43	0
55/54	30	40	25	4	2	35	23	37	5	0	14	28	38	17	3
53-51	16	30	25	27	2	30	21	27	21	0	22	26	35	17	0
Frauen															
Jahrgang															
59/58	17	31	2	39	11	37	18	4	31	10	27	27	6	24	15
57/56	22	34	10	27	7	43	3	13	33	7	29	38	10	24	0
55/54	24	24	24	28	0	29	29	29	10	5	22	22	22	22	11
53-51	22	31	6	31	9	23	14	5	46	14	33	0	8	42	17

Tabelle 5.33 D-Skala und K-Skala nach Alter und Geschlecht und sozialer Schicht

	D-Skala									K-Skala								
	machiav.		demokr.		Veränderung					konser.		progr.		Veränderung				
	t2	t4	t2	t4	+	-	11	22	33	t2	t4	t2	t4	+	-	11	22	33
Unterschicht																		
Jahrgang																		
59/58	46	40	24	27	31	25	24	9	11	42	39	24	22	24	31	19	17	10
57/56	35	36	30	28	11	26	24	17	22	32	36	37	38	32	26	19	4	19
55/54	26	24	33	18	18	29	6	41	6	23	32	35	53	16	26	11	11	37
53-51	26	39	29	39	23	39	8	15	15	45	39	29	46	39	8	31	8	15
männlich	35	38	40	34	21	28	21	12	17	38	42	29	32	29	32	19	7	14
weiblich	32	35	22	17	24	26	19	21	10	35	30	31	34	23	18	20	18	20
Mittelschicht																		
Jahrgang																		
59/58	51	35	22	33	33	15	21	13	19	46	42	24	30	23	33	23	12	10
57/56	30	18	39	54	30	20	9	9	32	31	15	30	56	40	18	4	13	26
55/54	26	12	32	35	31	12	12	23	23	23	15	39	42	27	19	4	27	23
53-51	39	27	33	41	35	20	20	10	15	41	23	33	55	24	10	19	14	33
männlich	39	39	34	35	28	18	17	13	24	39	33	27	42	32	24	17	13	15
weiblich	36	17	28	52	38	14	11	13	24	33	14	35	49	27	20	6	18	29
Oberschicht																		
Jahrgang																		
59/58	42	27	17	42	43	13	16	18	10	37	28	27	42	38	24	14	10	14
57/56	40	24	29	32	30	22	14	18	16	30	35	34	46	25	17	19	15	23
55/54	29	42	36	36	16	34	19	13	19	18	14	47	49	25	25	3	14	27
53-51	29	24	35	49	24	19	14	14	30	24	19	44	60	16	14	5	19	46
männlich	34	29	29	36	28	22	16	17	17	25	28	35	41	23	21	11	19	25
weiblich	38	27	27	44	34	18	16	16	17	32	22	40	58	35	19	13	6	28

Tabelle 5.34 Parteipräferenzen nach Alter, Geschlecht und sozialer Schicht

	Parteipräferenzen											
	CDU/CSU				SPD				FDP			
	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4
Unterschicht												
Jahrgang												
59/58	24	30	28	27	44	44	48	49	30	21	20	24
57/56	26	18	26	30	41	61	56	57	28	17	19	14
55/54	26	27	23	29	42	46	52	41	26	15	23	24
53-51	25	17	24	15	44	63	59	54	28	20	18	31
männlich	24	25	24	28	43	51	56	50	30	18	17	23
weiblich	27	23	29	26	43	52	46	53	27	20	23	19
Mittelschicht												
Jahrgang												
59/58	33	30	24	28	45	50	54	50	21	17	20	22
57/56	41	30	28	26	34	48	55	48	24	18	14	22
55/54	31	41	33	27	39	35	44	58	20	14	15	15
53-51	32	35	28	32	46	45	47	55	20	16	22	5
männlich	36	34	30	30	40	44	49	49	19	16	17	20
weiblich	33	31	24	25	40	48	55	54	24	17	17	17
Oberschicht												
Jahrgang												
59/58	38	46	41	44	35	38	39	36	29	13	19	20
57/56	43	42	41	46	29	33	42	28	18	23	15	20
55/54	32	30	34	37	32	45	47	58	33	18	16	15
53-51	34	35	35	26	34	39	46	57	26	23	19	14
männlich	37	37	35	36	34	41	46	44	24	18	17	18
weiblich	37	42	43	42	33	35	39	38	26	20	18	19

Tabelle 5.35 Veränderungen der Parteipräferenzen nach Alter, Geschlecht und sozialer Schicht

Stabilität und Veränderung von Parteipräferenzen

	CDU	SPD	FDP	CS	SC	K	CDU	SPD	FDP	CS	SC	K	CDU	SPD	FDP	CS	SC	K
Unterschicht																		
Jahrgang																		
59/58	16	26	13	6	11	16	21	27	11	4	6	19	12	27	9	6	5	8
57/56	11	29	11	11	6	19	11	45	7	3	7	15	13	26	3	8	5	10
55/54	7	24	5	7	13	17	10	35	7	7	3	21	11	19	4	4	7	11
53-51	8	40	13	10	7	11	13	53	0	0	7	13	8	15	0	0	0	23
männlich	10	29	13	10	12	13	15	40	6	4	5	18	11	23	5	5	5	15
weiblich	15	28	8	6	5	22	17	31	10	4	6	15	13	26	6	6	4	5
Mittelschicht																		
Jahrgang																		
59/58	14	25	6	11	11	18	16	34	6	13	1	10	10	28	9	0	3	8
57/56	25	20	5	13	4	23	16	35	5	8	8	13	9	27	3	3	5	10
55/54	31	25	8	0	4	10	28	31	11	8	3	3	18	21	5	3	0	13
53-51	21	32	6	4	6	17	20	29	9	11	0	17	16	24	3	0	3	8
männlich	23	22	5	10	8	18	21	32	6	10	4	13	15	25	6	2	2	11
weiblich	20	27	8	7	5	19	14	34	9	11	3	9	8	26	5	1	5	7
Oberschicht																		
Jahrgang																		
59/58	32	23	8	6	5	13	33	26	7	5	5	11	25	19	10	3	6	4
57/56	31	16	12	8	6	12	28	16	5	12	5	18	25	13	6	4	10	12
55/54	20	21	12	9	1	17	22	32	7	7	5	12	14	26	6	8	2	6
53-51	22	23	13	5	5	12	28	30	10	6	0	8	12	23	6	1	1	0
männlich	25	21	8	9	4	15	24	27	7	10	7	11	19	23	8	4	6	6
weiblich	29	21	14	5	5	11	35	23	7	5	1	15	20	15	6	4	4	5

Tabelle 5.36 R-L-Skala nach Alter, Geschlecht und sozialer Schicht

	R-L-Skala												Veränderungen															
	Links				Mitte				Rechts				t12					t23					t34					
	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33
Unterschicht																												
Jahrgang																												
59/58	32	35	41	30	47	40	36	42	21	25	23	28	23	24	18	27	8	16	21	23	26	14	26	20	21	21	12
57/56	32	42	41	46	42	36	34	31	27	23	24	23	17	26	24	23	11	21	20	26	19	14	17	31	25	13	15
55/54	62	60	45	47	29	21	39	32	10	19	16	21	24	20	42	10	5	36	16	36	13	0	11	5	42	32	11
53-51	44	52	42	57	25	32	42	14	31	16	16	29	10	36	36	10	10	26	16	26	21	11	14	21	36	14	14
männlich	43	47	45	46	32	28	32	27	25	25	23	27	22	25	30	13	10	22	19	30	16	13	20	23	31	13	13
weiblich	30	36	38	30	51	45	43	47	19	19	19	23	17	25	19	32	7	20	20	20	29	10	20	20	19	28	13
Mittelschicht																												
Jahrgang																												
59/58	24	30	45	37	48	37	32	37	28	32	23	26	22	24	16	25	13	15	26	24	23	12	26	15	32	13	13
57/56	37	47	52	52	37	25	21	27	27	28	27	21	14	21	28	18	18	15	27	34	7	17	25	11	43	11	11
55/54	40	38	43	41	37	34	28	26	23	28	30	33	25	11	23	23	19	23	18	25	18	18	19	19	30	11	22
53-51	49	44	50	50	28	25	18	27	24	31	32	23	21	15	37	14	14	24	18	32	11	16	9	27	41	5	18
männlich	37	39	47	45	35	29	24	27	28	33	29	28	21	17	25	18	20	18	23	27	14	18	20	17	39	8	18
weiblich	35	41	51	45	43	33	26	34	23	26	23	21	18	22	26	24	11	17	24	33	15	11	25	15	34	15	10
Oberschicht																												
Jahrgang																												
59/58	27	34	32	31	40	24	32	37	33	43	37	32	26	20	16	16	23	25	24	18	10	24	15	24	19	16	26
57/56	41	37	41	41	27	24	21	25	32	40	38	34	27	15	26	11	22	16	21	25	11	28	14	18	32	13	23
55/54	52	58	52	51	27	24	21	30	21	19	27	19	15	21	40	14	10	15	11	44	13	18	19	24	35	8	14
53-51	47	52	55	54	28	22	29	22	25	26	16	24	20	21	38	10	12	9	16	42	18	15	19	8	46	14	14
männlich	42	46	47	48	29	21	21	23	29	33	31	29	21	19	32	11	18	17	20	33	9	22	19	19	34	8	19
weiblich	39	41	38	33	34	26	32	40	28	34	31	27	24	19	26	15	16	18	18	27	17	21	11	19	27	21	22

6.4 Zur Variabilität der systematischen Verknüpfungen zwischen Einstellungsbereichen

Wir haben festgestellt, daß Einstellungsbereiche in ihrer Stabilität und ihren Veränderungsrichtungen untereinander verknüpft sind. Wir wenden uns jetzt der Frage zu, in welcher Weise diese Verknüpfungen mit Bedingungen politischer Sozialisation variieren. Zunächst untersuchen wir wiederum die Systematik der Inhalte, danach diejenige der Veränderungen.

In Tab. 5.37 sind die Korrelationskoeffizienten zwischen den Variablenbereichen getrennt nach Zeitpunkten für die gesamte Stichprobe wiedergegeben. Die Zwischenzeitkorrelationen sind bei der Rechts-Links-Skala und dem politischem Interesse besonders hoch, sie sind in der Regel höher als die Querschnittkorrelationen zwischen den jeweiligen Bereichen. Zusammenhänge bestehen zwischen E-Skala und D-Skala (.47 in t4), E-Skala und K-Skala (.37 in t4) und zwischen D-Skala und K-Skala (.46 in t4). Die Koeffizienten für den Zusammenhang zwischen E-Skala und politischem Interesse sind geringer, lassen sich jedoch immer noch als inhaltliche Beziehung interpretieren (t1 .40, t3 .36, t4 .34). Zwischen K-Skala und Rechts-Links-Skala bestehen keine Zusammenhänge. Der in der K-Skala gemessene Traditionalismus ist möglicherweise wegen der derzeitigen Machtkonstellation in der Bundespolitik unabhängig von parteipolitischen Präferenzen, die ihrerseits mit der Rechts-Links-Skala korrespondieren.

In Tabelle 4.38a finden sich diese Zusammenhänge nach Altersgruppen differenziert. Mit Ausnahme bei der E-Skala in der Zeitspanne t3 t4 sind die Zwischenzeitkorrelationen der einzelnen Skalen in den älteren Alterskohorten höher als in den jüngeren. Dies läßt sich als Hinweis darauf interpretieren, daß politische Einstellungen bei älteren Jugendlichen in der zeitlichen Dimension stabiler, d.h. systematischer mit Konstellationen zu früheren Zeitpunkten verknüpft sind. Für den Querschnittsvergleich, also die Beziehungen zwischen den Variablenbereichen trifft dies nicht unbedingt zu. So sind etwa bei den Koeffizienten zwischen E-Skala und politischem Interesse kaum Unterschiede zwischen den jeweiligen Altersgruppen festzustellen, bei jüngeren Altersgruppen sind die Koeffizienten zum Teil sogar höher als bei den älteren. Das gleiche gilt etwa für die Zusammenhänge zwischen E-Skala und D-Skala, wie auch zwischen D-Skala und K-Skala. Auch politische Kompetenz und Konservatismus sind in jüngeren Kohorten systematischer miteinander verknüpft als in älteren Kohorten (in t4). Zwischen politischer Toleranz und dem politischen Interesse besteht für die jüngste und die älteste Kohorte ein Zusammenhang, in den mittleren Altersgruppen sind beide Variablenbereiche offensichtlich unabhängig voneinander.

Die Korrespondenzen zwischen biologischem Alter und Systematik des Einstellungssystems sind also sehr differenziert. Sie orientieren sich deutlich an dem inhaltlichen Präferenzprofil. Man kann jedenfalls keine Unterstützung für die These finden, daß die Systematik lebenszyklisch wachse, etwa in Verbindung mit im Zuge des Reifungsprozesses zunehmender kognitiver Kapazität.

Die Systematik ist auch nicht geschlechtsspezifisch differenziert, obwohl man es von den Unterschieden im politischen Interesse her hätte erwarten sollen. Eine Ausnahme ist hier lediglich die Zwischenzeitkorrelation der politischen Toleranz (D-Skala): Während hier bei jungen Männern ein Zusammenhang besteht (.38), ist er bei Mädchen nur schwach erkennbar (.25) (Tab. 5.39).

Tabelle 5.40 zeigt die Differenzierung nach Schulbesuch, die Tabelle 5.41 nach Schulabschluß bzw. Berufstätigkeit des Jugendlichen. Zwischen Berufsschülern und Gymnasiasten bestehen keine Unterschiede in den Zwischenzeitkorrelationen, doch in den Querschnittskoeffizienten. So sind die Zusammenhänge zwischen E-Skala und politischem Interesse bei Gymnasiasten sehr deutlich, bei Berufsschülern jedoch nur sehr schwach bzw. gar nicht vorhanden. Andererseits besteht bei Berufsschülern eine wenn auch nur schwache Verbindung zwischen E-Skala und Rechts-Links-Spektrum. Politische Kompetenz ist bei Gymnasiasten dagegen wiederum unabhängig von der politisch-ideologischen Orientierung. Auch die Verknüpfungen zwischen K-Skala und Rechts-Links-Skala sind bei beiden Gruppen unterschiedlich: Bei Gymnasiasten besteht kein Zusammenhang zwischen Traditionalismus und Rechts-Links-Spektrum, bei Berufsschülern ist er allerdings schwach vorhanden.

Der Vergleich zwischen berufstätigen Jugendlichen mit Hauptschulabschluß und Studenten bzw. Berufstätigen mit Abitur zeigt sehr differenzierte Ergebnisse. So sind die Zwischenzeitkorrelationen (Stabilität) bei der E-Skala und K-Skala bei berufstätigen Jugendlichen vergleichsweise größer, bei D-Skala, R-L-Skala und politischem Interesse sind sie bei Studenten größer. Auch bei den Querschnittkorrelationen gibt es verschiedene Schwerpunkte in der Systematik. Im Falle von E-Skala und politischem Interesse sind die Unterschiede selbst zeitlich variabel. In der ersten Befragung korrespondiert E-Skala mit dem politischen Interesse bei Berufstätigen besonders hoch, in den späteren Zeitpunkten korrespondieren politisches Interesse und

E-Skala bei Studenten miteinander, jedoch nicht bei Berufstätigen. Ein weiterer Unterschied zwischen beiden Befragtengruppen besteht im Zusammenhang zwischen D-Skala und politischem Interesse. Bei Studenten wird politische Toleranz bzw. politischer Rigorismus unabhängig von dem politischen Interesse vertreten, bei Berufstätigen besteht für alle Befragungszeitpunkte ein enger Zusammenhang. Bei Studenten ist zudem Traditionalismus mit Positionen im Rechts-Links-Spektrum eng verknüpft, dies ist bei Berufstätigen nicht erkennbar.

Die Differenziertheit der Zusammenhänge widerspricht also auch der Erwartung, daß die Systematik der Einstellungen etwa allgemein mit höherem Bildungsniveau zunimmt. Vielmehr sind die Unterschiede sehr spezifisch, abhängig vom jeweiligen Einstellungsbereich wie auch zeitlich variabel.

Die Veränderungen im Zeitablauf beeinträchtigen letztlich auch die Systematik, da sie weithin autonom voneinander stattfinden.

In Tab. 5.42a sind die Zusammenhänge zwischen politischen Einstellungsbereichen nach sozialer Schicht differenziert. Was die Zwischenzeitkorrelationen anbetrifft, so zeigen die Unterschiede zwischen den einzelnen Schichtkategorien je nach Variablenbereich in eine andere Richtung. Bei der E-Skala sind die Koeffizienten für die Unterschicht und die Oberschicht etwa gleich hoch und liegen insbesondere für die Zeitspanne t1 t3 beträchtlich über den Koeffizienten für die Mittelschichtkategorie. Bei der D-Skala ist der Koeffizient für die Mittelschicht, bei der K-Skala der für die Unterschicht besonders hoch. Für die R-L-Skala werden die Koeffizienten mit steigender Schichtkategorie größer, beim politischen Interesse ist es umgekehrt. Interpretiert man die Koeffizienten als Stabilitätskoeffizienten, bestätigen sich die bisherigen Korrespondenzen zwischen sozialer Schicht und Präferenzstruktur: Bei der Unterschicht ist Traditionalismus, politische Indifferenz und das politische Desinteresse vergleichsweise invariabel. Für die Mittelschicht ist politische Toleranz, für Unterschicht und Oberschicht zusammen politische Entfremdung bzw. politische Kompetenz vergleichsweise invariabel.

Die Verbindungen zwischen E-Skala und politischem Interesse sind wiederum sowohl je nach Schicht als auch nach Zeitspanne variabel. Während in den ersten Zeitspannen ein Zusammenhang zwischen E-Skala und politischem Interesse besonders bei Mittel- und Oberschicht zu erkennen ist, ist es für die letzte Zeitspanne umgekehrt, hier bestehen Korrespondenzen zwischen E-Skala und politischem Interesse bei Jugendlichen der Unterschicht, bei Jugendlichen der Mittelschicht auch noch in geringerem Ausmaß, bei Jugendlichen der Oberschicht jedoch nicht

mehr. Wir schließen daraus, daß der aktuelle politisch-historische Kontext auch die Systematik der Beziehungen zwischen Variablenbereichen berührt, sie einmal stärker hervorhebt, sie zum andern niveliert. Auch die Beziehungen zwischen K-Skala und Rechts-Links-Skala gestalten sich unterschiedlich je nach Schichtkategorie, Zusammenhänge zwischen Konservatismus und Rechts-Links-Skala sind im wesentlichen nur bei Jugendlichen aus der Oberschicht erkennbar.

Die Systematik des Einstellungssystems gestaltet sich je nach sozialen Bedingungen von politischer Sozialisation anders, ist aber auch zeitlich selbst variabel. Die Komplexität und Differenziertheit der Ergebnisse läßt es nicht zu, den Entwicklungsprozeß eines politischen Einstellungssystems als einen Prozeß zunehmender Komplizierung oder Ausdifferenzierung zu betrachten, wie es etwa das Strukturierungsprinzip postuliert. Eine Zunahme kognitiver und affektiver Kapazitäten führt nicht notwendig zu einem nach formal-inhaltlichen Gesichtspunkten komplexeren und systematischeren politischen Orientierungssystem. Bedingungen der sozialen Plazierung spielen hier allerdings eine wesentliche mediatisierende Rolle.

Dies bestätigt sich, wenn wir die Verknüpfungen von Einstellungsänderungen, also die Systematik der Variabilität im Detail betrachten. Die Tabellen 5.43 bis 5.47 enthalten die Korrelationsmatritzen der unkorrigierten Differenzwerte, und zwar für die Verbindungen zwischen den einzelnen Variablenbereichen zu den jeweiligen Zeitspannen.

Für die Gesamtstichprobe ist die Systematik der Veränderungen nicht sehr hoch, sie bezieht sich vor allem auf die Zeitdimensionen im jeweiligen Variablenbereich, d.h. die Veränderungen bzw. die Stabilitäten einer politischen Orientierung korrespondieren vorzugsweise mit Veränderungen und Stabilitäten der gleichen politischen Orientierung zu späteren Zeitpunkten, insbesondere trifft dies für das politische Interesse und die E-Skala zu. Die Korrespondenzen zu simultanen Veränderungen anderer Orientierungen zu gleichen Zeitspannen sind schwächer. Deutlich ist hier eigentlich nur die Verbindung zwischen Veränderungen politischer Toleranz (D-Skala) und gleichzeitigen Veränderungen des Traditionalismus (K-Skala, .37). Es erscheint in diesem Zusammenhang wiederum bemerkenswert, daß Traditionalismus und politisch-ideologische Ausrichtung zeitlich unabhängig voneinander variieren (Tab. 5.43).

Geschlechtsspezifische Unterschiede sind gering. Bei Jungen entwickelt sich politische Kompetenz (E-Skala) zusammen mit politischer Toleranz (D-Skala .26), bei Mädchen nicht. Hier entwickelt sich politische Toleranz mit dem politischen Interesse, was wiederum für junge Männer nicht zutrifft. Bei diesen variiert Traditionalismus mit Positionen im Rechts-Links-Spektrum und mit politischem Interesse (.15 bzw. .17) (Tab. 5.44).

Die Differenzierung nach Altersgruppen zeigt, daß die Verknüpfungen bei älteren Jugendlichen keinesfalls systematischer sind als die bei jüngeren. Dies gilt sowohl für die Zusammenhänge in der diachronischen als auch in der synchronischen Perspektive (Tab. 5.45).

Die Differenzierung nach Schulbildung zeigt einige Besonderheiten. Bei Studenten sind Veränderungen im politischen Selbstbewußtsein (politische Entfremdung) allgemein stärker mit Veränderungen in anderen Orientierungsbereichen verknüpft als bei den anderen Jugendlichen. Auch der Zusammenhang zwischen einer Veränderung der traditionalistischen Haltung und Veränderung des politischen Interesses ist bei Studenten vergleichsweise ausgeprägter. Man könnte es als weiteren Hinweis darauf verstehen, daß bei Studenten Veränderungsprozesse umfassender und komplexer ablaufen, daß bei ihnen Veränderungen des politischen Interesses mit Veränderungen der politischen Position im Rechts-Links-Spektrum gekoppelt sind. Einen Zusammenhang zwischen Traditionalismus und politischer Position im Rechts-Links-Spektrum gibt es nur bei Gymnasiasten (.18) und bei Berufstätigen mit niedrigem Bildungsniveau (.23) (Tab. 5.46).

Soziale Schicht differenziert die Systematik von Verknüpfungen ebenfalls nur geringfügig. Es ist hervorzuheben, daß die Jugendlichen aus der Oberschicht vergleichsweise konsistenter (simultaner) politisches Selbstbewußtsein, politische Toleranz und Traditionalismus ändern. Eine Korrespondenz zwischen Traditionalismus und Rechts-Links-Skala besteht nur bei Mittelschichtjugendlichen (Tab. 5.47).

Sieht man von den vergleichsweise komplexen Veränderungsprozessen in der Studentenpopulation ab, kann man resümieren, daß Veränderungen und Stabilität von politischen Orientierungen relativ autonom voneinander sind, weitgehend unabhängig von vermutbaren kognitiven Kapazitäten, politischem Reflexionsniveau oder sozialer Plazierung. Diese relative Autonomie von Veränderungen politischer Orientierungen entspricht einem Einstellungskonzept, daß die situativen Komponenten im sozialen und politischen Verhalten hervorhebt. Die Befunde unterstreichen, daß es bei der politischen Sozialisation nicht darum gehen kann, konkrete Inhalte, Verhaltensanforde-

rungen und Normen zu vermitteln, sondern es wird eine allgemeine Disposition zum Handeln sozialisiert, die genügend unscharf ist, um in wechselnden situativen Kontexten ohne grobe psychische Friktionen und Dissonanzen bei gleicher Grundeinstellung verschiedene Verhaltenskonsequenzen möglich zu machen.

Tabelle 5.37 Zusammenhänge zwischen politischen Einstellungen (r)

	Befragte insgesamt													
	E-Skala			D-Skala		K-Skala		R-L-Skala				politisches Interesse		
	t1	t3	t4	t2	t4	t2	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3
E-Skala														
t3	.37													
t4	.37	.47												
D-Skala														
t2	.27	.21	.25											
t4	.28	.34	.47	.32										
K-Skala														
t2	.26	.28	.24	.38	.20									
t4	.26	.29	.37	.21	.46	.33								
R-L-Skala														
t1	-.15	-.12	-.09	-.05	-.01	-.15	-.12							
t2	-.17	-.11	-.07	-.08	-.01	-.22	-.12	.40						
t3	-.17	-.17	-.13	-.08	-.09	-.18	-.18	.37	.47					
t4	-.18	-.18	-.16	-.11	-.07	-.19	-.16	.40	.46	.54				
politisches Interesse														
t1	-.40	-.25	-.25	-.19	-.21	-.20	-.15	.16	.19	.16	.20			
t2	-.26	-.25	-.24	-.23	-.16	-.20	-.18	.10	.22	.13	.18	.49		
t3	-.30	-.36	-.32	-.13	-.24	-.15	-.17	.16	.14	.17	.20	.53	.51	
t4	-.28	-.32	-.34	-.16	-.22	-.13	-.22	.11	.05	.12	.18	.51	.52	.61

Tabelle 5.38a Zusammenhänge zwischen politischen Einstellungen nach Alter (r)

	E-Skala												D-Skala							
	t1				t3				t4				t2				t4			
Jahrgang:	59/58	57/56	55/54	53-51	59/58	57/56	55/54	53-51	59/58	57/56	55/54	53-51	59/58	57/56	55/54	53-51	59/58	57/56	55/54	53-51
E-Skala																				
t3	.35	.33	.33	.43																
t4	.26	.42	.40	.44	.48	.45	.45	.47												
D-Skala																				
t2	.20	.25	.28	.28	.12	.19	.22	.30	.25	.24	.24	.20								
t4	.11	.35	.33	.41	.33	.31	.28	.42	.49	.37	.37	.56	.21	.47	.28	.30				
K-Skala																				
t2	.17	.22	.24	.33	.28	.33	.09	.29	.19	.32	.19	.24	.34	.36	.39	.38	.05	.31	.06	.41
t4	.13	.36	.18	.29	.27	.33	.22	.27	.39	.44	.20	.30	.11	.24	.19	.21	.48	.45	.43	.45
R-L-Skala																				
t1	-.08	-.23	-.09	-.11	-.18	-.08	-.06	-.07	-.02	-.15	-.02	-.15	-.04	.01	-.05	.04	-.08	.04	.04	.03
t2	-.11	-.15	-.14	-.19	-.14	-.06	-.02	-.11	-.04	-.12	-.01	-.02	-.01	-.04	-.08	-.14	-.12	.00	.22	.03
t3	-.14	-.22	-.02	-.21	-.25	-.16	-.04	-.16	-.22	-.11	.00	-.05	-.10	-.11	.07	-.06	-.13	-.17	.10	-.02
t4	-.12	-.21	-.13	-.18	-.18	-.24	-.07	-.12	-.10	-.30	-.03	-.08	-.17	-.07	-.03	-.05	-.11	-.05	.04	.01
politisches Interesse																				
t1	-.31	-.34	-.42	-.38	-.24	-.21	-.20	-.26	-.25	-.26	-.21	-.20	-.16	-.22	-.15	-.10	-.18	-.21	-.13	-.27
t2	-.14	-.26	-.24	-.25	-.24	-.19	-.25	-.26	-.28	-.22	-.13	-.20	-.10	-.27	-.23	-.21	-.15	-.16	.02	-.23
t3	-.17	-.28	-.30	-.30	-.33	-.38	-.32	-.36	-.42	-.27	-.11	-.33	-.10	-.13	-.03	-.05	-.34	-.11	-.09	-.31
t4	-.20	-.27	-.28	-.35	-.26	-.28	-.32	-.40	-.36	-.27	-.28	-.40	-.17	.08	-.07	-.15	-.23	-.08	-.18	-.38

Tabelle 5.38b Zusammenhänge zwischen politischen Einstellungen nach Alter (r)

	K-Skala								R-L-Skala											
	t2				t4				t1				t2				t3			
Jahrgang:	59/58	57/56	55/54	53-51	59/58	57/56	55/54	53-51	59/58	57/56	55/54	53-51	59/58	57/56	55/54	53-51	59/58	57/56	55/54	53-51
K-Skala																				
t2																				
t4	.27	.41	-	.41																
R-L-Skala																				
t1	-	-	-.21	-.19	-	-.19	-	-.17												
t2	-	-.17	-.26	-.31	-	-.25	-	-	.34	.42	.41	.43								
t3	-.19	-	-	-.35	-	-.29	-	-.16	.34	.36	.35	.40	.40	.47	.53	.50				
t4	-.22	-	-.20	-.21	-	-.24	-	-.17	.30	.38	.39	.54	.41	.45	.51	.45	.51	.50	.58	.61
politisches Interesse																				
t1	-	-.20	-.23	-.19	-	-	-	-.18	-	.19	.22	-	-	.16	.16	.18	-	-	.18	.20
t2	-	-.19	-	-.24	-.16	-	-	-.19	-	.16	-	-	.18	.19	.19	.19	-	-	.16	.16
t3	-	-	-	-.19	-.22	-	-	-.20	-	-	-	.31	-	-	-	.21	-	-	.16	.23
t4	-	-	-	-.21	-.17	-	-.18	-.24	-	-	-	.17	-	-	-	-	-	-	-	.17

Fortsetzung R-L-Skala

	t4			
Jahrgang: politisches Interesse	59/58	57/56	55/54	53-51
t1	.19	-	.23	.20
t2	.17	-	-	-
t3	.16	-	.22	.25
t4	.18	-	.18	.20

	politisches Interesse											
	t1				t2				t3			
Jahrgang: politisches Interesse	59/58	57/56	55/54	53-51	59/58	57/56	55/54	53-51	59/58	57/56	55/54	53-51
t1												
t2	.37	.46	.50	.50								
t3	.43	.45	.52	.59	.44	.47	.46	.51				
t4	.42	.47	.50	.57	.51	.53	.40	.50	.55	.56	.67	.65

Tabelle 5.39 Zusammenhänge zwischen politischen Einstellungen nach Geschlecht (r > .15)

	E-Skala						D-Skala				K-Skala				R-L-Skala								politisches Interesse					
	t1		t3		t4		t2		t4		t2		t4		t1		t2		t3		t4		t1		t2		t3	
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
E-Skala																												
t3	.39	.33																										
t4	.37	.38	.43	.51																								
D-Skala																												
t2	.22	.34	.28	.16	.20	.32																						
t4	.28	.33	.32	.39	.47	.52	.38	.25																				
K-Skala																												
t2	.25	.27	.29	.29	.22	.30	.34	.43	.23	.18																		
t4	.24	.31	.26	.35	.36	.43	.18	.26	.43	.51	.3.	.31																
R-L-Skala																												
t1	-.17	-	-	-.21	-	-	-	-	-	-	-	-.19	-	-														
t2	-	-.22	-	-	-	-	-	-	-	-	-.20	-.23	-	-	.48	.32												
t3	-	-.21	-	-.20	-	-.17	-	-	-	-	-.19	-.18	-.19	-.10	.36	.37	.47	.46										
t4	-	-.27	-.17	-.18	-	-.20	-	-.20	-	-	-	-.29	-.17	-	.36	.46	.44	.48	.54	.53								
politisches Interesse																												
t1	-.37	-.43	-.21	-.27	-.20	-.27	-.20	-.18	-.22	-.25	-.27	-.22	-	-.22	.18	-	.16	.24	-	.19	-	.79						
t2	-.25	-.28	-.24	-.23	-.24	-.19	-.33	-	-.27	-	-.27	-	-.24	-.16	-	-	.23	.21	-	-	-	.24	.48	.45				
t3	-.29	-.31	-.33	-.37	-.30	-.31	-.19	-	-.26	-.27	-.18	-	-	-.28	.17	.17	-	.20	.17	.19	.17	.23	.50	.52	.45	.52		
t4	-.28	-.30	-.29	-.33	-.35	-.29	-.21	-	-.35	-	-.19	-	-.28	-.21	-	-	-	-	-	-	.16	.20	.52	.43	.43	.55	.57	.81

Tabelle 5.40 Zusammenhänge zwischen politischen Einstellungen nach Schulbesuch ($r > .15$)

	E-Skala						D-Skala				K-Skala				R-L-Skala								politisches Interesse					
	t1		t3		t4		t2		t4		t2		t4		t1		t2		t3		t4		t1		t2		t3	
	B	G *)	B	G	B	G	B	G	B	G	B	G	B	G	B	G	B	G	B	G	B	G	B	G	B	G	B	G
E-Skala																												
t3	.26	.49																										
t4	.25	.47	.48	.48																								
D-Skala																												
t2	.22	.31	.19	.27	.21	.27																						
t4	-	.40	.36	.32	.45	.55	.28	.32																				
K-Skala																												
t2	-	.36	.28	.28	-	.33	.27	.41	-	.35																		
t4	.19	.29	.34	.29	.39	.35	.19	-	.50	.42	.29	.33																
R-L-Skala																												
t1	-.18	-	-.19	-	-	-	-	-	-	-	-	-.19	-	-														
t2	-.23	-.16	-.19	-	-	-	-	-	-	-	-.20	-.24	-	-	.47	.37												
t3	-.16	-.16	-.23	-	-.29	-	-	-	-	-	-	-.17	-.26	-	.34	.38	.45	.48										
t4	-.22	-.29	-.25	-.17	-.20	-	-	-	-	-	-.21	-.18	-.22	-	.45	.47	.49	.47	.66	.52								
politisches Interesse																												
t1	-.33	-.48	-.23	-.29	-	-.36	-.17	-.21	-	-.28	-	-.22	-	-.22	.22	-	.24	-	.21	.17	.23	.27						
t2	-	-.32	-.16	-.34	-.19	-.31	-	-.31	-	-.18	-	-.25	-	-.25	-	-	.22	.20	-	-	.19	.22	.48	.48				
t3	-.24	-.39	-.35	-.35	-.27	-.37	-	-	-.19	-.29	-	-.18	-.16	-.17	-	.24	-	.16	.24	.16	.24	.24	.51	.59	.49	.51		
t4	-	-.41	-.28	-.39	-.23	-.45	-	-.18	-	-.30	-	-.16	-	-.28	-	.18	-	-	-	-	-	.29	.46	.57	.48	.49	.57	.65

*) B = Berufsschüler
G = Gymnasiasten

Tabelle 5.41 Zusammenhänge zwischen politischen Einstellungen nach Schulbildung ($r \geq .15$)

	E-Skala						D-Skala				K-Skala				R-L-Skala						politisches Interesse					
	t1		t3		t4		t2		t4		t2		t4		t1		t2		t3		t4		t1		t2		t3	
	H	S*)	H	S	H	S	H	S	H	S	H	S	H	S	H	S	H	S	H	S	H	S	H	S	H	S	H	S
E-Skala																												
t3	.27	.19																										
t4	.23	.38	.47	.21																								
D-Skala																												
t2	.17	.28	-	-	.23	.16																						
t4	.23	.20	.41	-	.36	.28	.25	.51																				
K-Skala																												
t2	.17	.23	.25	-	.24	-	.44	.40	-	.36																		
t4	.21	-	.24	-	.27	.27	.25	-	.43	.40	.37	.24																
R-L-Skala																												
t1	-	-	-	-	-	-	.17	-.19	-	-	-	-.27	-	-.27														
t2	-	-	-	-	-	-	-	-.16	-	-	-	-.32	-	-	.31	.53												
t3	-	-	-	-	-	-	-	-.25	-	-	-	-.31	-	-	.37	.35	.41	.51										
t4	-	-	-	-	-.18	-	-	-	-	-	-	-.41	-	-.45	-	.31	.38	.34	.38	.40								
politisches Interesse																												
t1	-.35	-.19	-.24	-	-.21	-.21	-.16	-	-.32	-.21	-.23	-.28	-.22	-	-	.19	-	.20	-	-	-	-						
t2	-.23	-.28	-.24	-	-.17	-.22	-	-.25	-.26	-.20	-	-.22	-	-	-	.17	.21	-	-	-	-	-	.50	.54				
t3	-	-	-	-.46	-.36	-	-	-.16	-.27	-	-.16	-.16	-.20	-.21	-	-	-	-	-	-	-	-	.41	.38	.40	.49		
t4	-.20	-.20	-	-.17	-.19	-.37	-.17	-	-.35	-	-	-	-.19	-	-	-	-	-	-	-	.20	-	.50	.44	.55	.66	.81	.58

*) H = Berufstätige mit Hauptschulabschluß
S = Studenten und Berufstätige mit Abitur

Tabelle 5.42a Zusammenhänge zwischen politischen Einstellungen nach sozialer Schicht (r > .15)

	E-Skala									D-Skala						K-Skala					
		t1			t3			t4			t2			t4			t2			t4	
	U*)	M	O	U	M	O	U	M	O	U	M	O	U	M	O	U	M	O	U	M	O
E-Skala																					
t3	.44	.25	.43																		
t4	.33	.38	.39	.50	.40	.48															
D-Skala																					
t2	.22	.26	.34	.16	.22	.28	.27	.27	.25												
t4	.18	.27	.35	.39	.29	.32	.47	.48	.49	.35	.42	.31									
K-Skala																					
t2	.27	.29	.25	.32	.17	.33	.37	.17	.21	.37	.37	.42	.27	.24	.18						
t4	.17	.23	.29	.23	.20	.29	.35	.33	.40	.17	.27	.21	.40	.57	.44	.39	.32	.33			
R-L-Skala																					
t1	-.20	-.25	-	-.17	-	-	-.16	-.24	-	-	-	-	-	-	-	-	-.22	-.18	-	-	-.15
t2	-	-.19	-	-	-	-.17	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-.28	-.23	-	-	-.26
t3	-.21	-	-.16	-.25	-.17	-.18	-.18	-	-.17	-	-	-.20	-.22	-	-	-	-	-.24	-	-	-.27
t4	-.16	-.25	-	-.22	-	-.20	-	-.20	-	-	-.20	-	-	-	-	-	-.22	-.22	-	-	-.27
politisches Interesse																					
t1	-.33	-.48	-.38	-.30	-.19	-.23	-.27	-.22	-.22	-.23	-.23	-.23	-.28	-	-.20	-.17	-.25	-.18	-	-	-.20
t2	-.16	-.29	-.26	-.19	-.21	-.29	-.35	-.24	-	-.24	-.17	-.33	-.25	-.16	-	-.17	-.17	-.21	-	-	-
t3	-	-.31	-.35	-.27	-.39	-.38	-.43	-.30	-.22	-	-	-.19	-.30	-.31	-	-	-.17	-	-	-.23	-
t4	-	-.31	-.30	-.32	-.37	-.18	-.41	-.34	-.21	-.18	-	-.20	-.27	-.25	-	-	-	-	-	-.22	-

*) U = Unterschicht
M = Mittelschicht
O = Oberschicht
nach objektives Schichtindex

Tabelle 5.42b Zusammenhänge zwischen politischen Einstellungen nach sozialer Schicht (r > .15)

	R-L-Skala												politisches Interesse								
		t1			t2			t3			t4			t1			t2			t3	
	U	M	O	U	M	O	U	M	O	U	M	O	U	M	O	U	M	O	U	M	O
R-L-Skala																					
t2	.33	.47	.48																		
t3	.33	.35	.42	.39	.41	.56															
t4	.19	.38	.51	.30	.43	.58	.44	.55	.59												
politisches Interesse																					
t1	-	.33	-	.18	.25	-	-	.20	-	-	.32	.18									
t2	.18	-	-	.30	.18	.20	-	-	.17	-	-	.18	.51	.48	.39						
t3	-	-	.19	.17	-	.20	-	.16	.19	-	.19	.21	.45	.50	.50	.47	.45	.45			
t4	-	-	-	-	-	-	.16	-	-	-	.21	-	.43	.50	.47	.48	.47	.47	.62	.64	.49

Tabelle 5.43 Zusammenhänge zwischen Veränderungen

	Befragte insgesamt										
	E-Skala			D-Skala	K-Skala	R-L-Skala			politisches Interesse		
	t13	t34	t14	t24	t24	t12	t23	t34	t12	t13	t34
E-Skala											
t34	-.45										
t14	.62	.42									
D-Skala											
t24	-	.19	.28								
K-Skala											
t24	-	.17	.17	.37							
R-L-Skala											
t12	-	-	-	-	-						
t23	-	-	-	-	-	.31					
t34	-	-	-	-	-	-	.27				
t13	-	-	-	-	-	.47	.32	.31			
t24	-	-	-	-	-	.34	.42	.37			
t14	-	-	-	-	-	.43	-	.25			
politisches Interesse											
t12	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
t23	-	-	-	.15	-	-	-	-	-.50	-	
t34	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-.45	-
t13	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
t24	-	-	-.20	-	-	-	-	-	.50	-	-.40
t14	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Tabelle 5.44 Zusammenhänge zwischen Veränderungen auf Skalen nach Geschlecht (unkorrigierte Differenzwerte)

	E-Skala				D-Skala		K-Skala		R-L-Skala						politisches Interesse					
	t13		t34		t24		t24		t12		t23		t34		t12		t23		t34	
Geschlecht:	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
E-Skala																				
t34	-.43	-.48																		
D-Skala			.26																	
K-Skala			.17	.18	.37	.37														
R-L-Skala																				
t12																				
t23									.26	.39										
t34											.25	.30								
t13							-.15													
t24																				
politisches Interesse																				
t12																				
t23		-.15				-.23							-.17		-.51	-.49				
t34																	-.43	-.48		
t24																				

Tabelle 5.45 Zusammenhänge zwischen Veränderungen nach Alter

	E-Skala								D-Skala				K-Skala			
	t13				t34				t24				t24			
Jahrgang:	59/58	57/56	55/54	53-51	59/58	57/56	55/54	53-51	59/58	57/56	55/54	53-51	59/58	57/56	55/54	53-51
E-Skala																
t34	-.39	-.54	-.52	-.37												
D-Skala				-.20	.21		.25	.28								
K-Skala					.26		.26	.17	.48	.24	.45	.24				
R-L-Skala																
t12											-.18				-.17	-.21
t23								.19			-.16	-.17				
t34					.18	.16									-.15	
t13									-.17							
t24												-.21		-.15		
politisches Interesse																
t12	.15			-.17							.20				.15	
t23		-.22	-.17			.21	.21		.19			-.18			-.16	
t34						-.18	-.16				-.26				-.17	
t13																
t24																
t14			-.29	-.17							-.17				-.16	

	R-L-Skala												politisches Interesse							
	t12				t23				t34				t12				t23			
Jahrgang:	59/58	57/56	55/54	53-51	59/58	57/56	55/54	53-51	59/58	57/56	55/54	53-51	59/58	57/56	55/54	53-51	59/58	57/56	55/54	53-51
R-L-Skala																				
t12																				
t23	.39	.22	.25	.39																
t34						.33	.29	.18												
t13										.34		.50								
t24																				
politisches Interesse																				
t12													-.52	-.43	-.53	.53				
t23																	-.48	-.54	-.33	-.41
t34																				

Bildung:	E-Skala t13 B	G	H	S	E-Skala t34 B	G	H	S	D-Skala t24 B	G	H	S	K-Skala t24 B	G	H	S
E-Skala																
t34	-.39	-.45	-.51	-.40												
D-Skala			.28	.31	.20	.32										
K-Skala					.26	.18		.28	.40	.34	.38	.39				
R-L-Skala																
t12										-.15						
t23								.17				-.27				
t34					.23			.20								
t13											-.20				-.23	
t24								.0		-.21		.16		-.18		
politisches Interesse																
t12	-.15															
t23				-.30				.30	-.24							.17
t34				.22				-.42								.31
t13																
t24																
t14	-.20	-.15														

Bildung:	R-L-Skala t12 B	G	H	S	R-L-Skala t23 B	G	H	S	R-L-Skala t34 B	G	H	S	politisches Interesse t12 B	G	H	S	politisches Interesse t23 B	G	H	S
R-L-Skala																				
t12																				
t23	.31	.38	.32																	
t34					.22	.24	.38	.24												
t13																				
t24																				
politisches Interesse																				
t12												-.16								
t23			-.15				-.26	-.18				-.15	-.49	-.57	-.45	-.25				
t34								.29									-.43	-.43	-.48	-.61
t13																				
t24												.24								

Tabelle 5.47 Zusammenhänge zwischen Veränderungen auf Skalen nach sozialer Schicht

soziale Schicht	E-Skala t13 U	E-Skala t13 M	E-Skala t13 O	E-Skala t34 U	E-Skala t34 M	E-Skala t34 O	D-Skala t24 U	D-Skala t24 M	D-Skala t24 O	K-Skala t24 U	K-Skala t24 M	K-Skala t24 O	R-L-Skala t12 U	R-L-Skala t12 M	R-L-Skala t12 O	R-L-Skala t23 U	R-L-Skala t23 M	R-L-Skala t23 O	R-L-Skala t34 U	R-L-Skala t34 M	R-L-Skala t34 O	politisches Interesse t12 U	politisches Interesse t12 M	politisches Interesse t12 O	politisches Interesse t23 U	politisches Interesse t23 M	politisches Interesse t23 O
E-Skala																											
t34	-.42	-.52	-.43																								
D-Skala	.16					.28																					
K-Skala						.29	.37	.35	.41																		
R-L-Skala																											
t12																											
t23						-.24							.19	.29	.35												
t34																.22	.22	.32									
t13									-.15																		
t24								.20			-.18																
politisches Interesse																											
t12			-.16	-.15			.18																				
t23								-.22	-.15									-.17				.45	-.51	-.53			
t34				.17		-.19										.17									-.45	-.43	-.49
t13																											
t24																											

7. Der Einfluß von Trägern politischer Sozialisation auf Stabilität und Instabilität politischer Einstellungen

Wir haben belegt, daß politische Sozialisationsprozesse je nach sozialer Plazierung der Eltern und sozialem Status des Jugendlichen in Inhalt und Verlauf unterschiedlich sind. Die gängigen Vorstellungen über Sozialisationsprinzipien treffen wenn überhaupt dann auf Mittelschichtjugendliche zu. Hinter diesen Indikatoren stehen eine Reihe von Wirkungsfaktoren, die in ihren Einflüssen kompensierend, kumulierend oder affirmierend miteinander verknüpft sind. Wir greifen aus diesem komplexen Wirkungsgeflecht drei Bereiche heraus, nämlich die Familie, die Schule und den beruflichen Kontext, den Arbeitsplatz. Wir werden den Einfluß einiger zentraler Dimensionen dieser Sozialisationsträger für die Entwicklung und Vermittlung politischer Orientierungen untersuchen und auch zu der neuerdings oft gestellten Frage Stellung nehmen, wie die relative Bedeutung dieser Sozialisationsträger einzuschätzen ist. Ihre Bedeutung beruht ja nicht nur in ihrer Vermittlungsfunktion für politische Wertorientierungen, sondern auch aufgrund ihrer sozialen Plazierungsfunktion in der Vermittlung politisch relevanter sozialer Interessenlagen. Dies macht es notwendig, in der Untersuchung die Wirkung von Einzelbedingungen nach dem makrosozialen Kontext zu differenzieren. Hier wird dann auch das Dilemma politischer Sozialisationsforschung offenbar, daß politische Sozialisation faktisch nicht von nicht-politischer Sozialisation zu trennen ist.

7.1 Die Familie als Träger politischer Sozialisation

Die Bedeutung der Familie im Sozialisationsprozeß allgemein wie vor allem im politischen Sozialisationsprozeß wird durchaus nicht einheitlich beurteilt. Dies gilt sowohl hinsichtlich einzelner Bedingungen familialer Sozialisation wie auch für das Verhältnis der Familie zu den anderen Sozialisationsträgern, insbesondere der Schule, aber auch den Peer-Groups

und den Massenmedien. Eine eher skeptische Einschätzung findet sich etwa bei Danziger (1976). Almond und Verba (1963), Hess und Torney (1976), Dawson und Prewitt (1969) und auch Jaros (1973) weisen der Schule dominierende Einflüsse zu, eine stärkere Betonung auf die familiale politische Sozialisation legen Autoren wie Hyman (1959), Greenstein (1965), Langton (1969), Merelman (1972) und Renshon (1975).[1)]

Innerhalb des Sozialsystems Familie sind nun eine Reihe von Bedingungen identifiziert worden, die für die sozialisatorische Wirkung der Familie wesentlich sind. (Neidhardt 1976:9). Wir werden drei Aspekte untersuchen, deren Bedeutung in der neueren Diskussion besonders herausgestellt wird und von denen wir glauben, daß sie unter dem Gesichtspunkt der Stabilität und Veränderung von politischen Einstellungen besonders wichtig sind: die Umweltoffenheit der Familie (Schmitt 1977:5), der kommunikative Stil innerhalb der Familie als Indikator für Dissenstoleranz (Neidhardt 1976:16) und - als Konstrukt aus diesen beiden Elementen - das politische Klima im Elternhaus.

Als Indikator für die Umweltoffenheit der Familie benutzen wir Informationen über die Häufigkeit von politischen Gesprächen im Elternhaus, das politische Interesse der Eltern, aus dem die Zentralität von Politik im Sozialisationsprozeß überhaupt geschlossen werden kann sowie die parteipolitische Orientierung der Eltern.[2)] Der Index des politischen Engagements der Eltern ist je nach rechentechnischen Erfordernissen dichotomisiert

---

1) Für eine Übersicht über Forschungsergebnisse in den USA verg. Schmitt 1975, 1977 sowie Ehman 1977.

2) Die Informationen über die Situation im Elternhaus wie auch über die anderen Sozialisationsträger sind aus der Perzeption des Befragten erfaßt, so daß sich daraus eine Reihe von Einschränkungen hinsichtlich der Zuverlässigkeit der Informationen ergeben.

oder trichotomisiert (nach Besetzungshäufigkeit); die Skalenpole sind im folgenden jeweils als "unpolitisch" bzw. "politisiert" oder ähnlich bezeichnet. Der kommunikative Stil im Elternhaus ist durch einen Index aus den Eigenschaftsdichotomien undemokratisch/demokratisch, streng/freizügig, fortschrittlich/rückständig erfaßt. Die Eigenschaftspole der dichotomisierten Skala sind mit "rigoros" bzw. "freizügig" bezeichnet. Diese Information über die Situation im Elternhaus ist allerdings nur für die Schülerpopulation in der Untersuchung erfaßt. Aus den beiden Komponenten ist als komplexere Variable das politische Klima im Elternhaus abgeleitet, wobei sich aus den dichotomen Komponenten vier Kategorien des politischen Klimas ergeben: unpolitisch/rigoros, unpolitisch/freizügig, politisch/rigoros, politisch/freizügig.

Diese Voraussetzungen familialer politischer Sozialisation sind zum Teil schichtbedingt. Während 59 % der Oberschichtjugendlichen aus einem nach den verwendeten Indikatoren "politisiertem" Elternhaus kommen, sind es bei Jugendlichen aus der Unterschicht nur 43 %. Während der kommunikative Stil im Elternhaus keine schichtspezifischen Differenzierungen aufweist[1], ergeben sich hinsichtlich des politischen Klimas differenzierte, schichtspezifische Ausgangsbedingungen politischer Sozialisation. Unpolitischer Rigorismus ist vergleichs-

---

[1] Dies kontrastiert mit Ergebnissen über Zusammenhänge zwischen Elternautoritarismus und sozialer Schicht, wie sie von Österreich (1974) vorgelegt wurden. Zur methodischen Kritik an dieser Untersuchung, die allerdings auch auf die vorliegende Untersuchung ausgeweitet werden kann, vgl. Zängle 1977, Behrmann und Zängle 1977.

weise häufiges Charakteristikum für das politische Klima in Unterschichtfamilien, politisierter Rigorismus kommt vergleichsweise häufig in Mittelschichtfamilien vor. Politisierte Freizügigkeit, also hohe Umweltoffenheit bei Familie bei niedrigem Konsensdruck, findet sich am häufigsten in Oberschichtfamilien, unpolitisierte Freizügigkeit in Unterschichtfamilien. (Tab. 6.1, 6.2).
Die Angaben über das politische Klima im Elternhaus differieren nicht nach dem Alter und Geschlecht der Befragten, jedoch ergeben sich Korrespondenzen zwischen Bildungsniveau und politischem Klima, die auf die Entwicklung politischer Einstellungen kumulierend wirken können: Studenten kommen besonders oft aus politisiertem Elternhaus (57 %), berufstätige Jugendliche mit Hauptschulabschluß kommen besonders oft aus unpolitischem Elternhaus (57 %). Die soziale Differenzierung sozialisatorischer Voraussetzungen in der Familie zeigt sich gleichfalls deutlich bei sozialmobilen Jugendlichen: unpolitischer Rigorismus ist vergleichsweise häufig charakteristisch für das Elternhaus von Gymnasiasten aus der Unterschicht (21 %).

Die schichtspezifischen Unterschiede in den Voraussetzungen politischer Sozialisation setzen sich im Detail familialer Gegebenheiten fort. So ist Politik in Unterschichtfamilien wesentlich seltener Gesprächsstoff als in Oberschichtfamilien, gleichfalls bestehen Unterschiede in der Beteiligung des Heranwachsenden an den politischen Gesprächen im Elternhaus. Hier spielen dann auch das Alter und das Geschlecht eine Rolle: je älter Jugendliche sind, um so häufiger ist Beteiligung an Gesprächen, Mädchen beteiligen sich seltener (36 %) als Jungen (43 %). Auch die Parteipräferenzen von Vater und Mutter sind

	Befragte gesamt	Jahrgang 59/58	57/56	55/54	53-51	Geschlecht m.	w.	soziale Schicht (obj.) Unten	Mitte	Oben	Schulbesuch B	G	H	St.*)
Gutes Verhältnis zu Eltern haben:	90	92	92	85	91	90	91	90	89	92	89	90	92	93
Verständnis ist besser mit:														
(t1) Vater	15	15	16	13	14	15	15	13	19	14	12	14	20	21
Mutter	33	37	33	34	28	30	37	38	31	34	39	29	32	37
beide gleich	52	48	51	53	58	55	49	50	50	52	49	58	48	42
Es weiß besser über Politik bescheid:														
(t1) Vater	68	72	69	69	62	69	68	64	70	72	69	67	70	71
Mutter	7	7	7	4	10	7	8	11	8	4	7	7	8	5
beide gleich	25	21	23	27	28	24	25	25	22	24	24	26	22	23
Es teilen die politische Einstellung es Vaters:														
in t1	59	66	60	52	54	56	62	57	61	61	63	56	58	57
in t2	62	70	64	58	54	61	64	62	61	65	66	58	67	61
in t3	62	64	65	59	56	61	63	62	63	64	63	62	60	60

	Befragte gesamt	Jahrgang 59/58	57/56	55/54	53-51	Geschlecht m.	w.	soziale Schicht (obj.) Unten	Mitte	Oben	Schulbesuch B	G	H	St.*)	Mobilität Kind/Eltern UU	OU	UO	OO	n=
Indizes des politischen Klimas im Elternhaus																			
Engagement unpol.	49	47	51	48	49	47	51	57	47	41	45	50	57	43	54	57	42	42	602
pol.	51	53	49	52	51	53	49	43	53	59	55	50	43	57	46	43	58	58	638
Stil rig.	30	30	27	30	32	31	28	29	29	27	28	32	31	28	27	29	24	27	208
freizüg.	70	70	73	70	68	69	72	71	71	73	72	68	71	68	73	71	76	73	494
Klima																			
unpol. rig.	14	16	10	16	14	14	14	15	12	12	13	15	19	12	15	21	11	10	62
unpol. freizüg.	31	31	37	26	30	29	34	38	31	28	31	30	41	26	39	36	32	30	155
pol. rig.	16	14	17	14	18	17	14	14	17	15	15	18	12	16	12	8	13	17	56
pol. freizüg.	39	39	36	44	38	40	38	33	40	45	41	38	28	46	34	35	44	43	176

*) B = Berufsschüler, G = Gymnasiasten, H = Hauptschüler (Berufstätige), St = Studenten

Tabelle 6.2 Familiale Bedingungen politischer Sozialisation nach Alter, Geschlecht und sozialer Schicht (in %)

	Befragte gesamt	Jahrgang 59/58	57/56	55/54	53-51	Geschlecht m.	w.	soziale Schicht (obj.) Unten	Mitte	Oben
pol. Gespräche im Elternhaus (t1)										
sehr häufig/ häufig	29	28	31	36	30	30	31	22	31	34
gelegentlich	48	51	49	45	46	49	47	47	52	50
selten	22	22	21	19	23	21	22	31	17	16
eigene Beteiligung an Gesprächen										
sehr häufig/ häufig	40	26	41	52	48	43	36	32	40	46
gelegentlich	34	40	36	26	29	32	36	34	37	34
selten	27	34	23	23	23	25	28	33	24	21
Parteipräferenzen										
des Vaters (t2)										
CDU/CSU	38	38	36	41	40	39	37	27	41	50
SPD	38	40	38	34	37	38	37	49	35	24
FDP	6	3	7	7	6	6	5	3	5	11
Sonstige	1	1	2	2	1	2	1	2	2	0
Keine	18	19	18	15	17	16	20	20	17	15
der Mutter (t2)										
CDU/CSU	34	33	34	38	33	34	34	26	34	42
SPD	30	33	30	27	30	31	30	37	31	25
FDP	8	5	8	9	11	9	6	5	8	11
Sonstige	1	0	1	1	1	1	0	1	0	1
Keine	27	29	28	25	26	26	29	31	28	22

je nach sozialer Schicht unterschiedlich: 27 % der Unterschichtväter neigen der CDU/CSU zu, 49 % der SPD; andererseits neigen 50 % der Oberschichtväter der CDU/CSU zu, 24 % der SPD, 11 % der FDP. Die Parteipräferenzen der Mütter sind in den Relationen jeweils ähnlich. Hier ist außerdem von Bedeutung, daß Unterschichteltern wesentlich häufiger keine politischen Präferenzen besitzen, insbesondere die Unterschichtmütter. Politik spielt im sozialen Umfeld von Unterschichtjugendlichen also bei weitem nicht die Rolle wie bei Oberschichtjugendlichen.

Unterschiede bestehen gleichfalls in der Einschätzung der politischen Kompetenz der Eltern. Zwar wird dem Vater allgemein im Vergleich zur Mutter ein deutliches Übergewicht an Kompetenz zugemutet, jedoch ist die Asymmetrie der politischen Kompetenz zwischen Vater und Mutter bei Jugendlichen aus der Oberschicht besonders groß. Dies entspricht einer schichtspezifischen Rollenaufteilung, wie sie Neidhardt schon für 1965 feststellte. Er führte die größere Kompetenz der Mutter in Unterschichtfamilien darauf zurück, daß hier die sozialen Voraussetzungen für die innerfamiliale Geltung des Vaters fehlen (Neidhardt 1968:186f.). Die Vaterautorität ist insofern altersabhängig, als die politische Kompetenz des Vaters bei jüngeren Jugendlichen stärker ist als bei älteren. Ähnlich verhält es sich mit der politischen Übereinstimmung mit der Meinung des Vaters: je jünger die Befragten sind, desto häufiger findet sich politische Übereinstimmung mit dem Vater, wobei die Beziehung invariabel für den gesamten Befragungszeitraum gilt. Mädchen stimmen etwas häufiger mit dem Vater überein als Jungen, schichtspezifische oder bildungsspezifische Differenzen bestehen hier nicht.

In Übereinstimmung mit Neidhardt (1975) können wir davon ausgehen, daß wesentliche Voraussetzungen familialer politischer Sozialisation, wie sie durch die Umweltoffenheit der Familie bezeichnet sind, mit der sozialen Plazierung der Familie in

der Gesellschaft korrespondieren. Dies gilt für grundsätzliche Voraussetzungen wie politisches Interesse wie auch für konkrete politische Inhalte und Orientierungspunkte, wie sie in Parteipräferenzen enthalten sind. Wir werden im folgenden untersuchen, inwieweit die unterschiedlichen familialen Voraussetzungen mit Stabilitäts- und Variabilitätsmustern politischer Einstellungen der Jugendlichen korrespondieren.

1.1 Politisches Interesse und Engagement im Elternhaus (Tab. 6.3a - 6.8b)

Das politische Engagement der Eltern korrespondiert positiv mit politischem Selbstbewußtsein, politischem Interesse, einer pointierten Position im Rechts-Links-Spektrum und entsprechenden Parteipräferenzen der Jugendlichen. Es beeinflußt politische Toleranz nur geringfügig, Traditionalismus gar nicht. Diese Korrespondenzen sind in allen Befragungszeitpunkten erkennbar, wenngleich im Befragungszeitraum Trendeffekte wirksam sind. Diese Trendeffekte werden durch die familialen Sozialisationsbedingungen mediatisiert: So ist etwa die Abnahme politischer Entfremdung und des politischen Rigorismus bei Jugendlichen aus unpolitischem Elternhaus besonders deutlich zu erkennen. Unter dieser Konstellation kommen die bestimmenden Einflüsse der anderen Bezugskontexte offensichtlich stärker zur Geltung, wenn die Bedeutung des Elternhauses im Zuge der Umorientierung des Jugendlichen abnimmt.

Der Einfluß des politischen Engagements der Eltern zeigt sich besonders in der Stabilität der jeweiligen Einstellungen: politisches Selbstbewußtsein, Interesse, demokratische Toleranz und politische Positionen im Rechts-Links-Spektrum und entsprechende Parteipräferenzen sind bei Jugendlichen aus politisiertem Elternhaus stabiler als bei Jugendlichen aus unpolitischem Elternhaus. Bei diesen sind in der Regel die entgegengesetzten Einstellungsbereiche stabiler (Tab. 6.3a, 6.4a, 6.5a, 6.6a, 6.7a, 6.8a).

7.1.2 Kommunikativer Stil und politisches Klima

Der kommunikative Stil im Elternhaus korrespondiert mit politischem Selbstbewußtsein, Toleranz, politischem Interesse und Parteipräferenzen: Ein rigoroser Kommunikationsstil geht dabei zusammen mit politischer Entfremdung, geringerem Selbstbewußtsein, stärkerem politischem Rigorismus und geringerem politischem Interesse. CDU/CSU-Präferenzen sind hier gleichfalls überrepräsentiert. Wie besonders im Zusammenhang mit der Stabilität der Orientierungen deutlich wird, korrespondiert Freizügigkeit des kommunikativen Stils mit politischer Kompetenz, demokratischer Toleranz und stabilen politischen Positionen vorzugsweise im linken politischen Spektrum.

Der Index des politischen Klimas bringt diese Zusammenhänge jeweils deutlicher zur Geltung: Ein politisiertes Elternhaus in Verbindung mit freizügigem kommunikativem Stil ist besonders günstig für die Entwicklung politischer Kompetenz; der Trendeffekt im Befragungszeitraum zugunsten stärkerer politischer Kompetenz geht in erster Linie auf diese Befragtengruppe zurück. Ein politisches Elternhaus in Verbindung mit rigorosem kommunikativem Stil dagegen korrespondiert im Befragungszeitraum mit zunehmender politischer Entfremdung und anhaltendem politischem Rigorismus, der bei den übrigen Befragten zugunsten einer politisch toleranteren Haltung im Befragungszeitraum zurückgeht. Politisches Interesse ist dann besonders dauerhaft, wenn Jugendliche aus einem Elternhaus kommen, das politisches Interesse mit Freizügigkeit des kommunikativen Stils verbindet. In den übrigen Einstellungsbereichen zeigen sich keine Differenzierungen, die über diejenigen hinausgehen, die für die Einzelkomponenten des politischen Klimas charakteristisch sind.

Die Korrespondenzen zwischen politischem Klima einerseits und politischen Einstellungen der Jugendlichen andererseits sind also deutlich erkennbar, jedoch im Befragungszeitraum durchaus variabel. Besonders das politische Interesse ist offensichtlich sehr stark von außerfamilialen Einflüssen modifizierbar. Stärker und auch umfassender als der Einfluß des kommunikativen Stils ist der des politischen Interesses der Eltern. In Verbindung mit der Freizügigkeit der Kommunikation beeinflußt die Zentralität von Politik im Elternhaus vorzugsweise die politische Kompetenz und die politische Toleranz der Jugendlichen. Dies gilt nicht nur für die synchronische Korrespondenz zwischen den Variablen, sondern insofern auch in der zeitlichen Perspektive, als die Stabilität von politischer Kompetenz, Entfremdung und des politischen Rigorismus durch das politische Klima im Elternhaus mitbestimmt sind.

.3 Schichtspezifische Besonderheiten der Effekte des politischen Klimas im Elternhaus

.1 Das politische Interesse und Engagement der Eltern

Bei Unterschichtjugendlichen wirkt sich politisches Engagement der Eltern besonders zugunsten politischen Selbstbewußtseins des Jugendlichen aus, bei Jugendlichen aus Mittelschichtfamilien nur um einiges schwächer und bei Jugendlichen aus Oberschichtfamilien gar nicht. Die vergleichsweise größere Rolle des politischen Interesses der Eltern für Unterschichtjugendliche wird dadurch unterstrichen, daß der Anteil von politisch entfremdeten Jugendlichen aus unpolitischen Unterschichtfamilien im Befragungszeitraum nahezu konstant bleibt, während der unter Jugendlichen aus politischem Unterschichtelternhaus stark abnimmt (von 33 % über 28 % bis 22 %). (Tab. 6.3a; 6.5a,b).

Tabelle 6.3a Politische Einstellungen nach politischen Voraussetzungen im Elternhaus, Befragte insgesamt und Unterschicht (in %)

	E-Skala						D-Skala				K-Skala				R-L-Skala											
	entfr.			integr.			machia.		demokr.		konser.		progr.		Links				Mitte				Rechts			
	t1	t3	t4	t1	t3	t4	t2	t4	t2	t4	t2	t4	t2	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4
Befragte gesamt																										
Eltern/ Engagement																										
unpolitisch	38	33	30	30	42	43	41	29	27	34	34	28	32	45	36	40	43	40	41	34	31	36	23	27	26	24
politisch	30	23	26	40	46	46	32	28	31	40	31	26	37	44	43	48	46	45	30	23	25	27	27	29	29	29
Stil																										
rigoros	30	25	32	37	45	42	38	32	29	39	30	24	38	48	41	45	43	40	35	29	33	34	25	26	24	27
freizügig	31	23	22	39	50	50	34	25	32	39	30	24	38	42	41	48	48	42	35	26	26	30	24	27	26	29
Klima																										
unpol. rig.	34	29	29	38	51	51	42	30	29	38	36	23	32	40	37	42	47	40	41	35	29	30	23	23	24	30
unpol. freizüg.	33	26	29	32	48	45	42	30	27	33	30	26	37	39	37	41	46	38	39	31	28	35	24	28	27	27
pol. rig.	26	21	34	37	40	36	33	33	30	40	24	25	44	53	45	48	40	40	29	24	36	36	26	28	24	24
pol. freizüg.	29	20	17	45	51	53	28	22	36	43	30	23	38	44	44	53	49	44	32	22	25	26	24	25	26	30
Unterschicht																										
Eltern/ Engagement																										
unpolitisch	45	41	39	22	36	31	41	31	27	24	40	38	26	29	32	38	39	36	46	41	43	41	20	21	19	23
politisch	33	28	22	31	44	38	33	44	29	32	31	36	36	38	44	48	46	44	31	28	29	27	25	24	26	29
Stil																										
rigoros	46	32	38	29	48	31	28	28	33	28	33	21	28	32	43	35	35	42	41	42	41	42	17	23	24	16
freizügig	34	29	27	29	42	39	37	33	33	28	30	36	36	31	38	45	44	32	43	37	38	40	19	18	18	29
Klima																										
unpol. rig.	57	45	50	24	35	30	41	27	23	27	55	9	9	9	36	23	42	46	55	55	37	46	9	23	21	9
unpol. freizüg.	37	32	41	21	37	29	36	27	31	21	30	35	38	27	29	41	40	26	50	40	42	46	21	19	18	29
pol. rig.	35	29	17	35	43	33	14	29	43	29	10	38	48	63	50	48	27	38	25	29	47	38	25	24	27	25
pol. freizüg.	32	27	11	38	46	50	39	41	35	37	29	36	35	36	48	50	48	39	34	34	33	32	18	16	19	29

Tabelle 6.3b Politische Einstellungen nach politischen Voraussetzungen im Elternhaus, Mittelschicht und Oberschicht (in %)

	E-Skala						D-Skala				K-Skala				R-L-Skala											
	entfr.			integr.			machia.		demokr.		konser.		progr.		Links				Mitte				Rechts			
	t1	t3	t4	t1	t3	t4	t2	t4	t2	t4	t2	t4	t2	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4
Mittelschicht																										
Eltern/ Engagement																										
unpolitisch	40	35	29	32	44	44	41	24	32	41	38	24	30	49	31	35	47	42	43	36	28	36	27	30	25	22
politisch	31	21	25	38	45	48	34	24	31	43	35	26	31	42	40	44	50	47	35	25	23	26	25	30	28	28
Stil																										
rigoros	26	22	29	33	42	43	49	40	26	40	37	25	37	43	41	49	60	57	33	24	26	32	26	28	14	11
freizügig	32	18	16	41	54	56	35	16	35	46	36	23	33	46	39	43	51	44	39	28	22	28	23	29	28	28
Klima																										
unpol. rig.	42	29	25	37	43	50	57	50	33	17	41	38	36	25	41	48	56	63	36	29	31	25	23	24	13	13
unpol. freizüg.	26	19	14	46	58	59	35	18	39	46	32	15	34	48	35	36	53	45	37	29	19	31	28	35	28	24
pol. rig.	15	19	30	30	41	40	43	37	20	47	33	20	37	50	41	50	62	55	31	20	23	35	28	30	15	10
pol. freizüg.	36	16	17	36	51	54	34	15	32	46	39	28	32	44	41	47	49	44	40	28	24	26	19	25	27	31
Oberschicht																										
Eltern/ Engagement																										
unpolitisch	32	26	28	34	50	50	43	33	23	35	28	23	35	48	43	43	46	43	33	27	24	30	24	29	30	27
politisch	30	22	27	43	49	49	31	26	31	42	28	26	38	42	39	44	42	42	30	21	27	29	31	36	32	30
Stil																										
rigoros	24	27	42	40	47	39	40	39	29	29	23	34	36	47	39	40	32	29	27	27	38	39	34	32	30	32
freizügig	32	20	22	39	50	55	30	24	28	40	26	22	38	43	42	47	46	44	32	19	24	26	26	34	31	30
Klima																										
unpol. rig.	17	27	27	41	55	55	35	36	35	27	18	36	32	46	31	37	41	27	28	33	27	36	41	30	32	36
unpol. freizüg.	37	18	33	30	54	50	49	33	13	33	31	28	35	44	44	42	45	41	35	25	22	28	21	34	33	31
pol. rig.	29	26	50	38	41	30	45	40	24	30	27	33	39	48	46	43	25	30	26	23	46	40	29	34	29	30
pol. freizüg.	29	21	17	45	47	57	19	19	37	43	24	19	40	43	41	51	46	45	31	16	25	25	29	33	29	30

Tabelle 6.4a Politische Einstellungen nach politischen Voraussetzungen im Elternhaus, Befragte insgesamt und Unterschicht

	politisches Interesse								Parteipräferenzen												
	stark				schwach				CDU/CSU				SPD				FDP				
	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	no
Befragte gesamt																					
Eltern/ Engagement																					
unpolitisch	20	24	22	20	35	27	30	32	28	31	26	25	41	44	52	54	24	19	20	19	
politisch	35	37	32	32	17	15	18	16	34	33	35	33	36	45	45	46	25	17	16	19	
Stil																					
rigoros	27	37	26	35	28	35	30	20	35	33	32	34	35	39	46	46	23	21	19	14	
freizügig	30	32	30	29	23	20	21	25	29	31	28	28	37	43	48	47	28	21	21	24	
Klima																					
unpol. rig.	17	34	25	28	37	26	31	33	33	32	24	22	37	36	45	50	21	25	27	22	
unpol. freizüg.	23	22	24	22	31	30	29	33	25	32	24	27	39	40	52	50	29	23	20	21	
pol. rig.	35	39	27	40	19	24	29	11	37	34	38	42	34	42	46	44	25	17	13	9	
pol. freizüg.	35	40	34	34	16	12	16	18	32	31	30	28	36	46	45	45	27	19	21	26	
Unterschicht																					
Eltern/ Engagement																					
unpolitisch	13	18	17	12	40	33	37	40	25	22	20	18	45	53	57	61	26	18	21	21	
politisch	25	31	24	25	22	19	21	17	25	27	34	37	40	50	46	39	31	20	17	22	
Stil																					
rigoros	18	23	27	32	34	34	41	21	33	27	27	21	33	38	39	53	28	27	30	26	
freizügig	17	26	16	15	32	31	26	37	23	26	25	27	44	49	53	48	31	20	17	25	
Klima																					
unpol. rig.	4	9	21	27	48	44	53	36	32	18	6	0	36	29	56	64	23	41	39	36	22
unpol. freizüg.	16	21	11	9	40	48	38	52	25	26	25	19	44	49	52	56	32	20	18	25	58
pol. rig.	33	38	33	38	19	24	27	0	33	35	53	50	29	45	20	38	33	15	20	13	20
pol. freizüg.	20	31	21	22	24	12	14	19	22	26	26	37	43	49	54	57	29	13	15	26	50

Tabelle 6.4b Politische Einstellungen nach politischen Voraussetzungen im Elternhaus, Mittelschicht und Oberschicht

	politisches Interesse								Parteipräferenzen												
	stark				schwach				CDU/CSU				SPD				FDP				
	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	n=
Mittelschicht																					
Eltern/ Engagement																					
unpolitisch	15	19	18	23	35	30	28	35	32	34	23	25	42	41	52	56	22	20	22	17	148
politisch	33	31	29	30	18	16	18	16	37	32	31	30	38	50	52	48	21	14	14	19	169
Stil																					
rigoros	31	35	26	31	22	24	33	15	35	27	19	25	39	48	67	56	22	19	14	12	51
freizügig	26	23	28	28	23	20	18	28	29	29	27	22	40	47	49	52	27	20	23	27	122
Klima																					
unpol. rig.	18	48	19	13	41	10	31	38	29	28	23	33	43	50	54	50	24	17	23	17	22
unpol. freizüg.	22	11	31	35	26	30	22	24	29	28	17	23	44	36	54	58	23	28	26	19	54
pol. rig.	41	27	30	39	7	33	33	6	40	27	17	26	37	47	74	58	20	20	9	11	29
pol. freizüg.	29	31	26	23	20	13	16	31	29	29	34	21	37	55	45	47	29	14	21	32	70
Oberschicht																					
Eltern/ Engagement																					
unpolitisch	27	34	25	26	35	19	25	21	30	37	35	38	37	39	44	44	25	20	18	17	154
politisch	37	43	36	40	11	12	16	14	41	41	41	39	30	37	42	40	25	18	16	19	217
Stil																					
rigoros	30	53	24	52	25	19	22	16	43	44	47	54	29	31	38	29	24	21	15	11	63
freizügig	35	41	35	33	18	12	19	16	34	39	32	33	32	36	43	41	28	22	22	25	163
Klima																					
unpol. rig.	28	52	27	36	35	21	18	36	45	43	45	50	24	32	35	30	24	21	20	20	29
unpol. freizüg.	25	32	28	22	30	15	22	19	25	40	31	38	37	32	43	38	28	26	22	21	67
pol. rig.	31	54	21	60	17	17	24	5	41	44	48	56	32	29	41	28	24	21	11	6	35
pol. freizüg.	41	46	40	38	11	9	18	15	39	39	33	31	30	39	44	42	28	19	22	27	108

Tabelle 6.5a Veränderung politischer Einstellungen nach politischen Voraussetzungen im Elternhaus, Befragte insgesamt und Unterschicht

	E-Skala t1t3					E-Skala t3t4					D-Skala t2t4					K-Skala t2t4				
	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33
Befragte gesamt																				
Eltern/ Engagement																				
unpolitisch	32	22	19	9	19	23	20	19	8	29	31	22	17	14	16	30	21	14	13	23
politisch	28	20	12	11	28	23	24	10	12	31	30	21	15	15	19	28	22	13	14	23
Stil																				
rigoros	31	23	11	14	22	21	31	11	11	27	35	18	20	12	15	34	19	9	12	26
freizügig	32	19	11	9	28	24	20	12	11	34	30	22	13	15	20	25	25	11	16	23
Klima																				
unpol. rig.	32	22	14	8	24	28	19	16	3	34	35	11	24	11	19	41	15	10	13	21
unpol. freizüg.	36	20	14	9	21	20	23	19	7	32	30	22	16	16	16	23	27	11	18	21
pol. rig.	30	23	9	18	21	17	39	7	15	22	35	22	17	13	13	29	22	9	12	29
pol. freizüg.	30	18	9	10	33	27	18	7	13	36	31	22	12	14	22	26	24	11	14	24
Unterschicht																				
Eltern/ Engagement																				
unpolitisch	35	19	26	6	14	21	22	27	9	22	30	28	16	16	10	27	27	17	15	15
politisch	31	21	15	9	24	29	24	13	12	22	14	26	26	15	20	26	26	22	7	19
Stil																				
rigoros	33	10	27	7	23	13	25	25	13	25	28	33	6	17	17	42	16	5	16	21
freizügig	37	21	16	9	18	23	21	18	14	25	20	27	23	12	18	18	35	13	15	18
Klima																				
unpol. rig.	38	6	31	0	25	0	30	30	10	30	36	27	9	9	18	55	9	0	27	9
unpol. freizüg.	47	24	15	9	6	17	31	24	10	17	27	33	12	18	8	16	38	13	19	16
pol. rig.	29	14	21	14	21	33	17	17	17	17	14	43	0	29	14	25	25	13	0	38
pol. freizüg.	27	19	16	8	30	29	11	11	18	32	11	19	37	4	30	21	32	14	11	21

Tabelle 6.56 Veränderung politischer Einstellungen nach politischen Voraussetzungen im Elternhaus [illegible]

	E-Skala										D-Skala					K-Skala				
			t1t3					t3t4					t2t4					t2t4		
	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33
Mittelschicht																				
Eltern/ Engagement																				
unpolitisch	27	25	19	8	20	22	20	17	12	29	28	15	17	11	29	32	20	12	12	24
politisch	34	21	9	13	24	27	25	7	12	29	35	18	13	14	20	28	24	13	17	18
Stil																				
rigoros	38	27	3	16	16	30	44	0	7	19	32	12	28	12	16	36	36	7	11	11
freizügig	34	16	9	11	31	26	15	8	11	40	37	11	11	14	28	30	17	15	17	21
Klima																				
unpol. rig.	31	31	8	8	23	43	29	0	0	29	33	0	50	0	17	38	15	13	0	0
unpol. freizüg.	22	19	11	11	37	21	13	8	13	46	26	7	15	15	37	33	11	11	22	22
pol. rig.	42	25	0	21	13	25	50	0	10	15	32	16	21	16	16	35	30	5	15	15
pol. freizüg.	41	14	7	11	27	31	17	7	10	35	45	13	8	13	21	28	21	18	13	21
Oberschicht																				
Eltern/ Engagement																				
unpolitisch	33	17	17	10	22	23	20	20	2	35	30	22	21	14	13	36	16	12	9	27
politisch	25	20	11	11	33	21	22	10	10	36	31	20	13	17	20	23	22	12	17	26
Stil																				
rigoros	27	21	10	15	27	17	31	17	3	31	29	14	32	14	11	27	20	13	17	23
freizügig	31	19	11	11	29	22	18	11	10	38	33	21	9	20	16	26	26	9	16	24
Klima																				
unpol. rig.	27	23	9	14	27	36	9	18	0	36	27	9	36	18	9	40	10	20	20	10
unpol. freizüg.	40	15	15	9	21	14	28	24	0	35	35	21	17	21	7	26	29	13	10	23
pol. rig.	27	19	12	15	27	6	44	17	6	28	29	18	29	12	12	20	25	10	15	30
pol. freizüg.	25	21	9	12	33	26	15	6	15	39	32	22	6	20	20	25	24	7	18	24

Tabelle 6.6a Veränderungen politischer Einstellungen nach politischen Voraussetzungen im Elternhaus, Befragte insgesamt und Unterschicht

	R-L-Skala														
	t12					t23					t34				
	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33
Befragte gesamt															
Eltern/ Engagement															
unpolitisch	22	22	24	21	11	21	22	25	19	14	20	20	28	18	13
politisch	19	21	32	13	16	17	16	35	13	18	18	17	34	11	20
Stil															
rigoros	20	24	27	17	12	20	20	26	17	15	19	25	26	13	17
freizügig	18	21	31	16	14	18	18	34	14	15	20	14	34	14	18
Klima															
unpol. rig.	19	26	22	23	11	17	26	24	19	14	23	23	25	10	20
unpol. freizüg.	21	21	25	19	14	20	23	27	16	14	21	16	28	20	15
pol. rig.	20	23	32	12	13	23	15	29	16	16	17	26	26	16	16
pol. freizüg.	16	21	36	13	14	17	15	39	13	16	20	13	37	10	20
Unterschicht															
Eltern/ Engagement															
unpolitisch	21	27	19	26	8	25	21	21	25	8	21	23	22	26	8
politisch	19	24	33	15	11	17	17	33	16	16	20	20	31	10	19
Stil															
rigoros	20	17	27	27	10	21	24	15	27	15	21	37	16	16	11
freizügig	18	25	25	25	7	23	19	28	21	7	24	13	24	25	14
Klima															
unpol. rig.	29	14	14	38	5	21	37	5	26	11	18	36	18	18	9
unpol. freizüg.	17	28	19	28	9	24	24	22	22	7	26	14	17	34	9
pol. rig.	10	20	40	15	15	20	7	27	27	20	25	38	13	13	13
pol. freizüg.	18	22	33	22	4	21	14	36	21	7	21	11	32	14	21

Tabelle 6.6b Veränderungen politischer Einstellungen nach politischen Voraussetzungen im Elternhaus, Mittelschicht und Oberschicht

	R-L-Skala														
	t12					t23					t34				
	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33
Mittelschicht															
Eltern/ Engagement															
unpolitisch	21	19	20	24	16	19	27	21	18	14	20	16	33	16	15
politisch	18	20	30	17	16	16	21	36	11	17	24	16	39	7	15
Stil															
rigoros	26	31	28	10	6	19	33	33	10	5	21	21	46	7	4
freizügig	17	17	30	20	16	16	20	33	14	17	24	15	37	9	15
Klima															
unpol. rig.	19	29	29	19	5	19	31	31	13	6	13	25	50	0	13
unpol. freizüg.	22	19	22	17	20	17	31	22	14	17	17	17	35	14	17
pol. rig.	30	33	27	3	7	19	35	35	8	4	25	20	45	10	0
pol. freizüg.	13	16	37	22	12	15	13	41	15	17	29	13	40	5	13
Oberschicht															
Eltern/ Engagement															
unpolitisch	25	19	30	16	11	19	23	28	12	18	20	23	30	10	17
politisch	21	20	28	11	21	16	16	32	13	24	14	17	32	15	22
Stil															
rigoros	19	21	24	16	19	26	16	20	18	20	13	32	16	16	23
freizügig	24	19	31	10	17	17	20	33	9	21	17	16	35	11	22
Klima															
unpol. rig.	15	26	19	19	22	18	23	23	18	18	9	18	27	18	27
unpol. freizüg.	29	14	29	15	12	20	20	28	12	20	22	19	28	9	22
pol. rig.	23	17	29	14	17	32	11	18	18	21	15	40	10	15	20
pol. freizüg.	20	21	32	7	19	15	20	36	8	21	14	14	38	11	23

Tabelle 6.7a Veränderung politischer Einstellungen nach politischen Voraussetzungen im Elternhaus, Befragte insgesamt und Unterschicht

	politisches Interesse														
	t12					t23					t34				
	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33
Befragte gesamt															
Eltern/ Engagement															
unpolitisch	29	23	8	29	11	21	29	10	30	11	18	22	10	34	17
politisch	24	22	17	32	6	18	26	19	31	6	24	19	18	33	5
Stil															
rigoros	21	30	14	27	8	20	36	14	23	8	26	13	20	31	10
freizügig	25	23	14	30	9	19	25	17	30	9	21	23	15	31	11
Klima															
unpol. rig.	39	15	11	27	8	14	37	14	27	9	10	18	21	33	18
unpol. freizüg.	26	27	9	27	12	23	25	11	28	13	18	24	11	31	16
pol. rig.	22	27	16	27	8	25	35	15	19	7	37	9	19	30	5
pol. freizüg.	25	19	19	32	6	15	25	21	32	7	23	22	18	31	7
Unterschicht															
Eltern/ Engagement															
unpolitisch	28	20	7	30	15	25	28	7	25	14	17	22	5	34	22
politisch	29	19	11	33	9	17	29	13	32	8	26	16	12	39	7
Stil															
rigoros	23	18	11	30	18	27	32	15	21	6	32	11	21	26	11
freizügig	31	20	9	27	13	21	25	9	31	15	17	22	5	42	15
Klima															
unpol. rig.	26	17	4	30	22	32	32	11	21	5	9	18	27	27	18
unpol. freizüg.	25	26	11	19	19	22	27	9	20	22	27	12	3	33	24
pol. rig.	19	19	19	29	14	33	20	20	20	7	13	50	13	25	0
pol. freizüg.	14	37	8	35	6	28	14	9	42	7	15	22	7	52	4

Tabelle 6.7b Veränderung politischer Einstellungen nach politischen Voraussetzungen im Elternhaus, Mittelschicht und Oberschicht

	politisches Interesse														
	t12					t23					t34				
	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33
Mittelschicht															
Eltern/ Engagement															
unpolitisch	25	20	8	34	13	22	26	7	36	10	13	28	9	34	16
politisch	21	21	18	33	6	19	22	18	35	6	22	18	17	35	8
Stil															
rigoros	26	28	16	28	2	23	37	12	21	7	27	12	19	31	12
freizügig	20	20	14	37	10	21	16	14	39	10	19	29	10	28	13
Klima															
unpol. rig.	52	0	14	33	0	0	50	13	31	6	13	25	0	38	25
unpol. freizüg.	15	28	9	36	11	31	11	9	37	11	17	28	17	28	10
pol. rig.	7	48	17	24	3	37	30	11	15	7	33	6	28	28	6
pol. freizüg.	23	14	17	37	9	14	19	18	40	9	21	31	5	28	15
Oberschicht															
Eltern/ Engagement															
unpolitisch	38	23	9	23	7	14	36	14	29	7	29	17	11	34	9
politisch	24	21	18	33	4	20	28	21	27	3	26	22	23	27	2
Stil															
rigoros	41	17	14	23	5	16	49	14	18	4	29	10	23	32	7
freizügig	27	20	17	31	5	16	29	21	29	5	26	22	20	28	5
Klima															
unpol. rig.	48	14	14	17	7	9	46	14	23	9	9	18	27	27	18
unpol. freizüg.	36	21	11	27	5	14	33	16	31	6	28	22	6	38	6
pol. rig.	34	20	14	29	3	21	52	14	14	0	40	5	20	35	0
pol. freizüg.	22	20	21	35	5	17	27	25	27	5	24	22	26	24	4

abelle 6.8a Veränderung politischer Einstellungen nach politischen Voraussetzungen im Elternhaus, Befragte insgesamt und Unterschicht

	Parteipräferenzen																	
	t12						t23						t34					
	CDU	SPD	FDP	CS	SC	K	CDU	SPD	FDP	CS	SC	K	CDU	SPD	FDP	CS	SC	K
efragte esamt																		
ltern/ ngagement																		
npolitisch	16	23	9	8	9	16	17	28	8	10	3	13	9	22	4	3	4	9
olitisch	23	25	9	7	4	16	25	33	7	5	5	12	18	22	6	4	4	7
til																		
igoros	20	17	10	11	9	14	20	26	8	8	5	9	14	19	4	5	4	8
reizügig	21	23	12	5	5	17	21	28	10	6	3	17	14	23	8	3	5	11
lima																		
npol. rig.	16	13	12	12	11	13	19	22	13	6	2	10	7	16	4	4	1	13
npol. freizüg.	18	20	14	6	9	16	18	22	10	10	3	18	11	22	6	2	5	11
ol. rig.	23	20	9	11	7	16	21	30	4	9	8	9	20	22	3	5	5	3
ol. freizüg.	23	25	10	5	3	18	24	34	10	3	4	16	16	23	10	3	4	11
nterschicht																		
ltern/ ngagement																		
npolitisch	9	27	9	12	10	17	13	38	8	5	2	19	7	27	5	6	4	13
olitisch	16	31	14	4	8	16	18	33	8	2	10	15	18	20	6	5	5	7
til																		
igoros	18	11	13	11	8	21	15	12	19	8	12	12	10	17	10	10	0	13
reizügig	13	28	14	7	9	17	15	34	6	4	6	22	13	25	6	5	6	13
lima																		
npol. rig.	11	6	17	11	6	17	8	8	33	8	0	17	0	31	13	6	0	19
npol. freizüg.	13	23	13	11	9	21	18	30	7	5	2	23	9	27	7	7	4	13
ol. rig.	25	15	10	10	10	25	21	14	7	7	21	7	21	20	7	14	0	7
ol. freizüg.	13	34	15	2	9	13	11	40	6	3	11	20	17	23	6	3	9	11

Tabelle 6.8b Veränderung politischer Einstellungen nach politischen Voraussetzungen im Elternhaus, Mittelschicht und Oberschicht

	Parteipräferenzen																
	t12						t23						t34				
	CDU	SPD	FDP	CS	SC	K	CDU	SPD	FDP	CS	SC	K	CDU	SPD	FDP	CS	SC
Mittelschicht																	
Eltern/ Engagement																	
unpolitisch	21	20	7	7	9	20	14	26	9	14	2	11	8	25	6	0	4
politisch	22	28	5	10	5	17	22	38	6	7	5	11	15	26	4	2	2
Stil																	
rigoros	15	19	6	17	9	19	8	38	5	15	3	10	6	34	3	0	3
freizügig	21	26	9	4	6	19	23	34	11	6	3	14	11	25	9	1	2
Klima																	
unpol. rig.	12	18	6	12	12	29	12	29	6	12	0	11	8	8	0	0	0
unpol. freizüg.	20	20	11	2	7	17	16	23	16	16	0	13	9	26	11	0	4
pol. rig.	17	20	7	20	7	13	4	44	4	17	4	9	5	50	5	0	5
pol. freizüg.	22	30	8	5	3	21	27	42	8	0	4	15	13	25	8	2	0
Oberschicht																	
Eltern/ Engagement																	
unpolitisch	19	22	12	9	8	11	23	22	9	11	6	13	14	16	4	5	6
politisch	33	20	10	5	2	15	33	28	6	6	3	12	23	23	9	3	5
Stil																	
rigoros	27	18	13	10	7	5	34	21	6	6	6	6	27	12	2	5	7
freizügig	28	18	12	5	5	17	25	23	10	8	2	17	18	21	12	3	6
Klima																	
unpol. rig.	21	14	14	18	7	4	33	24	10	5	5	5	16	11	5	5	5
unpol. freizüg.	18	16	15	7	13	15	21	15	13	10	4	21	16	11	4	2	7
pol. rig.	30	21	12	3	6	6	35	19	4	8	8	8	36	14	0	5	9
pol. freizüg.	34	19	10	4	0	19	28	28	9	6	1	15	19	26	16	4	6

Ähnlich wie in der Unterschicht korrespondiert auch in der Mittelschicht und der Oberschicht politisches Interesse der Eltern sehr deutlich mit politischem Interesse der Jugendlichen, Desinteresse der Eltern mit Desinteresse der Jugendlichen. Allerdings bestehen schichtspezifische Unterschiede im Niveau. Selbst bei unpolitischem Elternhaus sind Jugendliche aus der Oberschicht häufiger stark an Politik interessiert als Jugendliche aus Mittelschicht und Unterschicht, die ein politisiertes Elternhaus besitzen. Das politische Interesse der Eltern wirkt insofern schichtspezifisch auf die Entwicklung politischer Kompetenz und politischen Interesses der Jugendlichen, als Jugendliche aus der Unterschicht stärker auf politische Anregungen der Eltern angewiesen sind als Jugendliche aus bessergestellten Familien, die - vielleicht durch strukturelle Begünstigungen hinsichtlich des Bildungsniveaus im Bekanntenkreis - verschiedenartige Möglichkeiten zum Kontakt mit der Politik besitzen (Tab. 6.4a,b; 6.7a,b).

Das politische Interesse der Eltern beeinflußt auch die politische Toleranz schichtspezifisch: Im Gegensatz zu Unterschichtjugendlichen ist bei Mittelschicht- und Oberschichtjugendlichen eine Korrespondenz zwischen politischem Interesse der Eltern und politischer Toleranz des Jugendlichen erkennbar. Unterschichtjugendliche mit politisch engagierten und interessierten Eltern vertreten vorzugsweise eine politisch-rigorose Haltung. Zumindest gilt dies für den vierten Befragungszeitpunkt und damit für die Einstellungsänderungen im Zeitablauf, die bei Mittelschicht- und Oberschichtjugendlichen eine Veränderung zugunsten demokratischer Toleranz, bei Unterschichtjugendlichen zugunsten eines politischen Rigorismus bringen (Tab. 6.3a,b; 6.5a,b).

Jugendliche aus Unterschichtfamilien neigen vergleichsweise häufig zu politischem Traditionalismus, dies gilt besonders bei unpolitischem Elternhaus. Diese Relationen bleiben im Befragungszeitraum vergleichsweise konstant. Anders dagegen

bei den Jugendlichen aus der Mittelschicht: Hier finden wir unabhängig vom politischen Interesse der Eltern im Befragungszeitraum eine deutliche Verringerung traditionalistischer Einstellungen. Bei Jugendlichen aus Oberschichtfamilien ist es ähnlich, jedoch nicht so deutlich. Allerdings bleibt der Einfluß des politischen Interesses und Engagements der Eltern auf die Entwicklung und Veränderung des Traditionalismus im Vergleich zu den anderen Einstellungsbereichen eher gering.

Was die politischen Positionen im Rechts-Links-Spektrum anbetrifft, so wirkt sich politisches Interesse der Eltern besonders deutlich bei Unterschichtjugendlichen aus, ob überhaupt und welche politischen Positionen bezogen werden.
Bei Unterschicht- und Mittelschichtjugendlichen ist politisches Interesse der Eltern vor allem wichtig, um politische Indifferenz bei den Heranwachsenden zu verhindern. Auch bei den Parteipräferenzen ist politische Offenheit der Eltern in der Oberschichtfamilie ohne Effekt, in Unterschicht- und Mittelschichtfamilien korrespondiert es mit der Variabilität der Parteipräferenzen im Befragungszeitraum. In beiden Gruppen korrespondiert ein unpolitisches Elternhaus mit einer deutlich Zunahme von SPD-Präferenzen in späteren Zeitpunkten, bei Jugendlichen aus politisiertem Unterschichtelternhaus vermehren sich in späteren Zeitpunkten CDU-Präferenzen.

Unabhängig von der sozialen Schicht stabilisiert ein politisierter familialer Hintergrund das politische Selbstbewußtsein des Jugendlichen. Bei Unterschicht- und Oberschichtjugendlichen wird zusätzlich auch demokratische Toleranz stabilisiert. In der Regel sind unter diesen Voraussetzungen auch die Parteipräferenzen dauerhafter, sowohl CDU/CSU- als auch SPD-Präferenzen. Allerdings sind SPD-Präferenzen auch bei Jugendlichen aus unpolitischen Unterschichtfamilien besonders dauerhaft. Allgemein trägt das politische Interesse der Eltern und ihre eigene politische Stellungnahme wesent-

lich dazu bei, daß Jugendliche im politisch-ideologischen Spektrum und im Parteienspektrum dauerhafte Positionen beziehen.

7.1.3.2 Der kommunikative Stil im Elternhaus

Der kommunikative Stil im Elternhaus wurde nur von den Schülern in der befragten Stichprobe erfaßt, so daß die folgenden Aussagen sich nur auf diese Befragtengruppe beziehen. Unabhängig von der sozialen Herkunft der Schüler, korrespondiert ein rigoroser Stil im Elternhaus mit politischer Entfremdung, ein freizügiger Stil im Elternhaus mit politischem Selbstbewußtsein. Dies gilt auch in der diachronischen Perspektive: Das politische Selbstbewußtsein von Schülern entwickelt sich im Befragungszeitraum besonders dann weiter, wenn im Elternhaus die Voraussetzungen eines freizügigen und demokratischen Stils gegeben sind. Gleiches gilt für die Entwicklung politischer Toleranz, allerdings nicht für Schüler aus der Unterschicht. Hier nimmt im Befragungszeitraum unabhängig vom interaktiven Stil im Elternhaus politische Toleranz ab.

Was die Einschätzung im Rechts-Links-Spektrum anbetrifft, korrespondiert ein rigoroser interaktiver Stil bei Mittelschicht-Schülern besonders stark mit Linkspositionen, besonders wenig mit Rechtspositionen, bei Oberschicht-Schülern korrespondiert ein rigoroser interaktiver Stil besonders deutlich mit politischer Indifferenz bzw. Positionen in der politischen Mitte. Ein freizügiger interaktiver Stil wirkt sich bei Mittelschicht- und Oberschicht-Schülern besonders günstig zugunsten von FDP-Präferenzen aus. Bei Mittelschicht-Schülern korrespondiert ein rigoroser interaktiver Stil vergleichsweise stark mit SPD-Präferenzen, möglicherweise die Konsequenz einer Protesthaltung, da SPD-Präferenzen ja nicht charakteristisch für

Mittelschicht-Eltern sind. Anders ist es dagegen bei Oberschicht-Schülern, hier korrespondiert ein rigoroser interaktiver Stil mit einer sehr starken Präferenz der CDU/CSU, hinsichtlich der SPD und FDP-Präferenzen gibt es keine Unterschiede, die sich unmittelbar oder mittelbar auf den interaktiven Stil zurückführen ließen.

Betrachtet man die Stabilität der politischen Einstellungen je nach interaktivem Stil im Elternhaus, dann bestätigen sich die Zusammenhänge, die für den Querschnitt und für Veränderungen im Zeitablauf herausgestellt sind. Ein freizügiger interaktiver Stil begünstigt die Stabilität des politischen Selbstbewußtseins und politischer Toleranz. Dies gilt weitgehend unabhängig von der sozialen Herkunft des Jugendlichen. Hinsichtlich der Stabilität von Parteipräferenzen und politischen Positionen ergeben sich differenziertere Wechselbeziehungen zwischen interaktivem Stil und Stabilität. So sind es bei Unterschichtjugendlichen in erster Linie linke politische Positionen, die bei freizügigem interaktivem Stil besonders stabil sind, bei Mittelschichtjugendlichen sind es rechte Positionen. SPD-Präferenzen sind bei Unterschichtjugendlichen besonders stabil, wenn ein freizügiger interaktiver Stil vorherrscht, bei Mittelschichtjugendlichen sind sie dann besonders stabil, wenn ein rigoroser interaktiver Stil vorhanden ist. Bei Oberschichtschülern wirkt sich ein freizügiger Stil zugunsten von stabilen SPD-Präferenzen, ein rigoroser Stil zugunsten von stabilen CDU/CSU-Präferenzen aus.

Mit Blick auf die "Transmissionswahrscheinlichkeit" von Elternpräferenzen scheint es uns bezeichnend für Ansätze eines krisenhaften Sozialisationsverlaufes bei Mittelschichtjugendlichen, daß bei Freizügigkeit der Eltern eher die Mittelschichtstandards politischer Präferenzen übernommen werden als bei rigorosem Erziehungsstil.

.3.3 Das politische Klima im Elternhaus

Bei Unterschichtschülern verstärken sich die beiden Effekte von politischem Interesse der Eltern und interaktivem Stil gegenseitig. Politisches Desinteresse der Eltern in Verbindung mit rigorosem kommunikativem Stil korrespondiert sehr deutlich mit politischer Skepsis und geringerer politischer Kompetenz,

ähnlich ist es zwar auch bei politischem Desinteresse in Verbindung mit demokratischem Stil, jedoch sind die Unterschiede nicht so deutlich. Andererseits finden wir zwar auch bei der Kombination politisches Interesse/rigoroser Stil eine Abnahme politischer Skepsis im Befragungszeitraum, jedoch ist diese Abnahme unter der Voraussetzung politisches Interesse/freizügiger Stil stärker. Bei Schülern aus der Mittelschicht und der Oberschicht scheint die Entwicklung und Veränderung der politischen Kompetenz offensichtlich unabhängig vom politischen Klima im Elternhaus zu sein. Hier ist durchweg eine Zunahme des politischen Selbstbewußtseins im Befragungszeitraum zu verzeichen.

Bei Unterschicht-Schülern ist demokratische Toleranz nicht abhängig von Voraussetzungen im Elternhaus. Bei Schülern aus der Mittelschicht weitet sich im Befragungszeitraum nur dann demokratische Toleranz aus, wenn sie nicht aus unpolitischem oder im interaktiven Stil rigorosem Elternhaus kommen. Hier ist dann der Trend genau umgekehrt: im Befragungszeitraum nimmt politische Toleranz ab. Bei Oberschicht-Schülern ist es im Prinzip ähnlich.

Auch auf die Positionierung im Rechts-Links-Spektrum und die Parteipräferenzen wirkt sich das politische Klima je nach sozialer Herkunft unterschiedlich aus. So korrespondiert unpolitischer Rigorismus des Elternhauses bei Unterschichtschülern deutlich mit politischer Indifferenz bzw. einer Präferenz für linke politische Positionen. Auch bei Mittelschichtjugendlichen geht unpolitischer Rigorismus des Elternhauses mit einer deutlichen Präferenz für linke politische Positionen zusammen, besonders in späteren Befragungszeitpunkten. Bei politischem und freizügigem Klima findet sich unabhängig von der Schichtzugehörigkeit ein vergleichsweise ausgeglichenes Verhältnis zwischen linken und rechten Positionen im politischen Spektrum und seltener politische Indifferenz. Dies drückt sich bei den Parteipräferenzen darin aus, daß schichtspezifische Präferenzen mit Ausnahme bei Mittelschichtjugend-

lichen bei unpolitischem und rigorosem Klima im Elternhaus exakter "übertragen" werden. So hat die CDU bei Unterschicht-Schülern mit unpolitischem und rigorosem Elternhaus keine Chance, bei Oberschicht-Schülern mit entsprechendem familialem Hintergrund steht die SPD sehr stark hinter der CDU/CSU in der Präferenz zurück. Kommen die Schüler aus einem politisierten und freizügigen Elternhaus, sind die Positionen der nicht-charakteristischen Parteien wesentlich besser.

3.4 Zusammenfassung

Hinsichtlich der schichtspezifischen Wirkungen des politischen Klimas im Elternhaus können wir im wesentlichen die folgenden Zusammenhänge resümieren:

- Der starke Einfluß des politischen Interesses der Eltern auf das politische Interesse der Jugendlichen ist weitgehend unabhängig von der sozialen Schichtzugehörigkeit. Allerdings wirkt das politische Interesse der Eltern schichtspezifisch auf die Entwicklung der politischen Kompetenz bzw. der politischen Skepsis der Jugendlichen. Besonders stark ist hier der Einfluß des politischen Interesses der Eltern bei Jugendlichen aus Unterschichtfamilien.

- Während politisches Interesse und Engagement der Eltern im Mittelschicht- und Oberschichtkontext sich zugunsten demokratischer Toleranz der Jugendlichen auswirkt, geht es bei Unterschichtjugendlichen eher umgekehrt zugunsten eines stärkeren politischen Rigorismus. Unterschichtjugendliche neigen vergleichsweise häufig zu politischem Traditionalismus, zumal bei unpolitischem familialem Hintergrund. Bei Mittelschichtjugendlichen finden wir unabhängig von Voraussetzungen im Elternhaus eine zunehmende Ablehnung traditionalistischer Einstellungen.

- Politisches Interesse der Eltern wirkt stabilisierend auf die Parteipräferenzen und die Position der Jugendlichen im politisch-ideologischen Spektrum.

- Ein freizügiger kommunikativer Stil begünstigt die Entwicklung politischer Kompetenz und politischer Toleranz, allerdings nicht für Schüler aus der Unterschicht: hier nimmt demokratische Toleranz unabhängig vom kommunikativen Stil im Befragungszeitraum ab.

- Im Unterschichtkontext wirken politisches Interesse der Eltern und kommunikativer Stil kumulativ hemmend und fördernd auf die Entwicklung politischer Kompetenz und politischen Interesses. Im Mittelschicht- und Oberschichtkontext ist die Entwicklung kaum an die Voraussetzungen eines politischen Klimas im Elternhaus gebunden.

- Familiale Voraussetzungen sind bei Mittelschicht- und Oberschicht-Schülern sehr wichtig für die Entwicklung demokratischer Toleranz: Bei den Schülern, die aus einem unpolitischen und dem kommunikativen Stil rigorosen Elternhaus kommen, ist im Befragungszeitraum eine Abnahme politischer Toleranz zu verzeichnen. Dies trifft sich auch mit einer bestimmten politischen Präferenz: Bei dieser Konstellation präferieren Mittelschichtjugendliche vorzugsweise linke politische Positionen. Eine ansatzweise vorhandene Radikalisierung politischer Positionen im Zuge der Abkehr von politischen Präferenzen der Eltern ist also vor allem für Mittelschichtjugendliche charakteristisch, zumal wenn keine politische Toleranz im Elternhaus praktiziert wurde.

7.1.4 Der Einfluß des politischen Klimas auf Lebenszyklusverläufe und geschlechtsrollenspezifische politische Sozialisation

1.4.1 Lebenszyklische Variabilität von politischer Kompetenz und politischem Interesse (Tab. 6.9, 6.10)

Als dominierendes lebenszyklisches Verlaufsmuster hatten wir herausgestellt, daß mit zunehmendem Alter politisches Selbstbewußtsein und politisches Interesse zunimmt. Gleichzeitig hatten wir in der diachronischen Perspektive als Trend festgehalten, daß eine desinteressiertere Generation von Jugendlichen nachwächst. Unbesehen der Altersdifferenzierung ist im Befragungszeitraum ein Trend hin zu stärkerem politischem Selbstbewußtsein vorhanden.[1)]

Die strukturelle Abhängigkeit des politischen Selbstbewußtseins vom Lebensalter wie auch seine Sensibilität gegenüber dem politischen Zeitgeschehen, wie sie in Trendeffekten erkennbar ist, ist also weitgehend unbeeinflußt von familialen Ausgangsbedingungen. Daß im letzten Befragungszeitpunkt der Anteil politischer Skeptiker wieder ansteigt, könnte als ein zugegebenermaßen nicht verläßlicher Hinweis auf eine größere aktuelle Sensibilität bei denjenigen Jugendlichen verstanden werden, die aus einem politischen, aber "undemokratischen" Elternhaus kommen.

Der Zusammenhang zwischen politischem Klima, Alter und politischem Interesse verläuft nach ähnlichem Muster. Auch hier gibt es, unabhängig vom politischen Klima im Elternhaus, eine starke lebenszyklusabhängige Differenzierung des politischen Interesses. Jedoch ist diese Differenzierung bei unpolitischem Klima im Elternhaus besonders stark, da unter

---

1) Die folgenden Ausführungen gelten nur für diejenigen Befragten, die im Befragungszeitraum nicht berufstätig waren, dies sind vor allem Oberschüler und Berufsschüler.

politisierten familialen Voraussetzungen auch jüngere Jugendliche schon ein vergleichsweise starkes politisches Interesse mitbringen. Diese beginnen also ihr "politisches Alter" bzw. ihre politische Entwicklung von einem anderen Niveau aus. Dieser strukturelle Zusammenhang besteht für alle vier Befragungszeitpunkte und ist somit als solcher verläßlich interpretierbar. Jedoch können wir ebenfalls den weiter oben erwähnten Generationeneffekt der Depolitisierung etwas näher spezifizieren. Dieser Generationeneffekt steht nicht in einem Zusammenhang mit familialen politischen Voraussetzungen. Es ist weder zu erkennen, daß politisierte Voraussetzungen Lebenszykluseffekte fördern, noch daß unpolitisierte Voraussetzungen diese Effekte hemmen. Dies unterstreicht, daß es sich in der Tat um Generationeneffekte handelt, die durch aktuelles politisches Zeitgeschehen bestimmt sind.

7.1.4.2 Geschlechtsrollenspezifische Variabilität von politischer Kompetenz und politischem Interesse

Als Ausgangssituation hatten wir festgestellt, daß Mädchen grundsätzlich seltener politisches Selbstbewußtsein entwickeln und politisch weniger interessiert sind als junge Männer. Dies gilt unabhängig vom politischen Klima im Elternhaus, dennoch gibt es wesentliche Nuancen: Besonders stark ist der geschlechtsspezifische Unterschied des politischen Selbstbewußtseins dann, wenn im Elternhaus politisches Desinteresse und ein rigoroser interaktiver Stil vorherrscht. Dies wirkt sich dann darin aus, daß sich im Befragungszeitraum bei jungen Männern politisches Selbstbewußtsein verstärkt, bei den Mädchen nicht, so daß sich die "Schere" öffnet (64 % / 31 %). Unter anderen familialen Voraussetzungen sind die Unterschiede zwischen den Gruppen nicht so deutlich, außerdem gibt es dann auch bei Mädchen im Befragungszeitraum eine Veränderung zugunsten stärkeren politischen Selbstbewußtseins. Diesen Zusammenhängen entsprechend ist dann auch politische Entfremdung bei Mädchen aus unpolitisch-rigorosem Elternhaus besonders dauerhaft (Tab. 6.11, 6.12).

Tabelle 6.9 Politische Kompetenz nach Alter und politischem Klima im Elternhaus

								E-Skala									
		entfr.			integr.					t13					t34		
	n=	t1	t3	t4	t1	t3	t4	+	-	11 *)	22	33	+	-	11	22	33
Klima im Elternhaus																	
unpolitisch rigoros																	
Jahrgang																	
59/58	44	50	39	29	23	39	48	38	25	19	6	13	26	26	11	5	32
57/56	18	39	25	33	44	58	67	17	8	25	8	42	0	0	67	0	33
55/54	17	18	20	17	47	70	67	30	30	0	0	40	40	0	20	0	20
53-51	14	0	10	20	64	60	60	33	22	0	22	22	40	20	0	0	40
unpolitisch freizügig																	
59/58	83	47	41	42	21	36	33	29	17	29	14	12	13	26	32	8	21
57/56	59	29	12	19	32	63	50	56	15	3	3	23	21	32	7	4	36
55/54	30	17	15	22	50	58	56	28	20	8	12	32	23	18	12	6	41
53-51	30	20	25	20	43	38	60	25	38	6	6	25	29	0	14	14	43
politisch rigoros																	
59/58	42	31	19	41	26	39	14	36	19	13	23	10	5	62	5	19	10
57/56	26	23	26	29	39	37	48	38	25	4	13	21	25	25	10	15	25
55/54	13	23	21	25	54	50	50	0	10	20	20	50	25	13	13	13	38
53-51	19	21	15	40	47	39	60	23	39	0	15	23	20	40	0	0	40
politisch freizügig																	
59/58	105	43	28	20	29	41	51	34	18	17	11	21	32	15	12	13	29
57/56	55	22	13	6	55	48	61	24	26	2	12	36	27	6	3	21	44
55/54	48	23	13	24	58	63	44	33	12	3	6	46	20	36	0	8	36
53-51	38	11	21	16	58	69	58	21	14	4	7	54	17	28	6	6	44

*) 11 = stabil entfremdet
22 = stabil mittel
33 = stabil integriert

Tabelle 6.10 Politisches Interesse nach Alter und politischem Klima im Elternhaus

Klima im Elternhaus	stark t1	stark t2	stark t3	stark t4	schwach t1	schwach t2	schwach t3	schwach t4	t12 +	t12 -	t12 11*)	t12 22	t12 33	t23 +	t23 -	t23 11	t23 22	t23 33	t34 +	t34 -	t34 11	t34 22	t34 33
unpolitisch rigoros																							
Jahrgang																							
59/58	0	22	8	13	57	44	51	50	44	20	0	22	15	16	43	3	22	16	13	21	8	29	29
57/56	17	28	23	10	28	11	23	25	33	17	11	39	0	8	46	8	39	0	0	25	0	25	0
55/54	37	47	64	67	16	16	0	0	37	16	16	26	5	27	18	36	18	0	0	0	67	33	0
53-51	47	60	50	80	13	0	0	0	33	0	40	27	0	0	20	40	40	0	20	20	40	20	0
unpolitisch freizügig																							
59/58	11	7	16	7	48	43	44	50	28	24	2	26	19	27	23	6	25	19	15	30	4	26	24
57/56	17	24	26	36	23	25	19	12	29	29	6	30	6	26	23	6	34	11	24	30	12	30	3
55/54	41	53	36	17	13	19	25	39	22	19	28	25	6	14	36	25	14	11	6	11	17	39	28
53-51	49	31	35	43	18	16	6	21	38	16	13	25	9	19	19	19	44	0	14	21	21	36	7
politisch rigoros																							
59/58	12	16	15	27	24	37	49	23	12	24	7	43	14	24	30	9	18	18	46	14	9	18	14
57/56	45	41	14	46	7	17	25	0	14	41	17	28	0	39	25	7	29	0	36	0	18	46	0
55/54	53	23	29	50	35	24	7	0	24	24	29	6	18	36	43	7	14	0	38	0	25	38	0
53-51	55	75	79	60	10	5	14	20	55	15	20	10	0	29	14	50	7	0	0	40	60	0	0
politisch freizügig																							
59/58	19	25	21	23	23	18	26	27	27	16	8	40	10	15	26	12	36	10	23	24	12	31	10
57/56	34	39	26	35	13	12	10	15	23	20	21	34	2	8	24	22	42	4	23	15	20	40	3
55/54	56	55	55	39	15	6	8	8	32	30	21	13	4	26	28	26	15	5	15	31	23	27	4
53-51	59	65	61	68	5	3	3	5	15	13	43	28	3	13	17	43	23	3	26	21	32	16	5

*) 11 = stabil stark
22 = stabil mittel
33 = stabil schwach

Tabelle 6.11 Politische Kompetenz nach Geschlecht und politischem Klima im Elternhaus

								E-Skala									
		entfr.			integr.					t13					t34		
	n=	t1	t3	t4	t1	t3	t4	+	-	11*)	22	33	+	-	11	22	33
Klima im Elternhaus																	
unpolitisch rigoros																	
Geschlecht																	
männlich	48	27	14	23	42	63	64	38	21	3	9	29	24	19	5	5	48
weiblich	45	42	47	39	33	37	31	24	24	28	7	17	36	18	36	0	9
unpolitisch freizügig																	
männlich	97	35	18	24	32	46	47	43	20	12	8	18	31	19	13	8	29
weiblich	105	31	33	34	31	51	43	31	20	17	10	23	8	27	25	6	35
politisch rigoros																	
männlich	57	18	15	29	42	46	42	23	25	5	18	30	30	17	10	17	27
weiblich	43	37	30	40	30	32	28	24	35	15	18	9	50	17	4	13	17
politisch freizügig																	
männlich	127	26	15	14	42	55	62	32	14	7	13	34	27	16	2	12	43
weiblich	119	33	27	20	48	45	41	26	24	12	6	32	27	20	13	15	25

*) 11 = stabil entfremdet
22 = stabil mittel
33 = stabil integriert

Tabelle 6.12 Politisches Interesse nach Geschlecht und politischem Klima im Elternhaus

	politisches Interesse																							
	stark				schwach				t12					t23					t34					
	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	+	-	11*)	22	33	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33
Klima im Elternhaus																								
unpolitisch rigoros																								
Geschlecht																								
männlich	28	47	35	39	32	10	14	13	43	8	18	27	4	16	37	19	27	0	9	9	30	44	9
weiblich	6	20	15	13	43	41	50	63	35	22	4	27	12	12	35	9	27	18	13	31	6	19	31
unpolitisch freizügig																								
männlich	34	32	32	32	22	21	16	18	23	27	14	28	9	23	21	18	33	6	23	19	14	37	7
weiblich	13	14	17	11	40	39	40	50	28	26	4	26	15	23	29	5	23	20	13	30	7	24	26
politisch rigoros																								
männlich	43	47	40	50	16	21	24	3	25	23	23	23	7	28	30	24	12	6	44	9	25	22	0
weiblich	26	30	10	28	21	28	36	20	19	32	6	32	11	21	41	3	28	8	28	8	12	40	12
politisch freizügig																								
männlich	48	51	46	45	9	6	8	10	25	20	26	26	3	16	23	33	27	1	22	21	25	30	2
weiblich	21	28	19	20	24	19	25	30	25	18	10	38	9	14	27	6	38	14	24	24	9	31	13

*) 11 = stabil stark
22 = stabil mittel
33 = stabil schwach

Politisch-klimatische Voraussetzungen im Elternhaus beeinflussen die sehr deutlichen geschlechtsspezifischen Unterschiede im politischen Interesse ebenfalls nur geringfügig: Zwar begünstigen entsprechende Voraussetzungen politisches Interesse der Mädchen, jedoch ist der Anteil von politisch-stark interessierten Jungen durchweg doppelt so hoch wie derjenige der Mädchen. Hierbei handelt es sich um eine strukturelle Konstante geschlechtsrollenspezifischer Orientierungen, denn der Zusammenhang bleibt in der diachronischen Perspektive invariant. Ein weiteres Argument dafür ist die unterschiedliche Dauerhaftigkeit politischen Interesses: Stabiles starkes politisches Interesse ist bei Mädchen unabhängig vom politischen Klima im Elternhaus weitaus seltener als bei Jungen.

Wir können resümieren, daß die geschlechtsspezifische politische Sozialisation unter ungünstigen politisch-klimatischen Voraussetzungen im Elternhaus zwar besonders stark hervortritt. Es handelt sich hierbei dennoch um einen strukturellen Zusammenhang, der weder von aktuellen-politischen Einflüssen noch von familialen Voraussetzungen politischer Sozialisation kompensiert werden kann.

1.4.3 Lebenszyklische und geschlechtsspezifische Variabilität nach sozialer Schicht (Tab. 6.13a, 6.14b)

Bei Schülern aus Unterschichtfamilien bleibt selbst unter Älteren ein hoher Anteil von politischen Skeptikern. Man kann jedoch sagen, daß ein politisiertes, freizügiges Klima im Elternhaus hier eine lebenszyklische Entwicklung des Selbstbewußtseins fördert. Bei Schülern aus der Mittelschicht bleibt die Altersdifferenzierung - sieht man davon ab, daß sich diese Differenzierung in späteren Zeitpunkten verwischt - unabhängig vom politischen Klima im Elternhaus. Bei Schülern aus der Mittelschicht handelt es sich also um lebenszyklusbedingte Entwicklung des politischen Selbstbewußtseins, die unbesehen der familialen spezifischen Voraus-

setzungen in die Richtung einer Stärkung des politischen Selbstbewußtseins verlaufen. Für Schüler aus der Oberschicht gilt dies in gleicher Weise.

Zieht man die ähnlichen Zusammenhänge beim politischen Interesse in Betracht, wäre zu folgern, daß bei Unterschicht-Schülern ein günstiges politisches Klima im Elternhaus eine wesentliche Voraussetzung dafür ist, daß sich der für Mittelschicht- und Oberschichtjugendliche charakteristische Prozeß einer politischen Identitätsfindung durch zunehmendes politisches Interesse und wachsendes politisches Selbstbewußtsein auch hier vollziehen kann.

Wenn man die Zusammenhänge zwischen politischem Klima im Elternhaus und geschlechtsspezifischer Entwicklung des politischen Selbstbewußtseins und Interesses nach sozialer Schichtzugehörigkeit differenziert, ergeben sich keine konsistent zu interpretierenden Datenmuster. Dies wäre als weiterer Hinweis dafür zu deuten, daß die geschlechtsspezifische politische Sozialisation universell ist. (Tabellen sind nicht enthalten).

7.1.5 Familiale politische Sozialisation am Beispiel der Übereinstimmung von Parteipräferenzen

Die Parteipräferenzen sind insofern ein besonders markanter Aspekt der Tradierung von politischen Orientierungen, als sich hierin Übereinstimmungen und Differenzen in den Orientierungen von Eltern und Kindern am "konkreten" politischen Objekt festmachen lassen. Zusammenhänge sind mehrfach empirisch untersucht worden.[1] Der Tenor dieser Untersuchungen ist unbesehen methodischer Probleme, der adäquaten Bezugskriterien und der widersprüchlichen

---

[1] Vgl. hierzu Jennings und Niemi 1974, Niemi 1974.

Tabelle 6.13a Politische Kompetenz und politisches Interesse nach Alter, politischem Klima im Elternhaus und sozialer Schicht

	Unterschicht														
		E-Skala						politisches Interesse							
		entfr.			integr.			stark				schwach			
	n=	t1	t3	t4	t1	t3	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4
Klima im Elternhaus															
unpolitisch rigoros															
Jahrgang															
59/58	11	64	36	50	18	46	25	0	0	17	22	54	69	67	44
57/56	7	57	50	-	29	50	-	14	14	20	20	29	0	40	40
55/54	3	33	0	-	33	100	-	0	33	50	50	67	33	0	0
53-51	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
unpolitisch freizügig															
59/58	27	33	43	47	19	33	12	7	7	4	0	47	60	46	63
57/56	14	43	0	33	36	50	56	25	31	27	22	31	44	27	22
55/54	7	43	29	33	14	57	33	25	38	0	0	25	25	38	67
53-51	4	25	50	50	0	50	50	25	50	50	50	50	25	25	50
politisch rigoros															
59/58	8	50	33	33	13	67	33	22	22	33	33	11	33	33	0
57/56	6	17	0	0	50	40	50	67	67	20	50	0	0	20	0
55/54	3	33	67	-	33	33	-	0	33	33	25	67	67	33	0
53-51	3	33	-	-	67	-	-	33	33	75	-	33	33	25	-
politisch freizügig															
59/58	26	42	29	11	31	42	42	11	25	20	28	29	21	24	28
57/56	10	40	13	0	40	63	50	18	27	0	0	27	0	0	0
55/54	7	0	17	0	71	50	50	50	50	43	50	13	0	6	0
53-51	4	0	67	50	50	33	50	25	50	33	50	0	0	0	0

Tabelle 6.13b Politische Kompetenz und politisches Interesse nach Alter, politischem Klima im Elternhaus und sozialer Schicht

	Mittelschicht														
		E-Skala						politisches Interesse							
		entfr.			integr.			stark				schwach			
	n=	t1	t3	t4	t1	t3	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4
Klima im Elternhaus															
unpolitisch rigoros															
Jahrgang															
59/58	13	46	44	33	23	11	33	0	39	9	0	64	15	46	50
57/56	2	50	0	0	50	100	100	50	100	0	0	0	0	0	0
55/54	2	50	0	0	50	100	100	67	67	50	100	0	0	0	0
53-51	2	50	0	0	50	100	0	63	33	50	0	0	0	0	0
unpolitisch freizügig															
59/58	21	48	45	27	38	46	46	14	9	39	27	41	35	39	36
57/56	15	7	0	0	53	83	67	18	6	31	56	18	29	8	11
55/54	6	17	20	0	33	40	80	29	29	0	0	29	29	33	40
53-51	8	13	0	25	63	33	50	50	14	50	50	0	14	0	0
politisch rigoros															
59/58	11	9	22	43	18	44	14	20	9	22	17	10	55	44	17
57/56	12	25	21	18	33	43	55	36	29	21	40	7	21	36	0
55/54	2	0	0	50	50	0	50	100	67	50	100	0	0	0	0
53-51	2	0	0	0	50	50	0	100	50	100	0	0	50	0	0
politisch freizügig															
59/58	25	44	23	25	20	50	55	23	20	15	10	30	20	31	40
57/56	19	21	7	0	53	43	56	36	36	24	42	4	0	0	17
55/54	10	40	13	25	50	63	50	20	40	50	20	30	10	13	40
53-51	7	43	20	0	29	60	50	38	50	50	50	13	0	0	0

Detailergebnisse, daß sich Kinder in ihren Parteipräferenzen sehr stark an den Eltern orientieren, politische Differenzen eher die Ausnahme als die Regel sind. Eine hohe Übereinstimmungsrate ist nun insofern strukturell bedingt, als in einem Parteiensystem mit geringer Anzahl von etablierten wählbaren Parteien die Alternativen für abweichende Orientierungen ja beschränkt sind. Dennoch erscheint uns das geringe Konfliktpotential zwischen Eltern und Kindern überraschend, wie es aus den vorliegenden Daten ersichtlich ist. Schließt man den Fall ein, daß sowohl Vater als auch der Heranwachsende keine Parteineigung äußert, liegen die Anteile von übereinstimmenden parteipolitischen Orientierungen zwischen 52 % (in t1) und 60 % (in t4). Die übereinstimmenden SPD- bzw. FDP-Präferenzen wachsen im Befragungszeitraum von 26 % (t1) auf 32 % (t4), die übereinstimmenden CDU-Präferenzen variieren zwischen 15 und 18 %, in 7 % bis 11 % der Fälle besitzen Vater und Kind keine Parteipräferenzen. Die "echten" Konfliktkonstellationen, also die Situationen, wenn Väter und Heranwachsende explizit verschiedene Parteineigungen äußern, belaufen sich auf 19 % (in t2)bis 24 %(in t4). Die Konfliktsituation, daß der Vater zur CDU/CSU hin orientiert ist und der Heranwachsende zur SPD/FDP-Koalition, ist dabei wesentlich häufiger (9 % bis 13 %) als die umgekehrte Konstellation, wo Väter zur SPD/FDP neigen und die Kinder zur CDU (zwischen 2 % und 4 %). In ca. 20 % der Fälle besitzt zwar der Vater eine Parteiidentifikation, sind die Heranwachsenden jedoch parteipolitisch indifferent. Dieser Anteil wird jedoch im Befragungszeitraum geringer (in t4 15 %). In 9 bis 7 % der Fälle ist der Vater politisch indifferent, besitzen die Kinder jedoch eine Parteiidentifikation, entweder zur CDU, zur SPD oder zur FDP.

Differenziert man nach Altersgruppen, so ändert sich an diesem allgemeinen Muster wenig. Die Übereinstimmungsrate ist in allen Gruppen etwa gleich hoch und wächst vom ersten bis zum letzten Befragungszeitpunkt. Allerdings sind die echten Konfliktsituationen in den beiden älteren Alterskohorten häufiger als in jüngeren, es gibt jedoch im Befragungszeitraum keine Zunahme von

Konfliktsituationen, so daß man in Ergänzung der schon bezeichneten Generationeneffekte sagen könnte, daß eine harmonischere Vater/Kind-Generation nachwächst. Die Konstellation, daß der Vater eine SPD/FDP-Neigung besitzt und das Kind parteipolitisch indifferent ist, ist in älteren Kohorten weniger häufig und nimmt im Befragungszeitraum ab, so daß sich hier Lebenszyklus und Trendeffekt ergänzen, für die Konstellation Vater/CDU-Kind/indifferent läßt sich kein solches Veränderungsmuster erkennen. Konfliktkonstellationen parteipolitischer Orientierungen sind also durchaus altersabhängig, werden offensichtlich auch stark durch zeitliche Faktoren bestimmt. Der Generationentrend einer Depolitisierung äußert sich ansatzweise in einer Verminderung familialer Konfliktkonstellationen.

Differenziert man nach Geschlecht der Heranwachsenden, so lassen sich die Differenzierungen vor dem Hintergrund der strukturell-bedingten Indifferenz der Mädchen erklären. Die Übereinstimmungsquoten sind bei Mädchen geringer als bei Jungen, dies geht jedoch nicht etwa auf häufigere Konfliktkonstellationen zurück, sondern darauf, daß Mädchen trotz Parteiidentifikationen des Vaters vergleichsweise häufiger als Jungen parteipolitisch indifferent sind. Entsprechend häufiger kommt es bei Jungen vor (in t4 11 %), daß Parteiidentifikationen trotz parteipolitischer Indifferenz des Vaters entstehen.

Die soziale Schichtzugehörigkeit diskriminiert nur gering hinsichtlich Übereinstimmungs- und Konfliktpotentialen. Bei Jugendlichen aus der Unterschicht ist die Harmonie vergleichsweise häufiger, da sie selbst und ihr Vater seltener Parteiidentifikation besitzen. Auch ist bei Unterschichtjugendlichen die Konfliktsituation etwas weniger häufig als bei Mittel- oder Oberschichtjugendlichen, wenn man den gesamten Befragungszeitraum berücksichtigt. Da bei Mittelschicht- und Oberschichteltern CDU/CSU-Präferenzen dominieren, bei den Jugendlichen jedoch SPD-Präferenzen, ist es konsequent, daß die Konfliktkonstellation Vater/CDU-Kind/SPD/FDP bei Jugendlichen aus der Mittelschicht

und der Oberschicht häufiger vorkommen. Desgleichen findet sich hier bei Jugendlichen selbst dann vergleichsweise häufiger eine Parteiidentifikation, wenn der Vater keine parteipoltische Orientierung besitzt. Ziehen wir die soziale Mobilität von Jugendlichen in Betracht, ist bemerkenswert, daß unterschicht-immobile Jugendliche besonders selten von den parteipolitischen Orientierungen der Eltern abweichen, allerdings nicht in allen Befragungszeitpunkten, sondern vornehmlich in t4. Andererseits kann man nicht sagen, daß sich sozial mobile Jugendliche, seien es aufwärtsmobile oder abwärtsmobile durch ein besonderes Konfliktpotential gegenüber ihren Eltern auszeichnen. Es erscheint allenfalls bemerkenswert, daß abwärtsmobile Jugendliche (aus der Oberschicht) politisch indifferent sind, wenn der Vater zur CDU/CSU hin tendiert.

Das politische Klima im Elternhaus hat demgegenüber einen deutlichen Einfluß auf die Übertragungswahrscheinlichkeit von Parteipräferenzen. In politisierten Elternhäusern kommen gleichlaufende Orientierungen von Eltern und Kindern häufiger vor als wenn Politik im Elternhaus keine Rolle spielt. Dies wirkt sich besonders zugunsten einer erhöhten Übertragungswahrscheinlichkeit von CDU-Präferenzen aus. In unpolitischen Elternhäusern kommt es verständlicherweise besonders häufig vor, daß sowohl die Eltern als auch die Kinder keine parteipolitische Präferenz äußern und entsprechend seltener, daß Kinder parteipolitische Orientierungen besitzen, wenn die Eltern politisch indifferent sind. Unabhängig vom politischen Interesse der Eltern nimmt die Entsprechungswahrscheinlichkeit im Befragungszeitraum zu.

Der interaktive Stil im Elternhaus spielt offensichtlich keine wesentliche Rolle für die Entsprechungswahrscheinlichkeit von Parteipräferenzen. Es ist allenfalls anzumerken, daß unpolitischer Rigorismus vergleichsweise häufig mit politischer Indifferenz auf beiden Seiten gekoppelt ist, politisierte Freizügigkeit dagegen mit vergleichsweise häufiger Übereinstimmung in SPD/FDP-Präferenzen einhergeht. Entscheidend ist hier jedoch

offensichtlich nicht der interaktive Stil, sondern die Tatsache selbst, daß Politik im Elternhaus ein Gesprächsthema ist und die Eltern Parteiidentifikationen besitzen. Dies wird bestätigt, wenn wir nach der Intensität der Parteineigung des Vaters differenzieren. Je stärker die Parteineigung des Vaters ist, desto häufiger finden sich auch Übereinstimmungen zwischen Vater und Jugendlichem, dies geht jedoch nur zugunsten einer Übertragung von CDU/CSU-Präferenzen, nicht von SPD-Präferenzen. Bei starker Parteineigung des Vaters nimmt die Entsprechung von CDU/CSU-Präferenzen im Befragungszeitraum zu, bei mäßigen bzw. schwachen Parteineigungen der Väter bleiben sie konstant bzw. nehmen ab, was sich dann zugunsten einer höheren Entsprechungsquote von SPD/FDP-Präferenzen bilanziert. Wenn die Parteineigung des Vaters zur SPD oder FDP schwach ist, kommt es vergleichsweise häufig vor, daß Jugendliche parteipolitisch indifferent sind. Es hängt also wesentlich von der politisierten Atmosphäre und von der Parteipräferenz des Vaters ab, ob Jugendliche die parteipolitische Orientierung des Vaters übernehmen, eine andere parteipolitische Orientierung entwickeln oder parteipolitisch indifferent sind. Ein Einfluß des interaktiven Stils im Elternhaus auf die Übertragungs- bzw. Konfliktswahrscheinlichkeiten ist nicht universal festzustellen.

7.1.6 Zusammenfassung

Die Beziehungen zwischen familialen Voraussetzungen politischer Sozialisation und Lebenszyklusverläufen lassen sich wie folgt zusammenfassen.

- Die Entwicklung von politischer Kompetenz und politischem Interesse ist stark durch den Lebenszyklus geprägt, familiale Voraussetzungen hemmen bzw. fördern die lebenszyklische Entwicklung. Daß es sich dabei um Variablenbereiche handelt, die auch durch zeitgeschichtliche Bedingungen mitbestimmt werden, kommt darin zum Ausdruck, daß die Generationeneffekte unabhängig

Tabelle 6.14 Übereinstimmung der Parteineigung zwischen Vätern und Jugendlichen nach politischem Klima

	Elternengagement								interaktiver Stil								Klima															
	unpolitisch				politisch				rigoros				freizügig				unpol. rig.				unpol. freiz.				pol. rig.				pol. freiz.			
	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4
Parteineigung Vater/Befragter																																
C / C*)	11	12	11	12	19	24	20	21	17	20	15	20	16	19	18	19	16	13	9	10	11	13	14	17	18	27	21	27	19	23	21	21
S F / S F	23	24	29	30	29	33	32	34	23	21	24	29	26	29	32	30	23	21	27	35	22	21	28	27	23	21	22	25	29	35	34	33
(Summe)	34	36	40	42	48	57	52	55	40	41	39	49	42	48	50	49	39	34	36	35	33	34	42	44	41	48	43	52	48	58	55	54
keine / keine	16	20	11	16	7	1	3	7	11	14	7	10	12	10	5	11	20	29	9	18	16	22	10	17	3	0	6	5	8	1	2	7
C / S F	8	6	14	8	10	12	11	11	11	11	15	8	12	10	13	10	7	4	17	3	10	6	13	9	15	17	13	12	10	13	14	11
S F / C	3	2	3	2	5	3	2	3	4	3	1	2	3	2	2	3	3	5	1	0	2	1	1	2	5	1	0	3	4	3	3	3
C / keine	9	6	7	6	10	11	11	8	10	9	14	9	10	10	9	6	5	5	10	5	11	8	7	4	14	13	17	12	10	11	10	7
F / keine	10	10	10	7	9	10	9	9	8	8	11	11	9	10	8	7	6	4	9	10	7	10	10	4	10	11	13	12	10	10	7	10
keine / C S F	12	12	9	15	7	1	5	5	9	8	7	7	9	4	6	10	11	13	11	13	12	10	8	17	7	3	3	3	7	0	5	6
andere	8	7	7	4	5	6	6	3	7	7	7	4	6	7	7	4	8	5	9	8	9	9	11	5	6	8	6	2	4	5	5	2
Summe der Konflikt-konstellationen	19	15	24	14	20	21	19	17	22	21	23	14	21	19	22	17	18	14	27	11	21	16	25	16	26	26	19	17	22	21	22	16
n =	601	595	415	273	636	638	490	341	208	206	158	125	492	493	375	275	99	97	71	40	219	219	155	113	109	109	87	60	273	274	270	185

*) C = CDU/CSU; S = SPD; F = FDP

Tabelle 6.15 Übereinstimmung der Parteineigung zwischen Vätern und Jugendlichen nach Alter, Geschlecht

	Jahrgang																							
	59/58				57/56				55/54				53-51				männlich				weiblich			
Parteineigung Vater/Befragter	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4
C / C*)	17	21	14	15	17	18	18	21	12	18	18	18	12	16	15	14	15	19	15	18	15	17	16	16
S F / S F	26	27	27	31	25	28	35	31	26	28	27	32	28	33	33	35	27	30	33	35	25	27	27	28
(Summe)	43	48	41	46	42	46	53	52	38	46	45	50	40	49	48	49	47	49	48	52	40	44	43	44
keine / keine	15	14	9	14	12	9	7	9	9	9	7	11	8	7	4	7	8	9	6	8	15	12	8	14
C / S F	5	6	11	5	9	9	9	10	12	9	14	9	12	14	18	18	10	10	12	10	8	9	13	10
S F / C	3	2	2	3	3	2	1	2	5	3	4	1	5	4	3	4	4	3	3	3	4	2	1	2
C / keine	9	9	13	9	10	8	8	7	10	8	7	6	9	8	8	4	9	8	7	6	10	9	12	9
F / keine	11	13	13	13	12	12	8	8	7	7	9	6	7	5	7	3	9	8	10	6	10	12	9	11
keine / C S F	10	4	7	8	9	9	9	7	9	7	5	13	9	5	7	12	10	6	7	11	8	7	7	7
andere	4	4	5	2	5	6	6	5	10	12	10	5	9	6	6	4	7	7	6	3	6	6	6	5
Summe der Konfliktkonstellationen	12	12	18	18	17	17	16	17	27	24	28	15	26	24	27	26	21	20	21	16	18	17	20	17
=	388	387	380	222	327	326	254	177	230	229	165	102	289	288	185	113	665	662	503	356	572	571	402	258

*) C = CDU/CSU; S = SPD; F = FDP

Tabelle 6.16 Übereinstimmung der Parteineigung zwischen Vätern und Jugendlichen nach Schulbildung (%)

	Befragte insgesamt				Berufsschüler				Gymnasiasten				Berufstätige				Studenten			
	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4
Parteineigung Vater/Befragter																				
C / C*)	15	18	16	17	18	22	19	21	13	17	15	14	14	17	12	12	15	16	14	22
S F / S F	26	29	30	32	23	27	29	28	26	29	29	36	32	30	33	31	27	32	35	35
(Summe)	52	57	53	60	41	49	48	49	39	46	44	50	46	47	45	43	42	48	49	47
keine / keine	11	10	7	11	11	8	5	12	12	11	7	11	10	13	13	9	13	9	5	9
C / S F	9	9	13	13	11	10	15	10	9	11	13	11	5	5	8	6	9	9	10	7
S F / C	4	3	2	3	3	1	1	2	3	3	3	2	3	3	3	4	2	3	4	7
C / keine	9	8	9	7	11	11	10	8	8	7	10	6	9	7	6	7	10	7	9	5
F / keine	10	10	10	8	7	9	10	8	10	8	10	7	13	14	10	15	10	12	9	5
keine / C S F	9	7	7	9	11	5	6	8	9	8	8	10	10	7	9	14	6	6	8	5
andere	7	7	6	3	5	7	6	3	8	7	6	4	3	4	6	1	9	7	5	5
Summe der Konfliktkonstellationen	20	19	21	24	19	18	16	15	19	21	22	17	11	12	17	11	20	19	19	19
n=	1240	1240	905	614	365	364	290	229	557	555	372	228	186	184	141	110	126	127	99	70

*) C = CDU/CSU; S = SPD; F = FDP

Tabelle 6.17 Übereinstimmung der Parteineigung zwischen Vätern und Jugendlichen nach sozialer Schicht, sozialer Mobilität

	soziale Schicht												soziale Mobilität															
	Unterschicht				Mittelschicht				Oberschicht				UU				OU				UO				OO			
	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4
Parteineigung Vater/Befragte																												
C / C*)	12	10	10	10	16	18	14	13	20	27	22	25	11	11	11	10	12	13	8	10	25	33	28	28	20	26	23	24
S F / S F	30	38	36	38	25	26	33	33	24	22	28	27	34	34	35	42	28	36	39	38	18	22	23	16	21	18	20	27
(Summe)	42	48	46	48	44	44	47	46	44	54	47	52	45	45	46	52	40	49	47	46	43	55	50	44	41	44	43	51
keine / keine	15	14	9	15	11	10	9	11	9	7	6	6	12	13	11	10	15	14	9	15	10	8	7	8	7	11	10	9
C / S F	7	6	10	8	8	9	12	11	12	10	12	11	9	8	12	7	7	6	8	10	9	9	15	13	13	14	13	7
S F / C	3	3	2	5	3	1	2	2	5	3	4	3	3	3	3	3	4	2	3	5	3	1	1	3	6	3	3	3
C / keine	6	8	8	6	9	10	8	8	11	9	11	8	6	9	6	7	5	7	9	5	14	12	12	11	13	7	10	10
F / keine	10	11	12	6	12	13	9	8	8	6	9	10	9	11	13	9	11	10	11	6	9	7	8	11	8	7	8	4
keine / C S F	10	5	8	8	8	6	7	12	7	6	7	9	11	6	6	11	9	7	8	9	9	4	6	8	8	8	8	10
andere	8	5	5	3	5	8	6	3	4	6	5	2	6	5	4	0	10	6	6	5	3	4	6	3	4	7	5	6
Summe der Konfliktkonstellationen	18	14	17	16	16	18	20	16	21	19	21	16	18	16	19	10	21	16	17	20	15	14	22	19	19	24	21	16
n =	290	290	222	156	318	317	337	159	374	374	284	196	196	195	161	117	226	227	161	110	185	185	143	119	164	164	125	68

*) C = CDU/CSU; S = SPD; F = FDP

Tabelle 6.18 Übereinstimmung der Parteineigung zwischen Vätern und Jugendlichen nach Stärke der Parteineigung des Vaters

	Parteineigung											
	stark				mäßig				schwach			
	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4	t1	t2	t3	t4
Parteineigung Vater/Befragter												
C / C+)	24	30	25	31	17	18	16	15	11	19	13	5
S F / S F	33	36	36	37	34	33	38	43	25	34	20	42
(Summe)	57	66	61	68	51	51	54	58	36	53	33	47
keine / keine	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
C / S F	14	13	16	12	11	11	13	13	18	10	27	16
S F / C	3	2	2	2	6	4	3	5	6	3	3	0
C / keine	11	8	8	7	14	12	15	11	13	11	9	9
F / keine	10	5	7	6	14	15	12	12	20	17	24	26
keine / C S F	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
andere	5	6	5	4	4	6	4	2	8	5	4	2
Summe der Konfliktkonstellationen	21	21	23	18	21	21	20	20	32	18	34	18
n =	317	302	247	191	487	555	401	237	85	98	75	43

+) C = CDU/CSU; S = SPD; F = FDP

von familialen Voraussetzungen gleich bleiben. Familiale Voraussetzungen schaffen hier für die Jugendlichen jeweils unterschiedliche Startbedingungen.

- Geschlechtsrollenspezifische Differenzen sind immer erkennbar. Die Einflüsse eines günstigen oder ungünstigen politischen Klimas im Elternhaus sind bei Mädchen wesentlich stärker erkennbar als bei Jungen.

- Lebenszyklische Entwicklung von politischer Kompetenz und politischem Interesse ist typisch für Jugendliche aus Mittelschichtfamilien, wo sich die Entwicklung dieser Einstellungsbereiche weitgehend unabhängig von familialen Voraussetzungen vollzieht. In dieser Gruppe gibt es auch wesentlich häufiger Konfliktkonstellationen zwischen Eltern und Kindern hinsichtlich der ideologischen und partei-politischen Präferenzen.

- Familiale Voraussetzungen politischer Sozialisation wirken sich besonders bei strukturell benachteiligten Gruppen aus, wobei die Effekte jeweils kumulativ sind. Ein Beispiel sind hier die Mädchen der Unterschicht. Besonders deutlich sind Auswirkungen familialer Voraussetzungen auf die Einstellungsbereiche politische Toleranz, Kompetenz und politische Indifferenz.

- Günstige familiale Voraussetzungen wirken sich stabilisierend auf die unter dem Aspekt politischer Bildung positiven Einstellungsbereiche aus. Variabilität und Instabilität von politischen Einstellungen im Sinne einer systematischen, lebenszyklusbedingten Destabilisierung und Andersorientierung trifft vornehmlich auf Jugendliche aus Mittelschichtfamilien zu, zumal dann, wenn das Elternhaus keine politisch offene Atmosphäre bietet.

.2 Zum Einfluß der Schule als politischer Sozialisationsfaktor

1970 hatte eine Untersuchung ergeben, daß politisches Interesse sich bei Schülern vorzugsweise in den letzten Schuljahren sehr stark weiterentwickelt. (Weiler 1972). Dies traf durchweg - bei allen sonstigen Unterschieden - für alle Schultypen zu, wenn auch Gymnasiasten oder Realschüler häufiger an Politik interessiert waren als z.B. Berufsschüler oder Hauptschüler. Diese lebensphasenabhängige Zunahme des politischen Interesses ist für den Befragungszeitraum der SFK-Studie nicht mehr bzw. nur sehr schwach vorhanden. Da nun einerseits die Politisierung der Jugend während der Studentenbewegung vornehmlich auf verstärktes Engagement der Studenten und der Schüler beruhte, andererseits auch Depolitisierungstrends in diesen Populationen für die Mitte der 70er Jahre zu erkennen sind, ergibt sich für die Frage nicht nur grundsätzliche, sondern auch zeitlich aktuelle Bedeutung, welche Rolle denn die Schule im allgemeinen und der politische Unterricht im besonderen für die Entwicklung politischer Einstellungen, insbesondere des politischen Engagements sowie der Langfristigkeit von politischen Orientierungen besitzt. In der zitierten Untersuchung ist ein Zusammenhang zwischen politischem Interesse, politischer Toleranz und anderen Einstellungsbereichen mit spezifischen Bedingungen des politischen Klimas an den Schulen nicht bzw. nur sehr schwach nachzuweisen. Dies entspricht ergänzend den oftmaligen empirischen Befunden, daß sich Zusammenhänge zwischen Präsentation von formalen, d.h. curricular festgelegten Bildungsinhalten und politischen Einstellungen und Verhaltensweisen nicht nachweisen ließen.[1] Wir werden im folgenden den sozialisatorischen Einfluß der Schule beispielhaft untersuchen und belegen, indem wir den Einfluß eines Klimas von politischer Offenheit an der Schule auf die politischen Einstellungsbereiche untersuchen. Wir können dabei allerdings nicht verläßlich an-

---

[1] Vgl. hierzu Schmitt 1975, Lemberg, Klaus-Roeder 1976, Ehman 1977.

geben, inwieweit die genannten Veränderungen auf ein verändertes politisches Klima an den Schulen zurückgehen, da wir keine Daten für einen exakten Zeitvergleich besitzen. Immerhin wird sich aus den Ergebnissen folgern lassen, welche Auswirkungen auf die politischen Einstellungen und das politische Verhalten der Jugendlichen zu erwarten sind, falls die Präsentation von Politik im Unterricht durch restriktive Faktoren wie z.B. Leistungsdruck oder Notenzwang verstärkt in Mitleidenschaft gezogen wird.

Wir untersuchen also zunächst die Frage, ob und wie sich die Art und Weise, in der Politisches in der Schule behandelt wird, auf politische Einstellungen der befragten Jugendlichen auswirkt. In einem zweiten Schritt werden wir dann prüfen, ob sich die Effekte je nach Schultyp anders gestalten. Zum dritten wird dann zu untersuchen sein, inwieweit der politische Kontext an der Schule sozialisatorische Effekte des politischen Kontextes im Elternhaus kompensieren bzw. verstärken kann und umgekehrt. Bei den Zusammenhängen, die im folgenden darzustellen sind, handelt es sich wiederum nur um Korrespondenzen zwischen Variablen, aus denen sich strenggenommen keine Kausalaussagen ableiten lassen. Es bleibt also immer eine Unterstellung, wenn wir durch die Diktion suggerieren, es handele sich um sozialisatorische Effekte des schulischen Kontextes. Diese Unterstellung ist u.E. jedoch vertretbar.

.2.1 Einflüsse des politischen Klimas

Die Aspekte des politischen Klimas an den Schulen sind als subjektive Einschätzung der befragten Schüler, bzw. bei Berufstätigen oder Studenten aus der Erinnerung an die Schulzeit erfaßt. Von daher ergeben sich also wesentliche Einschränkungen für die Zuverlässigkeit der Ergebnisse, da z.B. die Beurteilungsmaßstäbe interindividuell sehr stark - und wahrscheinlich systematisch mit dem Bildungsniveau - variieren dürften. Beim benutzten Forschungsdesign ist dieses Problem jedoch nicht zu umgehen.

In den Index des politischen Klimas an der Schule gehen folgende Aspekte ein: (Fragetexte siehe Anhang)
(1) gibt es Informationen über institutionelle Zusammenhänge des politischen Systems,
(2) gibt es Gespräche über aktuelle politische Ereignisse,
(3) gibt es Diskussionen über Parteien und Politiker,
(4) gibt es unterschiedliche politische Meinungen in der Klasse,
(5) gibt der Lehrer offen politische Präferenzen zu erkennen,
(6) gibt es politische Gruppen an der Schule.
Aus diesen Aspekten ist ein kumulativer Punktindex gebildet. Zur Vereinfachung ist die Skala dann trichotomisiert. Wenn die genannten Voraussetzungen weitgehend fehlen, wird der Kontext des politischen Unterrichts als unpolitisch bezeichnet, sind die Voraussetzungen weitgehend erfüllt, wird er im folgenden als politisch bezeichnet.

Zwischen den einzelnen Schultypen bestehen einige Differenzen im politischen Klima.

elle 7.1

		gegenwärtiger Schulbesuch		früherer Schulbesuch	
	Befragte insgesamt	Berufs-schule	Mittelsch./ Gymnasium	Hauptsch./ Berufssch.	Mittelsch./ Gymnasium
itisches Klima der Schule					
olitisch	41 %	41	35	56	42
	40	40	42	35	40
itisch	19	19	22	9	18
	1240	316	366	224	171

Zur Befragungszeit (Herbst 1974) ist der Unterricht an Gymnasien und Mittelschulen geringfügig häufiger politisiert als an Berufsschulen bzw. Berufsfachschulen. Als vergleichsweise wenig politisch schätzen Berufstätige mit Hauptschulabschluß bzw. Berufsschulerfahrung das Klima an ihrer früheren Schule ein. Für Studenten bzw. Berufstätige mit Abitur ist die Schule in der Retrospektive weniger häufig politisiert als in der zeitgleichen Einschätzung seitens der Schüler zum Befragungszeitpunkt. Bei vorsichtiger Interpretation können wir deshalb davon ausgehen, daß zur Befragungszeit an den Schulen zumindest ein ebenso offenes politisches Klima herrschte, wie einige Jahre zuvor, wenn nicht ein offeneres. Dies gilt zumal für den Zeitvergleich zwischen Berufsschulen.

Tabelle 7.2 gibt eine Übersicht über Unterschiede zwischen den Schultypen in der Präsentation von Politik im politischen Unterricht. Die Unterschiede gehen in die Richtung wie beim allgemeinen Index. Besonders defizitär scheint in der Beurteilung früherer Haupt- bzw. Berufsschüler die Information über politische Institutionen und über aktuelle politische Ereignisse.

Tabelle 7.2 Politik im Unterricht nach Schultypen

		gegenwärtiger Schulbesuch		früherer Schulbesuch	
	Befragte insgesamt	Berufsschule	Mittelsch./ Gymnasium	Hauptsch./ Berufssch.	Mittelsch./ Gymnasium
Informationen über Staat, über politisches System					
viel	37 %	41	39	27	34
wenig	64	59	61	73	66
Informationen über aktuelle politische Ereignisse					
häufig	21	24	23	13	29
gelegentlich	43	43	47	37	39
selten	36	33	30	50	36
Diskussionen über Politik und Politiker					
häufig	16	16	16	12	17
gelegentlich	34	35	30	32	35
selten	51	49	54	56	47
n=	1237	315	366	223	171

Das politische Klima an den Schulen korrespondiert sehr stark mit dem politischen Interesse der befragten Schüler. Der Anteil von Befragten mit starkem politischem Interesse beträgt bei unpolitischen Voraussetzungen 22 %, bei politisiertem Klima 43 %. Umgekehrt betragen die Anteile von Befragten mit niedrigem Interesse 45 % und 22 %. (Tabelle 7.3).
Politische "Entfremdung" findet sich vorzugsweise im Zusammenhang mit einer unpolitischen Situation an der Schule, politische Kompetenz korrespondiert dagegen sehr deutlich mit politisiertem Klima. Dieser Zusammenhang besteht invariant bei allen drei Befragungszeitpunkten, zu denen die E-Skala erfaßt ist.

Politischer Rigorismus ist offensichtlich unabhängig vom politischen Klima an den Schulen. Andererseits sind demokratische Haltungen stärker verbreitet, wenn das Klima politisiert ist. Dieses wirkt sich also nur auf einen Pol der D-Skala aus, und zwar zugunsten einer toleranten Haltung. Zwischen der zweiten und dritten Befragungswelle hat sich insgesamt eine Veränderung in die demokratische Richtung ergeben. Diese Veränderung ist etwas stärker bei politisierten Voraussetzungen als bei politisch restriktiven Voraussetzungen.

Auch für die K-Skala hat sich zwischen zweiter und vierter Befragungswelle insgesamt eine Verringerung konservativer Haltungen ergeben, dies vorzugsweise in der Befragtengruppe, deren Schule politisiert ist. Die Zunahme explizit "progressiver" Einstellungen vollzog sich für den Zeitraum offensichtlich unabhängig von schulischen Voraussetzungen. Auch hier sehen wir also einen einseitigen Effekt.

In der Einschätzung der eigenen politischen Position auf der Rechts-Links-Skala ergibt sich für alle Befragungszeitpunkte ein Übergewicht "linker" Positionen. Ein politisiertes Klima an den Schulen verringert politische Indifferenz, denn für alle

Tabelle 7.3 Zusammenhänge zwischen politischem Klima an der Schule und politischen Einstellungen, Befragte insgesamt

	politisches Interesse		E-Skala						D-Skala				K-Skala			
			entfr.			integr.			machiav.		demokr.		konser.		progr.	
politisches Klima	hoch	niedrig	t1	t3	t4	t1	t3	t4	t2	t4	t2	t4	t2	t4	t2	t4
unpolitisch	22%	45	37	29	31	33	39	37	39	31	26	34	33	30	33	46
	30	36	35	27	25	33	45	49	34	25	30	38	32	25	36	41
politisch	43	22	24	27	26	45	53	50	37	29	33	43	33	25	37	47
n=	178	218	384	233	161	403	376	258	432	170	346	222	394	163	420	268

	R-L-Skala												
	t1			t2			t3			t4			
	L	M	R	L	M	R	L	M	R	L	M	R	n=
unpolitisch	40	38	22	41	35	24	44	33	23	38	35	27	507
	36	37	27	45	25	30	44	25	31	44	31	25	493
politisch	45	28	28	49	21	31	47	25	29	47	24	29	235
n=	484	434	308	538	347	341	401	251	245	259	189	163	1240

Tabelle 7.4 Detailaspekte des politischen Klimas an Schulen

	politisches Interesse		E-Skala						D-Skala				K-Skala				R-L-Skala												
			entfr.			integr.			machiav.		demokr.		konser.		progr.		t1			t2			t3			t4			
	hoch	niedrig	t1	t3	t4	t1	t3	t4	t2	t4	t2	t4	t2	t4	t2	t4	L	M	R	L	M	R	L	M	R	L	M	R	n=
Informationen über Staat etc.																													
viel	35%	31	30	26	26	39	50	53	36	29	31	40	36	29	33	43	36	35	29	41	26	31	41	29	30	40	32	28	451
wenig	27	40	36	28	29	33	42	40	36	23	28	36	31	25	36	45	41	36	23	46	28	26	47	27	26	44	30	26	766
aktuelle Ereignisse																													
gelegentlich	37	30	26	23	25	33	49	50	37	29	30	36	35	26	33	46	39	33	28	45	22	33	40	25	35	44	27	28	794
selten/nie	23	41	38	29	35	29	39	37	38	28	25	39	33	32	34	41	40	36	24	43	35	22	47	31	22	38	34	27	437
Parteien/ Politiker																													
gelegentlich	40	30	30	25	28	42	55	54	35	25	36	40	35	26	33	42	41	30	29	46	20	34	44	25	31	52	20	28	549
selten/nie	27	40	35	25	27	35	42	41	36	29	27	35	30	26	36	43	39	37	24	44	29	27	47	29	23	40	34	26	554
n=	178	218	382	232	161	403	394	258	431	170	346	222	393	162	420	263	485	432	307	536	346	341	400	249	245	259	188	163	1237

Befragungszeitpunkte werden Positionen in der politischen Mitte bei größerer Politisierung des Klimas weniger häufig vertreten. Diese Polarisierung ist symmetrisch, es profitieren also sowohl "rechte" als auch "linke" Positionen davon.

Wir können also festhalten, daß sich Korrespondenzen zwischen politischem Klima an Schulen und allen bezeichneten Variablenbereichen nachweisen lassen. Da die Variablenbereiche untereinander korrespondieren, handelt es sich jeweils natürlich nicht um singuläre, isolierbare Effekte, sondern um Interdependenzen, die sich empirisch nicht quantifizieren lassen. Hier soll die Feststellung genügen, daß ein politisch offenes Klima an den Schulen und die entsprechende Präsentation von Politik im Unterricht mit politischem Interesse, politischer Toleranz, Kritikbereitschaft und politischer Stellungnahme positiv korrespondiert, negativ mit politischer Indifferenz und politischer Entfremdung. Die Deutlichkeit der Differenzierung mag angesichts der Tatsache verwundern, daß sich diese Zusammenhänge bisher so nicht nachweisen ließen.

Betrachtet man Modalitäten des politischen Unterrichts im Detail, zeigt sich eine besonders deutliche Beziehung zwischen Häufigkeit von Diskussionen über Politiker und Parteien einerseits und der Häufigkeit explizit bezogener politischer Positionen auf dem Rechts-Links-Kontinuum andererseits. Hier ist möglicherweise auch eine mittelfristige Wirkung des politischen Unterrichts zu beobachten, da für die vierte Befragungswelle der Polarisierungseffekt besonders stark ist. Jedoch ist auch hier tendenziell die Polarisierung nicht einseitig, sondern verteilt sich auf beide Seiten des politischen Spektrums. Auch die Häufigkeit von Diskussionen über aktuelle politische Ereignisse zeigt einen ähnlichen Effekt auf die Selbsteinschätzung im Rechts-Links-Spektrum. Unterschiedliches Informationsniveau über politische Institutionen korrespondiert demgegenüber mit inhaltlichen Differenzierungen: Bei hohem Informationsniveau werden "linke" Positionen vergleichsweise seltener, "rechte" Positionen vergleichsweise häufiger vertreten. (Tabelle 7.4).

Bei den übrigen Variablenbereichen weisen die einzelnen Effekte in die gleiche Richtung wie beim Gesamtindex, sind jedoch nicht so deutlich erkennbar. Daraus läßt sich schließen, daß die bezeichneten Modalitäten des politischen Unterrichts erst im Zusammenwirken mit den anderen einbezogenen Aspekten des politischen Klimas den beschriebenen Einfluß entwickeln können. Der aktuelle Bezug auf politische Ereignisse und Personen besitzt offensichtlich nachhaltigere Effekte als die Vermittlung von Wissen über politische Formalia.

.2.2 Unterschiede zwischen Schultypen

Die Differenzierung nach Schultypen geht von dem Gedanken aus, daß ein politisiertes Klima bzw. ein entsprechender politischer Unterricht je nach Schultyp von unterschiedlicher Bedeutung für die Entwicklung von politischen Einstellungen des Jugendlichen ist, da das jeweilige Schulpublikum hinsichtlich einer Reihe von einstellungsrelevanten Kriterien unterschiedlich zusammengesetzt ist. Die in den Tabellen 7.5 und 7.6 enthaltenen Daten lassen sich wie folgt zusammenfassen:

(1) Politisches Interesse: Auch bei günstigem politischem Klima an Berufsschulen bleibt ein hoher Prozentsatz von befragten Schülern, die sich nicht bzw. kaum für Politik interessieren (38 %). Ebenfalls 38 % interessieren sich stark bzw. sehr stark für Politik. Unter ungünstigen Voraussetzungen an der Schule sind nur 14 %, die sich "trotzdem" für Politik interessieren, 54 % interessieren sich gar nicht für Politik. Wir schließen daraus, daß ein politisierter Kontext an Berufsschulen fast eine notwendige Voraussetzung für politisches Interesse der Schüler ist. Darin besteht insofern ein Unterschied zu Gymnasien, als auch unter ungünstigen Voraussetzungen häufiger politisches Interesse vorhanden ist. An politisierten Gymnasien ist es vergleichsweise sehr selten, daß Schüler kein politisches Interesse äußern (15 %). Diese Differenzierung betrifft in gleicher Weise die Berufstätigen bzw. die Studenten unter den Befragten, die das politische Klima in der Erinnerung einschätzen. Eine Modifikation ergibt sich insofern, als bei berufstätigen Jugendlichen

Tabelle 7.5 Zusammenhänge zwischen politischem Klima an der Schule und politischen Einstellungen, Schüler und Gymnasiasten bzw. Realschüler

	politisches Interesse		E-Skala						D-Skala				K-Skala			
			entfr.			integr.			machiav.		demokr.		konser.		progr.	
	hoch	niedrig	t1	t3	t4	t1	t3	t4	t2	t4	t2	t4	t2	t4	t2	t4
Berufsschule																
politisches Klima																
unpolitisch	14%	54	42	31	41	30	37	24	41	38	24	30	35	44	25	36
	19	44	45	27	41	29	44	43	37	28	30	26	35	28	34	38
politisch	38	38	34	35	31	42	51	43	37	26	33	40	31	34	36	40
n=	33	73	123	68	53	93	96	54	118	43	85	47	105	55	94	59
Gymnasium/Realschule																
politisches Klima																
unpolitisch	23	46	38	27	29	33	46	40	38	33	27	36	29	27	40	42
	29	32	29	21	20	29	49	51	30	22	33	45	27	19	38	44
politisch	35	15	16	17	22	52	52	59	38	29	32	39	29	26	39	50
n=	63	73	43	60	50	118	132	105	120	60	106	88	100	53	138	101

	R-L-Skala												
	t1			t2			t3			t4			
	L	M	R	L	M	R	L	M	R	L	M	R	n=
Berufsschule													
unpolitisch	40	41	19	32	40	28	33	39	28	32	40	29	130
	29	39	32	39	26	35	34	21	44	44	27	29	127
politisch	40	33	26	45	24	31	34	36	30	42	42	17	59
n=	111	121	81	117	99	98	82	75	85	61	56	41	316
Gymnasium/Realschule													
unpolitisch	36	40	25	40	29	31	46	29	25	39	36	25	129
	36	37	27	43	26	30	46	26	28	38	32	30	155
politisch	48	24	28	54	16	30	57	15	29	45	21	34	82
n=	140	126	95	159	90	112	140	69	78	90	70	66	366

Tabelle 7.6 Zusammenhänge zwischen politischem Klima an der Schule und politischen Einstellungen, Berufstätige, Studenten (Einschätzung aus der Erinnerung)

	politisches Interesse		E-Skala						O-Skala				K-Skala			
			entfr.			integr.			machiav.		demokr.		konser.		progr.	
	hoch	niedrig	t1	t3	t4	t1	t3	t4	t2	t4	t2	t4	t2	t4	t2	t4
Hauptschule/Berufsschule																
politisches Klima																
unpolitisch	21%	32	46	42	37	27	31	34	33	36	22	24	34	31	26	44
	22	33	50	44	44	29	37	37	38	39	23	29	51	48	22	26
politisch	39	38	40	64	25	20	18	13	45	50	20	13	55	25	25	38
n=	18	26	97	53	29	56	42	25	83	31	47	20	32	29	55	30
Realschule/Gymnasium																
politisches Klima																
unpolitisch	33	40	16	19	10	45	44	55	27	13	32	50	27	7	44	73
	46	23	8	20	17	44	54	58	29	17	32	52	16	13	49	61
politisch	56	6	18	32	20	57	64	53	42	14	39	71	32	19	36	56
n=	30	20	21	23	10	74	55	36	51	10	56	37	40	8	75	45

	R-L-Skala												
	t1			t2			t3			t4			
	L	M	R	L	M	R	L	M	R	L	M	R	n=
Hauptschule/Berufsschule													
unpolitisch	37	38	25	41	38	21	44	37	19	38	40	22	126
	28	45	27	41	26	33	47	35	18	48	31	21	78
politisch	40	35	25	25	30	45	50	29	21	75	0	25	20
n=	76	90	58	88	74	61	65	50	27	37	27	18	224
Realschule/Gymnasium													
unpolitisch	53	30	17	53	32	15	62	17	21	57	20	23	72
	49	27	24	52	27	21	60	17	24	63	25	13	68
politisch	45	19	36	45	16	39	41	32	27	40	20	40	31
n=	84	45	39	87	46	37	63	22	26	38	15	16	171

fehlendes politisches Interesse nicht mehr eindeutig auf das politische Klima an der Schule bezogen ist: Offensichtlich kompensieren hier außerschulische Einflüsse die restriktiven Effekte eines politischen Defizits in der Schule.

(2) Kompetenz: Auch in diesem Einstellungsbereich ergeben sich wesentliche Differenzen zwischen beiden Schultypen. Allgemein ist politische "Entfremdung" unter Gymnasiasten vergleichsweise seltener als unter Berufsschülern. An Gymnasien mit politisiertem Klima sind diese Haltungen sehr selten (zwischen 16 und 22 %), selbst bei politisch restriktivem Kontext an Gymnasien werden integrierte Einstellungen häufiger vertreten als Einstellungen, die auf politische Entfremdung schließen lassen. Bei Berufsschülern kommen "entfremdete" Einstellungen vergleichsweise häufiger vor; dies beruht zum Teil darauf, daß selbst unter politisch günstigen Voraussetzungen an der Schule politische Entfremdung sehr verbreitet ist. Politisch restriktive Voraussetzungen an der Schule wirken hier verstärkend. In der Gruppe von Befragten, die ihre Schulzeit schon hinter sich haben, sind diese Zusammenhänge nicht mehr nachzuweisen. Bei früheren Gymnasiasten, d.h. den Studenten zum Befragungszeitpunkt, ist politisches Selbstbewußtsein offensichtlich unabhängig vom politischen Kontext ihrer Schule. Es ist hier eher umgekehrt, daß ein politisiertes Klima an den Schulen forcierend auf spätere politische Entfremdung wirkt. Dies gilt noch mehr für Berufstätige, d.h. frühere Haupt- und Berufsschüler, bei denen ein politisierter schulischer Kontext gegeben war: hier sind integrierte Einstellungen eher die Ausnahmen, politische Entfremdung ist eher die Regel. Aufgrund der teilweise geringen Fallzahlen sind hier jedoch große Toleranzspannen hinsichtlich der Interpretierbarkeit der Ergebnisse zu veranschlagen. Eine plausible Erklärung für diese Zusammenhänge bietet sich immerhin an: daß nämlich die politische Sensibilität, die aus der Politisierung während der Schulzeit resultiert, im weiteren Verlauf politischen Engagements und politischen Interesses enttäuscht wird.

(3) Toleranz: Unter Gymnasiasten besteht nur ein schwacher Zusammenhang zwischen D-Skala und politischem Klima an Schulen. Im Gegensatz dazu ist politischer Machiavellismus bei Berufsschülern nicht nur allgemein weiter verbreitet, sondern auch

sehr stark vom politischen Klima an der Schule beeinflußt: Unter politisch restriktiven Voraussetzungen ist politischer Machiavellismus eher die Regel, Akzeptanz demokratischer Spielregeln und Toleranz eher die Ausnahme. Bei Studenten korrespondiert ein politisierter Kontext in der früheren Schulzeit mit demokratischen Einstellungen. Bei berufstätigen Jugendlichen ist es eher umgekehrt: Ein politisierter Kontext an der Schule korrespondiert mit späterem politischem Rigorismus sowie geringerer Toleranz. Politischer Rigorismus ist in dieser Befragtengruppe die vorherrschende Haltung, während unter Studenten tolerante Einstellungen dominieren.

(4) Mobilität: Politischer Traditionalismus bzw. "progressive" Einstellungen sind bei Gymnasiasten unabhängig vom politischen Klima an den Schulen, bei Berufsschülern wirkt sich ein politisierter Kontext geringfügig aus, und zwar zuungunsten konservativer und zugunsten progressiver Haltungen. Bei Studenten ist im Gegensatz zu berufstätigen Jugendlichen Traditionalismus die Ausnahme, die Präferenz progressiver Einstellungen die Regel. Zusammenhänge mit dem politischen Kontext an der Schule sind nicht klar erkennbar, was möglicherweise auch auf die teilweise sehr geringen Fallzahlen zurückgeht.

(5) Zur R-L-Skala: Tendenziell trifft für Berufsschüler wie für Gymnasiasten gleicherweise zu, daß ein politisierter Kontext an der Schule polarisierend, also gegen politische Indifferenz wirkt. Bei Gymnasiasten geht diese Polarisierung nun vorzugsweise zugunsten "linker" Positionen im politischen Spektrum, bei Berufsschülern ist die Polarisierung eher symmetrisch. Dieses gilt wiederum nicht für den letzten Befragungszeitpunkt: hier ergibt sich unter Gymnasiasten eine Verschiebung zugunsten "rechter" Positionen, bei Berufsschülern eine Verschiebung zugunsten "linker" Positionen. Im Gegensatz zum invarianten Effekt auf die politische Indifferenz sind also Effekte auf politisch-inhaltliche Positionen nicht einseitig bzw. zeitlich stabil nachzuweisen. Das gleiche gilt auch für die Studenten bzw. berufstätigen Jugendlichen hinsichtlich ihrer früheren Schulzeit.

Das politische Klima besitzt je nach Schultyp also unterschiedlichen Einfluß auf die politischen Einstellungen der Schüler. Grundsätzlich sind die Effekte eines politisierten Klimas an Berufsschulen deutlicher als an Gymnasien. An Berufsschulen ist ein entsprechender politischer Unterricht und der politische

Kontext offensichtlich eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß politisches Interesse geweckt und damit korrespondierend demokratische Einstellungen und politische Positionen bezogen werden. An Gymnasien ist die Rolle des politischen Klimas weniger gravierend: Auch unter politisch ungünstigen Voraussetzungen besteht hier eher die Chance, daß sich politisches Interesse, politische Positionen und demokratisch-integrierte Einstellungen entwickeln. Hier besitzt ein politisierter Kontext nicht so sehr die Bedeutung einer "Conditio sine qua non", sondern wirkt verstärkend auf die Entwicklung der bezeichneten Einstellungen.

7.2.3 Zum Verhältnis zwischen Elternhaus und Schule

Der vergleichsweise geringe Einfluß des politischen Klimas an Gymnasien deutet darauf hin, daß hier andere Faktoren politische Defizite der schulischen Sozialisation eher kompensieren können, als dies bei Schülern berufsbildender Schulen der Fall ist. Im folgenden ist untersucht, welche Effekte sich im Zusammenwirken von politisierten Kontexten in der Schule und dem Elternhaus ergeben.

In Tabelle 7.7 und 7.8 finden sich Anhaltspunkte über die Effekte der verschiedenen Konstellationen von politischen und unpolitischen Kontexten in Schule und Elternhaus sowohl für die Befragten insgesamt (Tabelle 7.7) als auch differenziert nach Schultypen. (Tabelle 7.8). Es zeigen sich im wesentlichen folgende Ergebnisse:

(1) Zum politischen Interesse: Wenn in beiden Instanzen politisch günstige Voraussetzungen gegeben sind, ist politisches Desinteresse bei den Jugendlichen selten (23 %), bei ungünstigen Voraussetzungen in beiden Instanzen ist starkes politisches Interesse selten (25 %). Bei Berufsschulen sind die Effekte beider Instanzen sehr stark, wobei ein Defizit im Elternhaus schwerer wiegt als ein politisches Defizit in der Schule. M.a.W. kann die Schule Defizite des Elternhauses nur begrenzt kompensieren, umgekehrt ist dies eher der Fall. Bei Gymnasiasten gestaltet sich der Zusammenhang anders. Politisches Interesse ist trotz ungünstiger Voraussetzungen in beiden Instanzen häufig, Desinteresse unter beidenteils günstigen Voraussetzungen jedoch sehr selten (13 %). Die Schule kann eher Defizite des Elternhauses ausgleichen als umgekehrt. Auch für Berufstätige ergibt sich ein tendenzielles Übergewicht der Schule, bei Studenten sind keine Differenzen hinsichtlich der relativen Bedeutung von Schule und Elternhaus festzustellen.

(2) Kompetenz: In beiden Instanzen günstige Voraussetzungen korrespondieren mit vergleichsweise geringer politischer Entfremdung und entwickeltem politischem Selbstbewußtsein, im Fall von in beiden Instanzen unpolitischen Bedingungen ist es entsprechend umgekehrt. Die relativen Gewichte beider Instanzen sind nicht sehr unterschiedlich. Unter längerfristigen Gesichtspunkten scheint das politische Klima der Schule wichtiger zu sein, da es stärker mit politischem Selbstbewußtsein zu späteren Befragungszeitpunkten korrespondiert, bzw. hier Defizite des Elternhauses eher kompensiert werden als umgekehrt Defizite der Schule durch das Elternhaus. Bei Berufsschülern wirkt ein Defizit der Schule negativer auf das politische Selbstbewußtsein als ein Defizit im Elternhaus, bei Gymnasiasten ist es ähnlich, nur nicht so deutlich.

(3) Toleranz: In gleichgerichtetem Zusammenwirken differenzieren die beiden Instanzen sehr deutlich: politische Kontexte korrespondieren mit toleranten Einstellungen, unpolitische Kontexte mit politischem Rigorismus. Dies trifft für beide Schultypen zu. Bei Studenten und Berufstätigen ist demgegenüber kein Zusammenhang zwischen politischem Rigorismus bzw. Toleranz und früherem Klima an der Schule festzustellen. Dies weist darauf hin, daß die bezeichneten Zusammenhänge zwischen politischem Klima und politischer Toleranz tendenziell kurzfristiger Natur sind und offensichtlich durch spätere sozialisatorische Einflüsse überdeckt werden.

(4) Mobilität: Hier ergeben sich keine differenzierenden Effekte.

abelle 7.7 Politisches Klima in Schule und Elternhaus, Befragte insgesamt

	politisches Interesse		E-Skala						D-Skala				K-Skala				R-L-Skala											
			entfr.			integr.			nachlav.		demokr.		konser.		progr.		t1			t2			t3			t4		
	hoch	niedrig	t1	t3	t4	t1	t3	t4	t2	t4	t2	t4	t2	t4	t2	t4	L	M	R	L	M	R	L	M	R	L	M	R
nsstellationen Elternhaus/Schule 1)																												
	25%	48	36	30	31	32	43	39	39	32	29	32	32	33	32	47	40	39	21	40	27	23	48	29	24	41	35	3
+	27	44	34	30	29	34	41	49	39	31	28	32	33	27	37	37	36	37	27	43	30	28	43	28	29	43	34	24
-	18	42	39	27	31	35	37	34	38	31	24	36	35	27	33	44	40	46	24	42	33	25	41	36	32	36	34	3
+	40	23	29	25	24	39	52	49	31	24	34	44	31	24	35	47	42	31	27	49	20	32	47	23	31	46	25	2
	178	218	384	233	161	403	376	258	432	170	346	222	394	163	420	208	484	434	308	538	347	341	401	251	245	259	199	1

) Wegen der in Untergruppen geringen Fallzahlen sind die bisher trichotomisierten Indizes hier dichotom gegenübergestellt. "-" bedeutet ein unpolitisches, "+" ein politisches K

	politisches Interesse		E-Skala (t3)		D-Skala				R-L-Skala							
					machiav.		demokr.									
	hoch	niedrig	entfr.	integr.	t2	t4	t2	t4	L	M	R	L	M	R	n=	(%)
gegenwärtiger Schulbesuch Berufsschule																
--[1]	12%	64	33	40	43	27	26	27	36	40	24	36	39	24	67	(21)
-+	13	53	31	44	40	35	24	23	41	29	31	42	32	27	91	(29)
+-	17	43	23	33	39	50	21	32	29	40	32	27	40	33	63	(20)
++	36	34	29	48	34	21	37	33	41	23	37	44	33	22	93	(30)
Gymnasium																
--	41	45	31	53	48	44	26	30	44	34	32	43	33	23	56	(16)
-+	26	37	19	44	36	29	32	37	45	26	29	35	35	29	85	(24)
+-	12	47	25	41	29	27	28	39	44	25	31	36	38	26	72	(20)
++	34	19	20	53	30	23	33	46	47	21	32	43	24	33	148	(40)
früherer Schulbesuch Hauptsch./Berufssch.																
--	23	31	40	35	30	41	24	22	39	42	20	37	41	22	70	(31)
-+	30	50	57	22	44	22	17	11	46	32	32	50	40	10	44	(20)
+-	17	33	44	27	48	28	19	23	44	35	22	39	39	22	55	(25)
++	24	28	41	41	37	43	27	30	39	22	39	56	19	26	54	(24)
Gymnasium/Realsch.																
--	32	47	17	48	29	16	41	53	60	21	19	58	32	11	42	(25)
-+	38	31	26	49	38	21	43	64	42	39	20	56	25	19	41	(24)
+-	36	27	20	40	24	9	21	46	43	47	10	55	0	46	30	(18)
++	58	13	22	64	30	13	29	57	56	12	32	52	22	26	57	(33)

[1] siehe Tabelle

. Wegen der Fallzahlen sind die Indizes dichotomisiert.

(5) Zur R-L-Skala: Gleichgerichtete Voraussetzungen beeinflussen wie zu erwarten politische Indifferenz bzw. begünstigen die Entwicklung politisch-ideologischer Positionen. Eine politisierte Atmosphäre an der Schule scheint dabei für die politische Selbsteinschätzung wichtiger als ein politisches Elternhaus. Die Differenzierung nach Schultypen bringt keine verläßlichen Angaben, die Zusammenhänge gehen für beide Schultypen in die gleiche Richtung.

Die sozialisatorischen Effekte von Schule und Elternhaus differenzieren also nicht nur für sich genommen je nach Schultyp und Variablenbereich, sondern gleichfalls hinsichtlich ihres kompensierenden und gegenseitig verstärkenden Zusammenwirkens. Insgesamt gesehen sind Schule und Elternhaus als Instanzen politischer Sozialisation für Schüler der berufsbildenden Schule offensichtlich wichtiger als für Gymnasiasten.

7.2.4 Zusammenfassung

Kurzfristige Veränderungen im politischen Klima an den Schulen hat es im Befragungszeitraum der SFK-Studie wahrscheinlich nicht gegeben, so daß die beschriebenen Trendveränderungen im politischen Meinungsklima kaum auf veränderte Bedingungen schulischer politischer Sozialisation zurückzuführen sind. Andererseits sind die Korrespondenzen zwischen politischem Klima an den Schulen und den politischen Einstellungen der befragten Schüler sehr deutlich. Ein politisch offenes Klima an den Schulen, vornehmlich der Bezug auf aktuelle politische Ereignisse, Parteien und Politiker im Unterricht, korrespondiert mit politischem Interesse, politischem Selbstbewußtsein, Toleranz und der Pointiertheit politischer Positionen im Rechts-Links-Spektrum. Umgekehrt korrespondiert ein unpolitisches Klima an Schulen vorzugsweise mit politischem Desinteresse, politischer Entfremdung, Rigorismus und politischer Indifferenz. Die Tatsache,

daß diese Zusammenhänge in früheren Untersuchungen nicht sehr deutlich auftraten, legt den Schluß nahe, daß sich die relativen Gewichte der für die Jugendlichen meinungsbildenden Instanzen verschoben haben. Während gegen Ende der 60er Jahre Defizite der politischen Bildung an Schulen durch politisierende Einflüsse anderer Instanzen, wie z.B. Freundeskreise oder Massenmedien, kompensiert wurden, kommen die sozialisatorischen Effekte der Schule in einer Mitte der 70er Jahre allgemein entpolitisierteren sozialen Umgebung der Jugendlichen stärker zur Geltung. Diese Bewertung wird dadurch gestützt, daß die sozialisatorischen Effekte des Klimas an berufsbildenden Schulen offensichtlich stärker sind als an Gymnasien. Für das Publikum der Berufsschulen sind ja die außerschulischen Voraussetzungen für die Entwicklung politischen Engagements und Selbstbewußtseins restriktiver als für das Publikum der Gymnasien. Trotz ungünstiger Voraussetzungen in Schule und Elternhaus entwickeln sich hier noch vergleichsweise häufig politisches Engagement und die korrespondierenden Einstellungen. Die Schule kann dabei Defizite des Elternhauses weitgehend kompensieren. Das Elternhaus ist demgegenüber für die Entwicklung politischen Selbstbewußtseins für Berufsschüler besonders wichtig. Hier fehlende politisierende Voraussetzungen lassen sich durch ein politisch günstiges Klima an den Schulen kaum kompensieren. Andererseits ist hier ein politisches Klima an den Schulen deshalb wichtig, weil Elternhaus und andere Kontexte in der Regel unpolitisch sind.

Es ist hier nicht überprüfbar, inwieweit die beschriebenen Zusammenhänge über die zeitgleichen Korrespondenzen hinaus längerfristig anhaltende Effekte repräsentieren. Der Einfluß

der schulischen Sozialisation wird in dem Maße weniger feststellbar, wie nach der Schulzeit Einflüsse anderer Bezugsinstanzen maßgebend werden. Dies trifft offensichtlich in besonderem Maße auf die Berufstätigen zu, bei denen Zusammenhänge zwischen den bezeichneten politischen Einstellungen und dem politischen Klima an der besuchten Schule kaum erkennbar sind. Bei Studenten wirken demgegenüber Effekte der früheren Schulzeit offensichtlich längerfristig nach, da diese durch politisierend wirkende neue Kontexte verstärkt bzw. prolongiert werden. Für Berufstätige dürfte eher zutreffen, daß vormals politisierende Effekte an Schulen durch restriktive Bedingungen des beruflichen Kontextes aufgehoben werden. Ansatzweise zeigt sich in den Daten auch eine längerfristig wirkende Ambivalenz von politisierten Kontexten in Schule und Elternhaus: Zwar wird die Entwicklung explizit toleranter Einstellungen und des politischen Engagements durch entsprechende Bedingungen stark begünstigt, jedoch bleibt andererseits die Quote politischer Entfremdung und Intoleranz konstant. Dies ist möglicherweise darauf zurückzuführen, daß mit gesteigerter politischer Sensibilität die Frustrationsschwelle hinsichtlich späterer politischer Erfahrungen sinkt. Die Bedeutung nachfamiliärer Sozialisationsinstanzen wird noch deutlicher, wenn wir im folgenden Einflüsse des beruflichen Kontextes auf die politischen Orientierungen der Jugendlichen untersuchen.

7.3 Zum Einfluß des politischen Klimas am Arbeitsplatz auf politische Orientierungen von Jugendlichen

Da ein wesentlicher Teil der zwischenmenschlichen Kommunikation und auch des Zeitbudgets mit beruflicher Aktivität zusammenhängt, ist schon von daher dem beruflichen Kontext des Jugendlichen eine wichtige Rolle in der Entwicklung und Veränderung von politischen Einstellungen zuzumuten. Ein wesentlicher Faktor instiutionalisierter politischer Bildung ist direkt auf den beruflichen Kontext bezogen, nämlich die politischen Aktivitäten der Gewerkschaften, die sich ja auch ausdrücklich auf Auszubildende und junge Arbeitnehmer beziehen. Im Gegensatz etwa zu kommunikativen Beziehungen in der Familie oder im Freundeskreis sind zwischenmenschliche Beziehungen am Arbeitsplatz mehr instrumentell bestimmt, die emotional-affektive Komponente, wie sie bei Freundeskreisen und in der Familie maßgebend ist (Neidhardt 1975), dürfte als Basis von Sozialisationswirkungen eine eher geringe Rolle spielen. Allerdings kann man davon ausgehen, daß sich beruflicher Verkehrskreis und private Kommunikationsbeziehungen zumindest zum Teil überschneiden bzw. sich nicht unabhängig voneinander konstituieren, so daß berufliche Kontexte nicht nur in unmittelbarer Weise sozialisatorisch wirksam werden, sondern auch vermittelt durch Vorabselektion von Kontaktmöglichkeiten, die private Kontaktkreise mitbestimmt. Die besondere Relevanz des beruflichen Kontextes für den Jugendlichen besteht darin, daß mit dem Eintritt in das Erwerbsleben zum einen eine größere Unabhängighiet und Loslösung vom Elternhaus ermöglicht ist, die durch finanzielle Unabhängigkeit nachdrücklich vollzogen werden kann,

zum andern auch eine Konfrontation mit einer neuartigen Konstellation von Bezugspersonen und -gruppen gegeben ist. Dies sind wesentliche Faktoren, die zu einer Destabilisierung bisheriger politischer Vorstellungen und Überzeugungen des Jugendlichen beitragen könnten.

Nach ähnlichem Muster wie bezüglich der Situation im Elternhaus und in der Schule wurde auch für das politische Klima im Betrieb ein dichotomisierter Index der Politisiertheit gebildet, der Häufigkeit von politischen Gesprächen am Arbeitsplatz, Aktivitäten von politischen Gruppen im Betrieb, wie auch die Anzahl von Kontaktpersonen für politische Gespräche im Kollegenkreis einbezieht.

Ein politisiertes Klima am Arbeitsplatz korrespondiert positiv mit politischem Selbstbewußtsein, politischem Interesse, Linksorientierung und dominierenden SPD-Präferenzen bei den berufstätigen Jugendlichen. Ein unpolitisches Klima am Arbeitsplatz korrespondiert andererseits entsprechend mit politischer Skepsis, stärkerem politischem Konservatismus, politisch-ideologischer Indifferenz und geringem politischem Interesse. Außerdem ist der Vorsprung der SPD in der Parteipräferenz in dieser Befragtengruppe vergleichsweise geringer. Veränderungen in politischer Kompetenz, politischer Toleranz, Reformbejahung sowie auch des politischen Interesses im Befragungszeitraum sind allerdings unabhängig von den politischen Voraussetzungen am Arbeitsplatz. Die Veränderungen laufen in beiden Befragtengruppen weitgehend parallel, sind in der Befragtengruppe mit einem unpolitischen beruflichen Kontext eher größer als in der anderen Befragtengruppe. Wir müssen also hinsichtlich des politischen Klimas am Arbeitsplatz unterscheiden, ob synchronische

(Querschnitts-)Beziehungen vorhanden sind und inwieweit diese Beziehungen durch diachronische (Längsschnitt-)Effekte überlagert werden. Da die Querschnittsstruktur im Befragungszeitraum im Prinzip erhalten bleibt, läßt sich schließen, daß politische Bedingungen am Arbeitsplatz auf die im Befragungszeitraum zu beobachtenden Trendveränderungen in den politischen Einstellungen keinen wesentlichen Einfluß ausüben. Dies gilt auch und in besonderem Maße für die Parteipräferenzen, wo wir in beiden Gruppen im Befragungszeitraum eine parallele Zunahme von SPD-Präferenzen, vornehmlich auf Kosten der FDP, zu verzeichnen haben.

Was die Dauerhaftigkeit der politischen Einstellungen anbetrifft, wirkt sich wiederum ein politisiertes Klima grundsätzlich stabilisierend auf die "positiven" Bereiche der Einstellungen aus, ein unpolitisches Klima auf die "negativen". Besonders deutlich ist der Einfluß auf die Dauerhaftigkeit von politischem Selbstbewußtsein und politischem Interesse.

Die verschiedenen Voraussetzungskonstellationen des politischen Klimas, wie sie sich aus der Verbindung zwischen der Situation in der Familie und derjenigen im Betrieb ergeben, zeigen sehr spezifische Korrespondenzen mit dem abhängigen Variablenbereich. Grundsätzlich sind die Effekte wiederum kumulativ verstärkend. Dies gilt sowohl für die synchronische wie auch für

die diachronische Perspektive. Hervorzuheben ist hier insbesondere der große Prozentsatz an politisch desinteressierten und politisch-ideologisch indifferenten Jugendlichen, wenn sowohl im Elternhaus als auch im Betrieb ein politisch nicht stimulierendes Klima vorhanden ist. Die beiden Mischkonstellationen erlauben einige Rückschlüsse über die relative Bedeutung von Betrieb und Elternhaus für die Entwicklung bzw. Stabilisierung der politischen Einstellungen.

Offensichtlich ist es der berufliche Kontext, der relativ wichtiger für die Entwicklung der politischen Einstellungen ist. Denn trotz ungünstiger Voraussetzungen im Elternhaus ist bei politisch günstigen Bedingungen im Betrieb politisches Selbstbewußtsein und politisches Interesse vergleichsweise häufiger, als wenn umgekehrt günstige Voraussetzungen im Elternhaus gegeben sind, aber der Bezugskontext am Arbeitsplatz keine politischen Impulse gibt. Dies drückt sich zum Beispiel darin aus, daß in t4 bei unpolitischem Elternhaus und politischem Arbeitskontext 49 % der Befragten "politisch integriert" sind, bei politischem Elternhaus jedoch unpolitischem Betrieb nur 34 %. Man könnte sagen, daß Defizite im Elternhaus durch den Arbeitskontext kompensiert werden. Hinsichtlich des politischen Interesses wird dies in gleicher Weise am Anteil politisch Desinteressierter deutlich. Während bei unpolitischem Elternhaus und politischem Betrieb nur 16 % desinteressiert sind, sind es bei politischem Elternhaus aber unpolitischem Betrieb 24 %. Diese Relationen bleiben über den Befragungszeitraum invariant bzw. verstärken sich zugunsten größerer Effekte des beruflichen Kontextes. Dies läßt sich mit der Hypothese

vereinbaren, daß im Zuge einer weitergehenden Loslösung vom Elternhaus der berufliche Kontext und die entsprechenden Bezugspersonen und -gruppen für die Entwicklung von politischen Orientierungen wachsende Bedeutung erlangen.

Es gibt auch Auswirkungen auf inhaltliche Orientierungen im parteipolitischen und ideologischen Spektrum. Ist der berufliche Kontext politisiert und das Elternhaus unpolitisch, dominieren sehr klar linke politische Positionen und entsprechend SPD-Präferenzen. Bei der Konstellation politisches Elternhaus/unpolitischer Betrieb ist diese Dominanz sehr abgeschwächt. Herrscht in beiden Sozialisationskontexten ein politisiertes Klima, so ist politische Indifferenz sehr selten, andererseits sind die politischen Präferenzen im Spektrum nahezu symmetrisch verteilt, allerdings im Zeitablauf mit wachsendem Vorsprung für die SPD. Dies wird durch unterschiedliche Dauerhaftigkeit der Parteipräferenzen unterstrichen. Ist z.B. das Elternhaus unpolitisch und der Betrieb gleichzeitig politisch, haben in der Zeitspanne t2 - t3 nur 6 % der Befragten stabile CDU-Präferenzen, aber 41 % stabile SPD-Präferenzen. Bei politisierten Bedingungen in beiden Instanzen ist die Relation ausgeglichen, 27 % stabile CDU-Präferenzen und 29 % stabile SPD-Präferenzen. Im Unterschied etwa zum Verhältnis zwischen Schule und Elternhaus läßt sich hier sagen, daß Einflußmuster bzw. Einflußstrukturen beider Sozialisationsträger nicht nur grundsätzlich politisch stimulierend wirken, etwa politisches Interesse und politisches Selbstbewußtsein fördern, sondern gleichfalls inhaltlich politische Präferenzen bestimmen. Dies ist insofern plausibel, wenn man berücksichtigt, daß die Politisierung des Arbeitskontextes in erster Linie mit der politischen Arbeit von Gewerkschaften verbunden ist und damit politische Präferenzen auch inhaltlich prädeterminiert sind. Im Kontext der Schule ist eher davon auszugehen, daß sich die Auswirkungen auf Orientierungsinhalte durch das heterogene "Angebot" seitens der Lehrerschaft gegenseitig kompensieren bzw. randomisieren.

Tabelle 7.9 Einfluß des politischen Klimas im Betrieb

pol. Klima	n=	E-Skala entfr. t1	E-Skala entfr. t3	E-Skala entfr. t4	E-Skala Integr. t1	E-Skala Integr. t3	E-Skala Integr. t4	D-Skala machia. t2	D-Skala machia. t4	D-Skala demokr. t2	D-Skala demokr. t4	K-Skala konser. t2	K-Skala konser. t4	K-Skala progr. t2	K-Skala progr. t4	R-L-Skala Links t1	R-L-Skala Links t2	R-L-Skala Links t3	R-L-Skala Links t4	R-L-Skala Mitte t1	R-L-Skala Mitte t2	R-L-Skala Mitte t3	R-L-Skala Mitte t4	R-L-Skala Rechts t1	R-L-Skala Rechts t2	R-L-Skala Rechts t3	R-L-Skala Rechts t4
Betrieb																											
unpolitisch	215	43	37	37	24	32	32	40	35	22	35	37	35	27	44	33	32	37	37	40	33	30	36	27	35	33	27
politisch	156	31	30	27	42	49	48	37	29	31	34	35	29	34	42	46	51	52	54	30	26	24	27	24	23	24	20
Eltern/Betrieb																											
- -	115	51	44	38	17	27	30	45	33	22	36	41	37	22	49	30	30	31	30	47	38	38	43	23	32	32	27
- +	70	32	33	25	40	44	49	34	27	32	29	33	25	35	49	45	51	55	60	32	29	27	32	24	20	18	8
+ -	100	33	29	36	33	38	34	34	37	22	35	33	32	33	38	36	35	45	45	32	27	20	27	33	37	35	27
+ +	86	30	27	28	45	52	47	40	30	31	38	37	32	32	37	47	51	50	49	28	23	22	22	25	26	29	29

pol. Klima	politisches Interesse stark t1	stark t2	stark t3	stark t4	schwach t1	schwach t2	schwach t3	schwach t4	Parteipräferenzen CDU/CSU t1	CDU/CSU t2	CDU/CSU t3	CDU/CSU t4	SPD t1	SPD t2	SPD t3	SPD t4	FDP t1	FDP t2	FDP t3	FDP t4
Betrieb																				
unpolitisch	20	18	17	16	36	29	32	33	34	35	35	31	39	44	47	49	22	18	16	17
politisch	35	37	37	30	15	9	13	13	29	31	28	28	42	46	52	56	23	16	15	15
Eltern/Betrieb																				
- -	13	14	13	11	46	36	42	41	31	34	33	28	42	45	49	52	24	18	17	19
- +	29	32	27	24	21	10	14	16	27	27	15	20	46	51	63	66	19	14	19	14
+ -	29	23	22	21	23	20	20	24	39	36	38	35	36	42	44	45	20	17	15	15
+ +	42	42	45	36	8	8	11	10	31	35	38	34	37	42	44	48	28	18	10	16

Tabelle 7.10 Einflu3 des politischen Klimas im Betrieb

	E-Skala										D-Skala					K-Skala				
			t1t3					t3t4					t2t4					t2t4		
	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33
pol. Klima Betrieb																				
unpolitisch	30	24	23	10	12	27	24	22	10	18	33	23	18	13	13	29	22	20	11	18
politisch	23	20	15	9	32	20	18	15	8	39	25	21	17	18	19	32	15	15	14	23
Eltern/Betrieb																				
- -	31	22	30	9	9	31	17	26	11	14	39	23	18	7	13	32	15	23	11	19
- +	25	22	13	13	25	23	19	15	6	36	20	29	14	20	16	31	20	8	12	29
+ -	29	26	16	12	17	22	33	16	7	22	25	25	18	19	14	25	31	17	10	17
+ +	21	18	17	6	38	18	18	16	9	40	28	15	20	16	21	32	11	21	16	19

	R-L-Skala														
			t12					t23					t34		
	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33
pol. Klima Betrieb															
unpolitisch	26	19	19	21	16	18	20	21	19	21	21	23	23	17	16
politisch	18	23	35	12	12	20	20	35	13	13	12	19	42	14	14
Eltern/Betrieb															
- -	29	20	16	25	10	23	21	16	24	17	22	25	18	22	14
- +	19	26	32	13	10	21	25	31	14	9	12	20	48	16	4
+ -	22	18	22	16	22	13	19	28	14	26	21	19	31	11	18
+ +	17	21	28	11	13	19	15	39	12	15	11	18	37	13	22

Tabelle 7.11 Einfluß des politischen Klimas im Betrieb

	politisches Interesse														
	t12					t23					t34				
	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33	+	-	11	22	33
pol. Klima Betrieb															
unpolitisch	29	23	8	29	12	20	29	8	33	11	21	21	9	35	15
politisch	23	22	16	36	3	20	23	22	35	1	18	23	16	38	5
Eltern/Betrieb															
- -	32	23	4	25	15	19	31	6	28	17	19	19	5	33	23
- +	26	23	10	37	4	22	27	13	38	0	18	24	8	42	8
+ -	24	22	13	34	8	20	26	11	38	5	23	23	13	37	5
+ +	20	21	22	36	2	18	19	29	32	2	18	23	23	34	3

	Parteipräferenzen																	
	t12						t23						t34					
	CDU	SPD	FDP	CS	SC	K	CDU	SPD	FDP	CS	SC	K	CDU	SPD	FDP	CS	SC	K
pol. Klima Betrieb																		
unpolitisch	23	31	6	7	6	11	23	31	6	7	6	11	12	20	3	4	3	6
politisch	17	30	10	7	5	13	18	34	5	9	3	12	13	26	4	3	3	7
Eltern/Betrieb																		
- -	16	24	6	8	13	18	20	31	4	11	5	11	10	22	2	4	2	8
- +	14	31	7	9	6	13	6	41	6	13	3	11	4	29	4	1	5	5
+ -	25	23	6	9	5	17	26	32	7	3	6	9	16	18	3	5	4	4
+ +	21	29	13	5	5	11	27	29	5	6	4	12	22	23	4	4	1	8

8. Zusammenfassung, Diskussion: Grenzen politischer Sozialisation und Sozialisationsforschung

8.1 Zur Bedeutung der Erklärungsvariablen, Relativierung der empirischen Befunde

Tabelle 8.1 gibt einen Überblick darüber, in welchen Einstellungsbereichen signifikante Differenzen zwischen den Befragtengruppen mit jeweils unterschiedlichen sozialisatorischen Voraussetzungen bestehen. Das Signifikanzniveau beträgt mindestens 5 %.

- Von allen Einstellungsbereichen weist das politische Interesse die häufigsten signifikanten Differenzierungen auf, es wird am stärksten durch Bedingungen politischer Sozialisation modifiziert bzw. beeinflußt.

- Die Unterscheidung zwischen berufstätigen Jugendlichen und Studenten differenziert besonders umfassend in allen Orientierungsbereichen.

- Differenziert man nach Altersjahrgängen, bestehen signifikante Differenzen vor allem zwischen jüngeren Jahrgängen. Allerdings nivellieren sich die Unterschiede im Befragungszeitraum, so daß im vierten Befragungszeitraum signifikante Unterschiede nur noch zwischen den beiden jüngsten Altersgruppen bestehen, und dies nur noch im politischen Interesse.

- Soziale Schicht differenziert nicht politisch-ideologische Positionen, wohl aber politische Kompetenz, Toleranz und Traditionalismus, vor allem politisches Interesse. Die Fronten verlaufen in erster Linie zwischen Unterschicht einerseits und Mittelschicht wie Oberschicht andererseits.

abhängige Variablen		Alter 59 - 58/ 57 - 56	Alter 57 - 56/ 55 - 54	Alter 55 - 54/ 53 - 51	Geschlecht	Schicht U/M	Schicht M/O	Schicht U/O	Bildung Gymnasium/ Realschule	Berufstätigkeit Hauptschule/ höhere Schule	politisches Klima Elternhaus 1/2	2/3	3/4	1/3	2/4*)	Betrieb
E-Skala	t1	X	X	-	X	X	-	X	-	X	-	-	-	-	X	X
	t3	-	-	-	X	-	-	X	-	X	-	-	-	-	-	X
	t4	-	-	-	-	X	-	X	-	X	-	-	-	-	X	X
D-Skala	t2	X	X	-	-	X	-	-	-	X	-	-	-	-	X	-
	t4	-	-	-	-	-	-	-	-	X	-	-	-	-	-	-
K-Skala	t2	X	X	-	-	-	X	X	-	X	-	-	-	-	-	-
	t4	X	-	-	X	X	-	X	-	X	-	-	-	-	-	-
R-L-Skala	t1	-	X	-	-	-	-	-	X	-	-	-	-	-	-	X
	t2	-	-	-	-	-	-	-	-	X	-	-	-	-	X	X
	t3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	X
	t4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	X
pol. Interesse	t1	X	X	-	X	X	X	X	-	X	-	X	-	X	X	X
	t2	X	X	-	X	-	-	X	-	X	X	X	-	-	X	X
	t3	X	X	-	X	X	X	X	-	X	-	-	X	-	X	X
	t4	X	-	-	X	X	X	X	-							
Differenzwerte																
E-Skala	t13	K**)	-	-	-	K	-	K	-	K	-	-	-	-	-	K
	t34	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	t14	-	-	-	D	-	-	K	-	K	-	-	-	-	-	K
D-Skala	t24	K	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
K-Skala	t24	D	-	-	-	D	-	-	K	K	D	D	-	-	-	-
R-L-Skala	t12	-	-	-	K	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	t23	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	t34	-	-	-	K	-	-	-	-	-	-	K	-	K	K	-
pol. Interesse	t12	-	-	-	-	-	-	-	-	-	D	-	-	D	D	-
	t23	-	D	D	-	-	D	-	D	-	-	-	-	D	D	-
	t34	-	-	-	D	-	-	-	D	-	-	-	D	-	-	-

*) 1 = unpolitisch rigoros 3 = politisch rigoros
2 = unpolitisch freizügig 4 = politisch freizügig

**) K = korrigierte Differenzwerte
D = unkorrigierte Differenzwerte

- Das politische Klima im Betrieb ist die einzige unabhängige Variable, die zu allen Zeitpunkten die Rechts/Links-Skala differenziert, zudem noch die politische Kompetenz und das politische Interesse. Von daher ist der Einfluß des politischen Klimas im Betrieb im Vergleich zu anderen Sozialisationsträgern hoch zu veranschlagen, höher als derjenige des politischen Klimas im Elternhaus.

- Das politische Klima im Elternhaus differenziert vor allem das politische Interesse und die politische Kompetenz, zusätzlich noch politische Toleranz im zweiten Befragungszeitraum.

- Geschlecht differenziert signifikant die politische Kompetenz, politisches Interesse und Traditionalismus.

Die untersuchten sozialisatorischen Voraussetzungen differenzieren nicht nur die Inhalte, sondern auch die Veränderung der Inhalte, ihre Variabilität im Befragungszeitraum. Die Effekte einer Differenzwertkorrektur sind dabei je nach Einstellungsbereich unterschiedlich.

- Veränderungen politischer Kompetenz werden signifikant differenziert, wenn sie als korrigierte Differenzwerte gemessen sind, und zwar von Alter, sozialer Schicht, Bildungsniveau und politischem Klima im Betrieb. Die Korrektur der Differenzwerte wirkt sich auch auf die Einzelstatements der Kompetenz aus. Bei korrigierten Differenzen von Einzelstatements gibt es vergleichsweise häufig signifikante Differenzierungen (insbesondere Statement A, B, I). Diese gehen dann vor allem auf Alter, soziale Schicht und politisches Klima im Betrieb zurück.

- Die Veränderung politischer Toleranz (korrigierte Differenzwerte) wird nur durch die Gegenüberstellung der 15- und 16 jährigen mit den 17- und 18jährigen signifikant differenziert. Die Differenzwerte von Einzelstatements werden aller-

dings mehrfach signifikant differenziert (unkorrigierte Differenzwerte[+)]).

- Soziale Schicht und das politische Klima im Elternhaus differenzieren signifikant Veränderungen des politischen Traditionalismus (unkorrigierte Differenzwerte[+)]), die Schulbildung differenziert hier ebenfalls, jedoch nur die korrigierten Differenzwerte. Stellt man auf die Einzelaussagen der Traditionalismusskala ab, dann sind Differenzierungen bei korrigierten Differenzwerten häufiger als bei unkorrigierten Werten.

- Veränderungen in der politisch-ideologischen Ausrichtung (korrigierte Werte) werden durch politisches Klima im Elternhaus und Geschlecht differenziert.

- Veränderungen des politischen Interesses sind in allen Zeitspannen systematisch verursacht bzw. beeinflußt, allerdings wechseln die signifikant differenzierenden Bedingungen von Zeitspanne zu Zeitspanne. Das Alter spielt vor allem für die Veränderungen zwischen zweitem und drittem Befragungszeitpunkt eine Rolle, die Unterscheidung zwischen Berufsschülern und Gymnasiasten führt in allen Zeitspannen zu signifikanten Differenzen hinsichtlich der Stabilität bzw. Veränderung des politischen Interesses.

Die benutzten Erklärungsvariablen differenzieren also die Variablenbereiche signifikant in ihrem Inhalt und in ihrer Variabilität. Die Korrektur der Differenzwerte führt im Prinzip dazu, daß häufiger systematische Verursachung von Veränderung erkannt bzw. statistisch signifikant erfaßt werden kann.

Wir kommen zu der Frage, welcher Erklärungswert den benutzten Erklärungsvariablen überhaupt für die Variabilität politischer Einstellungen zugemessen werden kann, und wie die relative Bedeutung die einzelnen Erklärungsvariablen im Vergleich zueinander einzuschätzen ist. Wir versuchen, auf diese Frage durch

---

[+)] Hierbei handelt es sich möglicherweise um statistische Artefakte, denn Mittelwertunterschiede sind vorzugsweise bei unreliablen Veränderungswerten signifikant. Vergl. die Diskussion der Meßwertproblematik auf Seite 98f.

multiple Regression eine Antwort zu finden. In der multiplen Regression fassen wir die abhängigen Variablenbereiche als durch eine lineare Kombination sämtlicher diskriminierender, unabhängiger Variablenbereiche - das sind die diskriminierenden sozialisatorischen Voraussetzungen - verursacht auf. Es kommt uns dabei nicht darauf an, durch eine Optimierung methodischer Prämissen möglichst exakt den Anteil an Varianz zu bestimmen, der durch einzelne Erklärungsvariablen wie durch die Gesamtheit der benutzten Variablen abgedeckt wird. Wir wollen nur ungefähr die Bandbreite angeben, in der die Erklärungsvarianz der Variablen anzusetzen ist. So schwankt der Anteil erklärter Varianz je nach methodischer Vorgehensweise bei der multiplen Regression z.B. zwischen 17 % und 30 %, läßt sich also in etwa verdoppeln. Eine methodische Diskussion der adäquaten Vorgehensweise erübrigt sich dann insofern, als der Anteil erklärter Varianz in jedem Fall sehr gering zu veranschlagen ist und es gerade dieses Ergebnis ist, das theorierelevant zu kommentieren wäre.

Tabelle 8.2 gibt einen Überblick darüber, welche Anteile an Varianz der verschiedenen Einstellungsbereiche durch die drei Sozialisationsprämissen Alter, Geschlecht und das politische Engagement der Eltern "erklärt" wird. Außerdem sind noch die interagierenden Effekte zwischen den letzteren drei Prämissen berücksichtigt. Für das politische Interesse sind noch die Betawerte angegeben, also die Koeffizienten, mit denen die einzelnen Faktoren in einer standardisierten Regressionsgleichung gewichtet sind.

Der Anteil der durch diese Variablenkombination erklärten Varianz politischen Interesses ist während des Befragungszeitraums selbst variabel, und schwankt zwischen 17 % und 14 %. Die Interaktionen zwischen den Variablen erhöhen den Anteil erklärter Varianz nur unbeträchtlich, so daß sie in den weiteren Regressionen nicht mehr berücksichtigt wurden.

Abhängige Variablen

	politisches Interesse t1		politisches Interesse t2		politisches Interesse t3		politisches Interesse t4		E-Skala t1	E-Skala t4	D-Skala t2	R-L-Skala t1	R-L-Skala t4	Abnahme pol. Interesse t23	Differenzwerte: E-Skala t13 (D)++)	E-Skala t13 (K)	D-Skala t24 (D)	D-Skala t24 (K)	R-L-Skala t24 (D)	R-L-Skala t24 (K)
	r^2		r^2		r^2		r^2		r^2	r^2	r^2	r^2	r^2	r^2	r^2	r^2	r^2	r^2	r^2	r^2
Unabhängige Variablen																				
Alter																				
59/58	.066	.213	.055	.317	.053	.287	.041	.146	.041	.012	.023	.019	.011	-	.005	.028	.020	.003	-	-
57/56	.075	.004	.072	.147	.067	.115	.044	-.044	.048	.017	.027	.031	.016	-		.036	.021		-	-
55/54	.077	.042	.073	.092	.068	-.010	.045	-.063	.049	.017	.027	.033	.016	.010	↓	.038	.021	↓	-	-
Geschlecht	.113	-.253	.107	-.184	.108	-.301	.113	-.371	.050	.032	.034	.033	.016	.010	.014	.039	.021		.007	.006
Eltern-engagement	.159	.191	.134	.210	.130	.164	.168	.159	.062	.037	.035	.033	.017	.010	.014	.049	.022	.005	.009	.016
Alter/Geschlecht																				
59/58	.160	.100	.134	-.001	.131	.037	.168	.082	.062	.039	.036	.034	.018	.012	.014	.049	.025		↓	↓
57/56	.163	.096	.134	.023	.132	.088	.170	.100	.062	.039	.036	.040	.020	.012		.053	.026	↓		
55/54	.163	.020	.134	.009	.133	.078	.171	.089	.063	.040	.036	.040	.020	.012	↓	.053	.026		.014	.020
Alter/Eltern-interesse																				
stark	.163	.040	.134	-.027	.135	-.046	.172	.032	.063	.040	.039	.040	.022	.012	0.21	.055	.026			
mäßig	.165	.068	.134	-.018	.135	-.067	.172	.049	.063	.045	.039	.041	.023	.013		.055	.030	↓	↓	↓
schwach	.165	.002	.136	-.071	.135	.002	.174	.078	.064	.045	.039	.044	.024	.014	↓	.055	.031			
Elternenga-gement/Geschlecht	.165	-.024	.136	-.006	.136	.050	.174	.032	.064	.047	.039	.045	.024	.014	0.25	.055	.033		.026	.025
gesamt	.165		.136		.136		.174		.064	.047	.039	.045	.024	.014	0.25	.055	.033	.010	.026	.025

+) I bis VI Schritte der stufenweisen Regression
Schritte IV bis VI beinhalten Interaktionen zwischen den jeweiligen Variablen

++) K = korrigierte Differenzwerte
D = unkorrigierte Differenzwerte

Alter, Geschlecht und politisches Engagement der Eltern decken also als Einzelfaktoren zusammen zwischen 16 und 17 % der Varianz politischen Interesses ab. Dabei "erklären" Alter und Elternengagement "mehr" als das Geschlecht. Wenn der Anteil von "erklärter" Varianz des politischen Interesses sehr niedrig zu veranschlagen ist, so ist er im Vergleich zu den anderen Variablenbereichen jedoch noch sehr hoch. Für die politische Kompetenz z.B. sind es nur zwischen 6 % und 4 % der Varianz, die durch diese Variablenkombination abgedeckt werden, für die politische Toleranz sind es 4 %, für die R-L-Skala nur 3 bzw. 2 %. Ungeachtet der oben beschriebenen Detailzusammenhänge ist also der Einfluß dieser Sozialisationsprämissen sehr gering zu veranschlagen, dies gilt noch mehr, wenn wir nicht mehr die Inhalte der Einstellungen, sondern die Variabilität selbst untersuchen. So besteht faktisch kein Zusammenhang zwischen den bezeichneten Sozialisationsprämissen und der Intensität von Veränderungen in den Einstellungsbereichen. Der Anteil erklärter Varianz von Veränderungen schwankt zwischen 1 % und 6 %, wobei die Werte im Falle von korrigierten Differenzwerten in der Regel höher liegen als bei unkorrigierten Differenzwerten.

Tabelle 8.3 enthält eine Übersicht, wie sich die Anteile erklärter Varianz des politischen Interesses zu den verschiedenen Befragungszeitpunkten darstellen, wenn zusätzlich die Sozialisationsprämissen Betriebsklima, Schulklima, Bildung und soziale Schicht berücksichtigt werden. Die Anteile erklärter Varianz bewegen sich jetzt zwischen 18 % und 22 %. Das Betriebsklima trägt dabei in der Regel einen größeren Anteil bei als das politische Klima in Schulen. Die Bedeutsamkeit der einzelnen Sozialisationsprämissen - nimmt man einmal den Anteil zusätzlich erklärter Varianz als Maßstab -, ist jedoch im Befragungszeitraum selbst variabel, nicht etwa eindeutig fixiert. Manipulationen in der Reihenfolge der Sozialisationsfaktoren unterstreichen relativ große Bedeutsamkeit von politischem Klima im Elternhaus, Betrieb und Schule sowie des Lebensalters im Verhältnis zu den Bedingungen Geschlecht, soziale Schicht und Bildungsniveau.

Tabelle 8.3 Regression: politisches Interesse als abhängige Variable

		t1		t2		t3		t4		t1[+++]	
		r^2 a)[++]	r^2 b)	r^2 a)	r^2 b)	r^2 a)	r^2 b)	r^2 a)	r^2 b)	r^2 a)	r^2 b)
	Unabhängige Variablen	c									
I[+]	Alter										
	59/58	.067	↓	.055	↓	.053	↓	.041	↓	.067	.066
	57/56	.075		.072		.067		.043		.075	.075
	55/54	.077		.073		.068		.045		.077	.077
	Eltern-engagement	.126		.103		.092		.104		.126	.126
	Geschlecht	.159		.134		.130		.168		.159	.159
II	Betrieb Klima (a)	-	.189	-	.165	-	.162	-	.202	-	.188
	Schule Klima (b)	.171	-	.162	-	.152	-	.186	-	.171	-
III	Bildung	.179	.189	.173	.168	.162	.164	.197	.205	.175	.191
		.179	.190	.173	.168	.162	.164	.197	.206	.177	.192
		.181	.191	.174	.169	.165	.166	.199	.207	.182	.193
IV	Schicht	.184	.193	.175	.170	.168	.169	.205	.213	.183	.193
		.184	.195	.182	.178	.168	.170	.209	.217	.184	.194
	gesamt	.184	.195	.182	.178	.168	.170	.209	.217	.184	.194

[+] I - IV Schritte der stufenweisen Regression

[++] a) Schülerpopulation
b) Berufstätigenpopulation

[+++] Alle Variablen sind simultan eingeführt

Die Bedeutsamkeit der Sozialisationsprämissen ist in jüngeren Altersgruppen größer als in den älteren, denn der Anteil erklärter Varianz beträgt in der ersten Gruppe ca. 14 % in der letzteren 12 %. Diese Unterschiede gehen in erster Linie auf Veränderungen der Bedeutsamkeit des politischen Klimas im Elternhaus zurück: In der jüngeren Befragtengruppe werden durch diese Variable 8 % der Varianz erklärt, in der älteren Gruppe nur ca. 3 %. Diese Relationen sind selbst jedoch wiederm variabel, wie die Konstellation für den 4. Befragungszeitraum zeigt. Hier finden wir insgesamt einen höheren Anteil erklärter Varianz, nämlich 16 und 18 %. Dahinter stehen einige Verschiebungen in der relativen Bedeutsamkeit der einzelnen Faktoren. So nimmt in der jüngeren Altersgruppe die Relevanz des politischen Klimas im Elternhaus und die Relevanz des Bildungsniveaus ab, die Geschlechtsrolle wird bedeutsamer. In der älteren Altersgruppe finden wir eine Zunahme der Relevanz des politischen Klimas im Elternhaus wie auch der Geschlechtsrolle. Diese auf den ersten Blick widersprüchlichen Ergebnisse lassen sich mit Blick auf interagierende Effekte von Lebenszyklus und politischem Zeitgeschehen dadurch erklären, daß sich Grundmuster von Einflüssen im 4. Befragungszeitraum reetablieren. Die untersuchten Einflußgrößen stehen natürlich in Einflußkonkurrenz zu einer Vielzahl von anderen Faktoren und werden von ihnen überlagert. Letztere verlieren im Befragungszeitraum offensichtlich tendenziell an Bedeutung, so daß der Einfluß der untersuchten Größen immer deutlicher zum Vorschein kommen kann.

Differenzieren wir die Beziehungen zwischen Einflußgrößen und politischem Interesse nach dem Geschlecht, ergeben sich gleichfalls einige bedeutsame Unterschiede. So ist der Einfluß der Erklärungsgrößen in der weiblichen Population insgesamt höher zu veranschlagen (zwischen 16 und 17 %) als in

der männlichen Population (zwischen 12 und 15 %). Im Vergleich zu jungen Männern spielt das Lebensalter bei den Mädchen eine geringe Rolle, hier sind die Effekte des politischen Klimas im Elternhaus und in Schule und Betrieb, aber auch der Einfluß des Bildungsniveaus vergleichsweise höher anzusetzen. Die Einflußkonkurrenz nicht untersuchter Sozialisationsprämissen ist mithin bei jungen Männern höher zu veranschlagen.

Bei aller internen Differenzierung ist der Einfluß von globalen Sozialisationsprämissen auf globale Einstellungsbereiche wie politisches Interesse oder politische Kompetenz ingesamt gesehen eher gering einzuschätzen. Es bleibt jedoch die Frage, ob die Korrespondenzen auf konkreterer inhaltlicher Ebene, wie z.B. bei Parteipräferenzen, deutlicher sind.

Aus rechentechnischen Gründen ist in Tabelle 8.5 an Stelle der Parteipräferenz der Befragten die Einschätzung auf dem Rechts-Links-Kontinuum als abhängige Variable mit den Parteipräferenzen der Eltern und anderen Sozialisationsprämissen in Zusammenhang gesetzt. Dies scheint gerechtfertigt, da die Einschätzung im Rechts-Links-Spektrum eng mit Parteipräferenzen verknüpft ist. Die Parteipräferenz der Eltern deckt nur zwischen 7 % und 10 % der Varianz der politischen Orientierung der Jugendlichen ab. Allerdings sind die Parteipräferenzen der Eltern der wesentliche Einzelfaktor, da die Anteile erklärter Varianz durch die anderen untersuchten unabhängigen Variablen nicht wesentlich gesteigert werden. Es scheint hier besonders bemerkenswert, daß die soziale Herkunft von nur minimaler Bedeutung für die politisch-ideologische Orientierung der Jugendlichen ist.

Für die zeitliche Variabilität in der politischen Orientierung scheint die Stärke der Elternpräferenz (Intensität der Parteiidentifikation) und das Bildungsniveau des Befragten besonders wichtig zu sein. Die übrigen Variablen beeinflussen die

Tabelle 8.4 Regression: Politisches Interesse als abhängige Variable nach Alter und Geschlecht

	politisches Interesse															
	in t1				in t4				Geschlecht							
	Alter								in t1				in t4			
	59-56		55-51		59-56		55-51		männlich		weiblich		männlich		weiblich	
	r^2		r^2		r^2		r^2		r^2		r^2		r^2		r^2	
	a	b	a	t	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b
Unabhängige Variablen*)																
Alter																
59/58	-	-	-	-	-	-	-	-	.063	.063	.057	.057	.030	.030	.034	.034
57/56	-	-	-	-	-	-	-	-	.078	.078	.058	.058	.035	.035	.034	.034
55/54	-	-	-	-	-	-	-	-	.081	.081	.060	.060	.039	.039	.034	.034
Elternengagement	.075	.075	.025	.025	.062	.062	.062	.062	.122	.122	.124	.124	.091	.091	.111	.111
Geschlecht	.096	.096	.087	.087	.117	.117	.143	.143	-	-	-	-	-	-	-	-
Betrieb Klima	.119	-	.105	-	.159	-	.148	-	.141	-	.165	-	.130	-	.133	-
Schule Klima	-	.108	-	.107	-	.127	-	.156	-	.132	-	.141	-	.097	-	.136
Schicht	.121	.112	.116	.115	.164	.135	.171	.175	.145	.136	.167	.145	.135	.104	.143	.149
	.123	.114	.117	.115	.170	.143	.173	.176	.150	.141	.167	.145	.143	.113	.144	.149
Bildung	.123	.117	.117	.116	.171	.156	.173	.177	.151	.146	.167	.152	.143	.118	.159	.177
	.129	.121	.118	.117	.173	.156	.173	.177	.151	.146	.169	.154	.143	.119	.159	.177
	.136	.130	.118	.117	.176	.162	.174	.177	.154	.154	.150	.169	.146	.124	.159	.177

*) Alle Variablen sind simultan in die Regression eingeführt.

Wahrscheinlichkeit bzw. die Intensität von Einstellungsänderungen kaum. Es ist hier zu bemerken, daß die Effekte der Erklärungsvariablen dann stärker hervortreten, wenn die Differenzwerte nach dem beschriebenen Verfahren korrigiert sind, Veränderungen als Resultat von Zufallsschwankungen und statistischen Artefakten also zum Teil ausgeschlossen sind.

Tabelle 8.5 zeigt die Zusammenhänge zwischen politischer Orientierung und Elternpräferenzen sowie den anderen Sozialisationsprämissen differenziert nach Altersgruppen und Geschlecht. Hier werden die bisherigen Befunde unterstrichen: Der Einfluß der Elternpräferenzen ist in der jüngeren Altersgruppe sowie in der weiblichen Population besonders deutlich zu erkennen.

Die regressionsstatistische Analyse der Beziehungen zwischen abhängigen und unabhängigen Variablen kann als eine empirische Zusammenfassung der im einzelnen beschriebenen tabellarischen Details betrachtet werden. Die Befunde können in folgende Aussagen zusammengefaßt werden:

1. Der Einfluß der untersuchten Sozialisationsprämissen ist insgesamt als gering zu veranschlagen. Daran ist natürlich die Frage anzuschließen, welche konkurrierenden Einflußfaktoren denn in Frage kommen. Aus einstellungstheoretischen Erwägungen heraus wäre hier der Einfluß politisch aktueller Ereignisse und eine hohe Zufallsvarianz als die konkurrierenden Faktoren zu nennen.

2. Die relative Bedeutsamkeit der Sozialisationsprämissen untereinander ist im Befragungszeitraum selbst variabel. Dies ist nicht nur als Ausdruck einer Sozialisationsdynamik zu verstehen, sondern gleichfalls mit Blick auf den Einfluß von nicht untersuchten Konkurrenzvariablen, die die Chance von Einflußnahmen seitens der untersuchten Variablen mitbestimmen.

Tabelle 8.5 Regression: R-L-Skala als abhängige Variable nach Alter, Geschlecht

	Befragte insgesamt R-L-Skala				Veränderungen der R-L-Skala				R-L-Skala in t1 nach Alter, Geschlecht							
									Jahrgang				Geschlecht			
	t1		t4		(K)	(D)	(K)	(D)	59-56		55-51		männlich		weiblich	
	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b
Unabhängige Variablen*)																
Parteipräferenz der Eltern	.096	↓	.072	↓	.009	.013	.004	.005	.125	↓	.087	↓	.087	↓	.113	↓
Stärke der Präferenz	.096		.073		.017	.014	.026	.013	.127		.089		.089		.113	
Alter	.120		.091		.019	.018	.029	.016	-		-		.128		.133	
Elternengagement	.123		.091		.019	.018	.029	.016	.134		.089		.129		.140	
Geschlecht	.123		.191		.020	.020	.030	.017	.137		.092		-	-	-	-
Betrieb Klima	.150	-	.094	-	.020	.021	.030	.013	.152	-	.130	-	.151	-	.169	-
Schule Klima	-	.126	-	.093	-	-	-	-	-	.140	-	.094	-	.132	-	.144
Schicht	.152	.126	.095	.093	.022	.022	.032	.019	.154	.141	.131	.096	.154	.134	.171	.144
Bildung	.154	.136	.095	.095	.026	.025	.035	.030	.167	.164	.131	.098	.157	.144	.176	.158

*) Die Variablen sind jeweils simultan in die Regression eingeführt

3. Die relative Bedeutsamkeit der untersuchten Prämissen differenziert sehr deutlich nach dem Geschlecht der Befragten. Dies unterstreicht die Aussage, daß sich die geschlechtsrollenspezifischen Unterschiede in der politischen Orientierung keinesfalls nivelliert haben. Diese betreffen also nicht nur die Inhalte politischer Orientierungen, sondern gleichfalls die Parameter des Sozialisationsprozesses selbst.

4. Die Bedeutsamkeit der untersuchten Sozialisationsprämissen ist hinsichtlich des politischen Interesses und der politisch-ideologischen Orientierung vergleichsweise am größten, allerdings unter Vorbehalt der unter Ziffer 1 bis 3 genannten Differenzierungen. Politischer Traditionalismus, demokratische Toleranz und politische Kompetenz sind somit Einstellungsbereiche, die in sehr starkem Maße von nicht untersuchten konkurrierenden Einflußvariablen abhängig sind.

5. Die zeitliche Variabilität der politischen Einstellungen ist weitestgehend unabhängig von den untersuchten Sozialisationsprämissen, sieht man von der Beziehung zwischen Parteiidentifikation der Eltern und der Stabilität von Selbsteinschätzungen auf der Rechts-Links-Skala seitens der Jugendlichen einmal ab. Dies unterstreicht die vermutete Bedeutsamkeit von nicht untersuchten konkurrierenden Einflußvariablen.

6. Die Korrektur der Differenzwerte vermindert in der Tat den Anteil an Zufallsvarianz, so daß systematische Verursachung von Einstellungsänderungen deutlicher hervortritt.

2 Diskussion

Wir haben im empirischen Teil der Untersuchung eine Fülle von Details vorgestellt, wie die Variabilität und Stabilität politischer Einstellungen Jugendlicher in Teilbereichen systematisierbar ist. Schichtspezifische, bildungssepzifische und geschlechtsspezifische Sozialisationsverläufe und -zusammenhänge sind die wesentlichen Differenzierungslinien. Zum Schluß mußten wir allerdings resümieren, daß die von uns einbezogenen Erklärungsvariablen nur einen geringen Anteil der Varianz des erklärenden Phänomens erfassen können. Dafür gibt es zwei Bewertungsalternativen: (1) Die Restvarianz wäre durch Einbeziehung zusätzlicher Variablen oder Variablenkomplexe wesentlich zu vermindern, etwa indem man komplexere Modelle entwickelt, mehr Unbekannte in das Gleichungssystem einbezieht. Die Grenzen dieser Vorgehensweise zeigen sich allerdings bereits darin, daß Effekte mit Residualgrößen benannt werden müssen, wie z.B. Perioden- oder Generationeneffekte. Diese Kategorien besagten inhaltlich wenig, sind inhaltlich erst durch Theorien aufzufüllen. (2) Der weitaus größte Teil der Restvarianz ist im Sinne "empirischer" Systematisierung nicht erklärbar. Dieser zweiten Bewertungsalternative neigen wir zu, obwohl wir eine Vielzahl möglicher Instabilitäts- und Stabilitätsursachen nicht mit in die Analyse einbezogen haben. Es fehlt z.B. der große Komplex der Persönlichkeitsvariablen, den wir nur indirekt am Rande im Zusammenhang mit der geschlechtsrollenspezifischen Sozialisation tangiert haben. Die Gründe für unsere Bewertung liegen im Einstellungskonzept. Es stößt im politischen Bereich an strukturelle Grenzen, die auch die Aussagefähigkeit der Sozialisationsforschung berührt, die auf dieses Konzept zurückgreift.

Wir haben Risikofaktoren von stabilen politischen Orientierungen identifizieren können, die kaum einem Zielkatalog staatsbürgerlicher Bildung in einem demokratisch-pluralistischen Gesellschaftssystem entsprechen drüften: niedriges Bildungsniveau, Herkunft aus einer Unterschichtfamilie, ein Mädchen zu sein, politisch wenig interessierte und wenig "demokratische" Eltern zu haben, fehlende politische Offenheit in der Schule und am Arbeitsplatz: Diese Bedingungen korrespondieren z.T. sehr deutlich mit politischem Desinteresse, Intoleranz, politischer Indifferenz und fehlender Offenheit für politische Veränderungen. Politisches Interesse hingegen, Dissenstoleranz, politische Offenheit und parteipolitisches Engagement finden sich vorzugsweise dann, wenn die entgegengesetzten Voraussetzungen kumulativ wirken können. Bei beiden Konstellationen handelt es sich um "Sozialisationsergebnisse", die relativ stabil sind. Veränderungswahrscheinlichkeiten zum guten oder schlechten hin sind vergleichsweise gering. Für den weitaus größten Teil der befragten Jugendlichen ist nun das Bezugsfeld keinesfalls eindeutig in allen Aspekten positiv oder negativ für die Entwicklung einer integrierten und reflektierten politischen Identität. In der Regel lebt der Jugendliche in einem Bezugsfeld, das Mischkonstellationen dieser soziostrukturellen Prämissen aufweist, die sich zudem im Zeitablauf ändern. Unter diesen Voraussetzungen sind Stabilitätswahrscheinlichkeiten und auch die Wahrscheinlichkeiten für bestimmte Entwicklungsrichtungen nicht angebbar. Einige Konturen sind hier zwar sichtbar: etwa der lebenszyklisch zunehmende politische Rigorismus bei berufstätigen Jugendlichen, die aus einer politisch interessierten Familie kommen. Oder etwa der nivellierende Trend des Bildungsniveaus bei den geschlechtsspezifischen Differenzen politischer Skepsis. Oder auch die universale Geschlechtsrollendifferenzierung beim politischen Interesse und der politischen

Indifferenz. Oder der Befund, daß Gymnasiasten offensichtlich die änderungssensibelste Gruppe sind: Lebenszyklus-, Perioden- und Generationeneffekte sind in dieser Befragtengruppe identifizierbar. Oder auch, daß Konflikte zwischen Eltern und Heranwachsenden über politische Dinge charakteristisch für Mittelschichtjugendliche sind. Letzteres mag für die Krisenhaftigkeit politischer Identitätsfindung überhaupt gelten. Der Vorwurf "impliziter Mittelschichtorientierung" in der theoretischen Konzeptionierung von Sozialisationsverläufen liegt nahe.

Dennoch bleiben die Konturen der Zusammenhänge wenig klar. Manches spricht dafür, daß ein großer Teil an Stabilität politischer Einstellungen auf politischem Phlegma beruht, ein größerer Teil politischer Flexibilität sprich Variabilität auf politischer Indifferenz. Abgesehen von der Studentenpopulation vollziehen sich Orientierungsänderungen nicht im System, verknüpft mit anderen Segmenten des Überzeugungssystems, sondern autonom, ohne "strukturellen" Tiefgang. Dies heißt, daß die Bandbreite akzeptabler politischer Alternativpositionen als sehr breit einzuschätzen ist; die Konflikt- und Inkonsistenztoleranz vermindern den "Harmoniedruck". In diesem Bild kommt der Zentralität des Politikbereiches wesentliche Bedeutung zu. Wir haben eine Reihe von Faktoren aufgeführt, die mit der Konturenlosigkeit politischer Orientierungen in Zusammenhang gebracht werden können. Die Differenziertheit politischer Werte und die Einflußkonkurrenz relevanter Bezugsfelder in einem pluralistischen Gesellschaftssystem, der Mangel an konkretem politischem Erfahrungslernen, die Abstraktheit, die Ferne und Symbolhaftigkeit des politischen Handelns bzw. Geschehens. Von daher sind politische Einstellungen und assoziierte Verhaltenspotentiale individuell wenig

kalkulierbar, damit aber auch manipulierbar. Selbst wenn dies ein zeitgeschichtliches Spezifikum der Situation in der Mitte der 70er Jahre wäre, ergeben sich einige Konsequenzen für den Verlauf von Sozialisationsprozessen, und damit auch für die politische Didaktik.

Wir haben gesehen, daß Basisloyalität und lebenszyklische Entwicklung von politischer Skepsis und Integration durchaus schichtspezifisch bestimmt sind. Das Primärprinzip ist deshalb als universale Verlaufsform nicht haltbar. Frühkindliche Sozialisationserfahrungen markieren interindividuell unterschiedliche Startpunkte für die Entwicklung einer politischen Persönlichkeit, mehr nicht. Es ist wesentlich eine Frage der affirmativen Effekte von aktuellen sozialen Bezugsfeldern, ob diese Erfahrungen längerfristig überdauern. Die Änderungssensibilität politischer Orientierungen betrifft auch das Strukturierungsprinzip. Dieses mag für eine elitäre Gruppe durchaus eine zutreffende Verlaufsform bezeichnen. Die Konturenlosigkeit der Orientierungen macht es jedoch wahrscheinlicher, daß aktuelle zeitliche Umstände und die aktuelle Konstellation im sozialen Bezugsfeld die Zustände des politischen Orientierungssystems bestimmen, und nicht die individuelle Lebensgeschichte. Damit wäre die Variabilität politischer Orientierungen, wie wir sie in politischen Einstellungen erfaßt haben, dem Erklärungsbereich politischer Sozialisation überhaupt entzogen.

Wo liegt dann die Erklärungsrelevanz politischer Sozialisation und politischer Sozialisationsforschung? Wohl kaum in der Übertragung von Parteipräferenzen oder ideologischer Positionen von seiten der Eltern oder anderer Sozialisationsträger auf die Kinder. Eine exemplarische Antwort liegt

in der Universalität der Geschlechtsrollendifferenzierung politischen Interesses. Dieses Ergebnis weist darauf hin, daß in politisch-relevanten und nicht in eplizit "politischen" Sozialisationsprozessen die Weichen für die politische Identitätsfindung gestellt werden. Denn dort werden die subtilen Begründungszusammenhänge politischen und sozialen Handelns vermittelt. Für die politischen Didaktiker mag dies betrüblich sein, ist doch der Effekt sozialisatorischen Bemühens als gering einzuschätzen, zumal unter längerfristiger Zeitperspektive. Sie wären immerhin insofern zu entlasten, als nicht ihnen, die formales Wissen und abstrakte Bewertungsschemata vermitteln, sondern denjenigen die Verantwortung für die politische Integration der Jugend zukommt, die die von Jugendlichen wahrgenommene Politik "machen". Wie so oft, ist der empirische Befund in der Bewertung ambivalent: Die Instabilität politischer Einstellungen eröffnet Möglichkeiten der Manipulation, aber auch die Chance für Flexibilität eines pluralistisch-demokratischen politischen Systems.

Literaturverzeichnis

Abkürzungen:

AJPS	American Journal of Political Science
APSR	American Political Science Review
ASR	American Sociological Review
DVPW	Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft
EJPR	European Journal of Political Research
GSE	Gesellschaft, Staat, Erziehung
KZfSS	Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie
POQ	Public Opinion Quarterly

Abcorian, G. et al. 1971:
Social Psychology and Political Behavior

Abelson, R.P., Lesser, G.S. 1959:
The measurement of persuasibility in children
in: Janis/Hovland 1959: 141-166

Abelson, R.P., Aronson, E.N., Mc Guire, W.J.,
Newcomb, T.M., Rosenberg, M.J., Tannenbaum, P.H. 1968:
Theories of Cognitive Consistency. A Source book
Chicago

Abramson, A.S. (ed.) 1971:
Current Trends in Linguistics. Bd. 12
The Hague

Abramson, P.R. 1974:
Generational Change in American electoral
behavior
APSR, 68: 93ff

Abramson, P.R. 1976:
Generational Change and the Decline of Party
Identification in America: 1952 - 1974
APSR, 70: 469-478

Ackermann, P. (Hrsg) 1974:
Politische Sozialisation
Opladen

Adelson, J. 1971:
The Political Imagination of the Young Adolescent
in: Daedalus, 12-16 Early Adolescence, Fall 1971: 1013-1050

Adorno, T.W., Frenkel-Brunswik, E., Levinson, D.J.,
Sanford, R.N. 1950:
The authoritarian Personality
New York

Albrecht, G., Daheim, H. Sack, F. (Hrsg) 1973:
Soziologie
Opladen

Alexander, C.N. 1966:
Attitude as a scientific Concept
in: Social forces 45: 278-281

Alexander, H.W. 1946:
A general test for trend
Psychological Bulletin 43: 533-555

Allerbeck, K.R. 1971:
Eine sozial-strukturelle Erklärung von Studentenbewegungen in hochentwickelten Industriegesellschaften
in: Allerbeck, K.R./Rosenmayr, L. (Hrsg.) 1971: 179-201

Allerbeck, K.R., Rosenmayr, L. 1971:
Neue Aspekte der Jugendsoziologie
München

Allerbeck, K.R. 1976:
Demokratisierung und sozialer Wandel in der BRD. Sekundäranalyse von Umfragen 1973 - 1974
Opladen

Allerbeck, K.R. 1977:
Political Generations: Some Reflections on the Concept and its Application to the German Case
EJPR, 5, 2: 119-134

Allport, F.H. 1961:
The Contemporary Appraisal of an old problem.
Contemporary Psychology
Washington

Allport, G.W. 1935:
Attitudes
in: Murchison, C.C. (Hrsg) 1935

Almond, G.A., Verba, S. 1963:
The Civic Culture
Princeton

Almond, G.A., Coleman, J.S. (eds.) 1960:
The Politics of the Developing Areas
Princeton

Anger, H. 1965:
Sozialpsychologie
in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 9
Stuttgart

Anger, H. 1970:
Entstehung und Wandel sozialer Einstellungen
in: Haseloff, Struktur und Dynamik des menschlichen Verhaltens
Stuttgart

Apter, D.A. (ed.) 1964:
Ideology and Discontent
New York

Baeyer-Katte, W. v. 1975:
Sozialisation im politischen Verhalten
in: Handbuch der Psychologie, Bd. 7, Sozialpsychologie:
1040-1106

Bandura, A. 1969:
Social-learning-theory of identificatory processes,
in: Goslin, D.A., 1969: 213-262

Bandura, A. 1970:
Principles of Behavior Modification
London

Bandura, A. 1971:
Psychological Modeling. Conflicting Theories
Chicago

Bandura, A. 1977:
Social Learning Theory
Englewood Cliffs

Beck, G. 1972:
Politische Sozialisation und politische Bildung
in der Grundschule
Frankfurt/Main

Becker, H. 1976:
Was hat die Reform bewirkt? Positive Effekte und
negative Folgen. Eine Bilanz von Strittigem und Un-
strittigem
in: Die Zeit, Nr. 4, 16.1.1976

Behrmann, G.C. 1972:
Soziales System und politische Sozialisation. Eine
Kritik der politischen Pädagogik
Stuttgart

Behrmann, G.C. 1976:
Familie und Öffentlichkeit
in: Braun, H./Leitner, U. 1976
Frankfurt/Main

Behrmann, G., Jagodzinski, W., Zängle, M. 1977:
Politische Sozialisation in der Bundesrepublik
Deutschland. Forschungsstand, Methoden, Probleme
Tutzing, Tagungsreferat

Bem, D.J. 1965:
An experimental analysis of self-persuasion
in: Journal of Experimental Social Psychology,
1965, 1: 199-218

Bem, D.J. 1967:
Self-Perception: An Alternative Interpretation of
a cognitive-Dissonance Phenomena
in: Psychological Review 1967, 74: 183-200

Bem, D.J. 1972:
Self-perception theory
in: Berkowitz, L. (Hrsg) 1972: 1-62

Benninghaus, H. 1973:
Soziale Einstellungen und soziales Verhalten.
Zur Kritik des Attitüdenkonzeptes
in: Albrecht et al. 1973

Benninghaus, H. 1975:
Ergebnisse und Perspektiven der Einstellungs-Verhaltens-
Forschung
Köln

Bereiter 1967:
Some persisting Dilemmas in the measurement
of Change
in: Harris, C.W. (ed.) 1967

Berkowitz, L. (Hrsg.) 1972:
Advances in Experimental Social Psychology, Vol. 6
New York

Bernstein, B. 1959:
A Public language: Some Sociological Implications of
Linguistic Form
in: British Journal of Sociology, 10: 311-326

Bernstein, B. 1970a:
Soziale Struktur, Sozialisation und Sprachverhalten.
Aufsätze 1958 - 1970
Amsterdam

Bernstein, B. 1970b:
Der Unfug mit der "kompensatorischen" Erziehung
in: Betrifft: Erziehung, 9: 15ff.

Bernstein, B. 1971:
Social Class, Language and Socialization
in: Abramson, A.S. (ed.) 1971

Bertram, H. 1976:
Probleme einer sozialstrukturell orientierten Sozialisationsforschung
in: Zeitschrift für Soziologie 5, 1976: 103ff.

Bierbrauer, G. 1976:
Attitüden: Latente Strukturen oder Interaktionskonzepte?
in: Zeitschrift für Soziologie 5, 1: 4-16

Bierbrauer, G. 1974:
Soziale Schicht und Verhaltensstörungen. Ein Beitrag zur Theorie der kognitiven Sozialisation
in: Keupp, H. (Hrsg.), 1974: 319-333

Blalock, H.M., Blalock, A.B. (eds.) 1968:
Methodology in Social Research
New York

Blücher, V. G. v. 1966:
Die Generation der Unbefangenen
Düsseldorf

Blücher, V. G. v. 1975:
Jugend zwischen 13 und 24. Vergleich über 20 Jahre, Bd. 1, Vorstudie
Hrsg.: Jugendwerk der Deutschen Shell 1975

Bolte, K.M., Kappe, D., Neidhardt, F. (Hrsg.) 1966:
Soziale Schichtung
Opladen

Braun, H., Leitner, U. (Hrsg.) 1976:
Problem Familie - Familienprobleme
Frankfurt/Main

Braun, P., Boden, U., Borts, J. Franke, J. 1976:
Der Einfluß von Tageszeitungen auf die Bewertung eines aktuellen politischen Ereignisses
Zeitschrift für Sozialpsychologie 1976, 7: 154-167

Cain, L. 1975:
The young and the old.
Coalition or Conflict a head?
in: ABS, 19, 2: 166-175

Campbell, A., Gurin, G., Miller, W. 1954:
The Voter Decides
Evanston

Campbell, A., Gurin, G., Miller, W.E. 1959:
Political Efficacy and Political Participation
in: Eulau et al. (eds.) 1959: 170-174

Campbell, A. 1960:
The American Voter
New York

Cartwright, D., Harary, F. 1965:
Structural Balance: A Generalization of Heider's Theory.
in: Psychological Review, 1965, 63: 277-292

Chapanis, N.P., Chapanis, A. 1964:
Cognitive Dissonance: five years later
Psychological Bulletin, 61: 1-22

Citrin, J., Mc Closky, H., Shanks, M.,
Sniderman, P.M. 1975:
Personal and Political Sources of Political
Alienation
BJPS, 5, 1: 1-32

Claessens, D. 1962:
Familie und Wertsystem
Berlin

Claessens, D., Milhoffer, P. (Hrsg.) 1973:
Familiensoziologie. Ein Reader zur Einführung
Frankfurt/Main

Clausen, J.A. (ed.) 1968:
Socialization and Society
Boston

Claußen, B. (Hrsg.) 1976:
Materialien zur politischen Sozialisation
München

Claußen, B. 1976:
Politische Sozialisation. Forschungsergebnisse - Diskusstionsstand - Konsequenzen
in: Claußen 1976

Cloetta, B. 1975:
Einstellungsänderung durch die Hochschule. Konservatismus-Machiavellismus-Demokratisierung
Stuttgart

Cohen, R. 1962:
Die Psychosomatik der Testsituation
Diagnostica 8: 3-12

Cohen, R. 1964:
Attitude Change and Social Influence
New York

Cohen, R.S., Orum, A.M. 1973:
The Developement of Political Orientation Among Black and White Children
ASR, 1973, 38

Coleman, J.S. 1964:
Models of Change and Response Uncertainty
Englewood Cliffs

Coleman, J.S. 1968:
The Mathematical Study of Change
in: Blaloch/Blaloch 1968

Converse, P.E. 1964:
The Nature of Belief Systems in Mass Publics
in: Apter, D.A. (ed.) 1964

Crider, D.M., Willits, F.K., Bealer, R.C. 1973:
Panel Studies: Some Practical Problems
in: Sociological Methods and Research, 1973, 2: 3-19

Crittenden 1962:
Aging and Party affiliation
POQ, 26: 648-657

Cronbach, L.J., Rurby, L. 1970:
How should we measure "Change" - Or should we?
Psychological Bulletin, 74: 68-80

Dahrendorf, R. 1965a:
Arbeiterkinder an deutschen Universitäten
in: Recht und Staat, 302/303
Tübingen

Dahrendorf, R. 1976:
Schelsky und die neue Rechte
in: Fetscher/Richter (Hrsg.) 1976

Danziger, K. 1974:
Sozialisation
Düsseldorf

Dawson, R.E., Prewitt, K. 1969:
Political Socialization
Boston

DeFleur, M.L., Westie, F.R. 1963:
Attitude as a scientific Concept
Social Forces 42: 17-31

Dennis, J. (ed.) 1973:
Sozialization to Politics
New York

Deppe, F. 1971:
Das Bewußtsein der Arbeiter
Köln

Deutscher, I. 1973:
What we say/What we do
Glencoe, Zit. n. Six, 1975

Dias, P.V. 1971:
Der Begriff "Politische Kultur" in der Politikwissenschaft
in: Oberndörfer (Hrsg.) 1971

Döbert, R., Nunner-Winkler, G. 1976:
Adoleszenzkrise und Identitätsbildung
Frankfurt/Main

Does, K.J. 1974:
Materialband zur Jugendstudie
Alfter, Mimeo

Does, K.J. 1975a:
Die politischen Einstellungen Jugendlicher. Ergebnisse einer Wiederholungsbefragung vom Spätherbst 1974
Alfter, Mimeo

Does, K.J. 1975b:
Die politischen Einstellungen Jugendlicher im Zeitvergleich. Ergebnisse der 2. Wiederholungsbefragung im Frühjahr 1975
Alfter, Mimeo

Does, K.J. 1975c:
Studenten 1975. Ergebnisse einer Befragung unter Studenten zu Studium, Beruf, Politik und Hochschule
Alfter, Mimeo

Does, K.J., Gluchowski, P. 1975d:
Tendenzwende in der politischen Orientierung der Jugend? Zur Stabilität von politischen Einstellungen Jugendlicher
in: Material zu Problemen der Jugendpolitik
Eichholzverlag 1975

Does, K.J. 1976a:
Die politischen Einstellungen Jugendlicher im Zeitvergleich. Ergebnisse der 3. Wiederholungsbefragung vom Herbst 1975
Alfter, mimeo

Does, K.J. 1976b:
Jugend und Politik 1976. Tendenzen und Perspektiven. Forschungsbericht
Alfter, mimeo

Does, K.J. 1977a:
Abschied vom Protest oder Ruhe vor dem Sturm? Studenten und Politik in der Bildungskrise
in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12/77

Does, K.J. 1977b:
Politische Werte, politische Perspektive und Parteiensystem. Zur Wahrnehmung von Parteiimages
St. Augustin, mimeo. Erscheint demnächst

Dollard, J., Miller, N.E. 1950:
Personality and Psychotherapy
New York

DuBois-Reymond, M. 1971:
Strategien kompensatorischer Erziehung
Frankfurt/Main

Easton, D., Dennis, J. 1965:
The Child's Image of Government
The Annal of The American Academy of Political and Social Sciences, Vol 361

Easton, D. 1965:
A Framework for Political Analysis
Englewood Cliffs

Easton, D. 1965:
A Systems Analysis of Political Life
New York 1965

Easton, D. 1966:
Varieties of Political Theory
Englewood Cliffs

Easton, D., Hess, R.D. 1961:
Youth and the Political System
in: Lipset/Lowenthal, 1961: 226-251

Easton, D., Hess, R.D. 1962:
The Child's Political World
in: Midwest Journal of Political Science 6: 229-246

Easton, D., Dennis, J.1967:
The child's acquisition of regime norms: Political Efficacy
APSR, LXI (1967): 25-38

Easton, D., Dennis, J. 1969:
Children in the Political System
New York

Ehman, L.H. 1977:
Die Funktion der Schule im politischen Sozalisationsprozeß. Amerikanische Forschungsergebnisse
Tutzing, Tagungsreferat

Frey, H.P. 1974:
Theorie der Sozialisation
Stuttgart

Frey, H.P. 1975:
Vorteile und Risiken komplexer Modelle als Bezugsrahmen für die Sozialisationsforschung
Soziale Welt, 26:1

Eisenstadt, S.N. 1956:
From Generation to Generation. Age Groups and Social Structure
London

Eisenstadt, S.N. 1965:
Changing Patterns of Youth Problems in Contemporary Societies
in: ders: 1965

Eisenstadt, S.N. (ed.) 1965
Essays on Comparative Institutions
New York

Eulau, H., Eldersfeld, S., Janowitz, M. (eds.) 1959:
Political Behavior
Glencoe

Eysenck, H. 1971:
The IQ Argument: Race, Intelligence and Education
New York

Fahrenberg, J., Myrtek, M. 1967:
Zur Methodik der Verlaufsanalyse: Ausgangswerte, Reaktionsgrößen und Verlaufswerte
Psychologische Beiträge 10: 58-77

Festinger, L. 1957:
A Theory of Cognitive Dissonance
Stanford Calif.

Festinger, L. 1964:
Conflict, Decision, and Dissonance
Stanford

Festinger, L. 1964:
Behavioral Support for Opinion Change
POQ, 28: 404-417

Fetscher, I., Richter, H.E. (Hrsg.) 1976:
Worte machen keine Politik. Beiträge zu einem Kampf um politische Begriffe
Hamburg

Feuer, L. 1969:
The Conflict of Generations. The Character and Significance of Student Movements
London

Foner, A. 1975:
Age in Society: Structure and Change
ABS, 19, 2: 144-165

Freedman, I.L., Carlsmith, J.M., Sears, D.O. 1970:
Social Psychology
Englewood Cliffs

Fröhlich, W.D., Wellek, St. 1975:
Der begrifflich-theoretische Hintergrund der Sozialisationsforschung
in: Handbuch der Psychologie, Bd. 7, Sozialpsychologie: 661-714

Froman, L.A. jr. 1962:
Learning political Attitudes
in: Western Political Quarterly,
Vol. 15: 304-313

Galtung, J. 1967:
Theory and methods of social research
Oslo

Glenn, N.D. 1974:
Aging and Conservatism
Annals of the American Academy of Political and Social Science 415: 76-186

Gloy, K. 1973:
Bernstein und die Folgen - Zur Rezeption der sozial-linguistischen Defizithypothese in der BRD
in: Walter H. (Hrsg.) 1973

Goslin, D.A. (ed.) 1969:
Handbook of Socialization. Theory and Research
Chicago

Gottschalch, W. 1972:
Bedingungen und Chancen politischer Sozialisation
Hamburg

Grebing, H. 1976:
Was heißt hier "aufgeklärter Konservatismus"?
in: Fetscher/Richter, 1976

Greenberg, E.S. (ed.) 1970:
Political Socialization
New York

Greenberg, E.S. 1970:
The political Socialization of Black Children
in: Greenberg (ed.), 1970

Greenstein, F. 1968:
Political Socialization
in: International Enzyclopedia of the Social Sciences
New York

Greenstein, F. 1965:
Children and Politics
New Haven

Greenstein, F.
The Impact of Personality on Politics
APSR, 61: 629-641

Greenstein, F. 1969:
Personality an d Politics, Problems of evidence, inference and conceptualization
Chicago

Greenstein, F. 1970:
Personality and political Socialization: The theories of authoritarian and democratic character
in: Sigel, R.S. 1970: 260 ff.

Greenwald, A.G., Brock, T.C., Ostrom, T.M. (eds.) 1968:
Psychological foundations of Attitudes
New York

Grinker, R.R. (ed.) 1956:
Toward a unified Theory of Human Behavior
New York

Gross, St.G., Niman, C.M. 1975:
Attitude Behavior Consistency: A Review
POQ, Fall 1975: 358-368

Gutjahr, P., Knüttner, H.H. (Hrsg.) 1975:
Der Streit um die politische Bildung
München

Habermas, J. u.a. 1961:
Student und Politik
Neuwied

Habermas, J. 1962:
Strukturwandel der Öffentlichkeit
Neuwied

Habermas, J. 1963:
Theorie und Praxis
Neuwied

Habermas, J. 1967:
Zur Logik der Sozialwissenschaften
Philosophische Rundschau, Beiheft 5

Habermas, J. 1968:
Technik und Wissenschaft als Ideologie
Frankfurt/Main

Habermas, J. 1968:
Protestbewegung und Hochschulreform
Frankfurt/Main

Habermas, J. 1973:
Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus
Frankfurt/Main

Harder, Th. 1973:
Dynamische Modelle in der empirischen Sozialforschung
Stuttgart

Harris, C.W. (ed.) 1967:
Problems in Measuring Change
Madison

Hartman, H., Wakenhut, R. 1972:
Zur Dimensionalität gesellschaftlich politischer Attitüden
bei unterschiedlichen Gruppen
in: Zeitschrift für Sozialpsychologie, 3:96-115

Heckmann, F. 1973:
Können die Hypothesen der Einstellungsänderungstheorie
zur Erklärung von Sozialisationsprozessen beitragen?
in: Walter, H. 1973: 173-183

Heider, F. 1958:
The Psychology of Interpersonal Relations
New York

Helmreich, R. 1977:
Strategien zur Auswertung von Längsschnittdaten
Stuttgart

Herrmann, Th. 1969:
Lehrbuch der empirischen Persönlichkeitsforschung
Göttingen

Hess, R.D., Torney, J.V. 1967:
The Development of Political Attitudes in Children
Chicago

Hess, R. 1971:
The acquisition of feelings of political Efficacy
in Preadults
in: Abcorian, G. et al. (eds.) 1971

Hofstätter, P.R. 1963:
Einführung in die Sozialpsychologie St
Stuttgart

Holm, K. 1970:
Gültigkeit von Skalen und Indizes
KZfSS, 1970: 693-714

Holzkamp, K. 1972:
Kritische Psychologie
Frankfurt

Hovland, C.I., Lumsdaine, A.A., Sheffield, F.D. 1949:
Experiments on Mass Communications
New York

Hovland, C.I., Janis, I.L. Kelley, H.H. 1953:
Communication and Persuasion
New Haven

Hovland, C.I. 1959:
Reconciling conflicting results derived from experimental
and survey studies of attitude change
American Psychologist 14: 8-17

Hurrelmann, K. 1973:
Familiale Sozialisation und soziale Ungleichheit
in: Walter, H. 1973: 23 ff.

Hyman, H. 1959:
Political Socialization
New York

Hyman, H.H., Singer, E. 1968:
Readings in Reference Group Theory and Research
New York

Inglehart, R., Klingemann, H.D. 1975:
Party Identification, Ideological Preference and the
Left-Right-Dimension among Western Mass Publics
in: Crewe, I./Budge, J. (eds.) 1975. Party Identification
and Beyond
New York

Inglehart, R. 1971:
The Silent Revolution in Europe. Intergenerational Change in Post-Industrial Societies
APSR 65: 991-1017

Inkeles, A. 1963:
Participant Citizenship in Six Developing Countries
APSR 1963/63: 1120-1141

Insko, C.A. 1967:
Theories of Attitude Change
New York

Insko, C.A., Schopler 1967:
Triadic Consistency: A Statement of Affective-Cognitive-Conative Consistency
Psychological Review 1967, 74:361-376

Irle, M. 1975:
Lehrbuch der Sozialpsychologie
Göttingen

Jaide, W. 1965:
Die jungen Staatsbürger
München

Jaide, W. 1970:
Jugend und Demokratie
München

Jaide, W. 1976:
Jugend und Politik heute. Soziale und politische Einstellungen und Verhaltensweisen im Spiegel neuerer Untersuchungen in der Bundesrepublik Deutschland
in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39/76

Janis, L.L., King, B.T. 1954:
The Influence of Role-playing on Opinion Change
Journal of Abnormal and Social Psychology, 49: 211-218

Janis, I.C., Hovland, C.I. (eds.) 1959:
Personality and Persuasibility
New Haven

Janis, I.C., Field, P.B. 1959:
Sex differences and Personality factors related to Persuasibility
in: Janis et al. 1959

Jaros, D., Hersch, H. Fleron, F. 1968:
The Malevolent Leader: Political Socialization in an American Sub-Culture
APSR LXII/3, 1968: 564-575

Jaros, D. 1973:
Socialization to Politics
New York

Jennings, M.K., Niemi, R.G. 1968:
The Transmission of political Values from Parent to child
APSR, 62, 1968: 169 ff.

Jennings, K.M., Niemi, R.G. 1975:
Continuity and Change in Political Orientations.
A longitudinal Study of two Generations
APSR, 4, 1975: 1316-1335

Jennings, M.K., Niemi, R.G. 1974:
The political Character of Adolescence
Princeton

Kaase, M. 1965:
Analyse der Wechselwähler in der Bundesrepublik
in: Scheuch/Wildenmann 1965: 113-125

Kaase, M. 1971:
Demokratische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland
in: Wildenmann, R. (Hrsg.) 1971

Kaplan, B. 1961:
Studying Personality Cross-Culturally
Evanston

Katz, D., Stotland, E. 1959:
A preliminary statement to a theory of Attitude Structure and Change
in: Koch, S. (ed.) Psychology, 1959: 423-459

Katz, D. 1960:
The functional Approach to the Study of Attitudes
POQ, 1960, 24: 163-204

Keiman, H.C. 1961:
Processes of opinion Change
in: POQ, 25:57-78

Kelman, H.C. 1974:
Attitudes are alive and well and gainfully employed in the sphare of action
The american Psychologist, 29: 310-324

Kiesler, Ch.A., Collins, B.E. Miller, N. 1969:
Attitude Change. A Critical Analysis of Theoretical Approaches
New York

Kerlinger, 1967:
Social Attitudes and their critical referents:
a structural Theory
Psychological Review, 74: 110-122

Keupp, H. 1974:
Verhaltensstörung und Sozialstruktur
München

King, B.T. 1959:
Relationships between Susceptability to Opinion
Change and Child Rearing Practises
in: Hovland/Janis 1959

Klapper, J.T. 1960:
The Effects of Mass Communication
New York

Klapper, J.T. 1967:
Mass Communication, Attitude Stability and Change
in: Sherif/Sherif 1967

Knopf, M., Petermann, F. 1976:
Probleme bei der Messung von Einstellungsänderungen I.
Grundlegende Fragen und Konzepte
Zeitschrift für Soziologie 1976, 7: 127-142

Knopf, M., Petermann, F. 1976:
Probleme bei der Messung von Einstellungsänderungen II.
Neuere Entwicklungen und Konzepte
Zeitschrift für Soziologie 1976, 7:217-230

Knutson, J.N. (ed.) 1973:
Handbook of Political Psychology
San Francisco

Koch, S. (ed.) 1959:
Psychology: A study of a Science, Vol 3
New York

König, R. (Hrsg.) 1967:
Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. 1
Stuttgart

König, R. (Hrsg.) 1972:
Das Interview
Köln

König, R. 1974:
Zwei Grundbegriffe der Familiensoziologie. Desintegration und Desorganisation der Familie
in: König, R. (Hrsg.) Materialien zur Soziologie der Familie
Köln

König, R. (Hrsg.) 1976:
Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. 6: Jugend
Stuttgart

Kreutz, H. 1976:
Der Einfluß von Eltern und Gleichaltrigen auf politische und ausbildungsbezogene Entscheidungen im Jugendalter
in: Wurzbacher (Hrsg.) 1976

Kutner, B., Wilkins, C., Yarrow, P.R. 1952:
Verbal attitudes and overt behavior involving racial prejudice
Journal of abnormal and social Psychology, 47: 647-652

Lacey, J.I., Lacey, B.C. 1962:
The law of initial value in the longitudinal study of autonomic Constitution
Ann. New York Acad. Sci. 98: 1257-1290

Lane, R.E. 1959:
Political Life
New York

Lane, R.E. 1962:
Political Ideology
New York

Lane, R.E. 1973:
Patterns of Political Belief
in: Knutson (ed.) 1973: 83-116

Langton, K.P. 1969:
Political Socialization
New York

Lazarsfeld, P.F., Berelson, B. Gaudet, H. 1948:
The People's Choice. How the Voter Makes up his Mind in a Presidential Campaign
New York

Lazarsfeld, P.F., Henry, N. 1968:
Latent Structure Analysis
Boston

Lazarsfeld, P.F., Rosenberg, M. Thielens, W. 1972:
Die Panel-Befragung
in: König, R. (Hrsg.), Das Interview, Köln 1972

Lehr, U., Thomae, H. 1976:
Die Stellung des älteren Menschen in der Familie
in: Wurzbacher (Hrsg.) 1976: 170-211

Lemberg, E., Klaus-Roeder, R. 1976:
Familie, Schule, Sozialisation
in: Wurzbacher (Hrsg.), 1976: 212-274

LeVine, R.A.
Culture, Personality and Socialization: An Evolutionary View
EJPR

Lewin, K. 1935:
A Dynamic Theory of Personality
New York

Lewin, K. 1951:
Field Theory in Social Science: Selected theoretical Papers
New York

Lewin, K. 1953:
Feldtheorie in den Sozialwissenschaften
Bern

Lindzey, G. (ed.) 1954:
Handbook of Social Psychology
Cambridge

Lindzey, G., Aronson, E. (eds.) 1969:
The Handbook of Social Psychology, Vol 3
Massachusetts

Lipset, S.M., Lowenthal, L. (eds.) 1961
Culture and Social Character
New York

Lipset, S.M., Stein, R. (eds.) 1967:
Party Systems and Voter Alignements: Cross National Perspectives
New York

Lipset, S.M., Stein, R. (eds.) 1967:
Cleavages Structures, Party Systems and Voter Alignements. An Introduction
in: dies.: 1967

Lord, F.M. 1956:
The measurement of growth
Educ. Psych. Measurement, 16: 421-437

Lord, F.M. 1958:
Further Problems in the measurement of growth
Educ. Psych. Measurement, 18: 437-451

Lord, F.M. 1967:
Elementary Models for Measuring Change
in: Harris, C.W. (ed.) 1967

Lord, F.M. 1974:
Significance test for a partial correlation
corrected for attenuation
Educ. Psych. Measurement, 34: 211-220

Lovejoy, A.O. 1950:
Terminal and adjectival Values
Journal of Philosophy, 1950, 47:593-608
Zit. n. Rokeach 1970

Luhmann, N. 1968:
Vertrauen: Ein Mechanismus zur Reduktion sozialer
Komplexität
Stuttgart

Luhmann, N. 1974:
Der politische Code. "Konservativ" und "progressiv"
in systemtheoretischer Sicht
Zeitschrift für Politik XXI, 1974: 253 ff.

Mannheim, K. 1928:
Das Problem der Generationen
Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie, 7: 158-187

McAllister, R.J., Butler, E.W. Goe, S.J. 1973:
Evolution of a strategy for the retrieval of cases
in longitudinal survey research
Sciology and Social Research, 58: 37-47

McDougal 1926:
An Introduction to social Psychology
Boston

McGuire, W.J. 1969:
The nature of attitudes and attitude change
in: Lindzey/Aronson (eds.) 1969: 136-314

McNemar, Q. 1958:
On Growth Measurement
Educ. Psych. Measurement, 18: 47-55

Mead, G.H. 1968:
Geist, Identität, Gesellschaft
Frankfurt/Main

Merelman, F. 1971:
The Development of Policy-Thinking in Adolescence
APSR, 65: 1033-1047

Merelman, R.F. 1973:
The structure of policy thinking in adolescence
APSR, 67: 161 ff.

Merelman, R.M. 1973:
The Development of Political Ideology: A Framework for the Analysis of Political Socialization
in: Dennis, J. (ed.) 1973

Merelman, R.M., Foster, Ch.M. 1977:
Convergence and Divergence in the political Cultures of Advanced Industrial Societies: West Germany and United States
Tutzing 1977, Tagungsreferat

Milbrath, L.W., Wilker, H.R. 1970:
Political Belief System and Political Behavior
mimeo, Suny-State Univ. New York

Muller, E.N. 1970:
Cross-National Dimensions of Political Competence
APSR, 64: 792-809

Murphy, G., Murphy, C.B., Newcomb, T.M. 1937:
Experimental Social Psychology
New York

Murchison, C.C. (ed.) 1935:
A Handbook of Social Psychology
Worcester

Nachmias, D. 1974:
Modes and types of Political Alienation
in: British Journal of Sociology, 25:478-493

Nehnevajsa, J. 1967:
Analyse von Panelbefragungen
in: König (Hrsg.) 1967: 197-208
Stuttgart

Neidhardt, F. 1968:
Schichtspezifische Elterneinflüsse im Sozialisationsprozeß
in: Wurzbacher (Hrsg.) 1968: 174-200

Neidhardt, F. 1975:
Systemtheoretische Analysen zur Sozialisationsfähigkeit der Familie
in: ders.: Frühkindliche Sozialisation, Theorien und Analysen
Stuttgart 1975

Neidhardt, F. 1976:
Systemeigenschaften der Familie. Zwischenbericht einer Tübinger Familienuntersuchung. Materialien zum zweiten Familienbericht der Bundesregierung
München, Deutsches Jugendinstitut

Neidhardt, F. 1976:
Schichtspezifische Elterneinflüsse im Sozialisationsprozeß
in: Wurzbacher (Hrsg.) 1976: 275-308

Neidhardt, F. (Hrsg.) 1975:
Frühkindliche Sozialisation. Bd. 5. Der Mensch als soziales und personales Wesen
Stuttgart

Newcomb, T. 1953:
An Approach to the Study of Communicative Acts.
Psychological Review, 60: 393-404

Newcomb, Th. 1968:
Attitude Development as a Function of Reference Groups: The Bennington Study
in: Hyman, H.H./Singer E. (eds.) 1968: 374-386

Niemi, R.G. 1974:
How Family members perceive each other
New Haven

Nunner-Winkler, G. 1975:
Die Bedeutung der Adoleszensphase für die politische Sozialisation
mimeo, Referat für Jahrestagung der DVPW, 1975

Oberndörfer, D. 1961:
Politik als praktische Wissenschaft
in: ders.: 1961

Oberndörfer, D. 1961:
Wissenschaftliche Politik. Eine Einführung in Grundfragen ihrer Tradition und Theorie
Freiburg

Oberndörfer, D. (Hrsg.) 1971:
Systemtheorie, Systemanalyse und Entwicklungsländerforschung. Einführung und Kritik
Berlin

Oberndörfer, D., Jäger, W. (Hrsg.) 1975:
Die neue Elite
Freiburg

Oberndörfer, D. (Hrsg.) 1978:
Wählerverhalten in der Bundesrepublik Deutschland.
Berlin, erscheint demnächst

O Conner, Jr. E.F. 1972:
Extending classical test theory on the measurement of change
Rev. Educ. Res. 42: 73-97

Oerter, R. 1970:
Struktur und Wandlungen von Werthaltungen
München

Oesterreich, D. 1974:
Autoritarismus und Autonomie
Stuttgart

Oevermann, U. 1970:
Sprache und soziale Herkunft
Berlin

Osgood, C.E., Tannenbaum, P.H. 1955:
The Principle of Congruity in the Prediction of Attitude-Change
Psychological Review, 1955, 62: 42-55

Osgood, Ch., Suci, G., Tannenbaum, P. 1957:
The Measurement of Meaning
Urbana

Osgood, Ch., Tannenbaum, P. 1955:
The principle of congruity in the prediction of attitude Change
in: Psychological Review 1955, 62:42-55

Ostrom, T.U. Upshaw, H.S. 1968:
Psychological Perspective and attitude change
in: Greenwald et al. (eds.) 1968: 217-247

Pappi, F.U. 1970:
Wahlverhalten und politische Kultur
Meisenheim

Pappi, F.U. 1976:
Sozialstruktur und Wahlentscheidung bei Bundestagswahlen aus kommunalpolitischer Perspektive
in: Kommunales Wahlverhalten, 1976
Eichholzverlag

Pappi, F.U. 1973:
Parteiensystem und Sozialstruktur in der Bundesrepublik
PVS 2/73

Pappi, F.U. 1970:
Wahlverhalten und politische Kultur
Meisenheim

Parelius, A.P. 1975:
Life long education and Age Stratification: Some unexplored Relationships
ABS, 19, 2: 206-223

Parsons, T. 1951a:
The Social System
New York

Parsons, T., Shils, E.A. et al. 1951b:
Toward a general Theory of Action
New York

Parsons, T. 1956:
The Social System. A General Theory of action
in: Grinker, 1956

Parsons, T. 1966:
Societies. Evolutionary and Comparative perspective
Englewood Cliffs

Parsons, T. 1969:
Politics and Social Structure
New York

Piaget, J., Imhelder, B. 1972:
Die Psychologie des Kindes
Freiburg i.Br.

Pierce, B.L. 1933:
Citizens Organization and the Civic Training of Youth
New York

Popitz, H. 1967:
Der Begriff der sozialen Rolle als Element der soziologischen Theorie
Tübingen

Prewitt, K. 1975:
Some doubts about political Socialization Research
Comparative Education Review, 19: 105 ff.

Pye, L., Verba, S. (eds.) 1965:
Political Culture and Political Development
Princeton

Renn, H. 1973:
Die Messung von Sozialisierungswirkungen
München

Renshon, S.A. 1974:
Psychological Needs and Political Behavior
New York

Renshon, S.A. 1975:
Personality and Family dynamics in the Socialization Process
AJPS, 19: 63 ff.

Roghmann, K. 1966:
Dogmatismus und Autoritarismus
Meisenheim

Rokeach, M. 1960:
The open and closed Mind
New York

Rokeach, M. 1968a:
Beliefs, Attitudes, Values
San Francisco

Rokeach, M. 1968b:
A Theory of Organization and Change within Value-Attitude Systems
Journal of Social Issues, 1968, 24: 13-33

Rokeach, M. 1969:
Value Systems in Religion
Review of Religious Research, 1969, 11: 3-23

Rokeach, M. 1970a:
Beliefs, Attitudes and Values. A Theory of Organization and Change
San Francisco

Rokeach, M. 1970b:
Commentary on the Commentaries
Review of Religious Research, 1970, 11: 155-162

Rokeach, M. 1973:
The Nature of Human Values
New York

Ronneberger, F. (Hrsg.) 1971:
Sozialisation durch Massenkommunikation. Bd. 4. Der Mensch als soziales und personales Wesen
Stuttgart

Rosenberg, M. 1956
Cognitive Structure and Attitudinal affect
Journal of Abnormal and Social Psychology, 1956, 53: 367-372

Rosenberg, M., Hovland, C.I. (eds.) 1960:
Attitude Organization and Change
New Haven

Rosenmayr, L., Kreutz, H. 1968:
Eltern und Gleichaltrige als Faktor sozialen Einflusses bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen
in: Wurzbacher (Hrsg.) 1968: 201-247

Rosenmayr, L. 1976:
Schwerpunkte der Jugendsoziologie
in: König (Hrsg.) 1976

Sahner, H. 1977:
Studentischer Radikalismus: Politische Sozialisation oder Generationenkonflikt?
Zeitschrift für Soziologie, 6, 3/77: 279-296

Sanford, N. 1973:
Authoritarian Personality in Contemporary Perspective
in: Knutson (ed.) 1973: 139-170

Scharmann, Th. 1974:
Schule und Beruf als Sozialisationsfaktoren
Stuttgart, 2. Auflage

Schelsky, H. 1957:
Die skeptische Generation
Düsseldorf

Scheuch, E.K., Wildenmann, R. 1965:
Zur Soziologie der Wahl
KZfSS, Sonderheft 9
Köln

Scheuch, E.K. 1975:
Die Jugend gibt es nicht. Zur Differenziertheit der Jugend in westlichen Industriegesellschaften
in: Jugend in der Gesellschaft. Ein Symposion
München

Schmerl, Ch., Bonn, H. 1975:
Zum Problem dogmatischer Einstellungen bei "Rechten" und "Linken"
Soziale Welt, 26/1975, 2: 174-187

Schmidt, H.D., Brunner, E.J., Schmidt-Mummendey, A. 1975:
Soziale Einstellungen
München

Schmiederer, R. 1968:
Thesen zu einer Theorie der politischen Bildung
GSE, 13 (1968): 251-257

Schmiederer, R. 1970:
Die Rebellion der Jugend und die politische Bildung
GSE, 15, 1

Schmitt, G. 1975:
Politische Sozialisationsforschung. Auftakt zu einer verbesserten Didaktik der politischen Bildung?
in: Gutjahr-Löser/Knütter (Hrsg.) 1975

Schmitt, G. 1977:
Politische Sozialisation in der Familie
Tutzing 1977, Tagungsreferat

Schulze, G. 1976:
Die Familie als politischer Sozialisationsfaktor. Zur Strukturierung politischer Aktivitätsbereitschaft in der Bundesrepublik Deutschland
in: Wurzbacher (Hrsg.) 1976: 309-337

Schulze, G. 1976:
Jugend und politischer Wandel
München

Schulze, G. 1977:
Zum Verhältnis von manifester und latenter Sozialisation
Tutzing 1977, Tagungsreferat

Searing, D.D., Schwartz, J.J., Lind, A.E. 1973:
The Structuring Principle: Political Socialization and Belief Systems
APSR 1973: 415-431

Searing, D., Wright, G., Rabinowitz, G. 1976:
The Primacy Principle: Attitude Change and Political Socialization
British Journal of Political Science, 6: 83-113

Sears, D.O. 1975:
Political Attitudes through the life cycle
San Francisco

Selman, R.L. 1971:
The Relation of Role-Taking to the Development of Moral Judgement in Children
Child Development, Vol 42, 2 (1971): 79-91

Sherif, M., Hovland, C.I. 1961:
Social judgement
New Haven

Sherif, M., Sherif, C. (eds.) 1967:
Attitude, Ego-involvement and change
New York

Sherif, M., Sherif, C. 1969:
Social Psychology
New York

Sigel, R.S. (ed.) 1970:
Learning about Politics
New York

Silvert, K.H., Reismann, L. 1976:
Education, Class and Nation
New York

Six, B. 1975:
Einstellung und Verhalten
in: Tack, W.A. (Hrsg.) 1975: 225-245

Skinner, B.F. 1957:
Verbal Behavior
New York

Skinner, B.F. 1966:
Contingencies of reinforcement in the design of a culture
Behavioral Science 11: 159-166

Smith, M.B., Bruner, J.S., White, R.W. 1956:
Opinions and Personality
New York

Smith, M.B. 1973:
Political Attitudes
in: Knutson (ed.) 1973: 57-82

Sodeur, W. 1977:
Sprachkonsistenz von Jugendlichen als Folge ähnlicher Sozialisationsprozesse
in: KZfSS, 29:71-94

Spiro, M. 1961:
Social Systems Personality and functional Analysis
in: Kaplan, B. (ed.) 1961: 93-127

Stegmüller, W. 1976:
Hauptströmungen der Gegenwartsphilosophie. Eine kritische Einführung
Stuttgart, Bd. 1, 6. Auflage, Bd. 2, 1. Auflage

Suedfeld, P. 1971:
Models of Attitude Change: Theories that pass in the night
in: ders.: 1971: 1-62

Suedfeld, P. (ed.) 1971:
Attitude Change, The competing Views
Chicago/New York

Tack, W.A. 1975:
Bericht über den 29. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Psychologie in Salzburg 1974
Göttingen

Tarter, D.E. 1970:
Attitude: the mental myth
American Sociologyst, 5: 276-278

Tatsuoka, M.M. 1971:
Multivariate Analysis: Techniques for educational and psychological research
New York

Tenbruck, F.H. 1961:
Zur deutschen Rezeption der Rollentheorie
KZfSS, 13: 1-40

Tenbruck, F.H. 1962:
Jugend und Gesellschaft
Freiburg i.Br.

Thomas, W.I., Znaniecki, F. 1918:
The Polish Peasant in Europe and America
Boston, Vol 1

Thurstone, L.L., Chave, J. 1929:
The Measurement of Attitude
Chicago

Thurstone, L.L. 1944:
A factorial Study of Perception
Chicago

Torney, J.V., Oppenheim, A.N., Farnen, R.F. 1975:
Civic Education in Ten Countries. An empirical Study
New York

Torney, J.V., Buergenthal, Th. 1977:
Ein Alternativkonzept zur politischen Sozialisation
Tutzing, 1977, Tagungsreferat

Überla, K. 1968:
Faktorenanalyse
Berlin

Ulich, K. 1976:
Sozialisation in der Schule. Elemente einer sozial-
psychologischen Theorie
München

Van der Dennen, I.M.G. 1973:
Some reflections on the rationales of attitude
measurement and it's relevance for peace research
Groningen

Verba, S. 1961:
Small Groups and Political Behavior
Princeton

Verba, S. 1965:
Germany: The Remaking of Political Culture
in: Pye/Verba (eds.) 1965: 512-560

Walter, H. (Hrsg.) 1973:
Sozialisationsforschung, Bd. 1. Erwartungen, Probleme, Theorieschwerpunkte
Stuttgart

Walter, H. (Hrsg.) 1973:
Sozialisationsforschung. Bd. 2. Sozialisationsinstanzen, Sozialisationseffekte
Stuttgart

Walter, H. (Hrsg.) 1975:
Sozialisationsforschung. Bd. 3. Sozialökologie - neue Wege in der Sozialisationsforschung
Stuttgart

Warner, L.G., DeFleur, M.C. 1969:
Attitude as an interactional Concept: Social constraint and Social Distance as intervening Variables between Attitudes and Action
ASR, 1969/34: 153-169

Weick, K. 1967:
Promise and limitations of Laboratory Experiments in the Development of Attitude Change Theory
in: Sherif/Sherif (eds.) 1967

Weiler, H.N. 1972:
Politik und Dissens in der Sicht westdeutscher Schüler. Bericht über eine empirische Untersuchung
mimeo

Weissberg, N.C. 1965:
On DeFleur and Westie's attitude as a scientific concept
Social Forces 43: 422-425

Weissberg, R. 1974:
Political Learning, Political Choice and Democratic Citizenship
Englewood Cliffs

Weitzenhoffer, A.M., Weitzenhoffer, G.B. 1958:
Sex, transference and susceptability to hypnosis
Am. J.clin. Hypnosis 1: 15-24

Welch, S., Conner, J. (eds.) 1975:
Public Opinion. Its formation measurement and impact
Palo Alto

Wicker, A.W. 1969:
Attitudes versus Actions: The relationship of verbal and overt Behavioral Responses to Attitude objects
Journal of Social Issues, 1969, 25: 41-78

Wicker, A.W. 1971:
An Explanation of the "Other Variables" Explanation of Attitude-Behavior Inconsistency
Journal of Personality and Social Psychology 1971, 19: 18-30

Wiggins, L.M. 1973:
Panel Analysis. Latent Probability Models for Attitude and Behavior Processes
New York

Wildenmann, R. (Hrsg.) 1971:
Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik. Bd. 2
München

Wössner, J. 1976:
Kirche - Familie - Sozialisation
in: Wurzbacher (Hrsg.) 1976: 338-391

Woodmansee, J.J., Cook, S.W. 1967:
Dimensions of verbal racial attitude: their identification and measurement
Journal of personality and social Psychology, 7: 240-250

Würtenberger, Th., Heinz, W. 1976:
Familie und Jugendkriminalität
in: Wurzbacher (Hrsg.) 1976: 392-448

Wurzbacher, G. (Hrsg.) 1963:
Der Mensch als soziales und personales Wesen
Stuttgart

Wurzbacher, G. (Hrsg.) 1968:
Die Familie als Sozialisationsfaktor. Der Mensch als soziales und personales Wesen. Bd. 3
Stuttgart

Wurzbacher, G. (Hrsg.) 1974:
Sozialisation und Personalisation. Bd. 1. Der Mensch als soziales und personales Wesen. Dritte überarbeitete Auflage
Stuttgart

Wurzbacher, G. (Hrsg.) 1976:
Die Familie als Sozialisationsfaktor. Zweite überarbeitete und erweiterte Auflage
Stuttgart

Yinger, M.J. 1973:
Anomie, Alienation, and Political Behavior
in: Knutson (ed.) 1973: 171-202

Zängle, M. 1977a:
Die Kristallisationsthese: Ungesicherte Annahme oder sicherstes Ergebnis der politischen Sozialisationsforschung?
Tutzing 1977, Tagungsreferat

Zängle, M. 1977b:
Grundprobleme der Sozialisationsforschung

Zigler, E., Child, I.L. 1969:
Socialization
in: Lindzey/Aronson (eds.) 1969: 451-589

Anhang:

Dokumentation und Randauszählung der Jugendstudie des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung

Seite A1 - A96

Inhalt Seite

A. Studienbeschreibung

I. Formale Angaben zur Studie 2

II. Zentrale inhaltliche Fragestellung 3

III. Anmerkungen zur methodischen Konzeption 4

IV. Anmerkungen und Anleitung zur Grundauszählung 5

B. Fragetexte, Grundauszählung 7

I. Überblick, inhaltliche Gliederung 8

II. Fragetexte, Randverteilungen 14

A. Studienbeschreibung

I. Formale Angaben zur Studie

Erhebungsgesamtheit: Jugendliche der Jahrgänge 1951 bis 1959 in der Bundesrepublik Deutschland incl. West-Berlin.

Datenerhebung: Wiederholungsbefragung (Panel) mit 4 Befragungswellen.

Auswahlverfahren: Randomauswahl, ADM-Mastersample.

Erhebungszeitpunkte: t1: März/April 1974;
t2: Oktober/November 1974;
t3: April/Mai/Juni 1975;
t4: Oktober/November/Dezember 1975.

Anzahl der Befragten: t1: 1875;
t2: 1240;
t3: 910;
t4: 617.

Art der Befragung: Strukturiertes Interview.

Erhebungsinstitut: IJF - Institut für Jugendforschung München.

Sonstiges: Die Interviews wurden von jungen Interviewern im Alter von 18 bis 28 Jahren durchgeführt.

II. Zentrale inhaltliche Fragestellungen

1. Der zentrale Themenbereich der Studie zielt dahin, Prozesse der Genese, der Veränderung und der Stabilisierung von politischen Einstellungen Jugendlicher zu untersuchen. Es sind Informationen für folgende Variablenbereiche erhoben, die als wesentliche Dimensionen der Beziehung zwischen Jugend und Politik betrachtet werden:

   - Politisches Interesse, politische Teilnahmebereitschaft
   - Einstellungen gegenüber den politischen Parteien
   - Kritikbereitschaft an der politischen Wirklichkeit, am politischen System der Bundesrepublik
   - Komplexe politische Werthaltungen wie Konservatismus, Demokratiebewußtsein, politische Entfremdung

2. Es sind Informationen über diejenigen sozialen Bezugskontexte erhoben, von denen vermutet wird, daß sie eine wesentliche Rolle bei der Genese, der Veränderung und der Stabilisierung von politischen Einstellungen spielen. Diese sind das Elternhaus, die Schule, die Arbeitswelt, Freundeskreise und die Massenmedien.

3. Ein spezifisches Erkenntnisinteresse richtet sich darauf, welche Determinanten das Wahlverhalten bzw. die Parteipräferenzen von Jugendlichen (Jungwählern) beeinflussen. In diesem Zusammenhang wurden Informationen über spezifische erklärungsrelevante Variablenbereiche erfaßt wie:

   - Parteiidentifikationen
   - Einstellungen gegenüber Politikern
   - Einstellungen gegenüber politischen Problemen und der politischen Problemlösungskompetenz der Parteien
   - Einschätzung der wirtschaftlichen Lage
   - Einschätzung der beruflichen Zukunftsaussichten und die Perzeption der Jugendarbeitslosigkeit.

4. In den zentralen Variablenbereichen wurden Operationalisierungen und Konzepte benutzt, die schon in anderen Studien und in anderen Zusammenhängen verwendet worden waren, um in der Beurteilung der Situation von 1974/1975 einen Bezug zum politischen, sozialen und historischen Kontext herstellen zu können. Es ist also die Möglichkeit gegeben, die Daten im Rahmen von Zeitreihenvergleichen zu benutzen, wie auch die Ergebnisse der Jugendstudie mit Umfragen in der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland zu vergleichen. Daraus sind gleichzeitig Anhaltspunkte darüber zu gewinnen, ob und inwieweit Veränderungen der politischen Einstellungen auf kurzfristige, politisch-konjunkturelle Einflüsse zurückführbar sind. Dadurch bietet sich die Möglichkeit, neben Lebenszykluseffekten auch Generationen- und Periodeneffekte des Wandels von politischen Einstellungen Jugendlicher zu identifizieren.

III. Anmerkungen zur methodischen Konzeption

Aus verschiedensten Gründen waren bei der Konzeption der Fragebögen sehr restriktive Bedingungen hinsichtlich Fragebogeninhalt und -umfang zu berücksichtigen. Um beim gegebenen geringen Fragebogenumfang ein Maximum an Informationen über die wesentlichen Variablenbereiche zu erhalten, wurde nur ein geringer Teil der Variablen jeweils in allen vier Befragungen erhoben; ein Teil wurde wechselweise, Informationen über die sozialen Kontexte als Sozialisierungsinstanzen (mit Ausnahme des Elternhauses) nur jeweils in einer Befragungswelle erhoben. Daraus ergeben sich zwar einige restriktive Prämissen für die Analysemöglichkeiten, jedoch schien ein Split des Fragebogens in konstanten und variablen Teil vorteilhafter als eine 4malige identische Wiederholung der ersten Befragung. Manche Fragestellungen wurden zudem wesentlich dadurch

beeinflußt, daß Erkenntnisinteressen berücksichtigt werden mußten, die keinen unmittelbaren Bezug zur zentralen wissenschaftlichen Fragestellung besaßen. Welche Variablen in welchen Befragungswellen erhoben wurden, geht aus dem Überblick auf Seite 8 hervor.

IV. Anmerkungen und Anleitung zur Grundauszählung

Der Überblick über die in der Grundauszählung enthaltenen Variablen gibt zugleich eine inhaltliche Gliederung der in der Studie erhobenen Variablenbereiche. Er enthält die inhaltliche Bezeichnung der jeweiligen Variablen, Angaben über Erhebungszeitpunkte, die laufende Nummer der betreffenden Frage in der folgenden Grundauszählung sowie die entsprechende Seitenangabe.

In der Grundauszählung sind Fragetext, Antwortkategorien, sowie die Randverteilung zu den jeweiligen Befragungszeitpunkten nach Absolut- und Prozentwerten angegeben. Wenn ein Prozentsatz geringer als 0,5 % ist, wird er als "0" wiedergegeben. Als "Rest" sind jeweils diejenigen Befragten klassifiziert, denen aufgrund von Filterfragen die betreffende Frage nicht gestellt wurde, oder die keine Angabe zur Frage machten, ohne daß sie explizit in die Kategorie "K.A." vercodet sind. Ein "=" bezeichnet Zwischensummen, die sich auf durch Filterfragen bestimmte Subgruppen beziehen. Die Filterangaben befinden sich im Fragetext. Soweit nicht explizit anders vermerkt, bezieht sich die Prozentuierung auf die Gesamtfallzahl der jeweiligen Befragungswelle.

Zu jeder Frage ist angegeben, welche Nummer ihr im Originalfragebogen der jeweiligen Befragungswelle zugewiesen ist, und zwar in der Reihenfolge der Wellen von 1 bis 4. (Buchstaben bzw. Ziffern vor dem "/" oberhalb des Fragetextes.) Außerdem ist jeweils der Variablenname angegeben, der der Frage für die einzelnen Wellen im SPSS-Systemfile entspricht (Bezeichnungen hinter dem "/" oberhalb des Frage-

textes). Aus einem "-" ist ersichtlich, daß die Variable für die betreffende Befragungswelle nicht erhoben wurde.

Es ist zu erwarten, daß trotz der extensiven Bemühungen des Verfassers um eine Bereinigung der Paneldaten immer noch Unstimmigkeiten auftreten. Es versteht sich von selbst, daß entsprechende Hinweise dankbar aufgenommen werden.

B. Fragetexte, Grundauszählung

I. Überblick, inhaltliche Gliederung

		Erhebungs-zeitpunkt	Frage	Seite
1.	Statistik			
1.1.	Demographische Merkmale			
	Alter/Geburtsjahr	t1 - t4	1	15
	Geschlecht	"	2	16
	Familienstand	"	3	16
	Konfession	"	4	16
	Kirchgangshäufigkeit	"	5	17
	Wohnortgröße	"	6	17
	Bundesland	"	7	18
1.2.	Zur Ausbildung			
	Schulbesuch, gegenwärtiger	t1 - t4	8	18
	Schulzeit, voraussichtliches Ende	"	9	19
	Schulabschluß	"	10	19
	Berufsausbildung	"	11	20
	Berufstätigkeit	"	12	21
	Berufsstellung	"	13	21
1.3.	Angaben zur eigenen finanziellen Situation			
	Einkommen, netto, monatlich	t1 - t4	14	22
	Sparleistung, monatlich	"	15	23
	Einkommen, freies, monatlich	"	16	24
1.4.	Soziale Stellung der Familie			
	Haushaltsvorstand	t1 - t4	17	25
	Berufsstellung des HV	"	18	26
	Haushaltsgröße	"	19	27
	Kinder unter 14 Jahre, Anzahl	"	20	27
	Kinder zwischen 14 und 22 Jahren, Anzahl	"	21	28
	Personen älter als 23 Jahre, Anzahl	"	22	28
	Einkommensbezieher, Anzahl	"	23	29
	Haushaltseinkommen, netto, monatlich	"	24	29
	Wohnsituation des Befragten	"	25	30

		Erhebungs-zeitpunkt	Frage	Seite
2.	Politische Einstellungen			
2.1.	Politisches Interesse, Partizipationsbereitschaft			
	Interesse für Politik	t1 - t4	27	31
	Gespräche über Politik	t1	28	31
	Kompetenz für Politik des Befragten	t1	29/30	32
	Partizipationsbereitschaft, Skala	t3	31	33
2.2.	Demokratie, Staat, Bürger			
	Zufriedenheit mit politischem System	t1, t3, t4	32	35
	Funktionalität der Führung	t1	33	35
	Political Efficacy	t1, t3, t4	34	36
	Konservatismusskala	t2, t4	35	39
	Demokratieskala	t2, t4	35	39
	Beziehung zum Staat, Wissen	t2	36	42
2.3.	Ideologische Ausrichtung			
	Selbsteinschätzung auf dem Rechts-Links-Kontinuum	t1 - t4	37	43
2.4.	Politische Parteien, politische Jugendorganisationen			
2.4.1.	Parteipräferenz/Wahlabsicht			
	Wahlabsicht 1. Stimme	t1 - t4	38	44
	Wahlabsicht 2. Stimme	t1 - t4	38	44
2.4.2.	Parteiidentifikation			
	Parteineigung	t1 - t4	39	45
	Parteianhänger	"	40	45
	Stärke der Parteineigung	"	41	46
	Parteinähe	"	42	46
	Frühere Parteineigung	t1	43/44	47
	Frühere Parteinähe	t1	45/46	48

		Erhebungs-zeitpunkt	Frage	Seite
2.4.3.	Parteipräferenz/Parteienrang			
	Rangfolge präferierter Parteien	t1	47	49
2.4.4.	Früheres Wahlverhalten			
	Bisherige Beteiligung an Wahlen	t3	48/49	49
	Gewählte Partei	t3	50	50
2.4.5.	Ideologische Richtung der Parteien			
	Einschätzung auf dem Rechts-Links-Kontinuum	t4	51	51
2.4.6.	Verschiedenes zu Parteien			
	Einstellung gegenüber Opposition	t2	52	52
	Differenzen zwischen Parteien	t1, t2, t4	53	52
	Bundestagswahlausgang und berufliche Zukunft	t4	54/55	53
2.4.7.	Politische Jugendorganisation			
	Sympathie Junge Union	t1, t3	56	54
	Sympathie Jusos	t1, t3	56	54
	Sympathie Schülerunion	t3	56	54
	Einfluß der Jusos in SPD	t1	57	55
	Meinungen über Jusos	t1	58	55
	Parteien in der Schule	t1	59	56
	Bekanntheit Schülerunion	t1	60	56
2.5.	Politiker			
	Bekanntheit Spitzenpolitiker	t1	61	57
	Bevorzugter Bundeskanzler	t1, t4	62	58
	Sympathie von Spitzenpolitikern	t2	63/64	59
2.6.	Politische Aufgaben, Probleme			
	Wichtigste politische Aufgaben	t1	65	60
	Politische Forderungen	t1	66	61
	Problemlösungskompetenz der Parteien	t1	67/68	62

		Erhebungs-zeitpunkt	Frage	Seite
	Einschätzung aktueller Wirtschaftslage	t1, t3, t4	69	63
	Einschätzung zukünftiger Wirtschaftslage	t1, t3, t4	70	63
	Zur Arbeitslosigkeit	t3	71-74	64
	Einschätzung der beruflichen Aussichten	t3, t4	75	65
3.	Das soziale Umfeld			
3.1.	Politische Meinungsführer allgemein			
	Bezugspersonen für politische Information	t1 - t4	76-78	66
	Parteipräferenz der Bezugspersonen	t1 - t4	79	67
	Bedeutung von Medien und Bezugspersonen für politische Meinungsbildung	t3	80	68
3.2.	Politik im Elternhaus			
	Gespräche über Politik im Elternhaus	t1, t4	81	69
	Beteiligung an Gesprächen über Politik	t1	82	69
	Auskommen mit Eltern	t1 - t3	83-85,88	70
	Politische Kompetenz der Eltern	t1	86	71
	Parteineigung des Vaters	t1 - t4	89/90	72
	Stärke der Parteineigung des Vaters	t1 - t4	91	73
	Parteineigung der Mutter	t1 - t4	92/93	73
	Stärke der Parteineigung der Mutter	t2 - t4	94	74
3.3.	Politik in der Schule			
	Politischer Unterricht in der Schule	t2	95/96	75
	Einfluß der Schüler auf Unterricht	t2	97	76
	Gespräche über aktuelle politische Ereignisse	t2	98	76
	Diskussionen über Politiker und Parteien	t2	99	76
	Meinungsgegensätze in der Klasse	t2	100/101	77
	Parteipräferenz der Freunde in der Klasse	t2	102	78
	Politische Präferenz des Politik-Lehrers	t2	103-107	78
	Politische Gruppen an der Schule	t2	108	80
	Einstellung zur Schule allgemein	t2	109	80
	Politische Richtung in der Schulklasse	t2	110	81

		Erhebungs-zeitpunkt	Frage	Seite
3.4.	Politik am Arbeitsplatz			
	Betriebsgröße	t2	112	82
	Gespräche über Politik am Arbeitsplatz	t2	113	82
	Meinungsgegensätze am Arbeitsplatz	t2	114/115	83
	Parteipräferenz der Arbeitskollegen	t2	116/117	83
	Politische Gruppen im Betrieb	t2	118	84
	Einstellung zum Betrieb allgemein	t2	119	85
3.5.	Politik im Freundeskreis			
	Zusammensetzung des Freundeskreises	t2	120	85
	Kontaktgewohnheiten	t2	121	86
	Wichtigkeit des Freundeskreises	t2	122	86
	Umfang des Freundeskreises	t2	123	87
	Politische Gespräche im Freundeskreis	t2	124	87
	Meinungsgegensätze im Freundeskreis	t2	125	88
	Politische Richtung im Freundeskreis	t2	126	88
3.6.	Politik in den Medien			
	Politik im Fernsehen	t3	127	89
	Politik im Radio	t3	128	89
	Politik in der Tageszeitung	t3	129	90
	Politik in Illustrierten und Zeitschriften	t3	130	90
	Politische Richtung der Tageszeitung	t3	131	90
	Politische Richtung der Illustrierten und Zeitschriften	t3	132	91
	Diskussion politischer Informationen	t3	133	91
	Meinungsgegensätze bei Diskussionen	t3	134	91
	Meinungsänderungen bei Diskussionen	t3	135/136	92
3.7.	Beziehungen zwischen Sozialisationsinstanzen			
	Wichtigkeit von Sozialisationsinstanzen	t2	137	93
	Eigenschaften von Schule, Elternhaus, Staat	t2	138-140	94

3.8. Verschiedenes zum sozialen Hintergrund	Erhebungs-zeitpunkt	Frage	Seite
Rolle der Religion im Elternhaus	t2	141	95
Wichtigkeit der Religion	t2	142	95
Soziale Einstufung der Eltern	t2	143/144	95
Sozialer Optimismus	t2	145	96

II. Fragetexte und Grundauszählung

Fragestellung

1. Statistik

1.1 Demographische Merkmale

Frage 1:

SA SA SA SA / VAR115, VAR323, VAR572, VAR760**

Geburtsjahr des Befragten

Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
1959	278	15	195	16	151	17	110	18
1958	264	14	191	15	150	17	113	18
1957	257	14	181	15	141	16	107	17
1956	223	12	148	12	114	13	70	11
1955	202	11	131	11	100	11	63	10
1954	181	10	103	8	68	8	39	6
1953	159	9	89	7	59	7	34	6
1952	156	8	100	8	71	8	50	8
1951	151	8	102	8	56	6	31	5
K.A.	4	0	-	-	-	-	-	-

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
Frage 2:									
SB SB SB SB / VAR114, VAR322, VAR573, VAR761**									
Geschlecht	männlich	1004	53	665	54	508	56	359	58
	weiblich	871	47	575	46	402	44	253	42
Frage 3:									
SC SC SC SC / VAR113, VAR321, VAR574, VAR762**									
Familienstand des Befragten	ledig	279	68	796	64	571	63	387	63
	ledig, aber fest befreundet . . .	435	23	312	25	251	28	131	25
	ledig, aber verlobt	77	4	61	5	38	4	23	5
	verheiratet	81	4	65	5	48	5	41	7
	verwitwet/geschieden	3	0	3	0	2	0	-	-
	K.A.	-	-	3	0	-	-	-	-
Frage 4:									
SY SY SY SY / VAR092, VAR300, VAR595, VAR783**									
Konfession des Befragten	evangelisch	1003	54	679	55	493	55	335	55
	katholisch	771	41	492	40	370	41	254	41
	andere	21	1	13	1	9	1	7	1
	ohne	75	4	42	4	33	4	20	3
	K.A.	-	-	7	1	-	-	1	0

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung

Frage 5:

SZ SZ SZ SZ / VAR091, VAR299, VAR596,VAR784**

Häufigkeit des Kirchenbesuchs

Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
nie	697	37	441	36	323	36	211	34
1 - 3 mal im Jahr	550	29	378	31	297	33	200	34
4 -12 mal im Jahr	233	12	187	15	123	14	76	13
13-50 mal im Jahr	231	12	156	13	120	13	85	14
51 mal oder mehr	151	8	71	6	46	5	27	4
K.A.	13	1	7	1	1	0	7	1

Frage 6:

SZ1 SZ1 SZ1 SZ1 / VAR090, VAR298, VAR597,VAR785**

Einwohnerzahl des Wohnortes

bis 2.000	297	16	224	18	171	19	128	20
2.001 - 5.000	219	12	120	10	95	10	58	9
5.001 - 20.000	295	16	206	17	167	18	122	20
20.001 - 100.000	418	22	266	22	192	21	122	20
100.001 - 500.000	318	17	194	16	137	15	93	15
mehr als 500.000	328	18	229	19	148	16	98	16
K.A.	-	-	1	1	-	-	1	0

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
Frage 7: SZ2 SZ2 SZ2 SZ2 / VAR089, VAR297, VAR598, VAR786**									
Bundesland	Berlin	65	4	35	3	17	2	5	1
	Hamburg/Schleswig-Holstein	146	8	114	9	67	7	40	7
	Bremen/Niedersachsen	240	13	166	13	131	14	96	15
	Nordrhein-Westfalen	537	29	368	30	299	33	201	33
	Hessen	167	9	114	9	76	8	59	9
	Rheinland-Pfalz/Saarland	199	11	120	10	89	10	68	11
	Baden-Württemberg	250	13	150	12	108	12	74	12
	Bayern	271	15	173	14	123	14	78	13
1.2 Zur Ausbildung									
Frage 3: SD SD SD SD / VAR112, VAR320, VAR575, VAR763**									
Gegenwärtiger Schulbesuch	Grund-/Haupt-/Gesamtschule	169	9	67	5	26	3	11	2
	Berufs-/Berufsfach-/Fachschule	403	22	316	26	225	25	142	23
	Real-/Mittelschule	211	11	98	8	72	8	33	5
	Gymnasium/Oberschule	399	21	268	22	194	21	150	24
	Hochschule/Universität	113	6	95	8	81	9	57	9
	besucht keine Schule/Hochschule mehr	589	31	390	32	312	34	224	36

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
Frage 9:									
SE SE SE SE / VAR111, VAR319, VAR576, VAR764**									
An diejenigen, die eine Schule besuchen (außer Berufsschule, Berufsfachschule, Fachschule) (Filter Frage 8)									
In welchem Jahr werden Sie voraussichtlich Ihre Schul-/Universitätsausbildung abgeschlossen haben ? (Längste Ausbildungszeit notieren !)	1974	173	9	6	1	-	-	-	-
	1975	211	11	131	11	59	6	3	1
	1976	143	8	124	10	78	9	63	10
	1977	103	6	90	7	86	9	61	10
	1978	96	5	55	4	45	5	35	6
	1979	54	3	37	3	29	3	25	4
	1980 oder später	101	5	95	8	72	8	48	8
	=	878	47	538	44	369	40	235	9
	Rest	997	53	702	56	541	60	382	62
Frage 10:									
SF SF SF SF / VAR110, VAR318, VAR577, VAR765**									
(An diejenigen, die eine Berufschule, Berufsfach-/Fachschule oder keine Schule mehr besuchen) (Filter Frage 8)									
Schulabschluß	Grund-/Hauptschule	636	34	413	33	302	33	193	31
	Mittel-/Realschule	259	14	225	18	171	19	124	20
	Oberschule ohne Abitur	34	2	29	2	19	2	14	2
	Oberschule mit Abitur	53	3	65	5	45	5	35	6
	=	982	52	732	59	537	59	366	59
	Rest	893	48	508	41	373	41	251	41

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November; t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
Frage 11: SG SG SG SG / VAR109, VAR317, VAR578, VAR766** (an dieselbe Befragtengruppe wie bei Frage 10; Filter Frage 8)									
Lehre und Lehrabschluß, Berufsausbildung	hat keine Lehre angetreten oder Lehre abgebrochen	207	11	162	13	142	16	75	12
	hat Lehre angetreten und befindet sich im 1. Lehrjahr . . .	150	8	89	7	76	8	40	7
	hat Lehre angetreten und befindet sich im 2. Lehrjahr . . .	126	7	108	9	66	7	50	8
	hat Lehre angetreten und befindet sich im 3. Lehrjahr . . .	85	5	80	7	62	7	52	3
	hat Lehre beendet und besitzt Gesellenbrief	369	20	246	20	185	20	129	21
	hat Lehre beendet und besitzt Meisterbrief	9	1	14	1	5	1	2	0
	=	946	50	699	56	536	59	348	56
	Rest	929	50	541	44	374	41	269	44

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung

Frage 12:

SH SH SH SH / VAR108, VAR316, VAR579, VAR767**

(An dieselbe Befragtengruppe wie bei Frage 10; Filter Frage 8)

Berufstätigkeit des Befragten

Frage 13:

SI SI SI SI / VAR107, VAR315, VAR580, VAR768**

(An dieselbe Befragtengruppe wie bei Frage 10, wenn zudem Vollberufstätigkeit oder teilweise Berufstätigkeit vorliegt; Filter Frage 8 und 12)

Berufsstellung des Befragten

Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
Vollberufstätig (auch mithelfende Familienangehörige, auch Bundeswehr)	798	43	581	47	435	48	300	49
Stundenweise/teilweise berufstätig	40	2	18	2	15	2	8	1
Nicht berufstätig/z.Zt. arbeitslos	44	2	32	3	32	3	27	4
Besucht (wieder) eine Schule/Fachschule	88	5	74	6	46	5	14	2
Hausfrau	13	1	12	1	7	1	9	2
-	983	52	717	59	535	59	359	58
Rest	892	48	523	41	375	41	259	42
Selbständiger	10	1	9	1	2	0	5	1
Angestellter	380	21	354	28	260	29	162	26
Beamter	47	3	22	2	23	3	34	5
Arbeiter/Facharbeiter	330	18	207	17	158	17	98	16
-	735	42	592	58	443	49	299	48
Rest	1080	58	648	52	467	51	318	52

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung

1.3 Angaben zur eigenen finanziellen Situation

Frage 14:

ST ST ST ST / VAR097, VAR305, VAR590, VAR778 **

Wenn Sie einmal alles zusammenrechnen, was Sie in einem Monat an Einkommen haben; sei es Taschengeld, sei es der eigene Arbeitsverdienst oder ein- oder mehrmalige Geldzuwendungen von Verwandten oder Bekannten. Wenn Sie alles zusammenrechnen, wieviel Geld haben Sie dann (netto) in einem Monat durchschnittlich zur Verfügung ?

Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
kein Geld	30	2	7	1	11	1	4	1
bis 10,00	45	2	16	1	5	1	1	0
10,01 bis 20,00	154	8	93	8	26	3	16	3
20,01 bis 40,00	274	15	131	11	99	11	43	7
40,01 bis 60,00	178	10	108	9	74	8	57	9
60,01 bis 80,00	77	4	43	3	53	6	29	5
80,01 bis 100,00	76	4	52	4	36	4	21	3
100,01 bis 150,00	94	5	66	5	50	5	38	6
150,01 bis 200,00	99	5	76	6	46	5	27	4
200,01 bis 250,00	112	6	85	7	53	6	35	6
250,01 bis 300,00	89	5	72	6	41	4	39	6
300,01 bis 350,00	49	3	52	4	51	6	33	5
350,01 bis 400,00	53	3	30	2	38	4	30	5
400,01 bis 500,00	81	4	74	6	60	7	51	8
500,01 bis 600,00	61	3	53	4	37	4	33	5
600,01 bis 700,00	58	3	49	4	34	4	17	3
700,01 bis 800,00	69	4	45	4	38	4	23	4
800,01 bis 900,00	72	4	32	3	38	4	19	3
900,01 bis 1000,00	64	3	48	4	32	4	26	4
1000,01 oder mehr	129	7	101	8	83	9	66	11
K.A.	11	1	7	1	5	1	2	0

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung

Frage 15:

SU SU SU SU / VAR096, VAR304, VAR591, VAR779**

(An diejenigen, die ein monatliches Taschengeld besitzen; Filter Frage 14)

Wieviel von diesem Geld sparen Sie durchschnittlich im Monat ? Es spielt jetzt keine Rolle, auf welche Art Sie dieses Geld sparen, ob als Prämiensparen, auf einem Sparbuch oder in einer Sparbüchse. Wie hoch ist Ihre durchschnittliche Sparleistung insgesamt ?

Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
Spare kein Geld	697	37	390	31	280	31	168	27
bis 10,00	244	13	142	11	89	10	48	8
10,01 bis 20,00	111	6	92	7	50	5	32	5
20,01 bis 40,00	87	5	61	5	54	6	39	6
40,01 bis 60,00	181	10	127	10	83	9	67	11
60,01 bis 80,00	50	3	32	3	18	2	24	4
80,01 bis 100,00	81	4	81	7	61	7	45	7
100,01 bis 150,00	87	5	76	6	72	8	36	6
150,01 bis 200,00	80	4	53	4	41	4	27	4
200,01 bis 250,00	61	3	42	3	39	4	43	7
250,01 bis 300,00	42	2	39	3	19	2	19	3
300,01 bis 350,00	28	1	24	2	15	2	6	1
350,01 bis 400,00	23	1	16	1	25	3	5	1
400,01 bis 500,00	23	1	21	2	20	2	22	4
500,01 oder mehr	39	2	30	3	25	3	21	4
=	1834	98	1226	98	891	98	602	96
Rest	41	2	14	2	19	2	8	2

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	%	t2* abs.	%	t3* abs.	%	t4* abs.	%
Frage 16:									
SV SV SV SV / VAR035, VAR303, VAR592,VAR780**									
(An dieselbe Befragtengruppe wie Frage 15; Filter Frage 14)									
Nun hat man ja von seinem Einkommen stets auch feste Ausgaben zu machen. Wenn Sie von Ihren Gesamteinnahmen mal alle die festen Ausgaben abziehen, die Sie so monatlich haben (z.B. Kostgeld etc.), wieviel Geld haben Sie dann noch im Monat durchschnittlich zu ihrer freien Verfügung ?	kein Geld	91	5	63	5	25	3	21	3
	bis 10,00	137	7	70	6	22	2	16	3
	10,01 bis 20,00	181	10	109	9	58	6	26	4
	20,01 bis 40,00	241	13	123	10	103	11	55	9
	40,01 bis 60,00	197	11	128	10	97	11	64	10
	60,01 bis 80,00	104	6	44	4	50	5	42	7
	80,01 bis 100,00	112	6	96	8	70	8	42	7
	100,01 bis 150,00	159	9	132	11	67	10	55	9
	150,01 bis 200,00	127	7	93	8	81	9	65	10
	200,01 bis 250,00	100	5	68	5	65	7	53	9
	250,01 bis 300,00	72	4	52	4	38	4	33	5
	300,01 bis 350,00	50	3	37	3	40	4	23	4
	350,01 bis 400,00	56	3	49	4	31	3	17	3
	400,01 bis 500,00	75	4	44	4	44	5	26	4
	500,01 oder mehr	139	7	110	9	78	9	63	10
	-	1892	98	1208	97	889	98	601	97
	Rest	43	2	32	3	21	2	16	3

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung

1.4 Soziale Stellung der Familie

Frage 17:

SKL SKL SKL SKL / VAR106, VAR314, VAR581, VAR769**
VAR105, VAR313, VAR582, VAR770**

Wer ist Haushaltsvorstand ?

Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
Befragter selbst	182	10	115	9	78	9	62	10
Vater	1230	66	876	71	658	72	430	70
Mutter	304	16	166	13	116	13	86	14
Ehepartner	104	5	52	4	34	4	21	3
andere Person	36	2	23	2	16	1	8	1
=	1856	99	1232	99	992	99	607	93
Rest	19	1	8	1	8	1	10	2

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
Frage 13:									
SM SM SM SM / VAR104, VAR312, VAR583, VAR771**									
(wenn der Befragte nicht selbst Haushaltsvorstand ist; Filter Frage 17)	noch in Ausbildung/ Hausfrau	204	11	116	9	63	8	51	8
Berufsstellung des Haushaltsvorstandes	Arbeiter (auch landw. Arbeiter)	187	10	126	10	90	10	44	7
	Facharbeiter	310	17	224	18	161	18	104	17
	mittlerer, einfacher Angestellter	335	18	215	17	43	5	41	7
	leitender Angestellter	197	11	130	10	55	6	36	6
	mittlerer, einfacher Beamter	93	5	65	5	162	18	106	17
	höherer, gehobener Beamter	114	6	69	6	104	11	67	11
	selbständiger Geschäftsmann/freie Berufe	176	9	128	10	101	11	70	11
	Inhaber und Geschäftsführer großer Unternehmen	13	1	8	1	9	1	3	0
	selbständiger Landwirt	44	2	30	2	28	3	16	3
	-	1673	89	1113	90	816	91	538	87
	Rest	202	11	127	10	94	9	79	13

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
Frage 19:									
SN SN SN SN / VAR103, VAR311, VAR584, VAR772**									
Aus wieviel Personen - Sie selbst mit eingeschlossen - besteht der Haushalt ?	1 Person	89	5	57	5	38	[illegible]	22	4
	2 Personen	150	8	109	9	75	[illegible]	[illegible]	11
	3 Personen	510	27	323	26	257	26	131	26
	4 Personen	546	29	357	29	268	30	185	30
	5 Personen	335	18	221	18	153	[illegible]	100	18
	6 Personen	137	7	86	7	60	7	43	8
	7 Personen	54	3	48	4	26	3	20	3
	8 Personen oder mehr	53	3	39	3	25	3	15	2
	Rest	1	0	-	-	-	-	-	-
Frage 20:									
SO SO SO SO / VAR102, VAR310, VAR585, VAR773**									
Wieviele Personen im Haushalt sind jünger als 14 Jahre ? (in t3 und t4: jünger als 15 Jahre)	1 Person	485	26	323	26	257	28	[illegible]	23
	2 Personen	171	9	105	9	68	8	54	[illegible]
	3 Personen	53	3	33	3	27	3	[illegible]	3
	4 Personen	19	1	9	1	9	1	4	0
	5 Personen oder mehr	5	0	3	0	4	0	[illegible]	
	-	736	39	578	39	365	40	249	[illegible]
	Rest	1139	61	762	61	545	60	363	[illegible]

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
Frage 11: SP SP SP SP / VAR101, VAR309, VAR586, VAR774**									
Wieviele Personen im Haushalt sind zwischen 14 und 22 Jahren? (t2: zwischen 14 und 22 Jahren; t3: zwischen 15 und 24 Jahren; t4: zwischen 15 und 24 Jahren)	1 Person	1157	62	725	59	556	61	363	59
	2 Personen	503	27	384	31	271	30	184	30
	3 Personen	134	7	95	8	65	7	45	7
	4 Personen	24	1	27	2	13	1	12	2
	5 Personen oder mehr	10	1	9	1	5	1	5	1
	-	1828	97					609	99
	Rest	47	3	-	-	-	-	8	1
Frage 22: SQ SQ SQ SQ / VAR100, VAR308, VAR587, VAR775**									
Wieviele Personen im Haushalt sind 23 Jahre oder älter? (in t2: 24 Jahre; in t3 und t4: 25 Jahre)	1 Person	211	11	132	11	86	10	65	10
	2 Personen	1246	67	834	67	657	72	429	69
	3 Personen	229	12	141	11	73	8	59	10
	4 Personen	37	2	24	2	17	2	11	2
	5 Personen oder mehr	7	0	3	0	3	0	-	-
	-	1730	92	1134	91	836	92	564	91
	Rest	145	8	106	9	74	8	53	9

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November; t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung

Antwortkategorien

Randverteilung

	t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
Frage 23:								
SR SR SR SR / VAR099, VAR307, VAR588,VAR776**								
Wieviele Personen im Haushalt haben ein eigenes Einkommen ? (Lohn, Gehalt, Rente, Pension, Einkommen aus Miete, Zinsen, Stipendium)								
1 Person	568	30	326	26	231	25	157	25
2 Personen	757	40	527	43	392	43	255	41
3 Personen	385	21	269	22	206	23	138	22
4 Personen	103	6	72	6	57	6	48	8
5 Personen oder mehr	46	3	40	3	20	2	18	3
=	1859	99	1234	99	906	99	616	100
Rest	16	1	6	1	4	1	1	0
Frage 24:								
SS SS SS SS / VAR098, VAR306, VAR589,VAR777**								
Monatliches Nettoeinkommen des Haushalts								
bis 500,--	26	1	13	1	10	1	5	1
500,-- bis 749,--	27	1	15	1	4	0	9	1
750,-- bis 999,--	78	4	33	3	19	2	2	0
1000,-- bis 1249,--	155	8	61	5	41	4	32	5
1250,-- bis 1499,--	220	12	106	9	79	9	45	7
1500,-- bis 1749,--	244	13	156	13	97	11	63	10
1750,-- bis 1999,--	243	13	144	12	123	13	70	11
2000,-- bis 2499,--	370	20	283	23	184	20	122	20
2500,-- bis 2999,--	193	10	158	13	123	13	81	13
3000,-- oder mehr	230	12	182	14	171	19	142	23
=	1786	95	1151	93	851	94	570	92
Rest	89	5	89	7	59	6	47	8

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November; t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung							
		t1*		t2*		t3*		t4*	
		abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Frage 25:									
SWX SWX SWX SWX / VAR094, VAR302, VAR593, VAR781**									
VAR093, VAR301, VAR594, VAR782**									
Wohnsituation des Befragten	wohnt nicht bei den Eltern	271	15	192	16	126	14	91	15
	wohnt bei den Eltern:								
	mit eigenem Zimmer	1244	68	833	68	642	71	447	72
	ohne eigenes Zimmer	333	18	199	16	128	14	74	12
	=	1848	99	1223	100	898	99	612	99
	Rest	27	1	11	0	12	1	15	1
Frage 29:									
- - - - / -, -, VAR 599, -									
Zeitpunkt des Interviews	s. SPSS-Variablenliste								

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Fragebogen zur Studie

Fragestellung

2. Politische Einstellungen

2.1 Politisches Interesse, Partizipationsbereitschaft

Frage 27:

07 05 03 03 / VAR007, VAR217, VAR504, VAR704**

Wie stark interessieren Sie sich für Politik, würden Sie sagen, sehr stark, stark, etwas, kaum, überhaupt nicht ?

Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
sehr stark	125	7	79	6	46	5	37	6
stark	409	22	294	24	202	22	126	20
etwas	813	46	599	48	446	49	305	49
kaum	341	18	205	17	151	17	100	16
Überhaupt nicht	130	7	53	4	64	7	39	6
K.A.	5	0	10	1	1	0	10	2

Frage 28:

04 - - - / VAR004, -, -, - **

Es gibt ja verschiedene Arten, sich über Politik zu informieren. Einige Leute lesen Zeitung, andere sehen fern oder hören Radio, andere unterhalten sich im Familien- oder Freundeskreis. Wie ist das bei Ihnen ? Wie oft sprechen Sie in Ihrer Familie oder mit Ihren Freunden oder Bekannten über politische Fragen ?

Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
sehr häufig	146	8	-	-	-	-	-	-
häufig	432	23						
gelegentlich	721	39						
selten	444	24						
nie	123	7						
K.A.	9	1						

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November; t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
Frage 29:									
05 - - - / VAR005, -, -, - **									
Wenn Sie sich einmal mit Ihren Freunden oder Bekannten vergleichen: werden Sie dann bei Gesprächen über politische Angelegenheiten häufig, gelegentlich, selten oder nie um Ihre Meinung gefragt ?	häufig	554	30	-	-	-	-	-	-
	gelegentlich	716	39						
	selten	364	19						
	nie	225	12						
	K.A.	15	1						
Frage 30:									
06 - - - / VAR006, -, -, - **									
(an diejenigen, die zumindest selten um ihre Meinung gefragt werden; Filter Frage 29)									
Und haben Sie dabei auch offen zu erkennen gegeben, für welche Partei oder welchen Politiker Sie sind ?	ja	1204	64	-	-	-	-	-	-
	nein	433	23						
	-	1637	87						
	Rest	238	13						

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung

Frage 31:

(nur in t3 erfragt)*

- - 14 - / -, -, VAR515 bis VAR526, - **

Ich lese Ihnen einige Möglichkeiten vor, mit denen Bürger versuchen können, bestimmte politische Ziele zu erreichen. Würden Sie mir zu jeder Möglichkeit sagen, wie Sie dazu stehen, das heißt, ob Sie das bereits getan haben, ob Sie das möglicherweise tun würden oder ob das für Sie nicht in Frage kommt.

Antwortkategorien	Randverteilung: bereits getan abs.	bereits getan %	möglicherw. tun abs.	möglicherw. tun %	kommt nicht in Frage abs.	kommt nicht in Frage %	keine Angabe abs.	keine Angabe %
Beteiligung an einer Unterschriftensammlung (VAR515)	292	32	510	56	106	12	2	0
Teilnahme an einer genehmigten politischen Demonstration (VAR516)	140	15	451	50	318	35	1	0
Weigerung, Mieten, Raten oder Steuern zu bezahlen (VAR517)	13	1	248	27	646	71	3	0
Beteiligung an einem wilden Streik (VAR518)	9	1	192	21	701	77	8	1
Schreiben von Parolen an Mauern und Wände (VAR519)	10	1	82	9	814	90	4	0
Besetzung von Fabriken, Ämtern und anderen Gebäuden (VAR520)	6	1	125	14	771	85	8	1
Aufhalten des Verkehrs mit einer Demonstration (VAR521)	24	3	254	28	619	68	13	1

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November; t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

	bereits getan		möglicherw. tun		kommt nicht in Frage		keine Angabe	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Fortsetzung Frage 31:								
Beschädigung fremden Eigentums, z.B. Fenster einschlagen, Straßenschilder abmontieren u.ä. (VAR522)	7	1	24	3	876	96	3	0
Anwendung von Gewalt gegen Personen, Schlägereien mit Polizisten oder Demonstranten der Gegenseite (VAR523)	4	0	29	3	870	96	7	1
Politische Diskussionen führen (VAR524)	406	45	402	44	93	10	9	1
An Wahlen teilnehmen (VAR525)	409	45	474	52	25	3	2	0
In einer Partei aktiv mitarbeiten (VAR526)	48	5	533	59	325	36	4	0

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	%	t2* abs.	%	t3* abs.	%	t4* abs.	%
2.2 Demokratie, Staat, Bürger									
Frage 32:									
10 - 17 34 / VAR029, -, VAR529, VAR705**									
Was würden Sie im allgemeinen zu der Demokratie in der Bundesrepublik sagen, das heißt, zu unseren politischen Parteien und zu unserem ganzen politischen System ? Sind Sie damit sehr zufrieden, einigermaßen zufrieden oder nicht zufrieden ?	sehr zufrieden	186	10	-	-	104	11	74	12
	einigermaßen zufrieden	1355	72			691	76	476	77
	nicht zufrieden	[illegible]	17			109	12	58	9
	K.A.	12	1			6	1	9	2
Frage 33:									
[illegible] - - - / VAR030, -, -, - **									
Glauben Sie, daß heute bei uns in der Bundesrepublik im großen und ganzen die richtigen Leute in den führenden Stellungen sind oder glauben Sie das nicht ?	glaube ich	805	43	-	-	-	-	-	-
	glaube ich nicht	1038	55						
	K.A.	32	2						

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung

Frage 34:

15 - 18 05 / VAR032 bis VAR040, -, VAR530 bis VAR538, VAR706 bis VAR714**

Aussagen zum Verhältnis Staat-Bürger-Politik
(Political Efficacy)

Ich habe hier Kärtchen mit verschiedenen Behauptungen. Unter jeder dieser Behauptungen ist eine Skala aufgezeichnet, die von + 3 bis - 3 geht. Anhand dieser Skala können Sie sagen, wie stark Sie dieser Ansicht zustimmen. + 3 bedeutet dabei, daß Sie dieser Ansicht völlig zustimmen. - 3 bedeutet, daß Sie diese Ansicht völlig ablehnen. Würden Sie mir nun bitte für jede Behauptung sagen, ob Sie der Ansicht eher zustimmen oder sie ablehnen ?

			Randverteilung									
			+ 3	+ 2	+ 1	0	- 1	- 2	- 3	KA	Mittelwert	n =
A. Manchmal ist die ganze Politik so kompliziert, daß jemand wie ich gar nicht versteht, was vorgeht (VAR032, VAR530, VAR706)	t1*	abs.	268	302	381	223	210	247	224	20	+ 0,23	1875
		%	14	16	20	12	11	13	12	1		100
	t3	abs.	104	148	199	116	106	129	106	2	+ 0,14	910
		%	11	16	22	13	12	14	12	0		100
	t4	abs.	51	96	163	68	78	104	57	-	+ 0,09	617
		%	8	16	26	11	13	17	9	-		100
B. Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluß darauf, was eine Regierung tut (VAR033, VAR531, VAR707)	t1	abs.	333	233	235	216	220	226	336	76	+ 0,02	1875
		%	18	12	13	12	12	12	18	4		100
	t3	abs.	93	123	103	113	128	167	157	26	- 0,34	910
		%	10	14	11	12	14	18	17	3		100
	t4	abs.	56	59	90	69	112	115	97	19	- 0,43	617
		%	9	10	15	11	18	19	16	3		100

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung		Randverteilung									
		+ 3	+ 2	+ 1	0	- 1	- 2	- 3	KA	Mittelwert	n =
C. Außer den Wahlen gibt es keinen anderen Weg, um Einfluß darauf zu nehmen, was eine Regierung tut (VA2034, VA2532, VA2708)	t1* abs.	295	254	205	208	251	208	356	38	- 0,14	1875
	%	16	14	11	11	13	14	19	2		100
	t3 abs.	100	93	112	102	142	156	193	12	- 0,48	910
	%	11	10	12	11	16	17	21	1		100
	t4 abs.	72	75	71	75	118	110	97	1	- 0,30	617
	%	12	12	12	12	19	18	16	0		100
D. Ich glaube, daß sich die Abgeordneten und Politiker nicht darum kümmern, was der kleine Mann sagt und denkt (VA2035, VA2533, VA2709)	t1 abs.	227	251	264	290	295	280	243	30	- 0,07	1875
	%	12	13	14	16	15	15	13	2		100
	t3 abs.	70	85	123	157	174	161	132	8	- 0,42	910
	%	8	9	14	17	19	18	15	1		100
	t4 abs.	41	70	86	100	127	121	70	2	- 0,37	617
	%	7	11	14	16	21	20	11	0		100
E. Alles, was wir in der Politik brauchen, sind im Grunde ein paar gute Politiker an der Spitze, auf die Parteien kommt es dabei weniger an (VA2036, VA2534, VA2710)	t1 abs.	289	195	188	248	219	315	397	24	- 0,32	1875
	%	15	10	10	13	12	17	21	1		100
	t3 abs.	70	101	85	119	117	177	235	6	- 0,75	910
	%	8	11	9	13	13	20	26	1		100
	t4 abs.	44	67	56	88	83	114	159	4	- 0,76	617
	%	7	11	9	14	14	19	26	1		100
F. Was immer wir uns auch einreden mögen, die Macht im Staate geht eigentlich nicht von uns aus, sondern kommt immer von oben (VA2037, VA2535, VA2711)	t1 abs.	283	262	259	260	254	260	263	34	+ 0,04	1875
	%	15	14	14	14	14	14	14	2		100
	t3 abs.	83	94	118	158	150	160	135	12	- 0,35	910
	%	9	10	13	17	17	18	15	1		100
	t4 abs.	44	59	112	100	113	97	83	4	- 0,34	617
	%	7	10	18	16	18	16	14	1		100

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) eigene Erläuterungen zur Studie

Fragestellung			+ 3	+ 2	+ 1	0	- 1	- 2	- 3	KA	Mittelwert	n =
[illegible]. Es wird immer so sein müssen, daß einige wenige Leute bestimmen, was gemacht wird, ganz gleich, was die breite [illegible] denkt (VAR038, VAR536, VAR712)	t1*	abs.	229	228	261	229	244	289	366	29	- 0,28	1675
		%	12	12	14	12	13	15	20	2		100
	t3	abs.	51	117	126	117	140	150	196	3	- 0,53	910
		%	7	13	14	13	15	17	22	0		100
	t4	abs.	38	76	96	83	92	105	125	2	- 0,51	617
		%	6	12	16	14	15	17	20	0		100
H. Es wählen so viele Leute bei Wahlen, daß es nichts ausmacht, ob ich zur Wahl gehen würde oder nicht (VAR039, VAR537, VAR713)	t1	abs.	123	102	106	145	140	271	937	51	- 1,54	1675
		%	7	5	6	8	8	15	50	3		100
	t3	abs.	42	33	53	66	84	156	472	4	- 1,73	910
		%	5	4	6	7	9	17	52	0		100
	t4	abs.	26	25	32	44	53	111	323	3	- 1,77	617
		%	4	4	5	7	9	18	52	1		100
I. In der Bundesrepublik können Jugendliche die Politik nicht beeinflussen (VAR040, VAR538, VAR714)	t1	abs.	201	176	215	228	255	322	442	36	- 0,43	1875
		%	11	9	12	12	14	17	24	2		100
	t3	abs.	58	78	76	125	157	220	188	8	- 0,83	910
		%	6	9	8	14	17	24	21	1		100
	t4	abs.	31	66	61	74	107	133	140	5	- 0,83	617
		%	5	11	10	12	17	22	23	1		100

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung

Frage 35:

- 37 - 14 / -, VAR272 bis VAR284, ✓, VAR732 bis VAR744**

Einstellungen bezüglich konservativer (K) und demokratischer (D) Werte

			Randverteilung									
			+ 3	+ 2	+ 1	0	- 1	- 2	- 3	KA	Mittelwert	n =
A. Bevor ich mich auf etwas einlasse, möchte ich auch sicher sein, daß es klappt (K) (VAR272, VAR732)	t2*	abs.	394	349	250	115	64	41	21	6	+ 1,56	1240
		%	32	28	20	9	5	3	2	1		100
	t4	abs.	149	143	131	65	62	38	28	1	+ 1,04	617
		%	24	23	21	11	10	6	5	0		100
B. Die Methoden der Politiker kümmern mich wenig, wenn sie sich nur für die richtigen Dinge einsetzen (D) (VAR273, VAR733)	t2	abs.	94	125	184	164	164	228	274	7	- 0,59	1240
		%	8	10	15	13	13	18	22	1		100
	t4	abs.	56	54	64	85	96	108	153	1	- 0,70	617
		%	9	9	10	14	16	18	25	0		100
C. Man muß selbst schon etwas Besonderes geleistet haben, wenn man andere kritisieren will (D) (VAR274, VAR734)	t2	abs.	197	204	200	193	126	134	175	11	+ 0,23	1240
		%	16	17	16	16	10	11	14	1		100
	t4	abs.	74	83	101	107	77	90	81	4	- 0,01	617
		%	12	14	16	17	13	15	13	1		100
D. Wenn man die Welt zum Nutzen der Menschheit verändern will, spielt es keine Rolle, wenn Menschen dafür leiden müssen (D) (VAR275, VAR735)	t2	abs.	26	44	84	93	84	205	692	12	- 1,89	1240
		%	2	4	7	8	7	17	56	1		100
	t4	abs.	10	18	39	66	48	114	315	4	- 1,83	617
		%	2	3	6	11	8	19	51	1		100

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November; t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

E. Es werden heute so viele Neuerungen versucht; man sollte sich lieber danach richten, wie es früher war (K) (VAR276, VAR736)	t2*	abs.	27	50	94	160	146	270	492	7	- 1,53	1240
		%	2	4	8	13	11	22	40	1		100
	t4	abs.	10	24	37	85	55	156	247	3	- 1,62	617
		%	2	4	6	14	9	25	40	1		100
F. Leute die von nichts eine Ahnung haben, sollten auch nicht wählen dürfen (D) (VAR277, VAR737)	t2	abs.	191	143	143	230	175	149	200	9	- 0,06	1240
		%	15	12	12	19	14	12	16	1		100
	t4	abs.	67	68	91	115	87	82	106	1	- 0,23	617
		%	11	11	15	19	14	13	17	0		100
G. Man sollte Achtung vor den haben, was unsere Vorfahren geschaffen haben, und nicht glauben, daß wir alles besser wissen (K) (VAR278, VAR738)	t2	abs.	137	223	251	232	165	138	79	15	+ 0,35	1240
		%	11	18	20	19	13	11	6	1		100
	t4	abs.	72	101	114	138	75	57	56	4	+ 0,28	617
		%	12	16	19	22	12	9	9	1		100
H. Es ist besser, sich sein Recht selber zu verschaffen als darauf zu vertrauen, daß der Staat einem zu seinem Recht verhilft (D) (VAR279, VAR739)	t2	abs.	101	157	178	215	176	226	173	14	- 0,29	1240
		%	8	13	14	17	14	18	14	1		100
	t4	abs.	38	47	69	94	101	136	129	3	- 0,79	617
		%	6	8	11	15	16	22	21	1		100
I. Hierzulande können alle in Frieden leben, ohne daß man nur das geringste zu ändern brauchte (K) (VAR280, VAR740)	t2	abs.	62	87	119	167	245	268	277	15	- 0,93	1240
		%	5	7	10	13	20	22	22	1		100
	t4	abs.	21	50	45	71	110	146	170	4	- 1,15	617
		%	3	8	7	12	18	24	28	1		100
K. Wenn man in der Mehrheit ist, hat man ein Recht dazu, die Wünsche der Minderheit zu vernachlässigen (D) (VAR281, VAR741)	t2	abs.	36	49	98	125	189	256	469	18	- 1,48	1240
		%	3	4	8	10	15	21	38	2		100
	t4	abs.	13	18	38	56	98	164	238	4	- 1,65	617
		%	2	3	6	9	14	27	38	1		100

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

(**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung			+ 3	+ 2	+ 1	0	- 1	- 2	- 3	KA	Mittelwert	n =
L. Man sollte sich nicht groß darüber aufregen, wenn ein Politiker sich einmal etwas zuschulden kommen läßt: Es gibt ja ohnehin kaum einen Politiker, der eine weiße Weste hat (D) (VAR282, VAR742)	t2**	abs.	102	151	174	198	165	215	226	9	- 0,40	[illegible]
		%	8	12	14	16	13	17	18	1		[illegible]
	t4	abs.	51	72	86	107	85	114	99	3	- 0,37	[illegible]
		%	8	12	14	17	14	19	16	1		[illegible]
M. Wenn man sich allzusehr darum bemüht, etwas zu ändern, dann kommt am Ende nur noch etwas Schlechteres heraus (K) (VAR283, VAR743)	t2	abs.	38	60	140	215	210	261	293	11	- 1,00	[illegible]
		%	3	5	11	17	17	21	24	1		[illegible]
	t4	abs.	16	26	66	105	98	152	169	5	- 1,12	[illegible]
		%	3	4	11	17	16	25	24	1		[illegible]
N. Man sollte zwar die Gesetze einhalten, aber man kann eigentlich auch nichts dagegen haben, wenn es Leute nicht so ganz genau damit nehmen (D) (VAR284, VAR744)	t2	abs.	54	107	179	194	203	229	256	18	- 0,71	[illegible]
		%	4	9	14	16	16	19	21	2		[illegible]
	t4	abs.	22	27	66	104	96	142	147	13	- 1,10	617
		%	4	4	11	17	16	23	24	2		100

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
Frage 36:									
- 04 - - / -, VAR201 bis VAR205, -, - **									
Was ist Ihrer Meinung nach besonders wichtig, was ein junger Mensch über sein Verhältnis zu unserem Staat wissen sollte? Ich habe hier eine Liste, aus der Sie mir bitte die zwei wichtigsten Antwortmöglichkeiten herausfinden sollten.	(1) Daß man die Gesetze einzuhalten hat (VAR201)	552	45	-	-	-	-	-	-
	(2) Wie die Regierung funktioniert, wie Gesetze gemacht werden (VAR202)	856	69						
	(3) Daß man dem Staat gegenüber kritisch sein soll (VAR203)	805	65						
	(4) Daß man sein Vaterland lieben soll (VAR204)	61	5						
	(5) Daß man mit allen Mitteln seine politischen Überzeugungen durchsetzen soll (VAR205)	171	14						
	Kombination: 1 und 2	267	22						
	1 und 3	222	18						
	1 und 4	36	3						
	1 und 5	41	3						
	2 und 3	516	42						
	2 und 4	20	2						
	2 und 5	58	5						
	3 und 4	6	0						
	3 und 5	71	6						
	4 und 5	3	0						

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen im Text

Fragestellung

2.3 Selbsteinschätzung auf dem Rechts-Links-Kontinuum

Frage 37:

43 45 53 46 / VAR126, VAR292, VAR566, VAR756**

"Man spricht in der Politik immer wieder von "rechts" und "links". Hier ist eine Skala, die von links über Mitte nach rechts verläuft. Bitte ordnen Sie sich selbst auf dieser Skala bei dem Skalenwert ein, bei den Sie meinen, daß er auf Sie zutrifft. Je weiter Sie auf der Skala nach rechts gehen, desto mehr rechts sind Sie ausgerichtet. Je weiter Sie auf der Skala nach links gehen, desto mehr links sind Sie ausgerichtet. Der Skalenwert 0 bedeutet, daß Sie sich weder nach links noch nach rechts einordnen.

Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
links 5	46	3	15	1	13	1	4	0
links 4	83	4	46	4	27	3	15	2
links 3	227	12	172	14	102	11	61	10
links 2	212	11	162	13	150	16	95	15
links 1	197	11	143	12	109	12	84	14
0	630	34	347	28	251	26	189	31
rechts 1	133	7	100	8	84	9	55	9
rechts 2	149	8	131	11	90	10	54	9
rechts 3	120	6	84	7	52	6	36	6
rechts 4	27	1	13	1	12	1	14	2
rechts 5	18	1	13	1	7	1	4	0
keine Angabe	34	2	14	1	13	1	6	1
Mittelwert	L 0,43		L 0,40		L 0,44		L 0,32	

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung							
		t1*		t2*		t3*		t4*	
		abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
2.4. Politische Parteien, politische Jugendorganisationen									
2.4.1 Parteiorientierungs-Wahlsimulation									
Frage [illegible]:									
21 40 20 15 / VAR124, VAR286, VAR542, VAR745**									
VAR125, VAR287, VAR543, VAR746**									
In diesem Umschlag hier ist ein Stimmzettel, wie Sie ihn bei der Bundestagswahl erhalten werden. Bitte nehmen Sie den Wahlzettel heraus und kreuzen Sie geheim an, wie Sie jetzt bei einer Bundestagswahl wählen würden. Nach dem Ankreuzen stecken Sie den Stimmzettel wieder in den Umschlag und kleben ihn zu.	Erststimme:								
	CDU/CSU	534	29	362	30	257	28	181	29
	SPD	805	43	569	46	448	49	303	49
	FDP	360	19	152	12	116	13	80	13
	NPD	12	1	4	0	1	0	-	-
	DKP	84	5	51	4	28	3	16	3
	keine Antwort	80	4	102	8	60	7	37	6
	Zweitstimme:								
	CDU/CSU	540	29	365	29	260	29	174	28
	SPD	712	38	504	41	410	45	288	47
	FDP	436	23	205	17	151	17	109	17
	NPD	17	1	4	0	2	0	1	0
	DKP	89	5	54	4	29	3	13	2
	keine Antwort	81	4	108	9	58	6	32	5

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
2.4.2 Parteienpräferenz-Parteiidentifikation									
Frage 32:									
32 41 26 37 / VAR067, VAR288, VAR544, VAR747**									
Wenn Sie es einmal insgesamt betrachten: würden Sie sagen, Sie neigen alles in allem einer bestimmten Partei eher zu als den anderen Parteien oder ist das bei Ihnen nicht der Fall ?	ja, der:								
	CDU/CSU	407	22	282	23	177	20	133	22
	SPD	611	33	445	36	364	40	243	40
	FDP	211	11	97	8	88	10	52	8
	NPD	5	0	-	-	-	-	-	-
	DKP	58	3	42	3	23	3	10	2
	nein, ist nicht der Fall . . .	569	30	300	29	240	27	164	27
	K.A.	13	1	14	1	12	1	5	1
Frage 40:									
33 42 27 38 / VAR068, VAR289, VAR545, VAR748**									
(An diejenigen, die einer Partei zuneigen; Filter Frage 33)									
Betrachten Sie sich als Anhänger dieser Partei ?	ja	451	2	276	22	227	25	144	23
	nein	846	4[illegible]	600	49	427	47	303	49
	-	1297	69	876	71	754	72	447	72
	Rest	578	31	364	29	256	28	170	28

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
Frage 41: 34 43 28 39 / VAR069, VAR290, VAR546, VAR749**									
(Filter Frage 39)									
Wie stark oder wie schwach neigen Sie - alles zusammengenommen - dieser Partei zu ? Würden Sie sagen eher stark, mäßig oder eher schwach ?	eher stark	342	18	194	16	160	19	81	13
	mäßig	797	43	562	45	423	47	311	50
	eher schwach	157	8	115	9	75	8	55	9
	-	1296	69	871	70	658	73	447	72
Frage 42: 36 44 29 40 / VAR070, VAR291, VAR547, VAR750**									
(An diejenigen, die keiner Partei zuneigen, Filter Frage 39)									
Viele Leute neigen zwar keiner Partei zu, trotzdem stehen sie einer Partei etwas näher als den anderen Parteien. Trifft eine der hier aufgeführten Möglichkeiten auf Sie zu ?	Stehe der CDU/CSU näher	197	11	112	9	63	7	49	8
	Stehe der SPD näher	276	15	146	12	73	8	28	5
	Stehe der FDP näher	184	10	51	4	22	2	17	3
	Stehe der NPD näher	7	0	-	-	-	-	-	-
	Stehe der DKP näher	56	3	13	1	2	0	1	0
	Nein, nicht der Fall	252	13	152	12	81	9	63	10
		972	52	474	38	241	26	158	26

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
Frage 43:									
35 - - - / VAR072, -, -, - **									
V [illegible]									
(An diejenigen, die einer Partei zuneigen, Filter Frage 33)									
[illegible] es vor, daß Leute ihr Urteil über [illegible] zu neigen. Und nun: Zur Beispiel weil [illegible] an dieser Partei nicht mehr gefällt oder [illegible] eine andere Partei eher zusagt. Wenn Sie einmal [illegible] Sie da irgendwann einmal [illegible] Partei zugeneigt?	ja CDU/CSU	115	6	-	-	-	-	-	-
	SPD	230	12						
	FDP	44	2						
	NPD	4	0						
	DKP	29	2						
	nein	875	47						
	=	1297	69						
	Rest	578	31						
Frage 44:									
35 - - - / VAR074, -, -, - **									
(An diejenigen, die früher einer anderen Partei zugeneigt haben, Filter Frage 33 und 43)									
[illegible] Partei zugeneigt? Wie [illegible] Sie da [illegible]?	unter 12 Jahre	21	1	-	-	-	-	-	-
	12 - 14 Jahre	140	8						
	15 - 18 Jahre	210	11						
	19 Jahre oder älter	57	3						
	=	428	23						
	Rest	1447	77						

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November; t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung							
		t1*		t2*		t3*		t4*	
		abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Frage 38:									
38 - - - / VA2[illegible], -, -, - **									
(An diejenigen, die einer Partei nicht zuneigen. Wenn [illegible], Fragen [illegible] 39 und 42)									
Im Laufe der Jahre kommt es vor, daß Leute ihr Urteil [illegible]. Zum Beispiel [illegible] gegenüber einer anderen Partei eher zuneigt. Wenn Sie einmal an die Vergangenheit denken: haben Sie sich irgendwann einmal einer anderen Partei zugeneigt?	ja CDU/CSU	141	8	-	-	-	-	-	-
	SPD	251	13						
	FDP	48	3						
	NPD	3	0						
	DKP	24	1						
	nein	212	11						
	-	679	36						
	Rest	1196	64						
Frage 39:									
39 - - - / VA2[illegible], -, -, - **									
(An diejenigen, die einer Partei zuneigen und früher einer anderen Partei zugeneigt haben, Fragen 39, 41 und 42)									
Und als wann haben Sie einer Partei zugeneigt? Wie alt waren Sie damals?	unter 12 Jahre	19	1	-	-	-	-	-	-
	12 - 14 Jahre	162	9						
	15 - 18 Jahre	235	13						
	19 Jahre oder älter	56	3						
	-	472	26						
	Rest	1403	74						

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung | Antwortkategorien | Rangplätze

2.4.3 Parteipräferenz-Parteienrang
(nur in t1* erfragt)

Frage 47:

17 - - - / VAR041 bis VAR045, -, -, - **
(Rangplatz 1 bis Rangplatz 5)

Ich habe hier 5 Kärtchen mit den Namen politischer Parteien in der Bundesrepublik. Würden Sie bitte diese Kärtchen danach ordnen, wie Ihnen die Parteien gefallen ? Ganz oben soll die Partei liegen, die Ihnen am besten gefällt und als unterstes Kärtchen liegt dann die Partei, die Ihnen am wenigsten gefällt.

	1		2		3		4		5	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
CDU/CSU	573	31	292	16	611	33	308	16	59	3
SPD	803	44	555	30	384	21	41	2	25	1
FDP	340	18	873	47	557	30	55	3	9	1
NPD	11	1	30	2	89	5	726	39	960	51
DKP	87	5	81	4	194	10	692	37	768	41
keine Angabe	31	2	44	5	40	2	53	3	54	3

2.4.4 Früheres Wahlverhalten
(nur in t3* erfragt)

Frage 48:

- - 30 - / -, -, VAR548, - **

Haben Sie schon einmal gewählt ?

	abs.	%
ja	397	44
nein	912	55
K.A.	1	0

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November; t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

- - 31 - / -, -, VAR549 bis VAR551, - **

(An diejenigen, die schon gewählt haben, Filter Frage 45)

		abs.	%
Und welche Wahl war das, an der Sie sich beteiligt haben ?	Landtagswahl (Bürgerschaftswahl) (VAR549) — ja	301	33
	Landtagswahl (Bürgerschaftswahl) (VAR549) — nein	609	67
	Bundestagswahl (VAR550) — ja	159	18
	Bundestagswahl (VAR550) — nein	751	82
	Kommunalwahl (VAR551) — ja	258	28
	Kommunalwahl (VAR551) — nein	652	72

Frage 50:

- - 32 - / -, -, VAR552 bis VAR554, - **

(An diejenigen, die schon gewählt haben, Filter Frage 48 und 49)

		Landtagswahl (VAR552)		Bundestagswahl (VAR553)		Kommunalwahl (VAR554)	
		abs.	%	abs.	%	abs.	%
Und welche Partei haben Sie damals gewählt ?	CDU/CSU	84	9	37	4	63	7
	SPD	162	18	93	10	133	15
	FDP	35	4	17	2	35	4
	DKP	9	1	2	0	9	1
	=	290	32	149	16	240	27

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember

2.4.5 Einschätzung der Parteien auf der Rechts-Links-Angabe (nur an [illegible] erfragt)

Fragestellung:

- - - [illegible] / -, -, -, VAR 757*) (FDP)
- - - 43 / VAR 753 (CDU/CSU)
- - - 49 / -, -, -, VAR 759 (SPD)

(Im Anschluß an Frage 37 . . .)

Sie haben sich eben auf dieser Skala selbst eingestuft. Darf ich Sie nun bitten, anhand dieser Skala die drei großen demokratischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland einzustufen. Für wie "links" oder "rechts" benutzen Sie die FDP ein ? (dann CDU/CSU und SPD)

Randverteilung

	FDP abs.	FDP %	CDU/CSU abs.	CDU/CSU %	SPD abs.	SPD %
links 5	1	0	5	1	35	6
links 4	12	2	5	1	77	12
links 3	40	6	9	1	174	28
links 2	80	12	14	2	118	19
links 1	174	28	11	2	74	12
0	145	24	41	7	43	7
rechts 1	69	11	51	8	21	3
rechts 2	47	8	94	15	15	2
rechts 3	17	3	182	29	18	3
rechts 4	10	2	125	20	12	2
rechts	1	0	57	9	8	1
keine Angabe	21	3	23	4	22	4
Mittelwert	L 0,43		R 2,46		L 1,89	

+) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

*) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	%	t2* abs.	%	t3* abs.	%	t4* abs.	%
2.4.6 Unterschiedliches zu Parteien									
Frage 62:									
- 45 - - / -, VAR293, -,.- **									
Politische Parteien stehen entweder in der Regierung oder in der Opposition. Welche der Ansichten auf dieser Liste oder die Rolle der Opposition kommt Ihrer persönlichen Meinung am nächsten ?	Eine Opposition verhindert meistens nur eine gute Arbeit der Regierung	-		107	8	-		-	
	Eine Opposition ist unbedingt notwendig, damit die Arbeit der Regierung kontrolliert werden kann . . .	-		1113	90	-		-	
	K.A.			20	2				
Frage 63:									
34 - 35 - 36 / VAR281, VAR285, -, VAR715 **									
Wenn Sie einmal an die Parteien denken, die heute im Bundestag vertreten sind, nämlich CDU/CSU, die SPD und die FDP: haben diese Parteien ihrer Meinung nach unterschiedliche Ziele oder wollen sie im Grunde eher alle dasselbe ?	unterschiedliche Ziele	1090	58	706	57	-		377	61
	wollen alle dasselbe	768	41	517	42			230	37
	K.A.	17	1	17	1			10	2

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
Frage 54:									
- - - 12 / -, -, -, VAR730**									
In nächsten Jahr sind ja wieder Bundestagswahlen. Glauben Sie, daß es für Ihre berufliche Zukunft etwas ausmacht, welche Partei die Wahl gewinnt und an die Regierung kommt ?	ja	-		-		-		223	36
	nein							332	62
	K.A.							12	2
Frage 55:									
- - - 13 / -, -, -, VAR731**									
(wenn "ja" bei Frage 54)									
Unter welcher Regierung werden sich Ihre beruflichen Aussichten wohl günstiger entwickeln ?	bei einer SPD-Regierung	-		-		-		60	10
	bei einer SPD/FDP-Regierung							63	10
	bei einer CDU/CSU-Regierung							76	12
	bei einer anderen Parteien-Kombination							19	3
	keine Angabe							5	1
		-						223	36

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien		Randverteilung										
2.4.7 Politische Jugendorganisationen			+ 3	+ 2	+ 1	0	- 1	- 2	- 3	kenne ich nicht	KA	Mittelwert	n
Frage 55:													
42 - 55 - / VAR118, -, VAR563, - ** (Junge Union)													
42 - 56 - / VAR119, -, VAR564, - ** (Jusos)													
- - 57 - / -, -, VAR565, - ** (Schülerunion)													
Jede der großen Parteien hat ihre Jugendorganisation. Nach allem, was Sie bisher über die Junge Union gehört haben, würden Sie sagen, die Junge Union ist Ihnen eher sympathisch oder eher unsympathisch? Sagen Sie mir dies bitte anhand dieser Skala. + 3 bedeutet, die Junge Union ist Ihnen sehr sympathisch, - 3 bedeutet, daß sie Ihnen sehr unsympathisch ist. Mit den Punkten dazwischen können Sie Ihre Bewertungen abgestuft äußern. Falls Sie die Junge Union nicht kennen, so sagen Sie es mir bitte. Wie würden Sie nun die Junge Union bewerten? (entsprechendes für Jusos und in t3 für Schülerunion)	Junge Union	t1* abs.	126	298	272	402	162	159	183	252	21	+ 0,13	187
		%	7	16	15	21	9	9	10	13	1		10
		t3 abs.	49	91	146	210	122	105	109	73	5	- 0,22	[illegible]
		%	5	10	16	23	13	12	12	8	1		10
	Jusos	t1 abs.	138	318	330	330	158	156	197	227	21	+ 0,20	187
		%	7	17	18	18	8	8	11	12	1		10
		t3 abs.	38	140	166	197	122	93	87	62	5	- 0,01	[illegible]
		%	4	15	18	22	13	10	10	7	1		10
	Schülerunion	t3 abs.	25	53	87	184	46	47	78	383	7	- 0,20	[illegible]
		%	3	6	10	20	5	5	9	42	1		10

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Frage 57:

43 - - - / VAR123, -, -, - **

(An diejenigen, die die Jusos bewertet haben, Filter Frage 56)

Glauben Sie, daß der Einfluß der Jusos innerhalb der SPD viel zu stark, eher zu stark, gerade richtig, eher zu gering oder viel zu gering ist ?

	t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
Einfluß der Jusos ist:								
viel zu stark	117	6	-	-	-	-	-	-
eher zu stark	368	20						
gerade richtig	615	33						
eher zu gering	412	22						
viel zu gering	108	6						
K.A.	255	14						

Frage 58:

44 - - - / VAR122, -, -, - **

(An diejenigen, die die Jusos bewertet haben, Filter Frage 56)

Über die Art und Weise, wie die Jusos politische Dinge behandeln, gibt es recht unterschiedliche Ansichten. Wem würden Sie zustimmen ?

ausführliches Diskutieren, wie die Jusos es machen, ist notwendig, wenn die Gesellschaft verändert werden soll	582	31	-	-	-	-	-	-
die Jusos sollen ihre andauernden Diskussionen beenden und etwas für die Überwindung der Alltagsschwierigkeiten tun	684	36						
die Jusos können nicht nur vernünftig diskutieren, sondern sie haben auch schon viele Änderungen durchgesetzt	348	19						
-	1614	86						
Rest	261	14						

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November; t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
Frage 59:									
45 - - - / VAR121, -, -, - **									
Die Jusos treten immer häufiger in den Schulen auf, um ihre Vorstellungen über Politik zu vertreten. Jetzt fängt auch die CDU/CSU damit an, sich mit Schülern über politische Dinge auseinanderzusetzen. Was meinen Sie, sollten die Parteien zu Gesprächen mit den Schülern in die Schulen kommen oder nicht ?	ja	1430	76	-	-	-	-	-	-
	nein	425	23						
	K.A.	20	1						
Frage 60:									
46 - - - / VAR120, -, -, - **									
Haben Sie schon einmal etwas von der Tätigkeit einer Schülerunion an den Schulen gehört ?	ja	503	27	-	-	-	-	-	-
	nein	1357	72						
	K.A.	15	1						

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November; t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung

2.5 Politiker

Frage 61:

18. - - - / VAR046 bis VAR051, -, -, - **

Hier auf diesen Kärtchen stehen Namen von Politikern. Welche dieser Politiker kennen Sie ?

Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
Helmut Kohl	1702	91	-	-	-	-	-	-
Helmut Schmidt	1794	96						
Gerhard Stoltenberg	1380	74						
Willy Brandt	1851	99						
Hans-Dietrich Genscher	1740	93						
Karl Carstens	1320	70						

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November; t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
Frage 62:									
13 - - 10 / VAR052 bis VAR054, -, -, VAR719 u. VAR720** (1. bis 3. Stelle) (1. u. 2. Stelle)									
Dies sind Namen von Politikern, die als Bundeskanzler in Frage kommen könnten. Ordnen Sie diese Namen bitte so, daß der Name desjenigen an erster Stelle liegt, den Sie am liebsten als Bundeskanzler hätten. An zweiter Stelle liegt dann der Name desjenigen, den Sie am zweitliebsten als Bundeskanzler haben möchten. Dann suchen Sie bitte noch den Politiker heraus, den Sie auf die dritte Stelle setzen möchten.									
	An 1. Stelle								
	Helmut Kohl	206	11	-	-	-	-	106	18
	Helmut Schmidt	305	16					237	47
	Gerhard Stoltenberg	117	6					21	3
	Willy Brandt	950	51					136	22
	Hans-Dietrich Genscher . . .	114	6					28	5
	Karl Carstens	114	6					15	2
	K.A.	69	4					22	4
	An 2. Stelle								
	Helmut Kohl	267	14	-	-	-	-	85	14
	Helmut Schmidt	672	36					155	25
	Gerhard Stoltenberg	139	7					58	9
	Willy Brandt	277	15					150	24
	Hans-Dietrich Genscher . . .	273	15					92	15
	Karl Carstens	147	8					52	8
	K.A.	100	5					25	4
	An 3. Stelle								
	Helmut Kohl	324	17	-	-	-	-	-	-
	Helmut Schmidt	284	15						
	Gerhard Stoltenberg	208	11						
	Willy Brandt	187	10						
	Hans-Dietrich Genscher . . .	540	29						
	Karl Carstens	214	11						
	K.A.	118	6						

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Frage 63:

(nur in t2 erfragt)

- 84 - - / -, VAR347 bis VAR366, -, - **
(in Reihenfolge der Namen)

Hier ist eine Liste mit den Namen von 20 Persönlichkeiten. Geben Sie bitte alle die Namen der Persönlichkeiten an, die Sie besonders schätzen.
(Mehrfachnennungen)

	abs.	%
Willy Brandt	625	50
Helmut Kohl	153	12
Helmut Schmidt	574	46
Karl Schiller	72	6
Walter Scheel	662	53
Franz-Josef Strauß	231	19
Rainer Barzel	138	11
Hans-Dietrich Genscher	166	13
Kurt Georg Kiesinger	154	12
Gerhard Schröder	90	7
Georg Leber	123	10
Karl Carstens	170	14
Werner Maihofer	69	6
Hans-Jochen Vogel	147	12
Gerhard Stoltenberg	166	13
Hans Friderichs	157	13
Josef Ertl	85	7
Gustav Heinemann	621	50
Kurt Hans Biedenkopf	59	5
Wolfgang Mischnick	82	7

Frage 64:

(nur in t2 erfragt)

- 85 - - / -, VAR367, -, - **

Und welche Persönlichkeit von dieser Liste gefällt Ihnen am besten ?
(Nur 1 Nennung erlaubt)

	abs.	%
	254	20
	18	1
	199	16
	6	0
	231	19
	102	8
	26	2
	15	1
	9	1
	5	0
	2	0
	36	3
	9	1
	16	1
	27	2
	13	1
	6	0
	145	12
	9	-
	3	9
K.A.	109	9

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung							
		t1*		t2*		t3*		t4*	
2.5 Politische Aufgaben, Probleme		abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Frage 65:									
11 - - 11 / VAR020 bis VAR023, -, -, VAR721 bis VAR729** (in Reihenfolge der Aufgaben)									
Ich habe hier eine Liste mit verschiedenen politischen Aufgaben. Würden Sie mir bitte die drei Aufgabengebiete herausuchen, die Ihnen als die wichtigsten erscheinen ? (drei Angaben sind erlaubt)	Verbrechensbekämpfung	598	32	-	-	-	-	217	35
	Preisstabilität	971	52					319	52
	Bildungschancen verbessern . . .	738	39					273	44
	Umweltschutz	977	52					200	32
	Arbeitslosigkeit verhindern . . .	891	48					471	76
	Entspannung mit der DDR.	225	12					57	9
	Den Paragraphen 218 reformieren . .	395	21					93	15
	Mitbestimmung	450	24					142	23
	Drogenmißbrauch bekämpfen	344	18					53	9

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung

Frage 69:

20 - - - / VAR055 bis VAR058, -, -, - **
(in Reihenfolge der Aufgaben)

Hier auf dieser Liste stehen einige Forderungen, die von Jugendlichen oft vertreten werden. Bitte suchen Sie doch die zwei Forderungen heraus, an denen Ihnen am meisten liegt. (zwei Nennungen sind erlaubt)

Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
(1) die Ordnung aufrecht erhalten . .	595	32	-	-	-	-	-	-
(2) größ. Möglichkeiten f.d. Bürger	968	52						
(3) die Preissteigerung bekämpfen	1061	57						
(4) die Meinungsfreiheit sichern . .	1088	58						
Kombinationen: 1 u. 2	77	4	-	-	-	-	-	-
1 u. 3	314	17						
1 u. 4	202	11						
2 u. 3	371	20						
2 u. 4	517	28						
3 u. 4	363	19						
K.A.	28	1						

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November; t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
Frage 67:									
20 - - - / VAR059 bis VAR062, -, -, - **									
(Interviewer zunächst für die Forderung mit der niedrigsten Nummer (s. Frage 65) ermitteln.)	CDU/CSU	707	38	-	-	-	-	-	-
Welche der Parteien wird sich wohl eher für die Forderung einsetzen ? (Mehrfachangaben möglich/Parteien vorlesen)	SPD	873	47						
	FDP	396	21						
	andere Partei	192	10						
Frage 68:									
20 - - - / VAR063 bis VAR066, -, -, - **									
(Interviewer jetzt für die Forderung mit der höheren Nummer ermitteln, s. Frage 66)	CDU/CSU	692	37	-	-	-	-	-	-
Und welche der Parteien wird sich wohl eher für diese Forderung einsetzen ? (Mehrfachangaben möglich/Parteien vorlesen)	SPD	874	47						
	FDP	427	23						
	andere Partei	153	8						

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
Frage 69: 02 - 01 01 / VAR002, -, VAR502, VAR 702**									
Wie beurteilen Sie ganz allgemein die heutige wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik ? Interviewer: Vorgaben bitte vorlesen	sehr gut	23	1	-	-	8	1	-	-
	gut	367	20			142	16	65	1[illegible]
	teils/teils	961	51			438	48	274	44
	eher schlecht	323	17			234	26	193	31
	schlecht	185	10			85	9	80	13
	K.A.	16	1			3	0	5	1
Frage 70: 03 - 02 02 / VAR003, -, VAR503, VAR 703**									
Und wie wird es in einem Jahr sein, erwarten Sie, daß dann die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik in allgemeinen wesentlich besser, etwas besser, gleich geblieben, etwas schlechter oder wesentlich schlechter sein wird ?	wesentlich besser	22	1	-	-	25	3	12	2
	etwas besser	446	24			439	48	267	43
	gleich	780	42			344	38	252	4[illegible]
	etwas schlechter	537	29			87	10	68	1[illegible]
	wesentlich schlechter	77	4			14	2	11	2
	K.A.	13	1			1	0	7	1

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November; t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
Frage 71:									
- - 68 - / -, -, VAR567, - **									
Sind Sie zur Zeit arbeitslos ?	ja	-	-	-	-	72	8	-	-
	nein					793	87		
	K.A.					45	5		
Frage 72:									
- - 69 - / -, -, VAR568, - **									
(An diejenigen, die nicht arbeitslos sind, Filter Frage 71)	ja, sehr	-	-	-	-	54	6	-	-
	ja, etwas					240	26		
Fürchten Sie sich davor, selbst arbeitslos zu werden ?	nein					456	50		
	-					750	82		
	Rest					160	18		
Frage 73:									
- - 70 - / -, -, VAR569, - **									
(An diejenigen, die nicht arbeitslos sind, Filter Frage 71)									
Sind Sie mit Ihrer gegenwärtigen Arbeitsstelle im großen und ganzen zufrieden oder nicht zufrieden ?	zufrieden	-	-	-	-	527	58	-	-
	nicht zufrieden					112	12		
	-					639	70		
	Rest					271	30		

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
Frage 74:									
- - 71 - / -, -, VAR570, - **									
(An diejenigen, die nicht arbeitslos sind, Filter Frage 71)									
Würden Sie Ihre jetzige Arbeitsstelle wechseln, wenn die allgemeine wirtschaftliche Lage günstiger wäre ?	ja	-	-	-	-	120	13	-	-
	nein					399	44		
	weiß nicht					107	12		
	-					626	69		
	Rest					284	31		
Frage 75:									
- - 72 09 / -, -, VAR571, VAR 718 **									
Wie schätzen Sie Ihre beruflichen Aussichten in den nächsten Jahren ein ?	sehr gut	-	-	-	-	45	5	28	5
	gut					336	37	208	34
	teils/teils					343	38	229	37
	schlecht					87	10	122	20
	sehr schlecht					10	1	24	4
	K.A.					89	10	6	1

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
3. Das soziale Umfeld									
3.1 Politische Meinungsführer allgemein									
Frage 76:									
03 - - - / VAR009, -, -, - **									
Kennen Sie jemanden persönlich, den Sie in politischen Angelegenheiten um seine Meinung fragen ?	ja	995	53	-	-	-	-	-	-
	nein	880	47						
Frage 77:									
09 05 - - / VAR009 bis VAR017, VAR206 bis VAR214, -, - ** (in Reihenfolge der Personen)									
Mit welchen von diesen Personen würden Sie über politische Fragen sprechen ? Sagen Sie mir das bitte anhand dieser Liste. (Mehrfachnennungen in t1 und t2, für t1 ist Filter Frage 76 = ja)	Vater	514	27	726	59	-	-	-	-
	Mutter	279	15	424	34				
	Freund	557	30	766	62				
	Freundin	322	17						
	Geschwister	219	12	288	23				
	andere Verwandte	158	8						
	Lehrer, (Vorgesetzte t1)	349	19	429	35				
	Klassenkameraden, (Berufskollegen t1)	552	29	481	39				
	andere Personen	208	11	250	20				
	Vorgesetzte (t2)			138	11				
	Berufskollegen (t2)			433	35				

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
Frage 78: 09 05 15 07 / VAR018, VAR215, VAR527, VAR716**									
(Falls bei Frage 77 mehrere Personen genannt wurden) Und wer von den Personen, die Sie mir eben genannt haben, weiß Ihrer Ansicht nach über politische Dinge am allerbesten Bescheid? (nur eine Nennung ist erlaubt) in t3 und t4 folgende Frageformulierung: Wenn Sie einmal so an die Leute denken mit denen Sie so Umgang haben: Wer von den Personen auf dieser Liste weiß Ihrer Ansicht nach über politische Dinge am allerbesten Bescheid? (nur eine Nennung ist erlaubt)	Vater	238	13	360	29	281	31	191	31
	Mutter	22	1	38	3	26	3	13	2
	Freund	172	9	188	15	118	13	53	9
	Freundin	29	2	54	4	15	2	9	2
	Geschwister	38	2	243	20	33	4	21	3
	andere Verwandte	26	1	25	2	34	4	19	3
	Lehrer, Vorgesetzte	182	10	48	4	204	22	179	29
	Klassenkameraden, Berufskollegen	91	5	77	6	107	12	59	10
	andere Personen	63	3	69	6	84	9	69	11
	K.A.	1014	54	138	11	8	1	4	1
Frage 79: 10 05 16 08 / VAR019, VAR216, VAR528, VAR717** (falls eine Person genannt, Filter Frage 73)									
Was vermuten Sie: welcher Partei neigt diese Person am ehesten zu?	CDU/CSU	281	15	342	28	251	28	149	24
	SPD	429	23	501	40	372	41	263	43
	FDP	66	4	73	6	54	6	36	6
	NPD	5	0	-	-	-	-	-	-
	DKP	59	3	44	4	37	4	18	3
	weiß nicht	136	7	143	12	175	19	139	23
	K.A.	899	48	137	11	21	2	12	2

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November; t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
Frage 80:									
- - 19 - / -, -, VAR539 bis VAR541, - **									
Ich habe hier ein Kärtchenspiel mit Möglichkeiten, wie man sich über Politik informieren kann und die unterschiedlich wichtig sein können. Wenn Sie einmal daran denken, wer oder was zur Bildung Ihrer Meinung über politische Dinge am meisten beigetragen hat, wie wichtig waren dann für Sie in der Vergangenheit die einzelnen Möglichkeiten ? Nennen Sie mir bitte zuerst, welche für Sie am wichtigsten war und geben Sie mir dann die weitere Rangfolge an. (zweitwichtigstes und drittwichtigstes Erfragen)	Am wichtigsten: (VAR539)								
	Fernsehen/Radio	-	-	-	-	423	47	-	-
	Tageszeitung					144	16		
	Illustrierte/Wochenzeitschriften					22	2		
	Freunde/Bekannte					114	13		
	Lehrer/Vorgesetzte					91	10		
	Eltern					105	12		
	K.A.					11	1		
	Am zweitwichtigsten: (VAR540)								
	Fernsehen/Radio	-	-	-	-	251	28	-	-
	Tageszeitung					320	35		
	Illustrierte/Wochenzeitschriften					46	5		
	Freunde/Bekannte					98	11		
	Lehrer/Vorgesetzte					100	11		
	Eltern					86	10		
	K.A.					9	1		
	Am drittwichtigsten: (VAR541)								
	Fernsehen/Radio	-	-	-	-	118	13	-	-
	Tageszeitung					153	17		
	Illustrierte/Wochenzeitschriften					128	14		
	Freunde/Bekannte					238	26		
	Lehrer/Vorgesetzte					127	14		
	Eltern					132	15		
	K.A.					14	1		

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
3.2 Politik im Elternhaus									
Frage 81:									
38 - - 45 / VAR079, -, -, VAR755 **									
Wie häufig unterhält oder unterhielt man sich in Ihrem Elternhaus über Politik ? Würden Sie sagen sehr häufig, häufig, gelegentlich oder selten ?	sehr häufig	98	5	-	-	-	-	20	3
	häufig	464	25					139	23
	gelegentlich	897	48					303	49
	selten	411	22					152	25
	K.A.	5	0					3	1
Frage 82:									
38 - - - / VAR080, -, -, - **									
Und wie oft beteiligen oder beteiligten Sie sich selbst an diesen Unterhaltungen über Politik in Ihrem Elternhaus ?	sehr häufig	255	14	-	-	-	-	-	-
	häufig	478	26						
	gelegentlich	620	33						
	selten	511	27						
	K.A.	11	1						

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
Frage 83:									
39 - 47 - / VAR081, -, VAR555, - *									
Leben Ihre beiden Eltern noch ?	ja	1708	91	-	-	840	82	-	-
	nein	165	9			68	2		
	K.A.	2	0			2	0		
Frage 84:									
39 -7 [illegible] - / VAR082, VAR294, VAR556, - **									
(in t1 und t3 Filter Frage 83)									
Kommen Sie so im allgemeinen gut mit Ihren Eltern aus ?	ja, ganz gut	1501	80	1113	90	750	82	-	-
	nein, nicht so gut	188	10	118	9	79	9		
	keine Angabe	19	1	9	1	81	9		
	-	1708	91	-	-	-	-		
	Rest	167	9	-	-	-	-		
Frage 85:									
39 - 49 - / VAR083, -, VAR557, - **									
(in t1 und t3 Filter Frage 83)									
Mit wem kommen Sie besser aus: mit Ihrem Vater oder mit Ihrer Mutter ?	mit Vater	253	14	-	-	101	11	-	-
	mit Mutter	571	31			262	29		
	mit beiden gleich	877	47			470	52		
	Rest	174	9			77	8		

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
Frage 86:									
39 - - - / VAR084, -, -, - **									
(Filter Frage 83)									
Und wer von beiden weiß besser über Politik Bescheid ?	Vater	1146	61	-	-	-	-	-	-
	Mutter	121	7						
	beide gleich	422	23						
	Rest	186	10						
Frage 87:									
40 - - - / VAR085, -, -, - **									
Informelle Ermittlung: Lebt der Vater des Befragten noch ?	ja	741	93	-	-	-	-	-	-
	nein	130	7						
	K.A.	4	0						
Frage 88:									
40 - - - / VAR086, -, -, - **									
(Filter Frage 87)									
Kommen Sie im allgemeinen gut mit Ihrem Vater aus ?	ja, ganz gut	1467	78	-	-	-	-	-	-
	nein, nicht so gut	253	14						
	K.A.	155	8						

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	%	t2* abs.	%	t3* abs.	%	t4* abs.	%
Frage 89:									
40 48 50 - / VAR087, VAR295, VAR558, - **									
(in t1 Filter Frage 87)									
Teilen Sie in etwa die politische Einstellung Ihres Vaters ?	ja	960	51	706	57	519	57	-	-
	nein	732	39	431	35	322	35		
	K.A.	183	10	103	8	69	8		
Frage 90:									
40 48 51 41 / VAR088, VAR296, VAR559, VAR751 **									
(in t1 Filter Frage 87)									
Und welche politische Einstellung hat Ihr Vater ? Können Sie mir sagen, welcher Partei Ihr Vater eher zuneigt ?	eher der SPD	627	33	446	36	342	38	207	33
	eher der CDU/CSU	614	33	437	35	337	37	233	38
	eher der FDP	88	5	64	5	38	4	29	5
	eher der NPD	14	1	16	1	13	1	3	0
	eher der DKP	10	1						
	neigt keiner Partei zu/weiß nicht	370	20	204	17	129	6	122	20
	=	1723	92	1167	94	859	86	594	26
	Rest	152	8	73	6	51	14	23	4

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
Frage 91:									
40 48 52 42 / VAR116, VAR324, VAR560, VAR752 **									
(in t1 Filter Frage 87)									
(in t1 bis t4 Filter Frage 90: wenn Parteineigung vorhanden)									
Und wie stark neigt Ihr Vater der Partei zu ? Würden Sie sagen eher stark, mäßig oder eher schwach ?	eher stark	479	26	302	24	248	27	191	31
	mäßig	738	39	555	45	401	44	237	38
	eher schwach	126	7	99	8	75	8	43	7
	-	1343	72	956	77	724	79	471	76
	Rest	532	28	285	23	186	21	146	24
Frage 92:									
41 - - - / VAR117, -, -, - **									
(Filter Frage 87 und 90: wenn Vater lebt und eine Parteineigung vorhanden ist)									
Und neigt Ihre Mutter derselben Partei zu wie Ihr Vater oder einer anderen Partei ?	derselben Partei wie Vater	1047	56	-	-	-	-	-	-
	einer anderen Partei	267	14						
	Mutter lebt nicht mehr	20	1						
	-	1334	71						
	Rest	541	29						

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
Frage 93:									
- 49 53 43 / -, VAR325, VAR561, VAR753**									
Welcher Partei neigt Ihre Mutter zu ?	eher der CDU/CSU	-	-	412	33	297	33	199	32
	eher der SPD			368	30	291	32	196	32
	eher der FDP			94	8	56	6	40	7
	anderer Partei			7	1	7	1	2	0
	neigt keiner Partei zu/weiß nicht .			328	26	235	26	169	27
	K.A.			31	2	24	3	11	2
Frage 94:									
- 49 54 44 / -, VAR326, VAR562, VAR754 **									
(Filter Frage 93: wenn Parteineigung vorhanden)									
Und wie stark neigt Ihre Mutter der Partei zu ? Würden Sie sagen, eher stark, mäßig oder eher schwach ?	eher stark	-	-	163	13	132	14	94	15
	mäßig			540	44	389	43	258	42
	eher schwach			178	14	127	14	81	13
	-			881	71	648	41	433	70
	Rest			359	29	262	29	184	30

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
3.3 Politik in der Schule									
Frage 95:									
- 06 - - / -, VAR218, -, - **									
Ich möchte Ihnen einige Fragen stellen, die Ihre jetzige oder vergangene Schulzeit betreffen. Wenn Sie noch zur Schule gehen, so sagen Sie mir bitte, wie das bei Ihnen bisher in der Schule war; wenn Sie nicht mehr zur Schule gehen, versuchen Sie sich bitte an Ihre vergangene Schulzeit zu erinnern. Gleich die erste Frage: Es wird heute viel darüber diskutiert, ob die Schulen genug für die politische Bildung ihrer Schüler tun. Wenn Sie einmal an Ihre Schule denken, wieviel haben Sie dort über unseren Staat gelernt ? Ich meine damit, wie er aufgebaut ist und wie er funktioniert. Würden Sie sagen sehr viel, viel, wenig oder eigentlich gar nichts ?	sehr viel	-	-	71	6	-	-	-	-
	viel			380	31				
	wenig			655	53				
	eigentlich gar nichts			131	10				
	K.A.			3	0				
Frage 96:									
- 07 - - / -, VAR219, -, - **									
Finden Sie, man sollte in der Schule mehr über Politik sprechen oder man sollte weniger über Politik sprechen als das bei Ihnen der Fall war oder war es in Ihrer Schule gerade richtig ?	Sollte mehr über Politik sprechen	-	-	760	61	-	-	-	-
	Sollte weniger über Politik sprechen			62	5				
	War gerade richtig			409	33				
	K.A.			9	1				

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November; t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
Frage 97:									
- 08 - - / -, VAR220, -, - **									
Welchen Einfluß haben bzw. hatten an Ihrer Schule die Schüler auf die Gestaltung des Unterrichts ? Würden Sie sagen: großen Einfluß, etwas Einfluß, keinen Einfluß ?	großen Einfluß	-	-	146	12	-	-	-	-
	etwas Einfluß			741	60				
	keinen Einfluß			350	28				
	K.A.			3	0				
Frage 98:									
- 09 - - / -, VAR221, -, - **									
Und wie häufig haben Sie mit den Lehrern in der Klasse über aktuelle politische Ereignisse gesprochen ? Ich meine Ereignisse, über die gerade in den Zeitungen oder im Fernsehen berichtet wurde. Würden Sie sagen häufig, gelegentlich, selten oder eigentlich nie ?	häufig	-	-	261	21	-	-	-	-
	gelegentlich			533	43				
	selten			310	25				
	eigentlich nie			127	10				
	K.A.			9	1				
Frage 99:									
- 10 - - / -, VAR222, -, - **									
(Filter Frage 98: wenn zumindest "selten")	häufig	-	-	172	14	-	-	-	-
	gelegentlich			377	30				
Und wie oft hat es dabei Diskussionen über bestimmte Politiker und politische Parteien gegeben, die es hier in der Bundesrepublik gibt ? Würden Sie sagen häufig, gelegentlich, selten oder eigentlich nie ?	selten			377	30				
	eigentlich nie			187	15				
	K.A.			127	10				

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
Frage 100:									
- 11 - - / -, VAR223, -, - **									
Bei Diskussionen werden ja oft die politischen Standpunkte in der Klasse deutlich, wie war das bei Ihnen: War die Klasse in politischen Dingen so im Großen und Ganzen eher einer Meinung oder gab es da große Gegensätze ?	eher einer Meinung	-	-	394	32	-	-	-	-
	große Gegensätze			579	47				
	=			973	79				
	Rest			267	21				
Frage 101:									
- 12 - - / -, VAR224, -, - **									
(Filter Frage 100: wenn "große Gegensätze")									
Und waren die Gruppen, die gegensätzliche Meinungen vertraten, im allgemeinen etwa gleich groß oder gab es eine Mehrheit und eine Minderheit ?	waren etwa gleich groß	-	-	231	19	-	-	-	-
	es gab Mehrheit und Minderheit . .			349	28				
	=			580	47				
	Rest			660	53				

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
Frage 102:									
- 13 - - / -, VAR225, -, - **									
Wenn Sie an Ihre besten Freunde in der Klasse denken, welche Partei wird von Ihren Freunden überwiegend bevorzugt ?	CDU/CSU	-	-	290	23	-	-	-	-
	SPD			711	57				
	FDP			32	3				
	DKP			25	2				
	K.A.			182	15				
Frage 103:									
- 14 - - / -, VAR226, -, - **									
Wenn Sie einmal an denjenigen Lehrer oder Lehrerin denken, bei dem im Unterricht am häufigsten über politische Dinge diskutiert wurde: Hat dieser Lehrer oder Lehrerin dann auch seine persönliche Meinung zu Parteien und Politikern gesagt oder hat er seine persönliche Meinung eher zurückgehalten ?	persönliche Meinung gesagt	-	-	592	48	-	-	-	-
	persönliche Meinung zurückgehalten			637	51				
	K.A.			11	1				
Frage 104:									
- 15 - - / -, VAR227, -, - ** (Folgefrage zu Frage 103)									
Finden Sie das richtig, daß er das getan hat oder finden Sie das nicht richtig ?	finde ich richtig	-	-	884	71	-	-	-	-
	finde ich nicht richtig			333	27				
	K.A.			23	2				

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
Frage 105:									
- 16 - - / -, VAR228, -, - **									
Was vermuten Sie, welcher Partei neigt dieser Lehrer (Lehrerin) wohl am ehesten zu ?	CDU/CSU	-	-	447	36	-	-	-	-
	SPD			485	39				
	FDP			77	6				
	DKP			17	1				
	K.A.			214	17				
Frage 106:									
- 17 - - / -, VAR229, -, - **									
Gibt es außerdem unter den Lehrern (Lehrerinnen), die Sie haben oder hatten, einen Lehrer (Lehrerin) die Ihrer Meinung nach über politische Dinge besonders gut Bescheid weiß ?	ja	-	-	755	61	-	-	-	-
	nein			464	37				
	K.A.			21	2				
Frage 107:									
- 18 - - / -, VAR230, -, - **									
(Filter Frage 105: wenn "ja")									
Was vermuten Sie, welcher Partei neigt dieser Lehrer (Lehrerin) wohl am ehesten zu ?	CDU/CSU	-	-	244	20	-	-	-	-
	SPD			340	27				
	FDP			58	5				
	DKP			17	1				
	-			659	53				
	Rest			581	47				

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
Frage 108:									
- 19 - - / -, VAR231 bis VAR236, -, - ** (in Reihenfolge der Gruppen)									
Gibt oder gab es an Ihrer Schule eine Gruppe oder mehrere Gruppen die politisch aktiv sind ? Wenn dies der Fall ist, sagen Sie es mir bitte anhand dieser Liste. Mehrfachangaben möglich !	Jungdemokraten	-	-	78	6	-	-	-	-
	Jusos			174	14				
	andere linke Gruppen			179	14				
	Junge Union			132	11				
	Schülerunion			157	13				
	andere Gruppen			202	16				
Frage 109:									
- 20 - - / -, VAR237, -, - **									
Und jetzt einmal eine ganz allgemeine Frage zur Schule: Gehen oder gingen Sie eigentlich gern zur Schule oder nicht so gern ?	gern	-	-	781	63	-	-	-	-
	nicht so gern			450	36				
	K.A.			9	1				

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung

Frage 110:

- 21 - - / -, VAR238, -, - **

Es gibt ja oft so etwas wie eine allgemeine politische Richtung in der Schulklasse. Wie war das mit Ihrer Klasse: Welche Partei wurde da so im Großen und Ganzen bevorzugt? Wenn es Ihrer Meinung nach keine bevorzugte Richtung gab, so sagen Sie es bitte.

Frage 111:

- 22 - - / -, VAR271, -, - **

Interviewer Einstufung:
Befragter ist

Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
CDU/CSU	-	-	155	13	-	-	-	-
SPD			411	13				
FDP			13	1				
DKP			9	1				
keine bevorzugte Richtung			626	51				
K.A.			26	2				
berufstätig	-	-	570	46	-	-	-	-
Schüler/Student			663	54				
K.A.			7	1				

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
3.4 Politik am Arbeitsplatz									
(Frage 112 bis 119 nur an Berufstätige, Filter Frage 111)									
Frage 112:									
- 23 - - / -, VAR239, -, - **									
Wie groß ist der Betrieb, in dem Sie arbeiten - was schätzen Sie, wieviele Leute dort beschäftigt sind ?	unter 10	-	-	107	19	-	-	-	-
	zwischen 10 und 50			137	24				
	zwischen 50 und 100			78	14				
	zwischen 100 und 500			102	18				
	zwischen 500 und 1000			45	8				
	zwischen 1000 und 1500			25	4				
	mehr als 1500			73	13				
	K.A.			3	0				
	-			570	100				
Frage 113:									
- 23 A - - / -, VAR240, -, - **									
Wie oft unterhält man sich im Kreise Ihrer Arbeitskollegen über Politik: Würden Sie sagen häufig, gelegentlich, selten oder eigentlich nie ?	häufig	-	-	98	17	-	-	-	-
	gelegentlich			212	37				
	selten			164	29				
	eigentlich nie			98	17				
	-			572	100				

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
Frage 114:									
- 23 B - - / -, VAR241, -, - **									
Wie ist das so bei Ihren Arbeitskollegen: Ist man da im Großen und Ganzen in politischen Fragen eher einer Meinung oder gibt es da große Gegensätze ?	eher einer Meinung	-	-	163	28	-	-	-	-
	gibt große Gegensätze			222	39				
	-			385	68				
	Rest			185	32				
Frage 115:									
- 23 C - - / -, VAR242, -, - **									
(Filter Frage 113: wenn "große Gegensätze")									
Und sind die Gruppen, die gegensätzliche Meinungen vertreten ungefähr gleich groß oder gibt es da eine Mehrheit und eine Minderheit ?	ungefähr gleich groß	-	-	109	19	-	-	-	-
	gibt Mehrheit und Minderheit . .			109	19				
	-			218	38				
	Rest			352	62				
Frage 116:									
- 23 D - - / -, VAR243, -, - **									
Man hat ja meistens Arbeitskollegen, mit denen man sich etwas besser versteht als mit anderen. Wenn Sie einmal an die Arbeitskollegen denken, mit denen Sie sich gut verstehen: Sprechen Sie mit diesen Kollegen am Arbeitsplatz auch über politische Fragen ?	ja	-	-	330	58	-	-	-	-
	nein			234	41				
	K.A.			6	1				
	-			570	100				

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
Frage 117:									
- 23 E - - / -, VAR244, -, - **									
Und was würden Sie vermuten: Welcher Partei neigen diese Kollegen überwiegend zu ?	CDU/CSU	-	-	106	18	-	-	-	-
	SPD			231	40				
	FDP			15	3				
	DKP			5	1				
	keine bevorzugte Richtung			170	30				
	=			527	92				
	Rest			43	8				
Frage 118:									
- 23 F - - / -, VAR245 bis VAR250, -, - ** (in Reihenfolge der Gruppen)									
Gibt es in Ihrem Betrieb eine Gruppe oder Gruppen, die politisch besonders aktiv sind ? Sagen Sie es mir bitte anhand dieser Liste. Interviewer überreicht Liste 7. Mehrfachangaben möglich !	Gewerkschaften	-	-	239	42	-	-	-	-
	Jungsozialisten			22	4				
	andere SPD-nahe Gruppen			43	8				
	DKP und DKP-nahe Gruppen			20	4				
	andere linksextreme Gruppen			6	1				
	CDU/CSU-nahe Gruppen			37	6				
	=			367	65				
	Rest			203	35				

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November; t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
Frage 119:									
- 23 G - - / -, VAR251, -, - **									
Wenn Sie einmal ganz allgemein an Ihren Betrieb denken: Würden Sie sagen, Sie fühlen sich dort wohl oder nicht so wohl ?	fühle mich wohl	-	-	491	85	-	-	-	-
	fühle mich nicht so wohl			88	15				
	K.A.			1	0				
3.5 Politik im Freundeskreis									
Frage 120:									
- 55 - - / -, VAR332 bis VAR336, -, - ** (in Reihenfolge der Liste)									
Ich habe jetzt noch einige Fragen zu Ihrem engeren Freundeskreis, zu den ja manchmal auch Leute gehören, die man nicht von der Schule oder vom Betrieb her kennt: Wer gehört alles zu Ihrem engeren Freundeskreis ? Sagen Sie es mir bitte nach dieser Liste.	Berufstätige mit Hauptschule	-	-	729	59	-	-	-	
	Berufstätige mit höherer Schulbildung .			621	50				
	Schüler/Schülerinnen einer Hauptschule			462	37				
	Schüler/Schülerinnen einer höheren Schule			745	60				
	Studenten/Studentinnen			523	42				

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November; t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
Frage 121:									
- 56 - - / -, VAR337 bis VAR341, -, - ** (in Reihenfolge der Vorgaben)									
Und woher kennen Sie diese Leute ? Interviewer: Vorgaben vorlesen	von der Schule	-	-	943	76	-	-	-	-
	von der Arbeit/vom Betrieb			432	35				
	von Verein/Jugendgruppe			476	38				
	Nachbarschaft/Verwandtschaft . . .			526	42				
	zufällige Bekanntschaften (z.B. Urlaub, Diskothek)			702	57				
Frage 122:									
- 57 - - / -, VAR342, -, - **									
Wie wichtig ist es für Sie, einen Kreis von Freunden oder Freundinnen zu haben, mit denen man sich gut versteht - würden Sie sagen sehr wichtig, ziemlich wichtig oder weniger wichtig ?	sehr wichtig	-	-	738	60	-	-	-	-
	ziemlich wichtig			446	36				
	weniger wichtig			55	4				
	K.A.			1	0				

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
Frage 123:									
- 58 - - / -, VAR343, -, - **									
Wie groß würden Sie Ihren Freundeskreis einschätzen, eher groß, mittel oder eher klein ?	eher groß	-	-	340	27	-	-	-	-
	mittel			699	56				
	eher klein			195	16				
	besitze keinen Freundeskreis			5	0				
	K.A.			1	0				
Frage 124:									
- 58 A - - / -, VAR344, -, - **									
Wie häufig kommen in Ihrem Freundeskreis politische Dinge zur Sprache ?	häufig	-	-	183	15	-	-		-
	gelegentlich			516	42				
	selten			357	29				
	eigentlich nie			178	14				
	K.A.			6	0				

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
Frage 125: - 58 B - - / -, VAR344, -, - **									
Wenn es dabei einmal zu Meinungsverschiedenheiten über politische Dinge kommt: Sind diese eher groß, nicht so groß oder gibt es in Ihrem Freundeskreis keine politischen Meinungsverschiedenheiten ?	eher groß	-	-	229	19	-	-	-	-
	eher nicht so groß			299	64				
	keine Meinungsverschiedenheiten . .			184	15				
	K.A.			28	2				
Frage 126: - 58 C - - / -, VAR345, -, - **									
Wenn Sie so die allgemeine Richtung in Ihrem Freundeskreis betrachten, welche Partei wird da überwiegend bevorzugt ?	CDU/CSU	-	-	206	17	-	-	-	-
	SPD			499	40				
	FDP			31	3				
	DKP			26	2				
	keine bevorzugte Partei/ weiß nicht			457	37				
	K.A.			21	2				

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
3.6 Politik in den Medien									
Frage 127:									
- - 04 - / -, -, VAR505, - **									
Wie oft sehen Sie politische Sendungen im Fernsehen ?	regelmäßig/fast jeden Tag	-	-	-	-	130	14	-	-
	3- bis 4mal in der Woche					149	16		
	1- bis 2mal in der Woche					288	32		
	eigentlich seltener					338	37		
	K.A.					5	1		
Frage 128:									
- - 05 - / -, -, VAR506, - **									
Wie oft hören Sie im Radio etwas über Politik ?	regelmäßig/fast jeden Tag	-	-	-	-	254	28	-	-
	3- bis 4mal in der Woche					124	14		
	1- bis 2mal in der Woche					174	19		
	eigentlich seltener					349	38		
	K.A.					9	1		

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
Frage 129:									
- - 06 - / -, -, VAR507, - **									
Wie oft lesen Sie Berichte über Politik in der Tageszeitung ?	regelmäßig/fast jeden Tag	-	-	-	-	326	36	-	-
	3- bis 4mal in der Woche					136	15		
	1- bis 2mal in der Woche					148	16		
	eigentlich seltener					288	32		
	K.A.					12	1		
Frage 130:									
- - 07 - / -, -, VAR508, - **									
Wie oft lesen Sie Berichte über Politik in illustrierten oder Zeitschriften ?	regelmäßig	-	-	-	-	100	11	-	-
	gelegentlich					386	42		
	selten/nie					421	46		
	K.A.					3	0		
Frage 131:									
- - 08 - / -, -, VAR509, - **									
Wenn Sie einmal an die politische Richtung der Tageszeitung denken, die Sie hauptsächlich lesen: Würden Sie sagen, daß diese Tageszeitung eher eine linke oder eher eine rechte Richtung vertritt oder ist sie eher neutral ?	eher links	-	-	-	-	125	14	-	-
	eher rechts					239	26		
	neutral					511	56		
	K.A.					35	4		

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
Frage 132:									
- - 09 - / -, -, VAR510, - **									
Und wie ist das mit Illustrierten oder Zeitschriften, die Sie lesen: Sind die eher links, eher rechts oder eher neutral ?	eher links	-	-	-	-	138	15	-	-
	eher rechts					62	7		
	neutral					265	29		
	ist unterschiedlich					390	43		
	K.A.					55	6		
Frage 133:									
- - 10 - / -, -, VAR511, - **									
Haben Sie innerhalb der letzten Woche mit Eltern, Freunden oder Bekannten über politische Dinge, die Sie im Fernsehen, Radio oder aus der Zeitung erfahren haben, diskutiert ?	ja	-	-	-	-	530	58	-	-
	nein					380	42		
Frage 134:									
- - 11 - / -, -, VAR512, - **									
(Filter Frage 133: wenn "ja")									
Und waren bei diesen Diskussionen über diese politischen Dinge eher alle einer Meinung oder gab es da große Gegensätze ?	eher einer Meinung	-	-	-	-	247	27	-	-
	große Gegensätze					269	30		
	-					526	57		
	Rest					394	43		

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
Frage 135:									
- - 12 - / -, -, VAR513, - **									
(Filter Frage 133: wenn "ja")									
Ist es bei diesen Diskussionen vorgekommen, daß Sie die anderen dazu gebracht haben, ihre Meinung zu ändern, haben die anderen ihre Meinung stark geändert, ein bißchen geändert, nicht geändert ?	stark geändert	-	-	-	-	7	1	-	-
	ein bißchen geändert					168	19		
	nicht geändert					349	38		
	-					524	58		
	Rest					386	42		
Frage 136:									
- - 13 - / -, -, VAR514, - **									
(Filter Frage 133: wenn "ja")									
Und ist es vorgekommen, daß Sie selbst Ihre Meinung in diesen Diskussionen geändert haben ? Haben Sie Ihre Meinung stark geändert, ein bißchen geändert, nicht geändert ?	stark geändert	-	-	-	-	5	1	-	-
	ein bißchen geändert					172	19		
	nicht geändert					348	38		
	-					525	58		
	Rest					385	42		

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung

3.7 Beziehungen zwischen Sozialisationsinstanzen

Frage 137:

- 38 - - / -, VAR257 bis VAR270, -, - **
(in Reihenfolge der Vorgaben)

Es gibt ja Menschen, denen man sich näher verbunden fühlt und bei denen man größeren Wert auf ein gutes Verhältnis legt als bei anderen. Ich habe hier eine Liste mit verschiedenen Personen. Würden Sie mir bitte zu jeder Person sagen, ob es für Sie sehr wichtig, ziemlich wichtig oder weniger wichtig ist, daß Sie zu der Person ein gutes Verhältnis haben ?

	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
Vater:	sehr wichtig	-	-	675	54	-	-	-	-
	ziemlich wichtig . .			426	34				
	weniger wichtig . .			88	7				
	K.A.			51	4				
Mutter:	sehr wichtig	-	-	804	65	-	-	-	-
	ziemlich wichtig . .			370	30				
	weniger wichtig . .			46	4				
	K.A.			20	2				
Lehrer:	sehr wichtig	-	-	195	16	-	-	-	-
	ziemlich wichtig . .			620	50				
	weniger wichtig . .			398	32				
	K.A.			27	2				
Klassenkameraden/ Arbeitskollegen:	sehr wichtig	-	-	493	40	-	-	-	-
	ziemlich wichtig . .			613	49				
	weniger wichtig . .			117	9				
	K.A.			17	1				

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Frage 138:

- 24 - - / -, VAR252 bis VAR256, -, - **
(in Reihenfolge der Gegensatzpaare)

(Nur an Schüler/Studenten, Filter Frage 111, n = 660)

Ich habe hier Kärtchen, auf denen jeweils gegensätzliche Eigenschaften aufgeschrieben sind, mit denen man die Eigenart einer Schule beschreiben kann. Würden Sie mir bitte sagen, welche von den jeweiligen Eigenschaften am ehesten auf Ihre Schule passen würden?

Frage 139:

- 24 A - - / -, VAR257 bis VAR261, -, - **
(in Reihenfolge der Gegensatzpaare)

vergl. Frage 138: für "Elternhaus" nachfragen

Frage 140:

- 24 B - - / -, VAR262 bis VAR266, -, - **
(in Reihenfolge der Gegensatzpaare)

vergl. Frage 138: für "Staat" nachfragen

	Schule		Elternhaus		Staat	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
harmonisch	357	54	530	80	269	36
unharmonisch	258	39	104	16	364	55
K.A.	48	7	29	4	60	9
undemokratisch	212	32	166	25	103	16
demokratisch	412	62	458	69	530	80
K.A.	39	6	39	6	30	4
streng	280	42	136	21	132	20
freizügig	350	53	496	75	482	73
K.A.	33	5	31	4	49	7
fortschrittlich	387	58	443	67	473	71
rückständig	247	37	175	26	147	22
K.A.	29	5	45	7	43	7
wichtig	521	79	533	80	536	81
unwichtig	79	12	63	10	59	9
K.A.	63	9	67	10	68	10

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
4. Verschiedenes zum sozialen Hintergrund									
Frage 141:									
- 53 - - / -, VAR330, -, - **									
Welche Rolle hat die Religion in Ihrem Elternhaus gespielt: Würden Sie sagen, sie war sehr wichtig, nicht so wichtig, eher unwichtig ?	sehr wichtig	-	-	267	22	-	-	-	-
	nicht so wichtig			610	49				
	eher unwichtig			361	29				
	K.A.			2	0				
Frage 142:									
- 54 - - / -, -, VAR331, -, - **									
Und wie wichtig ist die Religion für Sie persönlich: Würden Sie sagen, sehr wichtig, nicht so wichtig, eher unwichtig ?	sehr wichtig	-	-	166	13	-	-	-	-
	nicht so wichtig			571	46				
	eher unwichtig			501	40				
	K.A.			2	0				
Frage 143:									
- 50 - - / -, VAR327, -, - **									
Es wird heute viel über die verschiedenen Bevölkerungsschichten gesprochen. Welcher Schicht rechnen Sie Ihre Eltern zu : Der Arbeiterschicht, der Mittelschicht oder der Oberschicht ?	der Arbeiterschicht	-	-	395	32	-	-	-	-
	der Mittelschicht			802	65				
	der Oberschicht			34	3				
	K.A.			0	0				

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Fragestellung	Antwortkategorien	Randverteilung t1* abs.	t1* %	t2* abs.	t2* %	t3* abs.	t3* %	t4* abs.	t4* %
Frage 144:									
- 51 - - / -, VAR328, -, - **									
(Filter Frage 143: wenn "Arbeiterschicht" oder "Mittelschicht")									
Rechnen Sie Ihre Eltern eher zum Durchschnitt oder zum oberen Teil der Arbeiterschicht/Mittelschicht ?	eher zum Durchschnitt	-	-	883	71	-	-	-	-
	eher zum oberen Teil			307	25				
	K.A.			50	4				
Frage 145:									
- 52 - - / -, VAR329, -, - **									
Wenn Sie einmal so betrachten, was Ihre Eltern im Leben erreicht haben. Glauben Sie, daß Sie es einmal weiterbringen werden als Ihre Eltern, nicht so weit bringen werden oder ungefähr genausoweit bringen werden ?	weiter bringen	-	-	541	44	-	-	-	-
	nicht so weit			85	7				
	ungefähr genausoweit			572	46				
	K.A.			42	3				

*) t1: Befragung im Frühjahr 1974, März/April; t2: Befragung im Herbst 1974, Oktober/November;
t3: Befragung im Frühjahr 1975, April/Mai/Juni; t4: Befragung im Herbst 1975, Oktober/November/Dezember.

**) siehe Erläuterungen zur Studie

Tabellarischer Lebenslauf

Name und Anschrift:	Karl-Josef Does Geibelstr. 28, 5000 Köln 41
geboren am:	26.5.1946 in Delrath, Krs. Grevenbroich
Eltern:	Wilhelm und Gertrud Does geb. Briechle
Familienstand:	ledig
Schulen:	Ostern 1952 bis Ostern 1956 Volksschule in Delrath, Ostern 1956 bis Ostern 1962 Heilig-Geist-Gymnasium Knechtsteden (heute Norbert-Gymnasium), Ostern 1962 bis Februar 1965 Heilig-Geist-Gymnasium Menden/Sauerland, Abiturabschluß.
Studium:	Vom Sommersemester 1965, unterbrochen durch die Ableistung des Wehrdienstes, bis Sommersemester 1971 Studium an der Universität zu Köln, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät. Fächer: Soziologie, Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftspolitik, Finanzwissenschaft, Recht für Wirtschaftswissenschaftler, Sozialpsychologie. Abschluß des Studiums mit der Diplomprüfung für Volkswirte sozialwissenschaftlicher Richtung. Vom Wintersemester 1971 bis Sommersemester 1976 weiteres Studium der Soziologie und Politikwissenschaft in Köln, seit Wintersemester 1976 in Freiburg.
Berufstätigkeit:	Von Januar 1969 bis Dezember 1971 studentischer Mitarbeiter im Zentralarchiv für empirische Sozialforschung Köln. Von April 1972 bis September 1973 wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Herrn Prof. Dr. Heribert Schatz, z. Z. Bochum. Projektthema: Organisatorische Bedingungen und Voraussetzungen für Verwaltungsreformen im politisch-administrativen System der Bundesrepublik Deutschland. Seit Oktober 1973 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung. Forschungsschwerpunkte: empirische Wahlforschung, Jugendprobleme.